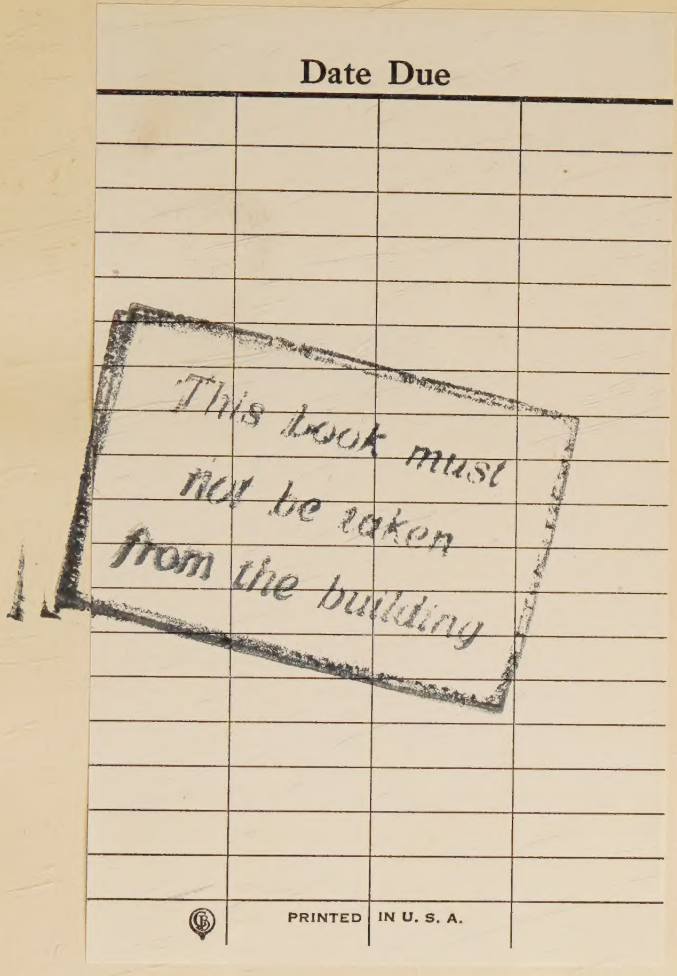
v.27 pt.1
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278460-

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G375
v.27
pt. 1


Date Due
This book must
not be taken
from the building
PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diegrobepolitikd0027vari

D
394
G4
v.27
pt.1

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

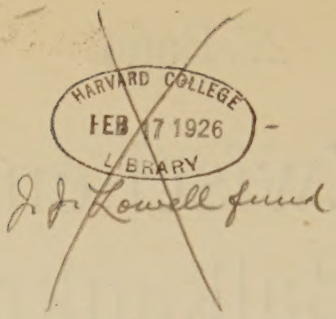
27. Band:

Zwischen den Balkankrisen 1909–1911

Erste Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37g
v.27
pt. 1

Inhaltsübersicht des siebenundzwanzigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CCVII

Der Türkische Umsturz 1909 und die Mächte 1

KAPITEL CCVIII

Die Wiederaufrollung der Kretafrage 23

KAPITEL CCIX

Die Griechisch-Türkische Kriegsgefahr. Mazedonien und Kreta. Der weitere Verlauf der Kretafrage 79

KAPITEL CCX

Der Zusammenschluß Bulgariens und Serbiens zum Balkanbund. 1909—1912 155

KAPITEL CCXI

Rumänische Befürchtungen und Kompensationswünsche. Annäherung Rumäniens an die Türkei 195

KAPITEL CCXII

Erörterungen über einen Anschluß der Türkei an die Zentralmächte. Russische Quertreibereien 237

Anhang: Die Reorganisation der Türkischen Wehrmacht und Deutschland:

A. Die Mission des Generalobersten Freiherrn von der Goltz . . 275

B. Der Ankauf Deutscher Kriegsschiffe seitens der Türkei 285

KAPITEL CCXIII

Österreich-Ungarisch—Italienisches Balkanabkommen vom 30. November/15. Dezember 1909 317

Anhang: Deutschland und das Österreichisch-Italienische Verhältnis. 1910—1911 349

KAPITEL CCXIV

Die Russisch-Italienische Entente. Racconigi 397

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192552

Kapitel CCVII

Der Türkische Umsturz 1909 und die Mächte

Nr. 9575

*Das Auswärtige Amt an die „Saale-Zeitung" in Halle**

Telegramm en clair
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 14. April 1909

Für Deutsche besteht in Konstantinopel keinerlei Gefahr. Seiner Majestät Schiff „Loreley" liegt im dortigen Hafen.

Auswärtiges Amt

Nr. 9576

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 Pera, den 16. April 1909
Geheim

Marschall Kamphövener Pascha, General von Ditfurth und Imhoff Pascha haben mich soeben aufgesucht und mir mitgeteilt: sie würden wie gewöhnlich dem heutigen Selamlik beiwohnen, beabsichtigten jedoch als-

* In der Nacht zum 13. April war in Konstantinopel eine gegen die Herrschaft der Jungtürken gerichtete Militärrevolution ausgebrochen, die zunächst Erfolg zu haben schien. Noch am 13. trat mit Billigung des Sultans Abdul Hamid das bisherige Kabinett mit dem Großwesir Hilmi Pascha zurück. Zum neuen Großwesir wurde der frühere Minister des Äußern Tewfik Pascha, zum Minister des Äußern Rifaat Pascha ernannt. Indes war der reaktionäre Umschwung nicht von Dauer. Schon wenige Tage später versammelte sich eine starke jungtürkische Armee in Mazedonien, die unter Führung des Generals Hussein Husni Pascha und des aus Berlin herbeigeeilten Militärattachés Majors Enver Bey sich von Norden her konzentrisch gegen die Hauptstadt schob. Am 24. April rückte diese Truppe in Konstantinopel ein, das sie nach fünfstündigem blutigem Kampf in ihre Gewalt brachte. Am 27. April wurde Sultan Abdul Hamid abgesetzt und an dessen Stelle sein Bruder Reschad unter dem Namen Mohammed V. zum Sultan proklamiert. Fünf Tage später (2. Mai) trat ein neues Kabinett mit Hussein Hilmi Pascha als Großwesir zusammen, in dem Rifaat Pascha als Außenminister verblieb.

Die blutigen Vorgänge in der Türkei riefen in Deutschland vielfach Besorgnisse wegen des Schicksals der zahlreich in der Türkei lebenden Deutschen hervor. Am 14. April fragte die „Saale-Zeitung" in Halle beim Auswärtigen Amte an, ob angesichts der Revolution eine Entsendung deutscher Kriegsschiffe beabsichtigt sei.

** Hier eingereiht, um den Zusammenhang der folgenden Stücke zu wahren.

bald nach demselben dem Sultan ihre Entlassung einzureichen mit der Begründung, daß es ihre Ehre als deutsche Offiziere nicht gestatte, ferner einer Armee anzugehören, in welcher alle Disziplin aufgehört habe. Zuvor wollten die Herren meine Ansicht über diesen Schritt hören.

Ich habe erwidert, daß ich die peinlichen Gefühle, welche die jüngsten Vorgänge in ihnen hervorgerufen, in vollem Maße würdige und ehre. Ich müsse nach den jüngsten Vorgängen zugeben, daß der Moment möglicherweise eintreten könne, in welchem für deutsche Offiziere in der türkischen Armee kein Platz mehr sei. Dieser Moment sei aber zurzeit noch nicht eingetreten. Die Konstantinopeler Garnison, die stets unter besonderen Einflüssen gestanden habe, sei nicht die Armee. Bereits werde gemeldet, daß bei den Truppen in der Provinz die Haltung der Garde ernste Mißbilligung finde. Alles sei in diesem Augenblick in Gärung begriffen. Niemand könne wissen, was die nächsten Stunden bringen würden. Darum könne man endgültige Beschlüsse jetzt nicht fassen. Ein Demissionsgesuch der deutschen Offiziere in diesem Augenblick würde aber definitiv die bisherigen Bande zwischen der deutschen und der türkischen Armee zerreißen und von allen Türken ohne Unterschied der Parteirichtung dauernd als ein schwerer Affront gegen ihre Armee empfunden werden. Ich müsse daher aus politischen Gründen gegenwärtig einem solchen Schritt dringend widerraten, werde aber alsbald nach Berlin telegraphieren und den Sachverhalt darlegen.

Die drei Herren erklärten darauf, sich meiner Ansicht fügen und vorerst nichts unternehmen zu wollen*.

Marschall

Nr. 9577

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 127 Pera, den 15. April 1909

Herr Sinowiew** teilt mir folgendes Telegramm des russischen Konsuls in Mersina von gestern abend 8 Uhr 30 mit:

„Consulat allemand prie transmettre Ambassadeur d'Allemagne ce qui suit: Une grande inquiétude existe à Adana depuis déjà deux jours.

* Telegramm Nr. 135 wurde alsbald dem in Korfu weilenden Kaiser Wilhelm II. mitgeteilt. Der Kaiser ließ darauf an Freiherrn von Marschall telegraphieren: „Auch Seine Majestät würdigten durchaus die Schwierigkeiten, die sich für die zurzeit in türkischem Dienst befindlichen preußischen Offiziere aus ihrer gegenwärtigen Situation ergäben, und ehrten die altpreußische Auffassung ihrer Lage; allerhöchstdieselben müßten jedoch verlangen, daß sie ihre persönlichen Gefühle höheren Gesichtspunkten unterordnen, welche zurzeit noch im Interesse Seiner Majestät und des Reichs ihr Verbleiben in ihrer dortigen Stellung notwendig erscheinen ließen." Telegramm des Rats im Kaiserlichen Gefolge Freiherrn von Jenisch an das Auswärtige Amt vom 23. April (Nr. 18).

** Russischer Botschafter in Konstantinopel.

Des massacres terribles ont commencé. Ce matin grand nombre de tués, impossible de fixer. Gouvernement incapable rétablir ordre. Fabriques allemandes en danger, sujet allemand Siehe a été attaqué et dépouillé; colonie allemande demande protection et si possible envoi de navires de guerre."

Ich begebe mich sofort auf die Pforte und werde eventuell einen Schritt im Palais tun.

Marschall

Nr. 9578

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 133 Pera, den 16. April 1909

Konsulat Mersina telegraphiert 15. mittags: Leben aller Europäer in größter Gefahr, Adana von allen Seiten in Flammen, entsetzliches Gemetzel, ganze deutsche Kolonie, Ingenieure der Bagdadbahn verlangen Schutz, auf Eisenbahnzug wurde geschossen, Baumwollgesellschaft verlangt dringend Schutz, eilige Drahtantwort erbeten.

Marschall

Nr. 9579

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 59 Berlin, den 16. April 1909

Bitte drahten, ob Entsendung von Kriegsschiffen in türkische Gewässer angezeigt erscheinen würde.

v. Schoen

Nr. 9580

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 Pera, den 17. April 1909

Fortwährende telegraphische Hülferufe aus Mersina, wo Deutsche, ins Konsulat geflüchtet, angeblich in höchster Gefahr sind. „Loreley", von Smyrna kommend, hat für morgen 18. Firman für Passage durch die Dardanellen erbeten, ist also durch Telegramm nach den Dardanellen zu er-

reichen. Es erscheint mir rätlich, Schiff nach Mersina zu beordern. Wenn „Loreley“ auch für militärische Aktion ungeeignet, würde doch Erscheinen derselben beruhigend wirken. Eventuell könnte sie die Deutschen an Bord nehmen. Order müßte alsbald ergehen.

Marschall

Nr. 9581

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Pera, den 17. April 1909

Im Anschluß an Telegramm Nr. 140*.

Nach Eingang der Telegramme aus Mersina habe ich bei den übrigen Botschaftern Erkundigungen nach deren Entschlüssen einziehen lassen.

Die englische Botschaft hat gestern in London beantragt, ein Schiff aus Malta nach Athen zu senden, um dort weitere Befehle abzuwarten. Sie erhielt jedoch soeben derartig schlechte Nachrichten, daß sie die direkte Fahrt des Schiffs nach Mersina anregen will.

Herr Constans** hat seine Regierung um Entsendung von Kriegsschiffen nach Mersina gebeten. Er sagte, der französische Konsul habe veranlaßt, daß türkische Truppen ausgesandt wurden, um die deutschen Bahningenieure und den Franzosen Godard, die sich auf Dienstreise im Inneren befanden, zurückzugeleiten. Sämtliche Herren gelangten in Sicherheit bis Adana.

Markgraf Pallavicini*** ist soeben erst von dem Ernst der Lage in Mersina unterrichtet worden und wird sich voraussichtlich den Schritten seiner Kollegen anschließen.

Italienischer Botschafter† hat bisher noch keine Schritte getan.

Sollten fremde Kriegsschiffe vor deutschem Kriegsschiff oder Stationär in Mersina eintreffen, so stelle anheim, die betreffende Regierung um vorläufige Übernahme des Schutzes der deutschen Interessen zu ersuchen.

Marschall

* Siehe Nr. 9583. Die wegen Verstümmelung verlangte teilweise Wiederholung des Telegramms Nr. 140 traf erst nach Eingang des Telegramms Nr. 142 ein.

** Französischer Botschafter in Konstantinopel.

*** Österreich-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.

† Marchese Imperiali.

Nr. 9582

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Berlin, den 17. April 1909

Die im Anmarsch auf Konstantinopel befindl chen, zu den Jungtürken haltenden Truppen aus Saloniki und Adrianopel konzentrierten sich in Tschataldja. Von Konstantinopel wird versucht, sie umzustimmen, bisher anscheinend ohne Erfolg. Lage ernst. In Stambul Ratlosigkeit und Entschlußunfähigkeit. Militärattaché Enver Bey ist unter....* schwerer Erkrankung seiner Mutter nach Saloniki abgereist, offenbar um dort führende Rolle zu übernehmen.

In Adana Brandstiftung und blutige Ausschreitungen, wobei auch Deutsche gefährdet. Auf Anregung Freiherrn von Marschalls und im Einklang mit Admiralstab ist Euerer Majestät Schiff „Loreley" zum Schutz der Deutschen nach Mersina beordert. Andere Mächte bereiten ebenfalls Hülfsaktion vor. Falls allgemeine Lage in türkischen Provinzen sich verschlimmert und Fremde ernstlich gefährdet, dürfte Entsendung weiterer Kriegsschiffe in Frage kommen[1]. Wir erwarten in dieser Hinsicht noch nähere Nachrichten von Freiherrn von Marschall.

Alleruntertänigst

Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

Bedenkliche Maßregel! In diesem Augenblick nicht einen Pinaß mehr! Es werden soviel Schiffe der Mittelmeermächte vorhanden sein daß die Ruhe in den Häfen aufrecht erhalten werden. Ich schicke kein Schiff ehe England nicht von zu Hause verfügt zu detachiren! W.

Nr. 9583

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 140 Pera, den 17. April 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 59**.

Da Rückwirkung hiesiger Vorgänge auf Provinz ganz unübersehbar, halte ich Entsendung von Kriegsschiffen für angezeigt.

Marschall

---

* Zifferngruppe fehlt. Nach dem Konzept zu ergänzen „Vorwand".

** Siehe Nr. 9579.

Nr. 9584

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 24 Berlin, den 17. April 1909

Baron Marschall hält mit Rücksicht darauf, daß Ausschreitungen gegen Fremde an verschiedenen Provinzorten bereits vorgekommen und weitere Rückwirkung Konstantinopeler Vorgänge auf Provinzen ganz unübersehbar, Entsendung von Kriegsschiffen zum Schutz Deutscher für angezeigt.

England hat ein Schiff nach Mersina gesandt und hält weitere in Malta bereit. Frankreich schickt zwei Kreuzer nach Levante. Österreich wird voraussichtlich Schiffe von Pola absenden. Rußland hat Kreuzer „Terek" vorläufig nach Burgas entsandt. Unter diesen Umständen bitte Euere Majestät ich im Einvernehmen mit Admiralstab um Genehmigung, zwei Kreuzer klarmachen lassen und einstweilen nach Piräus beordern zu wollen.

Alleruntertänigst

v. Schoen

Nr. 9585

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Korfu, den 18. April 1909

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 24*.

Seine Majestät haben soeben an Reichskanzler Venedig gesandt:

„Da Kreuzer zur Entsendung nur aus der Schlachtflotte detachiert werden können, müssen dieselben aus Rücksichten für die Schlagfertigkeit derselben sofort ersetzt werden. Ich ersuche Ew. Durchlaucht, den Staatssekretär des Reichsmarineamts zu ermächtigen, sofort Indiensthaltungsgelder beim Reichstage anzufordern, um die Ersatzschiffe in die Flotte einstellen zu können, da die Kreuzer doch längere Zeit in der Levante verbleiben müssen. Ich bereite Befehl für Entsendung und neue Indienststellung vor, der abgehen wird, sobald ich Ihre Antwort erhalten habe.

Wilhelm I. R."

Jenisch

* Siehe Nr. 9584.

Nr. 9586

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 Berlin, den 19. April 1909

Freiherr von Marschall meldet:

„Stadt vollkommen ruhig. Straßen haben ihr gewöhnliches Aussehen. Generalkonsul Smyrna* telegraphiert, daß dort dank der Energie Ferid Paschas Ordnung nicht gestört wurde. Vorgänge in Adana, Mersina und Alexandrette scheinen lokaler Natur zu sein und mit den Armeniern zusammenzuhängen[1].

Bis gestern abend waren mehr als 15000 Mann des Saloniker und Adrianopeler Korps auf der Linie Tschataldja—Hademköi—Kütschük-Tschekmedje konzentriert. Augenzeugen versichern daß dieselben vortrefflich diszipliniert und mit Artillerie, Maschinengewehren wie Proviant reichlich versehen sind. Es ist eine erstaunliche Tatsache, daß es der Provinzialarmee innerhalb fünf Tagen gelungen ist, bei der mangelhaften Beschaffenheit der Eisenbahnen eine solche Zahl von Truppen in operationsfähigem Zustand vor die Tore Konstantinopels zu bringen, um die Schmach, welche die hiesigen Meuterer der Armee zugefügt haben, zu sühnen. Fast alle tüchtigen Offiziere sind bei der Anmarscharmee. Diese sind entschlossen, den Sultan zu beseitigen.

Falls Bulgaren glauben, daß für sie der Moment gekommen ist, gegen die Türken loszugehen, so befinden sie sich in einer schweren Täuschung. Der erste bulgarische Soldat auf türkischem Boden wird die gesamte türkische Armee mit einem eisernen Reifen zusammenschmieden. Für die Christen im Reich, die meines Erachtens abgesehen von den Armeniern ganz sicher sind[2], würde allerdings ein bulgarischer Vormarsch eine schwere Gefahr schaffen. Die Mächte würden daher, um Katastrophen zu vermeiden, meines Erachtens sehr wohl daran tun, Bulgarien von einem Abenteuer abzuhalten.“

Alleruntertänigst

Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Demnach nicht sehr bedeutend anscheinend

[2] also wozu die Kreuzer? die Armenier gehen uns nichts an!

Nr. 9587

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Berlin, den 19. April 1909

Auf Euerer Majestät allergnädigsten Befehl betreffend Entsendung von zwei Kreuzern nach der Levante glaube ich in Übereinstimmung mit

---

* Mordtmann.

dem Staatssekretär des Reichsmarineamts alleruntertänigst befürworten zu sollen, von der Anforderung der Indiensthaltungsgelder beim Reichstag für die Einstellung der Ersatzschiffe in die Flotte einstweilen absehen zu dürfen. Eine derartige Maßnahme würde zweifellos allgemeines und großes Aufsehen erregen und namentlich im Ausland in unerwünschter Weise gegen uns ausgebeutet werden[1]. Nach Ansicht des Admirals von Tirpitz dürfte die fragliche Nachtragsforderung um so weniger erforderlich sein, als das Eintreffen der Schulschiffe im Mittelmeer[2] die Rückkehr der kleinen Kreuzer zur Hochseeflotte ermöglichen wird.

Einen vortrefflichen Eindruck im In- und Auslande würde es meines alleruntertänigsten Dafürhaltens machen, wenn Euere Majestät allergnädigst sich entschließen könnten, einstweilen bis zum Eintreffen von „Lübeck" und „Stettin" in Korfu den Kreuzer „Hamburg" nach bedrohten Plätzen zu entsenden. In erster Linie würde Mersina in Betracht kommen, woher andauernd dringende Alarmrufe zu uns gelangen.

Alleruntertänigst

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Mein Gott wie man immer gleich für jede einfache Dienstmaßregel bei uns, stets auf das Ausland zurückgreifen muß! das ist ja ganz schrecklich

[2] befinden sich alle in Reparatur können zunächst nicht verwendet werden!

Nr. 9588

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Berlin, den 21. April 1909

Nach bisher vorliegenden Meldungen entsendet nach türkischen Gewässern Frankreich vier, England drei, Amerika zwei Kriegsschiffe. Österreich beabsichtigt zunächst weitere Entwickelung abzuwarten. Kombinierte Flottenaktion der Mächte in türkischen Gewässern von Rußland in Wien angeregt[1]. Rußland verfolgt dabei vermutlich den Zweck, Meerengenfrage mit Hülfe der Mächte praktischer Lösung zuzuführen[2]. Freiherr von Aehrenthal will antworten, daß österreichische Interessen vorläufig Flottenaktion nicht erheischen und gemeinsames Vorgehen der Mächte daher noch nicht in Frage komme[3]. An uns ist entsprechende russische Anregung bisher nicht ergangen.

Alleruntertänigst

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Nur nicht! Wir sollen ihm zu den Dardanellen verhelfen!?

[2] ja

[3] gut

Nr. 9589

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 13 Achilleion, den 21. April 1909

In dem gestrigen Telegramm die Entsendung der Kreuzer betreffend*, wird Seitens Ew. D[urchlaucht] die Entsendung S. M. S. „Hamburg" nach Mersina gewünscht, da von dort andauernd Alarmnachrichten nach Berlin kämen. Im gleichzeitig Seitens Ausw[ärtigen] Amts vorgelegten Telegramm H[errn] v[on] Marschalls**, meldet Letzterer, das Ferid Pascha durch kluge Energie Smyrna und Syrien in Ordnung habe, die Unruhen in Mersina locale Beteudung blos hätten und für Fremde keine Besorgnisse seien! „Lorelei" ist schon da und hat bisher nichts gemeldet. Also weiss ich nun nicht wozu „Hamburg" nach Mersina soll? Was man mit den Paar kleinen Kreuzern im Mittelmeer eigentlich machen will? Die im Inlande befindlichen Deutschen schützen sie nicht, eingreifen dürfen sie in Türkischen Städten — wo sie bisher nicht hindürfen — auch nicht, da die Situation lediglich inner Türkische Privatangelegenheit ist — und neben den event[ue]l[len] Flotten der Mittelmeer Mächte, imponiren sie natürlich den Türken erst recht nicht. Mir scheint man muss jetzt „Alarmnachrichten" mit grosser Reserve auf nehmen; hier an Ort u[nd] Stelle, auch seitens des gut informirten Königs***, glaubt man nur $^3/_4$ des Erzählten. Die von Ew. Durchl[aucht] mitgetheilte Begründung Adm[irals] v[on] Tirpitz gegen eine nachforderung von Geldern zum Ersatz der detach[ierten] Kreuzer aus der Flotte, „dass das Ausland sich darüber aufregen, oder es falsch Commentiren könnte" ist mir völlig unverständlich und auch nicht stichhaltig. Eine vom Oberst[en] Kriegsherrn zur Aufrechterhaltung der mobilmach[u]ngsmässigen Stärke der Schlachtflotte, welche durch Detachirungen geschwächt ist, ergangene Anweisung, wird mit Rücksicht auf den Effekt im Auslande abgelehnt! Das ist für mich kein Grund! und entspricht das auch wohl kaum der Würde des Deutschen Reichs und seiner Bewaff[neten] Macht! 2 kl[eine] Kreuzer müssen remplacirt werden, da die Flotte gezwungen würde, sie zu detachiren, aus Mangel an Auslandkreuzern; diese in Allen staaten ganz begreifliche nöthige Massregel wird als „das Ausland aufregend" dargestellt. Erstens ist das nicht der Fall und zweitens wäre mir das vollkommen einerlei! Wenn sich das Ausland jetzt aufregt, dann ist es über den Balkan und die Türken, nicht aber über den Ersatz von 2 kl[einen] Kreuzern in der Deutsch[en] Flotte. Adm[iral] v[on] Tirpitz hat mir daher sofort eine

---

* Siehe Nr. 9587.

** Siehe Nr. 9586.

*** Am 15. April war das griechische Königspaar zur Begrüßung des deutschen Kaisers in Korfu eingetroffen.

ernsthaftere Begründung zu telegraphiren, warum er meinen Befehl die Flotte zu completiren für die vorgenommenen Detachirungen, nicht ausführen will. Es bedingt diese Behandlung der Angelegenheit die Gefahr, dass man sich im Reichstage so an das Anzapfen der Flotte in besonderen Fällen gewöhnt, dass man den Mangel der Auslandskreuzer nicht deckt oder merken will, und was heute für Kreuzer billig ist morgen für Linienschiffe gelten kann. Das könnte ich niemals gestatten, und der Conflict wäre da. Also hüten wir uns solche bedenklichen Vorgänge zu schaffen. Der Grundsatz muss unbedingt aufrecht erhalten werden, was von der Flotte detachirt wird zum Ausw[ärtigen] Dienst, aus Mangel an Auslandkreuzern muss sofort ersetzt werden. Zudem möchte ich bemerken zu dem Hinweis auf die baldige Ablösung der 2 kl[einen] Kreuzer durch „Schulschiffe", dass eine Ordre von mir vorliegt wonach „Schulschiffe" nicht im Polit[ischen] Dienst im allgem[einen] verwendet werden dürfen! Dies Telegramm an R[eichs]-M[arine]-A[mt] mittheilen.

Wilhelm I. R.

Nr. 9590

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Konzept

Nr. 42 Berlin, den 22. April 1909

Bei Abfassung meines Telegramms, worin ich Euerer Majestät huldreichen Entschließung Absendung der „Hamburg" anheimstellte*, hatte beruhigendere Meldung Freiherrn von Marschalls hier noch nicht vorgelegen. Zahlreiche und dringende Hilferufe waren uns außer von Konsulaten von Angehörigen gefährdeter Deutscher und aus Interessentenkreisen zugegangen. Gefährdet waren insbesondere Ingenieure der Bagdadbahn sowie deutsche Baumwollspinnereien in Adana mit ihren zahlreichen Angestellten. Auch von anderer, namentlich von griechischer und französischer Seite waren wir auf bedrohliche Lage in Mersina und sonstigen Küstenorten aufmerksam gemacht worden. Griechische Regierung hatte schleunigste Entsendung von Kriegsschiffen nach Mersina angeregt.

Inzwischen werden Euere Majestät aus Meldung der „Loreley" gnädigst entnommen haben, daß Gefahr noch andauert und Anwesenheit von Schiffen sehr erwünscht ist. Dies erhellt auch aus anderen Meldungen. Ich verhehle mir nicht, daß unsere Schiffe nicht mehr tun können und sollen, als in bedrohten Hafenplätzen moralischen Eindruck zu machen und flüchtige Deutsche aufzunehmen in Notfällen, die hoffentlich nicht eintreten. Blieben gefährdete Deutsche ohne Schutz, so würde nach meiner

* Siehe Nr. 9587.

ehrfurchtsvollen Überzeugung Sympathie, Interesse und Begeisterung für Flotte dadurch beeinträchtigt werden, die so wesentlich zur Förderung des Flottenwerks Euerer Majestät beigetragen haben. Die jetzigen Maßnahmen, besonders Entsendung „Hamburg", sind dankbar begrüßt worden. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Lage sich bald so beruhigt, daß unsere Kreuzer zurückkehren können.

So begründet Euerer Majestät Verlangen ist, jede Schwächung der Flotte zu vermeiden, so scheint mir doch die Einbringung einer Nachtragsforderung, solange wie die Dauer der Detachierung noch unbestimmt, nicht opportun. Im Reichstag sind vor nicht langer Zeit die Flottenforderungen einhellig und ohne Diskussion angenommen worden, was überall Eindruck gemacht hat. Jetzt Flottenerörterungen hervorzurufen, die bei Nachtragsforderung sicher zu erwarten sind, würde meines untertänigsten Erachtens schädlich wirken.

Ich veranlasse Admiral von Tirpitz zu eingehender Meldung an Euere Majestät über verwaltungsrechtliche Seite.

Bülow

Nr. 9591

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Achilleion, den 22. April 1909

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 37*.

Seine Majestät der Kaiser billigt durchaus die österreichische Antwort auf die russische Anregung. Allerhöchstderselbe ist seinerseits entschieden gegen eine kombinierte Flottenaktion der Mächte.

Jenisch

Nr. 9592

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Chef des Admiralstabs der Marine Admiral Grafen von Baudissin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Vertraulich Berlin, den 22. April 1909

Der französische Botschafter** hat mir heute im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß an die Kommandanten der nach türkischen Gewässern entsandten französischen Kriegsschiffe vertrauliche Instruktionen folgenden Inhalts ergangen sind:

---

* Siehe Nr. 9588.

** Jules Cambon.

1. Flüchtige Franzosen und sonstige Personen, deren Leben bedroht ist, sind von den Kriegsschiffen aufzunehmen.

2. Wenn der französische Konsul die Landung einiger Mannschaften zum Schutze eines augenscheinlich bedrohten Franzosen verlangt, so kann diesem Verlangen stattgegeben werden. Wenn es sich jedoch um den Schutz des Konsulats oder um die Unterstützung der lokalen Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung handelt, so sollen Mannschaften nur dann gelandet werden, wenn alle anderen in dem betreffenden Hafen etwa anwesenden Kriegsschiffe das gleiche tun.

3. Sind ausschließlich französische Schiffe im Hafen anwesend, so soll keine Landung stattfinden.

Herr Cambon hat gleichzeitig unter Hinweis darauf, daß ein tunlichst gleichartiges Vorgehen der Mächte in dieser Angelegenheit erwünscht sein dürfte, die Frage angeregt, welche Instruktionen an unsere Kommandanten ergangen seien. Ich habe mir eine Antwort vorbehalten.

Indem ich ergebenst bemerke, daß auch mir ein tunlichst gleichartiges Vorgehen der Mächte in der Angelegenheit durchaus erwünscht erscheinen und vom Standpunkte meines Ressorts gegen die Erteilung von den französischen Instruktionen entsprechenden Vorschriften an unsere Kommandanten nichts einzuwenden sein würde, darf ich Euere Exzellenz bitten, mich durch tunlichst baldige Äußerung zur Sache zur Beantwortung der Anfrage des Botschafters in den Stand setzen zu wollen.

Dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts teile ich Abschrift dieses Schreibens mit.

v. Schoen

Nr. 9593

Der Chef des Admiralstabs der Marine Admiral Graf von Baudissin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Ausfertigung

Nr. B 1453 I
Ganz geheim

Berlin, den 23. April 1909

Auf das gefällige Schreiben Nr. A 7071 vom 22. April d. Js*.

Euer Exzellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich bedauere, die Instruktion an die französischen Kriegsschiffe nicht früher gekannt zu haben, da eine ähnliche Instruktion an S. M. S. „Loreley" sonst hätte ergehen können.

Im allgemeinen wird es bei uns vermieden, den Kommandanten derart zu binden, wie es nach der französischen Instruktion geschehen ist.

Ein gemeinsames Vorgehen der an einem Ort vereinigten Kommandanten verschiedener Nationen ergibt sich, wie ich aus langjähriger Erfahrung weiß, von selbst.

* Siehe Nr. 9592.

Unter den Umständen, die bei der Requisition für die Entsendung S. M. S. „Loreley" vorlagen, wurde diesem Schiff folgender Befehl erteilt:

„Zur Verfügung stehen dem deutschen Konsulat in Mersina und den in das Konsulat geflüchteten Deutschen. Diese eventuell an Bord nehmen. Militärischen Konflikt wenn irgend möglich vermeiden."

Dieser Befehl ist durch den Chef des Marinekabinetts* Seiner Majestät dem Kaiser gemeldet worden, damit S. M. S. „Hamburg" eine ähnliche Instruktion erhalten konnte.

Gf. Baudissin

Schlußbemerkung Freiherrn von Schoens:
Kein isoliertes militärisches Vorgehen! Nicht landen wenn nicht alle! Italien hat zugestimmt

Nr. 9594

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Pera, den 26. April 1909

Herr Lowther** schickte mir heute seinen Botschaftsrat*** mit der Anfrage, ob es nicht rätlich erscheine, anläßlich der Proklamation des Belagerungszustandes in hiesiger Stadt eine gemeinsame Demarche zur Wahrung der Kapitulationen den Fremden gegenüber zu unternehmen. Ich habe erwidert, das Reglement über den Belagerungszustand (Young, Corps de droit ottoman, Band 2, Seite 408) enthalte eine Reihe von Bestimmungen, denen sich auch die Fremden unterwerfen müßten, so der Übergang polizeilicher Gewalt an die Militärbehörden, Verbot des Waffentragens, Verbot auf die öffentlichen Straßen ohne Erlaubnisschein nach 8 Uhr abends zu gehen. Andere polizeiliche Maßregeln, zum Beispiel Haussuchung, Verhaftungen usw., dürften selbstverständlich nur nach Maßgabe des Kapitulationsrechts vorgenommen werden. Es liegt aber keinerlei Anhaltspunkt dafür vor, daß die türkischen Militärbehörden, die ersichtlich bemüht seien, Fremde zu schonen und zu schützen, in dieser Beziehung unsere Rechte antasten würden. Bezüglich der Verbrechen und Vergehen des gemeinen Rechts werde nach Artikel 7 des Reglements nichts geändert. Falls die Militärbehörden bei dem Kriegsgericht Kapitulationsrecht verletzen sollten, werde eventuell der Moment gekommen sein, nötige Demarche zu machen. Im gegenwärtigen Augenblick eine solche zu unternehmen, scheine mir nicht rätlich, zumal im Jahre 1877 Rechtsstandpunkt schon gewahrt worden sei (Young, Seite 409, Anmerkung 1).

---

* Admiral von Müller.
** Englischer Botschafter in Konstantinopel.
*** Marling.

Herr Marling wollte dies seinem Chef melden. Es kommt meines Erachtens auch in Betracht, daß hier mindesten 50 — 60 000 Griechen wohnen, die zu allerhand Unfug geneigt sind und in einem Eingreifen der Botschafter eine Ermutigung zu Exzessen finden könnten.

Marschall

Nr. 9595

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 197 Pera, den 29. April 1909

Vertraulich

Auf der englischen Botschaft gibt sich die übelste Laune über die jüngsten Vorgänge kund. Das begreift sich. Denn Ismail Kemal und Ali Kemal*, die geflohen sind, waren die Intimen der englischen Vertretung. Auch Kiamil Pascha ist kompromittiert. Auf diese Karte hatten die Engländer alles gesetzt. Mein englischer Kollege hat den großen Fehler gemacht, daß er, beeindruckt durch die anfänglich stürmische Begeisterung für England, sich in die inneren Verhältnisse der Türkei gemischt hat und zur Zeit Kiamil Paschas mit ihm die Regierung geführt hat.

Marschall

Nr. 9596

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 169 Wien, den 5. Mai 1909

Ich brachte dem Baron Aehrenthal gegenüber die Zeitungsmeldung zur Sprache, derzufolge eines der kürzlich nach dem Piräus entsandten Kriegsschiffe Order erhalten habe, sich nach Mersina zu begeben. Unter Bestätigung dieser Nachricht bemerkte der Minister, diese Maßregel sei auf Grund eines Berichts des Markgrafen Pallavicini erfolgt, in dem der Botschafter ausgeführt habe, er würde es mit Rücksicht darauf, daß Schiffe fast aller anderen Mächte vor Mersina erschienen seien, für angezeigt erachten, daß auch Österreich-Ungarn dort seine Flagge zeige.

Der Minister fügte noch hinzu, er halte daran fest, eine allgemeine Flottendemonstration tunlichst zu vermeiden, schon um Rußland keinen

* Albanische Delegierte zur türkischen Nationalversammlung, die durch die im Einverständnis mit dem Sultan Abdul Hamid inszenierte Militärrevolte vom 13. April kompromittiert waren.

Vorwand zu bieten, durch ein fait accompli in der Dardanellenfrage ein Präzedens zu seinen Gunsten zu schaffen. Die von Frankreich aufgestellten und, wie er wisse, auch Euerer Durchlaucht von Paris aus mitgeteilten Instruktionen für die Schiffskommandanten in den türkischen Gewässern* finde er durchaus angemessen, und er habe nach Einholung der Befehle seines Kaisers übereinstimmende Weisungen an die österreichischen Schiffskommandanten gelangen lassen.

von Tschirschky

Nr. 9597

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222 Pera, den 10. Mai 1909

Es wird hier bekannt, daß der englische Generalkonsul in Saloniki, Mr. Lamb, als Mahmud Schewket Pascha** Vorbereitung zu seinem Marsch hierher traf, ihn zweimal, das eine Mal freundschaftlich, das andere Mal offiziell gewarnt hat, den Marsch anzutreten, da derselbe zu einem „démembrement de la Turquie" führen würde.

Diese Tatsache in Verbindung mit der Haltung der englischen Presse, welche anfangs die Vorgänge vom 13. April günstig beurteilt hat, bestätigt die Annahme, daß mein englischer Kollege unter dem Einfluß Kiamil Paschas und seiner inzwischen flüchtig gewordenen Freunde Ismail Kemal und Ali Kemal die wahre Sachlage vollkommen verkannt und sich auf die falsche Seite gestellt hat. Infolgedessen sind außer Sultan Abdul Hamid und den Reaktionären auch die Engländer die Geschlagenen.

Marschall

Nr. 9598

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 119 Pera, den 16. Mai 1909

Als S. M. S. „Loreley" während der Armenierverfolgungen in Adana den Befehl erhielt, von Smyrna unverzüglich nach Mersina zu fahren, wurde es von deutscher Seite allgemein mit Genugtuung begrüßt, daß

---

* Vgl. Nr. 9592.

** Kommandant des 3. türkischen Armeekorps (Saloniki), demnächst Generalissimus der türkischen Armee.

unsere Flagge schon frühzeitig in der heimgesuchten Gegend erschien und den geängstigten deutschen Untertanen sowie der übrigen christlichen Bevölkerung neuen Mut einflößen konnte. Obwohl unser Stationär somit gerade in einer Zeit von Konstantinopel abwesend war, wo sich die Verhältnisse in der Hauptstadt besonders ungünstig gestalteten, hat sich hier dennoch kein Gefühl der Unsicherheit in dem Grade geltend gemacht, daß die Anwesenheit der „Loreley" als notwendig empfunden worden wäre. Dies bestätigt die früher schon von mir ausgesprochene Ansicht, daß der Stationär nicht so sehr den Schutz der hier lebenden Deutschen gewährleisten, als vielmehr unser Prestige aufrecht erhalten soll, damit wir nicht hinter den anderen Nationen zurückbleiben.

Die Stationäre der übrigen Staaten sind denn auch während der ganzen Zeit nicht in Aktion getreten und haben höchstens zu allerlei Legenden über die Flucht des Sultans Anlaß gegeben. Mehrere Tage erhielt sich das Gerücht, Abdul Hamid sei auf einem russischen Kriegsschiff entflohen*. Rußland ist der einzige Staat, welcher hier zwei Stationäre unterhält, wogegen sich die anderen Großmächte mit je einem begnügen. Unter anderen hat Frankreich den zweiten Stationär, ein großes Torpedoboot, schon vor längerer Zeit als gänzlich überflüssig zurückgezogen.

Vorläufig hat, soweit mir bekannt, die politische Lage noch keiner Regierung Anlaß gegeben, die Stationäre durch größere Schiffe zu ersetzen oder ihre Anzahl zu vermehren.

Marschall

Nr. 9599

Der Kommandant S. M. S. „Lübeck" Kapitän zur See Kühne an Kaiser Wilhelm II.

Auszug in Abschrift

Nr. G. 289 Mittelmeer, den 3. Juni 1909

pp. Der Aufenthalt Euer Majestät Schiffe „Hamburg" und „Lübeck" an den Küsten von Kleinasien, Syrien und Palästina ist, wie die Ereignisse gezeigt haben, für den Schutz der deutschen Interessen in diesen Gebieten von außerordentlichem Einfluß und Vorteil gewesen. Wie sich die Zukunft gestalten wird, ist bei den noch in der Neugestaltung begriffenen politischen Verhältnissen des Landes ganz ungewiß.

Aber selbst, wenn die Lage eine andauernd ruhige bleiben sollte, wird man die errungenen Vorteile nur erhalten oder gar den deutschen Einfluß vergrößern können, wenn dauernd die deutsche Flagge in diesen Gewässern gezeigt wird. Der Türke und Araber erkennt wie alle Orientalen

* Tatsächlich war er am 28. April mit kleinem Gefolge nach Saloniki gebracht, wo er interniert blieb.

nur die Macht an, welche ihm ihre Stärke vor Augen führt. Daran wird auch eine modernere Regierung in der Türkei nichts ändern, und ich muß aus diesem Grunde die dauernde Stationierung eines Kreuzers im Mittelmeer dringend befürworten.

(gez.) Kühne

Nr. 9600

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 132
Vertraulich

Therapia, den 3. Juni 1909

In den letzten Tagen ist in der Deputiertenkammer über eine Frage diskutiert worden, die in der Presse und der öffentlichen Meinung keine besondere Beachtung gefunden hat, wie ich nachträglich erfahre, aber eine sehr erhebliche politische Bedeutung besaß. Noch zu Zeiten des Großwesirats Kiamil Paschas — also vor dem 13. Februar d. Js. — hatte die Pforte der Kammer einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts vorgelegt: Es sollten in sechs namentlich benannte kleinasiatische Wilajets Kommissionen, bestehend zur Hälfte aus Staatsbeamten, zur Hälfte aus Deputierten, entsendet werden, um den Stand der dortigen Verwaltung und die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Nationalitäten und Konfessionen sorgfältig zu prüfen. Diese Kommissionen sollten unbeschränkte Vollmacht besitzen, Beamte, selbst Walis abzusetzen, neue Beamte zu ernennen, die gerichtlichen Urteile zu prüfen, eventuell zu kassieren und Reformvorschläge hinsichtlich der Gesetzgebung zu machen. Die Kammer hat diesen Entwurf, wie dies üblich ist, seit Monaten liegen lassen und erst vor etwa acht Tagen denselben auf die Tagesordnung gesetzt.

Bei Aufruf der Sache erhob sich der Minister des Innern Ferid Pascha zu einer längeren Rede. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem Gedankengang: Die Grundlage des konstitutionellen Lebens sei die Trennung der Gewalten. Der Kammer stehe die legislative, der Regierung die exekutive Gewalt zu. Jede Vermischung dieser Kompetenzen führe zur Verwirrung und zur Störung der Staatsmaschine. Nun stehe die Verantwortung bezüglich der inneren Verwaltung ihm als Minister des Innern zu. Er trage dafür die Verantwortlichkeit. Diese sei eine ausschließliche. Die Kammer habe daran keinen Teil[1]. Er sei bereit, etwaige Wünsche und Beschwerden der Kammer über die Amtsführung der Verwaltungsorgane zu prüfen und eventuell ihnen stattzugeben. Eine direkte Einmischung derselben in die Verwaltung könne er aber nicht zugeben. Da der vorliegende Gesetzentwurf gegen diese Prinzipien verstoße, so ziehe er denselben mit Genehmigung des Ministerrats zurück. Darauf folgte großer Beifall des Hauses. Einige armenische und griechische Deputierte

erhoben sich und verlangten das Wort. Der die Sitzung leitende erste Vizepräsident Talaat Bey erklärte jedoch die Angelegenheit für erledigt. Im Foyer der Kammer drängten sich viele muselmanische Abgeordnete an Ferid heran, um ihn zu beglückwünschen. Viele küßten ihm die Hand.

Über die Vorgeschichte dieses Entwurfes hat mir Ferid Pascha ganz vertraulich folgende Mitteilung gemacht. Als er vor vier Wochen das Ministerium des Innern übernahm, hat er erstmals Kenntnis von dem Entwurfe erhalten. Er ersah sofort, daß es sich hier um diejenigen sechs kleinasiatischen Wilajets handelte, in denen sich eine zahlreiche armenische Bevölkerung befindet, daß es sich also dabei um eine Aktion „pro Armenia" handle. Da als Zweck der Kommissionsarbeit auch die Prüfung des Verhältnisses zwischen Muselmanen und Christen bezeichnet war, so mußten auch christliche, das heißt vorwiegend armenische Deputierte in die Kommission gewählt werden. Ferid war überzeugt, daß die Tätigkeit dieser Kommissionen die muselmanische Bevölkerung in die größte Erregung versetzen und unfehlbar schwere Ausschreitungen zur Folge haben würde.

Als Ferid Pascha dem damaligen Großwesir Hilmi Pascha seine Bedenken aussprach, erklärte ihm dieser, auch er (der zur Zeit Kiamils Minister des Innern war) habe die gleichen Befürchtungen an den Entwurf geknüpft und in diesem Sinne sich Kiamil Pascha gegenüber ausgesprochen. Letzterer habe ihm aber erwidert, der Gesetzentwurf sei mit Sir Gerard Lowther ausgearbeitet worden, und er habe dem Botschafter das formelle Versprechen gegeben, denselben in der Kammer einzubringen und durchzusetzen[2].

Wir betreten also auch hier wieder die Engländer bei einer Aktion, die geeignet war, die innere Ruhe der Türkei und damit zugleich das neue System aufs ernsteste zu gefährden. Alle Welt weiß, daß die großen Armeniermassakers der Jahre 1895 und 1896 in unmittelbarem Anschluß an den englischen Vorschlag, Reformen für die Armenier einzuführen, erfolgt sind[3]. Wenn nun englische Staatsmänner in einem Augenblicke, da die Gemüter an sich durch die Ereignisse des vergangenen Jahres in großer Erregung waren, jenes Experiment wiederholen wollten, so können sie sich gegen den Vorwurf der „mala fides"[4] schwerlich verteidigen, am allerwenigsten nachdem Kiamil Pascha, mit dem die englische Botschaft in innigster Seelengemeinschaft während einiger Monate die Türkei regierte, heute überführt ist, systematisch, selbst auf die Gefahr schwerer Erschütterung des seiner Führung anvertrauten Reiches, auf Zerstörung der Verfassung und Wiederherstellung der Macht Abdul Hamids gearbeitet zu haben.

Die türkische Politik Englands während der letzten neun Monate bietet in der Tat ein seltsames Schauspiel. Man erinnert sich, was alles in den letzten 20 Jahren in England gegen Abdul Hamid gesagt worden ist. Nicht nur in der Presse, sondern auf der Parlamentstribüne, ja selbst von leitenden Staatsmännern ist dieser hohe Herr als Abschaum

der Menschheit, als Mörder, Bluthund und Verbrecher gebrandmarkt worden. Als die neue Aera eintrat, verwandelte sich der englische Türkenhaß über Nacht in begeisterte Sympathie für das edle Volk, das so lange unter schmählichem Drucke geseufzt und nunmehr selbst sich davon befreit hat. Dankbar blickte das türkische Volk zu dem neuen mächtigen Freunde empor. Geführt von Ali Kemal, „dem edlen Volksmann und Freiheitshelden", der 15 Jahre als Verbannter im Auslande gelebt hatte, weil sein edler Geist die Knechtschaft nicht ertragen konnte, begab sich vor einigen Monaten eine muselmanisch-christliche Deputation zur Kundgebung der Sympathie in die englische Botschaft. Sir Gerard Lowther erwiderte tief gerührt auf die Ansprache Ali Kemals. Bald darauf fiel Kiamil, weil er gegen die Verfassung gehandelt hatte. Sein Sturz war der erste Rückschlag, den die englische Politik seit der neuen Aera erlitt. Schon damals wurden ernste Türken nachdenklich über die Intimität zwischen England und Kiamil. Als dann die Meuterei vom 13. April mit ihren Schandtaten eintrat, sahen wir England auf der Seite der Soldateska[5]. Niemand war im Zweifel, daß es sich bei jenen Vorgängen um Wiederherstellung des alten Regimes gehandelt hat. Aber ein großer Teil der englischen Presse stellte sich der Bewegung freundlich gegenüber. Vor allem das berüchtigte Weltblatt „Times". Ihr hiesiger Korrespondent plädierte ganz offen für die Meuterer. Er verhöhnte die Drohung mit Anmarsch der Saloniker Armee als „bluff" und verkündete hoffnungsvoll, daß die hiesigen Truppen die Saloniker schon an der Tschataldjalinie mit blutigen Köpfen heimschicken würden. Ein Leitartikel der „Times" bezeichnete jenen Anmarsch geradezu als „Verbrechen". Der englische Generalkonsul in Saloniki wandte im Auftrage der hiesigen Botschaft alle Überredungskunst auf, um Mahmud Schewket Pascha von seinem verbrecherischen Vorhaben abzuhalten[6]*. Es war umsonst. Der Einmarsch erfolgte. Schon vorher hatten sich die Intimen der englischen Botschaft, Ali Kemal und Ismail Kemal, ins Ausland geflüchtet. Ersterer ist heute vollkommen entlarvt. Er gibt selbst zu, während der 15 Jahre „Verbannung" Spion Abdul Hamids gewesen zu sein. Der Sohn Kiamils, der während des Großwesirats desselben in Wirklichkeit die Geschäfte geführt hat, aber allgemein als Hallunke bekannt war, ist ihnen nachgefolgt, weil er sich selbst als reif für den Galgen fühlte. Kiamil selbst sitzt unter militärischer Bewachung in seinem Konak, während die Presse die Quittungen veröffentlicht, die er als „Exgroßwesir" dem Palais über größere Geldsummen ausgestellt hat. Diese Geschichte von Englands Triumph und Niedergang in der neuen Türkei wird durch den obenerwähnten Gesetzentwurf und sein Schicksal wirksam ergänzt[7]. Schade, daß man die Teilnahme meines englischen Kollegen an jenem gesetzgeberischen Werke zurzeit noch nicht verwerten kann.

Wenn man, wie ich, in der Politik alt geworden ist, so überzeugt man sich immer mehr von der Wahrheit des Horazschen Wortes „nil admirari".

---

* Vgl. Nr. 9597.

Ich muß freilich offen gestehen, daß ich diesmal gegen diesen Grundsatz gehandelt habe. Die englische Politik auf der Seite Abdul Hamids in Aktion gegen die Jungtürken zu sehen, hat mich überrascht, desgleichen der ungewöhnliche Mangel an Klugheit auf englischer Seite. Will man „im Trüben fischen", so erheischt es doch die gewöhnlichste Vorsicht, daß man diese ehrbare Arbeit nicht im Bereiche eines elektrischen Scheinwerfers vollzieht. An dieser Vorsicht haben es die Engländer diesmal vollkommen fehlen lassen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr richtig und sehr gut!
[2] Hurrah! Da haben wir die Hallunken von Briten! unerhörte Kühnheit! Sowas hätten wir mal versuchen sollen!
[3] ja, unter heimlicher Vorspiegelung von Landungen an die Armenier!
[4] ja
[5] wie immer wo es gilt Unheil zu säen.
[6] !
[7] großartig! diese Britischen Pharisäer und Schurken!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Vorzüglich geschrieben! sehr erfreuliche Nachrichten! Dieses Aktenstück ist eine gute Waffe für die Zukunft! Und ich werde sie einstmals brauchen!

Kapitel CCVIII

Die Wiederaufrollung der Kretafrage

Nr. 9601

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 342 Therapia, den 8. Oktober 1908

Die kretensische Bevölkerung hat die Einverleibung der Insel in Griechenland proklamiert. Der griechische Gesandte** hat hier der Pforte Mitteilung gemacht, daß seine Regierung noch keine Stellung genommen habe.

Marschall

---

* Während die türkische Revolution von 1908 nicht nur in dem Verhältnisse der Mächte tiefgreifende Veränderungen hervorgerufen, sondern fast alle Balkanfragen, neben der bosnischen und der Dardanellenfrage die bulgarische, die serbische, die Kretafrage aufgerührt hatte, hat die türkische Umwälzung vom April 1909 die politische Entwickelung nur in geringem Umfange zu beeinflussen vermocht. Es lag das wesentlich daran, daß mit dem Ausgang der bosnischen Krise die Mehrzahl der Balkanfragen eine Bereinigung erfahren hatte, so vor allem das Verhältnis der Türkei zu Bulgarien durch das Protokoll vom 19. April 1909. Zwar schien die bulgarische Regierung einen Augenblick Neigung zu verspüren, die neuen Wirren in Konstantinopel zu einem Vorgehen zu benutzen. Der Ministerpräsident Malinow ließ sich am 23. April 1909 gegen den Gesandten Freiherrn von Romberg dahin aus, über kurz oder lang werde eine militärische Intervention der Mächte in Konstantinopel notwendig werden, und dann würde nach seiner Ansicht Bulgarien die Aufgabe der Pazifizierung Mazedoniens zufallen (Bericht Rombergs Nr. 80 vom 23. April). Da aber die Mächte von jeder Intervention Abstand nahmen, so blieb auch das bulgarische Schwert in der Scheide. Erst im Zusammenhang mit der kretischen Frage, der einzigen, die durch die Aprilvorgänge 1909 in der Türkei einen direkten Anstoß erhielt, führte die mazedonische Frage im Sommer 1909 eine griechisch-türkische Kriegsgefahr herauf, die auch Bulgarien zu erfassen drohte. Da die kretische Frage, obwohl sie schon im Herbst 1908 durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina erneut in Fluß geraten war, erst seit dem Frühjahr 1909 für die Entwickelung des Balkanproblems größere Bedeutung gewann, so werden die wichtigeren Schriftstücke zur Kretafrage vom Oktober 1908 an an dieser Stelle zusammengefaßt.

** Gryparis.

Nr. 9602

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Athen, den 8. Oktober 1908

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* erklärte heute nochmals, daß griechische Regierung durch kretensische Ereignisse vollkommen überrascht worden sei, auch noch keine Entschlüsse über ihre Haltung habe fassen können; er persönlich hoffe, daß Großmächte und auch die Türkei, auf deren Freundschaft er Wert lege, Kreta Vereinigung mit Griechenland gutheißen würden, und bäte um Protektion Deutschlands.

Haniel

Nr. 9603

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Athen, den 10. Oktober 1908

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten bat mich, meiner Regierung folgendes zu telegraphieren: „Griechische Regierung befindet sich in schwieriger Lage; sie sei gewillt, die Zustimmung der Mächte zur Angliederung Kretas abzuwarten, andererseits habe Kreta gestern Ministerpräsidenten** offiziell Anschluß an Griechenland angezeigt und drängte auf Übernahme der Regierung. Auch öffentliche Meinung werde ungeduldig. Griechische Regierung vermöge nur dann zu beruhigen und Stellungnahme hinauszuschieben, wenn sie baldigst in die Lage versetzt würde zu antworten, daß Großmächte beabsichtigen, durch Kongreß oder gleichzeitig mit bulgarischer und bosnischer auch kretensische Frage zu regeln. Griechische Regierung wendet sich vertrauensvoll an das ihr bekannte Wohlwollen der deutschen Regierung, insbesondere aber an die hochherzige Gesinnung Seiner Majestät des Kaisers mit der Bitte, eine solche Lösung herbeizuführen."

Ähnliche Demarche hat Minister der Auswärtigen Angelegenheiten bei den Vertretern der übrigen Großmächte unternommen. Er fürchtet

* G. Baltazzi.
** Theotokis.

englischen Widerstand, doch äußerte sich hiesiger englischer Gesandter* Dritten gegenüber persönlich kretensischen Wünschen nicht abgeneigt**.

Öffentliche Stimmung hier bisher noch maßvoll und abwartend***.

Haniel

Nr. 9604

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 71 Athen, den 9. Oktober 1908

[pr. 14. Oktober]

Der neuste Versuch der christlichen Bevölkerung Kretas, die politische Lage auszunutzen, um die Vereinigung mit dem Königreich Griechenland durchzuführen, scheint diesmal wirklich ohne Zutun der hiesigen Regierung erfolgt zu sein. Im gegenwärtigen Augenblick dürfte das selbständige Vorgehen der Kreter schon mit Rücksicht auf die eben erst geknüpfte türkisch-griechische Freundschaft der Regierung nicht einmal besonders bequem sein. „Ça m'est tombé comme une tuile sur la tête", äußerte der Minister des Äußern und hob hervor, wie sehr ihm daran liege, daß die für Griechenland außerordentlich wertvollen guten Beziehungen zur Türkei durch diesen Zwischenfall nicht getrübt würden. Glücklicherweise scheint man türkischerseits den Vorgang nicht allzu tragisch zu nehmen. So sagte mir der hiesige türkische Gesandte Naby Bey vertraulich, daß nach seiner Ansicht man in Konstantinopel auf die entfernt gelegene Insel, die doch für die Türkei verloren sei und nur Kosten verursache, verhältnismäßig geringen Wert legen werde, jedenfalls ihren Verlust eher verschmerze wie den eines Stückes des Festlandes.

Auch den übrigen Mächten gegenüber will offenbar die hiesige Regierung in richtiger Erkenntnis ihrer militärischen Schwäche und politi-

* Sir F. Elliot.

** Über die Stellungnahme der englischen Regierung meldete Graf Metternich am 11. Oktober aus London (Telegramm Nr. 280): „Herr Romanos" — der griechische Gesandte — „sagte mir, er habe Sir E. Grey gestern im Auftrage seiner Regierung gebeten, Kretafrage vor die Konferenz zu bringen, um griechischer Regierung über die unverschuldet schwierige Situation hinwegzuhelfen, die ihr durch inopportunes Vorgehen Kretas erwachsen sei. Sir E. Grey hat dies abgeschlagen. Frage des Gesandten, ob englische Regierung dann wenigstens auch bulgarische Unabhängigkeitserklärung und Annexion Bosniens auf Konferenz ablehnen wolle, hat englischer Minister ebenfalls verneint."

*** Auf Telegramm Nr. 72 erhielt der Geschäftsträger am 11. Oktober zur Antwort (Nr. 53): „Wir müssen kretensischen Schutzmächten Initiative überlassen, da wir selbst nicht Schutzmacht, sind aber gern bereit, zu geeignetem Zeitpunkt unsre freundschaftlichen Beziehungen zu Griechenland und unser Wohlwollen zu betätigen."

schen Vereinzelung eine möglichst korrekte, abwartende Haltung beobachten, um sich auf diese Weise das Wohlwollen Europas zu sichern. Ich habe aus den Äußerungen des Herrn Baltazzi den Eindruck gewonnen, daß man hier auf einen internationalen orientalischen Kongreß hofft[1] und erwartet, daß dort Griechenland seine Wünsche[2] mit Erfolg werde vorbringen können. Von diesem Gesichtspunkte aus ließe sich auch die wiederholte Bitte des Ministers um Deutschlands „protection" zwanglos erklären. Ob sich alsdann die griechischen Ansprüche auf Kreta beschränken werden, kann zweifelhaft sein, denn die Insel galt hier als eine reife Frucht, die ohnedies über kurz oder lang Griechenland in den Schoß fallen müsse.

Die sonst in nationalen Fragen so leicht entzündliche öffentliche Meinung ist den kretischen Ereignissen gegenüber bisher auffallend ruhig geblieben. Auch der Ton der Presse ist durchaus maßvoll. Allerdings beruht diese Zurückhaltung auf der bestimmten Voraussetzung, daß die Mächte der Angliederung Kretas nicht widersprechen werden[3].

Haniel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Lieber nicht!

[2] sollen sich erfüllen!

[3] können sie auch nicht

Nr. 9605

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Athen, den 14. Oktober 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 72*.

Auf Anregung Rußlands erneuerte Minister der Auswärtigen Angelegenheiten bei sämtlichen Großmächten Demarche vom 10. Oktober. Seine Bitte geht dahin, daß Großmächte kretensische Forderung gleichzeitig mit übrigen Balkanfragen prüfen und daß Schutzmächte durch Proklamierung Kretensern erklären möchten, sie seien mit Prüfung kretensischer Frage beschäftigt und würden dieselbe gerecht und billig lösen.

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten bat wiederum um tunlichste deutsche Unterstützung.

Haniel

* Siehe Nr. 9603.

Nr. 9606

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 72 Athen, den 15. Oktober 1908

Wie ich an anderer Stelle zu melden die Ehre hatte*, hat die griechische Regierung am 10. d. Mts. an sämtliche Großmächte die Bitte gerichtet, zur Beruhigung der Kreter diesen erklären zu dürfen, daß die Mächte mit der Prüfung der kretischen Angelegenheit beschäftigt seien und durch internationale Vereinbarung gleichzeitig mit der bulgarischen und bosnischen auch die kretische Frage lösen würden. Der hiesige türkische Gesandte Naby Bey erzählte mir vertraulich, daß dieses Vorgehen der griechischen Regierung auf seinen Vorschlag erfolgt sei.

Gestern hat nun, wie ich gleichfalls melden durfte**, der Minister des Äußern diese Demarche wiederholt und dabei den Schutzmächten gegenüber seine Bitte dahin präzisiert, daß diese den Kretern durch Proklamation eine gerechte Prüfung ihrer Wünsche in Aussicht stellen möchten. Die — ungewöhnliche — Wiederholung der Demarche geschah auf Anregung Rußlands, weil die Demarche vom 10. d. Mts. in St. Petersburg versehentlich in abweichender Form zur Kenntnis gebracht worden war. Ich machte Herrn Baltazzi darauf aufmerksam, daß die erste Demarche von Deutschland bereits beantwortet sei, eine Wiederholung sich daher für uns erübrigen dürfte. Indessen bat er mich, sie dennoch auch meiner Regierung zu übermitteln, da ihm an Deutschlands Unterstützung besonders gelegen sei.

Die Freundlichkeit und Promptheit der deutschen Antwort auf die Demarche vom 10. d. Mts.*** hat hier den besten Eindruck gemacht. Der Minister dankte mir wiederholt und in den wärmsten Ausdrücken für das Wohlwollen, das die deutsche Regierung bezeige, und das er nach Gebühr zu schätzen wisse. Über die Antworten der übrigen Mächte, soweit solche bisher erfolgt sind, verlautet nichts Bestimmtes. Herr Baltazzi äußerte sich im allgemeinen befriedigt.

Vom griechischen Standpunkte stellt die Demarche einen nicht ungeschickten Schachzug dar. Die Regierung beschwichtigt damit das Mißtrauen der befreundeten Türkei und ladet die Verantwortung für die weitere Entwickelung der kretischen Angelegenheit auf die Großmächte ab. Den letzteren gegenüber kann sie sich in den Mantel der Korrektheit und Loyalität hüllen. Zugleich vermag sie durch den Hinweis auf die bevorstehende Entscheidung Europas dem Drängen der kretischen und hiesigen Heißsporne auszuweichen, die die Regierung zu einer förmlichen Einverleibungserklärung treiben möchten.

Haniel

* Vgl. Nr. 9603.
** Vgl. Nr. 9605.
*** Vgl. Nr. 9603, S. 27, Fußnote ***.

Nr. 9607

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 73 Athen, den 15. Oktober 1908

Nach den Meldungen aus Kreta haben dort die Dinge eine außerordentlich rasche Entwickelung genommen. Jetzt schon — acht Tage seit Beginn der Bewegung — wird die Insel nach griechischen Gesetzen im Namen des Königs Georg durch ein Exekutivkomitee regiert; nach griechischen Gesetzen wird Recht gesprochen. Beamte, Gendarmen, Miliz sind auf die griechische Verfassung vereidigt. Kurz, alle Änderungen, die sonst erst nach einer Annexion vollzogen zu werden pflegen, sind dort bereits durchgeführt. Nach ihrer inneren Organisation ist die Insel eine griechische Provinz. Nur ihre Übernahme durch die hellenische Regierung fehlt noch.

Es versteht sich, daß ein solcher anormaler Zustand nicht bis ins Unbegrenzte verlängert werden kann. Ebensowenig aber läßt sich wohl diese Entwicklung, etwa durch ein Einschreiten der Mächte, wieder rückgängig machen. Dazu möchte das Werk der Angliederung diesmal doch zu weit vorgeschritten sein. Hier zweifelt denn auch — sowohl in einheimischen wie in diplomatischen Kreisen — eigentlich niemand daran, daß Kreta in Bälde am Ziele seiner Wünsche stehen werde. Durch das bisherige ruhige Geschehenlassen der Schutzmächte wird diese Überzeugung noch verstärkt. Man glaubt, daß sowohl Europa als auch die Türkei mehr aus formellen Gründen, und weil die Mächte sich über die Regelung der übrigen Balkanfragen noch nicht einig seien, bisher mit der Anerkennung der Vereinigung zurückhalte. Im Grunde werde jedermann froh sein, wenn der provisorische, allen Beteiligten lästige Zustand der Schutzherrschaft aus der Welt geschafft würde. Selbst von England, dessen Widerspruch man am meisten fürchtet, meinte neulich der Kronprinz: es ziere sich noch wie ein ältliches Mädchen. Der Minister des Äußern, der sich allerdings vor acht Tagen noch über den bulgarischen Staatsstreich* heftig entrüstet hatte, kennzeichnete bei dem heutigen Diplomatenempfang mir gegenüber seine Ansicht über die schwebenden Balkanfragen dahin, daß die internationale Anerkennung der Vereinigung Kretas mit Griechenland ebenso wie der übrigen Veränderungen auf dem Balkan für die Türkei wie für Griechenland die beste Lösung sein werde. Die Türkei werde Zeit und Ruhe zur inneren Kräftigung und Sammlung finden, wenn jene unbotmäßigen Glieder, deren Nervenverbindung mit dem ottomanischen Staatskörper doch schon durchtrennt sei, mit einem heilenden Schnitt abgelöst würden. Für Griechenland und das Griechentum aber sei eine starke, womöglich

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIV.

in ihrem Besitzstande von den Mächten garantierte Türkei der sicherste Damm gegen die drohende bulgarische Überflutung. Ich habe geglaubt, den Minister in dieser Auffassung — insbesondere bezüglich des griechisch-türkischen Verhältnisses — bestärken zu dürfen.

Haniel

Nr. 9608

Der Geschäftsträger in Athen von Haniel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Athen, den 23. Oktober 1908

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten besuchte mich heute, um zu danken für bereitwillige Zusage der Kaiserlichen Regierung, kretensische Angelegenheit mit Iswolsky wohlwollend zu . . . *

Minister sprach sich über Lage zuversichtlich aus. Angesichts der freundlichen Haltung der Mächte würden Kretenser ruhig abwarten; auch griechische Regierung mahne ständig zur Mäßigung und Geduld. Nach Äußerungen des Ministers sowie hiesiger fremder Vertreter haben Schutzmächte nach wie vor offiziell noch nicht Stellung zur kretensischen Frage genommen, sogar sich über Verhandlung mit der Türkei noch nicht geeinigt, doch haben Schutzmächte griechischer Regierung ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben, England allerdings mit der . . . *, daß Angelegenheit zunächst „doit rentrer sur le terrain de la légalité", was nach Auslegung des englischen Gesandten Erfordernis der türkischen Zustimmung bedeutet.

Gestrige hiesige Zeitungsnachricht von unmittelbar bevorstehendem Erlasse einer Proklamation, an Kretenser bisher unbestätigt; nach Andeutungen des italienischen Gesandten** scheint Italien Proklamation vorgeschlagen zu haben, ohne daß aber Schutzmächte bisher sich über Formel einigen konnten.

Haniel

Nr. 9609

Der Gesandte in Athen Graf von Arco an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 78 Athen, den 30. Oktober 1908

Gestern ist hier die Erklärung der kretensischen Schutzmächte bekannt geworden. Der Text, wie er hier veröffentlicht wurde, lautet:

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Marquis A. Carlotti.

„Les agents de France*, de Grande-Bretagne**, d'Italie*** et de Russie† ont l'honneur, d'ordre de leurs gouvernements, de communiquer au Gouvernement Crétois ce qui suit: ‚Les Puissances Protectrices considèrent l'union de la Crète avec la Grèce comme dépendant de l'assentiment des Puissances qui ont contracté des obligations avec la Turquie. Elles ne seraient pas néanmoins éloignées d'envisager avec bienveillance la discussion de cette question avec la Turquie si l'ordre est maintenu dans l'île et d'autre part la sécurité de la population musulmane est assurée.'"

Diese Erklärung hat hier große Befriedigung hervorgerufen. Man erblickt schon in der Tatsache eine wichtige Errungenschaft, daß die Mächte mit der provisorischen Regierung in Verbindung getreten sind, der gerade das Mandat zufällt, die Vereinigung mit Griechenland durchzuführen. Auch glaubt man annehmen zu dürfen, daß die Äußerung der Mächte als die Einleitung zur Vereinigung der beiden Länder anzusehen sei. Die Ermahnungen und Auflagen seien dieselben wie bei der Ankündigung vom Zurückziehen der Truppen. Die veränderten Verhältnisse würden offenbar von den Mächten richtig eingeschätzt und anerkannt.

Ganz ähnlich äußerte sich auch der Minister des Äußern, der auch noch hinzufügte, daß das Nachgeben von England wohl auf Rechnung von unserer wohlwollenden Haltung in der Kretafrage zu setzen sei.

Die öffentliche Ruhe ist durch nichts gestört worden. Die Überzeugung, daß geduldiges Abwarten und tunlichste Schonung des türkischen Selbstbewußtseins für die Griechen die richtige Politik ist, scheint in weite Kreise gedrungen zu sein.

Arco

Nr. 9610

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Kiderlen an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 1481 Berlin, den 27. November 1908

Wir haben im gegenwärtigen Augenblick keinen Anlaß, der Frage der Vereinigung Kretas mit Griechenland näher zu treten, stehen aber auf dem Standpunkt, daß wir, wenn diese Frage im Zusammenhang mit den übrigen Veränderungen des Berliner Vertrags aufs Tapet gebracht wird, unsre Stellung als Signatarmacht wahren werden.

Indem ich vorstehendes Euerer pp. zu Ihrer Orientierung ergebenst mitteile, möchte ich empfehlen, zurzeit jeder, selbst einer akademischen Erörterung dieser Frage tunlichst auszuweichen.

Kiderlen

* Bertrand.
** A. R. Peel.
*** Lebrecht.
† Schebunin.

Nr. 9611

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Athen, den 24. Dezember 1908

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten teilte mir heute aus eigener Initiative mit, daß Frankreich ein die Lösung der Kretafrage betreffendes Projekt ausarbeite, das als Grundlage für den diesbezüglichen Gedankenaustausch der vier Schutzmächte dienen solle.

Dankbar für die von der deutschen Regierung bisher eingenommene Stellung, deutete der Minister an, er werde später im geeigneten Augenblick eventuell mit der Bitte an uns herantreten, auch unsererseits unter Wahrung unseres zurückhaltenden Standpunktes zur Lösung der Frage beizutragen.

Riepenhausen

Nr. 9612

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 517 Pera, den 26. Dezember 1908
Geheim

Mein Vertrauensmann meldet mir:

Achmed Risa* hat gestern Herrn Constans erklärt: Die Tatsache, daß Frankreich bezüglich der Annexion Kretas die treibende Kraft sei, errege in türkischen Kreisen ernste Bedenken. Es sei ausgeschlossen, daß die Türkei Kreta preisgebe[1]. Wenn Frankreich seine bisherige der Annexion günstige Politik fortsetzt, so könne er — Achmed Risa — nicht verhindern, daß eine starke Strömung gegen Frankreich eintrete und sich in ähnlicher Weise wie gegen Österreich-Ungarn äußere. Als aufrichtiger Freund Frankreichs halte er es für seine Pflicht, dem Botschafter dies offen zu sagen.

Marquis Imperiali sagte mir gestern, er habe Anlaß zu der Annahme, daß die Jungtürken unter keinen Umständen auf Kreta verzichten und eher einen neuen Krieg gegen Griechenland führen würden[2].

Marschall

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr gut! Das treibt einen Keil zwischen die Ententegruppe und die Türkei. — Wir dürfen aber jetzt nicht zu philhellenisch auftreten.
[2] tant mieux!

* Präsident der türkischen Kammer.

Nr. 9613

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 98 Athen, den 25. Dezember 1908

Wie ich anderweitig bereits die Ehre hatte zu berichten*, sind die Verhandlungen über die Lösung der Kretafrage in ein neues Stadium getreten.

Zur Vorgeschichte derselben erfahre ich aus zuverlässiger Quelle folgendes: Frankreich und Rußland hatten zwei Vorschläge für den modus procedendi gemacht.

Nach dem französischen Projekt sollten die vier Kretamächte sich zwar zunächst über die Lösung der Frage einigen, aber vor endgiltiger Feststellung ihrer Ansicht an die Türkei und Griechenland herantreten. Dieser Vorschlag würde der Türkei Gelegenheit gegeben haben, die Anschauungen darzulegen, für den Verlust Kretas erhebliche Gegenforderungen zu stellen, und hätte auch die griechische Regierung genötigt, ihrerseits aus der Reserve hervorzutreten. Eine Diagonale zwischen den Wünschen der beiden Regierungen wäre als Lösung des Problems für Griechenland zu befürchten gewesen.

Der russische, von den vier Mächten angenommene Vorschlag ging dahin, daß die vier Kabinette sich ohne Hinzuziehung der beiden interessierten Mächte definitiv einigen und ihren Beschluß dann erst der Türkei und Griechenland mitteilen. Diese Alternative ist der griechischen Regierung sympathischer. Sie glaubt, daß der Türkei hierdurch die Gelegenheit genommen wird, andere als von den Mächten eventuell konzedierte Bedingungen zu stellen, und hofft der unter allen Umständen einsetzenden Kammerkritik entgegenhalten zu können, sie sei von den Mächten vor ein fait accompli gestellt worden.

Als erster Schritt auf dem eingeschlagenen Wege ist der Beschluß der vier Mächte zu bezeichnen, Frankreich mit Ausarbeitung eines Vorprojektes zu betrauen, das dem Meinungsaustausch und den Beschlüssen der andern zur Grundlage dienen soll.

Trotz dem vorstehend Erörterten dürfte es nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß die französische Regierung Konstantinopel auf dem laufenden erhält.

In welchem Zeitpunkte der Verhandlungen die Mandatarmächte daran denken, an Österreich und Deutschland heranzutreten, ist mir nicht bekannt.

Von meinem österreichischen Kollegen** erfahre ich, daß der Minister

---

* Vgl. Nr. 9611.

** Graf von Brusselle.

des Äußern ebenso wie mir auch ihm spontan in Aussicht gestellt hat, in einem späteren Abschnitt der Verhandlungen an seine Regierung mit der Bitte um Unterstützung heranzutreten.

Im allgemeinen gewinnt man hier den Eindruck, daß England sich weniger schroff wie bisher zur Annexionsfrage stellt; die Sympathien, die Frankreich und Italien Griechenland entgegenzubringen scheinen, dürften nicht ohne Einfluß auf die Haltung Englands geblieben sein.

Ich vermeide es, ein besonderes Interesse für die Angelegenheit an den Tag zu legen.

v. Riepenhausen

Nr. 9614

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Athen, den 6. Januar 1909

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 95 vom 24. Dezember*, unter Bezugnahme auf Bericht Nr. 98 vom 25. Dezember**.

Österreichischer Kollege teilt mir streng vertraulich mit, daß er angewiesen worden ist, der hiesigen Regierung etwa folgendes mündlich mitzuteilen:

„Die österreichische Regierung hat mit Befriedigung von der korrekten Haltung der griechischen Regierung in Kretafrage Kenntnis genommen und ist gegebenenfalls bereit, ein eventuelles Ansuchen Griechenlands um Vermittelung behufs beschleunigter Lösung der Kretafrage mit Entgegenkommen aufzunehmen."

Österreichischer Geschäftsträger wird betreffende Mitteilung heut nachmittag Minister der Auswärtigen Angelegenheiten machen und bittet mich, bei eventueller Benachrichtigung der Kaiserlichen Regierung Euere Durchlaucht zu bitten, gegebenenfalls der österreichischen Regierung gegenüber nicht durchzulassen, daß obige Information von ihm stammt.

Nach meiner Meinung steht die Tatsache, daß Österreich bereit ist, seine bisher in der Kretafrage beobachtete . . . .*** bis zu einem gewissen Grade aufzugeben, in Zusammenhang mit der angeblich in den österreichisch-türkischen Verhandlungen eingetretenen Stockung†.

Auch hält er es für wahrscheinlich, daß seine Regierung wünscht, Gelegenheit zu finden, den französischen und italienischen griechenlandfreundlicheren Standpunkt gegenüber der zurückhaltenden Stellungnahme

---

* Siehe Nr. 9611.
** Siehe Nr. 9613.
*** Zifferngruppe fehlt.
† Vgl. darüber Bd. XXVI, Kap. CCI.

Englands zu stärken, und hält es nicht für ausgeschlossen, daß der österreichische Schritt von Frankreich in Wien angeregt ist.

Die Absicht Englands, eventuell seine Truppen in Kreta zu verstärken, dürfte bisher in Wien noch nicht bekannt sein.

Riepenhausen

Nr. 9615

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 6 Athen, den 22. Januar 1909

Sekret

Die Euerer Durchlaucht gemeldete Nachricht, daß England beabsichtigt hat, seine Truppen in Kreta zu verstärken, bestätigt sich jetzt. Nach Mitteilung des hiesigen italienischen Gesandten ist es nur auf die vereinten Vorstellungen Frankreichs und Italiens zurückzuführen, wenn es vorderhand hiervon Abstand genommen hat. Marquis Carlotti sprach in sehr herben Worten über das Gebaren der englischen Politik. Sie sei in der ganzen Kretafrage illoyal gewesen[1], habe die anderen Mächte nur auf halbem Wege begleitet und sie dann sitzen lassen[2]. Dem französischen jetzt anscheinend fertiggestellten Projekt gegenüber verhalte es sich ablehnend. Es fahre fort, wie ich bereits die Ehre hatte Euerer Durchlaucht zu berichten, eine zum mindesten zurückhaltende Stellung zu beobachten.

Er könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß England im geheimen noch hoffe, die Sudabai für sich zu erwerben. Jedenfalls seien die Aussichten für eine baldige Lösung der Kretafrage erheblich gefallen. Mit der endgiltigen Schlichtung der türkisch-österreichischen Differenzpunkte* und einer Einigung in den bulgarisch-türkischen Meinungsverschiedenheiten** könnten sich die Chancen Griechenlands nur verschlechtern. Die türkische Regierung werde dann bestrebt sein, in der Kretaangelegenheit einen Achtungserfolg zu erringen. Vor Griechenland habe sie keine Furcht und wisse, daß keine der Mächte, die jetzt in Konstantinopel um das Vertrauen und die Gunst der Türken um die Wette liefen, sich wirklich ernstlich für Griechenland einsetzen würde[3].

Meiner Meinung nach läßt sich die Situation nicht definitiv charakterisieren, um so mehr da sich manches hinter den Kulissen zwischen den beteiligten Mächten abspielt, was sich dem Außenstehenden entzieht. In der Bewertung der Haltung Englands dürfte der italienische Gesandte bis zu einem gewissen Grade recht haben.

Maßgebend für die Beurteilung der Haltung Englands ist für mich der Gesichtspunkt, daß, wenn es England gelingt, die Annexion zu hinter

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCI.
** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCII.

treiben, es in Konstantinopel einen neuen Trumpf erwirbt. Es hat dann in den Augen der Türken nicht nur durch Rückenstärkung und Ratschläge beigetragen, Österreich zum Zahlen zu bringen und die bulgarische Kapitalsquote eventuell zu erhöhen, sondern auch Kreta dem osmanischen Reiche gerettet[4].

Jedenfalls hat jetzt England das Heft in der Hand. Die Griechenland günstige, mehr von Gefühlsmomenten als von realpolitischen Erwägungen diktierte Haltung Italiens und Frankreichs kann den Griechen nicht viel helfen.

Daß die französische Regierung es übernommen, das wohl auf eine offene oder versteckte Annexion Kretas herauslaufende Projekt auszuarbeiten, hat ihr nicht die führende Rolle gesichert, nachdem die letzte Entscheidung doch allein von England abhängt. Es bleibt ein typischer Beweis dafür, wie wenig jetzt Italien und Frankreich in orientalischen Fragen entgegen dem festen Willen Englands zu erreichen vermögen. Über die Intention Rußlands ist mir nichts Näheres bekannt.

Sollte die Annexion Kretas nicht zur völkerrechtlich anerkannten Tatsache werden, so sind verschiedene Lösungen möglich. Daß Kreta das Schicksal von Samos teilt, wäre wohl die ungünstigste, daß es unter Wahrung einer türkischen Schattensouveränität von Griechenland regiert wird, dann noch für das Hellenentum am wünschenswertesten. Aber auch dieser Ausweg würde hier einen Sturm der Entrüstung entfachen.

Riepenhausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist sie stets
[2] wie immer
[3] Athen Flotte bauen
[4] stimmt

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut und richtig beobachtet

Nr. 9616

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 9 Athen, den 27. Januar 1909

Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß der von der französischen Regierung ausgearbeitete Vorschlag zur Lösung der Kretafrage tatsächlich die Abtretung der Insel an Griechenland vorsieht. England weigert sich zurzeit, den Vorschlag anzunehmen. Es hat der französischen Regierung erklärt, es wünsche erst in die Diskussion der Angelegenheit gegen Ende der Konferenz einzutreten, nachdem die Mächte die anderen Fragen erledigt hätten. Die französische Regierung bemüht sich, die englische um-

zustimmen. Der hiesige französische Gesandte* hält es nicht für ausgeschlossen, daß dies noch gelingt. Er hat bei seiner kürzlich erfolgten Rückkehr aus Paris Herrn Baltazzi die Versicherung Clemenceaus mitgebracht, daß Frankreich sich nach Kräften bemühen würde, eine für Griechenland akzeptable Lösung herbeizuführen. Der Gesandte beurteilt die Chancen Griechenlands ungünstig und soll der Ansicht sein, daß die Existenz der hiesigen Dynastie gefährdet ist, falls es den Mächten nicht gelingen würde, die Wünsche des griechischen Volkes zu befriedigen. Mein Gewährsmann erfuhr ferner, daß Herr Clemenceau sich sehr erregt über den Präsidenten der türkischen Kammer geäußert habe. Herr Achmed Risa habe zugesagt, nichts gegen die Abtretung Kretas zu unternehmen, und trage jetzt mit dazu bei, die Situation zu komplizieren.

Riepenhausen

Nr. 9617

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 380 London, den 31. März 1909

Sir E. Grey bemerkte mir heute gesprächsweise, daß die Türkei äußerst empfindlich mit Bezug auf die griechische Agitation zur Einverleibung Kretas sei. In Bulgarien und Ostrumelien wie in Bosnien und der Herzegowina habe die türkische Flagge schon lange nicht mehr geweht, und durch die staatsrechtlichen Veränderungen, welche sich dort vollzogen hätten, wäre die türkische Flagge nicht entfernt worden. Über Kreta dagegen wehe noch die türkische Flagge, und ihre Entfernung[1] werde von einem Volke verlangt, welches von den Türken im letzten Kriege geschlagen worden sei. Sodann fürchteten die Türken, daß, falls Kreta in Griechenland einverleibt würde, auch unter den übrigen unter türkischer Herrschaft stehenden Inseln mit griechischer Bevölkerung ähnliche Tendenzen sich geltend machen würden. Schließlich hätten die Türken seit den letzten sechs Monaten genug Souveränitätsrechte eingebüßt, und sie seien nicht gewillt, fernere Lostrennungen zu dulden.

Bevor die Neuordnung der Dinge in der Türkei eingetreten sei, hätten die Schutzmächte vereinbart, ihre Truppen bis zum 1. Juli d. Js. aus Kreta zurückzuziehen unter Zurücklassung einer kleinen Schutzwache zur Behütung der türkischen Flagge**.

* de la Boulinière.

** Die Vereinbarung der kretischen Schutzmächte über die etappenweise, bis 1. Juli 1909 zu bewerkstelligende Zurückziehung der internationalen Truppen aus Kreta war im Mai 1908 erfolgt und der Bevölkerung durch eine Bekanntmachung des Oberkommissars Zaimis mitgeteilt worden.

Der Minister sprach sich nicht darüber aus, ob und was nun im Laufe des Sommers etwa ferner geschehen solle. Jedenfalls ist er neuen Verwicklungen, Krisen und Verhandlungen über Fragen des nahen Ostens durchaus abgeneigt[2].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Soviel mir bekannt soll sie wehen bleiben als Höflichkeit gegen die Türkei
[2] werden ihm nicht erspart bleiben

Nr. 9618

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 28 Athen, den 7. April 1909

In der Kretafrage ist die Lage augenblicklich folgende.

Griechenland rechnet darauf, daß die Mächte ihr Versprechen, die letzten Truppen aus Kreta im Juli dieses Jahres zurückzuziehen*, einhalten und gleichzeitig die Vereinigung der Insel mit Griechenland aussprechen werden. Die Türkei dagegen erklärt, daß sie die Annexion nicht dulden werde. Die vier Schutzmächte aber machen der griechischen Regierung freundliche Redensarten, aus denen irgend eine bestimmte Absicht nicht zu erkennen ist.

Die griechische Diplomatie arbeitet zurzeit mit Bitten und Drohungen. Die griechischen Gesandten bei den Mächten sind instruiert, die Kabinette für eine Intervention zugunsten Griechenlands und Kretas in Konstantinopel zu gewinnen. Hier werden die fremden Gesandten durch den König und die Regierung bearbeitet und umschmeichelt. So wurde meinem französischen Kollegen, der kürzlich nach Paris berufen wurde, die Ehre zuteil, am Tage vor seiner Abreise zur intimen Familientafel beim König zugezogen zu werden. Nach dem Diner bat ihn Seine Majestät mit beinahe flehenden Worten, doch ja sein äußerstes in Paris zu tun, damit die französische Regierung ihre Verwendung in Konstantinopel wegen Kreta eintreten lasse. Ähnliche Schritte hat der König auch bei dem englischen und dem italienischen Gesandten getan. Für den Fall, daß die Frage vor Juli nicht entschieden sein sollte, wird griechischerseits eine Katastrophe in Aussicht gestellt. Das Volk, heißt es, wird dann die Paralysierung des öffentlichen Lebens durch die Kretafrage nicht mehr ruhig mit ansehen. Auch die Monarchie wird als bedroht hingestellt. Der

* Vgl. Nr. 9617, Fußnote **.

König selbst deutet an, daß er eventuell einen „coup de tête" wagen müsse, wenn die Mächte kein Einsehen haben sollten. Kurz, es werden die äußersten Mittel angewandt, um die Mächte vor einer weiteren Zurückhaltung zu warnen. Demgegenüber läßt die türkische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten die Ansicht verbreiten, daß die Türkei die Annexion unter keinen Umständen dulden könne. Ähnlich wie der Gesandte äußerte sich hier Ferid Pascha*, der sogar von der Möglichkeit eines neuen Krieges wegen Kreta sprach. Daß die Türkei Kreta nicht aufgeben will, beweist außerdem der von ihr bei den Schutzmächten gestellte Antrag, die Zurückziehung der Truppen aufzuschieben[1].

Die Spannung, welche zwischen Griechenland und der Türkei wegen Kreta besteht, latitiert zwar augenblicklich noch, dürfte aber an Schärfe kaum viel hinter derjenigen vor dem letzten griechisch-türkischen Kriege zurückstehen. Wie sich die Mächte zu derselben stellen werden, ist hier schwer zu übersehen. Die Gesandten der Schutzmächte behaupten, ohne Instruktion zu sein, und haben den Eindruck, daß ihre Regierungen selbst unschlüssig sind. Zu lösen ist die Kretafrage nur durch eine Verständigung der sämtlichen beteiligten Mächte[2]. Bei der jetzigen Tendenz, die Türkei unbevormundet zu lassen, wird keine einzelne Macht ihre Stellung in Konstantinopel für Kreta kompromittieren wollen. Ja die einzelnen Kabinette zögern sogar offenbar, unter sich die Frage zur Sprache zu bringen, da eine Initiative zugunsten Griechenlands am Bosporus bekannt werden und dort verstimmen könnte. Trotzdem werden die Kabinette noch vor Ende Juli zu irgend einem gemeinschaftlichen Entschlusse kommen müssen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß nach der Zurückziehung der fremden Truppen aus Kreta dort und hier alles ruhig bleiben werde[2]. Es braucht deshalb noch nicht zu einer antidynastischen Revolution in Griechenland zu kommen, wie sie König Georg und seine Minister ankündigen. Dagegen muß damit gerechnet werden, daß der König oder die Regierung durch einen Gewaltschritt wie etwa durch die Annexionserklärung der Volksstimmung Rechnung tragen könnten. In diesem Falle würde die Gefahr eines türkisch-griechischen Krieges akut werden, und die Mächte könnten mit ihrer Intervention zu spät kommen. Sie würden sich dann für oder gegen Griechenland entscheiden müssen. Heute ist es noch durchaus möglich, eine extreme Wendung zu vermeiden, und zwar durch eine Verständigung über die Verlängerung der Okkupation zunächst etwa um ein Jahr. Eine solche Maßregel ließe sich hier als griechenfreundlich und in der Türkei als türkenfreundlich vertreten. Hier würde sie voraussichtlich wenigstens momentan beruhigen. Man würde sie als eine weitere Kundgebung und Absicht der Mächte auffassen, die Kretafrage schließlich im Sinne der griechischen Hoffnungen lösen zu wollen.

---

* Ehemaliger türkischer Großwesir.

Normale politische Verhältnisse werden in Griechenland erst wieder eintreten, wenn das Schicksal Kretas definitiv entschieden ist[2].

Wangenheim

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
20/IV 09 Corfu
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Soviel ich weiß abgelehnt!?
[2] richtig

Schlussbemerkung des Kaisers:

Einverstanden. Genau dasselbe Bild habe ich aus 2 Conversationen mit S[einer] M[ajestät] u[nd] Theotoki gewonnen*. Die Beweisführung war in beiden Fällen die gleiche und gleichlautend mit dem oben gemeldeten. Ich habe dringend zur Geduld ermahnt, unter Hinweis darauf, daß Creta augenblicklich in der Türkei eine Question d'amour propre sei und zum casus belli genommen werde falls Griechenland zur Annexion schreite. Es sei von Griech[ischer] Seite ja ganz praktisch die 4 Garantiemächte zu einer definitiven Rathertheilung zu veranlassen, was sie glaubten, daß Athen, nach Zurückziehung ihrer Schutztruppen aus Creta, nun thun solle. Die Mächte möchten sich die Köpfe zerbrechen und Athen klare Antwort ertheilen. Auf der anderen Seite kann man sich nicht verhehlen, daß der Zustand nach Zurückziehung der Internat[ionalen] Besatzungen ein unhaltbarer wird. Schon jetzt werden die Erlasse der Regierung Creta's im Namen des Königs gegeben. Es wird unter seinem Namen mit den Ausw[ärtigen] Consuln schriftlich verkehrt, was von deren Seite stillschweigend hingenommen wird. Bei Neuwahlen werden sofort die Cretensischen Abgeordneten — wie die Bosn[isch] Herzegowinischen nach Wien — zum Parlament nach Athen gereist kommen, wo sie von der Regierung nicht zurückgewiesen werden können, ohne sofort einen Emeutezustand in Athen und ganz Griechenland hervorzurufen, den man nicht heraufbeschwören will und, dem man nicht steuern könnte. Ich meinerseits sehe nicht ein warum für Griechenland bez[üglich] Creta's [nicht] dasselbe geschehen kann, was Bulgarien gegenüber Ostrumeliens seitens der Mächte genehmigt wird. Für die Augen der Griechen ist das dasselbe. Sollten die 4 Mächte aber jetzt nicht dafür zu haben sein, dann wäre es das beste im Intresse Griechenlands, die 4 Mächte anzugehen, die Besetzung noch auf ein Jahr zu lassen. Das könnten wir durch Zureden event[uel]l unterstützen.

---

* Kaiser Wilhelm II., dem der Wangenheimsche Bericht erst am 20. April vorgelegt wurde, bezieht sich auf die Unterredungen, die er kurz vorher in Korfu mit König Georg und Theotokis hatte (vgl. die folgenden Nummern). Ähnliche Unterredungen hatte der Kaiser auch schon bei seinem Aufenthalt in Korfu im April 1908 mit beiden geführt. In den Äußerungen des griechischen Königs und seines Ministers, welche beide sich stark durch das Vordringen Bulgariens und Serbiens auf dem Balkan präokkupiert fühlten, war schon damals ein starkes politisches Anlehnungsbedürfnis hervorgetreten; Theotokis hatte geradezu den Rat des Kaisers erbeten, was Griechenland tun solle, um aus seiner Isolierung herauszukommen. Kaiser Wilhelm II. riet vor allem zu näherem Anschluß an die Türkei, in zweiter Linie an die Kaisermächte. In einem Berichte des Gesandten Freiherrn von Jenisch, der den Kaiser als Vertreter des Auswärtigen Amts begleitete, vom 29. April 1908 (Nr. 17) heißt es über diese Besprechungen: „In den Äußerungen des Ministerpräsidenten sowohl als auch des Königs und des Kronprinzen ist immer wieder das Anlehnungsbedürfnis Griechenlands an eine Großmacht zutage getreten, und Seine Majestät der Kaiser glaubt verschiedene Symptome erkannt zu haben, die eine Annäherung an die Kaisermächte Deutschland und Österreich als möglich erscheinen lassen. In dem Bestreben Deutschlands, die Machtstellung des Sultans in

Nr. 9619

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim, z. Z. in Korfu, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Korfu, den 20. April 1909

Ministerpräsident erzählte mir, er habe Seiner Majestät dem Kaiser* Wünsche Griechenlands wegen Kreta vorgetragen und dabei bemerkt, Deutschland „würde die schöne Rolle haben", wenn türkisch-griechische Differenzen, darunter Kretafrage, unter deutscher Ägide gelöst würden.

Seine Majestät hätte unter Versicherung seiner Sympathie für Griechenland geantwortet, daß alle Mächte und auch Griechenland am besten Entwickelung Dinge in der Türkei abwarten würden.

Forcierte Behandlung der Kretafrage könne zu türkisch-griechischem Kriege führen.

Wangenheim

Europa zu stärken, würde eine solche Annäherung Griechenlands an die Kaisermächte ein nicht zu unterschätzender politischer Faktor sein. Wir sollten diese sich uns scheinbar bietende günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne wenigstens den Versuch zu machen, Griechenland zu uns herüberzuziehen. Gelinge es, die Gruppierung Österreich, Türkei und Griechenland in Balkanfragen auszuspielen und den Sultan von dem Wert der griechischen Unterstützung zu überzeugen, so werde damit einer konservativen Balkanpolitik gedient sein. Eine Annäherung zwischen Griechenland und Deutschland würde möglicherweise uns auch auf wirtschaftlichem Gebiet Vorteile bringen, da bekanntlich sowohl in der europäischen Türkei als auch in Kleinasien der griechische Kaufmann in Handel und Gewerbe die erste Rolle spielt und gegebenenfalls deutsche und griechische Kapitalien zusammenarbeiten könnten." Im Auswärtigen Amte stand man der vom Kaiser warm befürworteten Politik einer engen Anlehnung Griechenlands an die Kaisermächte einigermaßen skeptisch gegenüber, vor allem wegen des Verhaltens Griechenlands gegenüber der Türkei, gerade auch in der Kretafrage. In einem Erlaß an den Gesandten in Athen Graf Arco vom 26. Mai 1908 (Nr. 290) wurde darum betont: „Griechenland muß es sich ernstlich angelegen sein lassen, nicht bloß mit Worten, sondern auch durch die Tat jede Provokation der Türkei zu vermeiden. Denn wir können uns der Gefahr nicht aussetzen, daß wir durch ein Griechenland bewiesenes Wohlwollen unsre guten und freundschaftlichen Beziehungen zu der Türkei kompromittieren; auch dürfen wir bei dem bekannten Mißtrauen des Sultans den Verdacht nicht aufkommen lassen, als ob wir mit Griechenland etwas im Schilde führten, was er uns als unfreundliche Handlung auslegen oder nur unangenehm empfinden könnte. Unsre Absicht kann vielmehr nur die sein, im Interesse des Weltfriedens und der Ruhe im Orient dem in den Unterredungen zum Ausdruck gebrachten Annäherungsbedürfnis Griechenlands an uns und Österreich-Ungarn entgegenzukommen, eine Politik, die auch Baron Aehrenthal unterstützungswert findet." Eine greifbare Folge haben diese Erörterungen jedoch nicht gehabt; einer wirklichen Annäherung Griechenlands an die Türkei, die deutscherseits als Vorbedingung für den Anschluß an die Kaisermächte betrachtet wurde, stand eben von Anfang an die Kretafrage im Wege.

* Am 15. April war das Kaiserpaar, von Venedig kommend, auf Korfu eingetroffen.

Nr. 9620

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 2 Achilleion, den 23. April 1909

In mehreren Unterredungen zwischen dem Ministerpräsidenten Theotokis und mir bildete die Kretafrage den fast ausschließlichen Gegenstand unserer Unterhaltung. Wie Euerer Durchlaucht aus der Berichterstattung des Gesandten Freiherrn von Wangenheim bekannt ist, sieht die hiesige Regierung in dieser Beziehung sehr schwarz. Die Zurückziehung der internationalen Truppen aus Kreta um Ende Juni hält sie für eine beschlossene Sache. Und was dann? Angenommen, es käme nicht gleich zu ernsteren Unruhen zwischen der christlichen und muhamedanischen Bevölkerung, so würde erstere jedenfalls die Forderung der Einverleibung der Insel in Griechenland sehr energisch aufstellen bezw. im Falle von Neuwahlen die kretensischen Abgeordneten in die griechische Kammer entsenden. Derartigen Forderungen gegenüber habe der König und die Regierung sich bisher ablehnend verhalten können mit dem Hinweis auf die Anwesenheit der internationalen Truppen. Hätten diese aber erst die Insel evakuiert, so werde dieser Grund hinfällig. Weise man die Forderungen der Kretenser auch weiterhin von der Hand, so werde dies den Sturz jeder griechischen Regierung und sogar die Gefährdung des Thrones zur Folge haben. Willige man in die Einverleibung ein, so bedeute dies den Konflikt mit der Türkei.

Auf meinen Einwurf, daß unter diesen Umständen ein weiteres Verbleiben der internationalen Truppen auf Kreta vielleicht die beste Lösung sei, erwiderte mir Theotokis: „Nein, das wollen wir unter keinen Umständen." Unter Hinweis auf die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland gab der Ministerpräsident mir vielmehr zu verstehen, Deutschland möge doch bei einer der vier Vertragsmächte anregen, daß diese die Opportunität der Einverleibung Kretas in Griechenland gemeinsam aussprechen und dies in Konstantinopel zur Kenntnis bringen möchten. Gegen den ausgesprochenen Willen der Vertragsmächte werde die Pforte kaum etwas gegen Griechenland unternehmen.

Ich entgegnete dem Ministerpräsidenten, daß meines Dafürhaltens ein derartiger Schritt unsererseits ganz ausgeschlossen sei. Wir hätten uns aus der kretensischen Frage vollkommen zurückgezogen und könnten nicht trotz aller Sympathien für Griechenland unsere Beziehungen zur Türkei dadurch gefährden, daß wir das Odium einer solchen Anregung auf uns nehmen. Warum wende sich Griechenland nicht direkt an die Vertragsmächte?

Herr Theotokis schien sich meinen Ausführungen nicht zu verschließen und sagte mir, er glaube, daß zwischen Frankreich und England schon Besprechungen über die Zukunft Kretas im Gange gewesen wären, als die jüngsten Vorgänge in Konstantinopel sie wieder ins Stocken gebracht hätten.

Hinsichtlich der jüngsten Vorgänge in der Türkei bemerkte der Ministerpräsident zu mir, daß, falls Bulgarien oder Serbien die türkischen Grenzen überschreiten würden, Griechenland nicht werde passiv bleiben können.

Die Frage der Reorganisation der griechischen Flotte und der Aufnahme einer auswärtigen Anleihe wurde seitens des Herrn Theotokis mir gegenüber bisher nicht berührt.

Jenisch

Nr. 9621

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 4 Achilleion, den 26. April 1909

Vertraulich

Der Ministerpräsident Theotokis sagte mir gestern, aus einer kurz vorher mit Seiner Majestät dem Kaiser geführten Unterhaltung habe er den Eindruck gewonnen, Seine Majestät habe sich bei Euerer Durchlaucht für die Erfüllung der griechischen Wünsche in bezug auf Kreta (Anregung Deutschlands bei den Vertragsmächten zugunsten der Vereinigung Kretas mit Griechenland) verwendet.

Ich berichtigte den Minister nachdrücklich dahin, daß Seine Majestät der Kaiser lediglich die griechischen Wünsche nach Berlin mitgeteilt* und die schwierige Lage, in der König Georg und die griechische Regierung sich befänden, anerkannt habe.

Als ich Herrn Theotokis als meine persönliche Ansicht nochmals den Rat erteilte, sich doch direkt an eine der Vertragsmächte zu wenden, sagte er mir: „Schön, wir werden das tun, aber erst nachdem die internationalen Truppen die Insel verlassen haben werden. Andernfalls laufen wir Gefahr, daß die Vertragsmächte ihre Truppen noch weiter auf Kreta belassen."

Herr Theotokis scheint die Anfrage bei den Vertragsmächten etwa dahin formulieren zu wollen, was Griechenland tun solle, wenn Kreta, was sicher zu erwarten sei, Deputierte zur Kammer nach Athen entsenden werde.

---

* Vgl. Nr. 9618 nebst Fußnote, S. 41.

Der Ministerpräsident hält es nicht für sicher, daß die Türkei Griechenland den Krieg erklären werde, falls dieses offen oder implicite durch Zulassung der kretensischen Deputierten in die Kammer die Insel sich einverleibe.

Jenisch

Nr. 9622

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Korfu, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 7a Achilleion, den 6. Mai 1909

Seine Majestät König Georg hat unserem allergnädigsten Herrn gestern über eine Unterredung erzählt, welche kürzlich zwischen dem Vertreter des griechischen Oberkommissars in Kreta und dem dortigen englischen Konsul stattgefunden hat. Zwischen beiden sei das Gespräch auf die bevorstehende Zurückziehung der internationalen Truppen gekommen. Auf eine Frage des Griechen habe der Engländer geantwortet, soviel er wisse, würden die Mächte ihre Absicht ausführen und die Truppen Ende Juni zurückziehen, es sei denn, daß sie zu der Überzeugung kämen, daß die Evakuation Anlaß zu Unruhen geben würde. Darauf habe der griechische Vertreter geantwortet, daß es ganz sicher zu ernsten Ausschreitungen kommen werde, falls die Mächte das gegebene Versprechen nicht einlösen und ihre Soldaten noch dort belassen würden. Dies würde eine große Erregung unter den Kandioten zur Folge haben, und es schiene ihm nicht ausgeschlossen, daß sie sich tätlich an den fremden Truppen vergreifen würden.

Aus diesem Grunde will auch König Georg und die griechische Regierung nichts von einem etwaigen ferneren Belassen der Truppen auf Kreta wissen.

In einer Unterredung, die ich kürzlich mit dem Minister des Äußern Baltazzi hatte, sprach dieser nicht mehr (wie anfänglich Herr Theotokis) den Wunsch aus, Deutschland möge in griechenfreundlichem Sinne an die Garantiemächte herantreten. Er bat vielmehr darum, daß, falls infolge „unvorherzusehender Zwischenfälle“ die Garantiemächte sich nach Zurückziehung ihrer Truppen mit dem ferneren Schicksal Kretas zu beschäftigen gezwungen sein würden, Deutschland eine für Griechenland wohlwollende Haltung einnehmen möge. Hieraus darf man wohl schließen — und Seine Majestät teilt diese Ansicht —, daß Griechenland im Laufe des Sommers einen solchen Zwischenfall hervorrufen und alsdann an

die Garantiemächte appellieren wird. Seine Majestät ebenso wie König Georg glauben nicht, daß die Türkei sich einem gemeinsamen Drucke der Garantiemächte ernstlich widersetzen wird.

Seine Majestät befehlen, daß von vorstehendem dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel Mitteilung gemacht werde.

Jenisch

Nr. 9623

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 32 Athen, den 13. Mai 1909

Kurz vor den Kaiserlichen Majestäten war auch der König von Griechenland in Korfu eingetroffen und mit ihm der griechische Ministerpräsident Theotokis. Zu beiden gesellte sich später für kurze Zeit der Minister des Auswärtigen, Herr Baltazzi. Wenn die Anwesenheit Theotokis' auch durch seine Eigenschaft als Korfiote und seine frühere Bekanntschaft mit Seiner Majestät dem Kaiser, diejenige Baltazzis durch seinen Wunsch, für das ihm verliehene Großkreuz des Roten Adlerordens sich zu bedanken, hinreichend motiviert war, so hat doch das Erscheinen der drei Personen, welche Griechenlands auswärtige Politik machen, in Korfu den Eindruck eines diplomatischen Aufmarsches gemacht. Es handelte sich für die griechischen Staatsleiter darum, an die vorjährigen Besprechungen Seiner Majestät des Kaisers mit König Georg und Herrn Theotokis* anknüpfend Deutschland zu einer griechenfreundlichen Initiative in der Kretafrage zu bewegen, und zwar noch bevor griechischerseits irgend etwas für Deutschland — durch Waffenbestellungen oder anderes — geleistet worden wäre.

Der König und sein Ministerpräsident eröffneten den Feldzug, indem sie, jeder für sich, Seiner Majestät dem Kaiser mit eindringlichen Worten die Schwierigkeiten schilderten, in welchen sich Griechenland, seine Regierung und selbst seine Dynastie gegenüber der dauernd ungelösten Kretafrage befänden. In Kreta werde heute schon im Namen des griechischen Königs Recht gesprochen. Die Schutzmächte hätten mittelbar bereits die Annexion anerkannt, indem sie mit der provisorischen, auf der Annexion basierten Regierung amtlich verkehrten. In Griechenland selbst sei das ganze Verfassungsleben zum Stillstand gekommen, da Neuwahlen wegen der Drohung der Kretenser, sich daran zu beteiligen, sich nicht ermöglichen ließen. Die Schutzmächte verhielten sich diesem Zustande gegenüber mit Rücksicht auf die Türkei gänzlich passiv. Ob nicht Seine Maje-

* Vgl. Nr. 9618, S. 41, Fußnote.

stät der Kaiser geneigt sei, die Angelegenheit durch eine Demarche bei den übrigen beteiligten Kabinetten in Fluß zu bringen?

Seine Majestät hat geantwortet, daß er volles Verständnis für die Nöte der griechischen Regierung habe und persönlich dem Annexionsgedanken durchaus wohlwollend gegenüberstehe, daß indes Deutschland das Prinzip der Nichteinmischung in die Kretafrage, welches es seinerzeit proklamiert, im letzten Stadium der Angelegenheit nicht wieder aufgeben könne[1].

Freiherr von Jenisch und ich haben sodann in wiederholten Gesprächen mit dem König und seinen Ministern uns bemüht, den Eindruck der kaiserlichen Worte zu vertiefen. Das Ergebnis war, daß die griechischen Staatslenker ihre Forderungen an uns allmählich herabstimmten und bei der Abreise ganz zufrieden waren, das wenig besagende Versprechen erhalten zu haben, daß Deutschland, wenn es von den anderen Mächten aufgefordert werden sollte, zu der jetzigen oder einer späteren Phase der Kretafrage sich zu äußern, dies in einem griechenfreundlichen Sinne tun werde[2].

Ein weiteres Thema der Unterhaltungen Seiner Majestät des Kaisers mit dem Könige und dem griechischen Ministerpräsidenten bildete der bereits im Vorjahre erörterte griechische Wunsch einer Anlehnung an Deutschland und Österreich*. Mit Bezug hierauf hat Seine Majestät dieses Mal mit viel größerer Bestimmtheit als im vergangenen Jahre erklärt, daß Deutschland den Griechen sehr gern, aber immer nur unter der Bedingung die Hand reichen könne, daß zwischen der Türkei und Griechenland alles im reinen sei[2]. Wenn Deutschland bei einem etwaigen ernsteren Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland gezwungen sein sollte, sich für eine der beiden Mächte zu entscheiden, so werde es nicht umhin können, sich auf die Seite der Türkei zu stellen, wo bedeutend wichtigere deutsche Interessen zu wahren seien als in Griechenland. Deutschland hege den Wunsch, daß jeder Stein des Anstoßes zwischen der Türkei und Griechenland so bald als möglich verschwinde, insbesondere daß die Kretafrage aus der Welt geschafft werde. Dann werde es uns auch möglich sein, Griechenland in seinen Flottenplänen durch die Entsendung eines deutschen Admirals und durch die Gewährung einer Anleihe für Schiffsbauten aktiv zu unterstützen.

Ich habe die wichtigen und unser ganzes Verhältnis zu Griechenland klärenden Äußerungen Seiner Majestät hier sowohl Herrn Theotokis als dem Auswärtigen Minister wiederholt, damit uns später keinesfalls der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten mehr versprochen, als wir halten könnten.

Von seinem warmen Interesse für Griechenland hat Seine Majestät sodann noch Zeugnis abgelegt, als allerhöchstdemselben gemeldet wurde, daß Ismail Kemal mit der Absicht umgehe, sich auf Korfu niederzulassen.

---

* Vgl. Nr. 9618, S. 41, Fußnote.

Sowohl der König als Herr Theotokis sind von Seiner Majestät auf den schlechten Eindruck hingewiesen worden, den die Entstehung eines Verschwörungszentrums auf Korfu unter griechischer Duldung in Konstantinopel hervorrufen müsse. Herr Theotokis hat sich durch Seine Majestät überzeugen lassen und wird, wie er mir auf der Rückreise von Korfu sagte, alles tun, um Ismail Kemal zur schleunigen Abreise zu veranlassen.

Die letzte Begegnung mit Theotokis hat Seine Majestät noch benutzt, um den Ministerpräsidenten auf die Anklagen aufmerksam zu machen, die gegenwärtig sogar in Frankreich selbst gegen das Haus Creuzot erhoben werden. Allerhöchsterseits ist dabei bemerkt worden, daß alle Länder, welche von Creuzot und anderen französischen Firmen in den letzten Jahren Waffen gekauft hätten, dies schwer zu bereuen haben würden.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut! richtig

Nr. 9624

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Athen, den 23. Mai 1909

Mehrfach bin ich hier auch in Regierungskreisen auf ohne Zweifel von englischer Seite verbreitete Ansicht gestoßen, daß englischer Widerstand gegen baldige Lösung Kretafrage durch die von Italien auf Rat Deutschlands und Österreichs versuchte Initiative* veranlaßt sei. Es handele sich um erneute Kraftprobe der Tripelallianz gegen England und seine Verbündeten. Dagegen müsse England sich wehren. Falls daher Vereinigung Kretas mit Griechenland sich verzögere, so sei daran Tripelallianz schuld.

Die besonderen Absichten Englands bezüglich Kretas sind älter als die Besprechungen von Korfu, Brindisi und Wien**. Es scheint daher, als

* Eine italienische Initiative in der Kretafrage hatte nur insoweit stattgefunden, als der Minister des Äußern Tittoni um die Mitte Mai den Botschafter Marquis Imperiali beauftragte, die Kretafrage gesprächsweise bei der Pforte anzuregen. Das war indessen keineswegs auf deutschen Rat geschehen; das Auswärtige Amt blieb fortgesetzt auf dem Standpunkt „völligen Desinteressements" stehen. Aufzeichnung des Vortragenden Rats Zimmermann vom 22. Mai 1909. Auch dem Kaiser gegenüber hielt Fürst Bülow unbedingt daran fest, daß gegenüber allen Erklärungen und Bitten der griechischen Regierung für Deutschland eine strikt neutrale und absolut reservierte Haltung geboten sei. Immediatbericht vom 30. Mai.
** Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCVI, Nr. 9538, Fußnote *.

ob England angebliche Herausforderung durch Tripelallianz nur als Maske benutzt und uns gleichzeitig hier schädigen will. Demgegenüber betone ich bei jeder Gelegenheit, daß Kaiserliche Regierung von früherem Standpunkt, wonach Schicksal Kretas von vier Schutzmächten zu entscheiden, niemals abgewichen. Seine Majestät der Kaiser hätte in Korfu aufs nachdrücklichste erklärt, daß von deutscher Initiative wegen Kretas nicht die Rede sein könne. Wenn Seine Majestät auch von Unhaltbarkeit des gegenwärtig zwischen Griechenland und Kreta bestehenden Zustands überzeugt sei und dieser Überzeugung gelegentlich Ausdruck verliehen habe, so sei damit keinenfalls beabsichtigt gewesen, den Beschlüssen der zunächst beteiligten Mächte irgendwie zuvorzukommen.

Könnte geschilderten Treibereien vielleicht in Presse entgegengetreten werden?* Für hier wäre ich in der Lage Erforderliches zu veranlassen.

Wangenheim

Nr. 9625

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Athen, den 26. Mai 1909

Geheim

Über Unterhaltung Sir Charles Hardinges mit griechischem Gesandten Romanos betreffend Kreta machte Baltazzi meinem italienischen Kollegen folgende vertrauliche Mitteilung:

Hardinge erklärte, daß nach Zurückziehung der fremden Kontingente Stationäre der Schutzmächte — je ein Schiff für zwei Monate — in Kreta verbleiben würden. Herr Romanos antwortete bestürzt, daß dies Verlängerung der Okkupation bedeuten würde. Neuer Zustand wäre sogar schlimmer als bisheriger, welcher wenigstens Hoffnungen für Zukunft gelassen habe. Hardinge entgegenete, daß es ja Griechenland unbenommen bleibe, in direkte Verhandlungen mit der Türkei einzutreten. Er warne Griechenland vor Gewaltmaßregeln. Auf Erscheinen kretensischer Deputierter für griechische Kammer in Athen werde die Türkei mit Kriegserklärung antworten. Er frage, welche Macht dann in der Lage sein werde, Griechenland helfen zu können?

Baltazzi fügte hinzu mit der Bitte um äußerste Diskretion, daß gestern angesichts der intransigenten Haltung englischer Regierung ein

---

* Es geschah durch eine am 25. Mai im „Lokalanzeiger" veröffentlichte offiziöse Notiz, welche besagte, „daß die deutsche Politik, seitdem sie sich aus der Kretafrage zurückgezogen hat, aus ihrer Zurückhaltung niemals herausgetreten ist, und daß auch neuerdings von deutscher Seite nichts geschehen ist, um auf die Entschlüsse der zumeist beteiligten Kreise eine Einwirkung auszuüben".

Familienrat beim König stattgefunden, wobei Seine Majestät Möglichkeit seiner Abdankung angedeutet hätte.

Naby Bey sagte mir heute, in Konstantinopel lege man höchsten Wert auf gutes Verhältnis zum Dreibund. Beziehungen könnten alteriert werden durch Initiative in Kretafrage, die für neues Regime noli me tangere bilde.

Wangenheim

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:
Den Türken darf gar kein Zweifel darüber gelassen werden, daß wir nicht daran denken, uns ihnen in der Kretafrage unangenehm zu machen oder überhaupt uns irgendwie in diese Frage einzumischen*.

Nr. 9626

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 251 Therapia, den 30. Mai 1909

Vertraulich

Bei seinem heutigen Abschiedsbesuch** sagte mir Herr Constans, daß sein Rücktritt Folge von Differenzen sei, die er mit seiner Regierung in der Kretafrage gehabt habe. Er erhielt vor einigen Wochen ein Telegramm aus Paris des Inhalts, der ....*** sei gekommen, die gerechten Wünsche Griechenlands zu erfüllen, der Botschafter solle „préparer le terrain". Herr Constans hat geantwortet, daß er diesen Auftrag nicht ausführen könne, da eine derartige Kretapolitik für die französischen Interessen in der Türkei schädlich und für Griechenland verhängnisvoll sein werde. Aber Herr Clemenceau habe dies nicht glauben wollen. Eine ganz üble Rolle habe in der Sache Achmed Risa gespielt, den Herr Clemenceau für einen großen Staatsmann halte.

Schon im vorigen Herbst hat Achmed Risa Herrn Constans erzählt, er erachte die Kretafrage vom türkischen Standpunkt aus für eine „question secondaire", denn es handele sich dabei nur darum, ob auf der Insel die türkische Flagge weht oder nicht. In diesem Sinne habe er in Paris mit Herrn Clemenceau gesprochen. Als Herr Constans in Konflikt mit seiner Regierung gekommen, begab er sich mit dem ersten Dragoman† zu Achmed Risa und interpellierte ihn, ob er auf seiner früher Herrn Clemenceau geäußerten Ansicht beharre. Achmed Risa hat diese Frage

---

* Im Sinne der Bemerkung des Reichskanzlers wurde Freiherr von Marschall durch Telegramm Nr. 116 vom 27. Mai, Freiherr von Wangenheim durch Telegramm Nr. 20 vom 29. Mai instruiert.

** Botschafter Constans war im Mai 1909 abberufen worden; sein Nachfolger wurde Ende Juli Bompard.

*** Zifferngruppe fehlt.

† Ledoulx.

nicht nur bejaht, sondern sich bereit erklärt, in einem an den Ministerpräsidenten gerichteten Telegramm die Ansicht, daß die Türkei gegen die Annexion keinen ernstlichen Widerspruch erheben werde, zu wiederholen. Herr Constans hat dieses Telegramm chiffrieren lassen und nach Paris gesandt, natürlich unter Hinzufügung eines entsprechenden Kommentars.

Aus diesem Treiben ist nach Constans' Ansicht hier die Ansicht entstanden, daß Frankreich eine für Griechenland günstige Initiative ergreifen werde. Fast bei jeder Unterredung, die der Botschafter in den letzten Wochen mit hiesigen Staatsmännern hatte, wurde er wegen Kreta mit der Versicherung interpelliert, daß die Türkei jeden Annexionsakt mit einer Kriegserklärung beantworten werde. Vorgestern kam Mahmud Schewket Pascha zu ihm und bat ihn, nach Paris zu telegraphieren, daß er in dem Augenblick der Annexion mit der ganzen Armee in Thessalien einrücken werde, und zwar unter der Zustimmung des ganzen türkischen Volkes. Daß dies geschehen werde, verbürge er mit seinem Wort als Offizier.

Bei dieser Gelegenheit hat Herr Constans die Treibereien Achmed Risas dem General enthüllt unter Betonung, daß er dafür schriftliche Belege habe. Der General sei aufs höchste „stupéfait" gewesen. Herr Constans will es dabei nicht bewenden lassen. Er wolle sich nach seiner Ankunft in Paris interviewen lassen und dabei auch „cette fripouille d'Ahmed Riza", der auch in London und St. Petersburg ähnliche Putschversuche gemacht habe, rücksichtslos bloßstellen.

Marschall

Nr. 9627

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253 Therapia, den 31. Mai 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 116*.

Ich habe heute dem Großwesir und Rifaat Pascha die befohlene Mitteilung bezüglich der Kretafrage gemacht. Beide baten mich, Euerer Durchlaucht ihren verbindlichsten Dank für dieselbe zu übermitteln. Der Großwesir bemerkte dabei, er habe kurz vor mir einem Besucher, der ihn über die Haltung Deutschlands in der kretensischen Frage interpelliert, die Überzeugung ausgesprochen, daß die in diesem Augenblick jüngster Tage verbreiteten Nachrichten, als ob die deutsche Regierung der Erfüllung der griechischen Wünsche zuneige, jeder Begründung entbehrten[1]. Auch bezüglich der Haltung des Wiener Kabinetts habe er volles Vertrauen.

---

* Vgl. Nr. 9625, S. 50, Fußnote *.

Rifaat sagte mir ausdrücklich, daß die Nachrichten über eine Schwenkung der deutschen Politik in der Kretafrage von griechischer Seite verbreitet würden[2].

Marschall

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Richtig!

[2] Telegramm an Wangenheim, daß die Griechen sich durch solche Lügen und Umtriebe nur selbst schadeten*.

Nr. 9628

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Athen, den 1. Juni 1909

Bei gestrigem Hofdiner zu Ehren österreichischen Gesandten** äußerte sich König Georg Baron Braun gegenüber in scharfen Ausdrücken über Englands Kretapolitik. Es habe eine Bewegung Deutschlands genügt, um Englands Widerstand hervorzurufen. König fügte hinzu: Es könnte bald Moment kommen, wo es ihm überdrüssig würde, in diesem Lande zu sitzen.[1]

Inzwischen macht griechische Diplomatie größte Anstrengungen, um England umzustimmen. Dabei wird sie vom französischen Gesandten beraten, der täglich mit König, Theotokis und Baltazzi konferiert. Heute ist französischer Gesandter nach Konstantinopel abgereist. Beim Abschied sagte er mir, seine Regierung fürchte Umwälzungen in Griechenland und türkisch-griechischen Krieg, falls über Kreta nicht definitiv entschieden werde. Einem Druck aller Mächte werde die Türkei nachgeben[2]. Zuerst müßten sich die vier Schutzmächte verständigen. Deutschland und Österreich würden zweifellos folgen. Herr Clemenceau habe Herrn Cambon nach Paris berufen und bearbeite jetzt durch ihn englische Regierung. Letztere habe bereits die scharfen Äußerungen Sir Charles Hardinges*** rektifiziert. Ihre jetzige Sprache schließe Möglichkeit einer Verständigung über einen Schritt in Konstantinopel nicht mehr ganz aus.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Bluff!

[2] Ein Druck ist kaum rathsam! im nächsten Jahr! Jetzt wohl nicht.

* In diesem Sinne wurde Freiherr von Wangenheim durch ein Telegramm (Nr. 21) vom 2. Juni instruiert.

** Freiherr von Braun.

*** Vgl. Nr. 9625.

Nr. 9629

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Athen, den 2. Juni 1909

Englischer Gesandter sagte mir soeben, er glaube nicht, daß Widerstand seiner Regierung gegen Vereinigung Kretas mit Griechenland unüberwindlich ist. Es frage sich nur, wie man die Türkei befriedigen solle. Griechenland könne letzterer, abgesehen von Geldabfindung, wichtige Zugeständnisse machen, zum Beispiel in der Frage der Auslieferungen. Wenn Mächte geschlossen aufträten, wäre es vielleicht doch möglich, die Türkei zu überzeugen, daß der Verzicht auf Kreta und definitive Verständigung mit Griechenland in ihrem eigenen Interesse liege.

Wangenheim

Nr. 9630

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 150 Paris, den 2. Juni 1909

Heutiger „Gaulois" behauptet in Artikel über Kretafrage, Dreibund sei Angliederung der Insel an Griechenland günstig, hoffend dadurch Kohlenstationen auf Kreta erlangen zu können.

Radolin

Randvermerk Freiherrn von Schoens:
Preßdezernat
Der Dreibund hat mit der Kretafrage gar nichts zu tun. Diese ist lediglich Sache der vier Schutzmächte. Hier ist von dem Wunsche irgend einer Dreibundmacht nach Kohlenstationen auf Kreta nichts bekannt.

Nr. 9631

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Athen, den 3. Juni 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 21*.

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat erst vor einigen Tagen österreichischem Gesandten spontan gesagt: „Wir wissen nichts von einer

---

* Vgl. Nr. 9627, S. 52, Fußnote *.

deutschen Initiative in der Kretafrage. Der deutsche Gesandte hat stets betont und erst kürzlich Herrn Theotokis und mir ausdrücklich wiederholt, daß Deutschland sich in der Frage weiter im zweiten Gliede halte". Baron Braun hatte den Eindruck, daß der Minister die Reserve Deutschlands in der Überzeugung hervorhob, daß eine solche den griechischen Interessen im gegenwärtigen Moment besonders förderlich sei.

Hiernach möchte ich vorläufig annehmen, daß die in den griechischen Kreisen Konstantinopels verbreiteten Unterstellungen nicht aus hiesigen, sondern aus anderen interessierten Quellen stammen.

Wangenheim

Nr. 9632

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 210 Paris, den 2. Juni 1909

Als ich heute Herrn Pichon an seinem Empfangstage besuchte, kam das Gespräch auch auf die Orientangelegenheiten und insbesondere die Kretafrage.

Der Minister verhehlte mir nicht, daß er die Lösung dieser Frage für recht schwierig halte. Auf der einen Seite stehe man der der Türkei gewährleisteten Aufrechterhaltung ihrer Souveränität über die Insel gegenüber; auch scheine es, daß die Türkei unter den gegenwärtigen Machthabern — namentlich dem General von der Goltz als Oberstkommandierendem des Heeres* — fest entschlossen sei, ein neues Abbröckeln ihres Besitzstandes zu verhindern. Auf der anderen Seite habe Griechenland eine wohl nicht unberechtigte Hoffnung, sich die Insel einzuverleiben, eine Hoffnung, welche ja auch unzweifelhaft von den Mächten genährt worden sei. So erscheine ihm ein Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland fast unabwendbar, und er befürchte, daß dieser Sommer recht schwierige Verhandlungen zeitigen werde.

Der Minister ließ durchblicken, daß England der neuen Türkei gegenüber sich auf Kosten seines früheren Philhellenismus sehr entgegenkommend zeige, was ihm nicht sonderlich zu behagen schien, zumal da ja auch Herr Clemenceau, wie bekannt, wiederholt und namentlich bei seiner letzten Reise nach Griechenland seine Vorliebe für die griechische Sache deutlich an den Tag gelegt hat.

Nach welcher Seite Frankreich in der Frage neigen wird, war aus den sehr vorsichtigen Äußerungen des Ministers nicht recht zu ersehen. Er betonte jedoch mit einigem Nachdruck, daß bisher irgendwelcher

---

* Vgl. dazu Kap. CCXII, Anhang A.

eingehender Gedankenaustausch, geschweige denn Verständigung zwischen den Schutzmächten nicht stattgefunden habe.

Ich nahm die Gelegenheit wahr, auf die tendenziöse Äußerung des heutigen „Gaulois" hinzuweisen, der zufolge die Dreibundmächte sich durch Förderung der griechischen Prätentionen Kohlenstationen auf Korfu sichern wollten*. Ich erwähnte dabei, daß Deutschland sich meines Wissens überhaupt nicht in die Angelegenheit einzumischen gedenke.

Radolin

Nr. 9633

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Athen, den 7. Juni 1909

Regierung verbreitet, die Türkei könne gegenwärtig höchstens 60000 Mann aufbringen. Zeitungen melden, daß Mobilisationsübungen bevorstehen, und daß Flotte[1] demnächst nach Auslöschung der Leuchtfeuer zu einer Übungsfahrt im Ägäischen Meere auslaufen werde. Diese Kundgebungen, welche zunächst bestimmt sind, auf Schutzmächte und die Türkei Eindruck zu machen, fangen an, beim Volke Glauben zu erwecken, daß Griechenlands Konflikt mit der Türkei gewachsen sei. Publikum erhitzt sich allmählich an Patriotismus, welchen Leitende aus Selbsterhaltungszwecken zur Schau tragen. Es scheint dringend wünschenswert[2], daß Schutzmächte durch energische Kundgebung Lage baldmöglichst nach der einen oder anderen Seite hin klären[3].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung:

[1] Sind blos 2 Schiffe

[3] das habe ich schon immer befürwortet! Es liegt nur an England!

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

[2] Warum? Welches Interesse haber wir daran, die anderen zu solcher Löscharbeit aufzufordern? Mir scheint, daß Wangenheim sich mehr auf die Rolle des Beobachters beschränken sollte. Haben wir ein Interesse daran, den Schutzmächten — das heißt der Tripelentente — aus dem Dilemma zwischen Verletzung der türkischen Gefühle oder Brüskierung des hellenischen Elements herauszuhelfen?? Wangenheim soll weniger geschäftig sein. Bitte um Entwurf eines Telegramms an ihn**.

Bemerkung Freiherrn von Schoens:

Meines Wissens sind Besprechungen über eine Lösung der Kretafrage innerhalb der vier Schutzmächte im Gang. Wir haben keine Veranlassung, aus unserer Reserve herauszutreten, um so weniger als die kürzlich aufgetauchte falsche Nachricht von einer von uns befürworteten Initiative*** die wenig freundliche Aufmerksamkeit der Ententemächte hervorgerufen hat. Sch.

---

* Vgl. Nr. 9630.

** Siehe das folgende Schriftstück.

*** Vgl. Nr. 9624.

Nr. 9634

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Gesandten in Athen Freiherrn von Wangenheim

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 22 Berlin, den 8. Juni 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 57*.

Euer pp. wissen, daß wir in Kretafrage an bisher befolgter strengster Reserve festhalten. Wir haben also keine Veranlassung, den Schutzmächten (das heißt der Tripelentente) aus dem Dilemma zwischen Verletzung des türkischen Selbstgefühls und Enttäuschung der hellenischen Aspirationen herauszuhelfen.

Euer pp. ersuche ich, sich in dieser Angelegenheit Zurückhaltung auch in ihren Gesprächen aufzuerlegen und sich auf die unserem politischen Interesse am besten entsprechende Rolle des kühlen Beobachters zu beschränken.

Bülow

Nr. 9635

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 41 Athen, den 6. Juni 1909

Das kretische Exempel kann nur auf zwei Arten gelöst werden, entweder durch eine Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Griechenland oder durch die Dazwischenkunft der Mächte. Der erstere Weg ist von Griechenland bisher niemals beschritten worden und scheint auch gegenwärtig für die griechische Diplomatie unbetretbar. Die Sprache der türkischen Zeitungen und die Erklärungen der maßgebenden türkischen Stellen in Konstantinopel und im Auslande schließen jeden Zweifel an der Absicht der jetzigen türkischen Regierung aus, sich der Vereinigung Kretas mit Griechenland zu widersetzen. Einen griechischen Gewaltschritt zur Durchführung der Annexion droht die Türkei mit einer Kriegserklärung beantworten zu wollen. Eine solche Sprache gestattet den Griechen nicht, ihre Wünsche in Konstantinopel zur Sprache zu bringen, und von den Türken kann nicht erwartet werden, daß sie Verhandlungen wünschen, deren Ergebnis der Verlust von Kreta sein würde.

Hiernach ist es gegenwärtig ausgeschlossen, daß zwischen den beiden zunächst beteiligten Nationen eine Einigung erzielt werden könnte. Es bleibt also nur die Intervention Dritter übrig, und zwar entweder die einer einzelnen Macht, die einer Gruppe von Mächten oder die der Gesamtheit der Mächte, welchen die Leitung der Geschicke Kretas von der Türkei anvertraut ist. An einer baldigen Beseitigung der Kretafrage haben alle[1]

* Siehe Nr. 9633.

europäischen Mächte ein Interesse, weil aus der zwischen Griechenland und der Türkei wegen Kreta bestehenden Spannung ein kriegerischer Konflikt entstehen könnte. Wenn ein Brand im Balkan droht, zahlen die Mächte[2] gern hohe Prämien, um ihren eigenen Besitz vor Brandschaden zu bewahren. Trotzdem wird keine einzelne Macht bei der jetzigen Stimmung der Türken Lust haben, die Kastanien für andere aus dem Feuer zu holen[3]. Dasselbe gilt von den beiden Gruppen der unter sich geeinigten Mächte. Solange die Jungtürken sich nicht für die eine oder die andere Gruppe fest entschieden haben[4], wird keine derselben für die griechischen Wünsche eintreten und Gefahr laufen wollen, die türkischen Sympathien an die andere Gruppe zu verlieren. Aus griechischem Munde hören die hiesigen Vertreter der Tripelallianz zwar häufig den Gedanken aussprechen, daß der Dreibund seinem Erfolge in der serbischen Sache einen neuen hinzufügen könne[5], indem er gegen England die kretisch-griechische Union durchsetze. Mein italienischer Kollege Marquis Carlotti verschließt diesen Sirenenrufen nicht ganz sein Ohr, und auch der österreichische Militärattaché Baron Giesl, der bis vorgestern hier weilte, hält eine spätere Lösung durch den Dreibund nicht für ganz ausgeschlossen. Der impulsive österreichische Offizier steht allerdings noch ganz unter dem Eindrucke des deutsch-österreichischen Erfolgs in der serbischen Frage und der Begeisterung während des kaiserlichen Besuches in Wien*. Er nimmt an, daß es binnen weniger Jahre gelingen werde, unter der Leitung des Generals von der Goltz die Türkei militärisch bis zur Bündnisfähigkeit zu reorganisieren. Dann werde die Türkei sich dem Dreibunde anschließen oder Italien in demselben ersetzen. Zur Verstärkung des neuen Gefüges müßten Rumänien und Griechenland herangezogen werden[6]. Deshalb werde es einmal im Interesse der beiden alliierten Kaisermächte liegen, für die Behebung der kretischen Schwierigkeiten Sorge zu tragen.

Baron Giesl hat richtig erkannt, daß die Frage der Bündnisfähigkeit der Türkei, welche bisher mit Recht verneint wurde, durch die Änderung der Dinge in der Türkei in ein neues Licht gerückt worden ist. Gelänge es deutschen Offizieren, in der Türkei ein modernes, schlagfertiges Heer zu schaffen, und würde sich aus den militärischen Beziehungen ein politischer Zusammenschluß herausbilden, so könnte dies einmal eine nicht unerhebliche Stärkung der kontinentalen Machtstellung der Kaisermächte bedeuten. Rumänien und Griechenland[7] wären dann als Außenwerke der neuen Aufstellung von Nutzen. Baron Giesl sieht indes sehr wohl ein, daß die Forts nicht vor der Zitadelle gebaut werden können, und daß es vor allem auf die Gewinnung der Türkei ankommt. Letztere wird auch nach seiner Meinung um so eher zu erreichen sein, je mehr wir uns politisch effacieren und uns auf die Herstellung und Vertiefung der militärischen Fühlung beschränken. Diese Erwägungen leiten auch Baron Giesl zu dem Schlusse, daß eine deutsch-österreichische Intervention

* Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCIV, Nr. 9508, S. 749, Fußnote.

zugunsten Griechenlands wohl einer militärisch erstarkten und verbündeten Türkei gegenüber denkbar wäre, in dem gegenwärtigen Momente aber nur unsern Gegnern die Handhabe bieten würde, alle unsere Zukunftshoffnungen bezüglich der Türkei für immer zu vernichten[8].

Die Gefahr, daß die hellenenfreundliche Haltung einer Nation von den übrigen in Konstantinopel ausgenutzt wird, würde bei einer Gesamtaktion der Mächte in Wegfall kommen[7]. Auf eine solche haben denn auch die Griechen ihre letzten Hoffnungen gesetzt und suchen seit Monaten nach derjenigen Macht, die bereit wäre, den übrigen Kabinetten Vorschläge für eine definitive Lösung der Kretafrage zu unterbreiten. Bei diesen Bemühungen sind sie überall auf freundschaftliche Versicherungen gestoßen, aber keine Regierung zeigte Neigung zu einer Initiative. Daß diese Reserve der Mächte die Griechen schließlich beunruhigte und aufregte, kann nicht überraschen. Nach der bisherigen Haltung der Schutzmächte waren die Griechen zweifellos berechtigt anzunehmen, daß mit der Evakuierung Kretas im Juli das Verhältnis der Insel zu Griechenland irgendwie geregelt werden würde; denn die Schutzmächte hatten es wohlwollend mit angesehen, daß die Vereinigung mit Griechenland in Kreta proklamiert, daß die dortige Miliz für den König von Griechenland vereidigt wurde, und daß die Gerichte im Namen des Königs Georg Recht zu sprechen anfingen.

Nachdem sich hier die Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, daß die Kabinette, hypnotisiert durch die Entwickelung der türkischen Dinge, es ablehnten, sich mit Kreta zu beschäftigen, begann die griechische Diplomatie mit drastischen Mitteln auf die Kabinette einzuwirken. Es wurde eine Ministerkrisis provoziert, um den Kretern die Gelegenheit zu der Verkündung der Absicht zu geben, sich bei den nächsten Wahlen für die griechische Kammer zu beteiligen. Gleichzeitig wurde die Meinung verbreitet, daß die griechische Dynastie bedroht sei[7]. Der König selbst aber äußerte Abdankungsgedanken. Trotzdem hüllten sich die Kabinette weiter in Schweigen, und ihre Abneigung, der Kretafrage näherzutreten, wuchs durch die Aprilereignisse in Konstantinopel. Ein Umschwung trat erst ein, als die Telegraphenagenturen überall die Nachricht verbreiteten, daß Deutschland und Österreich die italienische Regierung zu einer Initiative im Sinne der griechischen Wünsche veranlaßt hätten[9]. Es erschien der bekannte Artikel in der „Times"*, welchem die für Griechenland wenig freundlichen Äußerungen Sir Charles Hardinges** unmittelbar folgten. Letztere waren für Griechenland zwar eine Enttäuschung, bedeuteten aber gleichzeitig die Erfüllung des Wunsches, daß die Kreta-

---

* In dem Artikel „The Turks and Their Critics" der „Times" vom 18. Mai 1909 war Griechenland auf den Weg einer Verständigung mit der Türkei gewiesen und mit scharfen Worten festgestellt worden, daß die Griechen abenteuerliche Unternehmungen auf ihre eigene Gefahr tun und die Mächte der reformierten Türkei nicht wie 1897 Abdul Hamid in den Arm greifen würden.

** Vgl. Nr. 9625.

frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden möge. Die Kabinette begannen unter sich ihre Meinungen auszutauschen und dabei zeigte es sich, daß alle Kabinette dem Annexionsgedanken wohlwollender gegenüberstanden als England. Welches die eigentlichen Motive der ablehnenden Haltung Englands sind, läßt sich vorläufig nur vermuten[9]. Hier wird von englischer Seite verbreitet, daß die angebliche Initiative Deutschlands England zum Widerstande geradezu gezwungen hätte. England könne nicht dulden, daß Deutschland seinem Erfolge in der serbischen Frage einen neuen hinzufüge.

Durch die prompte Dementierung der Preßnachrichten über die deutsche Initiative ist aber der englischen Mühle sofort das Wasser abgestellt worden[10]. Man wird jetzt nach anderen Erklärungen des englischen Widerstandes suchen müssen. Die Rücksicht auf die Türkei kann auch nicht ausschlaggebend für die englische Regierung gewesen sein, obwohl sie dies in einem an den hiesigen englischen Gesandten gerichteten Telegramme behauptet. Denn bei einer solidarischen Aktion der Mächte braucht keine derselben eine Benachteiligung ihrer Interessen gegenüber den konkurrierenden Ländern zu befürchten[7]. Der moralische Grund aber, welchen Sir E. Grey in dem Telegramme anführt, daß die Übergabe Kretas an Griechenland einen Vertrauensbruch gegenüber der Türkei bedeuten würde, ist nach der Tatsache zu beurteilen, daß England sich wiederholt auf Kosten der Türken bereichert hat. Bei dem Suchen nach den Motiven der englischen Haltung stößt man schließlich auf die alten englischen Gelüste nach der Sudabai[11].

Daß dieselben fortbestehen, hat sich während der Okkupation Kretas darin gezeigt, daß die englischen Truppen die gedachte Bai stets als einen ihrem besonderen Schutze anvertrauten Bestandteil der kretischen Küste zu behandeln und die Truppen der übrigen Schutzmächte von der Bucht fernzuhalten versucht haben. Selbstverständlich kann England für seine Zustimmung zur Abtretung Kretas an Griechenland nicht coram Europa die Sudabai als Maklerlohn verlangen. Auf der anderen Seite sieht aber England wohl ein, daß die wertvolle Bai für die britischen Interessen verloren geht, wenn Kreta griechisch wird. England hat folglich keinen Anlaß, die Kretafrage zu beschleunigen, solange es aus derselben keinen materiellen Gewinn für sich herausschlagen kann. Es wartet vielleicht zunächst ab, welchen Preis Griechenland ihm für eine Änderung seiner Haltung anbietet. Schon heute erklären die Griechen hier ganz offen, daß sie die Sudabai jeder Macht abtreten würden, die ihnen Kreta verschaffe. Sie würden daher ohne allen Zweifel sich sofort bereit finden lassen, in einem Geheimvertrage England für später Rechte auf die Sudabai einzuräumen. Zu vergessen ist auch nicht, daß England dem Handel später ein Mäntelchen umhängen könnte, indem es das für englische Zwecke wertlose Zypern, das schon längst nach der Vereinigung mit Griechenland strebt, gegen die Sudabai austauscht[7]. Bis jetzt deuten hier allerdings keinerlei Anzeichen darauf hin, daß irgendwelche Verhand-

lungen zwischen England und Griechenland stattfinden. Von den hiesigen Diplomaten haben aber viele den Eindruck, daß England zurzeit seine Karten nicht aufdecken will und den Moment noch nicht für gekommen erachtet, seine letzten Trümpfe auszuspielen. Unter den Griechen aber besteht bis jetzt die Meinung, daß der Widerstand Englands hauptsächlich durch die angebliche Initiative der Tripelallianz hervorgerufen und, nachdem letztere sich selbst desavouiert, durch Überredung zu überwinden sei. König Georg hat einen Brief an die Königin von England gerichtet, in welchem er um verwandtschaftliche Hilfe in seinen und seines Landes Schwierigkeiten bittet. Die griechischen Einwirkungsversuche auf England werden außerdem, wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, durch Frankreich sekundiert. Die englische Regierung hat daraufhin ihre Sprache etwas geändert und hier mitteilen lassen, daß sie sich freuen würde, wenn Griechenland mit der Türkei sich einigen würde. Gleichzeitig wurde englischerseits bekannt gegeben, daß die Türkei demnächst die Angelegenheit bei den Kabinetten zur Sprache bringen werde, wobei sich Gelegenheit bieten würde, die griechischen Wünsche zu diskutieren. Hiernach sieht es so aus, als ob England der französischen Einwirkung so weit nachgeben wird, daß es ein Programm für die demnächstigen Pourparlers mit der Türkei unterschreibt.

In diesem Programme wird aber dem bisherigen englischen Standpunkte Rechnung getragen werden müssen. Man wird der Türkei vielleicht freundschaftliche Vermittlung anbieten, aber keinesfalls so weit gehen, ihr eine Abtretung Kretas nahezulegen. Über die türkische Antwort kann kaum ein Zweifel bestehen. Die türkische Regierung hat ihren intransigenten Standpunkt durch den Mund ihres Auswärtigen Ministers und in der offiziösen Presse bereits festgelegt. In Konstantinopel herrscht augenblicklich „la terreur", und die türkischen Minister arbeiten unter dem Schutze, aber auch unter der Kontrolle der Bajonette. Entscheidend für die Entschließungen der Pforte wird ausschließlich die Ansicht der Offiziere sein, welche Abdul Hamid gestürzt haben. Niemand kann erwarten, daß diese Offiziere, deren patriotisches Selbstgefühl durch die Ereignisse des April gehoben ist, sich jetzt den Forderungen des verachteten Griechenvolks beugen werden. Das höchste, was die Mächte von der Türkei erreichen könnten, wäre ihr Versprechen, an dem Status quo in Kreta nichts ändern zu wollen. Damit würde aber den Griechen nicht gedient sein. Denn diese bestehen ebenso wie die Kreter auf der Vereinigung und wollen von halben Maßnahmen nichts wissen. Es wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich sein, die griechischen Anschauungen mit denen der Mächte und der Türkei in Einklang zu bringen. Kreta wird vorläufig nicht griechisch werden.

Was werden nun die Griechen und die Kreter tun, wenn es ihnen zum Bewußtsein kommt, daß sie ihre Hoffnungen abermals vertagen müssen? Wenn man die Athener Zeitungen liest und mit hiesigen Griechen spricht, so wird man geneigt zu glauben, daß es hier spätestens bei den

Neuwahlen im Herbst zu einer Revolution kommen muß, die sich nicht nur gegen das Ministerium Theotokis, sondern gegen den König wenden würde[7].

Letzterer wird hauptsächlich für die ungünstige Wendung der Angelegenheit verantwortlich gemacht. Man wirft Seiner Majestät vor, daß er beim Volke falsche Hoffnungen erweckt habe und den richtigen Moment zum Handeln versäumt habe. Man meint, daß der König, unmittelbar nachdem die Kreter ihre Vereinigung mit Griechenland proklamiert hatten, nach Kreta hätte reisen sollen[12]. Dann wäre die kretische Frage gleichzeitig mit der bosnischen und mit der bulgarischen Frage zugunsten Griechenlands entschieden worden. Die aus Kreta hier vorliegenden Nachrichten lassen erkennen, daß dort dieselbe aufgeregte Stimmung herrscht wie hier. Ich bin mit den griechischen Verhältnissen noch nicht genügend vertraut, um mir ein bestimmtes Urteil über die Bedeutung der griechischen Drohungen erlauben zu können. Wenn die hiesige Regierung von Kriegsmöglichkeiten und Bedrohung der Monarchie spricht, so ist dies in erster Linie dazu bestimmt, bei den fremden Regierungen Mitgefühl und Besorgnisse zu erwecken, und daher wohl nicht allzu ernst aufzufassen[13]. In letzterer Annahme werde ich bestärkt durch eine mir aus zuverlässiger Quelle zugegangene Nachricht, wonach Herr Theotokis bereits mit der Ergebnislosigkeit einer Aussprache zwischen den Mächten und der Türkei rechnet und für den Fall, daß die „Annexion" sich nicht erreichen läßt, die Schutzmächte bitten will, ein Manifest zu erlassen, in welchem wenigstens das Wort Annexion vorkommt. Der Wunsch des Ministerpräsidenten wird sich kaum erfüllen lassen, deutet aber den Weg an, auf welchem einer Katastrophe vielleicht noch vorgebeugt werden kann. Wenn die Schutzmächte kurz vor oder bei der Evakuation in einem an die Griechen und Kreter gerichteten Manifeste einerseits die Gründe der gegenwärtigen Unerfüllbarkeit der griechischen Wünsche feststellen, andererseits aber die feste Absicht bekunden würden, den Status quo auf Kreta vorläufig aufrecht zu erhalten, so würde dies hier und in Kreta einen zwar niederschmetternden, aber gleichzeitig ernüchternden Eindruck machen. Die griechischen Hoffnungen sind durch die weiche und unklare Haltung der Mächte und durch das Kokettieren der hiesigen diplomatischen Vertreter mit der großhellenischen Idee künstlich gesteigert worden. Es wird einer ernsten und ehrlichen Sprache bedürfen, um den Griechen die Unmöglichkeit begreiflich zu machen, ihren eigenen Willen gegen denjenigen Europas durchzusetzen.

Deutschland ist an der kretischen Frage dank der von Euerer Durchlaucht im Jahre 1897 eingeleiteten vorausschauenden Politik nicht direkt interessiert. Unsere Entsagung hat unsere Stellung am Bospurus mit begründet. Sie wird uns auch über die hier noch bevorstehenden Schwierigkeiten hinweghelfen[14].

Wangenheim

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] ?

[3] Welche?

[3] wir jedenfalls nicht
[4] dann erst recht nicht
[5] !!
[6] Rumänien ja. Griechenland würde nur einen sehr bescheidenen Stärkezuwachs repräsentieren
[7] ?
[8] sehr richtig
[9] ?!
[10] aha
[11] möglich
[12] !
[13] natürlich
[14] also halten wir an dieser „Entsagung" fest

Nr. 9636

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Athen, den 11. Juni 1909

Italienischer Gesandter erzählt mir, seine Regierung habe türkischen Antrag, daß Kreta vorläufig nicht evakuiert und Status quo vor Annexion wiederhergestellt werde*, ad referendum genommen. Verlegenheit der Schutzmächte wachse. Bisher bestehe kein Programm, nicht einmal über Modalitäten bei und unmittelbar nach Evakuierung, trotzdem hiesige Vertreter Italiens, Frankreichs und anscheinend auch Rußlands** Klärung der Lage durch Kundgebung der Schutzmächte dringend befürworteten. Schwierigkeit läge nach wie vor bei England.

Wangenheim

---

* In dem Sinne dieses Antrags war auch der türkische Botschafter in Berlin Osman Nisami Pascha Ende Mai vorstellig geworden. In einem Immediatschreiben Fürst Bülows vom 30. Mai hieß es darüber: „Die zweite Frage, mit deren streng vertraulicher und unoffizieller Erledigung der türkische Botschafter betraut ist, bezieht sich auf Kreta. Osman Nisami Pascha soll darauf hinwirken, daß Euerer Majestät Regierung sich unter der Hand bei den Schutzmächten für die Nichtzurückziehung deren Truppen von der Insel im Monat Juli verwendet, da die türkische Regierung sonst den Ausbruch des Bürgerkrieges daselbst befürchtet. Als notwendige Folge eines solchen betrachtet sie die Landung von türkischen Truppen und damit die Kriegserklärung an Griechenland." Auf die türkische Vorstellung wurde deutscherseits geantwortet, man könne keine Initiative in der Angelegenheit nehmen.
** Schtscherbatschew.

Nr. 9637

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Athen, den 16. Juni 1909

Theotokis sagte mir heute, den griechischen Vertretern in London und Paris* sei von den dortigen Regierungen zu verstehen gegeben worden, daß ihre griechenfreundliche Haltung in Kretafrage modifiziert worden sei durch in Korfu vollzogene griechisch-deutsche Annäherung. Er habe darauf in London und Paris den Inhalt der Korfuer Gespräche** wahrheitsgetreu mitteilen und besonders betonen lassen, daß Seine Majestät der Kaiser zwar seine allgemeine Sympathie für Griechenland nicht verhehlt, dabei aber Initiative in Kretafrage ausdrücklich abgelehnt und letztere als der ausschließlichen Kompetenz der Schutzmächte unterstehend bezeichnet habe. „Es ist traurig," fuhr Ministerpräsident fort, „daß die Mächte nach so nichtigen Vorwänden suchen, um die Tatsache zu verschleiern, daß ihnen die gegenwärtige Lage der Türkei die Innehaltung ihrer früheren Versprechungen unmöglich macht."

Wangenheim

Nr. 9638

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 150 Therapia, den 15. Juni 1909

Obwohl nach außen hin stets betont wird, daß die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland durchaus freundschaftliche seien, zumal sich letzteres in der Kretafrage korrekt verhalte, ist die Lage in Wirklichkeit sehr gespannt. Die Möglichkeit, binnen kurzer Zeit infolge des Druckes der Großmächte einen Teil des Staatsgebietes an einen weit schwächeren Staat zu verlieren, stellt für die Hohe Pforte eine dauernde Beunruhigung dar und bildet eine ernste Gefahr für die augenblicklichen Machthaber, welche ohnehin schon mit inneren Schwierigkeiten stark zu kämpfen haben. Da diese unsicheren Verhältnisse kostspielige Maßnahmen zu Wasser und zu Lande erforderlich machen, während die Türkei sich gerade jetzt der größten Sparsamkeit befleißigen sollte, so ist es begreiflich, daß das Parlament durch eine Interpellation auf eine Entscheidung drängt. Der Antrag hierzu ist bereits gestellt worden. Nach den schon

* N. P. Delyannis.
** Vgl. Nr. 9618 ff.

bekannten Äußerungen der Minister, wonach die Verzichtleistung auf Kreta kategorisch abgelehnt wird, kann die Antwort der Regierung nicht zweifelhaft sein.

Rifaat Pascha sagte mir gestern, die Entscheidung der vier interessierten Großmächte über die Zurückziehung oder Belassung der Truppen in Kreta stehe immer noch aus. Der Herr Minister, welcher der Entwickelung der Dinge anscheinend hoffnungsvoll entgegensieht, erwähnte mit sehr herzlichen Worten die ihm von dem Kaiserlichen Botschafter Freiherrn von Marschall gemachte Mitteilung, wonach die Kaiserliche Regierung in der Kretaangelegenheit keinerlei Schritte tun werde, welche dem Interesse der Hohen Pforte entgegen sein könnten*. Er fügte hinzu, daß die türkische Regierung hierfür um so dankbarer sei, als sie während des Aufenthalts Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Korfu einige Besorgnisse gehabt habe.

Zu einem meiner Kollegen meinte Rifaat Pascha, die Regierung werde, falls die Oberherrschaft der Türkei über Kreta unangetastet bleibe, über die Unregelmäßigkeiten in der dortigen Verwaltung und Rechtsprechung hinwegsehen. Sollte es jedoch zu einem Konflikte kommen, so müsse die Pforte auf der vollen Durchführung ihrer Rechte bestehen.

Im ganzen scheinen mir angesichts der zweifelhaften Haltung der französischen Presse die größten Hoffnungen auf England gesetzt zu werden. In der Tat könnte es für die englische Regierung kein besseres Mittel zur Wiedergewinnung der verlorenen Sympathien geben als ein entscheidendes Eintreten für die Aufrechterhaltung des Status quo in der Kretaangelegenheit.

Miquel

Nr. 9639

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 47 Athen, den 23. Juni 1909

Die Verwirrung und Aufregung, die durch die Haltung der Schutzmächte und der Türkei in der Kretafrage hier hervorgerufen waren, bestehen äußerlich noch fort. Innerlich scheint aber eine gewisse Beruhigung eingetreten zu sein. Man beginnt, die Intransigenz der Türkei und die Verlegenheit der Schutzmächte als Werte in das Exempel einzustellen. Viele haben bereits entdeckt, daß die Gleichung nicht aufgeht, das heißt daß aus der Annexion nichts werden wird. Trotzdem tut jedermann hier so, als ob er noch weiter rechnete aus Patriotismus, langjähriger Gewohnheit und sommerlicher Langeweile.

---

* Vgl. Nr. 9625, S. 50, Fußnote *, und Nr. 9627.

Als einer der ersten hat der kluge König eingesehen, daß in Kreta vorläufig alles beim alten bleiben wird. Bei Seiner Majestät offenbart sich diese Erkenntnis in einer zunehmenden Gereiztheit gegen die Schutzmächte. An die Stelle der bisherigen Erbitterung gegen England kommt neuerdings in den privaten Äußerungen des Königs eine tiefe Enttäuschung über Frankreich[1] zum Ausdruck, wobei Seine Majestät kein Blatt vor den Mund nimmt[2]. Herr Clemenceau würde nicht erfreut sein über seine gegenwärtige Beurteilung durch den griechischen Herrscher. „Ich habe," so äußerte sich der König vor einigen Tagen zu einer mir befreundeten Person seiner Umgebung, „Herrn Clemenceau seinerzeit versprochen, die Schnellfeuergeschütze in Frankreich zu bestellen[3], und dafür die französische Unterstützung für die Lösung der Kretafrage zugesichert erhalten. Die Kanonon sind da und taugen nichts[4]. Die zu liefernde Munition liegt in Marseille und kann wegen des dortigen Streiks nicht verschifft werden, obwohl wir sie notwendig brauchen. Die französische Initiative wegen Kreta aber ist einfach im Sande verlaufen. Herr Clemenceau hat mich übers Ohr gehauen." Ähnlich hat sich der König auch meinem österreichischen Kollegen Baron Braun gegenüber ausgesprochen, als dieser sich vor Antritt seines Sommerurlaubs von Seiner Majestät verabschiedete. Die Audienz, welche ein und eine viertel Stunde dauerte, war fast ganz ausgefüllt durch die Klagen des Königs über das Verhalten der Schutzmächte. Baron Braun nahm aus dem Empfange den Eindruck von der gänzlichen Entmutigung des Königs mit.

In sehr klarer und anschaulicher Weise und mit beinahe zynischem Freimute schilderte mir Herr Theotokis die Situation, als er vor einigen Tagen wegen einer Munitionsbestellung in Deutschland mit mir sprach.

Der Ministerpräsident sagte etwa folgendes:

„Unter vier Augen kann ich eingestehen, daß es vielleicht ein Glück für Griechenland wäre, wenn Kreta aus der Geographie verschwände. Die Opfer an Gut und Blut, die Griechenland für Kreta gebracht hat, übersteigen jedenfalls schon jetzt den Wert der Insel. Davon, daß Kreta einmal griechisch werden wird, bin ich ebenso überzeugt, wie ich sicher bin, daß die Vereinigung sich nicht schon im nächsten Juli verwirklichen lassen wird. Über das Programm der Schutzmächte bei und nach der Evakuierung bin ich nicht orientiert. Ich weiß nicht einmal bestimmt, ob die Evakuierung wirklich erfolgen wird. Auf Versprechungen der Schutzmächte ist nach den bisherigen Erfahrungen nichts zu geben. Erfolgt die Evakuierung nicht, so ist meine Stellung unhaltbar geworden. Mein Ministerium wird dann demissionieren, und kein anderer griechischer Politiker wird meine Nachfolge zu übernehmen wagen. Dann entsteht zwischen Volk und Monarchie ein Vakuum, und die enttäuschten Massen werden sich direkt gegen den König wenden. Die Griechen sind ‚des simplistes'. Sie werden es sich nicht ausreden lassen, daß der König an dem Scheitern der griechischen Hoffnungen die Hauptschuld trägt. Verlassen die internationalen Truppen Kreta zu dem angesagten Zeit-

punkte, so werde ich versuchen zu kämpfen (lutter), ohne für den Erfolg eine Garantie übernehmen zu können. Größere Sorge noch als die innere Lage bereitet mir zurzeit unser Verhältnis zu der Türkei. In diesem spielt die Kretafrage nur eine nebensächliche Rolle. Die Jungtürken wollen dem Hellenentum in der Türkei ihre Macht fühlen lassen. Um das Hellenentum zu demütigen, möchte man Griechenland militärisch niederwerfen. Außerdem braucht man einen Krieg als Diversion in den inneren Schwierigkeiten und zur Stärkung des allgemeinen Prestiges. Eine Jungtürkenversammlung in Saloniki hat direkt für den Krieg votiert. Gewisse Vorkehrungen, welche die Türkei an unseren Grenzen trifft, deuten auf kriegerische Absichten hin. Ich glaube nicht, daß die Aussichten Griechenlands für den Ausgang eines kriegerischen Zusammenstoßes schlecht stehen. Unsere Flotte ist der türkischen überlegen (!)[5]. An der Landesgrenze kann die Türkei vorläufig höchstens 30000 Mann ins Treffen führen. Die besten Truppen wird sie in Konstantinopel, Albanien und Kleinasien zurücklassen müssen. Griechenland hat aber kein Interesse an einem Krieg, der auch die Serben und Bulgaren in Bewegung setzen könnte, wenn wir in Mazedonien einrücken sollten. Wir werden uns zu keinem unbedachten Schritte hinreißen lassen und korrekt bleiben bis zum Äußersten. Man kann es uns aber nicht verdenken, wenn wir uns für den Krieg im geheimen vorbereiten. Nehmen die türkischen Vorbereitungen an unseren Grenzen bestimmte Formen an, so können wir nicht zurückbleiben."

Ich habe mich diesen Auslassungen des Herrn Theotokis gegenüber rezeptiv verhalten und ihn nur einmal mit der Bemerkung unterbrochen, daß es nach meiner Ansicht Pflicht einer monarchischen Regierung sei, die Flinte nicht in dem Augenblicke ins Korn zu werfen, wo die Dynastie in Gefahr gerate[6].

In der Armee sind die Stimmungen geteilt. Die aus den Unteroffizierschulen hervorgegangenen Offiziere sind fast sämtlich Kretachauvinisten. Sie schmücken sich mit Vorschußlorbeeren, indem sie von den Heldentaten, welche sie gegen die Türken verrichten werden, und von einer Besitzergreifung sämtlicher von Griechen bewohnten türkischen Inseln einschließlich Kretas mit Hilfe der Flotte sprechen. Ihre Unzufriedenheit mit der zögernden Regierung und dem gegenwärtigen System, welches durch die energische Unterdrückung der von ihnen gebilligten Unteroffiziersbewegung noch gesteigert ist, kommt darin zum Ausdruck, daß sie sich im geheimen für die Bildung eines „Landesverteidigungs-Komitees" interessieren. An die Spitze desselben soll der bekannte General Vassos treten, der einst in Kreta von sich reden gemacht hat und deshalb als Nationalheld gilt. Vassos ist seit Jahren pensioniert und jetzt das, was der Berliner einen „Zittergreis" nennt. Trotzdem hält man ihn für würdig, an Stelle des Kronprinzen an die Spitze der Landesverteidigung zu treten. Den demagogisch aufgeregten und von akutem Größenwahnsinn befallenen Offizieren, die den Krieg wollen, stehen die wenigen gebildeten Offiziere in den leitenden Stellungen gegenüber. Letztere würden einen Krieg mit der

Türkei als ein Unglück betrachten, solange Griechenlands Armee und Flotte sich in dem jetzigen verwahrlosten Zustande befinden. Aber auch sie sind der Meinung, daß sich Griechenland die Reizungen durch die Türkei nur bis zu einem gewissen Grade gefallen lassen kann. Komme es zu einem Verzweifelungskriege, so werde die Armee ihre Pflicht tun. Vorderhand sei es aber besser zu arbeiten, als laut zu schreien.

In dem Kriegsministerium wird die Mobilmachung vorbereitet. Mit den ausländischen Munitionsfabriken schweben Verhandlungen wegen schleuniger Lieferung der fehlenden Patronen, Granaten und Schrapnells. Daß in der Truppe aber wirklich gearbeitet wird, habe ich nicht feststellen können. Wenigstens können die Offiziere daran nicht beteiligt sein, die von Mittag bis Mitternacht die Straßenkaffees bevölkern.

Die 28 Athener Blätter, welche sich in je zwei bis acht Spalten täglich mit der Kretafrage beschäftigen, hatten bis vor kurzem einheitlich die Meinung vertreten, daß Kreta unbedingt im Juli zu Griechenland geschlagen werden müsse. Neuerdings haben sie sich in verschiedene Gruppen gespalten. Auf dem äußersten intransigenten Flügel steht die vielgelesene Zeitung „Skrip". Dann kommen einige Blätter, welche bereit sind, eine Autonomie Kretas unter der Bedingung hinzunehmen, daß die Insel zu Griechenland in ein Verhältnis tritt wie ehemals Ostrumelien zu Bulgarien. Sie verlangen also, daß in Kreta Deputierte für die griechische Kammer gewählt werden. Der Rest der Zeitungen schlägt seit etwa einer Woche eine mehr elegische Tonart an. Namentlich machen sich in dieser Beziehung der „Embros" und die „Monde Hellénique" bemerkbar. Sie mahnen zur Resignation und raten, alles von der Entscheidung der Schutzmächte abhängig zu machen, die im Grunde doch Griechenland wohlwollten. Daß diese versöhnliche Haltung eines Teils der Presse überhaupt von den übrigen Blättern geduldet wird, ist um so bemerkenswerter, als noch vor kaum 14 Tagen der „Neon Asty" erklärt hatte, daß diejenigen, welche von einem Verzichte auf Kreta sprächen, verdienten, auf offener Straße gehängt zu werden. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme,daß Herr Theotokis im geheimen auf die Presse eingewirkt hat.

Es ist nicht leicht, aus den geschilderten Symptomen sich ein Bild von der wirklichen Stimmung des griechischen Volkes zu machen. In einem nordischen Lande würde man eine tiefgehende Erregung der öffentlichen Meinung annehmen müssen. Für hier ist vielleicht die Erfahrung entscheidend, daß der Patient, bei welchem das Fieber nachläßt, als Konvaleszent zu betrachten ist. Wenn man die lebenslustige, musikfreudige Bevölkerung von Athen an den heißen Sommerabenden gestikulierend und schwadronierend in den Straßen der Hauptstadt oder an den Ufern des Phaleron sich bewegen sieht, so ist dieser Eindruck schwer zu vereinigen mit den tragischen Tönen der griechischen Publizistik. Unwillkürlich wird man an die Worte eines bekannten französischen Schriftstellers erinnert, der von den Griechen sagte: „Ils sont tous des héros, prêts à mourir pour leur patrie. Ils préfèrent pourtant de vivre sans rien faire."

Im allgemeinen bin ich mehr und mehr geneigt zu glauben, daß die nächsten Monate ohne schwere Erschütterungen vorübergehen werden. Darin bestärkt mich ein gewisses Vertrauen in die Staatsklugheit Theotokis', die verhältnismäßig beruhigenden Nachrichten aus Kreta und die Erwägung, daß der kritischste Moment, der Abzug der internationalen Truppen, auf die heißeste Zeit des Jahres fällt, in welcher das Parlament vertagt, der König aber in Tatoi ist. Auch nehme ich an, daß die Evakution im letzten Augenblicke doch vom Volke als ein Fortschritt zur Lösung der Kretafrage im griechischen Sinne aufgefaßt werden und mit Genugtuung begrüßt werden wird. Die Neuwahlen wird die Regierung voraussichtlich bis zum Januar vertagen. Was dann geschehen wird, ist nicht vorauszusehen. Aber auch die Hoffnung, daß es in den nächsten Monaten ruhig bleiben werde, kann sich nur unter zwei Voraussetzungen erfüllen. Halten die Mächte ihr Räumungsversprechen nicht ein, so ist der Rücktritt des griechischen Ministeriums unausbleiblich. Daraus muß eine schwere innere Krisis entstehen, die sich in einer Bewegung gegen den König Luft machen würde. Die andere Voraussetzung ist die, daß die Türken mit den Reizungen des Griechentums gewisse Grenzen nicht überschreiten. Ich bezweifle nicht, daß eine auch nur geringe Verstärkung der türkischen Kriegsvorbereitungen an der Grenze mit einer Einberufung der griechischen Reserven beantwortet werden würde. Hier erscheint in diesem Augenblicke die Gefahr, daß aus der allgemeinen Spannung zwischen Türken und Hellenen ein Krieg entsteht, größer als ein Kataklysmus aus Anlaß der Kretafrage.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr erfreulich!
[2] kann ich mir denken!
[3] aha! Daher die unlauteren Manöver bei den Schießversuchen!
[4] habe ich ihm vorhergesagt!
[5] kaum!
[6] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut und richtig

Nr. 9640

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Athen, den 1. Juli 1909

Als ich heute nach längerer Pause mich wieder einmal beim diplomatischen Empfang zeigte, las Minister der Auswärtigen Angelegenheiten

mir Telegramm Herrn Rangabés* vor, worin dieser meldet, es sei ihm im Auswärtigen Amt erklärt worden, daß die Kaiserliche Regierung auf die letzte türkische Demarche wegen Kreta** geantwortet habe, Deutschland werde aus seiner strikten Reserve nicht heraustreten. Dies — habe er hinzugefügt — bedeute ein fin de non recevoir gegenüber den für Griechenland nachteiligen türkischen Anträgen. Die deutsche Reserve sei im Interesse Griechenlands geboten, weil eine entgegengesetzte Haltung die Opposition anderer Mächte hervorrufen würde. Im übrigen sei die deutsche Zurückhaltung keine definitive. Sobald Schutzmächte sich geeinigt, werde Deutschland bei allem weiter seine Freundschaft für Griechenland betätigen.

Baltazzi war hocherfreut über diese wohlwollende Kundgebung der Kaiserlichen Regierung. Weiter erzählte mir der Minister, daß nach seinen Informationen das Programm der Schutzmächte fertig sei. Es besteht im wesentlichen in Aufrechterhaltung des Status quo nach der Evakuation mit der Zusage, die Verhandlungen wegen definitiver Regelung der Frage alsbald zu beginnen. Baltazzi fügte hinzu: „Donc dans trois mois tout sera arrangé".

Schließlich beschwerte sich der Minister über die griechenfeindliche Agitation, die Constans in Paris betreibe. Dieselbe habe hier eine starke Gereiztheit gegen Frankreich hervorgebracht.

Wangenheim

Nr. 9641

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Athen, den 10. Juli 1909

Marquis Carlotti sprach mir gestern vertraulich von der Verzögerung, welche die Verhandlungen der Schutzmächte durch die besonders in Konstantinopel zutage getretene Divergenz zwischen dem mehr vermittelnden Standpunkt Italiens und Rußlands und dem ausgesprochen türkenfreundlichen Frankreichs und Englands erfahren hätten. Die französische Haltung sei von Herrn Constans beeinflußt gewesen. Trotzdem glaubt mein italienischer Kollege, daß die jetzt erzielte Einigung in Athen und Kreta mehr befriedigen werde als in Konstantinopel. In den drei mündlichen Kundgebungen der Schutzmächte werde zwar die Vereinigung Kretas mit Griechenland abgelehnt. Dagegen bedeute der Ersatz der Landtruppen durch Stationäre die Anerkennung des Status quo und die Eröffnung der Aussicht auf spätere weitere Verhandlungen einen

* Griechischer Gesandter in Berlin.
** Vgl. Nr. 9636, Fußnote *.

Erfolg Griechenlands. Theotokis glaubt, mit der beabsichtigten Kundgebung* die Situation nach der Evakuation, welche am 26. stattfinden werde, beherrschen zu können. Die Frage der Wahlen für die griechische Kammer werde unberührt bleiben.

Marquis Carlotti betrachtet die Kretafrage als ein verhältnismäßig leicht zu behandelndes Symptom innerhalb des sich verschärfenden türkisch-griechischen Gegensatzes. Seine Informationen aus Konstantinopel stimmen mit den meinigen überein.

Wangenheim

Nr. 9642

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 203 Therapia, den 16. Juli 1909

Die hochgespannten Hoffnungen, welche von den Jungtürken an die Freiheitsbewegung geknüpft wurden, sind, soweit es sich um die auswärtige Politik gehandelt, völlig gescheitert. Wohl nur wenige Jahre der türkischen Geschichte sind in gleichem Maße mit Mißerfolgen ausgefüllt gewesen wie das vergangene. Wenn man zu dem bevorstehenden Jahrestage der Verfassung die Bilanz zieht, so sind drei schwere Niederlagen zu verzeichnen, während eine vierte unmittelbar bevorsteht.

Diese traurige Periode begann mit dem endgültigen Verluste von Bosnien und der Herzegowina. Der territoriale Besitzstand ist zwar hierbei in Wirklichkeit nicht verändert worden, aber das siegreiche Vorgehen des Freiherrn von Aehrenthal, gegen den die Türkei nur einige Hamals ins Feld führen konnte, hat in hiesigen Regierungskreisen, wie mir auch von der österreichisch-ungarischen Botschaft bestätigt wird, einen Stachel

* Am 13. Juli überreichten die Vertreter der Schutzmächte in Konstantinopel eine Note wegen Kreta sowie eine in Kreta erlassene Proklamation. In der Note war gesagt, daß die Mächte beabsichtigten, am 26. Juli ihre Garnison aus Kreta zurückzuziehen, dafür aber in den Gewässern der Insel vier Kriegsschiffe zu stationieren, um die mohammedanischen Bewohner Kretas zu schützen und die Oberhoheitsrechte des ottomanischen Reiches zu sichern. Diese Regelung wurde in der Note ausdrücklich als provisorisch bezeichnet; die Schutzmächte reservierten sich das Recht, über die Ordnung des politischen Zustandes auf der Insel bei einer späteren Gelegenheit zu verhandeln. In der Proklamation an die Bevölkerung hieß es, daß eine Störung der Ordnung, die für die Türkei provozierend sein könnte, ungünstiger für die Wünsche Kretas und Griechenlands sein würde als die ruhige Annahme des bestehenden Zustandes. Von der in Konstantinopel übergebenen Note wie von der Proklamation wurde auch die griechische Regierung am 13. verständigt. Die Entscheidung der Schutzmächte befriedigte weder in Athen, wo das Kabinett Theotokis wegen der „populären Empörung über die Note der Schutzmächte" seine Entlassung einreichte und durch ein Kabinett Rhallis ersetzt wurde, noch in Konstantinopel; vgl. das folgende Schriftstück.

zurückgelassen. Die Ohnmacht der Türkei ist um so deutlicher zutage getreten, als nicht einmal der Boykott dem österreichischen Handel den geringsten Schaden gebracht hat*, da sämtliche Verluste mehr als reichlich wieder eingebracht sind. Nun soll der Versuch gemacht werden, die in ihren Gefühlen verletzte türkische Bevölkerung durch Einladung der Parlamentsmitglieder nach Pest und vielleicht auch nach Wien zu versöhnen. Man darf gespannt darauf sein, ob der Groll gegen Österreich-Ungarn so schnell überwunden wird.

Vielleicht geht es ähnlich wie mit dem Verhältnis zu Bulgarien. Obwohl König Ferdinand in der eigenmächtigsten Weise gegen die Türkei vorgegangen ist und sich auf Kosten des Sultans alle Rechte genommen hat, welche seinem Interesse nützlich waren, ohne daß die Türkei mit Gegenmaßregeln auch nur drohen konnte, bemüht sich die Hohe Pforte schon um ein möglichst freundschaftliches Verhältnis zu Bulgarien. Sie sieht sich genötigt, dem Feinde von gestern wieder zu schmeicheln, weil sie nicht gleichzeitig mit dem nördlichen Nachbarn und Griechenland in Konflikt geraten will. Heute spielt sie die bulgarischen Elemente gegen die griechischen aus. Den Titel des „Königs der Bulgaren", gegen den sie mit guten Gründen anfangs noch Stellung genommen hatte, erkennt sie bei dem Empfang des bulgarischen Gesandten Sarafow widerstandslos an**.

Weit empfindlicher als dieser Rückzug ist aber die vollkommene Niederlage in der Kretaangelegenheit. Das gute Recht war auf Seiten der Türken, und dennoch sind die Schutzmächte über alle ihre Wünsche und Einwendungen einfach zur Tagesordnung übergegangen. Die letzte Note kündigt die endgültige Abberufung der Truppen an, während die Hohe Pforte um ihre Belassung gebeten hatte. Vier Stationäre werden sich nach Kreta begeben, von dem türkischen Stationär ist keine Rede. Nur Rußland scheint mit der Möglichkeit eines türkischen Stationärs wenigstens pro forma gerechnet zu haben; England und Italien bezeichneten das Verlangen als Unfug, bei dem nichts Gutes herauskäme. Rifaat Pascha wünschte den status quo ante, die Schutzmächte bleiben bei dem Status quo. So ist denn nicht einmal die Genugtuung gewährt, daß die Kreter auf die im vorigen Jahre angemaßten Rechte verzichten müssen. Weder das Hissen der griechischen Flagge anstatt der kretischen noch die Verwendung der griechischen Briefmarken noch die Rechtsprechung im Namen des Königs der Hellenen werden gerügt. Die Zusage der Mächte, zu einer günstigeren Zeit über die Verwaltung Kretas zu verhandeln, ist ein Danaergeschenk, welches nur mit Mißtrauen aufgenommen wird. So bleibt denn nur die rote türkische Fahne in der Sudabai als Wahrzeichen nicht etwa der souveraineté, sondern nur der droits suprêmes.

Der Eindruck der Note auf die maßgebenden Kreise läßt sich heute noch nicht übersehen. Immerhin zirkulieren Gerüchte von der bevor-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCI.
** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIV, Nr. 8976.

stehenden Demission des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten*. Es wird auch angenommen, daß der Ministerrat gegen einige Punkte der Note Widerspruch erheben wird. Der griechische Gesandte ist offenbar mit dem jetzigen Erfolge zufrieden und hofft, daß die Türkei sich mit dem Geschehenen abfinden wird. Die bisherige Haltung der Presse läßt darauf schließen, daß die Kampfesstimmung in Konstantinopel nachgelassen hat. Kein Wort wird gegen die Schutzmächte gesagt.

Bemerkenswert ist es, daß die letzteren eine gewisse Animosität gegen die Türkei an den Tag gelegt haben. Das Nachlassen der Komplimente für den neuen Verfassungsstaat ist den hiesigen Politikern überhaupt schon aufgefallen. Was mag namentlich England zu der reservierten Haltung veranlaßt haben? Gewiß nicht allein die Kaltstellung Kiamils. Man sucht den Grund darin, daß das Ausland nicht mehr wisse, wer hier die Macht in Händen habe, und wie es möglich sei, daß die Ministerien von Leuten des alten Regime verwaltet werden, während in der Kammer das Jungtürkentum maßgebend sei. Hieran ist viel Richtiges, es kommt aber noch hinzu, daß das großsprecherische Auftreten der leitenden türkischen Kreise einigen Botschaftern mißfallen hat, so daß sie sich veranlaßt sahen zu betonen, daß es noch andere Faktoren in der Welt gäbe als die Türkei und ihr Parlament.

Die nächste Zukunft scheint noch eine neue Niederlage vorzubereiten. Es handelt sich um Differenzen mit Rußland wegen der Besetzung Persiens**. Die Hohe Pforte soll sich erboten haben, die strittigen Gebiete bei Urmia zu pazifizieren, worauf Rußland abweisend geantwortet haben soll. Die Lage der Türkei an der russisch-persischen Grenze verschlechtert sich durch die jüngsten Vorgänge zweifellos.

Miquel

Nr. 9643

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 Wien, den 23. Juli 1909

Freiherr von Aehrenthal ließ mich heute zu sich bitten, um mit mir eingehend Kretafrage zu besprechen. Minister sagte mir, er lege größten Wert darauf, mit uns in dieser Frage Hand in Hand vorzugehen. Seiner

* Tatsächlich reichte Rifaat Pascha am 28. Juli seine Entlassung ein, verblieb jedoch im Amt.

** Am 6. Juli hatten die Russen ein Regiment Infanterie und 800 Kosaken in Enseli gelandet. In einer Runddepesche an die Mächte vom 3. Juli begründete die russische Regierung dieses Vorgehen mit dem Ausbruch der Revolution in Persien, durch den sie ihre Interessen bedroht glaubte. Vgl. auch Kap. CCXVII, Nr. 10084.

Ansicht nach liege für hiesige wie für Kaiserliche Regierung kein Anlaß vor, aus der Reserve der in zweiter Linie interessierten Mächte herauszutreten. Er würde sehr dankbar sein zu erfahren, daß er sich in dieser Auffassung mit Euerer Exzellenz in Übereinstimmung befinde.

Angesichts der verfahrenen Lage müsse er sagen, daß man wirklich selten etwas so „Stümperhaftes" gesehen habe wie die Politik der vier Schutzmächte, die jetzt gezwungen wären, in Konstantinopel und in Athen gleichzeitig abzuwiegeln, und mit dieser mühsamen Arbeit weder bei den Türken noch bei den Griechen Dank ernten würden. Die unvermeidliche Folge werde ein schweres Odium sein, das die Schutzmächte auf sich laden würden, und er habe keine Neigung, ihnen dieses Odium abzunehmen.

Der Minister wiederholte des öfteren, es sei ihm sehr erwünscht zu wissen, wie Euere Exzellenz über die Frage urteilten, damit wir uns rechtzeitig über weitere Schritte verständigen könnten; er halte es nämlich nicht für ausgeschlossen, daß die Schutzmächte sich bei ihrer „Impotenz" an uns um Unterstützung wenden; in diesem Falle sei er der Ansicht, daß wir unsere Mitarbeit nicht ganz versagen, aber immer darauf bedacht bleiben sollten, nicht in den Vordergrund zu treten.

Freiherr von Aehrenthal las mir Instruktion an Markgraf Pallavicini vor, die Euerer Exzellenz durch Herrn von Szögyény direkt zur Kenntnis gebracht werden wird; sie enthält im allgemeinen die vorstehend gemeldeten Gesichtspunkte. Der Minister erklärte, er glaube noch, daß Ruhe aufrecht erhalten werden könne; dafür sprechen auch die vernünftigen Schritte des griechischen Ministers Rhallis, der sich mit der Pforte direkt ins Benehmen gesetzt habe. Immerhin sei bedenkliche Prestigepolitik jungtürkischen Komitees nicht ausgeschlossen.

Freiherr von Aehrenthal wünscht auf alle Eventualitäten in festem Einvernehmen mit uns vorbereitet zu sein; ich habe ihm für den Beweis seines Vertrauens gedankt und zugesagt, Euerer Exzellenz Befehle sofort einholen zu wollen*.

Rantzau

---

* In einem Privatbrief an Freiherrn von Schoen vom 23. Juli hieß es noch: „Baron Aehrenthal war außerordentlich herzlich und offen bei unserer heutigen Unterredung; ich bin fest überzeugt, daß er den allergrößten Wert auf ein enges Hand in Hand Gehen mit uns auch gerade jetzt in der Kretafrage legt und sehr dankbar für Direktiven von Berlin sein würde; ich habe darüber telegraphisch berichtet, möchte hier nur hinzufügen — amtlich habe ich davon absichtlich Abstand genommen —, daß ich ihm, als er wiederholt nachdrücklich betonte, wir und Österreich-Ungarn seien ja in der Kretafrage gleichmäßig nur in zweiter Linie interessiert, erwiderte, ich stimme ihm in der Hauptsache vollkommen bei, wir hätten aber immerhin ein nicht zu unterschätzendes Interesse daran, daß die Kretafrage ohne ernstliche Gefahren für die griechische Dynastie gelöst würde. Baron Aehrenthal pflichtete mir rückhaltlos bei."

Nr. 9644

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 54 Athen, den 20. Juli 1909

Sowohl König Georg als Herr Theotokis hatten dem hiesigen österreichischen Gesandten Baron Braun vor Antritt seines Urlaubs die Bemerkung gemacht, daß mit dem Rückzuge der fremden Truppen aus Kreta die Sonderstellung Österreichs und Deutschlands ein Ende erreichen und daß zukünftig das Schicksal Kretas wieder in den Händen der sechs Großmächte liegen werde. Eine ähnliche Andeutung ist dem österreichischen Botschafter in London von dem dortigen griechischen Gesandten schon im Mai d. Js. gemacht worden. Von diesen Auslassungen hatte ich bisher keine Notiz genommen, da ich sie in die Gruppe der zahlreichen griechischen Versuche einreihte, Österreich und Deutschland zu einer aktiveren Kretapolitik zu bewegen. Nunmehr hat indes der König die Frage auch mir gegenüber zur Sprache gebracht. Bei der Audienz, welche Seine Majestät mir vor meiner Abreise gewährte, sagte mir höchstderselbe, es sei die Ansicht der englischen Regierung, daß die Kretafrage nach der Evakuation wieder vor das Forum aller sechs Mächte gehöre. Hieraus geht hervor, daß England den verbündeten Kaisermächten die Vorteile mißgönnt, welche für deren Stellung in der Türkei und Griechenland aus dem Desinteressement in der Kretafrage erwachsen sind. England vertritt den Standpunkt, daß die bevorstehende Zurückziehung der Kontingente gleichbedeutend sei mit der Abberufung der „Oldenburg" und der österreichischen Truppen im Frühjahre 1898*. Es bedarf kaum eines Nachweises, daß die englische Auffassung falsch ist. Auch nach der Evakuation werden Stationäre der Schutzmächte in den kretischen Gewässern bleiben zum Schutze der türkischen Flagge und der Flaggen der vier Schutzmächte. Im übrigen kommt es aber wohl nicht auf die Beteiligung an der militärischen Besetzung Kretas, sondern nur darauf an, daß wir bei unserer Desinteressementserklärung im März 1898 das Schicksal der Insel ausdrücklich den vier Schutzmächten anvertraut haben. Es handelt sich also um ein Mandat, welches die Schutzmächte stillschweigend übernommen und ausgeführt haben. Das Mandat würde von selbst erlöschen, wenn die Schutzmächte sich ebenso wie Deutschland und Österreich völlig mit Bezug auf Kreta desinteressierten. Sonst würde dem Erlöschen eine Kündigung seitens des Auftraggebers oder seitens der Beauftragten vorauszugehen haben. Keine der obigen Voraussetzungen ist bisher erfüllt, so daß an dem Fortbestehen des Auftrags und damit unserer Sonderstellung kein Zweifel möglich ist.

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXI, Nr. 3290 und 3294.

Ich habe mich bei der Antwort auf die Andeutung des Königs darauf beschränkt, die englische Ansicht als unzutreffend zu bezeichnen. Es dürfte meines ehrerbietigen Erachtens kaum im deutschen Interesse liegen, wenn die Frage zum Gegenstande juristischer Kontroversen gemacht und dadurch vielleicht öffentlich und aktuell wird. Eine gleiche Haltung wird Herr von Riepenhausen einnehmen, wenn die Angelegenheit ihm gegenüber berührt werden sollte.

Wangenheim

Nr. 9645

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1190 Berlin, den 26. Juli 1909

Antwort auf Euerer Hochgeboren Telegramm Nr. 154* und den Privatbrief vom 23. d. Mts.**

Die Kaiserliche Regierung teilt völlig den Standpunkt Baron Aehrenthals, daß in der Kretafrage für uns kein Anlaß zum Heraustreten aus der Reserve der in zweiter Linie interessierten Mächte vorliegt. Diesem Standpunkte gemäß habe ich dem hiesigen türkischen Botschafter und dem griechischen Gesandten, die uns im Auftrage ihrer Regierungen wiederholt für ein Eingreifen in die Frage zu gewinnen versucht haben, ausdrücklich erklärt, daß wir bis auf weiteres streng neutral verblieben. Komme eine Verständigung zwischen den Kretaschutzmächten über eine Lösung zustande, welche die Fortdauer von Ruhe, Ordnung und Frieden gewährleiste, so würden wir unsere Zustimmung dazu gern erteilen.

Die genannten beiden Vertreter sind ferner bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht worden, wie sehr die Vermeidung eines bewaffneten Zusammenstoßes im wohlverstandenen Interesse ihrer Länder liegt. Mit Rücksicht auf die bekannten Neigungen des jungtürkischen Komitees, den gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten tunlichst durch einen Krieg mit Griechenland zu begegnen, habe ich insbesondere dem türkischen Botschafter keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Pforte durch einen Krieg mit Griechenland sich die Sympathien sämtlicher Großmächte verscherzen würde und überdies selbst im Falle eines siegreichen Ausganges nach den früheren Erfahrungen schwerlich auf volle Befriedigung ihrer Wünsche rechnen könnte.

Die Kaiserlichen Vertreter in Konstantinopel und Athen sind in gleichem Sinne instruiert und zu entsprechenden Vorstellungen veranlaßt worden. Ebenso läßt sich der königliche Generaloberst Freiherr von der

* Siehe Nr. 9643.
** Vgl. Nr. 9643, S. 73, Fußnote.

Goltz angelegen sein, die türkischen Machthaber von kriegerischen Verwickelungen mit Griechenland abzuhalten.

Daß die Schutzmächte in der Kretafrage unsere Unterstützung nachsuchen könnten, erscheint auch mir nicht ausgeschlossen. Für diese Annahme spricht der abschriftlich beigefügte Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Athen vom 20. d. Mts.*, dessen Ausführungen ich in vollem Umfange beipflichte. Es kommt hinzu, daß mir kürzlich der türkische Botschafter vertraulich die Besorgnis zum Ausdruck gebracht hat, daß eine Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel und Athen in Aussicht stehe. Die Frage Osman Nisamis, ob wir uns einer solchen Demarche anschließen würden, habe ich ausweichend dahin beantwortet, daß hier keinerlei Anzeichen für einen derartigen Plan vorlägen.

Sollten uns die Kretamächte um Beteiligung an einer Kollektivdemarche ersuchen, so möchte ich zur Schonung der Türken identischen Noten den Vorzug vor einer solchen Demarche geben. Eine gänzliche Versagung unserer Mitarbeit würde auch meines Erachtens zu vermeiden sein.

Euer Hochgeboren ersuche ich, Baron Aehrenthal von vorstehendem zu verständigen, ihm für seine vertrauensvolle Aussprache den Dank der Kaiserlichen Regierung zu übermitteln und gleichzeitig zu betonen, daß auch wir auf ein festes Einvernehmen mit ihm in der Kretafrage großen Wert legen.

v. Schoen

Nr. 9646

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1444 Berlin, den 29. Juli 1909

Vertraulich

Nach dem zu Ew. pp. gefälligen vertraulichen Information abschriftlich beigefügten Berichte des Kaiserlichen Gesandten in Athen vom 20. d. Mts.* erscheint es nicht gänzlich ausgeschlossen, daß die Schutzmächte in der Kretafrage unsere Mitwirkung nachsuchen werden. Für diese Annahme spricht abgesehen von den Äußerungen des Königs von Griechenland auch noch die mir kürzlich von dem hiesigen türkischen Botschafter zum Ausdrucke gebrachte Besorgnis, daß eine Kollektivdemarche sämtlicher Mächte in Konstantinopel und Athen in Aussicht stehe.

Der von Herrn von Wangenheim in der Anlage vertretene Standpunkt, daß ungeachtet der Evakuation Kretas seitens der Schutzmächte

* Siehe Nr. 9644.

deren Mandat und unsere Sonderstellung in der Kretafrage fortdauert, wird von der Kaiserlichen Regierung völlig geteilt. Die bisherige Entwickelung dieser Frage bietet uns keinerlei Anlaß, unsere seit 1898 beobachtete Haltung zu ändern und aus der Reserve der lediglich in zweiter Linie interessierten Mächte herauszutreten. Diesem Standpunkt entsprechend habe ich dem türkischen Botschafter und dem griechischen Gesandten, die uns im Auftrage ihrer Regierungen wiederholt für ein Eingreifen in die Frage zu gewinnen versucht haben, ausdrücklich erklärt, daß wir bis auf weiteres streng neutral verblieben. Komme eine Verständigung zwischen den Kretaschutzmächten über eine Lösung zustande, welche die Fortdauer von Ruhe, Ordnung und Frieden gewährleiste, so würden wir unsere Zustimmung dazu gern erteilen. Die genannten beiden Vertreter sind ferner bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht worden, wie sehr die Vermeidung eines bewaffneten Zusammenstoßes im wohlverstandenen Interesse ihrer Länder liegt. Mit Rücksicht auf die bekannten Neigungen des jungtürkischen Komitees, den gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten tunlichst durch einen Krieg mit Griechenland zu begegnen, habe ich insbesondere dem türkischen Botschafter keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Pforte sich durch einen Krieg mit Griechenland die Sympathien sämtlicher Großmächte verscherzen würde.

Sollten die Schutzmächte, was an sich unerwünscht wäre, unsere Unterstützung in der Kretafrage nachsuchen, so würden wir unsere Mitarbeit zwar nicht ganz versagen, aber immer darauf bedacht bleiben müssen, uns in zweiter Linie zu halten und nicht in den Vordergrund drängen zu lassen. Was endlich die von dem türkischen Botschafter befürchtete Kollektivdemarche anlangt, so bemerke ich schon an dieser Stelle, daß wir einer solchen Maßnahme nicht zustimmen, sondern zur Schonung der Türkei für identische Noten eintreten würden.

v. Schoen

Kapitel CCIX

Die Griechisch-Türkische Kriegsgefahr
Mazedonien und Kreta
Der weitere Verlauf der Kretafrage

Nr. 9647

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 61 Athen, den 3. August 1909

Im Ministerium des Äußern fährt man fort, sich durch die weiter andauernden militärischen Maßnahmen der Türkei beunruhigt zu fühlen. Der Austausch freundschaftlicher Erklärungen zwischen dem Kabinett Rhallis und der türkischen Regierung hat hierin nichts geändert. In der Presse wird jedoch gesucht, den Glauben an eine eingetretene Detente zu erwecken, um nicht, durch die öffentliche Meinung gezwungen, entgegen dem Rate des Viererkonzerns Maßnahmen für die Landesverteidigung treffen zu müssen. Der Rat, alles zu unterlassen, was die Türkei provokatorisch auslegen könnte, wird unter Rhallis gewissenhafter wie früher befolgt. Weder haben Truppenverschiebungen stattgefunden, noch sind nennenswerte Bestellungen mit kurzer Lieferfrist vergeben worden. Die Herbstmanöver sollen abgesagt werden. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Mazedonien hat die Regierung verboten und strenge Kontrollmaßregeln ergriffen, um den Übertritt von Griechen über die Grenze zu verhindern. Der Versuch, die in Mazedonien verteilten griechischen Offiziere zurückzuberufen, stößt allerdings insofern auf Schwierigkeiten, als diese Herren zum Teil befürchten, beim Verlassen ihrer Schlupfwinkel von den Türken ergriffen zu werden.

Die Erkenntnis von der Ohnmacht Griechenlands hat sich jetzt auch in den Kreisen verbreitet, die im Falle eines Krieges bisher auf innere Schwierigkeiten in der Türkei ihre Hoffnung setzten.

Die von den griechischen Geheimagenten in Mazedonien im Informationsbureau einlaufenden, der Öffentlichkeit vorenthaltenen Nachrichten lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Türkei innerhalb zehn Tagen nach der Kriegserklärung in der Lage ist, etwa 100000 Mann über die Grenze zu führen.

Die hiesigen Leiter der auswärtigen Politik suchen in letzter Zeit besonders scharf zu scheiden zwischen Kretaproblem, in dem man die Uninteressiertheit der verbündeten Kaisermächte bis zu einem gewissen Grade anerkennt, und der Frage eines möglichen türkischen Angriffs, zu dessen Verhütung man den Einfluß Deutschlands und Österreichs in Konstantinopel ausspielen möchte. Doch richtet sich das Mißvergnügen

der maßgebenden politischen Stellen vor allem gegen England und auch Frankreich, denen man vorwirft, Griechenland durch Ratschläge zur militärischen Untätigkeit verurteilt zu haben, ohne sich in Konstantinopel energisch für den Frieden einzusetzen. Hierbei wird übersehen, daß Griechenland auch sonst nicht vermocht hätte, das Endresultat eines griechisch-türkischen Krieges zu modifizieren.

Dem Vernehmen nach verhandeln die vier Mächte auf Veranlassung Englands über eine endgültige Lösung des Kretaproblems, wobei die Frage der Angliederung der Insel an Griechenland in den Hintergrund zu treten scheint. Im Gegensatze zu der tatsächlichen Lage glaubt die griechische öffentliche Meinung zwar eine mögliche Verschleppung der Lösung, jedoch nicht einen gänzlichen Echec der Angliederungsfrage befürchten zu müssen. Sollten die Mächte ohne hinreichende Vorbereitung und Beschwichtigung der öffentlichen Meinung sich definitiv gegen die Annexion entscheiden, so ist mit ernsthaften inneren Unruhen zu rechnen.

Hier gewinnt man den Eindruck, daß die Versuche gewisser Regierungen, der Kretafrage ein schnelles Ende zu bereiten, in dem Wunsche begründet sind, aus dem ihre Stellung unter sich und zu Konstantinopel beengenden Dilemma herauszukommen. In dieser, die vier Mächte zugunsten Deutschlands und Österreichs differenzierenden Lage dürfte zugleich der Grund für die Bemühungen zu finden sein, durch Vermittelung Griechenlands uns in der einen oder anderen Form in das Dilemma mit hineinzuziehen[1].

Ich beobachte weisungsgemäß ebenso wie mein österreichischer Kollege absolute Zurückhaltung und beschränke mich auf die mir unter der Hand werdenden Informationen[2].

Riepenhausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wird nicht geschehen
[2] gut

Nr. 9648

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 94 Athen, den 5. August 1909

Beunruhigung hiesiger amtlicher Kreise nimmt angesichts angeblich drohender Kriegsgefahr zu. Ministerpräsident suchte zu später Abendstunde englischen Gesandten zwecks dringender Unterredung auf dessen Landsitz auf. Auch andere hiesige Vertreter halten Lage für ernst.

Italienischer Gesandter kam nachmittags zu mir und sprach unter Hinweis auf Ernst der Lage sich dahin aus, daß Mitwirkung Deutschlands

zur Erhaltung Friedens nötig werden könnte[1]. Er entwickelte hierauf als eigene Ansicht die wohl aus englischer Quelle stammende Theorie, daß Kretafrage nach der Evakuation wieder vor das Forum aller sechs Mächte gehöre.

Unter Abweisung dieses Gedankens vermied ich nähere Besprechung der Frage.

Riepenhausen

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Wir haben keinen Anlaß, die Suppe mit auszulöffeln, die die vier Schutzmächte gekocht haben.

Bemerkung von Bethmann Hollwegs dazu:
Richtig.

Nr. 9649

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 7. August 1909

Nach der alleruntertänigst beigefügten Meldung Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Geschäftsträgers in Athen* hat die Pforte dort eine sehr scharfe Sprache führen lassen. Allerhöchstdero huldreichen Intentionen entsprechend habe ich daher Euerer Majestät Botschaft in Konstantinopel telegraphisch angewiesen, bei der Pforte ernste freundschaftliche Vorstellungen zur Vermeidung eines kriegerischen Konflikts mit Griechenland zu erheben**. Gleichzeitig habe ich der griechischen Regierung mitteilen lassen, daß wir ebenso wie bisher so auch jetzt sowohl in Athen als auch in Konstantinopel vor einem bewaffneten Zusammenstoß aufs dringendste warnen***[1].

Das Wiener Kabinett ist von der Demarche in Konstantinopel mit dem vertraulichen Bemerken verständigt worden, daß wir uns zu diesem Schritt entschlossen haben, um etwaigen Wünschen der Kretamächte nach einer gemeinsamen Demarche sämtlicher Großmächte in Konstantinopel zuvorzukommen†[1].

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut

---

* Nach Telegramm des Geschäftsträgers von Riepenhausen Nr. 100 vom 6. August hatte der türkische Gesandte in Athen von der griechischen Regierung die Erklärung gefordert, daß sie die Agitation der christlichen Bevölkerung Kretas zugunsten der Annexion der Insel mißbillige und keine Ambitionen in dieser Richtung hege.
** Telegramm Nr. 167 vom 7. August.
*** Telegramm Nr. 32 vom 7. August.
† Telegramm Nr. 114 vom 7. August.

Nr. 9650

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 294 Therapia, den 7. August 1909

Gestern hat die Pforte von griechischer Regierung die Erklärung verlangt, daß sie jede Absicht auf Kreta aufgebe.

Dieser Schritt ist den Vertretern der vier Schutzmächte bekannt gegeben worden, welche ihn als sehr schwerwiegend bezeichnen[1], weil die Türkei sich entweder zu einem offenkundigen Rückzug aus der Sackgasse verstehen oder aber es zum Krieg kommen lassen müsse.

Mir scheint, daß die Schutzmächte es andererseits recht gern sehen würden, wenn die Kretaangelegenheit durch den neuen Schritt zu einer allgemeinen europäischen gestempelt würde, bei der Deutschland und Österreich-Ungarn ebenso mitzureden hätten und gefragt werden könnten wie die Schutzmächte. „Denn fortan", so meinte zum Beispiel Herr Bompard zu mir, „handelt es sich nicht mehr um Kreta, sondern um Griechenland. Letzteres wird sich jetzt vielleicht an alle europäischen Großmächte wenden."

In unserem Interesse dürfte es liegen, auch fernerhin jede Stellungnahme in der Kretaangelegenheit zu vermeiden und den Schutzmächten das Odium ganz allein zu überlassen[2]. Andernfalls ist — immer vorausgesetzt, daß die Türkei sich nicht zum Krieg entschließt, — die Verleumdung zu befürchten, daß die Türkei auf einen Druck Deutschlands hin nachgeben müsse.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Richtig

Nr. 9651

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 168 Berlin, den 7. August 1909

Auf Telegramm Nr. 295*.

Wir wollen uns selbstverständlich in Kretafrage nicht hineinziehen lassen. Gerade um diesbezüglichen Neigungen der Kretamächte Spitze

---

* In Telegramm Nr. 295 vom 7. August hatte von Miquel gemeldet, daß sich neuerdings die Tendenz bemerklich mache, Deutschland in die Schwierigkeiten der Schutzmächte zu verwickeln.

abzubrechen, empfiehlt sich Bekanntgabe, daß auch wir andauernd sowohl dort wie in Athen vor kriegerischem Konflikt warnen. Es wäre daher erwünscht gewesen, wenn Euer Hochwohlgeboren sich in diesem Sinne zu italienischem Geschäftsträger* geäußert hätten. Bitte dies nachholen und auch Preßnotizen über unsere Demarchen zugunsten Friedens nicht unterbinden.

Stemrich

Nr. 9652

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 166 Wien, den 8. August 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 114**.

Auftrag ausgeführt. Freiherr von Aehrenthal hat entsprechend K. und K. Botschafter in Konstantinopel angewiesen, die Pforte freundlich vor Krieg zu warnen. Der Minister wiederholte, er stehe nach wie vor auf dem mir am 23. v. Mts. dargelegten Standpunkt (Telegramm Nr. 154)*** und möchte vermeiden, aus bisheriger Reserve herauszutreten; wir müßten seiner Ansicht nach „die vier Schutzmächte vorangehen lassen"; er werde auch morgen (Montag) dem griechischen Gesandten†, der sich bei ihm gemeldet habe, sagen, daß er in Konstantinopel zur Mäßigung geraten habe, im übrigen aber auch Griechenland an die Schutzmächte verweisen. Bisher hätten sich diese ja noch nicht um Unterstützung hierher gewandt, sollte dies geschehen, so sei er, Freiherr von Aehrenthal, der Ansicht, daß es am zweckmäßigsten sein würde, wenn wir und die K. und K. Regierung es vermieden, uns an einer eventuellen Kollektivnote zu beteiligen und es den Schutzmächten überließen, zuerst in Konstantinopel die entsprechenden Schritte zu tun, die wir dann seines Erachtens freundschaftlich unterstützen sollten. Wir müßten selbstverständlich sorgfältig darauf bedacht sein zu zeigen, daß wir unsere Mitarbeit an der Aufrechterhaltung des Friedens in keinem Augenblick versagen.

Freiherr von Aehrenthal möchte auch jetzt noch, wie er mir bereits am 23. Juli erklärte, nicht aus der Reserve der in zweiter Linie interessierten Mächte heraustreten; er sieht voraus, daß die Kretamächte in Konstantinopel sehr undankbare Aufgabe zu lösen haben werden, und wünscht Odium, das seines Erachtens unausbleiblich, durch Zurückhaltung zu vermeiden.

---

* Manzoni.
** Vgl. Nr. 9649, Fußnote †.
*** Siehe Kap. CCVIII, Nr. 9643.
† G. Manos.

Freiherr von Aehrenthal legt größten Wert darauf, in vollem Einvernehmen mit uns vorzugehen, und hofft, sich in seiner Beurteilung der Lage mit Euerer Exzellenz Ansicht zu begegnen.

Erbitte hochgeneigte Weisung.

Rantzau

Nr. 9653

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 9. August 1909

Osman Nisami übergab heute im Auftrage seiner Regierung Abschrift der letzten Note, welche in der Kretafrage an die griechische Regierung gerichtet worden ist*. Zur Erläuterung der Note, zum Beweis der friedlichen Absichten der Türkei und zum Beweise dafür, daß es noch keineswegs bis zum Äußersten gekommen sei, las mir der Botschafter die ihm in der Sache zugegangene Instruktion vor. Es hieß in derselben unter anderem:

„Il ne s'agit pas d'un ultimatum, mais d'une franche demande d'explication. Nos griefs se rapportent en grande partie à l'attitude du gouvernement hellénique dans nos provinces rouméliotes et autres. Veuillez déclarer à nouveau que nous ne cherchons nullement un prétexte quelconque pour attaquer la Grèce. Nous sommes complètement pacifiques et la loyauté de nos intentions trouve sa confirmation dans la franchise de notre attitude."**

Ich habe diese Gelegenheit benutzt, um Osman Nisami von neuem ernstlichst auseinanderzusetzen, welchen Wert die Kaiserliche Regierung auf die Erhaltung des Friedens lege. Ausgehend von der aus Athen hierher gelangten Nachricht, es sei das Gerücht verbreitet, wir deckten der Türkei den Rücken und hetzten sie zum Kriege auf, habe ich ihn an die zum Frieden mahnenden Äußerungen von Exzellenz von Schoen erinnert und erneut auf das dringendste geraten, die türkische Regierung sollte einen kriegerischen Konflikt vermeiden.

Osman Nisami bestätigte, daß Exzellenz von Schoen wiederholt in gleichem Sinne mit ihm gesprochen, und versicherte, daß er stets — auch von sich aus — in Konstantinopel zum Frieden geraten habe. Er sagte aufs neue: Sultan und Regierung in Konstantinopel wollten keinen Krieg.

* Vgl. Nr. 9649 f.

** Die griechische Regierung beantwortete diese auf den 5. August datierte türkische Note am 9. August. In ihrer Antwort vertrat sie den Standpunkt, daß Griechenland nur den Schutzmächten, in deren Händen sich Kreta befinde, die Lösung der Frage überlassen könne. Im übrigen sprach die griechische Regierung den türkischen Beschwerden wegen der griechischen Agitationen, die sich nicht bloß auf Kreta, sondern auch in Mazedonien geltend machten, alles Gewicht ab; die griechische Haltung sei immer loyal und freimütig gewesen.

Man müsse aber berücksichtigen, daß das Kabinett nicht sehr stark, und daß die Volksstimmung gegen Griechenland nicht leicht zu beruhigen sei. Der Regierung müsse irgendein Mittel in die Hand gegeben werden, um die Beruhigung des Volkes herbeizuführen. Das beste Mittel dazu sei die Abgabe der Erklärung, die jetzt von Griechenland gefordert sei.

Weiter kam heute der italienische Geschäftsträger*, um im Auftrage seiner Regierung auf die neuesten Ereignisse in Griechenland hinzuweisen. Nach der letzten türkischen Note, meinte er, handele es sich nicht mehr um Kreta sondern um Griechenland, und er frage im Namen von Herrn Tittoni an, ob die Kaiserliche Regierung bereit sei, sich etwaigen Demarchen der vier Schutzmächte in Konstantinopel anzuschließen. — Ich habe unseren Standpunkt dargelegt und betont, daß wir an der Erhaltung des Friedens ebenso interessiert seien wie die Schutzmächte. Wir hätten daher schon seit geraumer Zeit in Konstantinopel wie in Athen zum Frieden gemahnt und dies aus Anlaß der letzten Ereignisse von neuem getan. An den weiteren speziellen Demarchen der Schutzmächte könnten wir, unserer bisherigen Haltung getreu, uns dagegen nicht beteiligen.

Stemrich

Nr. 9654

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1249 Berlin, den 9. August 1909

Wie bereits in dem Erlaß Nr. 1190 vom 26. v. Mts.** ausgeführt worden ist, teilt die Kaiserliche Regierung in der Kretafrage völlig den Euer Hochgeboren vom 23. v. Mts. von Baron Aehrenthal entwickelten Standpunkt. Diesem Standpunkt entsprechend habe ich mich auch gegenüber der jüngsten griechischen Bitte um Intervention darauf beschränkt, der griechischen und der türkischen Regierung mitteilen zu lassen, daß wir ebenso wie bisher so auch jetzt sowohl in Athen als auch in Konstantinopel vor kriegerischen Konflikten aufs dringendste warnen. Den beiden genannten Regierungen und auch den Schutzmächten ist im übrigen kein Zweifel darüber gelassen worden, daß wir zwar unsere Mitarbeit an der Aufrechterhaltung des Friedens nicht versagen, die Kretafrage als solche indes nach wie vor als eine in erster Linie die Schutzmächte interessierende Angelegenheit betrachten. In diesem Sinne ist insbesondere der hiesige italienische Geschäftsträger beschieden worden, als er heute im Auftrage des Herrn Tittoni anfragte, ob wir zur Teilnahme an etwaigen Demarchen der vier Schutzmächte in Konstantinopel bereit sein würden***. Es ist

---

* L. Orsini Baroni.
** Siehe Kap. CCVIII, Nr. 9645.
*** Vgl. Nr. 9653.

ihm darauf unser Standpunkt dargelegt und ausdrücklich betont worden, daß wir an der Erhaltung des Friedens ebenso interessiert seien wie die Schutzmächte. Wir hätten daher schon seit geraumer Zeit in Konstantinopel wie in Athen zum Frieden gemahnt und dies aus Anlaß der letzten Ereignisse von neuem getan. An den weiteren speziellen Demarchen der Schutzmächte könnten wir, unserer bisherigen Haltung getreu, uns dagegen nicht beteiligen.

Aus Euer Hochgeboren Berichterstattung und den Mitteilungen des Herrn von Szögyény habe ich mit aufrichtiger Genugtuung ersehen, daß Baron Aehrenthal die gleiche Haltung wie wir auch in der neusten Phase der Kretafrage beobachtet. Euer Hochgeboren ersuche ich ergebenst, den Herrn Minister entsprechend zu verständigen und dabei zu wiederholen, daß auch ich auf vollstes Einvernehmen mit ihm in dieser Angelegenheit nach wie vor den größten Wert lege.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9655

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Athen, den 11. August 1909

Minister des Äußern* besuchte mich heute abend, teilte mir mit, daß nach Nachrichten, die ihm von den verschiedensten Seiten zugingen, das schnelle und energische Handeln Deutschlands** von großer Bedeutung für die bisherige Entwicklung der Dinge gewesen sei. Er bäte mich, Kaiserlicher Regierung seinen wärmsten und aufrichtigsten Dank zu übermitteln.

Riepenhausen

Nr. 9656

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 170 Wien, den 11. August 1909

Erlaß Nr. 1249 gestern erhalten***. Inhalt soeben Freiherrn von Aehrenthal mitgeteilt. Der Minister war sichtlich erfreut und dankbar für Euerer Exzellenz Anerkennung seiner bisherigen Haltung in der Kretafrage; er hält Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der Türkei und

* Zographos.
** Vgl. Nr. 9649.
*** Siehe Nr. 9654.

Griechenlands noch keineswegs für behoben und ist der Ansicht, daß zunächst Wirkung der griechischen Antwort auf die Türkei abgewartet werden müsse.

„Sollte die Situation", sagte Freiherr von Aehrenthal etwa wörtlich, „wieder eine Verschärfung erfahren, so gilt es für Österreich-Ungarn — und wie ich mit besonderer Genugtuung ersehe, teilt der Herr Reichskanzler auch diese Auffassung für Deutschland — zwei Fragen streng auseinander zu halten: Die Kretafrage und die Frage der Aufrechterhaltung des Friedens.

Was den zweiten Punkt betrifft, so dürfen wir selbstverständlich unsere Mitarbeit nicht versagen; wir müssen aber meines Erachtens auf der Hut sein, uns dabei auch nicht im entferntesten in die Kretafrage als solche hineinziehen zu lassen[1]. Das Bestreben, uns hier zu engagieren, besteht zweifellos bei den vier Schutzmächten, die mit ihrem Latein zu Ende sind und uns gern als Helfershelfer bei der Lösung der undankbaren Aufgabe neben sich sehen würden. Ich lege den größten Wert darauf, mit Deutschland in festem, vertrauensvollen Einvernehmen wie bisher vorzugehen, und möchte in Zukunft möglichst gleichzeitig die erforderlichen Schritte unternehmen.

Wie nervös gespannt man von allen Seiten die Haltung Deutschlands und Österreich-Ungarns beobachtet, beweisen ja schon die überflüssigen Kommentare, die daran geknüpft wurden, daß der Kaiserliche Vertreter in Konstantinopel um einen Tag früher die Demarche im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens gemacht hat als der österreichisch-ungarische Botschafter. Ich persönlich verstehe selbstverständlich die schwerwiegenden Gründe, die die Kaiserliche Regierung zu diesem Auftrag veranlaßt haben. Es bestand tatsächlich die Gefahr einer Intervention bei der Kretafrage, der man unter allen Umständen zuvorkommen mußte. Angesichts der gegenwärtigen Lage möchte ich jetzt folgendes vorschlagen: Falls eine prekäre Situation eintritt, die den Frieden gefährdet, gehen Deutschland und Österreich-Ungarn entweder sofort proprio motu mit freundschaftlichen Vorstellungen in Konstantinopel — und zwar völlig unabhängig von der Aktion der Schutzmächte — gemeinsam vor, oder aber sie warten den Schritt der Schutzmächte in Konstantinopel ab und unterstützen diesen nachträglich freundschaftlich; eine Kollektivdemarche möchte ich ebenso wie eine identische Note im Interesse der Schonung der Türkei unbedingt vermeiden[1], da ich überzeugt bin, daß auch eine identische Note, an der wir uns beteiligen, in Konstantinopel kränkend empfunden und auf uns ein Odium laden würde, das wir vermeiden können, ohne darum unsere wirksame Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Friedens zu versagen.

Was die Kretafrage als solche anlangt, so besteht meiner Ansicht nach kein Zweifel darüber, daß gegenwärtig einmal wieder ein Wettlauf der Mächte um die Gunst der Türkei in Konstantinopel vor sich geht[2]. Man fürchtet das Wachsen des österreichischen und, seitdem General-

oberst Freiherr von der Goltz dort weilt*, vor allem die Stärkung des deutschen Einflusses. Man wünscht darum, uns in die Kretafrage hineinzuziehen, um uns auch zu kompromittieren. Die Kretamächte werden, wie es scheint, gezwungen sein, manches rückgängig zu machen, was inzwischen geschehen ist; und für diese undankbare Aufgabe möchten sie uns an ihrer Seite haben; ich bin unbedingt dagegen, ihnen diesen Gefallen zu erweisen[3]. Nachdem die Schutzmächte Kreta in Depot genommen haben, bin ich der Ansicht, daß wir abwarten sollen, bis sie sich mit Griechenland, der Türkei und Kreta auseinandergesetzt haben, und sobald eine annehmbare Lösung des Problems gefunden ist, diese selbstverständlich unter dem Ausdruck unserer Genugtuung über die Erhaltung des Friedens gutheißen[2]."

Euere Exzellenz bitte ich um hochgeneigte Weisung behufs Verständigung des Ministers im Interesse des weiteren gemeinsamen, tunlichst gleichzeitigen Vorgehens in der Angelegenheit, das ihm sehr am Herzen liegt.

Rantzau

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Einverstanden!

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig
[2] ja
[3] richtig ich auch

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 9657

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 215 St. Petersburg, den 12. August 1909

Beim heutigen Empfang sagte mir Herr Sasonow, ihm erscheine die Kretafrage nunmehr nicht mehr als dangereuse, wenn sie auch noch chroniquement désagréable bleiben dürfte.

Ein Hauptverdienst für diese relative Besserung, wodurch die Aufgabe der Schutzmächte wesentlich erleichtert sei, komme Deutschland zu, dank unserer in Konstantinopel und Athen erteilten Ratschläge. Namentlich sei dadurch auf den Kriegseifer gewisser türkischer Elemente dämpfend eingewirkt worden.

Die Gefahren, welche in der Unbotmäßigkeit der christlichen Kretenser liegen, schien Sasonow in seiner heutigen zuversichtlichen Stimmung nicht

---

* Vgl. Kap. CCXII, Anhang A.

besonders hoch anzuschlagen, und was das amtliche Griechenland angehe, so sei dieses ja stets sehr korrekt und verständig gewesen.

Herr Sasonow schien im übrigen besonders darüber Genugtuung zu empfinden, daß wieder einmal Zeit gewonnen sei.

Der weitere modus procedendi, äußerte er, sei zwischen den Schutzmächten noch nicht fest verabredet[1]; doch sehe er in den Meldungen des „Petit Parisien" einen Vorläufer dafür, daß Frankreich alsbald mit einem detaillierten Plan hervortreten werde.

Mirbach

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] !! Happy go lucky!
Drifting!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Unglaubliche Blamage!
Wäre das nicht Schwarz auf Weiß, würde man so was für unmöglich halten!

Nr. 9658

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1276 Berlin, den 13. August 1909

Auf Telegramm Nr. 170 vom 11. d. Mts.*

Wie Euer Hochgeboren aus dem Erlaß Nr. 1249** ersehen haben, unterscheide ich ebenso wie Baron Aehrenthal scharf zwischen der Frage der Aufrechterhaltung des Friedens und der Kretafrage. Lediglich zwecks Aufrechterhaltung des Friedens haben wir uns bisher zu Demarchen in Athen und Konstantinopel entschlossen. Wir sind dabei ganz unabhängig von Anregungen und Wünschen der Kretamächte vorgegangen und haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausdrücklich betont, daß wir die Erledigung der Kretafrage nach wie vor als Aufgabe der Schutzmächte betrachten und nicht im entferntesten daran denken, uns in diese Frage hineinziehen zu lassen. Der gleiche Standpunkt ist neuerdings auch in einer Reihe offiziöser Preßauslassungen klar zum Ausdrucke gebracht worden, sodaß über unsere Auffassung füglich weder in Athen und Konstantinopel noch bei den Regierungen der Schutzmächte ein Zweifel bestehen kann. Daß unser schleuniges Vorgehen aus Anlaß der letzten Ereignisse nicht nur zweckmäßig, sondern geradezu notwendig gewesen ist und Gefahr im Verzuge vorgelegen hat, beweist die Euer Hochgeboren mitgeteilte Demarche des hiesigen italienischen Geschäftsträgers vom 9. d. Mts.***

---

* Siehe Nr. 9656.
** Siehe Nr. 9654.
*** Vgl. Nr. 9653.

Ich beabsichtige daher, an der bisherigen Praxis festzuhalten, und freue mich, aus Ihrer Berichterstattung zu ersehen, daß Baron Aehrenthal die gleiche Absicht hegt.

Persönlich neige ich zu der Annahme, daß der kritische Moment in der Kretafrage überwunden ist. Das entschlossene gleichmäßige Eintreten Deutschlands und Österreich-Ungarns für den Frieden hat offenbar auch die Kretamächte zu energischen Vorstellungen in Konstantinopel und Athen veranlaßt. Der Erfolg scheint günstig zu sein, da den hier vorliegenden Nachrichten zufolge sich namentlich auch in Konstantinopel nunmehr eine ruhigere Beurteilung der Lage bemerkbar macht. Mit einer akuten Kriegsgefahr dürften wir daher in nächster Zukunft kaum zu rechnen haben. Sollte die Situation sich dennoch wider Erwarten ungünstig für den Frieden gestalten und uns daher zu neuen Vorstellungen in Athen und Konstantinopel Veranlassung geben, so würde es durchaus meinen Wünschen entsprechen, die erforderlich werdenden Schritte tunlichst gleichzeitig mit Wien zu unternehmen. Ich würde in einem solchen Falle daher nicht unterlassen, an Baron Aehrenthal unverzüglich mit entsprechenden Anregungen heranzutreten.

Was die Frage anlangt, ob Deutschland und Österreich-Ungarn derartige Vorstellungen proprio motu und völlig unabhängig von einer etwaigen Aktion der Schutzmächte erheben oder ob sie zunächst die Schritte der Schutzmächte abwarten und nachträglich freundschaftlich unterstützen sollten, so glaube ich der ersteren Alternative den Vorzug geben zu müssen. Ich gehe hierbei von der Erwägung aus, daß wir auf diese Weise einer nach den bisherigen Erfahrungen wohl zweifellos zu erwartenden Anregung der Schutzmächte zur Beteiligung an einer Kollektivdemarche oder an identischen Noten zuvorkommen würden, was ich sowohl mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu Italien wie namentlich auch deshalb für erwünscht halten möchte, weil ich mich keineswegs den Bedenken verschließe, die Baron Aehrenthal nicht nur gegen eine Kollektivdemarche, sondern auch gegen identische Noten hegt.

Euer Hochgeboren stelle ich ergebenst anheim, vorstehende Ausführungen Baron Aehrenthal gegenüber mündlich zu verwerten.

Zu Ihrer persönlichen und ganz vertraulichen Orientierung bemerke ich noch, daß ich mich angesichts der Ausführungen Baron Aehrenthals, die immer wieder auf seinen uns längst bekannten und völlig von mir geteilten Standpunkt in der Kretafrage hinauslaufen, des Eindrucks nicht erwehren kann, als ob der Minister den Ton für unsere Politik angeben und sich auf solche Weise die Leitung im Dreibunde zulegen möchte. Es bedarf keines ausdrücklichen Hinweises, daß die Herausbildung eines derartigen Verhältnisses zwischen Wien und Berlin weder unserer Machtstellung noch meinen persönlichen Wünschen entsprechen würde. Wir werden diesbezüglichen Neigungen Baron Aehrenthals gegenüber daher auf der Hut sein müssen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9659

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 117 Athen, den 13. August 1909

Türkischer Gesandter hat nachfolgenden Auftrag seiner Regierung heute mittag der griechischen Regierung mündlich übermittelt:

„Nous constatons avec regret que le Président du conseil veut démontrer la correction de la politique suivie par la Grèce à l'égard de l'empire*. Son Excellence s'efforce d'en voir preuve dans des aveux attribuées au Gouvernement Impérial. Nos démarches réitérées auprès du Gouvernement Royal tant par l'entremise de notre ministre à Athènes que par celle de la légation royale à Constantinople pour protester contre les agissements des agents helléniques, la présence constatée en Roumélie d'officiers grecs déguisés et l'envoi d'une grande quantité d'armes sont des preuves à l'appui de nos justes plaintes. La question crétoise ne regarde en effet que la Sublime Porte et les puissances protectrices. La Grèce n'a rien à y voir. Comme l'attitude antérieure du Gouvernement Hellénique n'a pas été à l'abri de reproches nous avons voulu simplement l'amener à nous faire une déclaration nette et franche dans les termes consignés dans ma précédente communication en vue de faire disparaître toute cause de malentendu entre les deux pays. La réponse de Monsieur le Président du conseil ne nous a pas satisfait sur ce point. Nous avons pleine confiance en son esprit de conciliation et désirons avoir une réponse répondant à notre première communication."

Minister des Äußern suchte mich auf, bat mich, Wortlaut der Erklärung Kaiserlicher Regierung telegraphisch zugehen zu lassen. Versicherte, daß dies voller Text türkischer Demarche sei. Bat ferner um Mitteilung des Folgenden: „La bienveillante intervention de l'Empire Allemand à la suite de la sommation qui avait été faite à la Grèce par la Turquie et l'intérêt que le Gouvernement Impérial a bien voulu témoigner par cette démarche dans l'intérêt du maintien de la paix nous fait un devoir de faire connaître immédiatement au représentant de l'Empire Allemand le nouvel ultimatum que nous délivre la Turquie qui n'a tenu aucun compte des remontrances amicales précédentes des grandes puissances. Devant la volonté arrêtée de la Turquie de provoquer coûte que coûte un conflit armé nous espérons de nouveau dans l'intérêt de la justice et de la paix que le Gouvernement Impérial voudra bien intervenir."

Minister schien sehr besorgt zu sein. Ich beschränkte mich auf Entgegennahme des Obigen. Habe ebenso wie vorher keine Bedenken ge-

---

* Vgl. Nr. 9653, Fußnote **.

tragen, Übermittelung zu übernehmen, da hier unter Umständen leichter Genauigkeit der Mitteilungen nachzuprüfen.

Österreichischem Geschäftsträger hat Minister des Äußern Text der Demarche ebenfalls mit gleicher Bitte um Einwirkung übermittelt.

Riepenhausen

Nr. 9660

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 Athen, den 13. August 1909

Im Anschluß an Telegramm Nr. 117*.

Glaube verpflichtet, einige mir von Minister des Äußern bei späterem zufälligen Zusammentreffen vertraulich gemachte Äußerungen wie folgt resümieren:

Fester Entschluß der Türkei, Krieg zu führen.

Krieg nicht mehr durch freundschaftliche Ratschläge, nur noch durch schnellste Intervention aller sechs Mächte oder Schritte wie Flottendemonstration zu verhindern.

Tatsache, daß verbündete Kaisermächte sich nicht an gemeinsamem Schritt beteiligen wollen, verhindere energisches Vorgehen vier Mächte. Italienischer Gesandter wisse über Erfolg diesbezüglichen von Rom unternommenen Versuches nichts zu berichten.

Versuch Mächte, Verantwortung auf uns und Österreich abzuwälzen.

Gewisse Vertreter dieser Mächte erklärten ungeschminkt vertraulich, Mächte wollten nicht Stellung beider Kaisermächte durch einseitiges Vorgehen Konstantinopel heben.

Herbe Anschuldigungen gegen Kretamächte, die sich durch die Türkei düpieren ließen und Griechenland dadurch vernichteten.

Behauptung, daß Krieg weitere Wirren auf Balkan nach sich ziehen werde.

Unmöglichkeit griechischer Regierung, türkische Forderungen zu befriedigen.

Anderweit erfahre vertraulich, daß England Italien hier engste Fühlung haben. Bei Beratung erfolgter griechischer Antwort hatte italienischer Gesandter Auftrag, Instruktion englischen Gesandten zu befolgen.

Riepenhausen

* Siehe Nr. 9659.

Nr. 9661

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 123 Rom, den 13. August 1909

Als ich mich heute vor Beginn meines Urlaubs bei dem momentan die Konsulta leitenden Unterstaatssekretär Pompilj verabschiedete, sprach sich derselbe einigermaßen hoffnungsvoll für die Erhaltung des Friedens wegen der kretischen Frage aus. In den letzten Tagen wäre die Lage etwas bedroht gewesen, die Türken schienen sich aber zu beruhigen, und die Nachrichten von gestern abend und heute früh lauteten zufriedenstellend. Namentlich die deutsche Demarche in Konstantinopel hätte einen guten Einfluß ausgeübt. Die größte Gefahr wäre immer noch von Kreta selbst zu befürchten, wo man für die Entfernung der Fahnen* wieder um einen Aufschub von vier bis fünf Tagen gebeten hätte, um vorher beschwichtigend auf die Bevölkerung zu wirken. Die Schutzmächte träfen ihre Maßnahmen, um einem etwaigen coup de tête der Kretenser vorzubeugen und die Ruhe auf der Insel aufrechtzuerhalten.

Jagow

Nr. 9662

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 35 Berlin, den 14. August 1909

Auf Telegramm Nr. 117** zur Regelung Euer Hochwohlgeboren Sprache:

Rifaat Pascha hat Kaiserlichem Geschäftsträger auf letzte Demarche wiederholt versichert, daß Türkei keineswegs kriegerische Absichten gegen Griechenland hegt und es nicht zum Krieg kommen lassen wird. Großwesir hat gleiche Versicherung mit den Worten bekräftigt: „Wir wollen den Krieg nicht, wir haben nicht den Verstand verloren." Neuere

---

* Am 27. Juli, unmittelbar nach dem Abzug der Besatzungen der Schutzmächte, war in Kreta auf der Festung Kanea die griechische Fahne gehißt worden, die am folgenden Tage durch eine ein weißes Kreuz ohne Krone auf blauem Grunde zeigende Fahne ersetzt wurde. Die von der Türkei geforderte Niederholung dieser Flagge fand Schwierigkeiten; am 14. August benachrichtigte die kretische Regierung die Generalkonsuln der Schutzmächte, daß ihr Zureden vergeblich gewesen sei, und daß sie sich nicht in der Lage befinde, die Flagge zu entfernen. Am gleichen Tage besetzten bewaffnete Landleute die Festung Kanea, um die Flagge zu schützen. Die Schutzmächte landeten nun am 18. August Matrosen, die den Flaggenmast beseitigten und ein Detachement zurückließen.

** Siehe Nr. 9659.

Nachrichten aus Konstantinopel besagen, daß auch türkische öffentliche Meinung sich allmählich beruhigt. Hiernach für uns um so weniger Anlaß zu neuer Demarche in Konstantinopel, als türkische Antwort weitere direkte Verständigungsverhandlungen zwischen Konstantinopel und Athen keineswegs abschneidet.

Bethmann Hollweg

Nr. 9663

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 Therapia, den 15. August 1909

Wenngleich nach Absendung der zweiten türkischen Note nach Athen das Damoklesschwert der Gesandtenabberufung weiter über Griechenland schwebt, hat doch die Kriegsgefahr keineswegs zugenommen. Lage wird offenbar französischerseits als besonders gefährlich hingestellt, um Eintritt Deutschlands in Kretakonzert zu veranlassen. Russischer Botschafter* ist weniger pessimistisch und meint, der Türkei liege nur daran, Griechenland nicht so ganz leichten Kaufs mit einer ausweichenden Note freizulassen.

Der gegen Griechenland schärfer als Rifaat Pascha auftretende Minister Gabriel** suchte mich auf, um den Charakter unserer Friedensdemarche festzustellen, über welche er sich auf Grund der Äußerungen Rifaat Paschas einerseits und der „Temps"-Nachricht andererseits anscheinend nicht klar war. Ich habe die gewünschte Auskunft gegeben und direkt gefragt, ob der Krieg noch als möglich angesehen würde. Gabriel Effendi erwiderte: Selon mes idées il n'y aura pas de guerre. Vom gestrigen Schritte der Schutzmächte, durch welchen neue Regelung der Flaggenfrage zugesagt und der Türkei Mäßigung angeraten wurde, wird weitere Beruhigung erwartet. Es verlautet, türkische Flotte habe daraufhin Befehl erhalten, eine nördliche Richtung einzuschlagen, nachdem sie sich Kreta bis auf 40 Seemeilen genähert habe.

Miquel

Nr. 9664

Promemoria

Unsignierte Reinschrift

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szöyény-Marich am 16. August übergeben

Der italienische Botschafter in Konstantinopel hat gesprächsweise seinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber nochmals das Thema

* Seit 29. Juli 1909 Tscharykow.
** Minister für Handel und öffentliche Arbeiten.

der Beteiligung Deutschlands und Österreich-Ungarns an der Aktion der Kretamächte zur Sprache gebracht. Als seine rein persönliche Ansicht erklärte er, daß nach seiner vollen Überzeugung zur Vermeidung eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland die Intervention aller sechs Mächte notwendig sein würde.

Markgraf Pallavicini hat dem Marquis Imperali erwidert, daß nach seiner Überzeugung, falls die Türkei wirklich entschlossen sein sollte, Griechenland anzugreifen, selbst die Intervention der sechs Mächte nur in dem Falle einen Erfolg versprechen würde, wenn den Türken kein Zweifel darüber gelassen würde, daß Europa gewillt sei, eventuell auch Waffengewalt gegen den Friedensstörer anzuwenden. Letzteres, wenn es tatsächlich dazu kommen müßte, wäre unter den heutigen Verhältnissen in der Türkei ein äußerst gefährliches Unternehmen. Denn solche Pression Europas würde zweifellos in der Türkei Umwälzungen zeitigen, die für den allgemeinen Frieden viel gefährlicher sein würden als ein türkisch-griechischer Krieg. Der italienische Botschafter stellte dies nicht in Abrede, doch blieb er dabei, wie nützlich es wäre, wenn Österreich und Deutschland sich den vier Schutzmächten anschließen würden.

Diese Auslassungen des Marquis Imperiali bieten einen neuen Beweis dafür, in welch großer Klemme sich die vier Schutzmächte befinden. Wie Markgraf Pallavicini hört, hat die englische Mittelmeerflotte bereits den Befehl erhalten, die türkische Flotte, wenn sie sich in kretensische Gewässer begeben sollte, aufzuhalten. Sollte dies der Fall sein, so wäre dies für die Stellung Englands in Konstantinopel und für die Tätigkeit des neuen russischen Botschafters ein harter Schlag. Daher ist es leicht begreiflich, daß man seitens der vier Mächte darauf drängt, auch uns in die Sache hineinzuziehen.

Nr. 9665

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1577 Berlin, den 17. August 1909

Zu Ew. pp. gefälligen Information.

Der hiesige italienische Geschäftsträger hat im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß Herrn Tittoni folgender Vorschlag von der englischen Regierung gemacht worden sei:

„Le Gouvernement Anglais propose qu'on conseille d'urgence au Gouvernement Ottoman à ne pas soulever un casus belli à cause de la Macédoine, laquelle est une question d'intérêt européen, sans exposer à l'avance aux six puissances quelles sont ses intentions là-dessus et sans

indiquer quelle est la satisfaction qu'elle demande. Cela rendrait possible une solution par voie diplomatique."

Herr Tittoni wünsche, vor Stellungnahme zu diesem Vorschlag zunächst über unsere Auffassung unterrichtet zu werden.

Dem Geschäftsträger ist darauf mündlich folgende Antwort erteilt worden:

„Die Kaiserliche Regierung hat anläßlich ihrer am 9. d. Mts. in Konstantinopel im Interesse des Friedens ausgeführten Demarche* sowohl von dem Großwesir wie von dem türkischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die feste Versicherung erhalten, daß die Pforte nicht an einen Krieg mit Griechenland denke und es nicht zum Kriege kommen lassen werde. Diese Versicherung ist am 15. d. Mts. dem Kaiserlichen Geschäftsträger in Konstantinopel seitens des dortigen Ministers der öffentlichen Arbeiten Gabriel Effendi wiederholt worden. Gleichartige Erklärungen hat der hiesige türkische Botschafter der Kaiserlichen Regierung im Auftrage der Pforte nach Ablassung der zweiten türkischen Note an die griechische Regierung abgegeben. Durch erneute Vorstellungen in Konstantinopel im Interesse des Friedens könnte die Kaiserliche Regierung daher nur den Eindruck hervorrufen, als ob sie den wiederholten Friedensversicherungen der Pforte keinen Glauben beimesse, was keineswegs den Tatsachen entspräche. Unter diesen Umständen würde die Kaiserliche Regierung nicht in der Lage sein, sich an den von der englischen Regierung angeregten Vorstellungen in Konstantinopel zu beteiligen."

Stemrich

Nr. 9666

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 Wien, den 17. August 1909

Von ganz zuverlässiger Seite höre ich, ohne persönliche Gewähr für Richtigkeit der Nachricht übernehmen zu können, daß die Kabinette von Paris und London in vertraulichen Gedankenaustausch getreten sind, um eine Form zu finden, in der Deutschland und Österreich-Ungarn zum Beitritt an Kretamächte bewogen werden könnten[1]. Anregung soll von Frankreich ausgegangen sein und England sich bereit erklärt haben, unter Hinweis auf mazedonische Gefahr[2] Deutschland und Österreich-

* Vgl. Nr. 9653.

Ungarn aufzufordern, im Interesse des Friedens endgültige Lösung des mazedonischen Problems mit Kretamächten gemeinsam in die Hand zu nehmen[3].

Auf hiesigem Auswärtigen Ministerium hat man bisher von oben gemeldeten französisch-englischen Verhandlungen keine Kenntnis, hält derartigen Schachzug aber nicht für unwahrscheinlich und vermutet, daß England hinter der Aktion steht[4].

Rantzau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Quod non! Bauernfang! !!

[2] welche?! Die Finanzkommission ist ja aufgehoben! !?

[3] unerhört! Das ist eine Finte! Im vorigen Jahr ist gerade die Umwälzung in der Türkei gemacht worden, mit der ausdrücklichen Absicht, das Hineinmanschen andrer Mächte als der Türkei, in Mazedonien, ein für alle Mal zu hindern; und das ist von uns allen damals so anerkannt, und von Deutschland als eine wahre Erlösung begrüßt worden! damit endlich diese entsetzliche Seeschlange aufhören sollte! Jetzt bei den ganz unstabilen türkischen Verhältnissen Mazedonien anschneiden wollen, ist purer Wahnsinn und muß das amour propre der Türkei geradezu herausfordernd verletzen! Das ist von Edw[ard] VII. an Gallien suggerirt worden um uns mit der Türkei ganz auseinander zu bringen! Ich verweigere jegliches Eingehen auf solches Zeug! Mazedonien gehört der Türkei, und diese hat ein Parlament, was Gesetze macht. Das kann, wenn nöthig, Mazedonien per Legislative, oder auch per Subjektion zur Vernunft bringen. Das geht uns andere gar nichts mehr an!! Die Griechen werden sich schon hüten ihre Finger hinzustecken. Was aber die Kretamächte veranlassen kann sich plötzlich mit Mazedonien zu befassen, wo sie doch noch nicht mit Kreta fertig sind, und sich unsterblich dort blamirt haben, das ist mir völlig unerfindlich. Sie sollten doch an der Blamage eigentlich genug haben! Ich lasse mich absolut auf Nichts ein! Alle solche Anträge, verschleiert oder unverschleiert, indirekt oder direkt sind mit Wien gemeinsam abzulehnen!

Wilhelm I. R.

[4] ja natürlich!

Nr. 9667

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 London, den 18. August 1909

Sir E. Grey ließ mich zu sich bitten und führte in längerer Konversation aus: Der türkische Botschafter*, der ihn gestern besucht, habe ihm gesagt, die Beschwerden über Griechenlands agitatorisches Vorgehen in Mazedonien seien viel wichtiger als die kretensische Frage. Er (Sir E. Grey) habe ihm geraten, die Pforte solle vor übereilten Schritten sich an die sechs Großmächte wenden und könne versichert sein, daß diese jede

---

* Tewfik Pascha.

irgend vernünftige Zusage für Griechenlands künftiges Wohlverhalten in Athen extrahieren würden. Ein Aufflammen der griechischen Bandentätigkeit in Mazedonien dürfe nicht geduldet werden. Er lege Wert darauf, mich sofort von vorstehendem zu verständigen, damit die Harmonie unter den Mächten, die ein gleiches Interesse an der Erhaltung des Friedens auf dem Balkan hätten, möglichst gewahrt bleibe und die Schnelligkeit der eventuell nötigen gemeinsamen Aktion gewährleistet sei. Sprache türkischen Botschafters habe zwar nicht auf unmittelbare Kriegsgefahr schließen lassen, doch sei Lage bei gereizter Volksstimmung immerhin gefährlich.

Niederholung der Flagge auf Kreta ohne Zwischenfall durch Marinedetachement vollzogen*. Dieses bleibe vorläufig am Lande, Truppenlandungen nur im Fall Unruhen vorgesehen.

Meinem persönlichen Eindrucke nach wünschte Sir E. Grey über unsere Stellung zu einer Vermittlungsaktion des gesamten europäischen Konzerts zu sondieren.

Kühlmann

Nr. 9668

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 139 Berlin, den 19. August 1909

Auf Telegramm Nr. 141**.

Wir hegen wie Sir Edward Grey dringend den Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens und sind demgemäß nachdrücklich in Konstantinopel vorstellig geworden.

Neue freundschaftliche Vorstellungen dortselbst sind für uns nach der Euer Hochwohlgeboren mitgeteilten Antwort der Pforte zurzeit nicht angängig.

Auf die von Sir Edward Grey angeregte gemeinsame Aktion der Mächte in Konstantinopel dürfte sich die im Erlaß Nr. 1577*** wiedergegebene Mitteilung Tittonis beziehen. Wir übersehen vorläufig nicht, welchen Inhalt Sir Edward Grey derartiger Demarche geben möchte. Sollte die Türkei entgegen den uns beharrlich erteilten Friedensversicherungen wirklich zum Krieg mit Griechenland entschlossen sein, was wir nicht glauben, so würde unseres Erachtens Intervention aller sechs Mächte nur dann Erfolg versprechen, wenn sie der Pforte keinen Zweifel darüber ließe, daß die Mächte eventuell mit Waffengewalt für Frieden einzutreten

* Vgl. Nr. 9661, Fußnote *.
** Siehe Nr. 9667.
*** Siehe Nr. 9665.

gewillt sind. Solche Pression würde uns aber sehr bedenklich erscheinen, da sie in Türkei Umwälzungen zeitigen könnte, die für allgemeinen Frieden Europas viel gefährlicher sein würden als ein türkisch-griechischer Krieg.

Bitte vorstehende Bedenken Sir Edward Grey gegenüber freundschaftlich zu verwerten.

Bethmann Hollweg

Nr. 9669

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 19. August 1909

Herr von Szögyény teilt mit, daß Graf Aehrenthal seitens der italienischen Regierung ebenfalls die englische Anregung zu gemeinsamen Vorstellungen sämtlicher Vertragsmächte in Konstantinopel wegen der mazedonischen Frage zugegangen sei. Graf Aehrenthal habe die Anregung mit folgenden Argumenten abgelehnt:

Die Mächte hätten die Zustimmung zur Aufhebung der mazedonischen Finanzkommission erteilt*. Die Abberufung der Zivilagenten Österreich-Ungarns und wohl auch Rußlands aus Mazedonien stehe unmittelbar bevor. Durch diese Maßnahmen entsprächen die Mächte dem dringenden türkischen Wunsche, die Regelung der mazedonischen Angelegenheiten lediglich der Pforte zu überlassen und sich in diese Frage nicht weiter einzumischen. Österreich-Ungarn habe ein besonderes Interesse daran, an diesem Standpunkte festzuhalten. Nachdem die Differenzen mit der Türkei wegen der bosnischen Frage glücklich beigelegt worden, sei Österreich-Ungarn fest entschlossen, mit der Türkei die alten freundnachbarlichen Beziehungen wiederaufzunehmen und die türkische Empfindlichkeit wegen Mazedoniens nicht zu reizen. Es könne daher an der angeregten gemeinsamen Demarche der Mächte in Konstantinopel nicht teilnehmen.

Herrn von Szögyény wird darauf mitgeteilt, daß und aus welchen Gründen auch wir ein Eingehen auf die fragliche Anregung abgelehnt hätten. Die Botschaft in Wien sei davon mit dem Auftrage verständigt worden, Graf Aehrenthal entsprechende Mitteilungen zu machen. Die Kaiserliche Regierung danke für die vorliegenden Nachrichten und könne den von Graf Aehrenthal vertretenen Gesichtspunkten nur zustimmen.

Zimmermann

---

* Die Aufhebung der 1905 eingesetzten internationalen Finanzkommission (vgl. Bd. XXII, Kap. CLXII) war von der Türkei im Mai 1909 beantragt worden. Deutscherseits wurde kein Bedenken geäußert. Mitte August sprachen die Mächte in einer Note ihre Zustimmung zur Aufhebung aus.

Nr. 9670

Der Geschäftsträger in Athen von Riepenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Athen, den 21. August 1909

Unter Bezug auf Bericht 61*.

Italienischer Gesandter teilte mir gesprächsweise mit, vier Mächte beabsichtigten, gemeinsam griechischer Regierung zu raten, im Falle neuer türkischer Demarche Türkei in Mazedonien betreffenden Beschwerden an sechs Mächte zu verweisen.

Gedanke gehe von England aus.

Er deutete streng vertraulich an, daß er persönlich Gedanken nicht glücklich halte, da Verletzung Berliner Vertrags nicht vorliege und Signatarmächte als solche somit kaum passiv legitimiert wären. Die durch Kretafrage geschaffene Solidarität mache seiner Regierung Fernbleiben solcher Demarche kaum möglich.

Nach seinen Informationen habe übrigens England Konstantinopel stark Terrain verloren.

Riepenhausen

Nr. 9671

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 299 St. Petersburg, den 21. August 1909

Herr Sasonow sprach sich bei dem Besuche, den ich ihm nach meiner Rückkehr vom Urlaub machte, einigermaßen besorgt über die kretische Angelegenheit und die türkisch-griechischen Differenzen aus. Zwar gab er zu, daß sich die Lage in den letzten Tagen gebessert habe, doch sei zu befürchten, daß die Kretafrage eine chronische Gefahr für die Ruhe auf dem Balkan bleiben werde. Auf meine Bemerkung, daß nach den mir zugegangenen Informationen die maßgebenden türkischen Kreise eine durchaus maßvolle Haltung einnähmen und den Gedanken, als wollten sie es zum Kriege treiben, weit von sich wiesen, erwiderte der Ministergehilfe, diese Informationen stimmten durchaus mit den Meldungen des Herrn Tscharykow überein. In der Tat sei die Haltung der türkischen Regierung eine besonnene und verständige. Werde aber die Regierung den

* Siehe Nr. 9647.

jungtürkischen Komitees gegenüber genügende Kraft und Energie besitzen? In diesen Tagen werde die griechische Antwort auf die zweite türkische Note in Konstantinopel übergeben*. Der Inhalt dieser Antwort sei eben hier bekannt geworden und erscheine sehr entgegenkommend. Es sei dringend zu hoffen, daß sich die Türkei mit dieser Antwort zufrieden erkläre. Aber die vorige griechische Note habe auch zuerst in Konstantinopel einen günstigen Eindruck gemacht, bis die jungtürkischen Komitees sie als ungenügend bezeichnet hätten.

Herr Sasonow sprach sich im allgemeinen freundlich für die Türkei aus und erkannte an, daß sich die türkische Regierung in einer schwierigen Lage befinde. Es sei zu wünschen, daß ihr in der kretischen Frage eine gewisse Satisfaktion gewährt würde. Aber das Einziehen der griechischen Flagge auf Kreta und der Verzicht der Mächte auf die Kontrolle der mazedonischen Reformen bedeute immerhin wesentliche Zugeständnisse an den türkischen Standpunkt, welche türkischerseits anerkannt werden sollten.

Der Ministergehilfe kam sodann darauf zu sprechen, daß „von einer Macht“[1] angeregt worden sei, das Berliner und Wiener Kabinett möchten aufgefordert werden, mit den Schutzmächten erneute Vorstellungen im Sinne des Friedens in Konstantinopel zu erheben. Herr Sasonow bemerkte, er habe sich von vornherein dieser Anregung gegenüber ablehnend verhalten, weil er vorausgesehen habe, daß wir und Österreich-Ungarn unter Hinweis auf die von uns der Pforte bereits erteilten Ratschläge auf die Aufforderung nicht eingehen würden[2]. Er habe sich daher darauf beschränkt zu erklären, daß, falls wir etwa auf erneute Bitten Griechenlands uns bereitfinden lassen sollten, gemeinsam mit den Schutzmächten in Konstantinopel für die Aufrechterhaltung des Friedens zu wirken, Rußland sich solchen Schritten gern anschließen werde.

Aus den Äußerungen von Mitgliedern der Vertretungen der Schutzmächte ist deutlich zu ersehen, wie sehr die Kabinette dieser Mächte es wünschen würden, uns und Österreich-Ungarn an der ferneren Aktion beteiligt zu sehen[3].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] London

[2] richtig

[3] geschieht nicht.

---

* Es war bereits am 18. August geschehen. Über ihren Inhalt siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 624 f.

Nr. 9672

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 277 Therapia, den 25. August 1909

Die Gefahr eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland, welche eine Zeitlang wohl bestanden haben mag, jedenfalls aber von den Kreta-Schutzmächten reichlich übertrieben wurde, um Deutschland und Österreich-Ungarn zu engagieren, ist nun völlig beseitigt. Diese Wendung ist sicherlich nicht das Verdienst der zweiten griechischen Antwort. In dem Bestreben, der konstitutionellen Türkei zu schmeicheln, hatte Herr Rhallis darin den Unterschied zwischen heute und den früheren anarchischen Zuständen in Mazedonien, unter denen alle Nationalitäten und Religionen gelitten hätten, erwähnt. Dieses plumpe Kompliment wäre besser unterblieben und hat hier nur verletzt. Wenn man auf der Hohen Pforte gleichwohl auf die Fortsetzung der unfreundlichen Verhandlungen mit Athen verzichtet, so geschieht dies nur mit einem Gefühl des Ingrimms und unter dem Druck der Schutzmächte. Griechenland hat den letzteren wirklich viel zu verdanken. Ihre geheime Kollektivnote muß an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen haben; denn Rifaat Pascha sagte dazu, derartiges habe er nicht erwartet[1]. Von diesem Augenblick ab war die Situation völlig verändert. Die Türkei konnte nicht einmal zum Schein mehr mit dem Kriegsgedanken oder der Abberufung des Gesandten spielen. Einen Tag zuvor erklärte der Herr Minister, daß Mahmud Schewket die allerhöchste Einladung nach Würzburg* mit Rücksicht auf die gespannte Stimmung kaum werde annehmen können, und fragte, ob nicht an seiner Stelle ein anderer türkischer General genehm sein würde. Nach dem Schritt der Schutzmächte traf die offizielle Annahme der Einladung durch Schewket Pascha sofort ein. Die Türkei hat von neuem begreifen müssen, daß die europäischen Mächte zwar mit äußerlichen Freundlichkeiten schnell bei der Hand sind, aber sofort andere Saiten aufziehen, wenn es sich um einen ernsten Konflikt zwischen ihr und einer christlichen Macht handelt. Die Erkenntnis, daß diese Grundstimmung auch nach den Verfassungskämpfen fortbesteht, wird den Jungtürken wohl heilsam sein und ihren Chauvinismus dämpfen; sie wird ferner all den übertriebenen Ansprüchen ein Ende bereiten, welche in der türkischen Presse ihr Echo fanden[2].

Der Solidarität der christlichen Staaten gegenüber ist die Türkei ohnmächtig, und sie kann dabei keinerlei Vergeltung üben, da sie sich nicht gleichzeitig mit vier Großmächten, namentlich nicht mit England

---

* Der türkische Generalinspekteur Mahmud Schewket Pascha war von Kaiser Wilhelm II. zu den Kaisermanövern eingeladen worden.

und Rußland, schlecht stellen darf. Sie macht also gute Miene zum bösen Spiel. Marquis Imperiali sucht es ihr nach Möglichkeit zu erleichtern und redet mit wahren Engelszungen auf die Minister ein. Nachdem die Note über die Aufhebung der mazedonischen Finanzkommission auf der Hohen Pforte überreicht worden war, nachdem ferner der österreichisch-ungarische Botschafter und schließlich auch Herr Tscharykow die Zustimmung zur Abberufung der Zivilagenten gegeben hatten, zeigte sich der Großwesir Hilmi Pascha dem Marquis Imperiali gegenüber wegen der Kollektivnote recht verstimmt. Letzterer gab daraufhin einen Überblick über die Ereignisse der letzten Zeit, machte viel Wesens aus dem Erfolge in der Flaggenfrage und rief schließlich aus: „Ich begreife gar nicht, Hoheit, warum Sie durchaus Ihre ganzen Erfolge vor der Öffentlichkeit als Niederlagen hinstellen wollen!"

Rifaat Pascha, der von allen türkischen Ministern am meisten in Fühlung mit der europäischen Denkweise steht, hat eingesehen, daß er den Bogen nicht überspannen darf. Er gibt jedoch das Terrain noch nicht ganz verloren, arbeitet vielmehr auf die Errichtung eines Kassationshofes in Kreta hin, damit keine Revisionen mehr in Athen eingelegt werden können, und verlangt die Abschaffung der Briefmarken mit dem Porträt des Königs der Hellenen[3]. Die Schutzmächte wünschen jedoch nicht zu schnell vorzugehen, angeblich weil die Bevölkerung in Kreta sich in ihrer Erregung leicht zu bedenklichen Handlungen hinreißen lassen könnte. Rifaat Pascha läßt dies Argument, wie er mir sagte, nicht gelten und will sich an den Weltpostverein in Bern wenden, um die mißliebigen Briefmarken ungültig erklären zu lassen. Der Gedanke, daß dabei auch Deutschland und Österreich-Ungarn indirekt auf Kreta einwirken würden[4], schien ihm besonders sympathisch zu sein. Zum ersten Male machte der Minister mir gegenüber eine Äußerung in dem Sinne, es wäre der Türkei angenehm, wenn wir uns mit der Kretafrage beschäftigten[4]. Offenbar meinte er, wir würden uns dann in erster Linie auf die türkische Seite stellen. Dieses Zeichen von Vertrauen ist für uns umso schmeichelhafter, als eben erst die Schutzmächte alles aufgeboten haben, um dasselbe Ziel zu erreichen, weil sie glaubten, wir würden mit ihnen zusammen nun der Türkei ein quos ego zurufen. Ich nehme an, daß der Appell an den Weltpostverein, wenn er überhaupt zustande kommen sollte, nicht von Erfolg begleitet sein wird.

Wie sehr übrigens bei dem leidenschaftlichen Kampfe zwischen Türken und Griechen auf beiden Seiten übertrieben wird, ergibt sich unter anderem daraus, daß nach türkischer Darstellung der Ministerpräsident Rhallis das Vorhandensein von zweihundert griechischen Offizieren in Mazedonien zugestanden haben soll, während der hiesige griechische Gesandte mir versicherte, es seien nicht mehr wie drei oder vier. In Wirklichkeit sind es einunddreißig, wie ich aus einer Note aus Athen entnehme, welche Rifaat Pascha mir vorlas. Nur einer von diesen Offizieren ist von den türkischen Behörden gefaßt worden und bleibt im Gefängnis von Monastir.

Betrachtet man den bisherigen Verlauf der Kretaangelegenheit als ein Ganzes, so ist festzustellen, daß ein energisches Vorgehen der Türkei in dem Moment an dem Widerspruch der Großmächte scheitert, wo ein christlicher Staat ernstlich bedroht wird, daß aber andererseits die Hohe Pforte mit ganz anderem Nachdruck auftreten und weit bedeutendere Erfolge als unter dem alten Regime erzielen konnte. Auf ihrem langsamen Rückwege nach Asien ist die Türkei nach dem Vorbilde der Echternacher Prozession stets zwei Schritte vor und einen zurückgegangen[5]. Man sieht jetzt, daß sie durch die Einführung der neuen Verfassung einen recht bedeutenden Schritt nach Europa gemacht hat. Herr Gryparis sagte mir mit Resignation, seine Regierung habe dies eingesehen und müsse sich damit abfinden.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] War die höchste Zeit! und ist den frechen Jungtürken gesund!
[2] hoffentlich
[3] das wird alles zur Revolution in Athen beitragen
[4] Nein!
[5] vorzüglicher Vergleich!

Nr. 9673

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 294 Therapia, den 4. September 1909
Vertraulich

Auf vertraulichem Wege sind mir die beiden Noten zugänglich gemacht worden, welche die Botschafter der vier Schutzmächte und die Pforte im Laufe des vergangenen Monats bezüglich der kretischen und der mazedonischen Frage ausgetauscht haben. Abschrift dieser Noten beehre ich mich im Anschlusse vorzulegen*.

---

* Es handelt sich um die Note der vier Schutzmächte an die Türkei vom 18. August und die türkische Antwortnote vom 26. August. In ersterer war zunächst das Bedauern der Schutzmächte ausgedrückt, „que la Sublime Porte ait perdu de vue que dans la question crétoise elle n'a pas le droit de s'adresser directement à la Grèce"; dann machten die Vertreter der Schutzmächte darauf aufmerksam „que la question de la Macédoine est d'intérêt européen", und insistierten „que le Gouvernement Ottoman n'en fasse sortir aucun ‚casus belli' sans avoir préalablement informé les Puissances signataires du Traité de Berlin de ses griefs et des satisfactions qu'il réclame, de manière à donner la possibilité d'aboutir à un règlement par la voie diplomatique." Über die türkische Antwortnote vom 26. August, welche vor allem den türkischen Standpunkt in der mazedonischen Frage wahrte, vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 601.

Die Note der Botschafter der vier Schutzmächte vom 18. August d. Js. behandelt im ersten Absatze die kretische, im zweiten die mazedonische Frage. Wenn in ersterer Beziehung darin ausgeführt wird, daß die Pforte wegen Kreta nicht mit Griechenland zu verhandeln habe, so ist dies insofern richtig, als die Insel seinerzeit mit Zustimmung der Pforte den vier Schutzmächten in Depot gegeben worden ist, über ihr definitives Schicksal daher nur im Einvernehmen mit den letzteren bestimmt werden kann. Dagegen scheint das Verlangen, daß die Pforte in dieser Frage überhaupt nicht mehr mit Griechenland in Verbindung trete, einigermaßen übertrieben.

Eine förmliche Entgleisung stellt meines Erachtens der zweite Absatz der Note dar, der von Mazedonien handelt. Da wird ein Grundsatz aufgestellt, der jeder staatsrechtlichen Basis entbehrt und mit Recht die Türken ernstlich verstimmt hat. Die Pforte wird daran erinnert, daß die „question de la Macédoine" ein „intérêt européen" besitze und daraus türkischerseits kein Kriegsfall gemacht werden dürfe, ohne vorher die Intervention der Signatarmächte des Berliner Vertrages angerufen zu haben. Auf welche Stipulation sich diese Mahnung stützt, ist nicht erfindlich. Der Berliner Vertrag kennt überhaupt keine „question de la Macédoine". Nur ganz indirekt fällt Mazedonien insofern unter die Bestimmungen des Vertrages, als diese Provinz zu den europäischen Besitzungen der Türkei gehört, für welche im Artikel XXIII Reformen zugesagt sind. Erst vor kurzem haben die Mächte die Reformaktion in Mazedonien eingestellt und damit anerkannt, daß durch Einführung der Verfassung jene Zusage erfüllt sei. Nun soll auf einmal das türkische Souveränitätsrecht in Mazedonien die wesentliche Einschränkung erleiden, daß eine türkische Kriegserklärung wegen jener Provinz an Bedingungen geknüpft wird. Daraus ergäbe sich der merkwürdige Zustand, daß die kleinen Nachbarstaaten, die nicht Signatarmächte des Berliner Vertrages sind, der Pforte ohne weiteres wegen der mazedonischen Frage zu Eroberungszwecken den Krieg erklären können, die Türkei aber, wenn sie zur Erhaltung ihres rechtmäßigen Besitzes gegen nachbarliche Umtriebe zum Schwerte greifen will, sich erst der umständlichen und meist aussichtslosen Prozedur einer Intervention der sechs Großmächte unterziehen müßte. Der Türkei bezüglich der Wahrung ihres rechtmäßigen Besitzes eine derartig unwürdige Stellung zuzumuten, ist so erstaunlich, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, daß hier ein „lapsus calami" vorliegt und die Schutzmächte etwas bezüglich Mazedoniens gesagt haben, was sie wegen Kreta sagen wollten. Bezüglich der kretischen Frage hatte die Beschränkung wegen der Kriegserklärung, vorausgesetzt, daß sie auch Griechenland auferlegt würde, einen Sinn, bezüglich Mazedoniens ist dies nicht der Fall.

In ganz würdiger Weise hat die Pforte bezüglich Mazedoniens ihre Stellung in der Antwortnote vom 26. August gewahrt, indem sie unter Hinweis auf ihre Souveränität ihr Recht betont, in Athen auf die griechischen

Treibereien in jener Provinz hinzuweisen und die Regierung zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen anzuhalten.

Ich enthalte mich nach außen hin selbstverständlich jeder Äußerung über den fraglichen Notenwechsel, der auf Wunsch der Botschafter der Schutzmächte streng geheim gehalten wird. Diese Geheimhaltung scheint mir der klügste Teil der ganzen Aktion zu sein.

Marschall

Nr. 9674

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 213 Berlin, den 11. November 1909

Graf Aehrenthal befürwortet anläßlich letzter türkischer Kretanote* Mitteilung an Schutzmächte, daß Deutschland und Österreich-Ungarn Lösung der Kretafrage zwar als deren Sache betrachten, aber mit Rücksicht auf Friedensinteresse und kritische Lage in Griechenland türkischen Wunsch nach definitivem legalen Regime auf Kreta beipflichten. Schutzmächte mögen uns daher ihre Intentionen mitteilen. Eventuell empfiehlt er Mitteilung an Pforte, daß Deutschland und Österreich-Ungarn Lösung der Kretafrage zwar als Aufgabe der Schutzmächte betrachten, gegebenenfalls aber für Wahrung der türkischen Souveränität eintreten würden.

Schutzmächte scheinen temporisieren zu wollen.

Graf Aehrenthal möchte offenbar Türkei Freundschaftsdienst erweisen und Schachzug gegen Racconigi ausführen. Seine Anregung dürfte bedenklich sein. Erster Vorschlag würde Aufgabe unseres Desinteressements gleichkommen. Eventualvorschlag dürfte Schutzmächte verstimmen, unserem Hineinziehen in Kretafrage Vorschub leisten und der Pforte kaum dienen, da Schutzmächte türkische Souveränität nicht antasten wollen.

Erbitte Drahtäußerung. v. Schoen

* Am 9. November war in Berlin durch den türkischen Geschäftsträger Fahreddin eine Zirkularnote präsentiert worden, laut deren die Schutzmächte gebeten wurden, angesichts der Stimmung in der Türkei und des bevorstehenden Zusammentritts der türkischen Kammer eine definitive Lösung der Kretafrage in die Wege zu leiten. Auf die Bitte Fahreddins um deutsche „coopération" erwiderte Staatssekretär Freiherr von Schoen, „daß wir von unserer neutralen Haltung in der Kretafrage nicht abzuweichen gedenken; die Kretafrage interessiere uns nur vom allgemeinen Standpunkt der Erhaltung des Friedens aus; wir würden jede friedliche und beide Teile, Türkei und Griechenland, beruhigende Lösung gern begrüßen". Aufzeichnung Freiherrn von Schoens vom 9. November 1909. Die Aehrenthalsche Anregung, zu der die türkische Note die Veranlassung bot, war durch den österreich-ungarischen Geschäftsträger dem Vortragenden Rat Zimmermann am 11. November mündlich übermittelt worden.

Nr. 9675

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 357 Pera, den 12. November 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 213*.

Nach meinen Informationen, die ich aus Unterredungen mit meinen Kollegen schöpfe, erachten es die Kretamächte im gegenwärtigen Augenblick für durchaus inopportun, die Kretafrage im Sinne der türkischen Anregung aufs Tapet zu bringen. Man fürchtet, daß bei den mehr oder minder anarchischen Zuständen, die in Athen herrschen**, eine Diskussion über die Autonomie der Insel die Griechen aufs . . . *** erregen würde und zu einer Katastrophe führen könnte. Bei der Unvernunft der Griechen wird man diese Befürchtung nicht als grundlos bezeichnen können.

Der Vorschlag des Grafen von Aehrenthal ist für uns ganz unannehmbar. Er entspringt zweifellos weniger sachlichen als persönlichen Motiven. Die Reise des russischen Kaisers nach Racconigi†, die dabei eingehaltene Reiseroute wurden auf dem Ballplatz peinlich empfunden, weil man darin einen gelungenen Schachzug Iswolskys gegen Graf Aehrenthal erblickt. Lediglich auf dieser Grundlage sollen wir jetzt mit Österreich-Ungarn angeblich im türkischen Interesse gegen die Kretamächte Gruppe bilden. Wollten wir uns darauf einlassen, so würde alsbald jedermann erkennen, daß es sich um einen von Wien ausgehenden Gegenstoß gegen Racconigi handelt, bei dem wir die Rolle des Sekundanten spielen. Das würde die Kretamächte und ganz besonders Italien mit vollem Grund aufs tiefste mißstimmen, zudem müßte direkte von Graf Aehrenthal vorgeschlagene Aktion den Eindruck hervorrufen, den wir nach den Ereignissen des letzten Frühjahrs mehr wie je vermeiden müssen, daß nämlich der Schwerpunkt und die Führung des . . . *** nicht mehr in Berlin sondern in Wien liegen.

Die Zeit kann kommen, da wir im Interesse des Friedens und der Integrität des türkischen Reiches unsere bisherige Zurückhaltung in der Kretafrage aufgeben müssen. Das könnte aber nur geschehen, wenn von

---

* Siehe Nr. 9674.

** Nachdem das Kabinett Rhallis infolge der Stellungnahme des Offizierkorps gegen das Ministerium zurückgetreten war, war es unter dem Kabinett Mavromichalis zu stürmischen Bewegungen innerhalb Heer und Marine mit antimonarchischem Charakter gekommen, die zur Entfernung der königlichen Prinzen führten.

*** Zifferngruppe fehlt.

† Vgl. darüber Kap. CCXIV.

den Kretamächten mindestens Italien auf unserer Seite steht und mit unserem eventuellen Vorgehen übereinstimmt. Eine auf Deutschland und Österreich-Ungarn beschränkte Sonderaktion ist unmöglich.

Marschall

Nr. 9676

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 13. November 1909

Freiherr von Marschall teilt völlig den Standpunkt, daß der Vorschlag des Grafen Aehrenthal für uns unannehmbar ist*. Es dürfte sich etwa folgende mündliche Antwort nach Wien empfehlen:

Die Kaiserliche Regierung hat die Anregungen des Grafen Aehrenthal in der Kretafrage in eingehende Erwägung genommen. Sie pflichtet dem Herrn Minister völlig dahin bei, daß ein Heranziehen der Türkei an die verbündeten Kaisermächte erwünscht ist, und kann von diesem Gesichtspunkt aus die Anregungen Seiner Exzellenz im Prinzip nur begrüßen. Die Bedenken, die Graf Aehrenthal selbst gegen die in erster Linie in Frage kommende Fühlungnahme mit den Schutzmächten geltend gemacht hat, erscheinen ihr indes so erheblich, daß sie von diesem Schritt abraten zu sollen glaubt. Die verbündeten Kaisermächte würden durch die Maßnahme aus ihrem bisherigen Desinteressement in der Kretafrage heraustreten und dem Wunsche der Schutzmächte, sie in die weiteren Verhandlungen hineinzuziehen, Vorschub leisten. Daß dieser Wunsch, insbesondere von Frankreich und Italien, lebhaft gehegt wird, und daß namentlich Herr Tittoni die Kabinette in Wien und Berlin um ihre günstige Position in der Kretafrage beneidet, geht aus zahlreichen Vorstellungen der Vertreter der genannten beiden Mächte überzeugend hervor. Mit dem fraglichen Wunsche dürften aber die Schutzmächte, falls die Kaisermächte aus Anlaß der letzten türkischen Note sich an sie wenden wollten, um so nachdrücklicher hervortreten, als sie durch diese Note nach vorliegenden Meldungen des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel in eine peinliche Lage gegenüber der Pforte versetzt worden sind. Freiherr von Marschall hat nämlich aus Unterredungen mit seinen Kollegen den Eindruck gewonnen, daß die Kretamächte den gegenwärtigen Augenblick für durchaus inopportun erachten, um die Kretafrage im Sinne der türkischen Anregung aufs Tapet zu bringen. Die Richtigkeit dieser Annahme findet ihre Bestätigung in

* Vgl. Nr. 9675.

einer Mitteilung des hiesigen französischen Botschafters, wonach das Pariser Kabinett der Pforte bereits eröffnet hat, daß sie den Zeitpunkt für eine Abwickelung der Kretafrage für wenig günstig halte. Man fürchtet, daß bei den mehr oder minder anarchischen Zuständen in Athen eine Diskussion über die Autonomie der Insel die Griechen aufs äußerste erregen würde und zu einer Katastrophe führen könnte.

Diese Bedenken dürften nicht von der Hand zu weisen sein. Daher würden die verbündeten Kaisermächte kaum in der Lage sein, in der Angelegenheit einen der Pforte günstigeren Standpunkt zu vertreten.

Die in zweiter Linie in Betracht gezogene Mitteilung an die türkische Regierung dürfte ihrem realen Inhalt nach auf die Türkei um deswillen kaum einen besonderen Eindruck zu machen geeignet sein, weil, wie Graf Aehrenthal selbst hervorhebt, auch die Kretamächte ihre Bereitwilligkeit bekundet haben, für Wahrung der türkischen Souveränität auf der Insel einzutreten. Um eine weitergehende Bedeutung zu erhalten, müßte auch sie zum mindesten zunächst von der Türkei als Aufgabe unseres bisherigen Desinteressements gedeutet werden können. Dagegen aber würden dieselben Bedenken sprechen, welche schon bezüglich des ersten Vorschlags erörtert worden sind*.

Unter diesen Umständen glaubt die Kaiserliche Regierung dem Herrn Minister zur Erwägung stellen zu sollen, ob es sich nicht empfehlen möchte, daß die verbündeten Kaisermächte an ihrer bisher beobachteten Politik gänzlichen Desinteressements in der Kretafrage festhalten. In diesem Sinne hatte die Kaiserliche Regierung bereits vor Eingang der Anregung des Grafen Aehrenthal dem türkischen Geschäftsträger gegenüber ihre Stellungnahme zur Note folgendermaßen präzisiert:

„Die Kaiserliche Regierung nimmt die türkische Note nur à titre d'information entgegen. Was die Bitte des Geschäftsträgers um ‚coopération' anlangt, so weist die Kaiserliche Regierung darauf hin, daß sie von ihrer neutralen Haltung in der Kretafrage nicht abzuweichen gedenkt. Die Kretafrage interessiert die Kaiserliche Regierung nur vom allgemeinen Standpunkt der Erhaltung des Friedens aus. Sie wird daher jede friedliche und beide Teile (Türkei und Griechenland) beruhigende Lösung gern begrüßen."

Die Kaiserliche Regierung dankt im übrigen dem Grafen Aehrenthal verbindlichst für seine Anregung zu dem Meinungsaustausch und betont von neuem, wie sehr auch ihr ein ferneres vertrauensvolles Zusammengehen mit der K. und K. Regierung in politischen Fragen am Herzen liegt.

Sollte Graf Aehrenthal im weiteren Verlauf der Kretafrage Anlaß zu einer erneuten Anregung für gemeinschaftliche Stellungnahme finden, so würden wir seine Vorschläge mit dem gleichen vertrauensvollen Ent-

---

* Dieser Absatz gelangt in der endgültigen Redaktion durch den Reichskanzler von Bethmann Hollweg zum Abdruck; vgl. S. 112, Fußnote *.

gegenkommen in Erwägung ziehen, wie wir dessen in Wien für den Fall gewiß sind, daß wir mit Vorschlägen hervortreten sollten.

Darf Herr von Szögyény in diesem Sinne mündlich verständigt und eine entsprechende Instruktion an den Kaiserlichen Botschafter in Wien gerichtet werden?* v. Schoen

Nr. 9677

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 23. November 1909

Aus vertraulichen Mitteilungen des italienischen Botschafters** und aus Andeutungen des russischen Geschäftsträgers*** entnehme ich, daß im Kreise der Kretamächte erwogen worden ist, uns und Österreich-Ungarn zur Mitwirkung bei Beantwortung der jüngsten türkischen Kretanote einzuladen. Die Anregung ging von Herrn Iswolsky aus, der an die Zusicherung des Grafen Goluchowski erinnerte, daß das österreichisch-ungarische Desinteressement nur für die Zeit der internationalen Verwaltung Kretas gedacht sei. Die russische Anregung ist bei den anderen Mächten auf das Bedenken gestoßen, daß Österreich-Ungarn und Deutschland offenbar eine solche Mitwirkung nicht wünschten.

Nach Herrn Pansas persönlicher Ansicht kann hiernach an eine eigentliche Kooperation der beiden Kaisermächte nicht mehr gedacht werden, doch könnte vielleicht an einen gewissen Anschluß derselben an die Kretamächte in der Weise gedacht werden, daß die beiden Kaisermächte für sich der Türkei die gleiche Antwort auf deren Note geben wie die Kretamächte.

Ich habe Herrn Pansa gesagt, wir und unseres Wissens auch Österreich-Ungarn hätten die Türkei das, was wir ihr zu sagen hätten, schon wissen lassen. v. Schoen

Nr. 9678

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 366

Ganz geheim

Pera, den 25. November 1909

In der heutigen geheimen Sitzung der Komiteepartei der Kammer hat der Großwesir erklärt, daß zwingende politische Gründe die Gewährung

* Reichskanzler von Bethmann Hollweg stimmte nach einer Abänderung in dem Zimmermannschen Entwurf der Absendung der Instruktion nach Wien zu, die im übrigen in wörtlicher Anlehnung an die Aufzeichnung durch Erlaß nach Wien Nr. 1666 vom 15. November erfolgte. Die Instruktion wurde gleichzeitig nach Konstantinopel, Bukarest, London, Paris, Rom und Petersburg mitgeteilt.

** Pansa.

*** Schebeko.

der Schiffahrtskonzession auf Tigris und Euphrat, wie sie von englischer Seite verlangt werde*, erheischten. Er könne dies vor der gesamten Partei nicht näher erläutern, sei aber bereit, wenn morgen ihm fünf Delegierte gesandt würden, diesen die Sachlage vertraulich darzulegen. Nach meinen Informationen besteht kein Zweifel, daß das Londoner Kabinett hier gedroht hat, die Verweigerung der Konzession in der Kretafrage zu entgelten. Das läßt keine andere Auslegung zu, als daß England dann für die Annexion eintreten werde.

Damit ist eine neue Tatsache geschaffen. Wenn England seine Machtstellung unter den Kretamächten im egoistischen Interesse und zur Förderung von Bestrebungen, die am letzten Ende auf eine Zersetzung des türkischen Reiches hinauslaufen, zu Pressionen auf die Türkei benutzt, so scheint mir der Moment gekommen, um die Frage zu prüfen, ob wir unsere Absichten in der Kretafrage nicht gegen Mißdeutung sicherstellen müssen. Wir haben uns seinerzeit aus Kreta zurückgezogen, als nach dem türkisch-griechischen Kriege die Verhältnisse auf der Insel neu geordnet werden sollten. An dieser Neuordnung hatten wir kein spezielles Interesse, während wir durch Teilnahme an den Beratungen Gefahr liefen, mit anderen Mächten in unerwünschte Gegensätze zu geraten. An diesem Standpunkt sollten wir meines Erachtens auch jetzt streng festhalten. Dagegen haben wir niemals die Absicht gehabt, den Kretamächten gleichsam Blankovollmacht zu geben, die Insel eventuell aus dem türkischen Staatsverband vollkommen loszulösen. Am allerwenigsten haben wir daran gedacht, durch unsere Absichten der englischen Politik eine Waffe in die Hand zu geben, um die Türkei auch in solchen Fragen zu terrorisieren, an denen wir, wie dies in Mesopotamien der Fall ist, ein nicht unerhebliches Interesse besitzen.

Man könnte sich die Sache so denken, daß wir den Kretamächten vertraulich erklären, wir hielten nach wie vor an unserem Desinteressement in der Kretafrage fest und ließen den vier Mächten bezüglich der definitiven Ordnung der inneren Angelegenheiten der Insel wie bisher freie Hand. Wir seien dabei allerdings der Ansicht, daß eine etwaige Trennung der Insel von dem türkischen Staatsverband nur mit Zustimmung aller Signatarmächte des Berliner Vertrages geschehen könne.

Das würde etwas wesentlich anderes sein als der Vorschlag des Grafen von Aehrenthal**. Dieser wollte in eine zwischen der Pforte und den Kretamächten schwebende Diskussion eingreifen und uns direkt wieder in die Details der Kretafrage hineinführen, während nach meinen Gedanken der Grundsatz unseres Desinteressements von neuem bestätigt und nur die

---

* Im Herbst 1909 waren Verhandlungen über eine Fusion zwischen der türkischen Hamidie-Gesellschaft und derjenigen des englischen Unternehmers Mr. Lynch, die beide den Tigris befuhren, im Gange. Englischerseits wurde erstrebt, daß die fusionierte Gesellschaft ein Schiffahrtsmonopol sowohl für Tigris als auch Euphrat erhalten sollte. Näheres darüber in Kap. CCXVI.

** Vgl. Nr. 9674, 9676.

Grenzen desselben gezogen werden, und zwar in einer Weise, die angesichts der Kriegsgefahr, welche die Kretafrage neuerdings geschaffen hat, nirgends besondere Überraschung bereiten könnte. In Italien würde eine derartige Demarche namentlich dann nicht verstimmen können, wenn vorher ein vertraulicher Gedankenaustausch unsererseits mit Rom stattfinden und dadurch den Italienern klar würde, daß es sich um eine Anregung von Berlin und nicht von Wien handelt. Daß wir mit dem Wiener Kabinett uns verständigen müssen, ist selbstverständlich.

Natürlich wäre es nötig, der Pforte vertraulich Mitteilung zu machen. Ob die Schiffahrtskonzession noch rückgängig gemacht werden kann, ist zweifelhaft; wir würden aber jedenfalls verhindern, daß England die Kretaschraube weiterhin anwendet, um die türkischen Interessen und indirekt auch die unsrigen zu schädigen.

Marschall

Schlußbemerkung Freiherrn von Schoens:

Die Sache hat das eine Bedenken, daß wir eine neue Reibungsfläche zwischen uns und England schaffen würden. Ferner kommen wir den Griechen gegenüber in eine schiefe Lage, denen wir seinerzeit gesagt haben, daß wir uns einer Annexion Kretas nicht widersetzen würden.

v. Sch.

Nr. 9679

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 25. November 1909

Freiherr von Marschall hat völlig recht, daß unsere Desinteressementserklärungen in der Kretafrage nicht so weit gehen, den Kretamächten das Recht einzuräumen, die Insel eventuell aus dem türkischen Staatsverbande loszulösen. Wir haben dem Sultan seinerzeit ausdrücklich versichert, daß für die Integrität seines Reiches Deutschland eintreten werde. Daß dieser Standpunkt auch den Kretamächten vertraut ist, steht außer Zweifel. Graf Aehrenthal hat neuerdings Gelegenheit genommen, die gleiche Auffassung der Türkei gegenüber nochmals ausdrücklich zu betonen. Daß diese vorbehaltlose Erklärung seitens der Pforte an die Kretamächte weitergegeben worden ist, kann wohl ohne weiteres angenommen werden. Unter diesen Umständen dürfte die von Herrn von Marschall vorgeschlagene Demarche bei den Kretamächten überflüssig sein. Sie erscheint aber andererseits höchst bedenklich, weil sie unsere Beziehungen zu England ungünstig beeinflussen könnte, namentlich aber neuen Versuchen der Schutzmächte Vorschub leisten würde, uns in die Kretafrage hineinzuziehen.

Um den Türken jedoch in der Lynch-Affaire* den Rücken gegen die angeblichen Drohungen Englands zu stärken, dürfte es sich empfehlen, Herrn von Marschall zu der in Absatz 3 seines Telegramms vorgeschlagenen Erklärung an die Pforte zu ermächtigen. Da wir in dieser Erklärung unser Desinteressement ausdrücklich betonen, wird sie von den Türken nicht dazu benutzt werden können, um uns in die Kretaverhandlungen hineinzuziehen. Den Griechen gegenüber erscheint die Erklärung andererseits unbedenklich, da sie die Vereinigung Kretas mit Griechenland nicht ausschließt.

Graf Aehrenthal dürfte dahin zu verständigen sein, daß wir seinem Vorgang entsprechend es für angezeigt erachtet hätten, noch nachträglich der Pforte durch Herrn von Marschall den gleichen Standpunkt mitzuteilen, den er dem türkischen Botschafter gegenüber vertreten habe.

Darf hiernach verfahren werden?

Ein Telegrammentwurf an Freiherrn von Marschall ist gehorsamst beigefügt**.

v. Schoen

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden. v. B. H. 25.

Nr. 9680

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 224 Berlin, den 26. November 1909

Auf Telegramm Nr. 366***.

Euerer Exzellenz Interpretation unserer Desinteressementserklärung in Kretafrage pflichte ich bei. Sie entspricht dem Standpunkt, den Sie nach Telegramm Nr. 135 vom 1. April 1898† Abdul Hamid gegenüber vertreten haben. Graf Aehrenthal hat sich kürzlich zum türkischen Botschafter in gleichem Sinn geäußert. Bezüglicher Erlaß Nr. 1709†† ist unterwegs. Die Erklärung Graf Aehrenthals ist Schutzmächten wohl zweifellos bekannt geworden. Entsprechende Mitteilung an Schutzmächte unsererseits dürfte sich daher erübrigen, zumal sie neuen Versuchen

---

* Vgl. Nr. 9678, S. 113, Fußnote *.
** Siehe das folgende Schriftstück.
*** Siehe Nr. 9678.
† Im Telegramm Nr. 135 vom 1. April 1898 hatte Freiherr von Marschall über eine Audienz bei Sultan Abdul Hamid berichtet, in der er sich entschieden im Sinne des deutschen Desinteressements an den kretischen Spezialfragen ausgelassen hatte.
†† Durch Erlaß Nr. 1709 vom 26. November war Freiherrn von Marschall eine österreich-ungarische Aufzeichnung über Graf Aehrenthals Auslassungen zu dem türkischen Botschafter Reschid Pascha mitgeteilt worden.

derselben Vorschub leisten könnte, uns in Kretafrage hineinzuziehen. Dagegen bin ich einverstanden, daß Euere Exzellenz den Türken, falls Sie es zur Stärkung deren Rückgrats gegenüber England für angezeigt erachten, die in Absatz drei Ihres Telegramms vorgeschlagene Interpretation unseres Desinteressements mündlich und vertraulich geben.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9681

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 371 Pera, den 26. November 1909

Antwort auf Telegramm 224*.

Die erhaltene Ermächtigung erfüllt vollkommen den Zweck, den ich bei meiner Anregung im Auge hatte. Von derselben Gebrauch machend, habe ich dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die bezügliche vertrauliche Mitteilung gemacht. Rifaat Bey sprach mir für diese den herzlichsten Dank aus und bemerkte dabei, er wisse wohl, daß die türkische Souveränität auf Kreta eine rein nominelle sei. Nach den Ereignissen des letzten Herbstes würde es jedoch das neue Regime nicht ertragen können, wenn wiederum ein Stück türkischen Territoriums verloren gehe. Man müsse, um dem vorzubeugen, eventuell zum Kriege schreiten, welchen die Pforte dringend aus den verschiedenartigsten Gründen zu vermeiden wünsche. Angesichts der Tatsache, daß von einzelnen Mächten den Griechen seinerzeit Versprechungen gemacht worden seien, werde es die Pforte wesentlich beruhigen, daß bei einem eventuellen Aufwerfen der Souveränitätsfrage auf Kreta auch Deutschland ein Wort mitsprechen werde, das stets für die Intregrität des türkischen Reichs eingetreten sei.

Mit Rücksicht auf die große Empfindlichkeit der Italiener und die Möglichkeit, daß trotz der Vertraulichkeit meiner Mitteilungen Marquis Imperiali etwas davon erfahre, möchte ich anheimstellen, ob es nicht nützlich wäre, wenn ich dem mir befreundeten Kollegen davon in dem Sinne Kenntnis gäbe, daß es sich dabei lediglich darum gehandelt habe, einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen[1].

Marschall

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Scheint unbedenklich

Bemerkung von Bethmann Hollwegs hierzu:
Ja**.

---

* Siehe Nr. 9680.

** In diesem Sinn wurde Freiherr von Marschall durch Telegramm Nr. 255 vom 27. November verständigt.

Nr. 9682

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 296 Paris, den 11. Dezember 1909

Minister Pichon ließ mir heute offiziös den Text der Antwortnote mitteilen, welche die Kretaschutzmächte den türkischen Botschaftern in Paris, London, St. Petersburg, Rom übergeben haben.

Die Schutzmächte erklären darin den gegenwärtigen Augenblick für eine definitive Regelung der Kretafrage für inopportun.

Pichon hat dem hiesigen türkischen Botschafter* gegenüber noch mündlich hinzugefügt, wenn einmal die Kretafrage definitiv geregelt werden solle, so müsse sich die Türkei auch an Deutschland und Österreich wenden[1].

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Lieber nicht!

Nr. 9683

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 389
Vertraulich Pera, den 16. Dezember 1909

Rifaat Bey sagte mir heute, er bereite eine neue Note in der Kretafrage vor, in welcher ohne bestimmtes Petitum der Standpunkt der Pforte, insbesondere die Unannehmbarkeit des „Status quo" dargelegt und die recht zweideutigen Worte „droits suprêmes" klargestellt würden.

Vertraulich sagte mir der Minister, innerhalb der Pforte sei der Gedanke aufgetaucht, die Einberufung einer Konferenz bezüglich der Kretafrage anzuregen, zuvor aber die Ansicht des Berliner und des Wiener Kabinetts darüber einzuholen. Er selbst habe Bedenken dagegen, wünsche jedoch meine Ansicht zu kennen. Ich habe erwidert, daß ich seine Bedenken vollkommen teile. Die Pforte werde mit einer derartigen Anregung sicherlich keinen Erfolg haben. Denn dieselben Gründe, welche die vier Mächte veranlaßten, die Anregung der Frage gegenwärtig für inopportun zu erklären, träfen in noch höherem Maße bei Einberufung einer Konferenz zu, welche die Griechen und Kretenser aufs höchste erregen würde. Selbst wenn aber, was ich für ausgeschlossen erachte, eine Konferenz zustande käme, so würden nach alter Erfahrung etwaige Meinungs-

* Naum Pascha.

differenzen unter den Mächten voraussichtlich nicht zu türkischen Gunsten entschieden werden. Der Minister trat dieser Anschauung vollkommen bei.

Marschall

Nr. 9684

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 233 Berlin, den 17. Dezember 1909

Auf Telegramm Nr. 389*.

Mit Eurer Exzellenz Antwort völlig einverstanden. Bitte auch fernerhin nach Möglichkeit darauf hinwirken, daß Pforte Konferenzgedanken nicht aufkommen läßt.

von Bethmann Hollweg

Nr. 9685

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 18. Januar 1910

Der türkische Botschafter brachte die Rede auf die Vorgänge in Griechenland und frug, ob wir uns nicht entschließen wollten, in Athen ein nachdrückliches Wort der Mahnung zu friedlichem Verhalten zu sprechen. Griechenland habe kürzlich in Italien ein Panzerschiff gekauft. Sollte es ihm beifallen, mit seinen hiermit vermehrten maritimen Mitteln einen unfreundlichen Akt, etwa einen Handstreich auf eine der türkischen Inseln, zu unternehmen, so würde sofort ohne Kriegserklärung eine türkische Armee in Thessalien einmarschieren.

Ich erwiderte, wir seien stets bereit, das Gewicht unseres Wortes in die Wagschale des Friedens zu legen, allein im gegenwärtigen Augenblick würde wohl jede Mahnung in Athen, wo die Regierung unter der latenten Diktatur der Offiziersliga stehe und jeder Autorität entbehre, wirkungslos sein. Dazu komme, daß die jetzige griechische Bewegung in ihren Ursprüngen und Zielen mit der Kretafrage zusammenhänge, mit der wir uns nicht befassen wollen, so sehr wir auch eine baldige Lösung für dringlich erwünscht halten.

Der Botschafter erkannte dies an, meinte aber doch, die Mächte sollten sich zu einem deutlichen Druck in Athen verstehen, damit dort

* Siehe Nr. 9683.

die Vernunft wieder einkehre und eine Explosion vermieden werde, die einen auch der Türkei höchst unerwünschten kriegerischen Konflikt mit sich bringen könnte. An Kreta an sich sei der Türkei im Grunde nicht viel gelegen, sie wisse sehr wohl, daß die Insel ein unbequemes Glied im osmanischen Reiche sei und bleibe. Aber sie könne unter keinen Umständen einer formellen Abtrennung, auch nicht in der Form, wie es mit Bosnien und der Herzegowina geschehen, also gegen Geldabfindung, zustimmen. Ein solches übles Beispiel würde die Lostrennung von Samos und anderen Inseln nach sich ziehen.

v. Schoen

Nr. 9686

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 26. Januar 1910

Der türkische Botschafter stellte mir die Lage der Kretafrage folgendermaßen dar:

Die Sendung von Veniselos nach Athen* gelte der Verwirklichung des Wunsches der Kretenser, daß die Wahlen in Griechenland (Hellas und Kreta) im Herbst stattfinden. Dies sei auch der Wunsch der Militärliga, welche Zeit zu militärischen Rüstungen zu Lande und zu Wasser gewinnen wollte behufs eventueller Lösung der Kretafrage durch Waffengewalt[1]. Der König und einsichtige Politiker wie Theotokis wünschten jedoch, daß die Wahlen in Griechenland bereits im März vorgenommen würden, und sie gingen dabei von dem Gedanken aus, daß die Neuwahlen verständigere Leute in die Kammer bringen würden als die jetzigen, und daß damit einer friedlichen Lösung der Kretafrage die Bahn geöffnet werde. Die Liga wolle allerdings die Heraufbeschwörung einer dynastischen Krise vermeiden, da sie mit Recht befürchte, daß eine solche eine europäische Intervention zur Folge haben könnte. Andererseits sei zu fürchten, daß die Ausführung der guten Absichten des Königs und Theotokis' an der Schwäche des Königs scheitern könnte, und daß es der Liga somit doch gelinge, ihren Gedanken der Verschiebung der Wahlen auf den Herbst durchzubringen und somit Zeit zu Rüstungen zu gewinnen.

Die Anmaßungen der Kretenser würden nach türkischen Nachrichten immer weitgehender. Es sei der türkischen Regierung bekannt geworden, daß die kretische Regierung** Postmarken in London bestellt hätte, welche

* Der kretische Politiker Veniselos war am 9. Januar auf Einladung des Offiziersbundes in Athen erschienen.

** Nach dem Abzug der militärischen Detachements der Schutzmächte (26. Juli 1909) war am 15. August auf der Insel Kreta eine provisorische Regierung gebildet worden, die indessen nach dem Zusammentritt der kretischen Kammer im Dezember einer neuen Regierung Platz machte. Vor der Schließung der kretischen

nicht wie bisher im Überdruck die Bezeichnung „Hellas" führten, sondern im tatsächlichem Grunddruck. Ebenso lauteten Nachrichten auch dahin, daß die Kretenser in einzelnen Fällen den gerichtlichen Konsularschutz für Ausländer nicht mehr zuließen und somit einen Einbruch in die Kapitulationsrechte vollziehen. Es sei noch eine gewisse Hoffnung vorhanden, daß die Kretenser Vernunft annehmen und im letzten Augenblick von der Entsendung von Deputierten in das griechische Parlament Abstand nehmen, wenn die Schutzmächte nachdrücklich mit der erneuten Ausschiffung von Truppen drohten[2]. Daß die Türkei die Entsendung von kretensischen Abgeordneten zur griechischen Kammer als casus belli betrachten würde, sei in Kreta und Athen hinlänglich bekannt.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Haben kein Geld und keinen Führer und keine Regierung

[2] das nützt nichts mehr! Einmal muß das doch aufhören! Schildwache für die Türkei zu stehen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Türken müssen sich daran gewöhnen, daß sie C r e t a los sind! Creta wird sich an Griechenland heranannektiren! Wenn die Türken das zu hindern in Griechenland einrücken, dann beschwören sie eine Europ[äische] Intervention herauf zu Gunsten von Hellenen, — einen Krakehl auf dem Balkan, mit Einfall der Serben und Bulgaren; und Erscheinen der Briten in Mesopotamien. Endergebniß: Verlust von Creta, Mesopotamien und event[uell] Stambul; man lasse Creta laufen!

Nr. 9687

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Pera, den 28. Januar 1910

Rifaat sagte mir, er habe beunruhigende Nachrichten aus Athen erhalten. Das Ministerium Mavromichalis werde morgen demissionieren* und voraussichtlich ein neues unter Dragumis gebildet werden. Der Minister hält dieses in Verbindung mit der Anwesenheit Veniselos' in Athen für ein schlechtes Zeichen bezüglich der Kretafrage. Auch der Großwesir** ist durch diese Frage präokkupiert. Mahmud Schewket*** Pascha, der mich heute besuchte, versicherte mich wiederum, daß, sobald die Griechen kretensische Abgeordnete zuließen oder irgend einen anderen mit Annexion gleichbedeutenden Schritt unternehmen, der Krieg unver-

Kammer erteilte diese noch der Regierung Vollmacht, alle ihr zweckmäßig erscheinenden griechischen Gesetze auf der Insel einzuführen, wogegen die Pforte in einer Note an die Schutzmächte vom 8. Januar Protest einlegte. Neue Schwierigkeiten führte die Frage der Eidesleistung der neuen Kretaregierung herauf.

* Das Entlassungsgesuch erfolgte erst am 27. Januar; am 31. Januar wurde das neue Ministerium Dragumis gebildet.

** Hakki Pascha, seit 10. Januar 1910.

*** Kriegsminister im Kabinett Hakki Pascha.

meidlich sei. In dieser Beziehung müsse jedes Ministerium dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben. Auf die Frage, wie nach seiner Ansicht eine Katastrophe vermieden werden könne, antwortete er: „Durch Wiederbesetzung der Insel seitens der vier Mächte."

Auch im Kreise meiner Kollegen wird eine Wiederbesetzung der Insel durch internationale Truppen in dem Sinne besprochen, daß, wenn den Türken diese Genugtuung gewährt werde, die Pforte ihrerseits die Verpflichtung übernehmen müsse, wegen Kreta nicht selbständig vorzugehen, sondern etwaige Differenzen mit Griechenland den Schutzmächten zur Entscheidung vorzulegen.

Nicht die türkisch-bulgarische Frage*, welche gegenwärtig in der europäischen Presse vielfach alarmierend besprochen wird, sondern die Kretafrage bildet in diesem Augenblick eine ernste Kriegsgefahr. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien sind normale in dem Sinne, wie sie es seit vielen Jahren gewesen sind. Daß Bulgarien zurzeit Kriegsgelüste gegen die Türkei hegt, glaube ich nicht. Ob dieselben aber nicht in dem Augenblick erwachen werden, da die Türkei in einen kriegerischen Konflikt mit Griechenland verwickelt ist, scheint mir sehr zweifelhaft. Mahmud Schewket Pascha fürchtet, daß in diesem Fall Bulgarien und Serbien gemeinsam die Türkei angreifen werden, und hofft, daß Österreich-Ungarn dann einschreiten werde, um einen allgemeinen Balkanbrand zu verhindern.

Marschall

Nr. 9688

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Pera, den 30. Januar 1910

Rifaat Pascha sprach sich heute mir gegenüber wieder sehr besorgt über die äußere Lage aus. Bisher habe man geglaubt, der König von Griechenland werde seinen Widerspruch gegen die Einberufung einer Nationalversammlung aufrechterhalten. Nach den gestrigen Telegrammen scheine er jedoch auch in dieser Beziehung nachgeben zu wollen. Die Einberufung der Nationalversammlung sei lediglich ein Umweg, auf dem die Griechen die Vertretung kretensischer Delegierter erreichen wollten, nachdem die Schutzmächte erklärt hätten, daß sie die Entsendung von Abgeordneten zur Kammer nicht zulassen würden. Für die Türkei sei diese Unterscheidung belanglos. In dem einen wie anderen Falle würde die Armee in Thessalien einrücken. Die Volksstimmung sei in dieser Beziehung zu übermächtig, als daß irgendeine Regierung Widerstand leisten könne.

* Scharfe türkische Maßnahmen in Mazedonien hatten eine starke Erregung in Sofia hervorgerufen.

Als der Minister dann auf die kriegerische Sprache hinwies, welche gegenwärtig die bulgarische Presse gegen die Türkei führe, habe ich darauf hingewiesen, daß ich zurzeit aus verschiedenen Gründen an kriegerische Absichten Bulgariens nicht glaubte, ein türkischer Feldzug gegen Griechenland jedoch für Bulgarien eine sehr starke Verführung bilden werde, die günstige Gelegenheit auszunutzen. Rifaat erkannte diese Gefahr an und meinte, wenn man auch gegen Griechenland keinen eigentlichen Feldzug führen, sondern sich mit Besetzung eines Teils von Thessalien begnügen wolle, dazu doch erhebliche Truppenmassen mobilisiert werden müßten, die dem Grenzschutz entzogen würden. Der Minister wünschte die Stellung der Kaiserlichen Regierung zu dieser Frage zu kennen. Ich habe erwidert, daß ich vorläufig die Stellung Deutschlands nur dahin präzisieren könne, daß wir uns in die Einzelheiten der Kretafrage nicht einmischten[1], sondern dies den Schutzmächten überließen, daß die Souveränität über die Insel nur unter Zustimmung aller Signatarmächte des Berliner Vertrags geändert werden könnte, und daß Deutschland, falls eine kriegerische Verwickelung droht, stets seinen Einfluß im Sinne der Erhaltung des Friedens geltend machen werde.

Der Minister hatte heute vormittag ein langes Telegramm Osman Nisamis über eine Unterredung desselben mit dem Herrn Staatssekretär erhalten. Dasselbe war noch nicht entziffert. Ich würde dankbar sein, wenn mir die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs[2] zur Regelung meiner Sprache telegraphisch mitgeteilt würden.

Marschall

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:

[1] Richtig

[2] Ich hatte seit vorigem Dienstag keine Unterredung mit Nisami. Vermutlich handelt es sich um seine Erklärungen über Griechenland und Kreta, worüber ich Aufzeichnung gemacht*.

Nr. 9689

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Pera, den 31. Januar 1910

Rifaat Pascha hat beim heutigen Empfangstag meinem italienischen Kollegen und vermutlich den anderen Botschaftern der Kretamächte erklärt:

Die heutigen Telegramme aus Athen lassen keinen Zweifel mehr, daß die Einberufung einer Nationalversammlung beschlossene Sache ist. Zweck derselben ist, kretensische Abgeordnete zuzulassen. Die türkischen

---

* Siehe Nr. 9685.

Botschafter sind beauftragt, die Mächte zu ersuchen, daß sie diesen neuen Eingriff in die türkischen Souveränitätsrechte verhindern. Erfolgt wiederum „une réponse évasive ou dilatoire", so kann die Pforte von einem Augenblick zum anderen gezwungen sein, selbst die energischsten Maßregeln zu ergreifen, um aus eigener Kraft ihre vitalen Interessen zu verteidigen.

Es wäre gut, wenn die Kretamächte diese Drohung nicht für einen Bluff hielten. Es ist den Türken bitterer Ernst.

Marschall

Nr. 9690

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Reinschrift

Berlin, den 1. Februar 1910

Herr von Szögyény teilte heute mit, Österreich-Ungarn nehme in der Kretafrage genau dieselbe Stellung ein wie wir. Namentlich werde auch dortseits jede Beteiligung an den Demarchen der vier Schutzmächte von Kreta abgelehnt. Graf Aehrenthal habe den Markgrafen Pallavicini beauftragt, den Türken in dieser Beziehung zu sagen, wenn Österreich-Ungarn früher abgelehnt hätte, mit den Schutzmächten gemeinschaftliche Sache zu machen, so stehe es jetzt noch viel mehr auf diesem Standpunkte. Dieses Verhalten Österreich-Ungarns liege auch im Interesse der Türkei; denn wenn die Schutzmächte Österreich und Deutschland in ihr Konzert mit hineinzuziehen suchten, so geschehe dieses lediglich, um ihren Einfluß in Konstantinopel zu verstärken und um dort wirksamer auftreten zu können.

Stemrich

Nr. 9691

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Rom, den 2. Februar 1910

Graf Guicciardini* sagte mir soeben, die Türkei hätte von Schutzmächten Wiederbesetzung Kretas erbeten. Gleichzeitig schiene sie militärische Maßregeln zum Einmarsch in Thessalien und zum Schutz bulgarischer Grenze zu treffen. Hier habe man große Bedenken gegen Wiederbesetzung, würde aber allein nicht Widerspruch erheben. Auch London sei zögernd, von Paris und St. Petersburg liegt noch keine Nachricht vor. Schutzmächte müßten in ein bis zwei Tagen Beschluß fassen. Minister möchte dies nicht tun, ohne Ansicht der alliierten Kaisermächte zu kennen. Selbstverständlich erbitte er keinen offiziellen Rat, da Italien Verant-

* Italienischer Minister des Äußern im Kabinett Sonnino.

wortung für seine Entschlüsse allein tragen müsse. Doch wäre er sehr dankbar, wenn die Kaiserliche Regierung ihn von ihrer Auffassung über Lage und Frage der Wiederbesetzung freundschaftlich und vertraulich in Kenntnis setzen wollte.

Jagow

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Reichskanzler.

Dem Botschafter ist noch heute nacht geantwortet worden* (der Telegrammentwurf kam erst nach dem Hofball in meine Hände, ich konnte ihn daher nicht mehr Ew. Exzellenz vorlegen), Marschall sehe die Lage als kritisch an, auch alle anderen uns zugegangenen Nachrichten ließen den Ernst erkennen. Wir wollten uns nach wie vor nicht einmischen, uns schiene aber die Wiederbesetzung ratsam.

Nisami sagte mir auf dem Hofball, wenn die Schutzmächte sich nicht zu schleunigstem Handeln entschlössen, werde es zu spät sein.

Pansa sagte mir, es falle den Kretamächten schwer, namentlich England, sich über die Wiederbesetzung zu einigen, nachdem sie erst vor etwa einem halben Jahr die Truppen zurückgezogen. Am ehesten hat man noch in Rom Neigung zu diesem Schritt, so sehr er auch den Fehler der Zurückziehung ins Licht rücke.

v. Sch.

Nr. 9692

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Wien, den 3. Februar 1910

Erlaß Nr. 118 vom 29. Januar** mündlich bei Graf Aehrenthal verwertet. Minister hat entsprechende Nachrichten von Markgraf Pallavicini, dem Mahmud Schewket Pascha in gleichem ernsten Tone gesprochen hat. Graf Aehrenthal sagte, die Pforte bereite neue Note an Kretamächte vor, die auch uns zur Kenntnisnahme zugehen solle, in der die Wiederbesetzung der Insel durch internationale Kontingente dringend empfohlen werde. Minister fügte hinzu, er finde diesen Vorschlag seitens der Türkei loyal und vernünftig. Fraglich sei allerdings, ob die Regierungen der liberalen Westmächte gegenüber der öffentlichen Meinung ihrer Länder, die ein Eingreifen zugunsten der Türkei gegen Griechenland mißbilligen dürften, die nötige Festigkeit haben würden, um diese Maßregel durchzuführen. Auch höre er, daß man in Kreta davon spreche, eventuell einen bewaffneten Konflikt mit den Detachements der Mächte hervorzurufen in der Berechnung, daß die Mächte dadurch gezwungen werden würden, noch mehr Truppen nach Kreta zu werfen und die Insel ganz in Besitz zu nehmen. Eine Rückgabe der Insel an die Türkei werde dann von der öffentlichen Meinung ganz Europas verhindert werden.

Tschirschky

---

* Telegramm Nr. 5 vom 3. Februar.

** Erlaß Nr. 118 vom 29. Januar hatte den Marschallschen Bericht Nr. 21 vom 28. Januar (siehe Nr. 9687) nach Wien mitgeteilt.

Nr. 9693

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Rom, den 3. Februar 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 5*.

Herr Guicciardini dankt sehr für vertrauliche Mitteilung. Gestern abend hat französischer Botschafter hier Vorschlag unterbreitet, daß Schutzmächte zunächst nach Athen und Kreta energische Noten[1] unter Androhung von Wiederbesetzung der Insel richten und, falls trotzdem Kreta Deputierte entsendet, zur Wiederbesetzung schreiten sollen. Von St. Petersburg noch keine Nachricht, doch nimmt Minister an, daß französischer Vorschlag im Einvernehmen mit Rußland erfolgte. London, bisher zögernd, macht einige Reserven. Herr Guicciardini will zunächst englische Antwort abwarten, doch wird Italien si omnes Wiederbesetzung mitmachen. Depeschen der italienischen Vertreter in Konstantinopel und Sofia** melden gegenseitige Angst vor Angriff. Marquis Imperiali telegraphiert, daß türkischer Kriegsminister, zur Kriegsvorbereitung aufgefordert, erklärt hat, 1., 2., 3. Armeekorps in vierzehn Tagen mobilisieren zu können. Gesandter Athen meldet, daß Wahlen nach Mitteilung des Ministers des Äußern*** erst im Oktober[2] stattfinden sollen, was Herrn Guicciardini befremdlich erscheint.

Jagow

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:
[1] Die werden schwerlich genügen und die Türken nicht befriedigen.
[2] um Zeit zu Rüstungen zu gewinnen, wie Nisami meint

Nr. 9694

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Wien, den 3. Februar 1910

Inhalt Telegramms Nr. 11 vom 3. Februar† Grafen von Aehrenthal mitgeteilt. Minister hat bisher keine analoge Anfrage aus Rom erhalten, wird, falls solche erfolgt, in gleichem Sinne wie wir antworten.

Nach einem Telegramm des Grafen Mensdorff scheint Sir E. Grey

---

* Vgl. Nr. 9691, S. 124, Fußnote *.
** Cucchi Boasso.
*** Kallergi.
† Telegramm Nr. 11 übermittelte das Telegramm von Jagows Nr. 4 vom 2. Februar (siehe Nr. 9691) zwecks Orientierung des Grafen Aehrenthal an Tschirschky.

noch immer an dilatorischer Behandlung Kretafrage festzuhalten. Englischer Minister habe darauf hingewiesen, daß Nationalversammlung erst im nächsten Dezember zusammentreten und Wahlen erst im Oktober stattfinden sollen[1], sodaß kein Grund zu eiligen Beschlüssen vorliege. England werde sich nicht drängen lassen[2]. Im übrigen werde englische Regierung sowohl in Konstantinopel als in Athen alles tun, um zu beruhigen.

Graf von Aehrenthal bemerkt hierzu, den Türken könne man unmöglich soviel Naivität zumuten, den Griechen ein Jahr Zeit zu lassen, um eventuell eine Anleihe aufzunehmen und die Rüstungen zu vollenden[3]. Durch Besetzung der Insel durch europäische Truppen[4] würde die türkische Regierung, selbst wenn trotzdem kretensische Abgeordnete nach Athen gesandt würden, in die günstige Lage versetzt werden, der öffentlichen Meinung gegenüber darauf hinweisen zu können, daß Mächte sich auf türkischen Standpunkt gestellt hätten und die Entsendung der Abgeordneten mißbilligten.

Englischer Botschafter*, den ich im Vorzimmer des Ministers traf, trat persönlich für Besetzung Kretas durch Mächtetruppen ein, betonte aber, daß diese Maßregel in Frankreich und besonders in Italien, wo die Sympathien für Griechenland sehr lebhafte seien, sehr unpopulär sein würde[5].

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] D[as] h[eißt] die Griechen sollen Zeit zu Rüstungen haben

[2] Sudabay soll dabei abfallen

[3] richtig

[4] 4 Kretamächte als Gensdarmen der Türkei!!

[5] ja.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wie mir im vorigen Mai Tittoni und S[eine] M[ajestät] mittheilten wünschen sie aus Finanzrücksichten Creta zu verlassen, und würden unter keinen Umständen länger bleiben. Dieselben Gründe werden für die Unlust der Neubesetzung sprechen, deren Ende nicht abzusehen. Falls Frankreich ähnlich denkt, könnte England sich mit den Mächten und Russland sich dahin verständigen, ein Besetzungsmandat für sich allein auszuwirken. Dann hätte es Sudabai und ginge nicht wieder fort. Event[uel]l würde Russland Dardanellencompensation angeboten werden können um es zu gewinnen. Dann würde später die Frage Creta, Mesopotamien zw[ischen] England und Türkei allein geregelt werden.

Nr. 9695

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 London, den 4. Februar 1910

Sir Charles Hardinge hält, wie er mir heute sagte, Lage im Balkan nicht für beunruhigend. Den Kretensern und der Pforte teilen die Schutz-

---

* Sir Fairfax Cartwright.

mächte mit, daß sie Ernennung von kretensischen Abgeordneten für Nationalversammlung in Athen nicht gestatten würden. Über die Mittel der eventuellen Verhinderung beraten sich die Schutzmächte. Wahrscheinlich würden, falls Kretenser der Mahnung nicht folgen, kretensische Zollämter mit Beschlag belegt werden, da dies Landung von Truppen wegen leichterer Ausführbarkeit vorzuziehen sei.

Auch in Bulgarien glaubt Unterstaatssekretär nicht an kriegerische Absichten, außer wenn die Türkei mit Griechenland in Krieg gerate.

Zeitungsmeldungen von englischer Flottendemonstration Piräus falsch. Nur Patras auf gewöhnlicher Übungsreise angelaufen.

Metternich

Nr. 9696

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Athen, den 8. Februar 1910

Mein türkischer Kollege interpretiert die Zögerung Englands, der von Frankreich angeregten, von Italien und Rußland gebilligten Wiederbesetzung Kretas zuzustimmen, dahin, daß England Kretafrage offen zu halten wünsche, um sie weiter wie in der Lynchfrage als Druckmittel gegen die Türkei zu verwenden[1].

Daß Mächte durch Drohungen und selbst bei oberflächlicher Wiederbesetzung der Insel Wahlen in Kreta und Reise der Deputierten nach Griechenland verhindern könnten, gilt hier als ausgeschlossen.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Genau meine Auffassung stets gewesen

Nr. 9697

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Pera, den 7. Februar 1910

Wie mir Rifaat Pascha mitteilt, hat der hiesige griechische Gesandte im speziellen Auftrag des Ministerpräsidenten Dragumis, der bisher hier als Türkenfeind galt, erklärt, derselbe wünsche dringend die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland und werde daher alles vermeiden, was den Kretensern

Vorwand zur Entsendung von Delegierten nach Athen geben könnte. Diese Mitteilung hat in Verbindung mit der Nachricht von Verschiebung der Nationalversammlung bis Dezember hier beruhigend gewirkt. Rifaat sagt mir, so sehr die Pforte eine definitive Ordnung der Kretafrage wünsche, so beabsichtige sie doch nicht, die Mächte in dieser Beziehung zu drängen, nachdem die akute Krise der letzten Tage als überwunden angesehen werden könne.

Marschall

Nr. 9698

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Pera, den 10. Februar 1910

Marquis Imperiali sagte mir, daß die Botschafter der Kretamächte bisher keinen Auftrag erhalten hätten, der Pforte bezüglich der kretensischen Frage eine amtliche Erklärung zu geben. Es sei beabsichtigt, zunächst der kretensischen Regierung durch die Konsuln eine Mitteilung des Inhalts zu machen, „daß die vier Mächte die Entsendung von Deputierten nach Athen nicht dulden und eventuell die nötigen Maßregeln ergreifen würden, um dieselbe zu verhindern." Sobald dieser Schritt geschehen, wird die Pforte davon verständigt werden*.

Der Erfolg, welchen Hakki Pascha in der Kretafrage errungen hat, scheint seine Stellung wesentlich beeinflußt zu haben.

Marschall

Nr. 9699

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 Pera, den 11. Mai 1910

Rifaat ist sehr peinlich berührt durch die Eidesleistung der kretensischen Deputierten** und durch die Haltung der vier Kretamächte. Er sagte mir, letztere hätten in Aussicht gestellt, sie würden, falls Eides-

---

* Am 19. Februar wurde die Reichsregierung seitens der Schutzmächte von der erfolgten „admonition au comité exécutif crétois" verständigt.

** Am 9. Mai war die kretische Nationalversammlung im Namen des hellenischen Königs durch den Präsidenten der provisorischen Regierung Sculudis eröffnet worden. Auch die Eidesleistung der Nationalversammlung erfolgte im Namen König Georgs, wogegen die türkische Regierung bei den Schutzmächten protestierte.

leistung erfolge, dieselbe der kretischen Regierung gegenüber für nulle et non avenue erklären. Das wäre nicht viel, aber doch etwas gewesen. Nun höre er aber, die Mächte hätten sich anders besonnen und wollten nur erklären, daß jener Vorgang an dem Status quo nichts ändere. Diese Erklärung würde garnichts bedeuten und nur eine Ermunterung für die Kreter bilden, auf der bisherigen Bahn fortzufahren.

Der Minister hatte noch keine amtliche Mitteilung der Mächte erhalten, sieht aber mit Sorgen einer Interpellation in der Kammer entgegen.

Marschall

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Die Türken sollten bonne mine au mauvais jeu machen; Creta werden sie nicht halten können, und die 4 Schutzmächte haben die Sache auch über! Wer ihm gehörige Landestheile die nichts von ihm wissen wollen, festhalten will muß das selbst machen, nicht anderen Mächten übertragen. Kann er es nicht, nun, dann ist er sie los! Siehe Norwegen, Bosnien, Bulgarien etc.!

W.

Nr. 9700

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Therapia, den 16. Mai 1910

Die heutigen Blätter veröffentlichen die Antwort der Pforte auf die bezüglich der Eidesleistung an sie gerichtete Note der Kretamächte. Die Pforte nimmt von der Erklärung derselben in dem Sinne Akt, daß damit die Eidesleistung als „nul et non avenu" bezeichnet sei. Zugleich behält sie sich Verhandlungen mit den vier Mächten zu dem Zweck vor „de mettre fin à une situation ambiguë et de jour en jour plus dangereuse".

Vorgestern hat der Großwesir den englischen Botschafter auf die Versuche der christlichen kretensischen Abgeordneten aufmerksam gemacht, ihre muselmanischen Kollegen wegen Nichtleistung des Eides von der Nationalversammlung auszuschließen, und hat dabei mit Entschiedenheit erklärt, daß, falls die Mächte dies nicht verhinderten, die ernstesten Konsequenzen eintreten würden.

Die vor Beschiktasch versammelte türkische Flotte nimmt seit zwei Tagen Kohlen und Munition ein. Die türkische Presse führt eine scharfe Sprache. „Tanin" sagt heute, „wenn die Mächte ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, so erklären wir: Falls die Rechte unserer muselmanischen Untertanen auf Kreta nicht gewahrt werden, steht uns jederzeit das Recht zu, eine Flotte und eine Armee dahin zu senden"[1].

Mir scheint, daß man die neuesten Vorgänge auf Kreta hier benutzen will, um die albanische Frage* in den Hintergrund zu schieben und zu liquidieren. Man hat in Albanien zwar mit großen Kosten militärische Erfolge errungen, weiß aber nicht, wie man das Land nun politisch pazifizieren soll.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Stimmt!

Nr. 9701

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Athen, den 20. Mai 1910

Erregung über kretische Vorgänge momentan so stark, daß alle inneren Fragen zurücktreten. Auswärtiger Minister sagte heute verschiedenen Vertretern, es sei ausgeschlossen, daß die Kretenser die Muselmanen ohne Eid zur Kammer zulassen würden. Er besorge eine türkische Aufforderung an Griechenland, Eidesleistung zu desavouieren. In diesem Falle sei griechische Regierung entschlossen, Handschuh aufzunehmen. Schutzmächte würden weder durch Ratschläge noch durch Wiederbesetzung noch durch Autonomerklärung der Insel die auf der Vereinigung bestehenden Kretenser beschwichtigen können.

Meinem türkischen Kollegen machte Herr Kallergi Andeutungen, als ob Italien und Frankreich ihres Aufsichtsamtes müde seien. Ihm lägen — allerdings vorläufig noch ganz vage — Nachrichten über eine sich anbahnende russisch-englische Verständigung vor, wonach England Kreta wie Ägypten in Verwaltung nehmen solle gegen Aufgabe Widerstands gegen Eröffnung der Meerengen. Naby Bey mitteilt diese Äußerungen Auswärtigen Ministers, von denen er mir vertraulich Kenntnis gab, vorsichtshalber nur privatbrieflich Rifaat Pascha.

Sprache der griechischen Regierung ist natürlich hauptsächlich bestimmt, in Konstantinopel und auf die Schutzmächte Eindruck zu machen. Gefahr für den Frieden dürfte bisher nur insofern bestehen, als wahrscheinlich kretische Beteiligung an den griechischen Wahlen wächst.

Wangenheim

---

* In Albanien war Anfang April ein Aufstand ausgebrochen, der indessen von Mahmud Schewket Pascha bis Mitte Mai blutig niedergeschlagen wurde.

Nr. 9702

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Pera, den 20. Mai 1910

Bompard hat von Paris folgende Vorschläge des Herrn Pichon mitgebracht, welche gegenwärtig Beratungen der Botschafter der Kretamächte bilden:

Kretensische Regierung soll aufgefordert werden, muhamedanische Deputierte der Nationalversammlung auch ohne Eidesleistung für den König von Griechenland zuzulassen. Falls diesem Verlangen nicht stattgegeben wird, soll zur Wiederbesetzung der Insel geschritten werden. Bleibt auch dies erfolglos, soll kretensische Nationalversammlung aufgelöst werden. Fügt sich kretensische Regierung auch diesem Beschluß nicht, soll der Pforte freie Hand gelassen werden, ihre Rechte selbst zu wahren.

Wie ich vertraulich vernehme, nimmt mein italienischer Kollege gegen die beiden letzten Punkte (Auflösung der Nationalversammlung usw.) Stellung. Ich vermute, daß meine Kollegen von England und Rußland sich ebenso verhalten werden.

Marschall

Nr. 9703

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Therapia, den 20. Mai 1910

Herr Bompard, der mich besuchte, sprach sich sehr unzufrieden über den Gang der kretensischen Frage aus. Die Mächte hätten der Pforte zu Gefallen die Eidesleistung als „nul et non avenu" bezeichnet, sie würden auch voraussichtlich die kretensische Regierung auffordern, die muselmanischen Deputierten zuzulassen, aber für irgend einen energischen Schritt für den Fall der Renitenz der Kretenser werde ein Einverständnis nicht zu erzielen sein. „Nous nous rendons ridicules devant tout le monde, mais je ne vois pas de sortie de cette situation."

Die Erregung über die täglich zunehmenden Provokationen der Kretenser ist hier namentlich in Kammerkreisen sehr groß. Wenn das Ministerium nicht irgend etwas tut, was der öffentlichen Meinung Genugtuung gibt, so ist seine Existenz gefährdet. Inzwischen fährt die türkische Presse fort, bezüglich Albaniens abzuwiegeln.

Marschall

Nr. 9704

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Therapia, den 23. Mai 1910

Die Pforte hat heute eine neue Note an die Kretamächte gerichtet. Sie dankt denselben für die Nichtigkeitserklärung der Eidesleistung, weist aber darauf hin, daß die kretensische Regierung nicht nur die muselmanischen Abgeordneten wegen verweigerter Eidesleistung ausgeschlossen, sondern aus demselben Grunde alle muselmanischen Funktionäre, die Geistlichkeit, Richter und Standesbeamten abgesetzt habe, sodaß weder Eheschließungen noch Akte des geistlichen Rechts stattfinden könnten. Die Pforte bittet die Mächte dringend, diesem unhaltbaren Zustande ein Ende zu machen.

Der Großwesir sprach mir heute sehr ruhig über die Lage. Wenn Griechenland in irgend einer Form, zum Beispiel durch Zulassung von Abgeordneten, in der Kretafrage eingreife, sei jede Regierung gezwungen, alsbald die Truppen in Thessalien einmarschieren zu lassen. Vorläufig verhalte sich aber Athener Regierung passiv und korrekt. Die Ausschreitungen Veniselos' könne man bis zu einem gewissen Grade ertragen, wenn aber die Mächte der Vergewaltigung der erbitterten Muselmanen kein Ende machten, so könne die Lage sehr ernst werden.

Als ich den Großwesir scherzhaft dazu beglückwünschte, daß er zur Beruhigung der öffentlichen Meinung die Flotte angeblich mit versiegelter Order habe abfahren lassen, bestätigte er mir, daß die Flotte sich zu Übungen im Marmarameer befände und bis jetzt keine Absicht bestehe, sie in die Nähe von Kreta zu senden.

Marschall

Nr. 9705

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Athen, den 26. Mai 1910

Augenblickliche Lage wird durch folgende Momente bestimmt:

I. Zusammenwirken der Regierungen Griechenlands und Kretas. Während der kritischen Tage auf Kreta waren dort die Professoren Streit und Andreades als Emissäre der griechischen Regierung anwesend.

II. Völlige Kontrolle der öffentlichen Meinung und der Presse durch die auf die Armee gestützte Regierung. Jede andere Regierung wäre bereits gestürzt.

III. Geheime militärische Vorbereitungen für alle Fälle.

IV. Wachsende Unzufriedenheit, weil der König in London keinen Erfolg für Kreta erzielt*.

V. Ratlosigkeit der Vertreter der Schutzmächte[1], welche der griechischen Regierung zu verstehen geben, daß eine griechenfreundliche Lösung der Kretafrage nur möglich wäre, wenn Deutschland und Österreich aus ihrer Zurückhaltung herausträten[2].

VI. Dementsprechende Einwirkungsversuche der Regierung auf den österreichischen Gesandten und mich[3].

Auswärtiger Minister hatte heute Nachrichten aus Konstantinopel, wonach Einigung der Mächte über französische Vorschläge** auf Schwierigkeiten stößt. Wiederberufung Zaimis sei bereits fallen gelassen. Der letztere würde dem Rufe kaum Folge leisten. Ernennung eines neuen Oberkommissars durch Griechenland sei ausgeschlossen. Kretische Nationalversammlung habe Muselmanen nicht wegen Eides, sondern aus Gründen öffentlicher Sicherheit ausgeschlossen. Wenn die Mächte Garantie für die Sicherheit übernähmen, stehe der Zulassung der Muhamedaner nichts im Wege, vorausgesetzt, daß diese den gegenwärtigen Status quo auf der Insel anerkennten.

Nach Eintritt der Muselmanen in die Kammer werde es sehr bald zu Schlägereien kommen. Beteiligung der Kretenser an den griechischen Wahlen sei so gut wie sicher. Zurückweisung der Deputierten sei keiner griechischen Regierung möglich[4].

Ich habe Herrn Kallergi äußerste Vorsicht anempfohlen.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Les 4 Impuissances!
[2] fällt mir gar nicht ein! die sollen sich allein blamiren
[3] ablehnen
[4] das stand schon im vorigen Frühjahr in Corfu fest. Also seitdem keine Veränderung! Nette Aussichten

Nr. 9706

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Athen, den 5. Juni 1910

Russischer Geschäftsträger*** sagte mir, die Mächte seien in der Kretafrage fortdauernd uneinig[1]. Frankreich und Italien wünschten Wiederbesetzung der Insel. England schwanke hin und her. Er habe sich gegen

* König Georg hatte am 20. Mai an den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Eduard VII. teilgenommen.
** Vgl. Nr. 9702.
*** Tatischtschew.

die Wiederbesetzung ausgesprochen, weil sie für die Schutzmächte Rückschritt bedeute. Er glaube nicht mehr an eine Einigung der Mächte. Seiner Ansicht sollten die Mächte nochmals Kretensern Autonomie anbieten, und wenn sie diese, wie vorauszusehen sei, ablehnten, Insel ihrem Schicksal überlassen[2]. Unter der Gefahr eines Krieges und von den Mächten verlassen, aber auch nur dann, würden Griechenland und Kretenser wohl einlenken.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Les Impuissances!
[2] sehr vernünftig!
laß die Türken sie ruhig unterwerfen wenn sie wollen oder können

Nr. 9707

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 268 Wien, den 4. Juni 1910

Nach einem Telegramm des italienischen Botschafters in Konstantinopel* an seine Regierung, von dessen Inhalt mir der Herzog von Avarna** Mitteilung machte, hat sich der Großwesir sehr ungehalten über die Haltung Englands in der Kretafrage ausgesprochen. England habe mit dieser Frage eigentümlicherweise andere angebliche Beschwerdepunkte gegenüber der Türkei plötzlich zur Sprache gebracht, wodurch die Lage noch mehr kompliziert werde. Es habe den Anschein, als ob man in London auf einen Sturz des gegenwärtigen türkischen Ministeriums hinarbeite[1].

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nicht nur das sondern „Liquidation" der Türkei, Bagdadbahn, Creta, Egypten, Dardanellen pp!

Nr. 9708

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Athen, den 9. Juni 1910

Auswärtiger Minister sprach mir heute mit Niedergeschlagenheit von der täglich zunehmenden Animosität türkischer Bevölkerung gegen die Griechen. Gestern abend seien die griechischen Schiffe in Smyrna zurückgewiesen worden. In Salonik werde der Boykott nur noch durch die Juden

* Seit 9. April 1910 Mayor des Planches.
** Italienischer Botschafter in Wien.

verhindert. An zahlreichen Orten würden griechische Läden geplündert. In Mazedonien sei ein griechischer Metropolit festgenommen worden, jeden Augenblick könne türkische Regierung durch die Volksströmung zu einer Provokation fortgerissen werden.

Vertraulich und mit dem Bemerken, daß er nicht als Auswärtiger Minister spreche, hinzufügte Minister, letzte Note Schutzmächte an die Kretenser, die wiederum weder Fisch noch Fleisch sei, beweise ihm, daß auf eine Lösung Kretafrage durch die Mächte nicht mehr zu rechnen sei[1]. Nach seiner festen Überzeugung würde sie nur durch einen Krieg entschieden werden. Griechenland werde über kurz oder lang gezwungen sein, Annexion zu akzeptieren und das Weitere dem Kriegsglück und den Mächten zu überlassen. Jetziger Zustand sei unhaltbar[2]. Finanzen hätten schon ersten März Defizit von fünfzehn Millionen ergeben. An eine Anleihe sei nicht zu denken. In der Armee wünschten viele Offiziere Krieg, um sich von dem Makel, der ihnen seit der Revolution anhaftet, zu reinigen. In Kreta herrsche vollkommene Anarchie. Bildung einer kretischen Regierung, welche den Mächten gegenüber irgendeine Verpflichtung wie etwa diejenige, Bevölkerung von der Beteiligung an den griechischen Wahlen abzuhalten, übernehmen könne, sei ausgeschlossen. Griechische Regierung denke an eine Vertagung Wahlen, aber ihre Absicht werde durch Theotokis oder Rhallis, die nach der Macht strebten, durchkreuzt werden.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] glaube ich auch.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Wundervolle Schweinerei! Aber grade das will England um nachher bei der ausbrechenden Keilerei Egypten, Sudabai, Bagdadbahn pp. zu schlucken!

Nr. 9709

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 186 Therapia, den 9. Juni 1910

Immer von neuem bereitet Kreta der türkischen Regierung schwere Enttäuschungen. Vor einer Woche noch verlangten die Jungtürken die Betrauung eines Walis mit der Verwaltung der Insel, die Entsendung einer Flotte dorthin und mindestens die Rückkehr der Zustände vor 1908. Heute sind diese schönen Träume verschwunden. Das unheimliche Gefühl, von den europäischen Mächten benachteiligt zu werden, greift in der muselmanischen Bevölkerung um sich und erschüttert das Vertrauen der selbstbewußten Komiteemitglieder. Die Kreter, anstatt exemplarisch bestraft zu werden, sollen nur angehalten werden, die muselmanischen Beamten weiter zu besolden und die nicht vereidigten Abgeordneten zur

Nationalversammlung zuzulassen. Im übrigen läßt man sie trotz ihrer türkenfeindlichen Haltung ruhig gewähren und tritt wie zum Hohn jedesmal für denjenigen Status quo ein, der den Kretern am günstigsten ist.

Dies ist für die konstitutionelle Türkei, welche sich damit gebrüstet hatte, daß sie das Reich besser als Abdul Hamid vor Demütigungen schützen werde, ein zu harter Schlag gewesen. Die Wirkung äußerte sich in einer wahren Hetzkampagne gegen Griechenland und in einer momentan wenigstens aufrichtigen Empörung gegen England.

Ob diese Stimmung nachhaltig ist, bleibt noch abzuwarten. In einem Augenblick, wo der Thronfolger Yussuf Izzeddin so großen Wert auf die Begegnung mit dem österreichisch-ungarischen Thronfolger und dem Grafen Aehrenthal legt und darum bittet, von dem einen Tag zuvor aus Bosnien heimgekehrten Kaiser und König Franz Joseph empfangen zu werden*, wird es jedem, der den Boykott der österreichischen Waren und die damalige Erregung miterlebt hat, schwer fallen, an die Kraft des türkischen Nationalgefühls zu glauben. Große Pläne wird man wohl kaum darauf aufbauen können[1]. Die aus so mannigfachen Elementen zusammengesetzte Bevölkerung hat es denn auch von sich aus zu keiner nennenswerten Kundgebung gebracht, mußte vielmehr erst von der Partei Union et Progrès dazu bestimmt werden, Empörung zu markieren. Bezeichnend hierfür ist unter anderm ein Bericht des Kaiserlichen Konsuls aus Jaffa**, wonach die dortigen Manifestationen lediglich in der Plünderung und Zerstörung einiger griechischer Läden durch Leute bestanden, welche überhaupt nicht wußten, worum es sich eigentlich handelte. Wenn so viel vom Boykott gegen griechische Waren und von Ausweisung aller griechischen Untertanen aus der Türkei gesprochen wird, so ist dies nicht nur dem Komitee, sondern auch allen Gegenerklärungen zum Trotz der Regierung selbst zur Last zu legen. „Das Ganze ist", so sagte mir Sir Gerard Lowther, „ein ungeheurer Bluff", und diese Auffassung dürfte wohl das Richtige treffen. Die Agence Ottomane bekehrte sich schon zu der Ansicht, daß eigentlich die Hohe Pforte einen Erfolg zu verzeichnen habe.

Während also die Türkei auf dem besten Wege war, die neue Kretaniederlage und die wenig freundliche Haltung der Schutzmächte schließlich als etwas Unvermeidliches hinzunehmen, veröffentlichte die „Neue Freie Presse" die Unterhaltung Seiner Majestät des Königs von Griechenland mit Herrn Münz***. Dieses Interview hat hier wie eine Bombe eingeschlagen.

---

* Der türkische Thronfolger Prinz Yussuf Izzeddin weilte vom 4. bis 8. Juni in Wien, wo er mit Erzherzog Franz Ferdinand und Graf Aehrenthal, sowie dem soeben aus Bosnien zurückgekehrten Kaiser Franz Joseph zusammenkam.

** Rößler.

*** Die „Neue Freie Presse" veröffentlichte am 5. Juni 1910 unter dem Titel „Bei der griechischen Königsfamilie in Korfu" einen ausführlichen Bericht ihres Redakteurs Münz über Empfänge durch die griechische Herrscherfamilie in Korfu. Danach hatte sich König Georg in scharfen Worten über die türkischen Maßnahmen auf Kreta ausgesprochen und mit den Worten geschlossen: „Betreffs Kretas gibt es kein Schweigen. Die einzig wirkliche Lösung wäre die Annexion."

Der vom König dem Prinzen Georg* gemachte Vorwurf, die Türkenherrschaft habe für Kreta nicht das geringste geleistet, wird schon bitter empfunden; aber die Erklärung, die Einverleibung der Insel in Griechenland sei eine Notwendigkeit, streift die Grenzen dessen, was der Jungtürke ertragen kann. Bei dem ernsten Charakter und der Zuverlässigkeit des hier bekannten Dr. Münz dürfte einem Dementi dieser Veröffentlichung kaum geglaubt werden.

Durch diesen bedauernswerten Vorfall haben sich die Beziehungen in unerwarteter Weise verschlechtert. In einem mir von privater Seite vertraulich zur Verfügung gestellten Schreiben des Großwesirs wird der Kriegsminister aufgefordert, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, da Griechenland durch Sendung von Schnellfeuergeschützen an die Grenze die Kriegsrüstungen begonnen habe. Daß die Rückkehr Mahmud Schewket Paschas aus dem noch nicht ganz beruhigten Albanien mit diesen Vorgängen zusammenhängt, ist nicht ausgeschlossen. Die Lage ist somit fast so bedenklich wie vor einem Jahre[2]. Griechenland würde gut tun, den Bogen nicht zu überspannen, sondern einen Krieg zu vermeiden, den im Grunde ihres Herzens auch die Türkei nur ungern beginnen möchte[3].

Doch nicht nur gegen Griechenland, auch gegen England ist man hier sehr mißgestimmt. Die Presse kann sich über die Haltung der englischen Regierung nicht beruhigen und fängt an, sich selbst wegen ihrer früheren Vorliebe für Großbritannien zu tadeln. Da England plötzlich als verräterisch erkannt worden ist, „obwohl man den englischen Botschafter sogar mit Beifallklatschen öffentlich geehrt habe", und da Rußland ganz plötzlich wieder als Erbfeind gilt, so wenden sich die Sympathien uns zu. Die Diplomaten werden aufgefordert, die früheren Fehler gut zu machen und nur dort Freunde zu suchen, wo wirkliche Interessengemeinschaft sei.

Wir haben keinen Grund, diese günstige Stimmung unbeachtet zu lassen, noch weniger aber, ihr nach den Erfahrungen seit der Revolution allzu sehr zu vertrauen[4]. Miquel

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Jedenfalls nicht Creta!

[2] ganz genau dieselbe

[3] und sie den Mächten gegenüberstellen würde

[4] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

An Oesterreich muß die Türkei heran! Militärabkommen von Armee zu Armee, kein diplomatisches, da der Türk[ischen] Regierung (Comité) nicht zu trauen, und sie schon mit dem Offizirkorps schlecht steht. Wir stehen im II. Treffen dahinter.

---

* Oberkommissar von Kreta 1898—1906.

Nr. 9710

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 285 Paris, den 12. Juni 1910

Nach einer vom Quai d'Orsay stammenden Information ist Herr Pichon sehr verstimmt über die Haltung Englands gegenüber seinem Kretavorschlag*. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die französisch-englischen Beziehungen eine gewisse Trübung erfahren hätten[1].

In Kreisen der hiesigen russischen Botschaft sieht man, wie ich von journalistischer Seite höre, der weiteren Entwicklung der kretensischen Krise mit großer Besorgnis entgegen und befürchtet direkt Komplikationen für Rußland selbst.

Lancken

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut

Nr. 9711

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 Athen, den 14. Juni 1910

Nach vertraulicher Mitteilung des Vertreters einer Schutzmacht hat Frankreich, ohne vorher die übrigen Schutzmächte zu sondieren, vor einigen Tagen den Zusammentritt einer Konferenz zur Feststellung eines definitiven Status für Kreta in London, Rom und Petersburg angeregt. Angeblich haben Italien und Rußland zugestimmt, während die englische Antwort noch aussteht. Die Indiskretion der Agenturen über die vorgeschlagene Konferenz ist nach der Meinung meines Gewährsmanns erfolgt „pour forcer la main à l'Angleterre".

Wangenheim

Nr. 9712

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 Athen, den 15. Juni 1910

Französischer Gesandter** gab Naby Bey soeben Kenntnis von einem Telegramm Pichons, wonach England Konferenzidee als verfrüht zurückgewiesen habe. Französischer Gesandter hinzufügte, daß England Verantwortung für alles Weitere nunmehr allein zu tragen habe.

Wangenheim

* Vgl. das folgende Schriftstück.
** Deville.

Nr. 9713

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 179 St. Petersburg, den 16. Juni 1910

Turkhan Pascha* teilte mir mit, er sei von seiner Regierung angewiesen worden, hier zu erklären, wie die Pforte dies auch bei den anderen Schutzmächten getan habe, daß, falls die von Frankreich vorgeschlagene vorbereitende Konferenz der Vertreter der Schutzmächte zur Beratung der kretischen Frage in London stattfände, die Türkei den Wunsch habe, bei diesen Beratungen ebenfalls durch ihren Botschafter vertreten zu sein. Falls aber statt der vorbereitenden Botschafterkonferenz eine allgemeine Konferenz ins Auge gefaßt werden sollte, müsse die Türkei Wert darauf legen, daß eine solche Konferenz in Konstantinopel zusammentrete.

Als mein türkischer Kollege sich vor einigen Tagen dieses Auftrages entledigen wollte, gab Herr Iswolsky eine ausweichende Antwort. Auf eine erneute Anregung der Sache seitens Turkhan Paschas erwiderte der Minister gestern, die Frage sei gegenstandslos geworden, da der ganze Konferenzgedanke infolge des Widerspruchs von England fallen gelassen worden sei.

Bei der ersten Unterredung hatte sich Herr Iswolsky, wie mir der türkische Botschafter vertraulich erzählte, sehr für den Gedanken der vorbereitenden Konferenz in London ausgesprochen und die russische Zustimmung zu einer solchen Konferenz damit motiviert, daß der Gedanke praktisch erscheine, da durch die Konzentrierung der Besprechungen an einen Ort viel Zeit gewonnen würde. Um so erstaunter war Turkhan Pascha, gestern aus dem Munde des Herrn Iswolsky zu hören, die Bedenken Englands gegen die Konferenz entbehrten nicht der Begründung, „da die Sachlage zu ernst sei, um durch vorbereitende Botschafterkonferenzen Zeit zu verlieren".

Die Haltung Englands flößt meinem türkischen Kollegen tiefes Mißtrauen ein[1]. Er kann sich diese Haltung nicht anders erklären, als daß anläßlich des Aufenthalts des Königs von Griechenland in England mit diesem Besprechungen stattgefunden haben, bei denen der König von Griechenland für den Fall der Annexion Kretas den Engländern die Sudabai in Aussicht gestellt hat.

Mir gegenüber sprach sich Herr Iswolsky heute sehr unzufrieden über die neueste Entwickelung der Kretafrage aus. Er hält die Lage für kritisch und die Wiederbesetzung der Insel für das einzige Mittel, weiteren Komplikationen vorzubeugen[2].

F. Pourtalès

---

* Türkischer Botschafter in Petersburg.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Mit Recht
2 damit England Sudabai nicht nehmen kann!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Iswolski fürchtet den von England ersehnten Schlamassel im Orient. Dabei würde England Sudabai, Egypten, Arabien, Mesopotamien raffen, und Russland die Dardanellen zu nehmen gestatten. Da aber Iswolski weiß, daß Russland jetzt völlig unfähig ist, auch mit den Stambul besetzt haltenden Türken mit Aussicht auf Erfolg zu fechten, so will er die Auftheilung hinausschieben, und um das zu ermöglichen will er Russ[ische] Truppen in Creta halten, die ein Vorzeitiges nehmen von Sudabai seitens Englands verhindern sollen.

Nr. 9714

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 495 London, den 17. Juni 1910

Eine der hiesigen türkischen Botschaft nahestehende Persönlichkeit äußerte, die Rede Sir Edward Greys über Kreta* werde in Konstantinopel mit Befriedigung aufgenommen werden. Sie sei so günstig, als man nach den Umständen hätte erwarten können.

Von einer Schwenkung in der Haltung der englischen Regierung könne man nicht reden. Sir Edward Grey habe schon vor einer Reihe von Monaten dem diplomatischen Vertreter der Türkei fast wörtlich dasselbe gesagt, was er jetzt in seiner großen Rede wiederholte. Die türkische Diplomatie halte Sir Edward Grey für durchaus ehrlich und halte auch das von ihm ausgehende Dementi, daß Seine Majestät der König keinen Einfluß auf den Gang der amtlichen Kretapolitik genommen habe, für sachlich berechtigt. Eher glaubt man, daß Sir Arthur** Hardinge, der in den früheren Phasen der englischen Kretapolitik eine ausschlaggebende Rolle gespielt habe, stets bestrebt gewesen sei, den philhellenischen Tendenzen Ihrer Majestät der Königinmutter Alexandra durch seine Politik möglichst entgegenzukommen. Wie mein Gewährsmann ausführte, sei die Befriedigung der Türkei natürlich nur eine relative. Wirklich befriedigt könne die Türkei nur werden durch eine endgültige Lösung der Frage, durch welche Griechen und Kretern ein für allemal die Hoffnung auf politische Ver-

* Am 15. Juni hatte Sir E. Grey im Unterhause auf eine Anfrage Gibson Bowles erwidert, daß die Schutzmächte eindringliche Kollektivnoten an die kretische Regierung mit der Aufforderung, Übergriffe gegen muselmanische Beamte oder Abgeordnete bei Gefahr eines Einschreitens der Schutzmächte zu vermeiden, gerichtet hätten. Nach Sir E. Grey suchte die englische Politik die Suzeränität des türkischen Sultans aufrechtzuerhalten, die muselmanische Bevölkerung zu schützen und gleichzeitig die Gewähr zu schaffen für eine gute Regierung der Insel unter einem autonomen Regime.

** Offenbar verschrieben für „Charles".

einigung genommen würde[1]. Die von englischer Regierungsseite geltend gemachten Gründe gegen die Opportunität einer definitiven Lösung im gegenwärtigen Moment würden sowohl vom Herrn Cambon, dem die Pflege der entente cordiale sehr am Herzen liege, wie von Marquis Imperiali*, welcher die Gelegenheit benutzen wolle, um sich bei der englischen Regierung eine gute Stellung zu machen[2], mit Eifer verfochten. Sie seien aber deshalb durchaus nicht stichhaltig. Die Schutzmächte hätten den Kretern bisher alles durchgehen lassen, und es sei wenig wahrscheinlich, daß sie in Zukunft größere Energie aufwenden würden, um die ewigen Zwischenfälle im Keime zu ersticken, durch welche die Kreter die Frage der türkischen Suzeränität immer wieder aufzurollen verstünden. Die Forderung der Türkei sei einfach und logisch, sie verlange, endgültig von der irritierenden kretischen Frage befreit zu werden. Weigerten sich die Mächte, wie dies den Anschein habe, eine endgültige Lösung herbeizuführen, so hätten sie dafür umsomehr die moralische Pflicht, die Entstehung solcher aufreizender Zwischenfälle eventuell mit Gewalt zu verhindern[3]. Bei einer endgültigen Lösung sei die Türkei bereit, vernünftigen Wünschen so weit als tunlich entgegenzukommen, insbesondere die Kretenser handelspolitisch aufs günstigste zu stellen und jeden, auch griechischen Kommissar, Präsidenten, oder wie man sonst das Oberhaupt des autonomen Kreta nennen wolle, anzuerkennen, solange dieser kein Untertan des Königs Georg sei[4].

Die türkischen Diplomaten hier sind sich über die letzten Ziele der englischen Kretapolitik nicht im klaren[5]. Es wird auf dem angedeuteten Umweg über Sir A. Hardinge ein Hereinspielen dynastischer Wünsche angenommen, zugleich auch dem Glauben Ausdruck gegeben, daß England keine definitive Lösung begünstigen werde, bevor es sich über die Zukunft des neuen Regimes in der Türkei ein endgültiges Urteil gebildet habe[6]. Konsolidiere sich dieses, so würde wohl Autonomie unter Berücksichtigung türkischer Wünsche das Ende sein; entwickelten sich die inneren Zustände des Osmanenreiches ungünstig, so dürften wohl die philhellenischen Tendenzen die Oberhand behalten. Hier sind keine Anzeichen dafür bekannt, daß die englische Regierung versucht habe, die Kretapolitik als Druckmittel zu benützen, um das türkische Kabinett in anderen Fragen (Mesopotamien) gefügig zu machen. Wie mein Gewährsmann hinzufügte, hätte von seiten des englischen Botschafters doch irgend ein Wink gegeben werden müssen, welcher einen solchen Zusammenhang andeutete. Dies sei seines Wissens nicht geschehen.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Eine solche Lösung wird niemals kommen! Los werden die Türken Creta doch!

[2] Schuster

---

* Seit 2. Juni 1910 italienischer Botschafter in London.

[3] So muß die Türkei persönlich selbst ohne die 4 Maechte die Sache in Ordnung bringen und das wäre bei weitem das Beste
[4] wenn er Grieche ist fühlt er sich als solcher doch
[5] Sudabai
[6] das auch richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Es ist und bleibt ein Blödsinn, das ein Stück Türkischen Gebiets — dessen Bewohner schon lange von den Türken nichts mehr wissen wollen — von 4 fremden Mächten in Ordnung zu halten versucht wird, weil die Obermacht selbst nicht mit fertig werden kann! Seit wann verwaltet man als Fremder in Comitéform Staatsgebiet anderer Länder, die mit den Refraktären Unterthanen nicht fertig werden!? Ebenso könnten: Oesterreich und Wir für Russland Polen verwalten, oder: Schweden, Dänemark und Wir die Ostseeprovinzen und Finnland für Russland besetzt halten müssen! Das wäre Hirnverbrannt! Genau so ist es mit Creta! Entweder die elenden Jungtürken werden mit Creta fertig, durch Landung Türkischer Besatzungstruppen, und dann können sie den Cretensern und Griechen diktiren. Oder sie geben es auf, und überlassen es den Cretern und Griechen sich zu debrouilliren. Aber so und sovielen Großmächten zuzutrauen, für sie (Türken) Creta zu administriren ist einfacher Blödsinn! Damit geben sie es verloren!

Nr. 9715

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 216 Therapia, den 25. Juni 1910

Da die Türkei noch keinen Anschluß an eine der großen europäischen Mächte gefunden hat und andererseits auf den guten Willen der Großmächte mehr als irgend ein anderer Staat angewiesen ist, so erklärt es sich, daß Sympathieschwankungen auf dem Gebiete der äußeren Politik in Konstantinopel an der Tagesordnung bleiben. Im Vordergrund steht hierbei stets der englisch-deutsche Interessengegensatz, mit welchem hier als einer unabänderlichen Tatsache gerechnet zu werden pflegt.

Nachdem neuerdings die Kretafrage eine akutere Form angenommen, hat sich in der Presse und im Parlament, mit einiger Einschränkung möchte ich auch sagen im Kabinett selbst, ein Umschwung in der Wertschätzung der Mächte vollzogen. Frankreich hat hierbei am besten abgeschnitten. Es hat zu diesem Zweck die philhellenischen Liebhabereien des Herrn Clemenceau ganz über Bord geworfen[1] und brüstet sich nicht wenig mit seinem Vorschlage, Kreta eine endgültige Verfassung unter Wahrung der türkischen Rechte zu gewähren. Dieser Haltung entsprechen auch die allgemein auffallenden Bemühungen der französischen Botschaft um die Gunst der Jungtürken, welche mit Rücksicht auf die nächste Anleihe alles Interesse daran haben, die Freundlichkeiten zu erwidern. Man kann wohl sagen, daß in diesem Augenblick die Franzosen hier die

beliebteste Nation sind, ohne daß dies jedoch bisher materiell irgendwie zum Ausdruck gekommen wäre.

Italien hat sich bemüht, in der Kretaangelegenheit einen tüchtigen Anlauf zu nehmen, um hier zu gefallen; es tritt jedoch ähnlich wie im Vorjahre ganz wieder zurück, da es zu einer bedeutenden politischen Rolle an Bosporus nicht genügend Gewicht besitzt.

Rußland wurde verdächtigt, allzuviel Rücksicht auf die griechische Königsfamilie zu nehmen. Es hat sich jedoch durch die letzten Vorschläge gegen diesen Vorwurf sichern wollen und läßt nun in der Presse ausposaunen, welch strenge Maßnahmen es gegen die Kreter durchsetzen will.

Das enfant terrible für die Türkei in der Kretaangelegenheit bleibt England. Da es bei seinem Widerspruch gegen eine endgültige Regelung der Lage, wie sie von Rifaat als erforderlich und von Herrn Pichon als wünschenswert bezeichnet worden war, beharrt, so hat es den Zorn eines Teiles der türkischen Bevölkerung auf sich geladen, worauf es dann wieder mit scharfer Kritik an der jungtürkischen Wirtschaft antwortete. Einige Streitigkeiten in Kueit, zahlreiche Kriegsschiffe an der Küste Arabiens, mißtrauische Beobachtungen des Willcocks-Personals durch den Wali von Bagdad haben die Stimmung nicht verbessert. Heute lenkt England wieder ein, wenn auch nur mit mäßigem Eifer. Die alte Begeisterung für England ist nicht zurückgekehrt, obwohl Rifaat Pascha sein möglichstes dazu tut. Dafür glaube ich aber sagen zu können, daß der Respekt vor England noch gewachsen ist; von neuem hat die Türkei gesehen, daß die großen Entscheidungen in London fallen. Das englische Kabinett wünscht keine endgültige Lösung, und damit hat es trotz aller türkischen Wünsche sein Bewenden.

Geht es mit England nicht gut, so glaubt der Türke uns den Hof machen zu sollen. Dieses Mal haben „Jeune Turc", „Jeni Gazeta" und selbst „Tanin" so plötzlich ihr deutsches Herz entdeckt, daß man sich des Verdachtes nicht erwehren kann, daß all die Freundlichkeiten nur dem Wunsche, England zu ärgern, entspringen. Diese sogenannten deutschfreundlichen Artikel haben als Charakteristikum lange entschuldigende Einleitungen, in welchen dargelegt wird, daß die Abneigung des freiheitlichen türkischen Volkes gegen das reaktionäre hamidische Deutschland an sich sehr begreiflich sei, daß man jedoch die Uneigennützigkeit des nicht an die Türkei angrenzenden Deutschen Reiches nicht übersehen dürfe. Schließlich wird unser Eingreifen zur Errettung aus der Kretanot gewünscht. Es ist ein Glück, daß wir hierauf nicht einzugehen brauchen[2]. Nachdem nun die Verweigerung einer endgültigen Lösung durch England feststeht, kann vorerst keine Rede mehr davon sein, Deutschland in die Wirren hineinzuziehen. In dieser Zurückhaltung werden wir, ohne auch nur die Hand zu rühren, einige Sympathien bei dem heutigen Regime gewinnen, welches von England eine Enttäuschung nach der anderen erlebt. Das Gesamtbild hat sich seit den Tagen der Revolution schon zu unseren Gunsten verschoben. Wollen wir in dieser Richtung weiterarbeiten, so

haben wir für den Augenblick durch den Verkauf eines so dringend vom Ministerium erbetenen modernen Kriegsschiffes ein Mittel in der Hand[3]*.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Arme Hellenen!
[2] richtig
[3] Der Modus dazu ist von uns in Stambul vorgeschlagen!
Es kann geschehen, die Türken brauchen blos zuzugreifen.

Nr. 9716

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 Athen, den 29. Juni 1910

Mit Bezug auf am 26. Juni in Konstantinopel überreichte Note** sprechen Vertreter der Schutzmächte sich Griechen und meinem türkischen Kollegen gegenüber dahin aus, daß Lösung der Kretafrage nunmehr ausschließlich von Deutschland und Österreich abhänge. Ich wende mich gegen die uns zugemutete Rolle, indem ich Mutmaßung ausspreche, daß die Kaiserliche Regierung kaum vor Kenntnisnahme des zwischen der Türkei und Schutzmächten zu vereinbarenden Konferenzprogramms Entschließungen treffen werde.

Konferenz würde im günstigsten Falle mit einer Autonomieerklärung Kretas unter der Garantie der sechs Mächte endigen. Kretenser würden sich mit der Autonomie keinenfalls begnügen, sondern fortfahren, Annexion zu betreiben. Die Mächte würden vielleicht sehr bald zur Wiederbesetzung der Insel genötigt sein, wovon Deutschland sich dann nicht mehr ausschließen könnte. Soweit sich von hier aus beurteilen läßt, bezweckt Konferenzidee keineswegs definitive Lösung, die unmöglich scheint, sondern nur Hineinziehung Deutschlands in die Schwierigkeiten und Gegensätze der anderen Mächte. Der für uns günstigste Fall wäre, daß die Mächte noch vor der Konferenz durch die Haltung der Kretenser zur Reokkupation gezwungen würden, womit Frage für einige Jahre aus der Welt geschafft würde.

Wangenheim

Schlußbemerkung Freiherrn von Schoens:
Wie mir Freiherr von Flotow*** mitteilt, hat auch Graf Aehrenthal den Eindruck, daß uns die Schutzmächte jetzt nur in die Sache hineinziehen wollen. Graf Aehren-

* Vgl. dazu Kap. CCXII, Anhang B.
** In der am 26. in Konstantinopel überreichten Kollektivnote der Schutzmächte war unter anderem der Türkei der Rat gegeben, sich an die Berliner Kongreßmächte zu wenden, falls sie den Moment zur endgültigen Regelung der Kretafrage für gekommen erachte.
*** Österreich-ungarischer Botschaftsrat in Berlin.

thal hält es daher für gut, daß wir, wenn uns eine Gelegenheit dazu geboten wird, etwa durch Mitteilung des Notentextes, unsere Erklärung vom vorigen Jahr* wiederholen. Bietet sich keine Gelegenheit, so wäre er auch bereit, die Erklärung aus eigener Initiative zu geben.

Ich habe Freiherrn von Flotow gesagt, daß wir diesen Standpunkt teilen. Es wäre uns erwünscht, wenn sich eine Gelegenheit zur Wiederholung unserer vorjährigen Erklärung biete. Eventuell wären wir bereit, uns mit Wien über eine aus eigener Initiative entspringende Wiederholung zu verständigen.

v. Sch. 29/6

Nr. 9717

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Therapia, den 30. Juni 1910

Hakki Pascha sprach sich recht befriedigt über die letzte Kretanote aus und meinte, es scheine so, als ob nun auch Deutschland und Österreich-Ungarn auf das Schicksal der Insel einwirken würden. Ich habe freundlich ausweichend geantwortet, daß ein dahin lautender Antrag der Türkei noch nicht gestellt sei und wir, nachdem wir uns von den Beratungen über die Verwaltung der Insel zurückgezogen hätten, wohl nur mitreden würden, falls eine weitergehende Änderung in der Stellung der Insel zur Erwägung stände[1]**. Der Großwesir machte bei dieser Gelegenheit einige sehr anerkennende Bemerkungen über das Interesse, welches Deutschland der Türkei stets entgegenbringe, unter welchem Regime sie sich auch befinden möge.

Offenbar steht die Pforte vor dem Entschluß, ob sie sich schon bald oder erst später der Anregung der Schutzmächte folgend an die Berliner Kongreßmächte wenden soll.

Miquel

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Richtig

Nr. 9718

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 80 Berlin, den 1. Juli 1910

Auf Telegramm Nr. 130*** und 131†.

Mit Euer Hochwohlgeboren Antwort an Hakki Pascha einverstanden. Wir beharren auf bisherigem Standpunkt, wonach unsere Mitwirkung an

* Vgl. Kap. CCVIII, Nr. 9646.
** Nach einem weiteren Telegramm Miquels vom 1. Juli (Nr. 131) hatte Hakki Pascha von Markgraf Pallavicini eine analoge Antwort erhalten.
*** Siehe Nr. 9717.
† Vgl. Nr. 9717, Fußnote **.

endgültiger Regelung der Kretafrage nur dann erforderlich, wenn derzeitiger Status auf Insel geändert, das heißt Souveränität der Türkei in Frage gestellt werden sollte. Jede Regelung der Kretafrage zwischen Pforte und Schutzmächten, die derzeitiger staatsrechtlicher Stellung der Insel Rechnung trägt, kann im voraus auf unsere Billigung rechnen.

Bitte demgemäß im Einvernehmen mit Markgraf Pallavicini Ihre Sprache eventuell auch vertretern der Schutzmächte gegenüber regeln.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9719

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 66 Berlin, den 6. Juli 1910

Türkischer Botschafter fragte gestern vertraulich, welche Haltung wir gegenüber eventuellem türkischen Wunsch nach deutscher Beteiligung an Lösung Kretafrage beobachten würden. Ich äußerte mich im Sinne Erlaß 871*. Heute verlas Nisami Pascha Instruktion der Pforte, worin entsprechender Wunsch verlautbart wird. Auf meine Bemerkung, daß wir an bisherigem für Pforte überaus freundlichen Standpunkt festhalten, erwiderte der Botschafter, daß er seine Vorstellung nicht als amtliche Demarche behandelt sehen möchte. Er wolle zunächst weitere Instruktion aus Konstantinopel erbitten.

Bitte dies dort verwerten. v. Schoen

Nr. 9720

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 88 Berlin, den 19. Juli 1910

England anregt Vorstellung der sechs Vertragsmächte bei Pforte gegen Boykott griechischer Schiffe und Waren**. Bitte drahten, ob genügend Grund zur Demarche vorliegt und türkische Empfindlichkeit dadurch nicht besonders verletzt werden würde.

v. Schoen

* Erlaß Nr. 871 vom 1. Juli gab den Erlaß nach Konstantinopel Nr. 80 (siehe Nr. 9718) wieder.

** Es war durch ein in Berlin am 18. Juli überreichtes englisches Aide-mémoire geschehen.

Nr. 9721

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 Therapia, den 19. Juli 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 88*.

Auf Grund unserer Konsularberichte scheint mir kein Anlaß zu der von England vorgeschlagenen Demarche zu bestehen. Deutsche Interessen wurden fast garnicht berührt, der Fall in Jaffa ist erledigt. Da die türkische Empfindlichkeit durch den Schritt der sechs Mächte jedenfalls verletzt werden würde, so könnte er sich nur durch die Befürchtung rechtfertigen lassen, daß Griechenland bei andauerndem Boykott zu den Waffen greifen werde. Eine solche Gefahr scheint mir nicht vorzuliegen. Wenn auch der Boykott in Konstantinopel und Salonik noch fortgesetzt wird, so hat er doch im ganzen keine sehr scharfen Formen angenommen. Zu nennenswerten Unruhen ist es nicht gekommen, obwohl, wie mir Herr Gryparis öfters klagte, viele griechische Familien dem Bankerott entgegengingen**.

Miquel

Nr. 9722

Der Geschäftsträger in Wien Graf Oberndorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Wien, den 21. Juli 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 70***.

Herr von Müller† sagt mir, englischer Botschafter habe hier gleichen Antrag gestellt und sich dabei sehr alarmiert gezeigt wegen angeblicher aggressiver Absichten der Türkei. Türkische Erregung gegen Griechenland lasse sich nicht mehr durch Kretafrage erklären, da Türkei durch letzte Note der Schutzmächte „satisfaction complète" erhalten, sondern betreffe weitgehende griechische Agitation in Mazedonien, über die Rifaat Pascha englischem Botschafter in Konstantinopel klagte.

Man erblickt in englischer Demarche hier neues Manöver, um Österreich und Deutschland in Kretafrage zu verwickeln. Graf Aehrenthal hat

---

* Siehe Nr. 9720.

** Auf Grund des Miquelschen Telegramms wurde Graf Metternich durch Erlaß vom 22. Juli (Nr. 1327) angewiesen, der englischen Regierung zu erklären, daß zu Vorstellungen der Vertragsmächte in Konstantinopel kein genügender Grund vorliege.

*** Durch Telegramm Nr. 70 war das Telegramm Nr. 143 aus Konstantinopel (siehe Nr. 9721) nach Wien mitgeteilt worden.

† Erster Sektionschef im österreich-ungarischen Ministerium des Äußern.

daher englischem Botschafter antworten lassen: ob letzte Kretanote „satisfaction complète" für die Pforte, entziehe sich der hiesigen Beurteilung, jedenfalls sehe man hier Boykott lediglich als Teil der Kretafrage an, in die Österreich sich bekanntlich nicht mische. Schritte bei der Pforte könnten für österreichische Regierung nur in Frage kommen, wenn Friede bedroht werden sollte.

Oberndorff

Nr. 9723

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 610 London, den 25. Juli 1910

Die Angelegenheit, betreffend Vorstellungen der sechs Vertragsmächte in Konstantinopel gegen den Boykott griechischer Schiffe und Waren, habe ich auftragsgemäß* mit Sir Edward Grey heute besprochen.

Der Minister bemerkte, er habe schon eine ähnliche Antwort vom Grafen Aehrenthal erhalten. Unter diesen Umständen werde er seiner Anregung keine weitere Folge geben. Er selbst habe auch nicht eine direkte Kriegsgefahr seitens Griechenlands vorangestellt. Er befürchte aber, daß aus der Boykottbewegung griechisch-türkische Zwischenfälle entstehen könnten, welche eine solche Gefahr näher rücken würden, insbesondere da auch die Zustände in Mazedonien eine gefährliche Verschärfung der türkisch-griechischen Beziehungen befürchten ließen. Durch eine Erklärung der sechs Mächte in Konstantinopel, betreffend den Boykott, und zugleich in Athen, betreffend Mazedonien, würde seiner Ansicht nach die Gefahr von Verwicklungen auf dem Balkan sich verringert haben.

Ich erwiderte, der Balkan sei allerdings ein an Zwischenfällen reiches Land, es sei aber wohl ebenso richtig, abzuwarten, bis sie entständen, ehe man sich mit ihnen befaßte. Da auch nach seiner Ansicht keine direkte Kriegsgefahr aus der Boykottbewegung zwischen Griechen und Türken vorhanden sei, und da, wie er soeben bemerkt habe, auch die Bulgaren sich ruhig verhielten und die Bevölkerung in Mazedonien mit der bevorstehenden Ernte beschäftigt sei, so seien Demarchen der Mächte für den Augenblick wohl kaum dringlich.

Sir Edward Grey kam darauf zurück, daß die Gegensätze in Mazedonien sich zuspitzten und voraussichtlich in nicht allzu langer Zeit wieder zu einer Gefährdung des Friedens im Balkan führen würden. Die türkische Armee sei zwar besser organisiert und schlagkräftiger als früher, zugleich habe aber auch die bulgarische Armee Fortschritte gemacht. Der Gegensatz der griechischen, bulgarischen und türkischen Bevölkerung in

* Vgl. Nr. 9721, Fußnote **.

Mazedonien könne daher jetzt unter Umständen einen um so gefährlicheren Charakter annehmen.

Ich bemerkte darauf, da die türkische Armee besser und stärker sei als früher, werde sie um so eher in der Lage sein, Ordnung in den mazedonischen Wilajets zu schaffen. Die Türken schienen aber nicht alle schwierigen Fragen in ihrem weiten Reiche zu gleicher Zeit anzufassen. Nachdem sie, wie es scheine, ihre Autorität in Albanien nun bald wiederhergestellt haben würden, auch in Arabien, dürften sie schon Zeit finden, sich mit Mazedonien zu beschäftigen und dort die Ruhe aufrecht zu erhalten, falls es erforderlich sei. Der Minister erwiderte hierauf, das türkische Heer könne nur im Verein mit einer guten Verwaltung in Mazedonien Ordnung schaffen.

Während der letzten kretensischen Krisis hätte sich Griechenland vollkommen ruhig verhalten. Trotzdem habe die Nervosität der Türken sich hauptsächlich gegen Griechenland gewendet, zum Teil wohl nicht unabsichtlich, um in Albanien freiere Hand zu bekommen.

P. Metternich

Nr. 9724

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 23. August 1910

Der türkische Botschafter hat mir heute längere Zeit über Kreta gesprochen. Er kam allmählich mit dem Gedanken heraus, wir und Österreich sollten einem etwaigen türkischen Vorschlag über definitive Regelung der Lage auf Kreta zum voraus unsere Zustimmung geben, damit die Schutzmächte, wenn die Türkei mit ihrem Vorschlag an sie heranträte, nicht erwidern könnten, es sei dazu auch die Zustimmung der genannten zwei Mächte erforderlich.

Ich habe dem Botschafter erwidert, meo veto würde ein türkischer Vorschlag durch unsern und den österreichischen Stempel den vier Schutzmächten nicht annehmbarer. Die Türkei möge also ruhig einen etwaigen Vorschlag den vier Schutzmächten unterbreiten; würden diese dann die vom Botschafter erwartete Antwort geben, könnten wir weiterreden. Der Botschafter hat nach dieser fin de non-recevoir nicht weiter insistiert.

Wenn Euere Exzellenz nicht anders bestimmen, werde ich mich auch weiterhin gegen jeden türkischen Versuch, uns in die Kretasache hineinzuziehen, höflich ablehnend verhalten.

Kiderlen

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf des Schriftstücks: Einverstanden. v. B. H. 25.

Nr. 9725

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 118 Athen, den 29. Dezember 1910

Die Geschichte wird den vier Schutzmächten dereinst nicht das Zeugnis ausstellen können, daß sie bei der Behandlung der Kretafrage durch große und weise Gedanken geleitet gewesen seien[1]. Ihr Verhalten ist einigermaßen verständlich, so lange sie ihren Plan, Kreta auf dem Wege einer schmerzlosen Operation allmählich von der Türkei zu trennen und dann mit Griechenland zu vereinigen, für durchführbar halten konnten. Diese Periode fand ihren Abschluß mit dem Momente, wo die junge Türkei die kretische Frage zu einer nationalen Angelegenheit erklärte. Der türkische Chauvinismus nötigte die Schutzmächte, zwischen der Türkei und Griechenland zu wählen. Sie entschieden sich für das Land, in welchem sie die größeren Interessen besaßen. Damit war die Annexionsfrage ad calendas graecas vertagt. Den Mächten blieb bezüglich Kretas nur die eine Aufgabe übrig, zu verhindern, daß wegen der Insel ein Krieg zwischen der Türkei und Griechenland ausbreche. Zur Erreichung dieses Zweckes gibt es ein sicheres Mittel: die militärische Besetzung der Insel. Eine solche konveniert der Türkei und zwingt Griechen und Kretenser, sich wegen ihrer nationalen Wünsche an die Schutzmächte zu halten. Kreta hört damit auf, ein Kampfobjekt zwischen der Türkei und Griechenland zu sein. Nun war, als der Wechsel in der Türkei eintrat, die Insel noch von den Schutzmächten besetzt. Wäre sie es nicht gewesen, so wäre die Okkupation durch die veränderte Lage notwendig geworden. Statt dessen haben die Schutzmächte im Juli v. Js. die Insel auf Vorschlag Englands geräumt. Daß die Zurückziehung der Truppen ein schwerer politischer Fehler war, ist durch die Ereignisse bewiesen worden. Die Kreter haben in derselben einen Erfolg und eine Aufforderung zur weiteren Betreibung der Annexion erblickt. Als letztere keine Fortschritte machte, wurde die griechische Dynastie und deren Berater dafür verantwortlich gemacht. Daraus ist die griechische Revolution, daraus die Spannung in den türkisch-griechischen Beziehungen entstanden[2], die bis zum heutigen Tage eine Kriegsgefahr in sich birgt.

Jetzt haben die Schutzmächte ihre Hoffnungen auf Veniselos gesetzt*. Sie erwarten von dem Berufsrevolutionär, daß er der Revolution in Griechenland ein Ende bereiten werde, und sie sehen den Mann, welcher sein ganzes Leben lang für die Annexion gekämpft hat, als besonders geeignet an, das Vertrauen zwischen Konstantinopel und Athen wiederherzu-

* Am 18. Oktober war Veniselos nach dem Rücktritt des Kabinetts Dragumis zum griechischen Ministerpräsidenten ernannt worden.

stellen. Maßnahmen, welche auf den ersten Blick paradox erscheinen, sind nicht immer ohne Erfolg geblieben. So hat Spanien die Sicherheit auf den andalusischen Eisenbahnen wiederhergestellt, indem es die Räuberhäuptlinge zu Stationsvorstehern ernannte[3]. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß der Versuch, den die Mächte jetzt mit Veniselos machen, glückt. Nur müssen sie einige Geduld haben. Ihr Zorn darüber, daß die Türkei nicht unmittelbar nach der Ernennung Veniselos' zum Ministerpräsidenten dem griechischen Boykott ein Ende bereitet hat, ist kaum berechtigt. Veniselos hat die Regierung mit der verheißungsvollen Erklärung angetreten: „Es gibt für Griechenland keine Kretafrage." Die Schutzmächte tun so, als ob sie die Erklärung des Kretensers au pied de la lettre nähmen. Die logische Folge wäre, daß sie Veniselos die Durchführung seiner friedlichen Absicht erleichterten, das heißt dafür sorgten, daß die Kreter selbst Ruhe hielten. Statt dessen haben die Mächte der kretischen Regierung ihre letzte Note an die Pforte, in welcher die souveränen Rechte der Türkei auf der Insel neu bestätigt wurden, amtlich notifizieren lassen[4]. Damit haben die Schutzmächte abermals einen groben Fehler begangen. Die Tatsache der Notifikation, wenn auch nicht deren Inhalt, stellt für die Kreter ein Novum dar und erscheint ihnen als ein Rückschritt in der Frage der Annexion. Die Nachrichten aus Kreta lassen erkennen, welchen niederschmetternden und gleichzeitig erregenden Eindruck die Mitteilung der Mächte auf der Insel gemacht hat. Sie zeigen aber auch, daß der Unwillen des kretischen Volkes sich in erster Linie gegen Veniselos wendet. Letzterer hat, seitdem er in Griechenland eine Rolle spielt, in Kreta an Popularität verloren, während sein Gegner Michaledaki an Einfluß gewonnen hat. Michaledaki ist im Gegensatze zu Veniselos immer der griechischen Dynastie treu ergeben gewesen. Seine Politik hat sich stets in Fühlung befunden mit der hiesigen Politik Theotokis'. Dieser Zusammenhang tritt auch jetzt wieder hervor. Die theotokistischen Blätter machen sich zum Wortführer der kretischen Beschwerden gegen den Ministerpräsidenten und klagen letzteren in kaum verhüllter Weise des Verrats an den kretischen Brüdern an. Die gesamte Presse hat deshalb Aufklärung von Veniselos verlangt. Die halbamtlichen Erklärungen der Regierung beweisen, daß Veniselos bereits nervös wird. Die Schutzmächte haben es also glücklich erreicht, daß die Kretafrage schon jetzt anfängt, die Position ihres Schützlings zu bedrohen. Bei meiner letzten Begegnung mit Veniselos sagte mir dieser, daß er das Spiel seiner Gegner durchschaue. Falls er die von ihm versprochene Reserve in der Kretafrage nicht aufrechterhalten könne, werde er zurücktreten.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sicher nicht

[2] alles durch England

[3] in Tyrol und Steiermark sind die Wilddiebe später Oberförster und Forstmeister

[4] !!

Nr. 9726

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 40 Athen, den 31. Mai 1911

Die Haltung Griechenlands der Türkei gegenüber hat sich seit dem Ausbruche der griechischen Militärrevolution wesentlich geändert. Die Ursache dieser Erscheinung ist der Einfluß, welchen Veniselos als Leiter der Geschicke Griechenlands auf die hiesige öffentliche Meinung allmählich gewonnen hat. Veniselos vertritt bekanntlich die Ansicht, daß Griechenland auf eine ernstliche Unterstützung seiner in der Türkei liegenden Interessen durch die Großmächte nicht mehr rechnen könne und sich deshalb die militärische Kraft aneignen müsse, um später zu dem geeigneten Momente allein oder in Verbindung mit anderen Balkanländern den Kampf mit der Türkei aufnehmen zu können. Veniselos hat das Volk überzeugt, daß Griechenland zur Durchführung dieser Pläne einige Jahre vollkommener Ruhe im Innern und nach außen bedürfe, und daß inzwischen jede Provokation der Türkei vermieden werden müsse. Daß der kluge Kreter selbst an die Möglichkeit späterer kriegerischer Erfolge gegen die Türkei glaubt, bezweifle ich. Er braucht die Ruhe hauptsächlich, um seine eigene Stellung in Griechenland konsolidieren zu können. Das Resultat seiner Politik ist aber jedenfalls, daß die früher üblichen griechischen Beschwerden über die Türkei sich beträchtlich vermindert haben, daß die amtlichen griechischen Organe jetzt eine bescheidene, ja fast demütige Sprache gegenüber der Türkei führen, und daß die antitürkischen Straßendemonstrationen in Athen und die maßlosen Angriffe der griechischen Presse gegen das Jungtürkentum fast gänzlich aufgehört haben.

Je korrekter aber Griechenland sich verhält, um so feindseliger wird die Türkei. Der Boykott griechischer Waren und Erzeugnisse verschärft sich trotz der Vorstellungen, welche die Mächte dagegen erhoben haben. Ja, wie hier nicht nur Griechen, sondern Franzosen, Engländer und Österreicher behaupten, vollzieht sich der Boykott an einigen Plätzen, wie zum Beispiel Smyrna, unter direkter Begünstigung seitens der türkischen Behörden.

Auch die Haltung der türkischen Regierung gegenüber der hiesigen wird täglich aggressiver. So ist der türkische Geschäftsträger* auf den schon vor Monaten beigelegten letzten Grenzzwischenfall, bei welchem zwei türkische Soldaten getötet worden waren, vor einigen Tagen mit der Behauptung zurückgekommen, daß in den beiden Leichen Schrotkörner gefunden worden seien, die auf eine Ermordung der Soldaten durch griechische Bauern hindeuteten. Gleichzeitig hat Halil Bey hier mitteilen

* Halil Bey.

müssen, daß, wenn die griechische Regierung die von der Türkei verlangte schriftliche Aufklärung über die für Thessalien geplante Agrargesetzgebung nicht binnen kürzester Frist erteile, und wenn diese Aufklärung die Türkei nicht befriedige, letztere die Kündigung aller zwischen ihr und Griechenland bestehenden Verträge ins Auge fassen werde. Die griechische Regierung kann eine präzise Antwort hierauf nicht geben, da sie sich über die zu erlassenden Gesetze überhaupt noch nicht schlüssig geworden ist.

Durch solche und ähnliche Vorgänge, zu denen sich auch noch die antigriechischen Meetings in Salonik und anderen mazedonischen Plätzen gesellen, wird hier der Eindruck hervorgebracht, als ob die Türkei nach einem Anlasse suche, um mit Griechenland zu brechen. Die Griechen besorgen, daß die Türkei über sie herfallen wolle, noch bevor die griechischen Rüstungen vollendet seien. Diese Ansicht beruht offenbar auf Selbstüberschätzung. Gerüstet oder ungerüstet ist Griechenland für die Türkei, besonders bei den Fortschritten, welche die türkische Armee seit 1897 gemacht hat, kein ernst zu nehmender Gegner. Der Erfolg der türkischen Waffen wird nicht von der Zahl, Ausbildung und Bewaffnung der griechischen Streiter, sondern von dem Maße der Unterstützung abhängen, welche andere Balkanvölker direkt oder indirekt Griechenland gewähren würden.

Die Gründe der türkischen Feindseligkeit müssen daher auf einem anderen Gebiete gesucht werden. Sie dürften aus der Stimmung hervorgegangen sein, welche unter den Jungtürken Platz griff, als sie kurz nach Antritt ihrer Herrschaft die bekannten Beschneidungen des türkischen Staatsgebiets nicht zu verhindern vermochten. Der durch den Verlust Bosniens und Ostrumeliens wachgerufene türkische Chauvinismus suchte nach einem Weg ins Freie und wandte sich naturgemäß der Kretafrage zu. Kreta konnte für die Türkei noch gerettet werden. Denn dieses wurde von dem schwachen Griechenland begehrt, hinter welchem nicht wie hinter Bulgarien eine Großmacht, sondern ein Konzern von Mächten stand, die unter sich nicht einig waren. Die Kretafrage wurde demgemäß zu einer nationalen türkischen Angelegenheit erklärt. Dadurch wurde der Gegensatz zu Griechenland verschärft, welches seinerseits die Vereinigung mit Kreta als ein nationales Ziel betrachtete. Seitdem ist die Erhaltung Kretas zu einem der wenigen konkreten Ziele der auswärtigen türkischen Politik geworden, das einzige, bei dessen Verfolgung der jungen Türkei tatsächliche Erfolge beschieden gewesen sind. Der Gedanke an Kreta und der damit verbundene Haß gegen Griechenland haben dementsprechend in der Phantasie der türkischen Muhamedaner immer tiefere Wurzeln geschlagen. Jede türkische Regierung kann heute auf die unbedingte Zustimmung der Muselmanen rechnen, wenn sie irgend eine neue Forderung wegen Kreta aufstellt oder feindselige Maßnahmen gegen Griechenland ergreift. Sie befindet sich sogar in der Lage, jedesmal, wenn sie an irgend einem anderen Punkte des Reiches fremden Forderungen nachgeben oder zugefügte Kränkungen einstecken muß, sich die schwindende Popularität durch einen Vorstoß in der Kretafrage oder eine Provokation Griechen-

lands wiederherzustellen. Gerade die jüngsten Vorgänge, die Koinzidenz des türkischen Vorgehens in der Kadifrage* und der hiesigen energischen Demarchen des türkischen Geschäftsträgers mit den Ereignissen an der montenegrinischen Grenze**, an welche sich dann die russische Note angeschlossen hat, beweisen, daß Griechenland jetzt zum Prügelknaben für alle Echecs oder ausgebliebenen Erfolge der Türkei dritten Mächten gegenüber geworden ist. Nun kulminiert die türkische Gräkophobie immer in denjenigen Momenten, wo die Spannung zwischen der Türkei und anderen Mächten einen gewissen Höhepunkt erreicht hat, und wo ein türkischer Angriff auf Griechenland am wenigsten aussichtsvoll und am wenigsten wahrscheinlich ist. Gerade in solchen Momenten haben Griechenland und die Schutzmächte eigentlich am wenigsten Anlaß, sich durch türkische Provokationen nervös machen zu lassen. Trotzdem birgt das Spiel der Türkei mit der Kretafrage und dem Griechenhasse eine Gefahr in sich. Die Staatsleitung könnte eines Tages durch eine Volksbewegung debordiert werden.

Wangenheim

---

* Im Mai 1911 hatte die Türkei Schritte unternommen, eine Reihe schon seit längerer Zeit vakanter Kadiposten auf Kreta zu besetzen. Die christliche Bevölkerung Kretas zeigte sich darüber sehr erregt, und nur durch die Intervention der Schutzmächte wurde eine ernstliche Zuspitzung der griechisch-türkischen Beziehungen verhindert.

** Da die immer wieder aufflackernden Aufstände in Albanien von Montenegro aus begünstigt wurden, zog die Türkei an der montenegrinischen Grenze Truppen zusammen, was der russischen Regierung am 23. Mai Anlaß zu einer warnenden Note nach Konstantinopel gab.

Kapitel CCX

Der Zusammenschluß Bulgariens und Serbiens zum Balkanbund 1909–1912

Nr. 9727

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 191 Wien, den 30. Mai 1909
Vertraulich

Mein Gewährsmann hat aus der hiesigen russischen Botschaft von einer vertraulichen Instruktion Kenntnis erhalten, welche die serbische Regierung an ihren Vertreter in Sofia, Herrn Swetislaw Simitsch, gerichtet hat, und worin derselbe angewiesen wird, alle seine Bemühungen darauf zu konzentrieren, daß das Verhältnis zwischen Serbien und Bulgarien sich so intim als möglich gestaltet und jede Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Regierungen aus dem Wege geräumt werde*.

In der Note heißt es unter anderem:

„Herr Simitsch solle sich vor Augen halten, daß die serbische Regierung auf dem Standpunkte stehe: der Balkan den Balkanvölkern, und daß sie deshalb eine Verständigung mit den andern Balkanstaaten anstrebe, um jede fremde Invasion gemeinsam und solidarisch abwehren zu können.

Serbien sei bereit, zu diesem Behufe mit Bulgarien nicht nur eine Zollunion, sondern auch eine Militärkonvention abzuschließen, wobei seiner Ansicht nach dem Fürstentume Montenegro der Beitritt offen gehalten werden sollte.

Was die Abgrenzung der beiderseitigen nationalen Einflußsphären in Mazedonien betrifft, so sei Serbien jederzeit erbötig, hierüber mit Bulgarien in eine Auseinandersetzung einzutreten, und hege es von vornherein die Überzeugung, daß bei gegenseitiger freundschaftlicher und loyaler Gesinnung eine Verständigung in dieser Frage ohne jede Schwierigkeit auf der Basis der tatsächlichen Verhältnisse zu erzielen sein wird.

Herr Simitsch solle den Inhalt und die Informationen dieser Instruktionsnote als streng vertraulich behandeln und sich derselben nur insoweit bedienen, als sie ihm als Anhaltspunkte und als Richtschnur für seine Pourparlers mit der bulgarischen Regierung zu dienen haben . . ."

von Tschirschky

* Vgl. auch den weiteren Zirkularerlaß des serbischen Außenministers vom 5. Juli 1909, der ebenfalls der Herbeiführung engerer Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien gewidmet ist. Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber

Nr. 9728

Der Gesandte in Sofia Freiherr von Romberg an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 100 Sofia, den 3. Juni 1909

Streng vertraulich

Aus durchaus zuverlässiger Quelle hat mein österreichisch-ungarischer Kollege* über die serbisch-bulgarischen Annäherungsversuche streng vertraulich folgendes erfahren:

Die serbische Regierung hat hier mittelst Note den Abschluß eines Handelsvertrags vorgeschlagen und für diesen Vorschlag bereitwilliges Entgegenkommen auf bulgarischer Seite gefunden. Den Abschluß einer Zollunion dagegen hat sie anzuregen unterlassen, weil sie selbst eine solche an und für sich erstrebenswerte Vereinbarung während der Geltungsdauer der mit anderen Ländern bestehenden Handelsverträge für kaum durchführbar hält.

Ferner hat Serbien durch den Gesandten Simitsch bei Herrn Paprikow** eine Verständigung im Hinblick auf die Unsicherheit der Zustände in der Türkei und die Lage der slawischen Bevölkerung in Altserbien und Mazedonien in Anregung bringen lassen. Hierbei ist das Problem der mazedonischen Autonomie, für das sich England und Rußland, wie hier und in Belgrad angenommen wird, neuerdings wieder zu interessieren scheinen, erörtert worden und insbesondere auch der angeblich von Rußland patronisierte Plan einer Teilung Mazedoniens in zwei autonome Provinzen, die eine mit überwiegend bulgarischer, die andere mit überwiegend serbischer Bevölkerung. Dieser den Serben natürlich sehr genehme Gedanke hat auf bulgarischer Seite durchaus keinen Anklang gefunden. Herr Paprikow hat dem serbischen Gesandten auseinandergesetzt, Bulgarien, das finanziell erschöpft sei, brauche Ruhe und müsse sich daher mit den Jungtürken gut stellen, im übrigen aber England und Rußland für die mazedonische Autonomie arbeiten lassen. Was den Plan einer Teilung Mazedoniens in zwei autonome Provinzen anbetrifft, so scheint er Herrn Simitsch keinen Zweifel darüber gelassen zu haben, daß Bulgarien dafür nicht zu haben sei. Im ganzen hat Herr Simitsch von seiner Unterredung mit Herrn Paprikow den Eindruck erhalten, daß die Bulgaren trotz schönster Versprechungen und freundlicher Redensarten den Serben in verhüllter Form einen Korb gegeben haben.

Er scheint dafür fast ausschließlich den König Ferdinand verant-

---

des Krieges, S. 99f. Wie sehr Rußland seit der Beendigung der bosnischen Krise auf eine Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien hingewirkt hat, ergibt sich aus den bei v. Siebert (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 137ff.) mitgeteilten Schriftstücken.

* Graf Thurn.

** Bulgarischer Minister des Äußern.

wortlich zu machen, wie mir scheint aber mit Unrecht. Ich glaube vielmehr, daß darin die große Mehrzahl der Bulgaren mit ihrem Könige einig sind, daß sie den mazedonischen Kuchen mit niemandem, am allerwenigsten aber mit den Serben teilen wollen. Hieran werden trotz aller Anstrengungen der Russen die Einigungsversuche zwischen den beiden „Brudervölkern" meines Erachtens immer wieder scheitern müssen.

Romberg

Nr. 9729

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 219 St. Petersburg, den 11. Juni 1909

Wie ein russischer Journalist, der zur Gefolgschaft Herrn Tscharykows gehört, dem Legationsrat Grafen Luxburg mitteilte, beabsichtigt der neue Botschafter in Konstantinopel eine rege Tätigkeit zu entfalten. Er hat vor allem eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den slawischen Balkanstaaten und zwischen ihnen und Rußland im Auge. Auf solcher solideren Grundlage müsse sich der slawische Balkanbund aufbauen, der berufen sei, der allslawischen Sache wichtige Dienste zu leisten. Herr Tscharykow sei der Ansicht, daß es keineswegs aussichtslos sei, Griechenland und besonders Rumänien auf diejenige Seite zu ziehen, wohin sie kulturelle und politische Interessengemeinschaft weisen.

Diese und andere Indizien scheinen mir darauf zu deuten, daß Herr Tscharykow einer Regenerierung des türkischen Reichs mehr als kühl gegenübersteht.

F. Pourtalès

Nr. 9730

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Entzifferung

Nr. 296 Therapia, den 6. September 1909

Der neue russische Botschafter von Tscharykow, mit dem ich schon seit seiner Berliner Zeit in guten Beziehungen stehe, hat mir bei unserer ersten Begegnung das Programm der russischen Orientpolitik in gleicher Weise entwickelt, wie er dies dem Kaiserlichen Geschäftsträger gegenüber getan hat**. Rußland — so führte er aus — hat das größte Interesse daran,

* Der Bericht Freiherrn von Marschalls wurde den auswärtigen Missionen sowie den preußischen Gesandtschaften durch Zirkularerlaß vom 16. September 1909 mitgeteilt.
** In Bericht Nr. 215 vom 24. Juli hatte Geschäftsträger von Miquel über seine erste Unterredung mit dem russischen Botschafter Tscharykow berichtet, in der dieser u. a. ausgeführt hatte, daß „er für die Türkei das gleiche wünsche wie Deutschland, nämlich die Integrität ihres Gebietes und ihre innere Reorganisation."

im Innern konsolidierte, wirtschaftlich prosperierende und militärisch starke Staatswesen als Nachbarn zu besitzen. Dies gelte ganz besonders von der Türkei. Darum habe man in St. Petersburg den jüngsten Umschwung in diesem Lande mit Genugtuung begrüßt. Obwohl noch manche Schwierigkeiten zu überwinden seien, so stehe er angesichts des guten Willens der Jungtürken dem neuen System mit vollem Vertrauen gegenüber. Er zweifle nicht daran, daß es gelingen werde, die Türkei wirtschaftlich und militärisch zu stärken. Daß dies geschehe, sei der dringende Wunsch Rußlands, er seinerseits werde alles tun, um den Jungtürken die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern. Bei dieser dem Frieden dienenden Tätigkeit erbitte er meine Unterstützung.

Das klingt alles sehr schön, namentlich wenn es mit dem Brustton ehrlicher Überzeugung, über den von Tscharykow verfügt, vorgetragen wird. Man wird freilich nicht vergessen dürfen, daß sein Programm der Antipode dessen ist, was man bisher als „russische Orientpolitik" bezeichnet hat. Der russische Wunsch, wirtschaftlich prosperierende und militärisch starke Nachbarn zu besitzen, war bisher weder bezüglich der Türkei und noch weniger bezüglich Persiens zutage getreten, wohl aber die direkt entgegengesetzte Tendenz. Man wird also gut tun, der neuesten Phase der russischen Orientpolitik zunächst mit einiger Skepsis gegenüberzustehen. Die „méthode de bons procédés", welche Herr von Tscharykow in einem jüngst erlassenen Zirkular den Konsuln in der Türkei ans Herz legt, ist auch früher schon dagewesen, hat aber niemals lange vorgehalten. Das schließt nicht aus, daß die Jungtürken, eben weil sie jung sind, den Umschwung der russischen Politik für echt halten und darin einen großen Erfolg ihrer Tätigkeit erblicken. Ältere und erfahrene türkische Staatsmänner teilen diese Ansicht nicht. Sie halten die „bons procédés" für eine „ouverture" und fürchten, daß, wenn der Vorhang aufgehoben, die Dardanellenfrage und andere minder angenehme Dinge auf der Szene erscheinen werden[1].

Über die Art, wie die wirtschaftliche Stärkung der Türkei auf russischer Seite gedacht ist, hat sich von Tscharykow dem rumänischen Gesandten* gegenüber etwas präziser ausgesprochen. Er hat, wie mir Papiniu vertraulich mitteilt, diesem folgendes dargelegt: Die Aufgabe der russischen Orientpolitik bestehe darin, „de rapprocher la Turquie de la Bulgarie, de la Serbie, du Monténégro et même de la Grèce".

Diese Annäherung müsse zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete gesucht werden. Schaffe man erst gemeinsame ökonomische Interessen zwischen den Ländern, so werden sich auch die politischen Beziehungen unter denselben normaler gestalten. Das beste Mittel in dieser Hinsicht sei der Ausbau des Eisenbahnnetzes auf der Balkanhalbinsel[2]. Im Vordergrund stehe die Transversalbahn von der Donau zur Adria. Dieselbe müsse aber nicht in San Giovanni di Medua, sondern etwa an dem Ausfluß der

* Papiniu.

Boyana, des Grenzflusses zwischen der Türkei und Montenegro[3], das Meer erreichen. Ferner sei der Bau einer Reihe von Verbindungslinien zwischen den bulgarischen und den türkischen Linien vorgesehen. Endlich sei es unumgänglich, auch Griechenland mit dem europäischen Eisenbahnnetz zu verbinden[4]. Herr Papiniu hat erwidert, seine Regierung, die keinerlei territoriale Aspirationen habe*, stehe jeder Politik, welche die Friedlichkeit der orientalischen Fragen anbahne, sympathisch gegenüber. Gegen die Transversalbahn mache Rumänien keine Einwendungen und sei bereit, die Donaubrücke, über welche bereits eine Vereinbarung mit Serbien bestehe, seinerzeit zu bauen.

Vorstehende Aeußerungen des russischen Botschafters über das „rapprochement" zwischen der Türkei und den übrigen Balkanstaaten klingt in den Gedanken des „Balkanbundes" aus, der natürlich unter russischem Schutz stehen soll. Man wird abwarten müssen, ob die Russen zu den weitgehenden Eisenbahnplänen auch Geld hergeben werden.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sicher
[2] Sandschak!
[3] aha!
[4] richtig! habe ich schon vor $1^1/_2$ Jahren in Stambul angeregt!

Nr. 9731

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 308 Wien, den 11. September 1909

Der Gewährsmann der Kaiserlichen Botschaft hat Einsicht in das Resümee einer vertraulichen Note erhalten, die der serbische Minister des Äußern Dr. Milowanowitsch anläßlich seiner Wiederübernahme der Geschäfte an die serbischen Missionen im Auslande gerichtet hat.

In dieser Note wird, meinem Gewährsmann zufolge, im wesentlichen nachstehendes ausgeführt:

Die auswärtige Politik Serbiens steht vor großen und ernsten Aufgaben. Die momentane Ruhe darf nicht über den Ernst der internationalen Lage täuschen, und insbesondere darf man sich in Serbien keiner Täuschung darüber hingeben, daß der ganze Komplex der Balkan- und Orientfragen in Bewegung geraten ist, und daß sich Serbien mit seinen schwachen Kräften angesichts einer Situation befindet, die alle seine Interessen und sogar seine Existenz berührt, und durch die es gezwungen wird, vor keinen Anstrengungen und vor keinen Opfern zurückzuschrecken.

* Vgl. dazu Kap. CCXI.

Der Staatsstreich der Jungtürken, die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die Souveränitätserklärung Bulgariens, die Rebellion der Albanesen, die Gärung in Mazedonien, das Aufwerfen der kretischen Frage sowie der Dardanellenfrage, die Lancierung der Balkanföderation auf der einen Seite und des österreichischen Trialismus auf der anderen Seite — alle diese Erscheinungen sind ausnahmslos lauter Symptome, die in ganz unzweideutiger Weise erkennen lassen, daß das Balkanproblem eine Lösung fordert, und daß es ein wahrhaft verbrecherischer Optimismus von Serbien wäre, wenn es sich der Illusion hingeben wollte, daß die Gefahr einer gegen das Königreich gerichteten Lösung des Balkan- und Orientproblems nicht vorhanden ist.

Es bleibt daher für die leitenden serbischen Staatsmänner Pflicht, mit dieser Gefahr und dieser Möglichkeit ernstlich zu rechnen.

Namentlich ist es für Serbien von der größten Wichtigkeit, seinen Platz an der Seite jener Gruppierung der europäischen Mächte zu suchen, die eine solche Lösung des Balkan- und Orientproblems begünstigt, mit der Serbien einverstanden sein kann, weil sie seine Existenz und seine Zukunft nicht gefährdet.

Während seiner jüngsten Anwesenheit in verschiedenen europäischen Hauptstädten, erklärte Herr Milowanowitsch weiter, habe er von leitenden Staatsmännern mannigfache Versicherungen der Sympathien und der Freundschaft für Serbien erhalten. Auch während seines Kuraufenthaltes in Marienbad sei ihm das Glück zuteil geworden, aus dem Munde des Königs von England sehr schmeichelhafte und ermutigende Worte für die Zukunft Serbiens zu vernehmen[1].

In seiner Unterredung mit dem Grafen Aehrenthal habe er ebenfalls den Eindruck gewonnen, daß dieser sympathische und freundschaftliche Gesinnungen für Serbien hege, und daß er nicht nur in bezug auf den Handelsvertrag, sondern auch in allen anderen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen den serbischen Interessen in weitestem Umfange entgegenzukommen bereit wäre — alles dies aber selbstverständlich nur unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß Serbien sich entschließen könnte, den Platz zu akzeptieren, den ihm die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts zugedacht hat.

Denjenigen, in deren Hände das serbische Volk die Leitung seiner Geschicke gelegt hat, bleibe es überlassen, darüber schlüssig zu werden, ob Serbien sich mit der Rolle abfinden kann, die ihm im Rahmen der österreichischen Balkanpolitik vorbehalten ist, ohne seiner ererbten und traditionellen nationalen Mission[2] untreu zu werden, und ohne seine ganze staatliche Zukunft sowie die Zukunft des gesamten serbischen Volksstammes für immer zu kompromittieren.

Die Klugheit werde es vielleicht gebieten, zu diesen und ähnlichen prinzipiellen Fragen nicht früher Stellung zu nehmen, als bis der entscheidende Moment gekommen sei.

Auch die Frage, ob Serbien und die anderen Balkanvölker dazu be-

rufen sind, entsprechend dem leitenden Gedanken der englischen Politik an der Seite der Ententemächte Europa und den Weltverkehr vor dem Egoismus Deutschlands zu schützen[3], müsse gleichfalls als eine solche angesehen werden, die noch zu keiner Entscheidung dränge und keineswegs dazu nötige, vorzeitig die Karten aufzudecken[4].

Wohl aber dürfe Serbien schon jetzt nicht müßig zusehen, wenn Griechen und Bulgaren Vorteile zu erlangen suchen[5], die den serbischen Staat und das serbische Element in eine prekäre Lage zu bringen geeignet sind.

Der Status quo am Balkan habe das natürliche Gleichgewicht zwischen den verschiedenen historischen Elementen[6] zur Voraussetzung; wenn dieses Gleichgewicht zerstört wird, könne auch der Status quo nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Die bosnische Annexion habe hauptsächlich deshalb so große Aufregung hervorgerufen, weil man allgemein befürchtete, daß sie das Gleichgewicht am Balkan über den Haufen werfen werde[7]; die Aufregung begann erst dann zu schwinden, als das Wiener Kabinett die bestimmtesten Versicherungen gab, daß es keine weiteren Expansionen auf der Balkanhalbinsel anstrebt . . .

Für den Botschafter
Brockdorff-Rantzau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unter Englischem Szepter!
[2] Quatsch
[3] also das ist ihm in Marienbad gesagt worden! Ein ganz charmanter Herr der Onkel E[duard] VII!
[4] gemischt sind sie also schon!
[5] aha!
[6] nur wenn diese „Historischen Elemente“ was taugen!
[7] das ist das Fazit der Dinereinladung in Marienbad!

Nr. 9732

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 322 Wien, den 6. Oktober 1909

Herr Tscharykow scheint bereits eifrig damit beschäftigt zu sein, dem Gedanken der Gründung eines Balkanbundes praktisch näher zu treten. Die Argumente, mit denen er für diesen Gedanken bei den einzelnen Balkanstaaten arbeitet, unterscheiden sich allerdings wesentlich von den Gesichtspunkten, die Herr Tscharykow dem Kaiserlichen Herrn Botschafter in Konstantinopel vorgetragen hat (Erlaß Nr. 1415 vom 16. v. Mts.)*.

---

* Vgl. Nr. 9730, Fußnote *.

Wie ich von gut informierter Seite vertraulich höre, hat Herr Tscharykow der Regierung in Belgrad durch die serbische Gesandtschaft in Konstantinopel unlängst dringend empfohlen, sich jeder Provokation Österreichs zu enthalten und ohne jedes Geräusch an der Herstellung eines guten Einvernehmens mit den andern Balkanstaaten und mit der Türkei zu arbeiten. Nur dies sei der Weg, auf dem sich „eine natürliche Barriere" gegen das Vordringen jeder fremden Herrschaft auf der Balkanhalbinsel aufrichten lasse. Wenn die serbische Regierung alle ihre Aufmerksamkeit auf dieses Ziel konzentriere, könne sie auf die nachdrücklichste Unterstützung Rußlands und aller mit Rußland befreundeten Mächte rechnen. Er selbst betrachte die Aufrichtung dieser natürlichen Barriere als eine der Hauptaufgaben seiner Mission in Konstantinopel. Die Belgrader Regierung müsse im wohlverstandenen Interesse Serbiens diesem Ziele alle anderen Fragen unterordnen.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 9733

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Abschrift

Berlin, den 23. November 1909

Der italienische Botschafter* sagte mir, aus der ihm abschriftlich zugegangenen Korrespondenz zwischen Herrn Tittoni und dem Herzog von Avarna habe er entnommen, daß Graf Aehrenthal in der Tat nicht angenehm davon berührt gewesen, daß in Racconigi** zwischen Herrn Iswolsky und Herrn Tittoni davon gesprochen worden, „für den Fall, daß der Status quo im Balkan nicht aufrecht erhalten werden könne, de favoriser le développement des Etats Balkaniques d'après le principe des nationalités".

Nach italienischer Auffassung, fügte Herr Pansa hinzu, bedeute dieser Gedanke nichts anderes als eine weitere Bekräftigung des Grundsatzes der Nichtintervention. Gehe der Status quo auf der Balkanhalbinsel in die Brüche, so sei die natürliche Entwicklung eben die, es den Balkanstaaten zu überlassen, ihren Platz nach dem Nationalitätenprinzip zu behaupten. Die beiden Mächte, Italien und Rußland, würden sich nicht einmischen und keine Vorteile für sich beanspruchen. Hierin liege also ein weiteres Moment der Friedenssicherung.

---

* Pansa.

** Über den Besuch des Zaren in Racconigi (24. Oktober) und die dort gepflogenen italienisch-russischen Verhandlungen siehe Kap. CCXIV. Vgl. auch die Instruktionen, die Iswolsky am 4. November 1909 den Vertretern Rußlands in Sofia, Belgrad und Cetinje anläßlich der Monarchenbegegnung in Racconigi gab, bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O. S. 456 f. In ihnen kam doch keineswegs der Grundsatz der Nichteinmischung, sondern im Gegenteil der Wille Russlands und Italiens, „das künftige Schicksal der Balkanstaaten und ihre unabhängige Existenz zu sichern", zum Ausdruck.

Übrigens gehe aus der Tatsache, daß Herr Tittoni jenes Programm der nationalen Entwicklung in Wien habe mitteilen lassen, genugsam hervor, daß er und Iswolsky absolut keinen Hintergedanken hätten.

Ich habe Herrn Pansa nicht verhehlt, daß ich es verständlich finde, wenn jenes Programm, das doch mehr oder weniger auf ein Patronisieren eines Balkanbundes durch Rußland und Italien hinauslaufe, in Wien wenig Beifall finde. Uns wäre es lieber gewesen, die Existenz desselben nicht auf Umwegen zu erfahren.

(gez.) v. Schoen

Nr. 9734

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 354 Pera, den 27. November 1909

Der serbische Gesandte Herr Nenadowitsch, der mich gestern besuchte, sprach mir unter Hinweis auf die heute in der türkischen Kammer stattfindende Interpellation über die gegenwärtigen serbisch-bulgarischen Beziehungen und die Aussicht eines Balkanbundes. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern hätten, nachdem Rußland einen bezüglichen Wunsch[1] ausgesprochen, sich etwas gebessert, dagegen stehe mazedonische Frage mit den daraus entspringenden Divergenzen einer intimeren Gestaltung derselben dauernd entgegen. Was den Balkanbund betreffe, den Rußland anstrebe, so könne sich Serbien an einem solchen nur unter der Voraussetzung beteiligen, daß dieser nicht gegen die Türkei gerichtet sei, die Türkei vielmehr daran teilnehme[2]. In diesem Sinne scheine nach den in Belgrad abgegebenen Erklärungen auch Rußland den Bund aufzufassen. Dagegen bestehe kein Zweifel, daß Bulgarien umgekehrt an dem Balkanbund nur dann ein Interesse habe, wenn derselbe ohne und gegen die Türkei geschlossen werde. Bei einem Balkanbund mit solchen Tendenzen würde Serbien lediglich die Rückendeckung für Bulgarien bilden, damit dieses ungehindert seine großen bulgarischen Pläne durchführen könne. Zu einer solchen Rolle könne man sich serbischerseits nicht hergeben. Besser sei die Erhaltung des Status quo als die Schaffung eines großen Bulgariens, welches Serbien in die Gefahr bringt, von zwei mächtigen Nachbarn erdrückt zu werden und Kompensationsobjekte für dieselben zu bieten.

Das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn habe sich in der letzten Zeit etwas gebessert. An der Transversalbahn Donau-Adria habe Serbien, nachdem es seinen Export über Nisch sichergestellt habe, weniger Interesse als früher, wo man lediglich auf den Weg über Österreich-Ungarn angewiesen gewesen sei.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der Rath zum Bund!

[2] gegen Österreich!

Nr. 9735

Der Gesandte in Belgrad von Reichenau an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 233 Belgrad, den 29. November 1909

Am Donnerstag, den 25. d. Mts. nachmittags 3 Uhr traf König Ferdinand von Bulgarien auf der Rückreise von Ebenthal in Belgrad ein, wo er am Bahnhof vom König Peter, dem Kronprinzen Alexander, den Ministern Paschitsch und Milowanowitsch und dem Personal der bulgarischen Gesandtschaft begrüßt wurde. Die beiden Könige fuhren zusammen nach dem Konak, von wo König Ferdinand, der im Reiseanzuge war, gegen 7 Uhr die Weiterreise nach Sofia antrat. Man wünschte hier, wie ich zuverlässig erfahren habe, dem Besuche einen mehr offiziellen Charakter zu geben, und hatte im Konak schon alle Vorbereitungen für ein großes Festdiner getroffen. König Ferdinand aber zog es vor, die Visite gewissermaßen auf der Türschwelle zu machen.

Der Besuch trug daher durchaus privaten Charakter und war wieder, wie der „wissenschaftliche" Ausflug ins Kopaonikgebirge*, bis zuletzt geheim gehalten worden. Im Publikum blieb er fast unbeachtet und machte in der öffentlichen Meinung wenig Eindruck. Die Presse nimmt, im Gegensatz zu ihrem Freudenausbruch gelegentlich der Besprechung jener Exkursion eine reservierte, zum Teil sogar über die Formlosigkeit des Besuchs pikierte Haltung ein. Nur das Blatt der Handelswelt („Trgowinski Glasnik") widmet dem Ereignis einen langen, lebhafte Genugtuung bekundenden Artikel. Die offiziösen Blätter beschränken sich auf die Betonung der eingetretenen Besserung in den serbisch-bulgarischen Beziehungen, und das offizielle Preßbureau, das den Kopaonikausflug in einem Freude atmenden Extrablatt seinen Abonnenten mitzuteilen sich beeilt hatte, schwieg sich dieses Mal ganz aus.

Es macht mir ganz den Eindruck, daß der frühere Ministerpräsident Nowakowitsch recht hat, der mir unter vier Augen erklärte, man sei hier über diesen zweiten Streich des Bulgarenkönigs durchaus nicht erfreut, weil man finde, daß bei diesen aufoktroyierten Höflichkeiten für Serbien kein Gewinn herauskomme, vielmehr das Mißtrauen sich nicht abweisen lasse, man solle hier lediglich im bulgarischen Interesse zum Frommen und zum Tort dritter Mächte ausgespielt werden. Ähnlich äußerte sich mir gegenüber der Führer der Jungradikalen, der ehemalige Kultusminister Stojanowitsch, der hinzufügte, man kenne hier die plötzlichen Zärtlichkeitsanwandlungen des unzuverlässigen Bulgarenherrschers allmählich zur Genüge und lasse sich davon nicht mehr irreführen.

* Am 25. Oktober war König Ferdinand von Bulgarien auf einer Exkursion nach dem Kopaonikgebirge im Westen Serbiens vom Kronprinzen Alexander von Serbien auf der Grenzstation Kruschewatz begrüßt worden.

Auch der jetzige Ministerpräsident, Herr Paschitsch, machte mir keinen besonders befriedigten Eindruck und meinte, der von König Ferdinand ausdrücklich gewünschte Besuch habe keine weitere Bedeutung, als die Rückkehr zu freundlichen Beziehungen zu dokumentieren; von einem Bündnisse sei keine Rede.

Irgend eine ernstere politische Bedeutung kann ich daher auch diesem neuesten beau geste des Bulgarenkönigs nicht beimessen; vor allem glaube ich nicht an irgendwelche Abmachungen betreffend ein politisches oder wirtschaftliches Bündnis. Denn ich halte es für ausgeschlossen, daß Bulgarien sich auf eine die Voraussetzung einer politischen Allianz bildende Teilung der Einflußsphären in Mazedonien ernstlich einläßt bei seiner prinzipiellen und traditionellen Gegnerschaft gegen diese Politik, und ein Zollbund läßt sich nicht von heute auf morgen vereinbaren, ganz abgesehen davon, daß man augenblicklich in Serbien sorgsam bemüht ist, Verstimmungen der Türkei zu vermeiden, weil, wie Herr Nowakowitsch mir gegenüber mit Recht hervorhob, das Wohlwollen dieser Macht in wirtschaftlichen Fragen bei dem gegenwärtigen vertraglosen Verhältnis mit Österreich-Ungarn für Serbien von größtem Werte ist.

Wohl aber wäre es möglich, daß König Ferdinand für seine Pläne in Mazedonien, deren Unterstützung, wie mir Herr Nowakowitsch wiederum versicherte, ihm von Wien aus zu seinem Ärger abgeschlagen worden ist, nunmehr Serbien auszunutzen sucht und sich daher vielleicht zu scheinbaren Konzessionen an diesen Staat geneigt zeigte. Jedenfalls verdient in diesem Zusammenhange der Umstand Beachtung, daß noch von dem Ministerium Nowakowitsch, wie dieser selbst mir erzählte, der Beschluß gefaßt worden ist, die serbischen Schulen und die serbische Propaganda in Südmazedonien, namentlich in dem Wilajet Salonik, aufzugeben und die ganze Werbetätigkeit auf das eigentliche Altserbien zu konzentrieren. Herr Nowakowitsch verwahrte sich zwar dagegen, daß dies eine Konzession an den östlichen Nachbarn sein sollte. In Wirklichkeit aber stellt es eine solche zweifellos dar und bedeutet Wasser auf die Mühle der Bulgaren, denen dadurch eine viel größere Operationsbasis in Mazedonien freigegeben worden ist. Gleichzeitig aber beweist die Maßregel, wie wenig man hier daran denkt, der Verwirklichung des Traumes von der Gewinnung Altserbiens zu entsagen, und wie sehr man mit dem über kurz oder lang zu erwartenden Zerfall der europäischen Türkei rechnet.

Auch ist nicht zu vergessen, daß seitens der Tripelentente und — seit Racconigi — auch wohl seitens Italiens auf eine Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien hingearbeitet wird. Hier habe ich bisher Bemühungen in dieser Richtung nur bei meinem russischen* und bei meinem englischen** Kollegen feststellen können. Was den ersteren anlangt, so hat Herr Hartwig, wie ich aus sicherster Quelle erfahre, gelegent-

---

* N. v. Hartwig.
** Sir J. Whitehead.

lich des Kopaonikausflugs des Königs Ferdinand auf ausdrückliche Anweisung aus St. Petersburg hier den Wunsch ausgesprochen, König Peter möge zur Begegnung mit dem Bulgarenherrscher bis nach Kruschewatz reisen, obwohl dieser den serbischen Besuch noch gar nicht erwidert hatte. Diese etwas starke Zumutung lehnte indessen das Ministerium ab und erteilte König Ferdinand zugleich eine Lektion, indem es ihm erklärte, König Peter sei verhindert, nach Kruschewatz zu kommen, werde sich aber freuen, den König Ferdinand in Belgrad begrüßen zu können.

Mein englischer Kollege selbst erzählte mir, daß er die Leute hier darauf aufmerksam mache, wie nützlich, ja notwendig eine wirtschaftliche Verständigung mit Bulgarien für Serbien sei, da beide Staaten allein gegenüber Dritten — soll wohl heißen Österreich-Ungarn — nicht die genügende Widerstandskraft besäßen. Auch eine schließliche Vereinbarung bezüglich Mazedoniens erschiene ihm nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit; die Hauptschwierigkeit biete Üsküb, in dessen Zuteilung zu seiner Einflußsphäre jeder der beiden Staaten schlechterdings intransigent wäre.

Der türkische Gesandte* zeigte sich durch die sich häufenden Impromptus des Bulgarenkönigs Serbien gegenüber präokkupiert und meinte etwas bissig, das sei der gerechte Lohn Österreichs dafür, daß es sich Bulgarien zum Gehilfen bei seiner Amputation der Türkei ausgesucht habe.

Man munkelt hier davon, daß im Januar der König Ferdinand mit dem Kronprinzen Boris dem König Peter in Belgrad seinen offiziellen Besuch abstatten werde, nachdem vorher der Kronprinz Alexander in Sofia seine Reverenz gemacht hätte; Herr Paschitsch indessen bestritt, daß in dieser Beziehung Besprechungen stattgefunden hätten.

Betrachtet man die oben geschilderte Lage im Lichte der russisch-italienischen Abmachungen von Racconigi und hält man damit die offenbare Annäherung zwischen Rußland und Rumänien zusammen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der neuesten Zeit Rußland auf dem Balkan mit besonderer Rührigkeit und mit Erfolg für seine Politik arbeitet, und daß Österreich-Ungarn Gefahr läuft, hier isoliert zu werden, ausgenommen — vorläufig wenigstens noch — der Türkei gegenüber, obwohl auch hier, nach Zeitungsnachrichten und Äußerungen meines türkischen Kollegen zu urteilen, die kürzliche Inszenierung der Studienreise nach Wien und Pest** Gefühle der Verstimmung und des Argwohns ausgelöst zu haben scheint, weil die Absicht der Wiener Regie zu durchsichtig gewesen sei.

Reichenau

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Achtung! und aufpassen in Wien! keine Zeit verlieren!

* Ali Fuad Hikmet Bey.
** Vgl. dazu Kap. CCXII, Nr. 9781, Fußnote.

Nr. 9736

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 379 Wien, den 30. November 1909

Über die derzeitige Lage in Serbien erfährt mein Gewährsmann auf der hiesigen russischen Botschaft nachstehendes:

Wir haben hier in der letzten Zeit wiederholt Herren von unserer Belgrader Gesandtschaft zum Besuch gehabt, und diese haben uns übereinstimmend die Lage in Serbien als eine ziemlich befriedigende geschildert. Unser neuer Gesandter in Belgrad ist erfolgreich bemüht, die leitenden politischen Persönlichkeiten in Serbien vor inneren Komplikationen zu warnen. Desgleichen empfiehlt er ihnen dringend, jedem Konflikt mit Österreich-Ungarn oder der Türkei sorgfältig aus dem Wege zu gehen. Endlich legt er es ihnen wärmstens ans Herz, die Beziehungen zu Bulgarien so herzlich und so intim als möglich zu gestalten[1].

In diesen drei Punkten ist momentan gewissermaßen das ganze Aktionsprogramm unserer Gesandtschaft in Belgrad enthalten.

Wenn die Serben mit Klugheit und Ausdauer in diesem Rahmen verharren, so werden ihnen die vorteilhaften Konsequenzen von selbst als reife Frucht in den Schoß fallen. Herr Nikolaus Paschitsch hat natürlichen Esprit genug, um diese Intentionen der russischen Diplomatie wohl zu verstehen[2] und sich ihnen zu akkommodieren.

Tatsächlich läßt es sich auch bereits konstatieren, daß nach allen diesen drei Richtungen ein état amélioré eingetreten ist. Nicht nur hat Herr Milowanowitsch hier einen guten Eindruck gemacht, sondern er hat auch seinerseits den Eindruck gewonnen, daß Graf Aehrenthal ein besseres Verhältnis nicht nur zum Königreiche Serbien, sondern auch zum Serbentum überhaupt anstrebt, und daß er die serbophagen Velleitäten weder in Agram noch auch in Serajewo vollständig zu billigen scheint. Und daß in den serbisch-bulgarischen Relationen ein Umschwung zum Besseren initiiert wurde und in wirksamster Ausgestaltung begriffen ist, läßt sich schon sozusagen mit den Händen greifen und hat bereits aufgehört, ein diplomatisches Geheimnis zu sein.

Der Angelpunkt in dem Verhältnis zwischen Serbien und Bulgarien liegt in der mazedonischen Frage, und hier befindet sich auch die Hauptschwierigkeit, die überwunden werden muß. Es handelt sich darum, zu einer loyalen Verständigung darüber zu gelangen, was in Mazedonien serbisch und was bulgarisch ist, und daß jeder Teil seine nationale Propaganda aus der Sphäre zurückzieht[3], die nicht als die seine deklariert wurde.

Es sind schon wiederholte Versuche gemacht worden, ein Einverständnis betreffs der Abgrenzung der nationalen Sphäre in Mazedonien zwischen Serben und Bulgaren herbeizuführen. Aber diese Versuche scheiterten,

teils an der chauvinistischen Unnachgiebigkeit, welche auf beiden Seiten herrschte, und teils weil die mazedonische Frage das Terrain bildete, auf welchem die meisten europäischen Mächte gegeneinander manöverierten.

Jetzt aber hat die serbische Regierung einen neuen Verständigungsvorschlag betreffs Mazedoniens in Sofia vorgelegt, welcher nach der Versicherung kompetenter Personen große Chancen dafür bieten soll, daß man nach Vornahme einiger Amendierungen schließlich doch zu einer Einigung über die so lange vergeblich gesuchte Demarkationslinie zwischen diesen beiden slawischen Nationalitäten Mazedoniens gelangen wird.

Es versteht sich von selbst, daß alle diese Bemühungen von unserer Diplomatie mit ihrem ganzen Einflusse in der nachdrücklichsten Weise unterstützt werden, und man kann daher nicht ohne eine gewisse Berechtigung auf ein völliges Reüssieren derselben hoffen[4].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ahem!
[2] für die Zukunft
[3] aber weiter wühlt gegen die Türkei
[4] Balkanbund geht vorwärts

Nr. 9737

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 360 Pera, den 4. Dezember 1909

Vor einigen Tagen hat der erste Dragoman der russischen Botschaft, Herr Mandelstam, im Cercle d'Orient, dem vornehmsten Club der Hauptstadt, ein größeres Diner gegeben, zu welchem er Herrn von Tscharykow, einige jungtürkische Minister und eine Anzahl von Abgeordneten, welche dem Komitee angehören, darunter den Chefredakteur des „Tanin" Hussein Dschahid, eingeladen hatte. Nach dem Essen hat Herr von Tscharykow den Anwesenden einen vertraulichen Vortrag über die Notwendigkeit des Balkanbundes gehalten.

Vor zwei Tagen ist dann im „Tanin" ein von Hussein Dschahid gezeichneter Artikel erschienen, welcher den Balkanbund bespricht und dabei die Vermutung ausspricht, daß Rußland den Bund begünstige, um „dem Vordringen des Germanismus" Einhalt zu gebieten. Dabei vertritt Hussein Dschahid die Ansicht, daß das Streben Rußlands, die Balkanstaaten zu verbünden, eine Folge von Racconigi sei[1], wo zwischen Rußland und Italien die Erhaltung des Status quo verabredet worden sei[2].

Bei einem akademischen Gespräch über die auswärtige Lage habe ich heute Rifaat Pascha* mein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß das „Vordringen des Germanismus" wieder in einzelnen türkischen Blättern spuke, nachdem doch dieser Gedanke — abgesehen von geographischen und ethnographischen Gründen — schon durch den Verzicht Österreich-Ungarns auf seine Rechte im Sandschak gründlich widerlegt sei. Der Minister antwortete mir, „das rühre daher, daß die Notwendigkeit, sich gegen den Germanismus zu schützen, die russische Begründung für den Balkanbund bilde". Dabei hat mir Rifaat seine Stellung zu diesem Projekte dahin präzisiert: „Wenn die kleinen Balkanstaaten sich mit uns alliieren wollen, so mögen sie uns Vorschläge machen. Wir werden dieselben dann prüfen. Aber eine Initiative werden wir nicht ergreifen. Das würde nicht der Stellung einer Großmacht entsprechen. Ein wirkliches Interesse haben wir lediglich an vertrauensvollen Beziehungen zu Rumänien, welches gegenüber den großbulgarischen Bestrebungen ein natürliches Gegengewicht bildet."

Ich habe dem Minister zugestimmt.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] richtig

Nr. 9738

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 378 Pera, den 7. Dezember 1909

Herr von Tscharykow, der mich heute besuchte, sprach mir über den sogenannten Balkanbund. In Wirklichkeit handle es sich nur um eine Entente[1] zwischen der Türkei, Bulgarien und Serbien, eventuell auch Griechenland. Grundlage derselben würde Erhaltung des territorialen Status quo sein[2]. Bulgarien, Serbien und Griechenland müßten dabei Zusage geben, daß sie sich jeder „politique annexioniste" gegenüber der Türkei enthalten und sich nicht in die inneren Verhältnisse der Türkei einmischen würden. Nur auf der Basis des Status quo sei die von Rußland erstrebte Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien möglich. Über eine Abgrenzung der Interessensphären auf türkischem Gebiet würden diese beiden Staaten niemals einig werden. Die russische Politik befürworte die Balkanentente, weil sie darin eine Friedensgarantie erblickt. Auf meine Frage, ob Bulgarien sich zu einem Verzicht auf seine territorialen Aspirationen verstehen werde, antwortete der Botschafter, es bedürfe der Zeit, um dieses Ziel zu erreichen. Aber die finanzielle Lage zwinge Bulgarien zu einer friedlichen und konservativen Politik.

---

* Türkischer Minister des Äußern.

Als ich darauf hinwies, daß in der Presse als Zweck des Balkanbundes Schutz gegen das Vordringen des Germanismus bezeichnet werde, erwiderte Herr von Tscharykow, er sei überzeugt, daß Österreich-Ungarn keine territoriale Expansionspolitik auf dem Balkan treibe, und bedaure daher lebhaft, daß momentan weniger aus sachlichen als aus persönlichen Gründen Zusammengehen der beiden Kaisermächte auf konservativer Basis, welches während eines Jahrzehnts so gute Früchte getragen, gestört sei[2].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unter dem Worte ist ja jetzt auch alles Denkbare zu verstehen!
[2] Quatsch!

Nr. 9739

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 129 Athen, den 11. Dezember 1909

Mein türkischer Kollege* teilte mir vertraulich mit, er sei vor einigen Tagen von seiner Regierung aufgefordert worden zu berichten, ob hier etwas über die Gründung eines Balkanbundes bekannt sei, und namentlich ob von Serbien oder Bulgarien an Griechenland das Ansinnen gestellt worden sei, diesem Bunde beizutreten. Naby Bey hat darauf den hiesigen Minister des Auswärtigen** sondiert und von letzterem die bestimmte Zusicherung erhalten, daß der griechischen Regierung bisher von keinem der Balkanstaaten eine auf den Bund bezügliche Eröffnung gemacht worden sei. Herr Mavromichalis fügte hinzu, daß die griechische Antipathie gegen Bulgarien viel zu stark sei, als daß ein Bündnis mit diesem Lande überhaupt in Frage kommen könne. Über eine Verständigung mit Serbien oder Montenegro werde sich eventuell reden lassen. Daß bei der Begegnung der beiden Balkankönige auch die Idee eines Bundes erörtert worden sei, gehe aus den der hiesigen Regierung vorliegenden Nachrichten mit Sicherheit hervor***. Es seien sogar die beiderseitigen Interessensphären in Mazedonien abgegrenzt worden[1]."

Den Glauben Naby Beys an die Aufrichtigkeit Mavromichalis' vermag ich nicht ganz zu teilen. Es liegt im Interesse Griechenlands, die Türkei durch Warnen vor Bulgarien zu einer Annäherung an Griechenland und zu Konzessionen bezüglich Kretas† zu bestimmen. Daß die Mehrheit des

---

* Naby Bey.
** Mavromichalis.
*** Vgl. Nr. 9735.
† Vgl. dazu Kap. CCIX.

griechischen Volkes einem Zusammengehen mit Bulgarien widerstrebt, ist richtig. Dagegen besteht unter den Kretern eine starke Strömung, welche das bulgarisch-griechische Bündnis wünscht, um mit Hilfe desselben die Annexion durchzusetzen. Mit dieser Tendenz sympathisiert der radikale Flügel der Offiziersliga.

Naby Bey verhehlte mir nicht, daß man in Konstantinopel durch die Nachrichten über einen Balkanbund in nicht geringe Aufregung versetzt worden sei[2]. Ein Eintreten der Türkei in den Bund sei ausgeschlossen, da sich diese niemals der Führung Rußlands unterordnen könne, welches immer die Seele eines Balkanbundes sein würde. Die bei der Begegnung in Belgrad aufgetauchte Idee sei eine Ausstrahlung der Depression, welche sich immer zu zeigen pflege, wenn Herr Iswolsky irgendwo als Minimum auf der europäischen Wetterkarte[3] auftrete. Einen Erfolg für sich werde der russische Minister mit den durch den persönlichen Antagonismus zum Grafen Aehrenthal eingegebenen Plänen nicht haben. Durch dieselben werde die Türkei direkt in die Arme der Tripelallianz getrieben[4]*.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Man theilt das Fell des Bären reichlich früh

[2] nicht verwunderlich! was werden die Türken erst sagen, wenn sie hören, daß England ihn am eifrigsten fördert

[3] gut

[4] hoffentlich!

Nr. 9740

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 17. Dezember 1909

Der türkische Botschafter** sagte mir heute, er wisse bestimmt, daß auf Anstiften Rußlands und durch Vermittelung des Königs Ferdinand der Balkanbund zwischen Bulgarien, Serbien und Montenegro im Werden begriffen sei[1]. Milowanowitsch hätte als Bedingung für die Teilnahme Serbiens an diesem Bunde verlangt, daß er keine Spitze gegen die Türkei und Österreich-Ungarn habe, er wäre aber mit diesem Verlangen nicht gegenüber Paschitsch durchgedrungen[2].

Ich habe Osman Nisami erwidert, daß er uns nichts Neues sage[3]; wir hätten vielmehr die gleiche Wahrnehmung gemacht. Alles dies sei ein Grund mehr für Deutschland, die Türkei und Österreich-Ungarn, ein

---

* Vgl. auch Kap. CCXII.

** Osman Nisami Pascha.

wachsames Auge zu haben, zu einander zu halten und militärisch stark dazustehen[3].

Der Botschafter erwiderte, daß dies ganz seiner Ansicht entspreche.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nichts Neues! aber gut orientirt
[2] aha!
[3] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sir Ernest Cassel muß so Etwas gewittert haben, denn er betonte mir gegenüber es sei sein a, b, c der Politik im Osten — die er auch in London vertrete —, das um Himmels Willen nur die Türkei möglichst gestärkt werde und leistungsfähig bleibe. Eine starke Türkei sei „Frieden", eine schwache, oder zerfallende Türkei bedeute den Europ[äischen] Krieg, der durch Theilungsgelüste der Balkanstaaten heraufbeschworen werde. England u[nd] Deutschland müßten daher zur Stärkung der Türkei Alles thun und Hand in Hand vorgehen.

Nr. 9741

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 393 Pera, den 20. Dezember 1909
Vertraulich

Der Finanzminister Dschawid Bey wird sich morgen in Begleitung des Abgeordneten Hussein Dschahid, Chefredakteurs des „Tanin", der sich aus Anlaß der Lynchfrage* durch deutschfeindliche Artikel bemerkbar gemacht hat, nach Bukarest und von da nach Belgrad und Sofia begeben. Dschawid und Hussein Dschahid haben sich bei der Meuterei vom 13. April auf die russische Botschaft geflüchtet und sind von dort durch den ersten Dragoman Mandelstam auf ein nach Odessa gehendes Schiff gebracht worden. Seitdem bestehen zwischen ihnen und Mandelstam intime Beziehungen, die sich auch dadurch kundgeben, daß der „Tanin", der früher stets an Geldnot litt, sein Redaktionslokal neuerdings in geradezu luxuriöser Weise ausgestattet hat. Es ist daher anzunehmen, daß die Reise mit dem Balkanbund in Verbindung steht und dabei die russische Botschaft den spiritus rector bildet.

Es wäre vielleicht gut, in Bukarest auf diese Umstände vertraulich aufmerksam zu machen**. Für mich besteht kein Zweifel, daß Tscharykow ein besonderes Interesse an der Reise nach Rumänien nimmt, und daß vertrauliche Mitteilungen an Dschawid und Dschahid alsbald zur Kenntnisnahme der russischen Botschaft gelangen werden.

Marschall

---

* Vgl darüber Kap. CCXVI.
** Es geschah durch Telegramm Nr. 71 vom 20. Dezember.

Nr. 9742

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Bray-Steinburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 78
Vertraulich

Bukarest, den 22. Dezember 1909

Im Laufe einer Unterredung, die ich gestern abend mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* hatte, kam Minister Djuvara auch auf den bevorstehenden Besuch des türkischen Finanzministers zu sprechen. Ich benutzte diesen Anlaß, um hoher Weisung entsprechend die im Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel vom 20. d. Mts.** enthaltenen Mitteilungen Herrn Djuvara gegenüber vertraulich zu verwerten.

Der Minister dankte für die Informationen und erklärte, daß auch er die feste Überzeugung habe, daß der „sehr tätige" Herr Tscharykow, der spiritus rector der Reise Dschawid Beys und Husseins Dschahids sei. Ihre Reise hierher sei zwecklos, denn sie würden von der rumänischen Regierung lediglich schöne Phrasen von dem Wunsche Rumäniens einer weiteren friedlichen und gedeihlichen Entwicklung der Türkei usw. zu hören bekommen, auf etwaige Anzapfungen jedoch keinerlei Zusicherungen irgend welcher Art erhalten.

Minister Djuvara kam alsdann auf die deutsch-rumänischen Beziehungen zu sprechen, die er als herzliche und höchst erfreuliche bezeichnete. Die auf rückhaltlosem Vertrauen beruhenden Gefühle aufrichtiger Freundschaft Rumäniens zu Deutschland seien so tief gewurzelt, daß keinerlei Einflüsterungen, von wem sie auch kommen mögen, imstande sein würden, die rumänische Regierung zu einem Abweichen von ihrer bisher befolgten Politik vollkommener Anlehnung an Deutschland zu bewegen.

An solchen Einflüsterungen fehle es übrigens nicht. Rußland, das nach dem unglücklichen Krieg gegen Japan und nach der politischen Schlappe vom vorigen Frühjahr durch eine erfolgreiche Balkanpolitik sein stark gesunkenes Ansehen wieder zu erhöhen suche, sei in Rumänien — besonders seit dem Eintreffen Herrn Tscharykows in Konstantinopel — von „den laufenden zu den politischen Geschäften" übergegangen und lasse es an Liebenswürdigkeiten, deren Zweck nur allzu deutlich sei, nicht fehlen. Diese Liebenswürdigkeiten würden von rumänischer Seite höflich erwidert, mehr aber dürfe Rußland nicht verlangen. Übrigens sondierten die Russen hier noch, ihre Vorschläge seien noch nicht präzisiert; die Antworten der rumänischen Regierung lauteten ausweichend.

Die türkische Regierung trete seit längerem immer wieder mit verschiedenen „Vorschlägen" hervor, hinter denen offenbar die Russen steckten. Auch auf diese Vorschläge sei von rumänischer Seite bisher ausweichend geantwortet worden. Als aber vor kurzem der hiesige

* Djuvara.
** Vgl. Nr. 9741.

türkische Gesandte Sefa Bey auf bestimmte Antwort drang, sei dieselbe eine nicht mißzuverstehende Abweisung gewesen. Und ebenso würde es Dschawid Bey und jedem anderen ergehen, der der rumänischen Regierung mit solchem Unsinn wie dem Balkanbund oder mit Vorschlägen käme, die auf eine Lockerung der alten Bande der Freundschaft und des Vertrauens hinzielten, die Rumänien mit Deutschland verbänden.

Wenngleich diese Ausführungen des Ministers des Äußern wesentlich Neues nicht enthalten, so glaubte ich sie doch Eurer Exzellenz melden zu sollen, um einem diesbezüglichen, von Herrn Djuvara im Laufe der Unterhaltung ausgesprochenen Wunsche zu entsprechen.

Bray

Nr. 9743

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 456 St. Petersburg, den 27. Dezember 1909

Herr Iswolsky fährt fort, sich über die österreichische Presse zu beklagen, weil diese angeblich nicht aufhört, Rußland einer Intrigenpolitik auf der Balkanhalbinsel zu beschuldigen. Das Gerede über die Balkankonföderation und die daran geknüpften Kombinationen sei absurd. Rußland wolle nichts als Frieden und Ruhe im nahen Orient[1]*, und die Ratschläge, die es in Sofia und Belgrad erteile, lauteten einfach dahin: „Seid untereinander einig und vermeidet jeden Anlaß zu Konflikten mit Euren

* Mit diesen Äußerungen Iswolskys würde sehr wenig in Einklang stehen der zum erstenmal bei Boghitschewitsch, Kriegsursachen S. 115ff. und übereinstimmend damit im Weißbuch: Dokumente aus den russischen Geheimarchiven (1918), S. 27ff. nach der Veröffentlichung im Rotbuch der Sowjetregierung (Heft II, Nr. 26), neuestens auch bei Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 220ff. abgedruckte Wortlaut der im Dezember 1909 abgeschlossenen russisch-bulgarischen Militärkonvention. Artikel 5 dieser Konvention lautete danach: „In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung, sowohl in diesem Falle, als auch im Falle des Beitritts Rumäniens oder der Türkei zu der Koalition der oben genannten Mächte, die größten Anstrengungen zu machen, um jegliche Anlässe zu einer weiteren Ausdehnung des Konfliktes zu beseitigen. Was dagegen die in Bundes- oder freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland stehenden Mächte betrifft, so wird die bulgarische Regierung diesen gegenüber eine entsprechend freundschaftliche Haltung einnehmen." Gegen die Authentizität dieses Textes erheben sich indessen Zweifel. Es bestand ja schon eine russisch-bulgarische Militärkonvention vom Mai 1902, laut der sich beide Staaten verpflichteten, einander im Fall eines Angriffes von seiten des Dreibundes oder eines der Dreibundstaaten oder auch Rumäniens beizustehen (s. den Text im Weißbuch „Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, S. 12ff., Stieve a. a. O. S. 217ff., vgl. auch v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 151, nebst Fußnote), so daß eigentlich zu dem Abschluß einer ganz neuen, nunmehr auch auf einen russischen Angriffskrieg ausgedehnten Militärkonvention kein plausibler Grund vorlag. Vielleicht handelt es sich bei der Konvention von 1909 lediglich um einen russischen Entwurf.

Nachbarn, Österreich-Ungarn und der Türkei." Wenn man den Rat, daß die Balkanstaaten sich unter einander vertragen sollen, als Aufreizung zur Bildung eines Balkanbundes mit der Spitze gegen eine dritte Macht hinzustellen suche, so sei das eine frivole Hetzerei[2].

Auf meine Bemerkung, daß augenblicklich auf der Balkanhalbinsel ziemliche Ruhe zu herrschen scheine und für den Augenblick nichts vorliege, was Verwickelungen herbeizuführen geeignet wäre, erwiderte Herr Iswolsky mit einem Seufzer: „Gott gebe, daß alles ruhig bleiben möge." Er wies dann auf Mazedonien hin, wo es, nach seinen Nachrichten, infolge der von der türkischen Regierung gegen die nationalen Vereine getroffenen Maßregeln wieder zu gären anfange[3].

Mein türkischer Kollege* ist durch die Gerüchte über die Bildung eines Balkanbundes beunruhigt. Er erörterte mir gegenüber dieses Thema ausführlich und ließ dabei deutlich erkennen, daß ihn die Frage, gegen wen ein solcher Bund gerichtet sein könne, lebhaft beschäftigt. Er glaubt zwar nicht, daß der Bund eine Spitze gegen Österreich-Ungarn habe, da nach seiner Überzeugung die Balkanstaaten nicht nur nichts von Österreich zu befürchten, vielmehr aus wirtschaftlichen Gründen allen Anlaß haben, mit den österreichischen Nachbarn gut zu stehen. Er könne sich aber auch nicht denken, daß der Idee des Balkanbundes, die ja augenscheinlich von Rußland sehr gefördert werde, feindliche Absichten gegen die Türkei zugrunde liegen, da Rußland bei seiner gegenwärtigen Schwäche unmöglich Komplikationen auf der Balkanhalbinsel wünschen könne.

Ich habe Turkhan Pascha vor allem in seiner Ansicht zu bestärken gesucht, daß weder die Balkanstaaten noch die Türkei von Österreich-Ungarn etwas zu befürchten hätten. Im übrigen wisse er ja selbst, daß man hier gern mit der eingebildeten Gefahr des germanischen Dranges nach Osten operiere. Es sei daher wohl möglich, daß Herr Iswolsky mit seiner Begünstigung des Balkanbundes zunächst nur bezwecke, sich bei den Panslawisten einzuschmeicheln, indem er sich damit brüste, daß er einen Wall gegen das Vordringen des Germanismus in slawische Gebiete zu errichten bestrebt sei. Immerhin sei aber auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Bildung eines Balkanbundes eventuelle neue Konflagrationen im nahen Orient im Auge habe, bei denen gewisse Balkanstaaten zu profitieren hoffen. Die Türkei habe daher dasselbe Interesse wie Österreich-Ungarn und das mit ihm verbündete Deutschland, auf den von Rußland begünstigten Zusammenschluß der Balkanstaaten und die Bestrebungen dieser Staaten ein wachsames Auge zu halten.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Dafür giebt es alles an Japan ab!? im Osten!

[2] !

[3] aha

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut

---

* Turkhan Pascha.

Nr. 9744

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 Athen, den 30. Dezember 1909

Naby Bey gab mir vertraulich Bericht Tewfik Paschas* zu lesen, in welchem dieser Auftrag beantwortet, sich wegen Balkanbundes bei englischer Regierung zu erkundigen. Der Botschafter schreibt, man habe auf Foreign Office so getan, als ob man von der Absicht einer Balkankoalition nichts wisse, jedoch hinzugefügt, daß ein solcher Bund, wenn die Türkei ihm beitrete[1], durchaus den englischen Wünschen entsprechen würde. Weiter führt der Botschafter aus, daß die Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen werde, daß man aber mit ihrem Zustandekommen wegen des erheblichen Interesses einer nordischen Macht daran rechnen müsse. Zweck des Bundes könne nur eine Bereicherung anderer Länder auf Kosten der Türkei sein. Deshalb dürfe ihm die Türkei nicht beitreten[2], andererseits aber keine Nervosität zeigen, namentlich nicht in Mazedonien. Schließlich läßt Tewfik Pascha durchblicken, daß er den Moment für näheren Anschluß der Türkei an die Zentralmächte für gekommen hält[3].

Auch Naby Bey erblickt in dem gegenwärtigen in Konstantinopel sich vollziehenden Ministerwechsel** eine Bestätigung seiner bereits früher mir geäußerten Ansicht (cfr. Bericht 129 vom 11. XII.)***, daß die Machenschaften Iswolskys die Türkei in die Arme der Tripelallianz treiben werden[4].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha!
[2] richtig
[3] ja höchste Zeit
[4] um so besser soll uns willkommen sein.

Nr. 9745

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Bray-Steinburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 81
Vertraulich Bukarest, den 31. Dezember 1909

Gestern hat mich der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu sich bitten lassen, um mir Kenntnis zu geben von dem Inhalte der Unter-

* Türkischer Botschafter in London.
** Am 30. Dezember 1909 war Großwesir Hilmi Pascha zurückgetreten; sein Nachfolger wurde der bisherige Botschafter in Rom Hakki Pascha.
*** Vgl. Nr. 9739.

redung, die er mit dem türkischen Finanzminister Dschawid Bey gehabt hat, und nochmals seinen lebhaften Dank auszudrücken für die ihm seitens der Kaiserlichen Regierung erteilte vertrauliche Information betreffend das Verhältnis Dschawid Beys zum russischen Botschafter in Konstantinopel*.

Diese Information sei ihm, versicherte mir Herr Djuvara wiederholt, von allergrößtem Nutzen gewesen. Dschawid Bey habe nämlich so schlau manövriert, daß er — wäre er nicht gewarnt worden — den türkischen Finanzminister eher für einen Gegner als für einen Freund des Balkanbundgedankens gehalten haben würde.

Nach einigen das Gespräch einleitenden Worten sei der Finanzminister auf den Plan der Gründung eines Balkanbundes zu reden gekommen; er habe sich ziemlich wegwerfend über diesen Plan geäußert und erst dann, offenbar in der Hoffnung, eine gegenteilige Äußerung zu hören, nach der Ansicht der rumänischen Regierung über dieses Projekt gefragt. Die Erwiderung habe den Erwartungen Dschawids nicht entsprochen; denn sie habe vollkommen zustimmend gelautet. Rumänien, so habe er dem türkischen Finanzminister auseinandergesetzt, lebe in bestem Einvernehmen mit allen seinen Nachbarn, insbesondere auch mit Rußland, es betrachte sich als „europäischen" und nicht als Balkanstaat und könne sich daher nicht für die Idee der Gründung eines Bundes begeistern, mit dem es nichts gemein habe, und dessen Spitze sich, nach seiner festen Überzeugung, einzig und allein gegen die befreundete Türkei richten könne. Dschawid Bey sei von dieser Antwort offensichtlich unangenehm berührt gewesen und habe unter Hinweis auf die rumänisch—österreichisch-ungarischen Beziehungen das gute Einvernehmen Rumäniens mit allen Nachbarn zu bestreiten versucht. Es sei ihm jedoch entgegnet worden, daß es sich hier nur um augenblickliche Schwierigkeiten rein wirtschaftlicher Art handle, die nicht den geringsten Einfluß auf die Politik Rumäniens auszuüben vermöchten. Der Finanzminister habe darauf das Gespräch auf das wirtschaftliche Gebiet übergeleitet und ihn zu bewegen versucht, dem Gedanken einer Abänderung des türkisch-rumänischen Handelsvertrages näherzutreten. Als er auch in dieser Beziehung einer vollständig ablehnenden Haltung begegnet sei, habe ihn Dschawid Bey sehr unbefriedigt von seiner Unterredung — wie er später vernommen habe — verlassen.

Noch am gleichen Tage sei der russische Gesandte** bei ihm erschienen, um sich nach dem Resultate der Unterredung mit Dschawid Bey zu erkundigen. Er habe dem Gesandten gesagt, daß es sich um die Besprechung von Fragen wirtschaftlicher und anderer Art gehandelt habe und die Unterhaltung jeden Interesses entbehrt hätte. Herr von Giers habe alsdann den türkischen Finanzminister als einen sehr klugen Mann geschildert — ein Eindruck, den er (Djuvara) nicht gewonnen habe — und besonders hervorgehoben, daß er eng befreundet mit Herrn Tscharykow sei!

* Vgl. Nr. 9741.

** Michael von Giers.

Am Schlusse der Unterredung dankte ich dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten für die mir gemachten Mitteilungen, worauf Herr Djuvara erklärte, daß es ihm eine besondere Freude bereitet habe, den ihm durch die so nützliche Information erwiesenen Dienst durch die vertrauliche Mitteilung des Gesprächs mit Dschawid Bey, das die Kaiserliche Regierung sicherlich interessieren werde, haben vergelten zu können.

Bray

Nr. 9746

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 8 Bukarest, den 6. Februar 1910

Vertraulich

Herr Bratianu* erzählte mir vertraulich, was er während seiner Reise und aus den Berichten der rumänischen Vertreter über den von Herrn Iswolsky angestrebten Balkanbund erfahren hat.

Ein Versuch, die Türkei für einen solchen Bund zu gewinnen, sei von Anfang an gescheitert. Man habe dann versucht, wie er aus russischer Quelle wisse, Bulgarien und Serbien dadurch unter einen Hut zu bringen, daß sie sich gegenseitig zum Desinteressement bezüglich Mazedoniens auch bei Nichtaufrechterhaltung des Status quo verpflichten sollten. Serbien sollte bei Änderungen des Status quo den Sandschak erhalten; was Bulgarien erhalten solle[1], habe man ihm nicht gesagt, vielleicht selbst noch nicht gefunden gehabt.

Ein russischer Diplomat (aber nicht der hiesige Gesandte) hat Herrn Bratianu auch sondiert, wie Rumänien sich zu einem Balkanbund stellen würde. Herr Bratianu hat erwidert, daß Rumänien für eine wohlwollende Haltung gegenüber einem Balkanbund vor allem voraussetzen müsse, daß der Bund auf der absoluten Aufrechterhaltung des Status quo nach allen Richtungen beruhe, also eine Spitze weder gegen die Türkei noch gegen Österreich-Ungarn habe. Die Türkei würde für solchen Fall wohl nicht nur Ruhe an ihrer Grenze, sondern auch Garantien dafür verlangen, daß sich Bulgarien und Serbien jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Mazedoniens enthielten. Der russische Diplomat habe darauf geantwortet: „Vous mettez beaucoup d'eau dans notre vin[2].“

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Stambul?

[2] gut

* Rumänischer Ministerpräsident.

Nr. 9747

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 72 Pera, den 6. März 1910

Herr Milowanowitsch, mit welchem ich gestern eine zweite Unterredung hatte, versicherte mich nochmals, daß seine Reise hierher nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Fragen gelte. Die handelspolitische Lage Serbiens sei in den letzten Jahren sehr schwierig geworden. Wenn auch mit Österreich-Ungarn kein förmlicher Zollkrieg bestehe, so fänden doch auf die Erzeugnisse der beiden Länder immer noch die Maximaltarife Anwendung. Die Versuche, für einen der wichtigsten serbischen Exportartikel, nämlich lebendes Vieh, von Österreich-Ungarn Erleichterungen zu erhalten, seien bisher gescheitert, obgleich es sich dabei vornehmlich um Transit nach Italien handle, agrarische Motive auf österreichisch-ungarischer Seite also nicht in Frage kämen. Serbien habe allerdings via Salonik eine neue Exportroute gefunden. Der Umweg sei aber für das Vieh, das vornehmlich für den Norden Italiens bestimmt sei, so groß und die Transportkosten so erheblich höher, daß Serbien bei seiner ungünstigen geographischen Lage dringend wünschen müsse, für seinen Export eine direkte Linie nach dem Adriatischen Meere zu besitzen. Er kenne die Schwierigkeiten, welche der Donau-Adria-Bahn entgegenständen, vor allem die Geldfrage und dann den Widerstand der albanischen Gebirgsbevölkerung. Er halte aber diese Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich. Neben dem Wunsche, mit den Türken über die Frage zu konferieren, habe ihn auch die Notwendigkeit hierher geführt, den Abschluss eines neuen Handelsvertrages mit der Türkei anzubahnen. Der bestehende Meistbegünstigungsvertrag laufe in anderthalb Jahren ab. Bei der türkischen Langsamkeit sei es also nötig, jetzt schon Vorsorge zu treffen. Je weniger Sicherheit dafür bestehe, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn sich besserten, um so dringender sei es für Serbien, sich mit der Türkei zu verständigen, welche zurzeit das einzige sichere Ausfalltor für den serbischen Export bilde. Er denke dabei auch an Spezialbestimmungen für den Grenzverkehr, wie sie zwischen anderen benachbarten Ländern beständen.

Auf das politische Gebiet übergehend, vertrat der Minister die Ansicht, daß Serbien sich ruhig verhalten und an seiner inneren Entwickelung arbeiten müsse. Für Serbien sei die Erhaltung des Status quo besser als irgend ein anderer Zustand, den man sich angesichts der politischen Gesamtlage als möglich konstruieren könne. Von der Konföderation der Balkanstaaten will Herr Milowanowitsch nichts wissen. Mit der Türkei geschlossen, sei der Bund eine Utopie und eine Täuschung. Denn Mazedonien werde die Türkei und Bulgarien stets trennen und eine Kriegsgefahr

zwischen beiden bilden. Daran könne kein papiernes Instrument irgend etwas ändern. Handle es sich aber um einen Balkanbund gegen die Türkei, so sprächen alle Momente gegen eine Beteiligung Serbiens an einem solchen. Die Serben würden, wenn sie in einen solchen Bund einträten, nur die bulgarischen Geschäfte machen und die Bulgaren nicht eine einzige vorher gegebene Versprechung erfüllen. Serbien wünsche, mit Bulgarien auf gutem Fuße zu stehen. In der letzten Zeit habe sich auch eine Annäherung vollzogen. Fange man aber erst an, über Interessensphären in Mazedonien zu sprechen, so werde die serbisch-bulgarische Freundschaft alsbald in die Brüche gehen.

Der Minister hat natürlich auch Beschwerden bezüglich des serbischen Elements in Mazedonien. Er tadelt die Pforte, daß sie in ihren Mitteln gegenüber der albanischen Bewegung fortwährend schwanke. Kürzlich habe der tüchtige General Dschawid Pascha die aufrührerischen Albaner ernstlich gezüchtigt. Aus Angst vor den Folgen dieser Expedition habe jedoch die Pforte den General zurückberufen, bevor ganze Arbeit geschehen. Nun seien die Albaner wegen der ihnen zuteil gewordenen Züchtigung in großer Erregung und ließen ihren Zorn an den Christen aus, die in jenen Gegenden vornehmlich serbischen Stammes seien. Der Minister bestätigte mir, daß sein König demnächst seinen Besuch in St. Petersburg abstatten werde.

Auf die Frage des Ministers, wie ich die innere Lage der Türkei ansehe, habe ich ihm ein wesentlich günstigeres Bild entworfen, als es in der Wirklichkeit besteht. Als ich ihn auf die systematische und erfolgreiche Arbeit, welche die junge Türkei der Reorganisation der Armee zuwende, hinwies, erwiderte mir Herr Milowanowitsch, auch er sei erstaunt darüber zu sehen, daß die Haltung der Offiziere und der Mannschaften sich gegen die frühere Zeit vorteilhaft verändert habe. Da der Minister in den nächsten Tagen sich auf der Rückreise einige Tage in Sofia aufhalten wird, ist es ganz nützlich, wenn er von hier aus den Eindruck einer militärisch wesentlich gestärkten Türkei mitnimmt.

Marschall

Nr. 9748

Der Gesandte in Belgrad von Reichenau an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 29 Belgrad, den 9. März 1910

Wie ich von meinem türkischen Kollegen höre, soll der Besuch des Königs Peter in Konstantinopel im Anschluß an die Petersburger

Reise* stattfinden. Charakteristisch war die Bemerkung Ali Fuads, daß man russischerseits diesem Besuche durchaus freundlich gegenüberstehe[1]. Diese Äußerung ist eine indirekte Bestätigung der naheliegenden Vermutung, daß die Antrittsvisite des serbischen Königs beim Sultan auf russische Initiative zurückzuführen ist[2], die bezweckt, den Argwohn der Türkei bezüglich des Balkankonzerns zu zerstreuen und sie in dessen Kreise hinein- und von Österreich-Ungarn und Deutschland abzuziehen[3].

Die Ausreise des Königs Peter nach der russischen Hauptstadt soll, wie jetzt bestimmt worden ist, über Budapest-Oderberg erfolgen, während, wie es scheint, der Rückweg über Moskau-Kiew-Odessa-Konstantinopel genommen werden soll.

In Hofkreisen rechnet man mit einer einmonatlichen Abwesenheit des Königs. Von Konstantinopel wird der natürliche Heimweg den König Peter über Sofia führen. Daß er aber dort aussteigen und den König Ferdinand begrüßen sollte, falls dieser nicht vorher seinen offiziellen Besuch in Belgrad gemacht hat, erscheint mir zum mindesten zweifelhaft. Es wäre daher nicht zu verwundern, wenn Ferdinand der Plötzliche noch vor der Abreise des Königs Peter on short notice hier mit Antrittsvisite erschiene.

Reichenau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ich** gewünscht hat

[2] ja

[3] richtig!

---

* Der Petersburger Besuch König Peters, dem ein Aufenthalt des bulgarischen Königspaares am russischen Hofe (23. Februar bis 3. März) voraufgegangen war, dauerte vom 22. bis 26. März. Den Petersburger Besuchen folgten Reisen beider Herrscher nach Konstantinopel (20. März bezw. 3. April), die nach einer Mitteilung Ali Fuads zu Reichenau (Telegramm Reichenaus Nr. 12 vom 13. März) von Iswolsky inszeniert waren. Nach einem Berichte Reichenaus vom 2. März (Nr. 24) sollten die Besuchsreisen der beiden Balkanherrscher nach Petersburg „lediglich den Zwecken des Herrn Iswolsky dienen, um der neuesten Betonung des deutsch-österreichischen Bündnisses gegenüber das russische Vasallentum der slawischen Balkanstaaten in solenner Weise zu demonstrieren". Daß während der Anwesenheit der beiden Herrscher in Petersburg der nähere Zusammenschluß ihrer beiden Staaten und die Frage des Balkanbundes eingehend erörtert worden ist, ergibt sich aus den gleichzeitigen Auslassungen der Petersburger Zeitungen. Iswolsky ließ allerdings in Berlin durch den Geschäftsträger Schebeko am 10. März die „bestimmte Erklärung" abgeben, daß die Reise der beiden Balkanherrscher nach Petersburg nur friedliche Zwecke verfolge. Vgl. Kap. CCXV, Nr. 9927. Jedoch wußte der Militärbevollmächtigte am russischen Hofe Kapitän z. S. von Hintze am 7. März (Nr. 165) zu berichten, daß König Ferdinand von Bulgarien in Petersburg ein gemeinsames kriegerisches Vorgehen gegen die Türkei vorgeschlagen habe, dessen Ziel für Rußland Konstantinopel, für Bulgarien Mazedonien mit Saloniki sein sollte.

** Offenbar verschrieben für „ihn".

Nr. 9749

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 146 Paris, den 24. März 1910

Botschafter Louis hat, wie ich von vertrauenswürdiger Seite höre, aus Petersburg berichtet, daß Herr Iswolsky sich mit großer Entschiedenheit gegen die Behauptung verwahre, er hätte irgendwie den Plan einer Balkanföderation unterstützt[1]*.

Mein Gewährsmann vermutet, daß Herr Pichon,** der in einer solchen Föderation die Quelle bedenklicher Verwickelungen erblicken dürfte, in Petersburg seinen diesbezüglichen Besorgnissen hat Ausdruck geben lassen.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gelogen?

Nr. 9750

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 98 Pera, den 29. März 1910

Einer guten Quelle zufolge soll bereits vor der Abreise des Königs Ferdinand nach Konstantinopel*** ausgemacht worden sein, daß von politischen Dingen, unter anderem auch von der mazedonischen Frage, nicht geredet werden dürfe. Diese Abrede scheint im wesentlichen eingehalten worden zu sein, wenn auch das politische Gebiet nicht ganz umgangen werden konnte. In dieses fällt unter anderem die Grenzfrage. Hier wurde festgelegt, daß eine Veränderung der Grenze als ausgeschlossen zu betrachten sei, und daß man sich lediglich darauf beschränken wolle, durch eine Kommission einige Zweifel an der bestehenden Grenze zu beseitigen und den Grenzpatrouillen den Befehl zu geben, weniger rücksichtslos als bisher bei Grenzverletzungen vorzugehen. Politischer Natur ist auch die Vereinbarung über die Nationalität von bulgarischen Familien, soweit dieselbe bisher noch nicht endgültig geregelt war, und über die Stellung des bul-

* Vgl. dazu die Instruktionen Iswolskys an die Vertreter Rußlands in Sofia, Belgrad und Cetinje vom 4. November 1909, in denen es ausdrücklich heißt: „Als Beschützer aller slawischen Interessen auf dem Balkan hat Rußland stets versucht, in den Balkanvölkern das Bewußtsein zu wecken, daß sie sich zum allgemeinen Wohl so eng wie möglich zusammenschließen müssen. Dies wird auch in Zukunft unser Bestreben sein; doch kann dies in vollem Maße nur dann erreicht werden, wenn die Balkanstaaten selbst uns in diesen Bestrebungen unterstützen, und deshalb begrüßen wir mit der größten Befriedigung jeden Beweis einer Annäherung zwischen ihnen." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 457.

** Französischer Minister des Äußern.

*** Am 20. März waren König Ferdinand und seine Gemahlin nach Konstantinopel gefahren. Am 4. April traf dann König Peter von Serbien in Konstantinopel ein.

garischen Exarchen. Letzterer soll fernerhin, solange er im Amte ist, der bulgarischen Kirche sowohl in der Türkei als in Bulgarien vorstehen. Bei der Wahl seines Nachfolgers müssen neue Verhandlungen über die Befugnisse des Exarchen eingeleitet werden.

Dagegen verlautete während des Königsbesuches von der wichtigsten politischen Frage, nämlich dem Balkanbunde, gar nichts. Es ist bemerkenswert, daß dieser Punkt auch von der Presse fast vollkommen mit Stillschweigen übergangen wurde. Ein Balkanbund, welcher seine Entstehung den Besuchen slawischer Könige in Konstantinopel verdankt, könnte nur ein solcher zwischen den kleinen Balkanstaaten und der Türkei sein. Er würde seine Spitze ausschließlich gegen Österreich-Ungarn richten und sich nur vor der hiesigen öffentlichen Meinung rechtfertigen lassen, wenn Graf Aehrenthal weitere territoriale Pläne auf der Halbinsel hätte, wie von russischer und französischer Seite gern glauben gemacht wird, wozu das dauernde Mißtrauen Italiens gegen Österreich-Ungarns Stellung am Adriatischen Meere hinzutritt. Auch jetzt hat es nicht an Versuchen gefehlt, gegen Wien zu hetzen. So druckten die hier in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen im Leitartikel die Warnung des „Temps" ab, die Türkei und Bulgarien möchten nicht durch Uneinigkeit einer dritten Macht die lang erwünschte Gelegenheit zum Vordringen nach Salonik bieten. Daß Frankreich und Rußland an dem Königsbesuch einen besonders interessierten Anteil nahmen, wurde auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß allein Herr Bompard und Herr Tscharykow mit dem französischen* und russischen Militärattaché** bei der Abfahrt des Königspaares an der Bahn erschienen, während der derzeitige Doyen des diplomatischen Korps Markgraf Pallavicini sowie die anderen Herrn Botschafter diesen Schritt mißbilligten, da die Abfahrt durch die Anwesenheit Seiner Majestät des Sultans den Charakter einer offiziellen Veranstaltung erhalten habe, zu welcher die Nichtbeteiligten nur auf eine Benachrichtigung durch die Hohe Pforte hin erscheinen könnten. Daß England dieses Spiel des Zweibundes nicht mitmacht, konnte ich aus der Kritik Sir Gerard Lowthers entnehmen.

Bisher bin ich überzeugt, daß die Aussichten eines slawisch-türkischen Balkanbundes trotz aller Anstrengungen des Herrn Iswolsky recht gering sind. Doch kann auf der anderen Seite nicht verkannt werden, daß der Türkei, die seit einiger Zeit überlegt, ob sie in ihrer splendid isolation bleiben oder den Anschluß an eine der großen europäischen Mächtegruppen suchen soll, ein Angebot gemacht ist, wenn dieses auch nicht in ausdrücklichen Worten gefaßt ist. Daß sie darauf eingeht, ist mehr als zweifelhaft. Man wird vielleicht nach dem serbischen Königsbesuch ein deutlicheres Bild von ihrer Stimmung gewinnen. Jedenfalls wird es ihr recht schwer fallen, durch ein solches Bündnis sich Rußland zu verschreiben und Österreich-Ungarn sowie auch Deutschland vor den

* Major Delon.
** Oberst Holmsen.

Kopf zu stoßen. Markgraf Pallavicini ist heute noch überzeugt, daß die Türkei, falls sie endgültig vor eine Wahl gestellt werden würde, eher den Anschluß an den Dreibund bevorzugen würde[1].

Die augenblickliche Lage ist am besten im „Tanin" von dem bekannten Abgeordneten Hussein Dschahid präzisiert worden:

„Der König Ferdinand kehrt mit dem wertvollen Geschenk gegenseitigen Vertrauens und offener Aussprache, aber ohne Entente und ohne Bündnis nach Sofia zurück."

Miquel

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wenn Wien es ihr nur leichter machen wollte!

Nr. 9751

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 114 Pera, den 5. April 1910

Nachdem König Ferdinand Konstantinopel kaum verlassen hat, traf gestern der König von Serbien hier ein. Der Empfang war dieses Mal wärmer, und man sah in den Straßen viele türkische und griechische Fahnen, welche während der Anwesenheit König Ferdinands fehlten.

Da das freie Bewegen des Sultans, die festlichen Empfänge am Bahnhof und die Paraden den Reiz der Neuheit schon eingebüßt haben,[1] so ist es erklärlich, daß bei diesem zweiten Besuch der politische Zweck und namentlich die Möglichkeit eines Balkanbundes noch mehr als früher das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen. Wird ein so großer Apparat in Bewegung gesetzt, wie es bei den Reisen zweier Könige mit ihren hervorragendsten Ministern nach Petersburg und Konstantinopel geschieht, und entschließen sich die Slawenherrscher trotz der geringen Sympathien der christlichen Balkanvölker für die Muselmanen dazu, dem Sultan ihre Aufwartung zu machen, so vermutet jeder Beobachter mehr dahinter als den Wunsch nach dem Abschluß von Handelsverträgen. In dieser Beziehung sieht man jetzt etwas deutlicher. Die Vorbereitungen eines Bundes zwischen den südslawischen Staaten und der Türkei werden mit größerer Offenheit betrieben. Heute scheinen mir die Verhältnisse folgendermaßen zu liegen. Rußland sucht, von Frankreich unterstützt und vielleicht auch von Italien[2] mit Wohlwollen beobachtet, die Türkei von der Notwendigkeit des Bundes[3] zu überzeugen. Während die slawischen Staaten sich zu dieser Intrige mehr oder weniger freiwillig hergeben und sich mindestens auf wirtschaftliche Vorteile Hoffnung machen, hält die Türkei ihre Entscheidung vorsichtigerweise zurück; ihr ist bei all dem Liebeswerben unheimlich zu Mute, weil sie schon zu schlechte Erfahrungen mit Rußland gemacht hat. Sie weiß sehr wohl, daß sie von Herrn Iswolsky gegen den Grafen Aehrenthal ausgespielt werden soll.[3]

Bemerkenswert ist es, wie dringend die hiesige französische Presse den Türken die Notwendigkeit des Balkanbundes vor Augen führt, ohne sich zu scheuen, Österreich-Ungarn als den zu bekämpfenden Feind ganz offen zu bezeichnen. So schreibt A. de la Jonquière im Leitartikel des „Moniteur Oriental", alle Balkanvölker müßten gegen den gemeinsamen Feind in Wien ein Schutz- und Trutzbündnis schließen. Den Versicherungen des Grafen Aehrenthal nach der Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina sei nicht zu trauen; die habsburgische Doppelmonarchie dränge seit der Niederlage von Sadowa nach dem Südosten und werde hierbei von Deutschland unterstützt. Jonquière glaubt behaupten zu können, daß Dschawid, Talaat*, Achmed Risa** und selbst Mahmud Schewket*** (?) hiervon überzeugt seien. Im gleichen Sinne schreibt Pierre la Goff in der „Turquie", Serbien müsse sich gegen Österreich-Ungarn schützen und bedürfe hierzu der freundschaftlichsten Beziehungen zur Türkei, mit der es vielfach gemeinsame Interessen habe.

Rechnet man zu dieser Haltung der hiesigen französischen Journalisten noch das Sichvordrängen der russischen Botschaft bei den Königsbesuchen, so gewinnt man ein deutliches Bild dieser Bestrebungen, die offenbar einen Teil des großen Duells zwischen Herrn Iswolsky und dem Grafen Aehrenthal bilden.

Die Hauptsache bleibt dabei nur die Haltung der Hohen Pforte†. In dieser Hinsicht war mir eine Äußerung des hiesigen bulgarischen Gesandten Herrn Sarafow wertvoll. Als ich mit ihm wegen der drei letzten Grenzvorfälle sprach, meinte er, es sei ja richtig, daß die Zustände an der Grenze nicht zur Besserung der Beziehungen beitrügen, aber auch ohne diese Vorgänge wäre die Stimmung während des Königsbesuches ziemlich kühl gewesen. Der Gedanke an ein Bündnis schien dem Herrn Gesandten recht fern zu liegen. Im übrigen bezeichnete er die Aussichten auf dauernden Frieden zwischen den beiden Mächten als günstig, denn schon seit dem Besuch der bulgarischen Offiziere in Therapia während des vergangenen Sommers sei eine wesentliche Detente zu bemerken gewesen.

Aus der Art, in der Rifaat Pascha zu mir über den Besuch des Königs Ferdinand sprach, habe ich ebenfalls nicht auf eine Bündnisfreudigkeit schließen können. Hiermit stimmt der weitaus größere Teil der türkischen Presse überein. Höchstens sucht der russenfreundliche „Tanin" eine liebenswürdigere Note anzuschlagen. Dem widersprechen aber viele andere Blätter, die sich sehr erregt über die Bulgaren äußern.

Die österreichisch-ungarische Botschaft steht den Gerüchten über den Balkanbund kühl gegenüber; sie glaubt nicht daran und ergeht sich in anderen Vermutungen über den Zweck des bulgarischen Besuches.

---

* Minister des Innern.
** Präsident der Kammer.
*** Kriegsminister.
† Vgl. darüber auch den zusammenfassenden Bericht Freiherrn von Marschalls Nr. 179 vom 30. Mai 1910 in Kap. CCXII, Nr. 9789.

Ich hörte die Version, König Ferdinand, von bulgarischen Politikern bedrängt, jedoch von Herrn Iswolsky gewarnt, habe seinen Ministern während des Besuches am Sultanshofe zeigen wollen, daß die Türkei über ein nicht zu unterschätzendes Heer verfüge und ein weit kräftigeres Staatswesen als früher darstelle.

Ungleich entgegenkommender stellt sich die Hohe Pforte zu den Serben. Wie auf ein Kommandowort heißt die Presse den König Peter willkommen und spricht von „herzlicher Entente" zwischen den beiden Ländern. Sie läßt dabei allerdings die Überlegenheit der Türkei fühlen und erinnert an die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Serben der Türkei verdanken. Auch die von Kiamil erteilte Erlaubnis zum Transport von Kriegsmaterial während der österreichischen Bedrohung* wird nicht vergessen. Freundlich herablassend stellt die Presse fest, daß Serbien keine Intrigen mehr mache und in dem Bestreben, sich der Türkei zu nähern und dadurch die Achtung Europas vor dem Balkan zu erhöhen, den übrigen Völkern mit gutem Beispiel vorangehe. Der Unterschied mit Bulgarien tritt also deutlich zu Tage. Gleichwohl kommt jedoch bei sämtlichen Besprechungen des zweiten Königsbesuches das Wort „Balkanbund" nicht vor.

Eine Erwägung könnte die Hohe Pforte dem Bündnisgedanken geneigter machen, nämlich die Furcht vor dem Zusammenschluß der Balkanstaaten ohne die Türkei. So weit sind aber die Verhältnisse noch nicht gediehen. Vielmehr liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß Herr Iswolsky mit dem Balkanbunde ebenso wenig Glück hat als wie mit den Aalandsinseln**, der Meerengenfrage und der Konferenz nach der Einverleibung Bosniens.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das geht schnell!
[2] England
[3] gegen Oesterreich
[4] richtig

Nr. 9752

Der Geschäftsträger in Athen von Krause an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Athen, den 23. September 1910

Ein zuverlässiger hiesiger Diplomat erzählte mir vertraulich, daß zwischen Bulgarien, Serbien und Montenegro durch russischen Einfluß eine gegen die Türkei gerichtete Verständigung herbeigeführt sei.

Krause

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCI, Nr. 9272.
** Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXXIII, A.

Nr. 9753

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 18 Wien, den 24. Januar 1911

Der russische Botschafter in Konstantinopel, Herr Tscharykow, hat sich unlängst einige Zeit hier aufgehalten. Seine Anwesenheit hier bezweckte, die Wiener Ärzte wegen der schweren Erkrankung eines seiner Kinder zu konsultieren. Er hat sich völlig im Hintergrunde gehalten und ist auch, soviel ich feststellen konnte, nicht bei Graf Aehrenthal gewesen.

Über eine nicht uninteressante Unterredung, die der bekannte Gewährsmann der Botschaft mit Herrn Tscharykow gehabt hat, meldet er mir nachstehendes:

„Herr Tscharykow sagte mir im Verlaufe des Gesprächs unter anderem: Ich empfange hier niemanden und mache hier keine Politik. Herr von Giers* würde sich dies übrigens gar nicht bieten lassen, daß ich ihm auf dem Terrain seiner exklusiven Kompetenz in das Handwerk pfusche. Darum sage ich jedem, der mich hier um etwas fragt: Fragen Sie Herrn von Giers!

Schon in Konstantinopel muß ich sehr vorsichtig und mißtrauisch sein, denn dort gilt es als Axiom, daß jeder zweite Mensch ein Spion und geheimer Regierungsagent ist. Aber hier in Wien muß ich doppelt vorvorsichtig und mißtrauisch sein, denn hier ist jeder Mensch ein Spion und geheimer Agent der Regierung. Man hat mich ausdrücklich vor der Spionage des Grafen Aehrenthal in der allerernstlichsten Weise gewarnt, und ich sage Ihnen aufrichtig, daß ich mich genötigt gefühlt hätte, auch Ihren Besuch abzulehnen, wenn Sie mir nicht von mehreren Seiten so warm empfohlen worden wären. Immerhin kann ich Ihnen sagen, daß wir seit der Entrevue der beiden Kaiser in Potsdam** in einer Epoche neuer Orientierungen stehen, und daß die ganze europäische Diplomatie nach neuen Methoden sucht, da die alten Methoden nicht zum Ziele geführt und sich als unzulänglich erwiesen haben. Es versteht sich von selbst, daß auch meine Ideen betreffs des Balkanproblems, wiewohl ich sie keineswegs zu abandonnieren gewillt bin, dennoch dieser geänderten Orientation akkommodiert werden müssen. Auch Ihr Londoner Freund (eine Anspielung auf Wesselitzky) wird etwas Wasser in den schäumenden Becher seiner Anglomanie und Germanophagie gießen müssen. Übrigens gebietet es die historische Gerechtigkeit, das Faktum festzuhalten, daß

---

* Nikolaus von Giers, russischer Botschafter in Wien seit Dezember 1910.
** Vgl. dazu Kap. CCXVIII.

mein Projekt des Balkanbundes als eine wirksame Vormauer gegen eine österreichische Invasion gedacht war und zu einer Zeit konzipiert worden ist, wo diese Invasion tatsächlich drohend am europäischen Horizonte stand. Heute ist diese drohende Wolke vollständig vorüber gezogen, und nach den festen Bürgschaften, welche Kaiser Wilhelm bei der Entrevue in Potsdam in dieser Beziehung unserem Monarchen gegenüber übernommen hat, haben wir logischerweise keinen Grund mehr, gegen eine Eventualität zu mobilisieren, die nicht mehr in Betracht kommt und daher aus unserem diplomatischen Kalkül gänzlich ausgeschaltet worden ist*.

Was zwischen uns und Österreich noch steht, ist vielleicht die polnische Frage, die den Keim zu gewissen Divergenzen in sich zu tragen scheint. Aber diese Frage entzieht sich in ihrem ganzen Umfange dem Bereiche meiner diplomatischen Tätigkeit und bildet eine Aufgabe, welche unsere lokalen Verwaltungs- und Militärbehörden in unseren polnischen Landesteilen zu den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zwingt.

An diesen Vorsichtsmaßregeln wird es bei uns gewiß nicht fehlen, und ich habe die feste Überzeugung, daß sie vollkommen ausreichen werden, um zu verhindern, daß die polnische Frage zu so großen und so gefährlichen Dimensionen heranwächst, wo sie die bon voisinage zwischen uns und Österreich zu stören vermöchte."

von Tschirschky

Nr. 9754

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 330 Therapia, den 23. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 229**.

Assim Bey***, dem ich heute die befohlene Erklärung gemacht habe, sprach mir dafür seinen Dank aus und bemerkte dabei: der österreichische Botschafter habe ihm gestern eine analoge Mitteilung gemacht, und er — Assim Bey — demselben erwidert: er wiederhole, die den Mächten bezüglich der türkischen Haltung zu Bulgarien gemachten friedlichen Versicherungen werden in dieser Beziehung ein persönliches Engagement sein, setze aber dabei voraus, daß die Mächte reziprok auch von Bul-

* Wie wenig das in Wirklichkeit der Fall war, ergibt der bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O. S. 146ff. abgedruckte Bericht Sementowskys vom 25. November 1910, der geradezu das Programm einer Einigung der Balkanvölker unter der Ägide Rußlands aufstellt.

** Durch Telegramm Nr. 229 vom 20. Oktober war Freiherr von Marschall angewiesen worden, auf der Pforte eine Demarche zugunsten des Festhaltens an friedlichen Beziehungen zu Bulgarien zu machen.

*** Türkischer Minister des Äußern seit 8. Oktober 1911.

garien die Zusage verlangten, daß dieses seinerseits sich jeden Angriffs auf die Türkei enthalten werde. Man werde die Billigkeit eines solchen Verlangens nicht bestreiten können.

Der Minister fügte bei, er strebe nach einer „Entente" der Türkei mit allen Balkanstaaten, einschließlich Rumäniens, auf der Basis der gegenseitigen Zusage, sich einer Aggressivität zu enthalten. Der Zweck dieser Entente sei, daß alle diese Staaten auf Grund von noch abzuschließenden Handelsverträgen Hand in Hand miteinander ihre ganze Aufmerksamkeit ihrer wirtschaftlichen Entwickelung widmen können. Auf den von Rußland gewünschten „Balkanbund" dagegen werde er nicht eingehen, weil bei ....* die politische und nicht die ökonomische Entwickelung im Vordergrund stehe. Ein solcher „Balkanbund" werde unter russischer Direktive stehen und Österreich-Ungarn zum unversöhnlichen Gegner haben.

Marschall

Nr. 9755

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 182 Wien, den 25. Juni 1912

Vertraulich

Der bekannte slawische Gewährsmann der Botschaft will von seinem Belgrader Korrespondenten das Resümee einer vertraulichen Zirkularnote erhalten haben, die von der serbischen Regierung an ihre Vertreter im Auslande versendet worden ist. Darin wird der vielfach verbreiteten Meldung, als würden zwischen slawischen Staaten der Balkanhalbinsel unter russischer Patronanz Verhandlungen geführt zum Abschlusse eines Balkanbundes auf slawischer Grundlage, entgegengetreten**.

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Tatsächlich war es am 13. März 1912 zum Abschluß eines Balkanbundes auf slawischer Grundlage zunächst zwischen Bulgarien und Serbien gekommen, in dessen Geheimklausel die „russische Patronanz" aufs stärkste betont war. Daß der Vertrag mit Vorwissen und auf Betreiben Rußlands abgeschlossen worden ist, ergibt sich aus Sasonows Telegrammen an die russischen Botschafter in Paris und London vom 30. März 1912 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 154). Aus den Schlußworten des Sasonowschen Telegramms: „Wir haben gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht auf dem Balkan zu widersetzen", erhellt zugleich der antiösterreichische Charakter des von Rußland betriebenen Balkanbundes. Die unbedingte Geheimhaltung des abgeschlossenen Bündnisses, zu der Sasonow Poincaré durch Iswolsky verpflichten ließ, ist nicht durchgeführt worden. Die deutsche Regierung hatte, wie aus dem kürzlich bei Jaeckh, Kiderien Wächter, der Staatsmann und Mensch II, 185ff. abgedruckten Briefe Staatssekretär

Abschrift der betreffenden Meldung des Gewährsmannes* beehre ich mich anliegend gehorsamst vorzulegen.

von Tschirschky

Anlage

Mein Belgrader Berichterstatter hat mir das Resümee einer vertraulichen Zirkularnote eingeschickt, welche die serbische Regierung an ihre Vertreter im Auslande versendet hat.

Diese Note sagt in ihren wichtigsten Stellen:

„In den Kreisen der europäischen Diplomatie ist vielfach die Meinung verbreitet, daß zwischen den slawischen Staaten der Balkanhalbinsel Unterhandlungen wegen der Schaffung eines Balkanbundes auf slawischer Grundlage stattfinden, und daß in dieser Beziehung zwischen Serbien, Bulgarien und Montenegro bereits ein vollständiges Einvernehmen erzielt worden ist. Im Anschlusse hieran besteht in der europäischen Diplomatie die Mutmaßung, daß von seiten der russischen Regierung diese Kreierung eines slawischen Staatenbundes auf der Balkanhalbinsel gefördert wird, und daß die neue slawische Gruppierung sich unter dem Protektorate Rußlands befindet**.

---

von Kiderlens an König Karol von Rumänien vom 15. April 1912 hervorgeht, bereits genaue Kenntnis von dem serbisch-bulgarischen Vertrage. Die fast wörtliche Übereinstimmung des Kiderlenschen Briefes mit den Telegrammen Sasonows vom 30. März läßt darauf schließen, daß deren Text in Berlin nicht unbekannt geblieben ist. Den Wortlaut des bulgarisch-serbischen Vertrages vom 13. März 1912 nebst Geheimklausel und der gleichzeitig abgeschlossenen Militärkonvention siehe bei Boghitschewitsch, Kriegsursachen S. 129ff.

* Siehe Anlage.

** Daß dies tatsächlich der Fall war, und daß sämtliche russische Balkandiplomaten auf das Ziel eines unter dem Protektorat Rußlands stehenden Balkanbundes lossteuerten, ergeben die bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 137ff. zusammengefaßten Schriftstücke. Es fehlte allerdings nicht ganz in der russischen Diplomatie an Männern, die angesichts der Uneinigkeit der Balkanvölker einer österreichisch-russischen Verständigung das Wort redeten. Vgl. z. B. den Bericht des Botschafters in Wien N. v. Giers vom 15. Februar 1911, der unter Berufung auf die gleichartige Auffassung des russischen Botschaftsrats Swjetschin in Konstantinopel im Hinblick auf die Unerreichbarkeit der Vereinigung aller slawischen Nationalitäten für ein österreichisch-russisches Balkanübereinkommen plädiert. Bemerkenswert ist das überaus scharfe Urteil, das Giers über die Serben und ihre Beziehungen zu Österreich fällt: „Die schwache Seite der Serben ist ihr beständiges Bedürfnis politischer Intrigen, eine Unmenge der allerunwahrscheinlichsten Nachrichten, die ausschließlich den Zweck verfolgen, keine guten Beziehungen Rußlands zu denjenigen Mächten zuzulassen, mit denen Serbien selbst in schlechten Beziehungen ist. Die ganze Atmosphäre Belgrads ist mit ungerechtfertigter Empfindlichkeit und Erregung gesättigt. Die serbische Regierung will nicht zulassen, daß Rußland auf irgendeiner Grundlage ein Übereinkommen mit Österreich abschließt; wenn nicht die serbische Regierung, so lenkt der serbische Generalstab unsere Aufmerksamkeit auf die allerverräterischsten Absichten Österreichs.“ v. Siebert, a. a. O., S. 135.

Nachdem dies dazu ausgenützt wird, um nicht nur Griechenland und Rumänien, sondern auch die Türkei und andere Mächte mit Mißtrauen und Feindseligkeit gegen uns zu erfüllen, und hieraus unserem speziellen Interesse ernste Schädigungen erwachsen können, so erachten wir es für angezeigt, Sie behufs Ihrer persönlichen Information zu benachrichtigen, daß weder die Schaffung eines slawischen Balkanbundes von uns geplant wird, noch auch die Vorbedingungen und Grundlagen für einen solchen engen Zusammenschluß Serbiens, Bulgariens und Montenegros tatsächlich vorhanden sind.

Sie wissen es hinlänglich aus unseren bisherigen Mitteilungen, wie schwere und weitgehende Differenzen zwischen uns und Bulgarien nicht nur in bezug auf die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Mazedonien bestehen, und daß der bulgarische Chauvinismus sich in der letzten Zeit sogar so weit verstiegen hat, die rein serbischen Gebiete Altserbiens und selbst einige Distrikte des Königreiches Serbien als bulgarisch zu proklamieren und für Bulgarien in Anspruch zu nehmen. Wie wenig man in den maßgebenden Kreisen in Sofia der Idee eines Anschlusses an Serbien auf slawischer Grundlage zugetan ist, beweist neuestens die Tatsache, daß der in der letzten Zeit von einer Gruppe angesehener serbischer und bulgarischer Persönlichkeiten unternommene Versuch, eine Annäherung zwischen Serbien und Bulgarien wenigstens auf ökonomischem Gebiete herbeizuführen, gleichfalls ohne jedes Resultat geblieben ist.

Was Montenegro betrifft, so ist es Ihnen gleichfalls zur Genüge bekannt, daß König Nikolaus schon seit geraumer Zeit unbekümmert um Serbien seine eigenen Wege geht und seine Vorteile und Allianzen auch dort sucht, wo notorisch eine offenkundige Gegnerschaft gegen Serbien besteht.

Von irgend einer Solidarität unter den slawischen Balkanstaaten kann wohl angesichts dieser tatsächlichen Verhältnisse schwerlich die Rede sein.

Aber selbst in Rußland, welches bisher als der Fahnenträger des slawischen Solidaritätsgedankens angesehen worden ist, hat die sogenannte panslawistische Idee ihr früheres Terrain in einem sehr bedeutenden Maße eingebüßt und ist an ihre Stelle die nationalistische Idee getreten, welcher gegenwärtig alle leitenden Kreise in Rußland fast ausnahmslos huldigen. Nur so läßt es sich erklären, wenn sich jetzt zwischen Rußland und Deutschland eine intime Annäherung vollzieht, trotzdem Deutschland der Bundesgenosse Österreich-Ungarns ist und dessen Invasionspläne in bezug auf die Balkanhalbinsel entweder direkt oder indirekt unterstützt.

Das Königreich Serbien darf sich über den Ernst dieser Sachlage keiner Täuschung hingeben. Es muß sich sorgfältig davor in acht nehmen, sich durch alte Schlagworte, welche ihre Bedeutung vollständig eingebüßt haben, in eine Sicherheit einwiegen zu lassen, die nicht mehr existiert,

oder sich gar dem Wahne hinzugeben, daß jetzt wieder wie im Jahre 1878 in der Stunde der Gefahr russische Heere zu seinem Schutze herbeieilen werden. Vielmehr muß Serbien heute um so entschiedener und energischer seine Pflicht ins Auge fassen, seine nationalen Interessen mit eigener Kraft zu verteidigen und rechtzeitig alle Vorbereitungen zu treffen, um den kommenden Ereignissen siegreich die Spitze bieten zu können."

Kapitel CCXI

Rumänische Befürchtungen und Kompensationswünsche
Annäherung Rumäniens an die Türkei

Nr. 9756

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Gesandten in Bukarest von Kiderlen, z. Z. in Sinaia

Konzept

Nr. 792
Vertraulich

Berlin, den 5. August 1909
[abgegangen am 9. August]

Der rumänische Ministerpräsident, Herr Jean Bratianu, stattete mir heute einen Besuch ab*. Seine politischen Mitteilungen leitete er mit der Versicherung ein, daß die Pflege der vertragsmäßig festgelegten vertrauensvollen Beziehungen zu den Dreibundmächten, insbesondere zu uns nach wie vor den Angelpunkt der rumänischen Politik bilde, und daß er persönlich ein überzeugter Anhänger dieser Politik sei. Besonderen Wert lege er darauf, daß Berlin immer das Zentrum der Dreibundspolitik bleibe. Wie bisher so werde auch in Zukunft Rumänien bestrebt sein, sich bei der Vertretung und Verfechtung seiner Interessen auf der Balkanhalbinsel immer d'accord mit dem Dreibund und vor allem mit Deutschland zu halten. Natürlich könnten die Rumänen aber nicht les gendarmes de la Triplealliance ou de l'Europe spielen. Die eigenen Interessen Rumäniens würden in den Vordergrund treten, wenn Bulgarien seine Macht erweitern sollte. Ohne Kompensationen könne Rumänien, das an sich den Status quo aufrecht erhalten wolle, eine Vergrößerung Bulgariens nicht hinnehmen, und diese Eventualität müsse er schon jetzt ins Auge fassen.

Die neuen Verhältnisse in der Türkei schienen ihm viel zu unsicher und zu wenig stabil zu sein, um eine ruhige Entwicklung erhoffen zu können, auch wenn es jetzt wegen Kreta nicht zum Kriege kommen sollte. Jede Unruhe auf der Balkanhalbinsel aber werde sich Bulgarien trotz seiner momentan guten Beziehungen zur Türkei zunutze machen, um sich auf türkische Kosten zu vergrößern. Bulgariens Ehrgeiz sei durch seinen König bisher nicht voll befriedigt worden. Der unruhige Teil der Bevölkerung sei der Ansicht, daß Bulgarien mit seiner starken kriegsbereiten Armee, deren Unterhaltung ihm so große Kosten

* Am 24. Juli hatte Bratianu zunächst Freiherrn von Aehrenthal einen Besuch in Hietzing abgestattet (vgl. Nr. 9760); Anfang August erschien er dann in Berlin zu einem Besuch der deutschen Staatsmänner.

verursache, im vorigen Herbst mehr hätte erreichen können als lediglich die Unabhängigkeit des Landes und die Anerkennung des Königtums. Für später oder früher müsse daher Rumänien mit Verwicklungen rechnen, obwohl es selbst keinerlei Expansionsgelüste habe.

Es frage sich, wie sich die Großmächte und speziell auch der Dreibund verhalten würden, wenn Bulgarien auf die eine oder andere Weise auf Machterweiterung ausgehen sollte. Er habe den russischen* und den englischen** Gesandten in Bukarest sondiert und aus den erhaltenen Antworten, wenngleich sie vorsichtig und verlegen gegeben worden seien, den Schluß gezogen, daß beide Mächte in einem solchen Falle nicht intervenieren, sondern ruhig bleiben würden. Auch Baron Aehrenthal habe sich in gleichem Sinne geäußert.

Blieben die Mächte bei eintretender Eventualität untätig, so gäbe es für Rumänien nur zwei Wege. Entweder es müsse sich mit Bulgarien, bevor dieses losginge, arrangieren oder aber zunächst den Dingen ihren Lauf lassen, danach aber auf den Zusammentritt einer europäischen Konferenz dringen, auf der Rumänien schadlos gehalten werden müßte. Die Kompensation Rumäniens werde in einer Gebietserweiterung in der Linie Varna—Ruschtschuk zu bestehen haben.

Des weiteren erzählte der Minister mir streng vertraulich, daß die Pforte seiner Regierung vor etwa vierzehn Tagen ein Bündnis angeboten habe. Da ihm die Verhältnisse in Konstantinopel noch nicht ausreichend konsolidiert erschienen, habe er ausweichend geantwortet mit dem Hinweis darauf, daß die Beziehungen zwischen beiden Regierungen ohnehin vertrauensvoll seien und es eines förmlichen Vertrages daher wohl nicht bedürfe.

Ich habe Herrn Bratianu versichert, daß ich ebenfalls ein überzeugter Anhänger der bewährten vertragsmäßig festgelegten Politik sei und mir die weitere Pflege der intimen vertrauensvollen Beziehungen mit Rumänien angelegen sein lassen werde. Seinen übrigen Mitteilungen gegenüber habe ich mich im wesentlichen zuhörend verhalten. Als der Minister schließlich die Frage an mich richtete, wie ich mich zu den von ihm skizzierten Eventualitäten verhalten würde, habe ich ausweichend mit dem Bemerken geantwortet, daß diese Fragen noch nicht aktuell wären. Herr Bratianu erwiderte darauf, daß er diese Frage auch nur zur Anregung gebracht habe, damit ich sie ebenfalls prüfe. Für eine gelegentliche Mitteilung meines Standpunktes würde er dankbar sein. Besonders aber bitte er, von seinen Äußerungen nichts zur Kenntnis Österreichs zu bringen, was ich ihm ausdrücklich zugesagt habe.

Euere Exzellenz bitte ich um eine gefällige Äußerung zu den von Herrn Bratianu angeregten Fragen.

v. Bethmann Hollweg

* v. Giers.
** Sir W. Conyngham Greene.

Nr. 9757

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 270 Wien, den 8. August 1909
Geheim

Baron Aehrenthal teilte mir in strengstem Vertrauen mit, Herr Bratianu habe ihm bei seiner letzten Anwesenheit in Wien gesagt, König Karol und die rumänische Regierung hätten sich angesichts der unsicheren Lage am Balkan genötigt gesehen, die Eventualität eines nahe bevorstehenden Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei in Erwägung zu ziehen. Herr Bratianu hat dabei angedeutet, König Karol beabsichtige, in diesem Falle sofort in der Dobrudscha zu mobilisieren und von dort aus bulgarisches Gebiet zu besetzen.

Auf meine Frage, ob Baron Aehrenthal auch einen türkisch-bulgarischen Krieg für nahe bevorstehend halte, verneinte der Minister dieses entschieden und fügte hinzu, er halte es im übrigen keineswegs für zweckmäßig, wenn Rumänien im Falle eines türkisch-bulgarischen Konflikts sofort losschlage. In Bukarest wolle man sich auf diese Weise offenbar ein Pfand sichern, um bei der Aufteilung nicht zu kurz zu kommen. Österreich-Ungarn sei vertragsmäßig nur verpflichtet, den Rumänen beizustehen, falls sie angegriffen würden, habe ihnen aber keine Unterstützung für den Fall zugesichert, daß sie selbst die Offensive ergriffen*. Nach seiner (Baron Aehrenthals) Ansicht sollten die Rumänen daher bei Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Krieges es vermeiden, gleich zur Offensive überzugehen, und ihre Kompensationsansprüche zu gegebener Zeit im Einvernehmen mit Deutschland und Österreich-Ungarn regeln.

Baron Aehrenthal hofft, bei Gelegenheit des Anfang September in Aussicht genommenen Besuchs König Karols in Wien mit höchstdemselben über diese Frage, die den Minister anscheinend sehr beschäftigt, persönlich sprechen zu können; er vermutet, daß Herr Bratianu, der auch dem hiesigen englischen Botschafter** gegenüber die Angelegenheit zur Sprache gebracht hat, in Berlin ebenfalls sondiert haben dürfte, und sagte mir, er würde sehr dankbar sein, über die Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung unterrichtet zu werden.

Euere Exzellenz beehre ich mich um hochgeneigte Weisung gehorsamst zu bitten.

Brockdorff-Rantzau

* Vgl. Bd. XVIII, Kap. CXXIII.
** Sir Fairfax Cartwright.

Nr. 9758

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 36
Geheim

Sinaia, den 7. August 1909

Als der damalige Minister des Äußern und jetzige Ministerpräsident, Herr Bratianu, von Seiner Majestät dem König Karl in den geheimen Vertrag eingeweiht wurde, war er, wie mir Seine Majestät nachher sagte, „sichtlich betroffen". Als ich dann mit Herrn Bratianu die Verlängerung unterzeichnete*, war es deutlich erkennbar, wenn es der Minister auch nicht direkt aussprach, daß er nicht frei von Bedenken war.

In einer Reihe zwangloser Gespräche habe ich mich dann allmählich überzeugt, daß Herr Bratianu in die Stärke des Dreibunds, insonderheit in seine militärische Kraft zu geringes Vertrauen setzte. Herr Bratianu hat in Paris studiert, und eine etwas übertriebene Vorstellung von Frankreichs Macht ist ihm trotz der 1870er Ereignisse im Blute geblieben; sie wurde bei seinen alljährlichen Besuchen in Paris regelmäßig aufgefrischt. Allerlei politische Vorgänge der letzten Jahre bestärkten Herrn Bratianu in seinen Zweifeln an unserer unbedingten militärischen Überlegenheit über Frankreich.

Ich habe diese Zweifel stets bekämpft, manchmal nicht ohne Erfolg; sie kehrten aber immer wieder, wie mir eine charakteristische Äußrung Bratianus im Anfang des vorigen Jahres zeigte: „Je veux bien croire que vous êtes plus forts qu'eux; j'en suis même persuadé; mais vous ne leur êtes plus assez supérieurs pour qu'ils le reconnaissent eux-mêmes."

Als ich in diesem Frühjahr nach Bukarest nach längerer Abwesenheit zurückkehrte, konnte ich sofort feststellen, daß die feste und erfolgreiche Haltung, die wir zusammen mit Österreich-Ungarn dem übrigen Europa gegenüber eingenommen haben, Herrn Bratianu von seinen Zweifeln geheilt hat.

Es wehte bei der ganzen liberalen Regierung ein dreibundfreundlicherer Wind als früher, und man scheute sich nicht mehr, Rumäniens Anlehnung an den Dreibund ziemlich ostentativ zur Schau zu tragen. Dies zeigt sich auch darin, daß sich Herr Bratianu selbst dem König angeboten hat, dem Baron Aehrenthal den Orden Karol I. zu überbringen und sich Euerer Exzellenz in Berlin vorzustellen.

Diese Wendung ist eine erfreuliche; eine vollständige Preisgabe des Vertragsgeheimnisses, wie sie Herrn Sturdza** bei der Vertragserneuerung zeitweise vorschwebte, würde ich auch heute noch für unzweckmäßig halten aus denselben Gründen, die ich damals um die Zeit der Verhandlungen über die Erneuerung anführte.

* Vgl. dazu Bd. XVIII, Kap. CXXIII.
** Ministerpräsident 1901—1904 und 1907—1909.

Dem Vorstehenden muß ich nun noch hinzufügen, daß Herr Bratianu mir in diesem Frühjahr trotz des großen Vertrauens, das ihm nunmehr der Dreibund nach der französischen und russischen Seite hin einflößt, ein neues Bedenken geäußert hat; es betrifft unsere Beziehungen zu England. Herr Bratianu sprach mir ziemlich unumwunden aus, daß er einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen uns und England für fast unvermeidlich halte. Ich habe in nuce Herrn Bratianu geantwortet, daß ich einmal an einen solchen Zusammenstoß nicht glaube, und daß ich auch nicht einsehe, wie dies den Gegenstand einer besonderen Sorge gerade Rumäniens bilden solle[1]. Er möge das uns überlassen und sich keine grauen Haare darüber wachsen lassen.

Er behielt sich vor, die Sache nach unserer beiderseitigen Rückkehr von Urlaub weiter mit mir zu besprechen. Es wird nützlich sein, ihn auch von dieser Besorgnis zu befreien. Denn er bespricht solche Fragen — manchmal in etwas dilettantenhafter Weise — auch mit andern Vertretern, die dann in Überschätzung des hiesigen Milieu alarmierend nach Hause berichten.

Kiderlen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 9759

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1270 Berlin, den 11. August 1909
Vertraulich

Auf den Bericht Nr. 270 vom 8. d. Mts.*

Herr Bratianu hat mir bei seinem Besuch am 5. d. Mts. versichert, daß die Pflege der vertragsmäßig festgelegten vertrauensvollen Beziehungen zu den Dreibundmächten nach wie vor den Angelpunkt der rumänischen Politik bilde, und daß er persönlich ein überzeugter Anhänger dieser Politik sei. Wie bisher so werde auch in Zukunft Rumänien bestrebt sein, sich bei der Vertretung und Verfechtung seiner Interessen auf der Balkanhalbinsel immer d'accord mit dem Dreibund zu halten. Im Zusammenhange hiermit hat der rumänische Ministerpräsident auch mir gegenüber auf die Eventualität eines nahe bevorstehenden Krieges zwischen der Türkei und Bulgarien hingewiesen, ohne dabei indes die für diesen Fall angeblich von König Karol beabsichtigten kriegerischen Maßnahmen zu erwähnen. Seine Frage, wie ich mich zu der Eventualität

---

* Siehe Nr. 9757.

eines solchen Krieges stellen würde, habe ich ausweichend mit dem Bemerken beantwortet, daß mir die Frage keineswegs aktuell erscheine.

Persönlich teile ich vollkommen die Ansicht Baron Aehrenthals, daß ein Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien vorläufig nicht zu erwarten steht, daß es sich trotzdem aber empfiehlt, zu dieser Eventualität schon jetzt Stellung zu nehmen, um Rumänien nötigenfalls von übereilten Entschlüssen abzuhalten. Ich werde die Angelegenheit daher unverzüglich einer eingehenden Prüfung unterziehen lassen.

Euer Hochgeboren bitte ich, Baron Aehrenthal einstweilen meinen Dank für seine Mitteilungen auszudrücken und ihn in vorstehendem Sinne mit dem Hinzufügen zu verständigen, daß ich mir vorbehalte, auf die von ihm angeregte Frage demnächst zurückzukommen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9760

*Aufzeichnung des österreich-ungarischen Ministers des Äußern Freiherrn von Aehrenthal**

Unsignierte Abschrift

Geheim Hietzing, im August 1909

Herr Bratianu hat mich am 24. Juli in Hietzing aufgesucht und leitete unsere Unterredung damit ein, daß er mir mitteilte, Seine Majestät König Karol habe ihn beauftragt, mir für meine Bemühungen um die weitere Ausgestaltung der engen und freundschaftlichen Beziehungen der Monarchie zu Rumänien sowie insbesondere um das Zustandekommen des Handelsvertrages höchstseinen Dank zum Ausdruck zu bringen; als Zeichen seiner Anerkennung habe mir der König den Orden Karol I. verliehen, dessen Insignien Herr Bratianu mir gleichzeitig überreichte.

Auf den Besuch Seiner K. und K. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand übergehend**, versicherte mir der Herr rumänische Ministerpräsident, daß alle Welt in Rumänien über die Tage von Sinaia ungeteilte Befriedigung empfunden habe; nicht nur er selbst, sondern alle Persönlichkeiten, welche das Glück gehabt hätten, mit Seiner K. und K. Hoheit in Berührung zu treten, könnten die Liebenswürdigkeit, den hohen Ernst und das lebhafte Interesse des Herrn Erzherzogs nicht genug rühmen; für die Fortdauer der gegenwärtigen innigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sei dieser Besuch jedenfalls von der größten Bedeutung gewesen. Herr Bratianu überging nunmehr zu der Erörterung politischer Fragen und kam hier zunächst auf die politische Situation zu sprechen,

* Der österreich-ungarische Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich legte am 15. August die ihm tags zuvor zugegangene Abschrift der Aufzeichnung dem Unterstaatssekretär Stemrich vor und gestattete ihm, Kopie zu nehmen.

** Am 10. Juli war Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin zu einem mehrtägigen Besuch in Sinaia eingetroffen.

wie sie sich nach dem Abschlusse der Annexionskrise entwickelt habe. Was vor allem das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rußland anbelange, so meinte der rumänische Ministerpräsident, er hätte aus Gesprächen mit russischen Freunden den Eindruck gewonnen, daß man in St. Petersburg die Politik des Boudierens der Monarchie gegenüber kaum mehr sehr lange fortsetzen, sondern den Versuch machen werde, sich dem Wiener Kabinett wieder zu nähern.

Ich erwiderte, daß auch ich unter derselben Impression stände, daß man aber allerdings zwei Momente nicht übersehen dürfe, welche dagegen sprächen, daß eine derartige Wendung in der russischen Politik schon in nächster Zukunft eintrete. Einerseits werde nämlich das englische Kabinett, solange die Entente bestehe, in St. Petersburg seinen ganzen Einfluß aufbieten, damit Rußland in Konstantinopel und am Balkan auch fernerhin seine eigenen politischen Wege gehe. Andererseits aber fände die heutige auf der Entente mit England basierte Außenpolitik Herrn Iswolskys (wenn sich auch manche russische Staatsmänner der Einsicht nicht verschlössen, daß diese Entente ein recht einseitiges und undankbares Geschäft sei) derzeit doch noch — wenn auch aus verschiedenen Gründen — die Unterstützung der beiden großen maßgebenden politischen Parteien. Jene der liberalen Partei aus Sympathie für ein Zusammengehen mit dem konstitutionellen England und jene der konservativ-reaktionären Gruppen der Rechten, weil eine den englischen Intentionen entsprechende auswärtige Prestigepolitik Rußlands auch den nationalistischen Idealen dieser Gruppen entspricht.

Die nächsten Bemerkungen Herrn Bratianus galten Bulgarien, dessen weiteres politisches Verhalten den rumänischen Ministerpräsidenten mit Rücksicht auf die schwankende Lage in der Türkei nach wie vor lebhaft beschäftigt. Er sagte mir, er habe getrachtet, von dem russischen Gesandten in Bukarest Giers zu erfahren, welche Haltung Rußland im Falle eines bulgarischen Angriffs auf die Türkei einnehmen würde. Aus den Äußerungen Giers' sei hervorgegangen, daß Rußland sich eines aktiven Eingreifens jedenfalls enthalten und sich höchstens zu einer moralischen Pression in Sofia aufraffen würde. Herr Bratianu fügte hinzu, es wäre ihm nur sehr daran gelegen, Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, wie sich die anderen Mächte zu einem türkisch-bulgarischen Konflikt stellen würden. Indem ich voranschickte, daß ich einen Zusammenstoß zwischen Bulgarien und der Türkei für die nächste Zeit als unwahrscheinlich erachtete, da ja gerade jetzt auf beiden Seiten das Bestreben wahrnehmbar sei, zu einer Annäherung zu gelangen, und diese Tendenz wohl so lange fortbestehen werde, als in der Türkei halbwegs stabile Verhältnisse herrschten, erwiderte ich dem rumänischen Ministerpräsidenten ungefähr folgendes:

Ich könnte einen ernsten türkisch-bulgarischen Konflikt nur für den Fall annehmen, als das gegenwärtige jungtürkische oder auch ein ihm folgendes reaktionäres Regime sich als unfähig erweisen sollte, der inneren Schwierigkeiten Herr zu werden und die Konsolidierung der Türkei durch-

zuführen. Den chaotischen Verhältnissen, die in einem solchen Falle in Mazedonien zweifellos wieder eintreten würden, wären dann die Mächte nicht mehr in der Lage mit dem Versuche neuer Reformen zu begegnen; diese Phase sei endgültig abgeschlossen. Da könnte dann allerdings der Wunsch, die bedrängten Brüder in Mazedonien zu befreien, in Bulgarien so mächtig werden und der Moment, die mazedonische Frage durch das Schwert zu lösen, den bulgarischen Staatsmännern so günstig erscheinen, daß ein bulgarischer Angriffskrieg mit Notwendigkeit zu erwarten wäre. Ein solcher Krieg würde aber keineswegs auf die beiden Staaten lokalisiert bleiben, er würde wohl zu einer allgemeinen Konflagration am Balkan führen und alle Anwärter auf das türkische Erbe veranlassen, sich auf die lockende Beute zu stürzen.

Herr Bratianu meinte, eben diese Eventualität berge die allergrößten Gefahren für die Ruhe Europas in sich, und er hoffe deshalb, daß die Mächte und speziell Österreich-Ungarn sich bemühen würden, einen derartigen Konflikt von allem Anfang an zu verhindern.

Ich gab dem rumänischen Ministerpräsidenten zu verstehen, daß es weder in unserer Absicht noch in unserem Interesse noch in unserer Macht liegen würde, in der eben in Betracht gezogenen Situation nach seinen Wünschen vorzugehen. Durch die Durchführung der Annexion hätten wir eine so klare Lage geschaffen, daß wir der weiteren Entwicklung der Dinge am Balkan ruhig und bis zu einem gewissen Grade passiv zusehen könnten. Unsere Haltung würde also die der Nichtintervention sein; allerdings würden wir uns ausdrücklich vorbehalten, zusammen mit den anderen Signatarmächten des Berliner Vertrages bei der Lösung des Konfliktes und der Herstellung des neuen politischen Status auf der Balkanhalbinsel mitzuwirken.

Wenn man in Rumänien davon ausginge, daß das Königreich eine neue Kräfteverteilung am Balkan nicht ruhig hinnehmen könne, ohne für sich gewisse Kompensationen zu verlangen, so wäre ich, wie ich dies schon wiederholt zum Ausdruck gebracht hätte, der Ansicht, Rumänien sollte eine solche Haltung einnehmen, daß Bulgarien veranlaßt werde, noch vor dem Ausbruch des Konfliktes mit der Türkei in Bukarest Fühlung zu nehmen und den Abschluß eines Akkords mit Rumänien zu versuchen. Sollten aber die bulgarischen Staatsmänner nicht in dem gewünschten Sinne reagieren — was voraussichtlich davon abhängen würde, ob und in welchem Maße Bulgarien der russischen Unterstützung sicher wäre — oder die Besprechungen zu keinem Ergebnis führen, so würden die rumänischen Interessen wohl dadurch am besten gewahrt, daß sich Rumänien im engsten Anschluß an Österreich-Ungarn und Deutschland vollkommen abwartend und passiv verhalte und erst bei der Liquidation der Krise mit seinen Ansprüchen hervortrete.

Meine Ausführungen haben, wiewohl sie bloß die Wiederholung der Instruktionen waren, die im verflossenen Winter an Prinzen Schönburg*

* Österreich-ungarischer Gesandter in Bukarest.

ergangen waren, Herrn Bratianu sichtlich überrascht[1]; er schien nicht erwartet zu haben, daß wir uns im Falle eines Zusammenbruches der Türkei auf das Prinzip der Nichtintervention zurückziehen würden, vielmehr anzunehmen, daß wir in diesem Falle Rumänien gewissermaßen auffordern würden, als Mandatar der Mächte am Balkan zu fungieren. Namentlich die von Herrn Bratianu vertretene Idee, daß die Mächte vor allem Anfang einer Balkankonflagration durch ihre Intervention im Keime ersticken sollten, läßt darauf schließen, daß man sich in Bukarest mit derartigen Hoffnungen heute noch trägt.

Gegenüber meiner Argumentation vermochte der rumänische Ministerpräsident nur die eine Einwendung vorzubringen, daß es wohl nach einem siegreichen Feldzug viel schwieriger sei als vorher, den Sieger zur Herausgabe eines Kompensationsterritoriums zu bewegen; ich erwiderte, diese Erwägung wäre nur dann stichhaltig, wenn Rumänien in dieser Frage mit Bulgarien allein zu verhandeln haben würde; dies werde jedoch nicht der Fall sein, da ja die Signatarmächte des Berliner Vertrages und auch die übrigen Balkanstaaten bei der Entscheidung in Betracht kämen.

Herr Bratianu teilte mir hierauf mit, daß der türkische Handelsminister*, welcher in Bukarest die Thronbesteigung des Sultans notifiziert habe, wieder auf die Idee einer türkisch-rumänischen Allianz zurückgekommen sei, daß dieser Anwurf Gabriel Effendis von rumänischer Seite dilatorisch behandelt wurde, und daß man in Bukarest nicht die Absicht habe, sich im gegenwärtigen Momente und mit dem auf schwankender Grundlage ruhenden neuen Regime in ernste Verhandlungen einzulassen.

Ich bestärkte Herrn Bratianu in diesem Vorhaben, indem ich bemerkte, ein Bündnis Rumäniens mit der Türkei wäre zwar allerdings das sicherste Mittel, um einen türkisch-bulgarischen Krieg zu verhindern; sobald in der Türkei konsolidierte Zustände eingetreten wären, könnte man diese Idee in Rumänien wohl auch in Erwägung ziehen; solange aber die Situation im türkischen Reiche nicht geklärt sei, würde ich es nicht für opportun halten, daß das Königreich durch bindende Abmachungen mit Konstantinopel seine Aktionsfreiheit beeinträchtige.

Zum Schlusse unserer Unterredung erwähnte der Herr rumänische Ministerpräsident, daß er von Karlsbad aus, wohin er sich demnächst begebe, den Versuch unternehmen wolle, König Eduard in Marienbad seine Aufwartung zu machen. Ich vermute, daß dieser Absicht ein Auftrag König Karols zugrunde liegt; Herr Bratianu soll wohl die Gelegenheit benützen, um zu sondieren, wie sich England bei seiner eigenartigen Stellung in den Balkanfragen zu etwaigen rumänischen Kompensationsforderungen verhalten würde. In dieser Annahme werde ich noch durch den Besuch bestärkt, den Herr Bratianu gelegentlich seiner Durchreise dem englischen Botschafter hier abstattete. Zufolge Äußerungen dieses

---

* Gabriel Effendi Noradunghian.

letzteren scheint der rumänische Ministerpräsident auch mit diesem eingehend das Thema der Eventualität eines türkisch-bulgarischen Konfliktes besprochen zu haben.*

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[1] Richtig

Nr. 9761

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 40 Sinaia, den 20. August 1909
Geheim

Die Behandlung, welche Rumänien während des türkisch-russischen Kriegs seitens Rußlands erfahren, hatte hier eine tiefgehende Mißstimmung hinterlassen; diese Mißstimmung war aber gepaart mit einer starken Furcht vor dem mächtigen Nachbarn.

Gerade diese Furcht vor Rußland hat es dem König Karl ermöglicht, allmählich seine Minister aller Parteischattierungen für die vertragsmäßige Anlehnung an den Dreibund zu gewinnen.

Mit dieser Anlehnung suchte Rumänien Schutz vor einem etwaigen russischen Übergriff. Es war bei dem Vertrag rumänischerseits nach den gemachten Erfahrungen wohl vornehmlich an eine Verletzung rumänischen Gebiets bei einem Eingreifen Rußlands in einen türkisch-bulgarischen Konflikt gedacht. Im Vertrage war selbstverständlich Rußland nicht genannt; wie sehr aber die Rumänen ausschließlich an Rußland dachten, hat sich darin gezeigt, daß, als erstmals neben der Russenfurcht eine Bulgarenfurcht auftrat, die Rumänen bei uns anfragten, ob der Vertrag auch auf den Fall eines Kriegs mit Bulgarien zutreffe. Sie erhielten damals die einzig mögliche Antwort, daß der Vertrag in Wirksamkeit trete, sobald Rumänien ohne Provokation von seiner Seite angegriffen werde, ohne Rücksicht auf die Person des Angreifers.

Andrerseits ist der Vertrag mit unserm Zutun zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zustande gekommen und von uns ratihabiert worden im Hinblick auf die Möglichkeit eines russisch-österreichischen Zusammenstoßes, bei dem der rechte Flügel Österreichs gestärkt werden sollte. Für seine in Aussicht gestellte Kooperation gegen Rußland erhielt Rumänien die Zusicherung des Schutzes und aktiven Beistands von drei Großmächten im Falle eines Angriffs auf sein Gebiet.

Wir werden daher Rumänien seinen jetzt vorgetragenen Wünschen gegenüber auf den enormen Vorteil hinweisen können und müssen, den Rumänien aus der gedachten Garantie gezogen hat und zieht; wir brauchen uns dabei meines Erachtens nicht zu genieren, den rumänischen Staats-

* Auf einem Begleitschreiben des Unterstaatssekretärs Stemrich bemerkte Reichskanzler von Bethmann Hollweg: „Also im wesentlichen dasselbe, was mir Herr Bratianu gesagt hat."

männern klar zu machen, daß wir und unsere Bundesgenossen uns nicht darauf einlassen können, den Rumänen unsern Schutz auch für den Fall von Komplikationen zuzusichern, in die sie selbständig einzugreifen für gut befinden.

Bei der Erneuerung des Vertrags haben bekanntlich die Rumänen allerlei Versuche gemacht, eine Erweiterung desselben zu erlangen*. In meiner damaligen Berichterstattung bin ich gegen jede Vertragserweiterung, der Österreich nicht ganz abgeneigt schien, energisch eingetreten. Es ist an dem alten Vertrag weder der Form noch dem Inhalt nach etwas geändert worden, und die Rumänen haben sich dabei beruhigt. Wenn wir auch jetzt jede weitergehende Verpflichtung ablehnen, werden sich die Rumänen und ihr momentaner Wortführer, Herr Bratianu, ebenfalls beruhigen, schon weil Rumänien von keiner andern Seite irgendwelche Versprechungen für den Fall einer Vergrößerung Bulgariens zu erwarten hat.

Wenn Rumänien infolge der Vermindrung seiner Russenangst den Schutz vor Rußland geringer anschlägt als früher und von uns dafür Leistungen auf anderem Gebiete erwartet, so können wir ihm ruhig erwidern, daß auch wir die Eventualität seiner Unterstützung gegen Rußland aus denselben Gründen jetzt geringer anschlagen als früher. Zur richtigen Beurteilung der jetzt von Herrn Bratianu vorgebrachten Wünsche bedarf es eines Blicks auf ihre Entstehung. Euere Exzellenz wollen mir hiezu eine etwas weiter ausholende Darstellung gestatten, wenn dieselbe auch nur das aus den Akten im wesentlichen Bekannte wiederholt.

Die Russenfurcht hatte seit dem 1877er Kriege die rumänische auswärtige Politik fast ausschließlich beeinflußt, vielleicht stärker als die Rumänen sich selbst eingestanden, jedenfalls stärker als sie zugaben.

Diesem Zustande hat der russisch-japanische Krieg mit einem Schlage ein Ende gemacht — infolge des stark südlichen Temperaments der rumänischen Politiker wohl gründlicher, als die tatsächlichen Verhältnisse es rechtfertigten. Mein russischer Kollege hat sich zwar viel Mühe gegeben, den Rumänen klar zu machen, daß Rußland noch nicht abgedankt habe; Herr von Giers hat alles daran gesetzt, den alten Nimbus der Russen auch in Rumänien wieder zur Geltung zu bringen. Was er an Erfolg erzielt hatte, haben die Ereignisse des letzten Winters wieder zerstört.

An Stelle der Furcht vor den Russen trat aber schon vor einiger Zeit die vor den Bulgaren. Als die Unruhen in Mazedonien zunahmen, als die Beruhigung der dortigen Situation durch die sogenannten Reformen des europäischen Konzerts immer unmöglicher wurde, als Bulgarien gegen die Türkei — stets mit heimlicher Unterstützung der einen oder anderen Großmacht — einen immer anmaßenderen Ton anschlug, da sah man hier den türkisch-bulgarischen Konflikt für unvermeidlich an. Als seine sichere Folge eskomptierte man hier dann ohne weiteres die Angliederung eines erheblichen Teils der europäischen Provinzen der Türkei an ein Großbulgarien, das nach Einwohnerzahl, Flächeninhalt und Macht das bis

* Vgl. dazu Bd. XVIII, Kap. CXXIII.

dahin größere Königreich Rumänien in Schatten stellen würde. Das durfte Rumänien natürlich nicht dulden! Dazu kam die Erkenntnis der starken militärischen Rüstung der Bulgaren und das Bewußtsein der eigenen mangelhaften Fürsorge auf diesem Gebiet. Gerade als die türkisch-bulgarischen Beziehungen besonders gespannt waren, war die Bulgarenfurcht hier merkwürdigerweise am größten. Als ich in jener Epoche in der Dobrudscha unweit der bulgarischen Grenze weilte, wurde von nichts anderem gesprochen als vom bevorstehenden Einmarsch der Bulgaren. Die dachten natürlich gar nicht daran.

Denn es war doch nicht anzunehmen, daß die Bulgaren im Moment eines Türkenkriegs aggressiv gegen Rumänien vorgehen würden. Dies hat man hier erst eingesehen, als von bulgarischer Seite Annäherungsversuche an Rumänien gemacht wurden und die bulgarische Regierung sich insbesondere bemühte, sich Sicherheit über Rumäniens Haltung bei Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Kriegs zu verschaffen. Auf dem ganz unverbindlichen Wege durch den bulgarophilen „Times"-Korrespondenten Boughier wurden sogar, wie ich seinerzeit berichtet habe, direkte Sondierungen bezüglich eines bulgarisch-rumänischen Abkommens für den Fall eines Krieges zwischen Türken und Bulgaren vorgenommen.

Auch von türkischer Seite fehlte es nicht an Versuchen einer Verständigung mit Rumänien.

Die sanguinischen und durchgängig in der auswärtigen Politik wenig geschulten rumänischen Minister und sonstigen einflußreichen Persönlichkeiten schwärmten bald für ein Bündnis mit der Türkei, bald für ein solches mit Bulgarien.

Der König hat sich von Anfang an jeder derartigen vorherigen Abmachung widersetzt. Er wurde dabei in erster Linie von dem zweifellos richtigen Gedanken geleitet, daß derjenige der beiden Gegner, der sich der rumänischen Unterstützung zum voraus versichert hätte, sich dadurch zum Losschlagen in einem gegebenen Moment verleiten lassen könnte. Das lag nicht im rumänischen Interesse, das die Erhaltung des Status quo wünschen läßt.

Gegen ein vorheriges Bündnis mit einer der beiden Mächte sprachen nebenbei noch andere Gründe.

Bei Abschluß eines Vertrags mit der Türkei fürchtete man die Konstantinopler Indiskretion und dann Einspruch Rußlands oder auch anderer Mächte. Insbesondere sah man bei einem rumänischen Angriff auf Bulgarien im Falle eines türkisch-bulgarischen Kriegs die Möglichkeit eines russischen Vetos voraus, gegen das der Wortlaut und der Sinn des Vertrags mit dem Dreibund keinen Schutz gewährte.

Einer Verständigung mit Bulgarien stand der enorme Unterschied der beiderseitigen Forderungen entgegen; die Bulgaren dachten an eine Grenzregulierung nach der Dobrudscha zu; den Rumänen schwebte die Erweiterung der Grenze bis zur Linie Silistria—Varna oder gar Ruschtschuk—Varna vor. Schließlich hoffte man in Rumänien auch noch von Bulgarien

im Moment der unmittelbaren Gefahr des Türkenkriegs mehr herauszuschlagen als bei einem Abkommen auf weite Sicht.

Es blieb nach Beseitigung des Gedankens einer Abmachung vor Eintritt kriegerischer Ereignisse die Frage übrig, wie sich Rumänien bei deren Eintreten verhalten solle. Es bestehen hier in dieser Hinsicht zwei Meinungen.

Die eine verlangt, daß Rumänien im Falle des Kriegsausbruchs mobilisiert, an der bulgarischen Grenze aufmarschiert und dort, wie sich König Karl früher wiederholt mir gegenüber aussprach, „Gewehr bei Fuß" stehen bleibt.

Die andere Meinung geht dahin, Rumänien müsse bei Beginn eines bulgarisch-türkischen Kriegs sofort in Bulgarien einmarschieren und denjenigen Teil dieses Landes als „Pfand" besetzen, den es als „Kompensation" für eine etwaige bulgarische Gebietserweiterung beansprucht. Diese zweite, gefährlichere Auffassung hat hier entschieden an Boden gewonnen, und der König selbst ist ihr, wie ich zahlreichen Anzeichen entnehme, zugänglicher geworden als früher. Nach den mir mitgeteilten Meldungen des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Wien hat sich Herr Bratianu in dieser Beziehung dem Grafen Aehrenthal gegenüber anscheinend weiter vorgewagt als in der Unterredung mit Euerer Exzellenz.

Das sind Verschiedenheiten in den Ansichten über die Art, in der das von Rumänien anzustrebende Ziel erreicht werden soll. Über das Ziel selbst ist man sich völlig einig: Rumänien verlangt für den Fall einer Gebietserweiterung Bulgariens ein Äquivalent an Gebietszuwachs für sich; die Einverleibung mazedonischer Gebietsteile in Bulgarien muß „kompensiert" werden durch ein Vorrücken der rumänischen Dobrudschagrenze auf die Linie Silistria—Varna, eventuell Ruschtschuk—Varna. Ich habe seit langem der Entwicklung dieses Gedankens hier zugesehen. Noch vor wenigen Jahren hielten es besonnenere Politiker, namentlich Herr Peter Carp, für genügend und selbst für vorteilhafter, wenn sich Rumänien als Äquivalent für eine südliche Ausbreitung Bulgariens mit einer strategischen Grenzverbesserung begnüge. Auch Seine Majestät der König Karl pflichtete dieser Anschauung bei. Allmählich hat er sich für die weitergehende Meinung gewinnen lassen, die zur „Erhaltung des Gleichgewichts" eine erhebliche Gebietserweiterung Rumäniens bei einer Vergrößerung Bulgariens für nötig hält.

Gerade hierin liegt nach meiner Auffassung der Grundfehler der Politik, die sich Rumänien unter dem wesentlichen Einfluß des jetzigen Ministerpräsidenten Bratianu vorgesteckt hat.

Zunächst kann ich nicht erkennen, daß die Erwerbung türkischer Gebietsteile durch Bulgarien dieses in einer Weise stärken würde, daß dadurch das bisherige „Gleichgewicht" gestört würde. Zurzeit hat Rumänien nahe an sieben Millionen Einwohner, Bulgarien vier. Ferner würde die Erwerbung türkischen Gebiets dem bulgarischen Staate zunächst keine innerliche Kräftigung bringen, ihn vielmehr vor recht schwierige Auf-

gaben stellen, schon weil es sich bei der Völkermischung in Mazedonien nicht um Gebiete mit ausschließlich bulgarischer Bevölkerung handelt.

Schließlich würde Bulgarien durch Einverleibung mazedonischen Gebiets erst recht genötigt sein, seine Blicke nach der Türkei zu richten. Es müßte das Neuerworbene vor der Begehrlichkeit der früheren Besitzer und anderer Aspiranten schützen; aller Voraussicht nach würde auch ein erfolgreicher Krieg Bulgarien nicht die Erfüllung aller seiner Wünsche nach der mazedonischen Seite hin bringen; auch dadurch müßten seine Blicke und seine Begehrlichkeit auf eine menschlicher Berechnung zugängliche Zeit von rumänischem Gebiet abgelenkt werden.

Unbestreitbar erscheint mir aber vor allem die Tatsache, daß die Erwerbung des Gebiets bis zur Linie Silistria—Varna oder Ruschtschuk—Varna nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Macht und Stellung Rumäniens mit sich bringen würde. Es handelt sich um Land, das ausschließlich von Bulgaren bevölkert ist. Die Stärke des jungen rumänischen Königreichs beruht nicht zum mindesten auf seiner ethnischen und religiösen Einheit. Die wenigen Distrikte der Dobrudscha mit überwiegend bulgarischer Bevölkerung bereiten schon jetzt erhebliche Schwierigkeiten, in deren Überwindung die rumänische Verwaltung bis heute wenig Geschick gezeigt hat. Das von Rumänien begehrte Gebiet hat endlich tatsächlich und von Rechts wegen bereits zu dem heutigen bulgarischen Nationalstaat gehört; selbst bei „freiwilliger" Abtretung würde die Wiedererwerbung des verlorenen, stockbulgarischen Landes einen Programmpunkt der bulgarischen Politik bilden und bilden müssen, der notwendigerweise die rumänisch-bulgarischen Beziehungen dauernd ungünstig beeinflussen würde. Der Wunsch nach Wiedergewinnung der alten Landesteile dürfte meines Erachtens sogar im gegebenen Moment allein imstande sein, die Bulgaren zu veranlassen, andere Ansprüche auf weitere Ausdehnung nach dem Ägäischen Meere zu zeitweilig zurückzustellen.

Es muß daher nach meinem Dafürhalten als Aufgabe der aufrichtigen Freunde Rumäniens angesehen werden, seine Staatsmänner in ihrem eigenen Interesse von der beinahe schon zur fixen Idee gewordenen Ansicht abzubringen, die Erwerbung der Linie von Silistria oder Ruschtschuk bis Varna könne bei einer Vergrößerung Bulgariens nach der andern Seite hin zur „Erhaltung des Gleichgewichts" beitragen. Es würde nach meinem unmaßgeblichen Erachten nützlich sein, wenn die hiesigen Vertreter der Dreibundstaaten ermächtigt würden, in gleichmäßigem Gedankengang, aber ohne einen direkten Auftrag zu erkennen zu geben, die Leiter der rumänischen Politik freundschaftlich und gelegentlich auf die Irrtümlichkeit ihrer Auffassung hinzuweisen. Einen besonderen Erfolg würde ich mir davon versprechen, daß auf Seine Majestät den König Karl bei seinem demnächstigen Besuche in Wien anfangs des nächsten Monats in diesem Sinne eingewirkt würde. Auf Seine Majestät sind die

hier immerfort wiederholten Schlagworte von „Kompensationen“ und „Gleichgewicht“ leider nicht ohne Einfluß geblieben.

Im Gegensatz zu einer Gebietserweiterung auf Kosten des bulgarischen Nachbars, die Rumänien, wie ich glaube, keinen Machtzuwachs brächte, scheint mir der Wunsch nach einer strategischen Verbesserung seiner Grenze nach Bulgarien zu, da wo diese Grenze nicht durch die Donau gebildet wird, verständig und durchaus berechtigt. Diese Grenzberichtigung hätte sich auf einige der wenig bevölkerten Höhenzüge zu erstrecken, die auf bulgarischer Seite der rumänischen Grenze vorgelagert sind. Die näheren Bestimmungen über das für Rumäniens Sicherheit Notwendige festzustellen, wäre Sache militärischer Fachmänner. Allenfalls könnte noch bei einer größeren allgemeinen Gebietsverschiebung in den Balkanländern von einer Erwerbung der seine Flanke bedrohenden Stadt Silistria durch Rumänien ohne dauernde Kompromittierung seiner Beziehungen zu Bulgarien gesprochen werden.

Eine solche Grenzverbesserung dürfte Rumänien aller Voraussicht nach am leichtesten durch direkte Verhandlungen mit Bulgarien im Moment des Kriegsausbruchs erhalten, solange Bulgarien noch dem unsicheren Ausgang entgegensieht. Daß Rumänien dann bei Kriegsausbruch seine mobilisierten Truppen an der Grenze zur eigenen Sicherheit aufstellt, würde ihm niemand verübeln können und zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen.

Dagegen widerspricht die Erfahrung der Wahrscheinlichkeit, daß ein Kongreß, wenn Rumänien von Anfang an untätig bliebe, nachträglich einem siegreichen Bulgarien eine irgendwie nennenswerte Gebietsabtretung auferlegen würde; es würde der Exekutor fehlen.

Nach dem Ausgeführten beehre ich mich, Euere Exzellenz um die Ermächtigung zu bitten, gegenüber erneuten Anfragen des Herrn Bratianu im Sinne dessen, was er in der Unterredung mit Euerer Exzellenz vorgebracht hat, mich etwa folgendermaßen aussprechen zu dürfen:

Die drei verbündeten Regierungen sehen keinen Grund, der den Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Kriegs für eine berechenbare Zukunft befürchten ließe, um so weniger als die Chancen der Bulgaren angesichts der neuen Türkei sich gegen früher eher vermindert haben.

Die drei Mächte werden unter allen Umständen Rumänien wie bisher gegen jeden von ihm nicht provozierten Angriff schützen. Sie werden auch bei allen Auseinandersetzungen über Dinge des Orients, sei es auf einem Kongreß, sei es bei Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett, für die Interessen Rumäniens und alle dessen berechtigten Wünsche eintreten.

Sollte aber Rumänien bei — nicht vorauszusehenden — kriegerischen Verwicklungen seinerseits aggressiv vorgehen, so würde es dies auf seine eigene Gefahr tun.

Falls infolge eines siegreichen Kampfes mit der Türkei Bulgarien sich einzelne türkische Gebietsteile aneignen würde, so könnten die be-

freundeten Mächte darin noch nicht unbedingt eine Verschiebung des Gleichgewichts erkennen, für die Rumänien ebenfalls Gebietsansprüche erheben könnte; für solche würden die Mächte um so weniger eintreten können, als sie aus einem solchen Gebietszuwachs eine Stärkung Rumäniens sich nicht versprechen könnten. Sie würden dagegen gegebenenfalls für eine strategische Verbesserung der Grenze eintreten, rieten aber den Rumänen, sich darüber mit den Bulgaren womöglich im psychologischen Moment direkt zu verständigen.

Ich möchte dazu noch bemerken, daß wir, wenn wir es mit Rumänien aufrichtig meinen, ihm nichts anderes versprechen können. Wären wir jetzt auf Rumänien angewiesen, könnten wir ihm jetzt auch allerlei versprechen und es hinterher — nicht halten. Dazu kann man in der Politik, wenn Lebensinteressen auf dem Spiel stehen, gedrängt werden. Im vorliegenden Falle sehe ich keinen Grund dazu.

Wenn wir jetzt Rumänien in dem von mir angedeuteten Sinne bescheiden, so schließt das natürlich keineswegs die Möglichkeit aus, daß wir im gegebenen Augenblick weiter gehen. Es läßt sich sehr wohl eine politische Situation denken, in der wir Rumänien zum Vorgehen ermutigen und ihm dann unsere Unterstützung zusagen würden. Wir können das nur nicht zum voraus tun, weil alles davon abhängt, wie in dem nicht von uns zu bestimmenden Augenblick einer Balkankonflagration die gesamte politische Konstellation aussieht.

Und schließlich dürfen wir auch nicht vergessen, daß wir Rumänien nicht um seiner selbst willen lieben, daß Rumänien vielmehr für uns immer nur Mittel zum Zweck ist. Wir würden unter Umständen also auch keinen Anlaß haben, nur Rumänien zuliebe einem das Gleichgewicht am Balkan wirklich störenden, übermächtig gewordenen Bulgarien entgegenzutreten, das seine Aspirationen mit Aussicht auf Erfolg auf Konstantinopel ausdehnen und in dauernden Gegensatz zu Rußland geraten würde.

Kiderlen

Nr. 9762

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 267 Therapia, den 20. August 1909

Aus der Anlage des hohen Erlasses vom 9. d. Mts.* geht hervor, daß die Türkei vor etwa acht Wochen Rumänien direkt ein Bündnis angeboten hat. Obwohl das Zusammengehen der beiden Länder schon öfters den Gegenstand ernster Erörterungen bildete, scheint die Türkei in ihrem Wunsche, sich durch Rumänien zu decken, jetzt noch weiter gegangen zu

* Identisch mit Nr. 9756.

sein als bisher. Denn, soweit mir bekannt, ist ein solches unumwundenes Anerbieten in der Zeit Abdul Hamids noch nicht gemacht worden. Dieser Schritt der Hohen Pforte ist verständlich. Er erklärt sich aus dem Bedürfnis nach Beistand in der augenblicklich besonders schweren Lage und findet seine Ergänzung in dem Werben um die bulgarische Freundschaft, welches sich so kurz nach den Feindseligkeiten des vergangenen Herbstes mit einem Übereifer vollzieht, der mit Recht die Verwunderung der gesamten Diplomatie erregt. Für den Augenblick, wo die Türkei als Gegner nur das schwache Griechenland sich gegenüber sieht, könnte man vielleicht erstaunt darüber sein, daß sie sich um Freunde im nördlichen Teile der Balkanhalbinsel bemüht. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Lage im Innern sehr zu wünschen übrig läßt und die Aktionsfreiheit der Türkei schwächt, sowie daß das Gespenst einer griechisch-serbischen Verständigung aufgetaucht ist, welche den Krieg auf zwei Fronten nach sich ziehen könnte. Der Großwesir* hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Kriegsministerium den Rat zu geben, sich auf diese Möglichkeit gefaßt zu machen, wiewohl die Gefahr nicht überschätzt werde. Daß Serbiens wegen Besorgnisse bestehen, geht auch aus einer Äußerung eines türkischen Offiziers hervor, dahin lautend, daß man es eventuell mit zwei Staaten werde aufnehmen müssen. Ich glaube, daß hiermit nicht Bulgarien, sondern Serbien gemeint war. Da überdies, falls es wirklich zu einem Kriege mit Griechenland und Serbien kommen sollte, auch auf Bulgarien kein großer Verlaß ist, so kann man ermessen, welch bedeutenden Wert ein Bündnis mit Rumänien für die Türkei bildet. Geht Rumänien hierauf ein, so wird ein türkisch-griechischer Krieg erleichtert, weicht es dem Anerbieten aus, so steigen die Chancen des Friedens; denn dann hat die Türkei im Norden niemanden, dem sie trauen kann. Rumänien kann hierbei eine ähnliche Rolle spielen wie Bulgarien. Letzteres ist nach Ansicht des österreichisch-ungarischen Herrn Botschafters** allein in der Lage, durch eine zweideutige Haltung Griechenland vor einer türkischen Invasion zu bewahren. Den Kretaschutzmächten und den Großmächten im allgemeinen könnte es nur angenehm sein, wenn sie auf diese Weise der Aufgabe enthoben würden, Griechenland vor den Rachegelüsten der Türken zu schützen. Da aber die christlichen Balkanstaaten alle untereinander mehr oder minder verfehdet sind, so ist es recht zweifelhaft, ob Rumänien oder Bulgarien oder beide Lust haben, Griechenland einen Liebesdienst zu erweisen. Der „Tanin" meldet allerdings, daß man sich bemühe, wieder bessere Beziehungen zwischen Athen und Bukarest herzustellen, wofür sich eine der Großmächte besonders interessiere.

Hat somit die Hohe Pforte lebhaftes Interesse an einem baldigen Bündnisabschluß mit Rumänien, so ist nicht recht einzusehen, warum sich letzteres besonders beeilen sollte. Die künstliche Freundschaft Rumäniens mit der Türkei könnte doch nur auf der Eifersucht gegen Bulgarien be-

* Hilmi Pascha.
** Markgraf von Pallavicini.

ruhen. Man könnte also mit ihrer Bestätigung noch warten, bis wirklich Anzeichen dafür vorliegen, daß Bulgarien erobernd gegen die Türkei vorgeht. So weit scheinen jedoch die Verhältnisse noch nicht gediehen zu sein. Gewiß ergeht es der Türkei wie dem kranken Huhn, auf welches die gesunden Hühner unaufhörlich herumhacken; zweifellos werden die christlichen Balkanstaaten und namentlich auch Bulgarien stets weiter versuchen, die von ihnen gehaßten und verachteten Türken nach dem jenseitigen Ufer des Bosporus zu verjagen, und ebenso berechtigt erscheint mir die Vermutung, daß all die schönen Redensarten vom harmonischen Zusammenleben der verschiedenen Völkerschaften im Sultansreiche als Ottomanen nichts weiter sind wie Utopie — aber es steht, soweit ich dies von hier beurteilen kann, nicht zu erwarten, daß Bulgarien sich für die allernächste Zukunft auf einen Schlag vorbereitet. Äußerlich leben Türken und Bulgaren sogar im Zeichen der Freundschaft, der Königstitel ist anerkannt, Verbrüderungsfeste mit gegenseitigen Delegationen werden gefeiert, und der Besuch des Königs in Konstantinopel gilt als bevorstehend*. An sachlichen Differenzen machen sich nur bulgarische Proteste in der Regelung der mazedonischen Kirchen- und Schulfrage bemerkbar. Die Jungtürken werden aber ihr möglichstes tun, um die in Mazedonien lebenden Bulgaren zufrieden zu stellen, damit sie die Wohltaten des neuen Systems im Vergleich zu den Zeiten Abdul Hamids empfinden. Die bisherigen, allerdings noch nicht endgültigen Kammerkommissionsbeschlüsse bevorzugen denn auch die Bulgaren, denen die Kirchenschlüssel zurückgegeben werden sollen, während die Griechen nur eine Geldentschädigung erhalten. Dahin wird es wenigstens in vielen Gemeinden kommen, wenn der bisherige Beschluß aufrecht erhalten bleibt, wonach die Zweidrittelmehrheit in der Bevölkerung maßgebend sein soll. Auch die Absichten der türkischen Regierung, etwa 150 Millionen Mark für eine völlige Umgestaltung der Festungswerke von Adrianopel zu verwenden — ein übrigens aussichtsloser Plan, für welchen Generaloberst Freiherr von der Goltz bereits einen Ersatz mit sehr viel bescheidenerem Aufwand gefunden hat —, deuten noch nicht etwa auf die Annahme eines nahe bevorstehenden Konfliktes mit Bulgarien, erklären sich vielmehr aus dem Wunsche, für eine spätere Zeit, in welcher der Kampf um Mazedonien doch einmal ausgefochten werden muß, besser vorbereitet zu sein. Auch ist kaum anzunehmen, daß Bulgarien ohne Rußlands Zustimmung den Krieg unternimmt. Rußland aber hält die Zeit für Feindseligkeiten noch nicht für gekommen und tut alles, um ein freundschaftliches Verhältnis mit der Hohen Pforte anzubahnen. Die Botschafter der drei übrigen Kretaschutzmächte haben dies an der Haltung des Herrn Tscharykow bemerken können. Mag auch die Rücksicht auf den bevorstehenden Zarenbesuch**

* Vgl. dazu Kap. CCX, Nr. 9750.

** Es war beabsichtigt, daß der Zar auf seiner Reise nach Racconigi (vgl. Kap. CCXIV) Konstantinopel berühren und durch die Dardanellen fahren sollte; dieser Plan wurde aber dann, zugunsten des Weges durch Deutschland und Frankreich, fallen gelassen.

hierbei mitbestimmend sein, so ist es doch wohl überdies Rußlands Interesse, sich noch zu kräftigen, bevor Entscheidungen auf der Balkanhalbinsel fallen. Schließlich wird Bulgarien wissen, daß ein Feldzug gegen die Türkei heute weit größere Schwierigkeiten machen würde als vor einem Jahre, wo die türkische Armee weniger organisiert und weniger gehobener Stimmung war.

Rumänien scheint mir hiernach nicht genötigt zu sein, sich schon jetzt die Hände zu binden. Es kann um so leichter warten, als die Türkei bei einem Konflikte mit Bulgarien immer wieder lebhaftes Interesse an dem Bündnis mit Rumänien bekunden muß und froh sein wird, wenn letzteres auf ein solches eingeht. Es dürfte daher für das freundschaftliche Verhältnis beider Länder nichts verloren sein, wenn Rumänien sich jetzt zurückhält und die Zeit abwartet, wo in der Türkei stabilere Verhältnisse obwalten.

Inzwischen gibt es ja noch manche andere Fragen zwischen Bukarest und Konstantinopel, die ihrer Erledigung harren; der Konsularvertrag tritt nicht in Kraft, bevor die Kapitulationsfragen eine Neuregelung erfahren haben. Der Handelsvertrag besitzt ebensowenig Gültigkeit. Gabriel Effendi hat zwar erklärt, er werde für den endgültigen Abschluß Sorge tragen, dies jedoch von einer Neuregelung der Wakufentschädigungsfrage abhängig gemacht. Da in letzterer noch unter dem alten Regime eine Einigung auf die Summe von 1750000 frcs. erzielt worden war, so liegt für Rumänien kein Grund vor, den Anforderungen des stets Hindernisse findenden Herrn Gabriel nachzukommen. Somit bleiben alle drei Angelegenheiten in Suspens, falls die Türkei es nicht aus allgemein politischen Rücksichten für angezeigt hält, mehr Entgegenkommen als bisher an den Tag zu legen.

Miquel

Nr. 9763

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 42 Sinaia, den 23. August 1909

Während Herr Bratianu in Wien und nachher in der Unterredung mit Euerer Exzellenz von einem türkisch-bulgarischen Zusammenstoße als von einem in absehbarer Zeit zu befürchtenden Ereignis sprach, hat Seine Majestät der König Karl noch vor wenigen Tagen dem hiesigen österreichisch-ungarischen Geschäftsträger, Herrn von Ugron, gegenüber die positive Ansicht ausgesprochen, daß er sichere Anzeichen für eine türkisch-bulgarische Annäherung habe.

In diesem Punkte hat Herr Bratianu also nicht im Sinne seines königlichen Herrn gesprochen; er dürfte auch sonst etwas mehr gesprochen haben, als es den eigentlichen Intentionen des Königs entsprach.

Herr Bratianu ist durch den vorzeitigen Abgang des Herrn Sturdza plötzlich und unerwartet zur Leitung der liberalen Partei in Rumänien emporgehoben worden. Es geschah dies nicht ohne vielfachen Widerspruch in der eigenen Partei; sein Name und der Nimbus seines Vaters* kamen ihm dabei wesentlich zustatten, aber es fehlte ihm die volle Autorität namentlich gegenüber den älteren Parteigrößen, die sich selbst berufen glaubten.

Bei seiner europäischen Rundreise lag daher Herrn Bratianu vor allem daran, sein Prestige zu erhöhen. Wie jeder rumänische Politiker betrachtet er auch die auswärtige Politik zunächst unter dem Gesichtswinkel der inneren Parteipolitik. Von diesem Gesichtspunkt wurde er bei seinen Besuchen in Wien, Berlin und Marienbad in erster Linie geleitet; er wollte zurückkehren als der Mann, mit dem die höchsten Würdenträger zweier Großmächte als mit ihresgleichen verkehrt, mit dem der König von England wichtige politische Gespräche geführt. Er hat denn über die „Erfolge" seiner Besuche hierher nur günstig berichtet und insbesondere verschwiegen, daß er für seine Pläne im Falle eines türkisch-bulgarischen Konflikts weder in Wien noch in Berlin Aufmunterung gefunden hat.

Dazu muß noch gerechnet werden, daß Herr Bratianu sich gern wichtig macht, stets große politische Pläne schmiedet — mehr aus Neigung als in ernster zielbewußter Absicht —, und daß er gleich Herrn Beldiman** eine übertriebene Ansicht von der Bedeutung Rumäniens in den Kombinationen der Großmächte hat.

Rechnet man das alles zusammen, kann man von dem, was er draußen gesagt hat, ein erkleckliches Stück abstreichen. Zu ernst darf man ihn nicht nehmen.

Kiderlen

Nr. 9764

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1341
Geheim

Berlin, den 29. August 1909

Wie bereits in dem Erlaß Nr. 1270 vom 11. d. Mts.*** ausgeführt worden ist, teilt der Herr Reichskanzler die Ansicht des Grafen Aehrenthal, daß ein Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien vorläufig nicht zu erwarten steht. Zu seiner lebhaften Genugtuung ist er nunmehr auf Grund des Ergebnisses der inzwischen angestellten Prüfung in der Lage, auch den übrigen Ausführungen des Grafen Aehrenthal† beipflichten zu können. Seine Exzellenz glaubt sich daher in voller Übereinstimmung

* Rumänischer Ministerpräsident 1876—1881 und 1881—1888.
** Rumänischer Gesandter in Berlin.
*** Siehe Nr. 9759.
† Vgl. Nr. 9760.

mit der dortigen Regierung zu befinden, wenn er den Rumänien gegenüber zu beobachtenden Standpunkt folgendermaßen präzisiert:

Die verbündeten Regierungen sehen keinen Grund, der den Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Kriegs für eine berechenbare Zukunft befürchten läßt, um so weniger, als die Chancen der Bulgaren, angesichts der neuen Türkei sich gegen früher eher vermindert haben.

Sie werden unter allen Umständen Rumänien wie bisher gegen jeden von ihm nicht provozierten Angriff schützen. Sie werden auch bei allen Auseinandersetzungen über Dinge des Orients, sei es auf einem Kongreß, sei es bei Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett, für die Interessen Rumäniens und alle dessen berechtigten Wünsche eintreten.

Sollte aber Rumänien bei — nicht vorauszusehenden — kriegerischen Verwicklungen seinerseits aggressiv vorgehen, so würde es dies auf seine eigene Gefahr tun.

Der Herr Reichskanzler glaubt, der Erwägung des Grafen Aehrenthal anheimstellen zu dürfen, ob es sich nicht empfehlen würde, sich dem König Karol gegenüber in diesem Sinne zu äußern, wenn der Gang der Unterhaltung mit ihm eine Aussprache erforderlich macht.

Besonders bedenklich erscheinen Seiner Exzellenz die rumänischen Kompensationsansprüche. Der Kaiserliche Gesandte in Bukarest berichtet nämlich*, daß Rumänien für den Fall einer Gebietserweiterung Bulgariens ein Äquivalent an Gebietszuwachs für sich verlange; die Einverleibung mazedonischer Gebietsteile in Bulgarien müsse „kompensiert" werden durch ein Vorrücken der rumänischen Dobrudschagrenze auf die Linie Silistria—Varna, eventuell Ruschtschuk—Varna. Noch vor wenigen Jahren hätten es besonnenere Politiker, namentlich Herr Peter Carp, für genügend und selbst für vorteilhafter gehalten, wenn sich Rumänien als Äquivalent für eine südliche Ausbreitung Bulgariens mit einer strategischen Grenzverbesserung begnüge. Auch Seine Majestät der König Karl habe dieser Anschauung beigepflichtet. Allmählich habe er sich für die weitergehende Meinung gewinnen lassen, die zur „Erhaltung des Gleichgewichts" eine erhebliche Gebietserweiterung Rumäniens bei einer Vergrößerung Bulgariens für nötig halte.

Gerade hierin liegt nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers der Grundfehler der Politik, die sich Rumänien vorgesteckt hat.

Zunächst kann nicht anerkannt werden, daß die Erwerbung türkischer Gebietsteile durch Bulgarien dieses in einer Weise stärken würde, daß dadurch das bisherige „Gleichgewicht" gestört würde. Zurzeit hat Rumänien nahe an sieben Millionen Einwohner, Bulgarien vier. Ferner würde die Erwerbung türkischen Gebiets dem bulgarischen Staate zunächst keine innerliche Kräftigung bringen, ihn vielmehr vor recht schwierige Aufgaben stellen, schon weil es sich bei der Völkermischung in Mazedonien nicht um Gebiete mit ausschließlich bulgarischer Bevölkerung handelt.

---

* Vgl. Nr. 9761.

Schließlich würde Bulgarien durch Einverleibung mazedonischen Gebiets erst recht genötigt sein, seine Blicke nach der Türkei zu richten. Es müßte das Neuerworbene vor der Begehrlichkeit der früheren Besitzer und anderer Aspiranten schützen; aller Voraussicht nach würde auch ein erfolgreicher Krieg Bulgarien nicht die Erfüllung aller seiner Wünsche nach der mazedonischen Seite hin bringen; auch dadurch müßten seine Blicke und seine Begehrlichkeit auf eine menschlicher Berechnung zugängliche Zeit von rumänischem Gebiet abgelenkt werden.

Unbestreitbar erscheint aber vor allem die Tatsache, daß die Erwerbung des Gebiets bis zur Linie Silistria—Varna oder Ruschtschuk—Varna nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Macht und Stellung Rumäniens mit sich bringen würde. Es handelt sich um Land, das ausschließlich von Bulgaren bevölkert ist. Die Stärke des jungen rumänischen Königreichs beruht nicht zum mindesten auf seiner ethnischen und religiösen Einheit. Die wenigen Distrikte der Dobrudscha mit überwiegend bulgarischer Bevölkerung bereiten schon jetzt erhebliche Schwierigkeiten. Das von Rumänien begehrte Gebiet hat endlich tatsächlich und von Rechts wegen bereits zu dem heutigen bulgarischen Nationalstaat gehört; selbst bei „freiwilliger" Abtretung würde die Wiedererwerbung des verlorenen, stockbulgarischen Landes einen Programmpunkt der bulgarischen Politik bilden und bilden müssen, der notwendigerweise die rumänisch-bulgarischen Beziehungen dauernd ungünstig beeinflussen würde. Der Wunsch nach Wiedergewinnung der alten Landesteile dürfte sogar im gegebenen Moment allein imstande sein, die Bulgaren zu veranlassen, andere Ansprüche auf weitere Ausdehnung nach dem Ägäischen Meere zu zeitweilig zurückzustellen.

Falls Graf Aehrenthal diesen Standpunkt teilt, würde der Herr Reichskanzler es für sehr erwünscht halten, wenn der Graf ihn König Karl gegenüber vertreten wollte und Seine Majestät davon zu überzeugen suchte, daß die fraglichen Gebietserwerbungen nicht in rumänischem Interesse liegen würden. Von einer bestimmten Festlegung der zukünftigen Haltung der verbündeten Kaisermächte gegenüber den rumänischen Aspirationen würde nach Ansicht Seiner Exzellenz wohl jetzt noch besser abzusehen sein.

Euer Hochgeboren ersuche ich ergebenst, Graf Aehrenthal entsprechend zu verständigen.

Stemrich

Nr. 9765

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Wien, den 1. September 1909

Unter Bezug auf Erlaß Nr. 1341 vom 29. August*.

Auftrag ausgeführt. Graf Aehrenthal nahm mit größtem Interesse Euerer Exzellenz Mitteilungen betreffend den Rumänien gegenüber zu

* Siehe Nr. 9764.

beobachtenden Standpunkt entgegen und gab wiederholt seiner vollen Zustimmung Ausdruck. Der Minister erklärte, Euerer Exzellenz Ausführungen seien für ihn zwecks Orientierung seiner Politik Rumänien gegenüber von so hohem Wert, daß er um schriftliche Aufzeichnung bitten möchte. Als ich bemerkte, ich sei zu schriftlicher Mitteilung nicht ausdrücklich ermächtigt, ersuchte Graf Aehrenthal mich, Euerer Exzellenz sofort seine Bitte vorzutragen.*

Der Minister bestätigte übrigens meine gestrige Meldung, daß vorderhand Besuch Königs von Rumänien hier nicht stattfinden wird.

Rantzau

Nr. 9766

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Gesandten in Bukarest von Kiderlen, z. Z. in Sinaia

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 834 — Berlin, den 3. September 1909
Geheim — [abgegangen am 8. September]

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf den gefälligen Bericht Nr. 40 vom 20. v. Mts.** über Rumäniens Balkanpolitik mitzuteilen, daß der Herr Reichskanzler mit Ihren klaren sachlichen Ausführungen ganz einverstanden ist. Insbesondere hält auch Seine Exzellenz es für sehr erwünscht, wenn Graf Aehrenthal Seine Majestät den König Karol gelegentlich höchstdessen Besuch in Wien davon überzeugen könnte, daß die Erwerbung bulgarischen Gebiets in der Linie von Silistria oder Ruschtschuk bis Varna bei einer Vergrößerung Bulgariens nach der anderen Seite keineswegs im rumänischen Interesse liegen würde. Der Kaiserliche Geschäftsträger in Wien ist daher an der Hand Ihrer Ausführungen mit der Instruktion versehen worden, den österreichisch-ungarischen Minister entsprechend zu verständigen. Gleichzeitig hat er den Auftrag erhalten, dem Grafen Aehrenthal unseren Standpunkt gegenüber Rumänien in der Fassung zu präzisieren, die Euere Exzellenz für die eventuelle Antwort an Herrn Bratianu in den Absätzen 1 bis 3 vorgeschlagen haben. Der Absatz 4 Ihres diesbezüglichen Vorschlages hat zwar ebenfalls die Zustimmung des Herrn Reichskanzlers gefunden, ist indes vorläufig nicht in Wien verwertet worden, da Seine Exzellenz es vermeiden möchte, die zukünftige Haltung der verbündeten Kaisermächte gegenüber den rumänischen Aspirationen schon jetzt festzulegen.

Im übrigen pflichtet der Herr Reichskanzler Euerer Exzellenz dahin bei, daß es sich empfehlen wird, die vorgeschlagene Antwort Herrn

* Der Bitte des Grafen Aehrenthal wurde durch Überlassung einer Abschrift des Erlasses vom 29. August (siehe Nr. 9764) entsprochen.
** Siehe Nr. 9761.

Bratianu erst dann zu erteilen, wenn er ganz von sich aus auf die Angelegenheit erneut zurückkommen sollte. Der Herr Reichskanzler hält dies Verfahren um so mehr für angezeigt, als die fraglichen Eröffnungen immerhin in Rumänien enttäuschen und verstimmen dürften, ein türkisch-bulgarischer Krieg aber auch nach Ihrer Ansicht sehr unwahrscheinlich ist.

Stemrich

Nr. 9767

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 304 Wien, den 6. September 1909
Geheim

Vorgestern hat Graf Aehrenthal, wie er mir heute sagte, eine erneute Unterredung mit Herrn Bratianu vor dessen Rückkehr nach Bukarest gehabt. Der rumänische Minister hat dabei seine Kompensationspläne für den Fall eines Bulgarien zufallenden Gebietszuwachses wieder vorgebracht. Demgegenüber hat Graf Aehrenthal im Sinne der ihm vom Grafen Brockdorff-Rantzau jüngst übergebenen Aufzeichnung* sehr entschieden und eindringlich die Gründe auseinandergesetzt, aus welchen die beiden Zentralmächte es ablehnen müßten — und zwar im Interesse Rumäniens selbst —, jetzt über eventuelle territoriale Kompensationen für Rumänien zu diskutieren. Der Graf hat dabei dem rumänischen Minister angedeutet, daß seinen Nachrichten zufolge der Draht zwischen Rußland und Bulgarien in der letzten Zeit wesentlich dicker geworden sei, und daß es für Rumänien daher mehr denn je geboten erscheine, keine abenteuerlichen Pläne zu schmieden und sich durch einen unüberlegten Vorstoß von vornherein ins Unrecht zu setzen. Österreich-Ungarn und Deutschland würden, ihrer übernommenen Verpflichtung getreu, Rumänien nach wie vor vor einem Angriff schützen, weitere Zusagen könnten sie aber für jetzt nicht machen. Rumänien könne aber jederzeit auf das Wohlwollen der beiden Mächte rechnen, die bei etwaigen Verhandlungen über Balkanangelegenheiten, sei es auf einem Kongreß oder bei Besprechungen von Kabinett zu Kabinett, gern bereit sein würden, für die Wünsche Rumäniens, soweit sie berechtigt wären, einzutreten.

Herr Bratianu sei, wie Graf Aehrenthal weiter bemerkte, augenscheinlich wenig erfreut gewesen über diese Eröffnungen, die er aber ohne weitere Entgegnung hingenommen habe. Der Minister meinte zum Schluß, er habe es für dringend geboten gehalten, den bei dem rumänischen Minister und wohl auch bei dessen Souverän bestehenden aggressiven Velleitäten beizeiten und in unzweideutiger Weise entgegenzutreten,

* Vgl. Nr. 9765, S. 219, Fußnote *.

damit dieser Ideengang sich nicht in den Köpfen der dortigen leitenden Staatsmänner zum Schaden Rumäniens selbst festsetze. Er sei Euerer Exzellenz besonders dankbar dafür, daß er in die Lage versetzt worden sei, dem rumänischen Staatsmann keinen Zweifel darüber zu lassen, daß seine mäßigenden und von Wohlwollen gegenüber Rumänien diktierten Ratschläge in Übereinstimmung mit der Auffassung der deutschen Regierung sich befänden.

von Tschirschky

Nr. 9768

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 62 Sinaia, den 24. Oktober 1909

Streng vertraulich

Herr Bratianu hat gestern über die auswärtigen Beziehungen Rumäniens mit mir gesprochen. Er gab zunächst erneut seinem Verdacht Ausdruck, daß Österreich sich in irgendwelche geheime Abmachungen mit Bulgarien eingelassen habe*. Als ich dem widersprach, sagte mir Herr Bratianu zunächst, er wisse aus guter Quelle, daß man an österreichische Anbandlungen mit Bulgarien auch in Petersburg bestimmt glaube. Ich nehme an, daß die Nachricht von dem intriganten dortigen rumänischen Gesandten Rosetti stammt. Ich sagte Herrn Bratianu, wenn tatsächlich ein solcher Verdacht in Petersburg bestünde, würde ich darin weniger einen Beweis für die Richtigkeit der Sache als dafür sehen, daß König Ferdinand irgend etwas von den Russen wünsche und darum in seiner beliebten Manier sich mit österreichischen Verführungsversuchen brüste, um seine Treue zu den slawischen Brüdern nachher in um so helleres Licht stellen zu können.

Herr Bratianu klagte dann auch noch, daß Baron Aehrenthal auf eine Besprechung der rumänischen Wünsche im Falle eines bulgarisch-türkischen Konflikts wenig eingegangen sei und für Rumänien nur eine Warnung gehabt habe, sich an einem solchen Konflikte zu beteiligen. Diese Warnung habe Baron Aehrenthal noch mit der unwahren Behauptung motiviert, daß er wisse, daß für den Konfliktsfall Rußland den Bulgaren seine Unterstützung zugesagt habe. Dies sei eine bewußte Unwahrheit

* Ein derartiger Verdacht war schon im Juni 1909 in der Ententepresse anläßlich der Besuche König Ferdinands (7. Juni), des bulgarischen Ministerpräsidenten Malinow und des Kriegsministers Nicolajew in Wien ausgesprochen, aber Anfang Juli von dem Regierungsorgan „Preporetz" energisch zurückgewiesen worden. Es war wohl nicht zuletzt die Besorgnis vor solchen geheimen Abmachungen Österreich-Ungarns mit Bulgarien gewesen, die Bratianu zu seinem Vorgehen in Wien und Berlin veranlaßt hatte.

gewesen; denn der wohlinformierte österreichisch-ungarische Minister müsse ebenso genau wie Herr Bratianu wissen, daß eine solche russisch-bulgarische Abmachung nicht bestehe. Ich habe Herrn Bratianu nach Möglichkeit darüber beruhigt, daß Baron Aehrenthal doch kein Interesse daran haben könne, das befreundete und verbündete Rumänien absichtlich in Irrtum zu führen. Wenn er auf den Fall eines bulgarisch-türkischen Konflikts nicht näher eingegangen sei, so erkläre sich das doch einfach damit, daß Baron Aehrenthal ebenso wie wohl alle leitenden Staatsmänner die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit eines bulgarischen Kriegs gegen die Türkei in weitere Entfernung gerückt ansehe als in all den letzten Jahren.

Herr Bratianu kam dann damit heraus, daß die ausweichende Antwort des Baron Aehrenthal ihm von dem Gesandten Prinz Schönburg proprio motu in Form einer schroffen Ablehnung wiederholt worden sei. Prinz Schönburg habe ihm gesagt, Rumänien habe im Falle seines Eingreifens in einen bulgarisch-türkischen Konflikt von den Dreibundmächten nichts zu erwarten, da davon nichts im Vertrag stehe. Es müsse sich im Moment des Konflikts selbst gegen dessen Folgen durch direkte Verhandlungen mit Bulgarien sichern. Auf die Frage des Herrn Bratianu, ob denn Rumänien die Bulgaren bedrohen solle, um sich etwas zu verschaffen, habe der Gesandte nur erwidert, das werde allein von der Geschicklichkeit der rumänischen Staatsmänner abhängen.

Tatsächlich ist das Vorgehen meines österreichisch-ungarischen Kollegen nicht ganz glücklich gewesen; es ist ihm dies auch in einem Wiener Erlaß zu verstehen gegeben worden, den ich gelesen habe.

Ich habe deshalb Herrn Bratianu „en ami" ganz ruhig gesagt, er solle das nicht tragisch nehmen. Er wisse so gut wie ich, daß Prinz Schönburg zwar ein vortrefflicher Mensch, aber kein übertrieben gewandter Diplomat sei. Seine Instruktion sei, soviel ich wüßte, der meinigen sehr ähnlich, die mir gestatte, wenn er es wünsche, über alle die Fälle, in denen Rumäniens Politik durch Vorgänge am Balkan in eine schwierige Lage kommen könne, offen und freundschaftlich zu sprechen. Offenbar habe nun Prinz Schönburg aus seiner Instruktion einige Sätze herausgerissen und in abrupter Form zusammengestellt, so daß ihr Sinn nicht ganz richtig herausgekommen sei. An sich sei es ja Tatsache, daß unser Vertrag sich nur auf den Fall beziehe, daß Rumänien angegriffen werde. Außerdem sei der Gedanke, Rumänien solle bei Kriegsausbruch sich mit Bulgarien direkt zu verständigen suchen, mir gerade auch von rumänischer Seite wiederholt entgegengetreten.

Wegen vorgerückter Abendstunde mußten wir hier unsere Unterhaltung abbrechen. Herr Bratianu bat mich aber um ihre Fortsetzung und hat mich dazu für die nächste Zeit auf sein Landgut eingeladen.

Ich werde dann an der Hand der mir erteilten Weisungen die einzelnen Fragen freundschaftlich mit ihm besprechen und hoffe, ihn zu beruhigen. Ich denke, daß mir dies um so eher gelingen wird, als mir Herr

Bratianu im Laufe der Unterredung mit großer Wärme auseinandersetzte, er habe von seinem Vater den Grundsatz geerbt, Rumäniens Weg nach Wien führe über Berlin, und er habe die feste Überzeugung, daß alles, was Berlin rate und tue, zum wahren Besten Rumäniens sei.

Kiderlen

Nr. 9769

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 64 Bukarest, den 30. Oktober 1909
Streng vertraulich

Auf seinem Landsitze Florica hat sich der rumänische Ministerpräsident, Herr Jonel Bratianu, ausführlich über Rumäniens auswärtige Politik mit mir unterhalten; dabei zog er speziell den Fall eines türkisch-bulgarischen Krieges und einer als dessen Folge eintretenden wesentlichen Stärkung und Vergrößerung Bulgariens in den Kreis der Besprechung.

Herr Bratianu begann seine Ausführungen mit den Euerer Exzellenz bereits bekannten gravamina gegen die Aufnahme, die sein Versuch, Rumäniens Verhalten und Aussichten bei etwaigen Kräfteverschiebungen auf dem Balkan zu besprechen, in Wien gefunden habe. Die Antwort, die ihm zunächst in Wien und dann noch mehr durch den hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandten erteilt worden sei, habe so geklungen, als ob er die Ruhe im Osten Europas stören wolle und ehrgeizige Pläne schmiede. Dabei liege es doch in der Natur der Sache, und das langjährige politische Verhalten Rumäniens beweise es, daß dieses nur die Erhaltung des Status quo wünschen könne und müsse. Solange territoriale Veränderungen auf dem Balkan nicht eintreten, sei es daß die Ruhe gewahrt bleibe, sei es daß ein etwaiger türkisch-bulgarischer Konflikt zu Ungunsten Bulgariens ausfalle, sei Rumänien befriedigt.

Man könne es aber dem Leiter der auswärtigen Politik Rumäniens nicht verdenken, wenn er sich rechtzeitig über die Haltung und die Chancen Rumäniens im Falle wesentlicher Veränderungen auf dem Balkan mit den Rumänien befreundeten Großmächten verständigen wolle.

Er gebe ohne weiteres zu, daß eine Veränderung der Kräfteverteilung auf dem Balkan zurzeit nach aller verständigen Wahrscheinlichkeitsberechnung in weitere Ferne gerückt sei denn seit langen Jahren. Man müsse diese Möglichkeit aber doch ins Auge fassen. Gerade weil er auch für diesen Fall sich nicht in Abenteuer stürzen wolle, habe er eine Aussprache mit den befreundeten Mächten gesucht. Die schroffe Zurückweisung, die er von österreichisch-ungarischer Seite erfahren, habe ihm zu denken gegeben. Daß er von deutscher Seite stets aufrichtiges und ehr-

liches Wohlwollen finden werde, wisse er, weil die Interessen Deutschlands und Rumäniens auf keinem Punkte kollidierten. Mit Österreich, namentlich mit Österreich-Ungarn sei das nicht der Fall. In Ungarn werde Rumänien stets mit Mißtrauen betrachtet, weil man befürchte, daß ein aufblühendes und starkes Rumänien eine vermehrte Anziehungskraft auf die ungarländischen Rumänen ausüben werde. Ungarn sei aber der tonangebende Faktor in der auswärtigen Politik der Doppelmonarchie. Der gemeinsame Auswärtige Minister, „qui est à cheval entre Vienne et Pest", werde nicht aufrichtig gegen den Willen Ungarns eine Stärkung Rumäniens begünstigen dürfen. Außerdem scheine Österreich-Ungarn mit den Bulgaren zu liebäugeln. In diesem Punkte gab übrigens Herr Bratianu zu, neuerdings keine Anzeichen dafür zu haben; es sei aber in der Zeit der bosnischen Krise geschehen. In dieser Beziehung habe ich Herrn Bratianu auseinandergesetzt, daß das durch die Umwälzung in der Türkei gleichzeitig provozierte Vorgehen Bulgariens und Österreich-Ungarns naturgemäß ihr Verhalten äußerlich als ein gemeinschaftliches erscheinen ließ, ohne daß es tatsächlich auf gegenseitiger Verständigung beruhte.

Herr Bratianu erläuterte sodann, daß er im Falle einer Vergrößerung Bulgariens von einer „Kompensation" für Rumänien nicht in dem Sinne gesprochen habe, daß Rumänien sich entsprechend der Bulgarien zuwachsenden Quadratkilometerzahl vergrößern wolle. Wenn aber ein über die Türkei triumphierendes Bulgarien nicht nur an Landbesitz, sondern auch an Prestige wesentlich verstärkt dastehe, müsse Rumänien an Prestige und damit an moralischer Macht und an Einfluß verlieren, wenn es leer ausgehe. Gerade um die Chauvinisten im eigenen Lande von ihren ewigen Velleitäten nach transsylvanischem Gebiete abzubringen, müsse der Leiter der rumänischen Politik seinen Landsleuten den Vorteil eines Anschlusses an die europäischen Zentralmächte im gegebenen Moment deutlich vor Augen führen können.

Das sei ja stets das Mittel der russischen Politik gewesen, die Rumänen an sich heranzuziehen, daß sie ihnen sagten, eine wirkliche Stärkung Rumäniens, nämlich die Angliederung Transsylvaniens, sei nur mit Hülfe Rußlands zu erreichen. Die russischen Offiziere, die kürzlich unter Führung des Generals Kaulbars hier gewesen seien, hätten sich zwar ihm als Minister des Äußern gegenüber sehr korrekt ausgesprochen. Von vielen und zuverlässigen Rumänen sei ihm aber erzählt worden, daß sich die Herren sonst, à qui voulait l'entendre, dahin ausgesprochen hätten, Rußland und Rumänien seien aufeinander angewiesen und hätten einen gemeinschaftlichen Feind — Österreich-Ungarn. Rußland habe einmal einen Fehler begangen, als es sich Beßarabien einverleibte; es bereue aufrichtig diesen Fehler und wünsche daher, ihn auf die einzige mögliche Art wieder gutzumachen, indem es Rumänien zur Erwerbung von Transsylvanien verhelfe.

Solchen Tendenzen gegenüber müsse Rumänien sicher sein, bei einer Liquidation im Orient sich auf die volle moralische Unterstützung seiner

Freunde verlassen zu können; mehr habe er nie verlangt. Er sehe vollkommen ein, daß die Mächte sich nicht verpflichten könnten, für rumänische Wünsche das Schwert zu ziehen noch ihm zum voraus bestimmte Versprechungen machen könnten; er möchte aber zum mindesten ihrer vollen moralischen Unterstützung auf einer Konferenz über Balkanangelegenheiten sicher sein.

Ich sagte Herrn Bratianu, daß er überzeugt sein könne, daß alles, was zum wahren Heile Rumäniens gereiche und zu dessen Stärkung beitrage, von uns nicht nur mit Freuden begrüßt, sondern auch in jeder Weise gefördert werden würde. Was Rumänien fromme, das zu beurteilen sei natürlich in erster Linie Sache der rumänischen Staatsmänner, deren Wünschen wir dann gerne unsere moralische Unterstützung zuteil werden ließen. Dabei ging ich langsam auf das Thema über, was Rumänien als „Äquivalent" für eine Vergrößerung Bulgariens verlangen könne, und wies darauf hin, daß eine rein mechanische Vergrößerung des Territorialbesitzes oft statt einer Stärkung eine Schwächung bedeute, daß Gegenden mit fremdem Bevölkerungselement schwer zu regieren seien, die erworbenen Gebiete oft zum dauernden Zerwürfnis zwischen sonst freundlichen Nachbarn führen. Ich wies ihn dann auch darauf hin, daß Rumänien sich im psychologischen Moment am besten mit Bulgarien direkt zu verständigen suchen müßte.

In ersterer Beziehung führte Herr Bratianu aus, daß das Land bis Varna hauptsächlich von Türken bewohnt werde, die sich mit den Rumänen leichter als mit den Bulgaren verständigen würden, und daß Bulgarien sowieso auf die Dobrudscha aspiriere; ob Rumänien noch einige Länderstriche dazu gewinne, werde also in den beiderseitigen Beziehungen keinen Unterschied machen. Daß sich Rumänien tunlichst mit Bulgarien direkt zu verständigen suchen sollte, gab Herr Bratianu zu. Nur müsse, wenn eine solche Verständigung scheitere, Rumänien, wenn es den Ereignissen ruhig zusehen solle, zum voraus der moralischen Unterstützung seiner Freunde bei den folgenden Verhandlungen sicher sein. Da ich ihm gesagt habe, daß das der Fall sein werde, genüge ihm das vollkommen, und er sehe ein, daß über das Maß der Rumänien zu gewährenden Äquivalente und über die Form und Tragweite der Unterstützung erst im kritischen Moment verhandelt werden könne.

Herr Bratianu gab aber dann noch nach allerlei Umschweifen seiner Besorgnis Ausdruck, daß mit einem ehrgeizigen Minister wie Graf Aehrenthal die Führung des Dreibunds an Österreich-Ungarn fallen könne, und daß, wenn letzteres eine aggressive, den rumänischen Interessen zuwiderlaufende Balkanpolitik einschlagen sollte, wir uns mit fortreißen lassen könnten. Ganz beruhigt sei er nur, wenn wir in der Gruppierung der Zentralmächte die Führung behielten. Er erinnerte dabei an die Zeiten des Grafen Kálnoky und des Grafen Caprivi, in denen ersterer, der lange nicht so ehrgeizig und so begabt gewesen sei wie Graf Aehrenthal, die Führung habe an sich reißen wollen.

Ich glaube, in dieser Beziehung durch meine Ausführungen Herrn Bratianu vollkommen überzeugt zu haben. Ich wies ihn namentlich auf die Ereignisse des letzten Winters hin. Nicht um Bosnien und Herzegowina, nicht um eine offensive Politik Österreichs im Orient habe es sich gehandelt, sondern um den Versuch, uns bei lauer Unterstützung unseres Verbündeten diesen zu entfremden und uns dann allein einzukreisen. Um dies zu vereiteln, seien wir näher an unsern Verbündeten gerückt und mit Erfolg. Die Führung und die Befolgung einer unsern Interessen dienenden Politik würden wir nicht aus der Hand geben.

Aus den Äußerungen des Herrn Bratianu hatte ich den Eindruck, daß der kalte Wasserstrahl aus Wien zwar insofern etwas zu stark gewirkt hat, als er das stets rege Mißtrauen der Rumänen gegen Österreich-Ungarn wieder einmal unnötig vermehrt hat, daß er aber andererseits das Gute hatte, daß Herr Bratianu seine ursprünglichen Wünsche und Forderungen zum mindesten nicht unerheblich arrangiert hat. Ich glaube, daß wir uns durch weitere zwanglose Besprechungen im Sinne meiner letzten Unterredung, wenn Euere Exzellenz mich dazu ermächtigen[1], mit Herrn Bratianu ganz gut verständigen und auch sein Vertrauen zu unserm Verbündeten wieder herstellen können.

Kiderlen

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[1] Ja

Nr. 9770

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Gesandten in Bukarest von Kiderlen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 996

Berlin, den 6. November 1909
[abgegangen am 10. November]

Von Euerer pp. gefälligem Bericht vom 30. v. Mts.* über Ihre Unterredung mit dem rumänischen Ministerpräsidenten habe ich mit besonderem Interesse Kenntnis genommen. Ich kann den beruhigenden Versicherungen, die Sie Herrn Bratianu auf seine Ausführungen über die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber Rumänien haben zuteil werden lassen, nur in vollem Umfang beipflichten und stimme mit Ihnen auch darin durchaus überein, daß Sie in diesen Bemühungen fernerhin fortfahren.

v. Bethmann Hollweg

* Siehe Nr. 9769.

Nr. 9771

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 36
Geheim

Wien, den 24. Januar 1910

Nachdem mir vor einigen Tagen bereits Herr Misu* die demnächstige Ankunft des Herrn Bratianu in Wien auf der Durchreise nach Rumänien angekündigt und mir auch dessen Besuch in Aussicht gestellt hatte, teilte mir Graf Aehrenthal heute mit, daß der rumänische Minister am nächsten Freitag hier eintreffen werde.

Wie Herr Misu mir ganz vertraulich sagte, wird Herr Bratianu voraussichtlich den Grafen Aehrenthal wieder über das Thema der rumänischen „Kompensationen" für den Fall einer Vergrößerung Bulgariens durch türkisches Gebiet interpellieren. Herr Misu, der unseren und den völlig identischen Standpunkt der hiesigen Regierung in dieser Frage kennt und ihn als den nach jetziger Lage der Dinge unbedingt richtigen mir gegenüber bezeichnet, hat den Grafen Aehrenthal nun gebeten, dem Herrn Bratianu gegenüber in der Form vielleicht etwas zuvorkommender sich auszusprechen, als dies anscheinend seitens des Prinzen Schönburg in Bukarest seinerzeit geschehen sei.

Graf Aehrenthal, dem ich von meiner vertraulichen Unterredung mit Herrn Misu nichts sagte, deutete mir heut ganz im Einklang mit dem, was Herr Misu mir mitgeteilt hatte, an, daß der österreichisch-ungarische Vertreter in Bukarest wohl bei seinen bezüglichen Besprechungen mit dem rumänischen Minister allzu positiv und trocken gewesen sei, wodurch bei dem an phrasenreiche Sprache gewöhnten rumänischen Staatsmanne der Eindruck einer gewissen kalten Abweisung seitens Österreich-Ungarns und in der Folge auch der Eindruck einer wenn auch nur in einer Nuance bestehenden Abweichung vom deutschen Standpunkte in dieser Frage wachgerufen worden sei. Er, Graf Aehrenthal, werde sich demnach bemühen, dem Geschmacke des Herrn Bratianu in seiner Sprache möglichst entgegenzukommen, ohne jedoch sachlich den im Einverständnis mit Berlin festgelegten Standpunkt zu verlassen. Der Minister fügte hinzu, er werde sich in dieser Beziehung genau an die ihm anfangs September durch den Kaiserlichen Geschäftsträger übergebene geheime Aufzeichnung — vom 29. August v. Js.** — halten, in der Euerer Exzellenz Auffassung in Voraussicht eines Besuchs des Königs von Rumänien in Wien niedergelegt ist. Graf Aehrenthal hatte, wie ich hinzufügen darf, das betreffende Schriftstück bereits heraussuchen lassen und vor sich auf dem Schreibtische liegen.

---

* Rumänischer Gesandter in Wien.
** Identisch mit Nr. 9764; vgl. Nr. 9765, S. 219, Fußnote *.

Sollte Herr Bratianu auch mir gegenüber das gleiche Thema anschlagen, so werde ich mich gleichfalls im Sinne obiger Aufzeichnung äußern.

von Tschirschky

Nr. 9772

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Berlin, den 27. Januar 1910

Auf Bericht Nr. 36*.

Ich halte es für sehr erfreulich, daß Graf Aehrenthal Herrn Bratianu in seiner Sprache möglichst entgegenkommen will, ohne den sachlich vereinbarten Standpunkt zu verlassen. Auch nach diesseitigen Nachrichten war Bratianu durch Eröffnungen des Prinzen Schönburg seinerzeit verstimmt worden. Wir haben an solchen Verstimmungen keinerlei Interesse.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9773

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 62 Wien, den 1. Februar 1910

Vertraulich

Graf Aehrenthal bestätigte mir im allgemeinen dasjenige, was mir Herr Bratianu über seine Unterredung mit dem Minister gesagt hatte. Er habe sich Mühe gegeben, meinte der Minister, den Ton tunlichst freundlich zu gestalten, und ich konnte dem Minister meinerseits die Versicherung geben, daß die Unterredung mit ihm bei dem rumänischen Minister den besten Eindruck hinterlassen habe.

Seinerseits hat Herr Bratianu dem Grafen Aehrenthal wieder gesagt, qu'il avait trouvé tout à fait le même ton chez l'ambassadeur d'Allemagne.

Graf Aehrenthal teilte mir weiter noch mit, daß Herr Bratianu die Angelegenheit wegen Kompensationen für Rumänien im Falle der Vergrößerung Bulgariens auch mit dem Marquis Guicciardini** eingehend besprochen und diesem gegenüber die Formel gebraucht habe, „que la Roumanie ne devait pas être amoindrie". Graf Aehrenthal fand diese Formel recht glücklich gewählt und billigte auch die erfolgte Aussprache in dieser Sache zwischen dem rumänischen Minister und dem Marquis Guicciardini. Letzterer hat seinerseits dem österreichisch-ungarischen Minister von seiner Besprechung mit Herrn Bratianu Mitteilung gemacht und vor-

* Siehe Nr. 9771.

** Italienischer Minister des Äußern im Kabinett Sonnino.

geschlagen, zwischen Wien und Rom in dieser Beziehung einen weiteren Gedankenaustausch zu pflegen. Graf Aehrenthal wird auf diesen Vorschlag des Marquis Guicciardini zustimmend antworten.

von Tschirschky

Nr. 9774

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 17
Vertraulich

Bukarest, den 22. März 1910

Seine Majestät der König Karl erzählte mir heute, daß er neuerlich wieder von türkischer Seite um Abschluß eines Defensivbündnisses angegangen worden sei. Seine Majestät hat dem türkischen Unterhändler erwidert, daß die erste Bedingung eines derartigen Bündnisses die strenge Wahrung des Geheimnisses sei; leider sei diese Voraussetzung in Konstantinopel nicht gegeben. Außerdem schiene Seiner Majestät kein Anlaß vorzuliegen, eine Störung des Friedens auf der Balkanhalbinsel in absehbarer Zeit zu befürchten. Sollten Komplikationen eintreten, sei es immer noch Zeit zu einer rumänisch-türkischen Verständigung. So viel könne er allerdings jetzt schon sagen, daß Rumänien eine etwaige Veränderung des Status quo in den Balkanländern ebensowenig wünschen könne als die Türkei und, falls der Status quo bedroht werde, alles daran setzen werde, ein Wort mitzusprechen. Im übrigen könne er der Türkei nur raten, sich möglichst eng an die erhaltende Politik des Dreibunds anzuschließen*.

Kiderlen

Nr. 9775

Bericht des Militärattachés in Bukarest Majors von Massow

Abschrift

Bukarest, den 26. Mai 1910

Der Kriegsminister General Crainicianu hat mir folgende Mitteilungen über seine Reise nach Konstantinopel** gemacht:

Anlaß zur Reise gab eine Einladung Mahmud Schewket Paschas*** während der deutschen Manöver.

Seine Majestät der König genehmigte die Reise und beauftragte den General, sich bei dieser Gelegenheit vom Zustand des türkischen Heeres zu überzeugen.

Ferner wurde ihm der Auftrag zuteil, in Sachen des Handelsvertrages

* Vgl. dazu Kap. CCXII.
** Vgl. auch Kap. CCXII, Nr. 9787.
*** Türkischer Kriegsminister.

die Stimmung der Türkei zu sondieren und in der Wakufangelegenheit (Dobrudscha) Vorschläge zu unterbreiten.*

Der General erklärte, bei den Ministern der Auswärtigen Angelegenheiten** und der Finanzen***, besonders auch bei Seiner Majestät dem Sultan selbst und beim Großwesir† Entgegenkommen für Rumänien gefunden zu haben.

„Wenn die Türkei weiterhin guten Willen zeige, könnten die Handelsvertragsverhandlungen zu einem für Rumänien günstigen Abschluß führen. In der Wakufangelegenheit würde die Hohe Pforte wahrscheinlich auf die rumänischen Vorschläge eingehen und sich mit der Summe von $1^3/_4$ Millionen francs begnügen.

Zum Abschluß eines militärisch-politischen Bündnisses, von dem vielfach die Rede gewesen sei, habe er keine Vollmacht besessen.

Der Zeitpunkt erscheine Seiner Majestät dem König als verfrüht.

Dagegen sei ihm darum zu tun gewesen, die freundschaftlichen Beziehungen zum osmanischen Reich zu festigen — und dies, glaube er, sei ihm gelungen.

Im Auftrage Seiner Majestät des Königs habe er Mahmud Schewket Pascha zu den diesjährigen Königsmanövern eingeladen."

Im Zusammenhang hiermit melde ich, daß Seine Majestät der König sich vor Beginn der Fahnennagelung am 22. Mai dem neben mir stehenden türkischen Militärattaché†† gegenüber sehr befriedigt über die Mission des Generals Crainicianu ausgesprochen hat.

(gez.) von Massow

Nr. 9776

Der Geschäftsträger in Bukarest Kracker von Schwarzenfeldt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift

Nr. 55 Sinaia, den 15. August 1910

Vertraulich

Der Minister des Äußern††† hat Mühe gehabt, den hiesigen britischen Gesandten, dessen Nerven über den Aufenthalt des türkischen Großwesirs in Sinaia arg erregt waren, einigermaßen zu beruhigen. Er hat ihm aber versichert, daß Hakki Pascha keine besonderen Aufträge für hier

* Seit einer Reihe von Jahren hatte sich Rumänien der Türkei gegenüber zu einer Verständigung über die geistlichen Güter in der Dobrudscha verpflichtet; da aber die Verhandlungen, die sich seit dem Jahre 1907 hinzogen, zu keinem Ende kamen, wurde türkischerseits der Abschluß eines Handelsvertrags von einer Einigung in dieser Frage abhängig gemacht.

** Rifaat Pascha.

*** Dschawid Bey.

† Hakki Pascha.

†† Oberst Blacque Bey.

††† Djuvara.

gehabt habe, und darauf hingewiesen, daß es doch nur in der Ordnung sei, wenn nach den Besuchen des türkischen Thronfolgers* in Sofia und Belgrad und des rumänischen Kriegsministers in Konstantinopel** ein türkischer Staatsmann auch einmal Rumänien einen Besuch abstatte. Und was die drohenden kriegerischen Verwickelungen anlange, die Sir Conyngham Greene so anschaulich schildere, so beweise doch gerade die Auslandsreise des türkischen Premierministers, daß man am Goldenen Horn die augenblickliche Situation nicht für gefährlich ansehe.

„Ich habe", sagte mir Herr Djuvara ungefähr dann weiter, „aus meinen Besprechungen mit Hakki Pascha zu meiner Freude konstatieren können, daß wir in allen schwebenden Fragen gleicher Ansicht sind. Meine auf die Befestigung unserer Beziehungen zur Türkei gerichteten eifrigen Bemühungen sind nicht vergeblich gewesen. Die Türkei ist für uns nicht nur in volkswirtschaftlicher Beziehung — es liegen in ihr noch ungeheure Schätze verborgen — ein wichtiger Faktor, sondern sie ist für uns ebenso wie für den Dreibund politisch von hoher Bedeutung. Der Großwesir ist davon überzeugt, daß sein Vaterland jetzt auf dem richtigen Wege ist und die am Ruder befindliche Regierung Bestand haben wird. Seine Majestät König Karl und ich teilen diese Ansicht. Hakki Pascha reist jetzt nach Marienbad, wo er mit Graf Aehrenthal zusammenkommt***. Vielleicht wird er auch Ihren Herrn Reichskanzler und Exzellenz von Kiderlen-Waechter sprechen."

(gez.) Kracker

---

* Prinz Yussuf Izzeddin. Nach einem Berichte des Gesandten in Belgrad von Reichenau vom 14. Juni (Nr. 85) wäre bei der Anwesenheit des Thronfolgers in Belgrad (10. bis 11. Juni) wegen militärischer Abmachungen für bestimmte Eventualitäten verhandelt worden, ohne daß es jedoch zu einem Abschlusse gekommen wäre.

** Vgl. Nr. 9775.

*** Tatsächlich hatte Hakki Pascha am 15. und 16. August Konversationen mit Graf Aehrenthal. Eine Aufzeichnung des österreich-ungarischen Ministers darüber wurde in Abschrift von dem österreichischen Botschaftsrat Freiherrn von Flotow am 21. September im Auswärtigen Amt überreicht. Es hieß in der Aehrenthalschen Aufzeichnung zu dem Thema der türkisch-rumänischen Beziehungen: „Mit sichtlicher Befriedigung gedachte der Großwesir seines Aufenthaltes in Sinaia und der Aussprache mit König Karol. Er sei — so bemerkte er — im Gespräche mit dem König zur Konstatierung der Identität der Interessen der Türkei und Rumäniens in betreff der Erhaltung des Status quo am Balkan gelangt. König Karol habe ihm die uns bekannte rumänische Auffassung bezüglich dieser Frage sehr bestimmt wiederholt, nämlich daß er eine Veränderung der territorialen Verhältnisse auf dem Balkan ohne seine Zustimmung und ohne Berücksichtigung der Interessen Rumäniens nicht zugeben werde. Hierbei habe der König erwähnt, daß er, um diesem Standpunkte mehr Relief zu geben und den Ernst dieses Entschlusses zu manifestieren, an die Erhöhung des Truppenstandes in der Dobrudscha bis zur Stärke eines Armeekorps geschritten sei. Ob der Großwesir den Versuch gemacht hat, mit König Karol über eine eventuelle schriftliche Vereinbarung zu sprechen, ging aus den Äußerungen meines Mitredners nicht hervor. Als seine persönliche Überzeugung sagte er mir aber, daß die Identität der Interessen der Türkei und Rumäniens in betreff der Erhaltung des jetzigen Status quo auf der Balkanhalbinsel eine derartige sei, daß eine Festlegung derselben durch eine schriftliche Formulierung nicht notwendig erscheine.

Nr. 9777

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 787 London, den 4. Oktober 1910

Eine dem Foreign Office nahestehende Persönlichkeit sagte mir, man habe dort keine zuverlässige Kenntnis darüber, ob eine türkisch-rumänische Militärkonvention formell abgeschlossen worden sei. Man habe aber seit geraumer Zeit das Verhältnis zwischen der Türkei, Bulgarien und Rumänien so angesehen, daß im Falle einer bulgarischen Aggression den Türken rumänische Waffenhilfe auf alle Fälle sicher gewesen wäre[1], und lege deshalb auf die formale Bestätigung dieses existierenden Verhältnisses keinen allzu großen Wert. Der Lärm über die Frage sei auf den politischen Leiter der „Times", Mr. Chirol, zurückzuführen, der sich über die Meldung vom Abschluß der Militärkonvention viel mehr aufgeregt habe, als den Umständen entspräche.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 9778

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 246 Therapia, den 20. Oktober 1910

Der Großwesir erzählte mir heute, vor einigen Tagen sei der russische Geschäftsträger* bei ihm gewesen und habe in einem erregten und unangenehmen Ton ihm gesagt: Die Nachricht von dem Abschluß einer türkisch-rumänischen Militärkonvention und die Tatsache, daß diese

Ob diese richtige Einschätzung der gegebenen Verhältnisse eine spontane war oder das Ergebnis der Besprechungen mit König Karol bildete, dürften wir wohl aus Sinaia hören. Meinerseits habe ich dem Großwesir meine volle Übereinstimmung mit seinen Äußerungen ausgesprochen und ihm gesagt, daß ein herzliches freundschaftliches Verhältnis zwischen der Türkei und Rumänien durchaus genüge, um den ohnehin für einen Krieg nicht begeisterten und befähigten König Ferdinand im Zaume zu halten. Ich riet zugleich dem Großwesir, durch Regelung aller zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen die türkisch-rumänischen Beziehungen noch herzlicher zu gestalten, wobei ich in erster Linie des Handelsvertrages gedachte. Hakki Pascha teilte vollkommen meine Auffassung und sprach die Hoffnung aus, daß bei den einschlägigen Verhandlungen, welche infolge des geringen Entgegenkommens Rumäniens bisher nicht zu einem Erfolge geführt hätten, schließlich doch ein Einvernehmen erzielt werden könnte."

* Swjetschin.

Nachricht nicht kategorisch dementiert worden sei, habe in St. Petersburg einen sehr peinlichen Eindruck gemacht*. Hakki entgegnete, das Dementi sei klar und unzweideutig gewesen. Wolle man demselben keinen Glauben schenken, so treffe die Schuld weder die Türken noch die Rumänen. Herr Swjetschin fragte darauf unter Hinweis auf einen Auftrag seiner Regierung, ob zwischen der Pforte und den Mächten Tripelallianz Verhandlungen wegen Eintritts der Türkei in die letztere geführt würden? Hakki hat darauf in einem etwas spöttischen Tone geantwortet: „Nous sommes de petits gens. Nous devons travailler à notre consolidation intérieure et nous ne pouvons nous permettre le luxe de conclure des alliances avec des grandes puissances."

Die heutigen Mitteilungen des Großwesirs stellen außer Zweifel, daß die Tripelentente die oben erwähnten Nachrichten nur deshalb lanciert hat, um einen konzentrischen Bedrohungsfeldzug gegen die Türkei zu unternehmen. Damit stimmt auch überein die Tatsache, daß Frankreich unerwartet seine Forderungen bezüglich der Kontrolle der türkischen Finanzen wiederum gesteigert hat**.

Marschall

Nr. 9779

Der Gesandte in Bukarest Rosen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 73 Bukarest, den 28. Oktober 1910

Vertraulich

Am Tage nach meiner Ankunft in Bukarest habe ich dem Ministerpräsidenten Bratianu, welcher den zurzeit abwesenden Minister des Äußeren vertritt, meinen Antrittsbesuch abgestattet.

Herr Bratianu, den ich bereits im Jahre 1903 kennen gelernt hatte, empfing mich mit außerordentlicher Liebenswürdigkeit und sprach die Zuversicht aus, daß auch in Zukunft die Beziehungen Rumäniens zum deutschen Reiche im Geiste aufrichtiger Verständigung und gegenseitigen Entgegenkommens weitergeführt werden würden. Die Gleichartigkeit und die Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen bürge dafür, daß bei gutem Willen stets eine befriedigende Lösung auch komplizierter Fragen zu finden sein werde.

---

* Tatsächlich hielt man weder in Petersburg noch in Paris das Bestehen einer türkisch-rumänischen Militärkonvention für erwiesen. Telegramm Außenminister Sasonows an Sementowsky vom 28. September 1910 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 145).

** Vgl. dazu Kap. CCXVI, Anhang.

Die vielfach sehr offenen Ausführungen des Ministerpräsidenten über die allgemeine Lage und über die Beziehungen Rumäniens zu anderen Staaten dürften zwar für Euere Exzellenz keine neuen Gesichtspunkte enthalten, doch dürfte es erfreulich sein festzustellen, mit welchem Maß von Vertrauen Herr Bratianu zur Politik der Kaiserlichen Regierung sich erfüllt zeigte. Er stellte, ohne von mir hierzu angeregt zu sein, die deutsche Politik in einen schmeichelhaften Gegensatz zu der Politik anderer Länder, namentlich Frankreichs, und betonte, daß man es in Rumänien voll zu schätzen wisse, daß die Kaiserliche Regierung niemals die deutscherseits gewährte finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung dazu ausgenutzt habe, für politische Zwecke oder zugunsten der deutschen Industrie Sondervorteile herauszuschlagen. Frankreich dagegen habe ähnliche Vorstöße wie kürzlich in der Türkei früher auch in Rumänien versucht und sich dadurch seine Stellung wesentlich verschlechtert. Zumutungen, wie sie die Türkei mit vollem Rechte zurückgewiesen, fänden in Rumänien erst recht keinen geeigneten Boden. Daß die Haltung Deutschlands in der türkischen Anleihefrage auch hier die günstigste Wirkung ausgeübt hat, war aus dem Tone des Ministerpräsidenten deutlich zu entnehmen.

Einigermaßen beunruhigt zeigte sich Herr Bratianu über die mögliche Haltung Bulgariens in den Balkanfragen. Ihm sei zwar die Abneigung des Königs Ferdinand gegen einen Feldzug und die damit verbundenen Strapazen bekannt, auch habe der Bulgarenherrscher seine Friedensliebe dadurch bewiesen, daß er vor zwei Jahren die beste Gelegenheit zum Vorgehen gegen die Türkei ungenutzt habe verstreichen lassen. Indessen bestehe für das junge Zarentum und die Dynastie eine nicht gering anzuschlagende Gefahr in der wachsenden Unpopularität des Königs, namentlich auch bei seinen Offizieren. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die innere Lage den König einmal so weit drängen könnte, daß er in einem Feldzuge eine geringere Gefahr erblicken möchte als in der Aufrechterhaltung des Friedens. Auch könnte eine unbesonnene Haltung Griechenlands der Türkei gegenüber leicht Bulgarien mit sich fortreißen. Es erschien Herrn Bratianu nicht unwahrscheinlich und durchaus der Eigenart des Bulgarenkönigs entsprechend, daß dieser die neuerlichen Nachrichten über eine angebliche türkisch-rumänische Militärkonvention höchstselbst in den „Matin" lanciert hätte*, um dadurch auf seine Untertanen etwas abkühlend zu wirken. Für Rumänien liege indessen eine Veranlassung zu einer formellen Bindung gegenüber der Türkei zurzeit wenigstens nicht vor. Es sei vielmehr für Rumänien wichtig, sich für alle Fälle freie Hand zu bewahren, was indessen die Pflege guter und engerer Beziehungen zum ottomanischen Reiche keineswegs ausschlösse. Im Interesse des Friedens im Südosten Europas würde es zweifellos das zweckmäßigste sein, das unruhige südliche Nachbarland mit seinem schwer zu berechnenden Herrscher in

* Vgl. dazu Kap. CCXII, Nr. 9795, S. 271, Fußnote.

möglichster Ungewißheit über die eventuelle Haltung Rumäniens im Falle von Verwickelungen auf dem Balkan zu erhalten*. Aus dieser Haltung werde auch eine gewisse Gereiztheit und gelegentliche Unfreundlichkeit Bulgariens Rumänien gegenüber dieses letztere nicht herausbringen. Rumänien werde vielmehr nach wie vor jeder Entwickelung Bulgariens innerhalb seiner territorialen Grenzen ohne Mißgunst zusehen.

Von den Beziehungen Rumäniens zu anderen Ländern verdient vielleicht noch Erwähnung, daß Herr Bratianu auf die Pflege eines guten Verhältnisses zu Rußland Wert legte, wobei er durch den russischen Gesandten, Herrn Giers, in erfreulicher Weise unterstützt werde. Daß seit einer Reihe von Jahren als Vertreter Englands und Frankreichs** Persönlichkeiten akkreditiert sind, denen eine aktivere Politik nicht zuzutrauen sei, schien der Ministerpräsident in keiner Weise zu bedauern.

Rosen

---

* In diesem Sinne äußerte sich auch Großwesir Hakki Pascha während seines Pariser Aufenthaltes im September 1910. Vgl. Kap. CCXII, Nr. 9795, S. 271, Fußnote.

** Blondel.

Kapitel CCXII

Erörterungen über einen Anschluß der Türkei an die Zentralmächte

Russische Quertreibereien

Nr. 9780

*Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel**

Abschrift

Nr. 230
Geheim

Konstantinopel, den 7. November 1909

Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte Generalmajor Freiherr von Giesl teilt mir streng vertraulich mit, daß der türkische Botschafter am Berliner Hofe ihn aufgesucht und in etwa zweistündiger Besprechung ihm die Notwendigkeit einer österreichisch-türkischen Militärkonvention auseinandergesetzt hat. Osman Nisami Pascha hat vor dieser Besprechung die maßgebenden türkischen Persönlichkeiten gesehen und glaubt, daß seine Gedanken nicht nur von ihnen, sondern auch von Seiner Majestät dem Sultan günstig aufgenommen werden würden.

General von Giesl ist für diesen Gedanken schon seit langem sehr eingenommen, besonders aber seitdem ihm die guten Leistungen der Truppe in den eben beendeten Adrianopeler Manövern einen überraschend guten Eindruck gemacht haben.

General von Giesl erbot sich, den türkischen Botschafter sofort schriftlich beim Baron Aehrenthal anzumelden, was Osman Pascha vor einer nochmaligen Unterredung mit dem Herrn Großwesir** aber nicht annahm. Der Bescheid steht bisher noch aus.

Nach Ansicht beider Herren kommen nur ihre Länder und Rumänien für die Konvention in Betracht, da nur sie direkt in einen Balkankrieg eingreifen könnten. Die Tendenzen dieser zunächst geheim zu haltenden Konvention würden selbstverständlich ausgesprochen defensiv sein.

General von Giesl bittet ausdrücklich, daß man Osman Pascha nicht merken läßt, daß ich in das Geheimnis eingeweiht bin. pp.***

(gez.) Strempel
Major und Militärattaché

---

* Mit Begleitbericht Freiherrn von Marschalls Nr. 334 vom 8. November 1909 übersandt.
** Hilmi Pascha.
*** Der Schluß des Berichts betrifft einen Besuch türkischer Offiziere in Sofia.

Nr. 9781

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 362
Ganz geheim

Wien, den 13. November 1909

Graf Aehrenthal machte mir heute mit der Bitte um strikte Geheimhaltung nachstehende Mitteilung.

Der türkische Botschafter in Berlin Nisami Pascha, der sich auf der Durchreise aus Konstantinopel kurz hier aufgehalten, habe ihn ganz vertraulich sondiert, wie er über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer engen Entente zwischen der Türkei, Österreich-Ungarn und Rumänien denke. Er habe dem Pascha darauf folgendes erwidert:

Er könne sich wohl denken, daß Verhältnisse eintreten könnten, die einen engen Zusammenschluß zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei wünschenswert und sogar notwendig machen würden. Die Identität der Interessen beider Staaten auf dem Balkan würde seiner Ansicht nach die Türkei und Österreich-Ungarn im Momente der Gefahr ganz von selbst zusammenführen. Auf diese Identität der beiderseitigen Interessen lege er das allergrößte Gewicht; sie sei so zwingend, daß auf ihrer Grundlage die Politik beider Staaten mit der Zeit immer mehr und mehr die gleiche Richtung werde einschlagen müssen. Für den Augenblick suche und finde auch bis zu einem gewissen Grade die Türkei Hilfe und Unterstützung bei Frankreich und England, und selbst bei Rußland. Aber jeder türkische Staatsmann könne doch darüber nicht im Zweifel sein, daß mit der zunehmenden Gesundung der Türkei und dem hoffentlich weiteren Fortschreiten der militärischen Kräfte des Osmanenreichs die Haltung der genannten Mächte der Türkei gegenüber sich weniger freundlich gestalten dürfte. Eine wirklich starke Türkei werde stets nur an den beiden europäischen Zentralmächten festen und dauernden Rückhalt finden.

Wenn er also dem Gedanken einer Entente mit der Türkei im gegebenen Momente durchaus sympathisch gegenüberstehe, so müsse er ihm, dem Botschafter, doch den dringenden Rat geben, mit dieser Idee äußerst vorsichtig zu sein. Wie die Verhältnisse gegenwärtig in Konstantinopel lägen, bestehe keinerlei Gewähr dafür, daß nicht jeder derartige Gedanke, wenn er auch noch so diskret behandelt würde, nicht sofort seinen Weg nach London und Petersburg finde. Und das könnte dann für die Türkei sehr unbequem und nachteilig wirken. Ihm, Aehrenthal, sei es gleichgültig, ob in England und Rußland ein derartiger Verdacht aufkomme. Er habe durch die ostentativ freundliche Aufnahme, die der türkischen Reisegesellschaft* hier zuteil geworden sei, ganz offen gezeigt,

* Anfang November 1909 hatten etwa 200 türkische Gäste, Ministerialbeamte, Abgeordnete, Offiziere und Kaufleute nach einem Besuch Budapests mehrere Tage in

daß ihm an guten Beziehungen zum türkischen Nachbar viel gelegen sei. Für die Türkei seien aber doch wohl andere Erwägungen noch maßgebend.

Nisami Pascha hat sich, wie Graf Aehrenthal weiter bemerkte, über vorstehende Eröffnungen sehr erfreut gezeigt und mit besonderem Danke für den vortrefflichen Rat wegen äußerster Vorsicht bei Behandlung der Frage in Konstantinopel zugesagt, in diesem Sinne privatim nach Hause zu schreiben.

Der Botschafter hat noch hinzugefügt, daß, wie er wisse, der jetzige türkische Minister des Innern Talaat, der der spiritus rector des Komitees sei, ein überzeugter Anhänger der Politik des engen Zusammengehens mit Österreich-Ungarn sei.

von Tschirschky

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.

Politisch gewiß ganz schön und vorsichtig: aber es würde gar nichts schaden, wenn militärisch schon jetzt bestimmte Abmachungen von Gen[eral]stab zu Gen[eral]stab gemacht würden. Die Anwesenheit v[on] d[er] Goltz' in Stambul* sichert die Diskretion der Militärs. Dieses ist viel wichtiger und besser als diplomat[isch]-politische Abmachungen! Es ist eine berechtigte Sicherungsmaßnahme nach Racconigi!**

Nr. 9782

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1700 Berlin, den 18. November 1909
Geheim [abgegangen am 23. November]

Auf Bericht Nr. 334 vom 8. d. Mts.***

Der Bericht des Militärattachés vom 7. d. Mts.† betreffend Besprechungen über eine österreichisch-türkische Militärkonvention hat allerhöchsten Ortes lebhaft interessiert. Seine Majestät hat dabei insbesondere die Frage aufgeworfen, ob die Verhältnisse in der Türkei derartig konsolidiert sind, daß die angeregte Maßnahme schon jetzt in ernste Erwägung genommen werden könnte.

Da die Beantwortung dieser Frage im wesentlichen von militärischen Gesichtspunkten abhängt, wird sich ein sachverständiges militärisches Urteil nicht entbehren lassen. Eure Exzellenz bitte ich daher im allerhöchsten Auftrage, sich gefälligst in der Angelegenheit mit dem General-

Wien geweilt und waren sehr gefeiert worden. Bericht von Tschirschkys Nr. 355 vom 2. November 1909.

* Vgl. dazu Anhang A.

** Vgl. dazu Kap. CCXIV.

*** Vgl. Nr. 9780, Fußnote.

† Siehe Nr. 9780.

obersten Freiherrn von der Goltz* ins Benehmen setzen zu Besonders erwünscht wäre es, wenn Freiherr von der Goltz seine eventuelle gutachtliche Äußerung zur Sache durch Eure Exzellenz hierher leiten wollte, so daß Sie Gelegenheit fänden, gleichzeitig auch Ihrerseits dazu Stellung zu nehmen.

v. Schoen

Nr. 9783

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 369 Wien, den 17. November 1909

In einer Audienz, die Seine Majestät der Kaiser und König Franz Joseph heute dem Grafen Aehrenthal gewährt hat, hat der Kaiser letzterem mitgeteilt, Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand habe ihm in den Ausdrücken höchster Freude über seinen Besuch bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Majestäten in Berlin und Potsdam gesprochen** und in wärmster Dankbarkeit der sorglichen Aufnahme gedacht, die ihm und seiner Gemahlin von seiten Ihrer Majestäten und allen Mitgliedern des allerhöchsten Kaiserhauses zuteil geworden sei. Der Herr Erzherzog habe auch Gelegenheit gehabt, mit Seiner Majestät dem Kaiser und Könige über politische Fragen zu sprechen. Völlige Übereinstimmung habe dabei in der Richtung konstatiert werden können,

---

* Vgl. Anhang A.

** Der Besuch hatte vom 11.—14. November stattgefunden. Vgl. darüber auch den ausführlichen Brief Graf Aehrenthals an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 24. November 1909 in Kap. CCXV, Nr. 9893. In diesem Briefe ließ sich der österreichische Minister über den Gedanken eines Anschlusses der Türkei an den Dreibund in dilatorischem Sinne aus: „Mein Bestreben geht dahin, mit der Türkei auf gutem und freundschaftlichem Fuße zu bleiben, ein engeres Band jedoch, wenigstens vorläufig, nicht ins Auge zu fassen. — Ich teile durchaus Ihre Meinung, daß eine weitere Konsolidation des neuen Regimes abgewartet werden muß, bevor es möglich sein wird, dem Projekte einer engeren Verbindung mit der Türkei näher zu treten. Osman Nisami Pascha hat mich auf der Rückreise nach Berlin aufgesucht und seinen Lieblingsgedanken mitgeteilt. — Er sprach aber nicht von einer Militärkonvention, sondern von einer Entente zwischen Österreich-Ungarn, der Türkei und Rumänien zu dem Ende, die Balkanstaaten im Zaume zu halten. Ich habe den Gedanken nicht a limine abgewiesen, denselben akademisch, aber in durchaus sympathischer Weise besprochen, das Hauptgewicht darauf legend, daß die Türkei Zeit haben müsse, sich zu sammeln und zu stärken. Eine solche Politik der Sammlung erheische aber zunächst ein gutes Verhältnis mit allen Mächten, die übrigens im Interesse der Erhaltung des Friedens im nahen Orient den Erfolg des Konsolidierungsprozesses in der Türkei wünschen müßten. Eine aktuelle Bedeutung besitze die angeregte entente à trois somit noch nicht, was aber nicht ausschließe, daß eine solche Entente eines Tages im Interesse des Status quo notwendig werden könnte. Osman Nisami Pascha schien mit dieser Antwort ganz zufrieden zu sein. —“

daß ein immer engerer Anschluß der Türkei an die Zentralmächte eine der Hauptaufgaben ihrer gemeinsamen Politik bilden müsse[1]. Mit großer Genugtuung habe Seine Majestät, wie Graf Aehrenthal weiter bemerkte, aus den Mitteilungen des Erzherzogs entnommen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England in letzter Zeit viel von ihrer bisherigen Spannung verloren hätten.

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja

Nr. 9784

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 9
Ganz geheim

Pera, den 5. Januar 1910

Auf Erlaß Nr. 1700*.

In Verfolg obigen Erlasses habe ich den Generalobersten Freiherrn von der Goltz nach seiner Rückkehr aus Mazedonien um eine gutachtliche Äußerung über die angeregte österreichisch-türkische Militärkonvention ersucht. Die Äußerung desselben lege ich im Anschlusse vor**.

Der Konklusion, zu welcher Freiherr von der Goltz vom militärischen Gesichtspunkte aus gelangt, daß die Zeit zum Abschlusse von Bündnissen oder Militärkonventionen für die Türkei noch nicht gekommen ist, kann ich mich auch vom politischen Gesichtspunkte aus nur anschließen. Schon die unsichere innere Lage des türkischen Reiches schließt gegenwärtig nach meinem Dafürhalten den Abschluß eines Bündnisses mit einer anderen Großmacht aus[1]. Dagegen ist der Gedanke, welcher der jüngsten Anregung zu Grunde liegt, nämlich, daß die Türkei wirksamen Schutz für ihre Integrität und die Erhaltung des territorialen Status quo nur durch einen

* Siehe Nr. 9782.

** Anfang und Schluß des vom 8. Dezember datierten v. d. Goltzschen Gutachtens, das im übrigen rein militärische Gründe entwickelt, lauten: „Die Zeit, um mit der Türkei bestimmte, auf Herstellung eines Bündnisverhältnisses oder einer Militärkonvention abzielende Vereinbarungen zu treffen, ist noch nicht gekommen. Es kann zwar nicht bestritten werden, daß in der türkischen Armee recht gute Kräfte schlummern, welche, geweckt und richtig geleitet, einer bedeutenden Machtentfaltung fähig sind; es fehlt jedoch noch die klare und sichere Führung, die dazu nötig ist...

Bis diese Mißstände gehoben, bis ein gesunder Zustand und eine Disziplin erzeugt sein werden, die nicht mehr zum größten Teil auf dem guten Willen der Untergebenen, sondern auf festgegründeter Autorität der Vorgesetzten beruht, werden noch einige Jahre — vielleicht drei bis fünf — vergehen. Dann werden auch sichere Schlüsse auf Haltung und Leistungsfähigkeit der türkischen Armee für einen kommenden Kriegsfall möglich sein, so daß man sie bei politischen Kombinationen als einigermaßen fest zu bestimmende Größe in Rechnung zu stellen vermag."

engen Anschluß an Österreich-Ungarn finden kann, zweifellos richtig. Ich möchte daher glauben, daß der Faden nicht abgerissen, sondern weitergesponnen werden sollte.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Davon ist keine Rede! Milit[ärische] Verabredungen!!

Nr. 9785

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 9 Bukarest, den 27. Februar 1910

Ministerpräsident Bratianu erzählte mir, daß die Türkei erneut auf Umwegen hier wieder wegen eventuellen Bündnisses angefragt habe*. Angesichts unsicheren Zustandes in der Türkei und dortiger Indiskretion habe er auch diesmal nur dilatorisch und ausweichend geantwortet dahin: momentan liege kein spezieller Anlaß zu Bündnis vor, das bei möglichem Bekanntwerden Mißtrauen erregen müsse, was aber nicht ausschließe, daß sich beide Länder im psychologischen Moment verständigten.

Bei Besprechungen habe türkischer Vertreter angedeutet, die Türkei würde sich am liebsten offen an Dreibund anschließen, könne dies aber mit Rücksicht auf maritime Stärke Englands nicht wagen. Gegen ein Bündnis mit Rumänien würde auch England nichts einwenden können.

Kiderlen

Nr. 9786

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 227
Vertraulich Wien, den 10. Mai 1910

Graf Aehrenthal erzählte mir heute, er habe neulich den Besuch Hilmi Paschas erhalten. Der frühere Großwesir sei in Begleitung des türkischen Geschäftsträgers** bei ihm erschienen, eines noch recht jungen Mannes, dessen Anwesenheit ihn, Aehrenthal, veranlaßt hätte, zunächst über gleichgültige Dinge zu reden. Hilmi habe seinerseits damit begonnen, seinen Dank für die Unterstützung zum Ausdruck zu bringen, die Österreich-Ungarn ihm zur Zeit, als er noch Generalgouverneur in Mazedonien

---

* Vgl. dazu Kap. CCXI.
** Reschad Hikmet Bey.

gewesen, durch Förderung des Reformwerkes und Entsendung ausgezeichneter Beamter habe zuteil werden lassen. Demgegenüber habe er, der Minister, darauf hingewiesen, daß es stets das Ziel der österreichisch-ungarischen Regierung gewesen sei, der Türkei ernstlich und tatkräftig bei ihren Bemühungen für eine Regeneration zu helfen, diese Hilfe aber nur mit der Türkei und unter deren Initiative eintreten zu lassen.

Die Unterhaltung habe sich dann, wie der Minister fortfuhr, den Zuständen in Albanien zugewendet, und der Geschäftsträger habe diese Gelegenheit benutzt, um ein kurzes Aperçu über die dortige Lage* zu geben. Reschad Hikmet Bey hat ausgeführt, daß selbstverständlich zunächst der bewaffnete Aufstand niedergeschlagen werden müsse, daß aber bei der Pforte der feste Wille bestehe, dann die Albaner mit leichterer Hand zu behandeln und nach Prüfung ihrer Beschwerden ihnen nach Tunlichkeit entgegenzukommen und ihre Eigentümlichkeiten zu schonen. Graf Aehrenthal hat seiner Genugtuung über die hiernach in Konstantinopel zur Geltung gelangte Auffassung Ausdruck gegeben, die völlig mit den Ratschlägen übereinstimme, die er sich erlaubt habe als aufrichtiger Freund der Türkei nach Konstantinopel gelangen zu lassen. Zu Hilmi Pascha gewendet, hat Graf Aehrenthal hinzugefügt, er beabsichtige dem Vernehmen nach in Österreich-Ungarn zu reisen und das Land und seine Institutionen zu studieren. Es werde ihm dabei nicht entgehen, daß zwischen der Struktur der österreichisch-ungarischen Monarchie und derjenigen der Türkei eine wesentliche Ähnlichkeit darin bestehe, daß hier wie dort verschiedene Nationalitäten zu einem Gesamtstaat vereinigt seien. Er glaube, daß man in der Türkei durch das Studium der österreichisch-ungarischen Verwaltung wertvolle Anhaltspunkte für die eigene Verwaltung gewinnen und daraus lernen könne, wie man unter Aufrechterhaltung der Großmachtstellung und der Einheitlichkeit des Staatsgedankens doch den Sonderinteressen der einzelnen Nationalitäten gerecht zu werden vermöge. Ein übertriebener Zentralismus sei ebenso hier wie in der Türkei unangebracht, ja schädlich.

Graf Aehrenthal hat weiter Hilmi Pascha gegenüber betont, daß man in Konstantinopel nie vergessen solle, daß Österreich-Ungarn und die Türkei die beiden einzigen Balkangroßmächte seien, und daß, wenn diese zwei Mächte zusammenhielten, weder der einen noch der anderen etwas geschehen könne und eine Störung des Status quo, der für beide das zurzeit erstrebenswerte Ziel sein müsse, nicht würde eintreten können.

An vorstehende Mitteilungen des Grafen Aehrenthal über seine Unterredung mit Hilmi Pascha schloß sich noch eine längere vertrauliche Besprechung zwischen dem Minister und mir über die Ausgestaltung eines intimeren Verhältnisses zwischen Wien und Konstantinopel. Graf Aehrenthal meinte zunächst: Sie sehen, daß ich Hilmi Pascha gegenüber ganz

---

* Seit Anfang April tobte in Albanien ein Aufstand, gegen den die Türkei mehrere Redifbrigaden unter Führung von Mahmud Schewket Pascha mobilisierte.

klar und deutlich zu erkennen gegeben habe, daß ich eine möglichst enge Verbindung mit der Türkei wünsche, und ich kann Sie versichern, daß ich fortdauernd darüber nachdenke, auf welchem Wege man zu diesem Ziele gelangen könnte. Im vergangenen Frühjahr, während der Revolution und den nachfolgenden Versuchen, das alte System wieder aufzurichten, die dann mit der Besetzung Konstantinopels durch die jungtürkischen Truppen definitiv zum Scheitern gebracht wurden, fehlte in Konstantinopel jede stabilere Regierung, mit der man sich hätte in einer so wichtigen und weittragenden Frage einlassen können. Dann kamen während des Sommers leise Annäherungsversuche seitens der Türken, denen gegenüber ich freundlich und entgegenkommend mich verhalten habe. Ich konnte es allerdings nicht für angezeigt oder möglich erachten, weiter zu gehen, als von türkischer Seite beabsichtigt zu sein schien. Es sind eben zurzeit in Konstantinopel keine Persönlichkeiten am Ruder, die die nötige Gewähr bieten könnten für die loyale und sekrete Behandlung einer so wichtigen Sache, wie der Abschluß irgend einer uns bindenden Abmachung es wäre. Die Jungtürken Rifaat*, Talaat, Dschawid**, und wie sie heißen, sind, darüber, glaube ich, können wir uns keine Illusionen machen, im Herzen keine aufrichtigen Freunde der Dreibundmächte. Sie tasten hin und her, wollen es mit niemandem verderben, stehen unter dem Einfluß westmächtlicher Ideen und unter dem Druck französischer und englischer Finanzgrößen. Sie rechnen so: England, Frankreich, Rußland liegen uns näher als die europäischen Zentralmächte, können uns direkt mehr schaden, wenn wir sie vor den Kopf stoßen, als die anderen. Deshalb ist es klug, es mit ihnen nicht zu verderben. Wie die Dinge jetzt in Konstantinopel liegen, ist keinerlei Gewähr dafür vorhanden, daß nicht jedes Gespräch, das der österreichisch-ungarische oder der deutsche Vertreter mit einem der leitenden türkischen Staatsmänner in der Annäherungsfrage führen würde, nicht sofort seinen Weg nach Petersburg oder London findet. Sollten sich die Verhältnisse ändern, und sichere Leute, wie etwa Ferid Pascha, wieder zur Leitung gelangen, so könnte man mit mehr Aussicht auf Erfolg vorgehen. Vielleicht entwickelt sich der jetzige Thronfolger zu einem ausschlaggebenden Faktor im türkischen Staate, auf den man sich eventuell verlassen könnte. Dieser scheine jetzt mehr hervorzutreten und ein Mann von gesunden Ideen zu sein.

Den vorstehenden Ausführungen und Erwägungen des Grafen Aehrenthal gegenüber wies ich darauf hin, daß mir zurzeit und auf lange hinaus das militärische Element in der Türkei noch immer als das zuverlässigste erschiene, in dem auch durch Tradition und durch Erfahrung noch am meisten Sympathie für die starken zentralen Militärmächte bestehe. Ich sollte meinen, daß wir uns zunächst auf dieses Element stützen und vielleicht versuchen könnten, mit der Zeit zu einer Militärkonvention zu gelangen. Graf Aehrenthal wies diesen Gedanken nicht von sich, bemerkte

* Minister des Äußern.
** Finanzminister.

aber, jede solche Konvention müsse notwendigerweise die Garantie für den territorialen Bestand der Türkei in sich schließen, den wir dann in vollem Umfange mit den Waffen zu verteidigen bereit sein müßten. Vielleicht würde über kurz oder lang einmal die Lage sich so gestalten, daß wir mit Rumänien an unserer Seite diesen Schritt würden machen können und sogar müssen. Jedenfalls werde ihn das Problem der Angliederung der Türkei an die europäischen Zentralmächte weiter beschäftigen, und er glaube, unsere Bemühungen müßten fortgesetzt darauf gerichtet sein, daß die Türken selbst zu der festen Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Politik gelangen. Damit wäre dann auch die erforderliche Sicherheit für loyale Haltung des anderen Paziszenten gegeben.

von Tschirschky

Nr. 9787

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 237 Wien, den 19. Mai 1910

Ganz vertraulich

Graf Aehrenthal ließ mir heute im Verfolg unserer neulichen Besprechung* über die Frage des Anschlusses der Türkei an die Zentralmächte durch Sektionschef von Müller nachstehende Mitteilung ganz vertraulich zukommen:

Gelegentlich seiner Anwesenheit bei den vorjährigen Manövern in Deutschland hatte der rumänische General und Kriegsminister Crainicianu die Bekanntschaft des türkischen Kriegsministers Schewket Pascha gemacht und war von diesem zu einem Besuch in Konstantinopel eingeladen worden. Dieser Aufforderung ist General Crainicianu gefolgt, und Herr Bratianu hat dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest** über das Ergebnis der Besprechungen zwischen den genannten Generalen folgendes mitgeteilt.

Schewket Pascha hat den rumänischen General wegen einer rumänisch-türkischen Annäherung sondiert und von diesem zur Antwort erhalten, daß Rumänien zwar nicht zum Dreibunde gehöre, aber, wie ihm wohl bekannt sei, sich stark an die Zentralmächte anlehne. Ehe rumänischerseits zu der türkischen Anregung Stellung genommen werden könne, müsse man in Bukarest darüber Klarheit erhalten, wie die Türkei sich gegenüber dem Dreibunde stelle. Schewket Pascha hat daraufhin das Thema fallen lassen, ist aber einige Tage später von sich aus — und, wie Graf Aehrenthal annimmt, nach Besprechung mit seinen Ministerkol-

* Vgl. Nr. 9786.

** Prinz von Schönburg-Hartenstein.

legen — darauf zurückgekommen und hat dem General Crainicianu erklärt, die Türkei müsse zunächst ihre Wehrkraft soweit stärken, daß sie den slawischen Balkanstaaten gegenüber sich unbestritten in der Übermacht befindet. Dann — und dieser Zeitpunkt werde voraussichtlich in zwei Jahren eintreten — werde die Türkei den Anschluß an den Dreibund zu erlangen suchen*.

von Tschirschky

Nr. 9788

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 682 — Berlin, den 21. Mai 1910
Vertraulich — [abgegangen am 22. Mai]

Auf Bericht Nr. 227 vom 10. d. Mts.** und Nr. 237 vom 19. d. Mts.***.

Von Euerer Exzellenz Unterhaltung mit Graf Aehrenthal habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich teile den Standpunkt des Ministers, daß das Problem des Anschlusses der Türkei an die Zentralmächte eine sehr ernste Frage bildet, die reiflich erwogen werden muß, und bin mit Graf Aehrenthal auch der Ansicht, daß es vor allem darauf ankommt, zunächst die Türkei selbst von der Notwendigkeit dieses Anschlusses zu überzeugen. Die Kaiserliche Regierung wird dieses Ziel auch weiterhin im Auge behalten. Ich bitte Sie, den Grafen Aehrenthal entsprechend zu verständigen und ihm gleichzeitig meinen verbindlichsten Dank für seine offene und ausführliche Aussprache auszudrücken.

Zur persönlichen, ganz vertraulichen Orientierung bemerke ich noch folgendes:

Euere Exzellenz haben bei Ihrer Unterredung mit dem Minister mit Recht darauf hingewiesen, daß das militärische Element in der Türkei das zuverlässigste ist und die meisten Sympathien für die zentralen Militärmächte zeigt. Wenn Sie des weiteren betont haben, daß „wir" uns zunächst auf dieses Element stützen und vielleicht versuchen könnten, mit der Zeit zu einer Militärkonvention zu gelangen, so verfolgten Sie dabei offenbar den Zweck, die bekannte Abneigung des Grafen Aehrenthal gegen den Gedanken einer Heranziehung der Türkei zu mildern. Von diesem Gesichtspunkte kann ich Ihren Ausführungen nur beipflichten. Es wird sich indes empfehlen, daß wir bei der weiteren Behandlung der Angelegenheit möglichst zurücktreten, damit wir dort nicht etwa den Eindruck erwecken, als ob wir Österreich-Ungarn für deutsche Spezialinteressen vor-

* Vgl. auch Kap. CCXI, Nr. 9775.
** Siehe Nr. 9786.
*** Siehe Nr. 9787.

spannen wollten. Wir werden immer im Auge behalten müssen, daß die Frage, zu welchem Zeitpunkte und in welcher Form die Türkei an die Zentralmächte heranzuziehen sein möchte, hauptsächlich von unseren Wiener Bundesgenossen zu prüfen und zu beantworten ist. Es kommen dabei vorwiegend Balkanangelegenheiten in Betracht, für die Österreich-Ungarn als Balkangroßmacht in erster Linie zuständig ist. Dem Ermessen des Wiener Kabinetts werden wir daher zunächst auch überlassen können, in welcher Weise Rumänien etwa zur Förderung unseres Zieles heranzuziehen wäre.

Im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich vor allem darum, die Türkei von einem Anschluß an die Tripelentente abzuhalten. Die Erreichung dieses Ziels würde schon dadurch wesentlich gefördert werden können, wenn zwischen Wien und Konstantinopel eine ganz allgemein gehaltene aber doch formelle Verständigung zustande käme, die noch keineswegs die Bedeutung einer Militärkonvention zu haben braucht. Auf diese Weise würden die Zentralmächte in die erwünschte Lage versetzt werden, die Entwickelung der Lage in der Türkei in Ruhe zu beobachten.

Wir dürften uns dagegen im wesentlichen darauf zu beschränken haben, unserem Bundesgenossen für seine eventuellen Abmachungen in der Angelegenheit die erforderliche Rückendeckung zu gewähren.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9789

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 179
Vertraulich

Therapia, den 30. Mai 1910

Das „türkische Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn", über welches neuerdings wieder viel gesprochen wird, stellt einen überaus komplizierten und darum schwer definierbaren Begriff dar. Was mit jenen Worten bezeichnet wird, ist ein Gemisch von Wahrheit und von Tendenz, zum kleinen Teile ein Produkt natürlicher Verhältnisse und historischer Vorgänge, in der Hauptsache aber das Endziel politischer Hoffnungen, Wünsche und Intrigen. Der Hauptinteressent in letzterer Beziehung ist Rußland, das sich in der jüngsten Zeit für seine Orientpolitik einen mächtigen Bundesgenossen zugelegt hat. Für die Pläne, die von dieser Seite geschmiedet werden, scheint es unentbehrlich, daß die Türken in Österreich-Ungarn nicht einen Freund, sondern einen Feind erblicken, der unablässig danach trachtet, das türkische Reich zu eigennützigen Zwecken zu schädigen. Die Saat, die da ausgestreut wird, soll natürlich nicht nur gegen Österreich-Ungarn, sondern gegen das ihm verbündete Deutschland aufgehen, dessen Stellung im Orient der russischen Politik längst ein Dorn im Auge ist. Aus diesem Grunde lohnt es sich,

jenes Thema einer näheren Prüfung zu unterziehen, wobei zwischen der alten und der neuen Türkei zu unterscheiden sein wird.

Bei dieser Prüfung stößt man zunächst auf die banale Wahrheit, daß für internationales Mißtrauen die Nachbarschaft einen günstigen Nährboden bietet. Das gilt besonders in dem Falle, wenn die Machtverhältnisse der Grenzstaaten verschieden sind. Ein schwacher, an territoriale Amputationen gewohnter Staat wie die Türkei wird stets zu dem Argwohne geneigt sein, daß der übermächtige Nachbar sich mit expansiven Gelüsten trage. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sowie die Sonderrechte, die sich Österreich-Ungarn im Sandschak gewähren ließ, haben nach dem Berliner Vertrage in türkischen Augen jenen Argwohn bestätigt. Viel intensiver war damals der türkische Groll gegen Österreich-Ungarn, das mitten im Frieden über türkische Provinzen verfügte, als gegen Rußland, das nach siegreichem Kriege den Besitzstand des Reiches geschmälert hatte. Schon zur Zeit des alten Regimes hat es nicht an Versuchen gefehlt, die Türkei gegen Österreich-Ungarn auch wegen Albaniens mißtrauisch zu machen. Dort besitzt Österreich-Ungarn auf Grund alter Verträge das Protektorat über die katholische Kirche. Über die Ausdehnung dieses Rechtes haben öfters Differenzen stattgefunden. Auch hat zur Zeit des Botschafters Grafen Calice die österreichisch-ungarische Botschaft das Kapitulationsrecht mehr auf die Spitze getrieben als irgend eine andere Großmacht. Tiefe Verstimmung hat dann bei den Türken die Haltung des Wiener Kabinetts in der mazedonischen Reformfrage* erweckt. Auch solche türkische Staatsmänner, die für die Türkei das einzige Heil im engen Anschluß an den Dreibund erblicken, haben mir damals ihre Entrüstung darüber ausgesprochen, daß Österreich-Ungarn die Führung bei einer Aktion unternommen habe, die als Eingriff in ihre Selbständigkeit den Türken in der Seele verhaßt war und nach Ansicht aller Kenner des Orients notwendig zu einer Katastrophe führen mußte. Aus allen diesen Vorgängen und Stimmungen haben die Gegner Österreich-Ungarns schon damals jenes Requisitorium aufgestellt, welches in dem „Vormarsch nach Saloniki" und in dem „germanischen Drang nach dem Orient" gipfelte. Unter den im Jildis gefundenen „Dschurnals", die in 350 Kisten im Kriegsministerium stehen, befinden sich sicherlich fulminante Anklagen gegen Österreich-Ungarn und Deutschland. Erfolg haben alle diese Hetzereien nicht gehabt. Sultan Abdul Hamid, der doch ein Meister des Mißtrauens war, mag wohl da und dort durch eine besonders kräftige Lüge beeindruckt worden sein, aber mir ist nichts bekannt, daß das Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn das Leitmotiv bei irgend einer wichtigen politischen Entscheidung geworden sei. Der sicherste Beweis für diese Gesinnung des hohen Herrn liegt in der Tatsache, daß er wenige Monate vor der Revolution Österreich-Ungarn die Eisenbahn durch den Sandschak konzediert hat**. Die große Erbitterung, welche dieser Schritt in Peters-

* Vgl. darüber Bd. XXII, Kap. CLXIV.
**Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.

burg hervorrief, war begreiflich. Es lag darin ein Vertrauensbeweis für Österreich-Ungarn und ein unwiderlegliches Zeugnis dafür, daß alles, was Rußland an Liebesmüh und rollendem Rubel verwendet hatte, um Mißtrauen zu schaffen, vergeblich gewesen war.

Die neue Türkei befand sich noch in den Flitterwochen, als zwei schwere Schläge sie trafen. Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens mit der Einverleibung Ostrumeliens und die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Die beispiellose Erbitterung, die sich damals gegen Österreich-Ungarn erhob und den Groll gegen Bulgarien weit hinter sich ließ, war eine elementare Aufwallung des türkischen Volksempfindens. Schon zeitlich war irgend eine auswärtige Mache ausgeschlossen. Die Gründe für diese psychologische Erscheinung habe ich seinerzeit ausführlich dargelegt*. Als dann das Wiener Kabinett sich zu einer erheblichen Geldleistung und zu Konzessionen auf rechtlichen und wirtschaftlichen Gebieten verstand, haben sich allmählich die Wogen geglättet, zumal die kretische Frage eine erwünschte Ablenkung darbot. Ein großes Verdienst an dieser günstigeren Gestaltung der türkischen Stimmung gebührt meinem österreichisch-ungarischen Kollegen Marquis Pallavicini.

Natürlich war Rußland mit dieser Entwickelung nicht gedient. Nachdem Herr Iswolsky mit seinem Versuch, England und Frankreich gegen Österreich-Ungarn zu mobilisieren, kein Glück gehabt hatte, und sein Versuch, Serbien gegen Österreich-Ungarn auszuspielen, an der deutschen Bundestreue gescheitert war, wurde die türkische Hauptstadt zum Schauplatz des Revanchefeldzuges für Buchlau erwählt. Kommandierender ward Herr Tscharykow**, Chef des Stabes Herr Mandelstam***. Was kürzlich ein ungarisches Blatt über die Einzelheiten dieses Feldzuges berichtet hat, trifft im wesentlichen zu. Da in der freien Türkei ein für die Regierung maßgebender Faktor nicht mehr besteht, sondern allerhand Leute, wirkliche Staatsmänner, aber auch Querköpfe und selbst politische Kinder nebeneinander regieren, so ist das Terrain für politische Brunnenvergiftung ausgedehnter als jemals zuvor. Das russische Streben, durch allerhand Gefälligkeiten „dem Eigennutz" Österreich-Ungarns gegenüber eine Folie zu bieten, ward zu einem förmlichen System entwickelt. Zu den größeren Spenden, wie der Aufhebung der Kapitulationen, die Herr Tscharykow in Aussicht gestellt hat, und dem Verzicht auf einen erheblichen Teil der alten Kriegsentschädigung zugunsten einer Vereinbarung mit Bulgarien† kamen noch allerhand kleinere Details: die ständigen Beziehungen der Botschaft zum Komitee, wobei Herr Mandelstam den Vermittler spielt, der vermöge seiner jüdischen Abstammung den einfluß-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCI.
** Russischer Botschafter in Konstantinopel.
*** Zweiter Dragoman bei der russischen Botschaft in Konstantinopel.
† Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCII.

reichsten Jungtürken ein sympathisches Element ist; die fortgesetzten Einladungen an die türkischen Abgeordneten der verschiedensten Parteien und endlich die ununterbrochene Weihrauchswolke, die aus der russischen Botschaft auf das Jungtürkentum niedergeht — mit all diesen größeren und kleineren Mitteln soll der Türke umgarnt und von seinen einstigen Freunden losgelöst werden. Von Interesse bei diesem Treiben ist eigentlich nur der Balkanbund*. Bei diesem Projekte tritt das russische Streben, die Türkei von Österreich-Ungarn und Deutschland abzuziehen und den Einfluß dieser beiden Mächte im Orient auszuschalten, am schärfsten hervor. Unverkennbar handelt es sich hier darum, die europäische Türkei und die slawischen Balkanstaaten einem russischen Protektorate zu unterstellen. Es wäre das ein zweiter Vertrag von Hunkiar-Iskelessi, territorial auf Europa beschränkt und ausgedehnt auf eine Mehrzahl von Staaten. Dieser Balkanbund ist eine Utopie und wird es bleiben. Die Tatsache, daß der eine oder der andere angesehene türkische Staatsmann sich sympathisch dafür ausgesprochen hat, ist ohne erhebliche Bedeutung. In politischen Fragen a priori „nein" zu sagen, ist nicht türkische Art. Am allerwenigsten, wenn es sich um Pläne handelt, die längere Verhandlungen mit mehreren Staaten über verschiedenartige Dinge erheischen. Alles, was nach seiner Natur zu dilatorischer Behandlung führt, stößt bei dem türkischen Politiker auf ein gewisses Wohlwollen. Dazu kommt, daß der Balkanbund im Stadium der Vorprüfung der Türkei nicht nur zwei Königsbesuche gebracht hat**, sondern auch die Aussicht auf vorläufige Ruhe am Balkan, deren sie in diesem Augenblicke mehr als je bedarf. Dafür, daß der Balkanbund nicht abgeschlossen werden wird, gibt es einen durchschlagenden Grund: die Pforte wird als conditio sine qua non verlangen, daß die Balkanstaaten auf jede Gebietserweiterung zum Nachteile des türkischen Reiches in der juristisch striktesten Form verzichten. Weder Bulgarien noch Serbien noch Montenegro werden jemals diese Bedingung akzeptieren. Ohne mit seiner hergebrachten Politik zu brechen, kann auch Rußland in dieser Frage nicht auf türkische Seite treten. Das ist so klar, daß ich ernstlich zweifeln muß, ob Rußland wirklich schon jetzt den Abschluß des Balkanbundes anstrebt oder den Gedanken vorläufig nur als Mittel zu dem Zwecke angeregt hat, bis zu seiner Erstarkung einen Balkanbrand zu verhüten und gleichzeitig der Türkei den Beweis seiner aufrichtigen Freundschaft zu geben.

Den Versuchen, welche Rußland gegenwärtig unternimmt, um gegen Österreich-Ungarn und uns Mißtrauen zu säen, stelle ich keinen Erfolg in Aussicht. Wer einen andern mißtrauisch machen will, muß das Vertrauen desjenigen besitzen, auf welchen er einwirkt. An dieser Voraussetzung fehlt es in diesem Falle. Der Gedanke, daß Rußland

* Näheres darüber in Kap. CCX.
** Vgl. CCX, Nr. 9750 und 9751.

der Erbfeind ist, von dem auch in Zukunft nur Übles zu erwarten steht, ist tief eingewurzelt in der türkischen Volksseele. Daran hat auch die politische Umwälzung nichts geändert. Die Herren Tscharykow und Mandelstam mögen die allerdunkelsten Farben wählen, um uns Deutsche und die Österreicher anzuschwärzen: Selbst wenn die Farbe hält, was ich bezweifle, so werden wir doch in türkischen Augen stets wesentlich heller dastehen als die Russen. Solche Aktionen, um sich generell „Einfluß" zu verschaffen, sind gänzlich verkehrt. Am meisten in der Türkei. Und da wiederum ganz besonders, wenn die Aktion von russischer Seite ausgeht. Von russischem Zuckerbrot kann der türkische Magen nur ein mäßiges Quantum vertragen. Bei allen starken Dosen wird er mißgestimmt und rebellisch. Als mein österreichisch-ungarischer Kollege vor einigen Tagen dem Großwesir* einen freundlichen Rat wegen Albanien gab, erwiderte dieser, „es liege ihm nichts so sehr am Herzen als die Freundschaft Österreich-Ungarns. Die Erhaltung dieser Freundschaft sei für ihn der wichtigste Faktor der türkischen Balkanpolitik." Ich kenne Hakki Pascha lange genug, um zu wissen, daß jene Worte keine Phrase bedeuten, sondern den Ausdruck einer politischen Überzeugung. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und behaupte: die Notwendigkeit, daß die Türkei Rückhalt an Österreich-Ungarn und am Dreibund suche, wird sich bei der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge allmählich jedem ernsten Staatsmanne aufdrängen[1]. Der Satz klingt in diesem Augenblick paradox. Er bedarf daher einer näheren Begründung.

Im vergangenen Jahrhundert hat sich das türkische Reich nicht durch seine eigene Stärke, sondern durch die widerstreitenden Interessen der europäischen Großmächte erhalten. So zahlreich und mächtig waren die konkurrierenden Erben des „kranken Mannes", daß keiner von ihnen es wagen konnte, durch einen Gewaltakt die Eröffnung der Erbschaft zu beschleunigen. Am wirksamsten in jener Beziehung ist der englisch-russische Antagonismus gewesen. Er hat zum Krimkriege geführt und ist letztmals nach dem Vertrag von St. Stefano wirksam geworden. Die Tatsache, daß damals England entschlossen war, das Schwert zu ziehen, um Rußland zu einer Milderung der den Türken auferlegten Friedensbedingungen zu zwingen, und daß es der ganzen Staatskunst[2] des Fürsten Bismarck bedurfte, diesen weiteren Krieg zu hindern[3], gehört der neueren Geschichte an. Sie erscheint uns trotzdem heute wie eine Sage aus altersgrauer Zeit. So gewaltig haben in den letzten dreißig Jahren sich die Dinge verändert. Bald nach jenen historischen Ereignissen ist die englische Orientpolitik türkenfeindlich geworden. Die Jungtürken erklären dies aus dem Haß gegen den Despotismus Abdul Hamids. Das ist Unsinn. Sentimentale Politik haben die Engländer niemals getrieben[4]. Der Wendepunkt liegt in einem historischen Vorgang, in der Okkupation Ägyptens. Mit dem Besitze dieses Landes war für England die Politik des Krimkrieges und des

* Seit Januar 1910 Hakki Pascha.

Berliner Kongresses unvereinbar geworden. Die Zukunft mag dem territorialen Besitze Englands die eine oder andere Veränderung bringen. Weltreich wird Großbritannien bleiben, solange es Indien, Südafrika und Ägypten beherrscht[5]. Nun hat nach meiner Überzeugung die englische Herrschaft im Nillande von der nationalistischen Bewegung, wenn diese nicht von außen unterstützt wird, nichts zu befürchten. Solange ein paar hundert englische Soldaten mit einigen Batterien die Zitadelle von Kairo besetzt halten, ist an eine ernstliche innere Schilderhebung nicht zu denken. Was aber die Gefahr von außen betrifft, so haben alle Großmächte, mit einer einzigen Ausnahme, die britische Herrschaft in Ägypten anerkannt. Und diese Ausnahme bildet die Türkei. Diese hat bis heute ihren Protest aufrechterhalten. Und sie verfügt, abgesehen von dem Rechtstitel, der in politischen Fragen kaum von Bedeutung ist, über zwei nicht zu unterschätzende Machtfaktoren, über den politischen der Glaubenseinheit mit dem ägyptischen Volke und den militärischen, daß eine türkische Armee, ohne von der englischen Flotte behelligt zu werden, nach Ägypten marschieren kann[6]. Daß — zumal seit dem Bau der Hedschasbahn — in den Köpfen vieler ernster türkischer Staatsmänner der Gedanke an eine mögliche Wiedereroberung Ägyptens besteht, ist mir Gewißheit. Ich habe eine Bestätigung erst neuerdings in dem Widerstande der hohen Militärs gegen die Alexandrette-Linie der Bagdadbahn gefunden, die auf eine längere Strecke längs dem Meere laufen sollte. Unüberwindlich war das Argument, das immer wieder ohne Angabe eines Beispiels vorgebracht wurde, es könnten Verhältnisse eintreten, welche die Vereinigung mehrerer Armeekorps zu einer gemeinsamen Aktion erheischten; und der Zweck werde unerreichbar, wenn an irgend einer Stelle die Bagdadbahn dem Feuer einer fremden Flotte ausgesetzt sei.

Sei dem wie ihm wolle, als Besitzer Ägyptens hat England im Gegensatze zu seiner früheren Politik ein Interesse daran, daß die Türkei ein politisch und militärisch ohnmächtiges Staatswesen sei. Damit war der russisch-englische Gegensatz zusammengebrochen. Auf seinen Trümmern erhebt sich nunmehr die russisch-englische Interessengemeinschaft. Es wäre ungerechter Vorwurf, wenn man behaupten wollte, daß England in dieser Beziehung seinen jungtürkischen Freunden gegenüber mit verdeckten Karten spiele. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Was seit der Revolution englischerseits in diesem Lande geplant und von dem Londoner Kabinett direkt oder indirekt unterstützt wurde, ist nach Tendenz und voraussichtlicher Wirkung für die Türkei weit destruktiver als irgend ein Schlag, den Rußland in den letzten zehn Jahren gegen dieses Land geführt hat. Ich lasse die vorläufig verkrachte Mahsussé-Gesellschaft beiseite, welche die türkischen Truppentransporte zur See englischer Kontrolle unterstellte*, und erwähne nur die Lynchkonzession mit ihrem Schiffahrtsmonopol für Euphrat und Tigris**, aus welchem sich in absch-

* Vgl. Kap. CCXVI, Nr. 10030.
** Vgl. darüber Kap. CCXVI.

barer Zeit ein englisches Handelsmonopol für jene Flußgebiete entwickeln würde, die Willcockschen Pläne in Mesopotamien mit der Einwanderung von Hindus im Hindergrunde; die fortwährenden Hindernisse, welche England unserer Bagdadbahn in den Weg legt, obgleich dieselbe als Verbindung zwischen der Hauptstadt, Mesopotamien und dem Wilajet Bagdad eine vitale Frage für die türkische Herrschaft in jenen Gebieten geworden ist; die Zollerhöhung, die England durch die Stellung unerfüllbarer Bedingungen zu hintertreiben sucht*, obgleich eine Vermehrung der Zolleinnahmen für die Türkei unumgängliches Bedürfnis ist. Man glaube nicht, daß die Türken diese Dinge nicht sehen und nicht ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen. Sie reden noch immer von ihrer Freundschaft zu England, in Wirklichkeit haben sie vor England eine Angst, wie sie kaum jemals vor Rußland bestanden hat'. Seit England seine Karten hier enthüllt hat, gewinnt in türkischen Augen auch die englisch-rusissche Vereinbarung in Persien**, die vor drei Jahren kaum beachtet wurde, an Bedeutung. Denn es liegt sehr nahe, daß, wenn in Persien das Konto a meta-Geschäft gut geht, es auf die Türkei übertragen wird. Vielleicht bestehen schon Punktationen in dieser Beziehung. Das Interesse, das seinerzeit Herr Mandelstam an der Lynchkonzession genommen hat, war verdächtig. Sollte es Rußland möglich sein, England Kompensationen zu bieten, um dessen Stellung in der Meerengenfrage zu modifizieren? Diese und andere Fragen schweben hier gegenwärtig in der Luft. Je mehr man den Türken selbst es überläßt, die Antwort darauf zu finden, und je weniger wir ein direktes Interesse unsererseits bekunden, um so sicherer wird die türkische Politik zu der Konklusion kommen, daß an Stelle des zerbrochenen Regulators, der einst das Gleichgewicht der Mächte in diesem Lande verbürgt hat, ein anderer gesucht werden muß. So wird der Dreibund hier wiederum zu der Stellung gelangen, die einen Augenblick durch die türkische Revolution erschüttert schien.

Meine Darlegungen bedürfen allerdings in einem Punkte der Einschränkung. Die auswärtige Politik ist in der Türkei nicht ausschließlich Produkt einer geistigen Operation. Es kommt noch ein anderes Moment hinzu. Wie das Insekt dem Lichte zu, so wendet sich der Orientale nach der Macht. Wer die effektive Macht besitzt, hat gewonnenes Spiel; wer zurückweicht, hat die Partie verloren. Wie stark in dieser Beziehung die Türken beeinflußt werden, war im vorigen Jahre zu sehen. Zu nicht unerheblichem Teile ist die türkische Erregung über die Annexion durch unsere bekannte Demarche in Petersburg*** gemildert worden. Das war ein Kraftbeweis unseres Zweibundes, der imponierte und darum beruhigte. Darum sind unsere gegenwärtigen Verhandlungen wegen Persien† für unsere Stellung in der Türkei von erheblicher

* Vgl. darüber Kap. CCXVI.
** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.
*** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIV.
† Vgl. dazu Kap. CCXVII.

Bedeutung. Gelänge es dort der russisch-englischen Entente, unseren wirtschaftlichen Unternehmungen wider Völkerrecht und Vertragsrecht die Tür zu weisen, so würde dadurch bei den Türken nicht nur unsere Stellung notleiden, sondern das Ansehen Englands und Rußlands gewaltig wachsen. Wir sind in früherer Zeit mit politischen Abstinenzerklärungen recht freigebig gewesen. Wir gedachten auf diese Weise unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren, ohne Gefahr zu laufen, in politische Händel zu geraten. Das ist an manchen Stellen ein Irrtum gewesen[8]. Seitdem ich hier tätig bin, habe ich den auf ein mißverstandenes Bismarcksches Wort gestützten Satz, daß wir in der Türkei nur wirtschaftliche und keine politischen Interessen besitzen, bekämpft. Dieser Satz ist eine Waffe unserer Gegner geworden, die uns bei den Türken verdächtigen, daß wir ihr Geld gewinnen wollen, aber keinen Finger rühren werden, um sie in Not und Gefahr zu schützen. Nun scheint jene Abstinenz die weitere Folge zu haben, daß andere Mächte ihre wirklichen oder ad hoc künstlich konstruierten politischen Interessen zum Vorwand nehmen, um deutsche wirtschaftliche Unternehmungen zu bekämpfen. Ganz kürzlich, aus Anlaß der türkischen Zollerhöhung, hat England seine „politische Interessensphäre", die sich bisher auf den Persischen Golf beschränkte oder höchstens bis Bassorah reichte, nach Bagdad vorgeschoben, um die Annullierung der uns definitiv und rechtsgültig von der Türkei verliehenen Konzession der Golflinie von Bagdad aus als Bedingung für die Zollerhöhung zu verlangen*. Wenn dieses Vorgehen Schule machte und Erfolg hätte, dann würde in den Staaten, welche sich England oder Rußland oder beide zusammen als politischen „Konzern" auserlesen, unsere wirtschaftliche Entwicklung der Willkür dieser beiden Mächte unterstellt sein. Das wäre ein unmöglicher Zustand. Die entschiedene Stellung, welche wir gegenüber solchen Anmaßungen in Persien eingenommen haben, wird auch auf die Türkei von günstiger Rückwirkung sein.

Der Satz, daß wir in der Türkei keine politischen Interessen besitzen, ist für uns nicht nur schädlich, er ist auch falsch. Vielleicht ist er zu einer früheren Zeit einmal richtig gewesen, heute ist er es nicht mehr. Man braucht sich nur die Folgen vorzustellen, die eintreten müßten, wenn es England und Rußland gelänge, das türkische Reich, ähnlich wie man dies in Persien gemacht hat, durch eine Art langsamer Vivisektion seiner selbständigen Lebensfähigkeit zu berauben. Dann würde in der europäischen Türkei voraussichtlich das Slawentum vordringen, das dem Deutschtum in grimmiger Feindschaft gegenübersteht. In Asien aber würde ein gewaltiger Kraftzuwachs den Mächten zufallen, welche seit einigen Jahren politisch gegen uns Gruppe bilden und im Orient nach unserer wirtschaftlichen Ausschließung trachten. Seitdem aus dem einstigen englisch-russischen Antagonismus im nahen Orient eine englisch-

* Vgl. dazu Kap. CCXVI.

russische Interessengemeinschaft entstanden ist, hat die orientalische Frage sich von Grund aus geändert. Neue Situationen erfordern neue Entschlüsse. Gelangen wir zu der Ansicht, daß die Erhaltung der Türkei als selbständiges lebensfähiges Staatswesen ein politisches Interesse Deutschlands bildet, so müssen wir die Konsequenz daraus ziehen. Wir brauchen in dieser Richtung nicht weiter zu gehen, als daß wir die Notwendigkeit der Fortdauer des Status quo auf dem Boden der bestehenden internationalen Verträge und die Unzulässigkeit der Änderung der letzteren ohne unsere Zustimmung schärfer betonen, als wir dies bisher getan haben, und zugleich unseren Entschluß bekunden, die wirtschaftlichen Konzessionen auszuführen, die wir rechtsgültig von der Regierung dieses Landes erhalten haben. Wir sind mit unseren Verbündeten, welche gleiche Interessen haben, stark genug, um diesen Entschlüssen vollen Respekt zu sichern, ohne Komplikationen fürchten zu müssen, welche andere Mächte mindestens in demselben Maße zu scheuen haben als wir. Damit soll keineswegs einer Politik der Intransigenz das Wort geredet werden. Im Gegenteil, ich glaube, daß wir speziell England die eine oder andere Konzession auf türkischem Gebiete machen können unter der Voraussetzung, daß wir volle Äquivalente dafür eintauschen.

Um irgendeine Vereinbarung zwischen Österreich-Ungarn und der Pforte anzustreben, ist die Situation nicht reif. Die Türken haben zurzeit keine anderen Gedanken als Kreta und Albanien. Auch ist die gegenwärtige Regierung nicht stark genug, um in der großen Politik irgendeinen entscheidenden Schritt zu tun. Wie lange das gegenwärtige Ministerium hält, ob es eines natürlichen Todes stirbt, durch ein Parlamentsvotum oder durch irgend eine Straßenemeute fällt, das kann bei der Verworrenheit der hiesigen Verhältnisse niemand von heute auf morgen vorhersagen. In den weitesten Kreisen besteht Unzufriedenheit und Mißstimmung. Der Belagerungszustand verhindert vorläufig eine Explosion. Der Großwesir würde nach seinen politischen Überzeugungen geneigt sein, mit Österreich-Ungarn in ein näheres Verhältnis zu treten. Niemals aber würde er den Gedanken, durch einen formellen Akt gleichsam für den Dreibund zu optieren, ernstlich auch nur diskutieren, ohne das Komitee und alle möglichen Leute vorher zu konsultieren. Vierundzwanzig Stunden später wäre dann Herr Mandelstam bereits im Besitze des Geheimnisses und die Sache damit erledigt. Ernste Schwierigkeiten würden auch die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien bieten. Wenn auch nur Vorbesprechungen über eine Vereinbarung der gedachten Art stattfänden, ohne Italien ins Vertrauen zu ziehen, und man erführe davon in Rom, so würde dort die tiefste Mißstimmung entstehen. Wollte man aber das italienische Kabinett informieren, so würde dasselbe sicherlich wünschen, an der Vereinbarung teilzunehmen. Das würde zu Verhandlungen führen, bei denen nach meiner Kenntnis der Verhältnisse für Wahrung der Diskretion keinerlei Garantie bestände.

Für die Beziehungen Österreich-Ungarns zur Pforte würde es günstig sein, wenn Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg über eine generelle Balkanentente auf längere Zeit hinaus nicht mehr stattfänden. Man hat früher bei uns mit Rücksicht auf unser Bündnis mit Österreich-Ungarn in solchen Ententen eine Entlastung Deutschlands gefunden. Ich selbst habe dieser Ansicht gehuldigt, dieselbe aber als Irrtum erkannt. Abkommen dieser Art ziehen unseren Verbündeten und indirekt uns in den Dunstkreis der russischen Orientpolitik, sie erwecken bei den Türken Verdacht, und sie bergen der Natur der Dinge nach die Gefahr von Differenzen und Streitigkeiten. Als abschreckendes Beispiel schwebt mir noch immer „Mürzsteg" vor Augen. Als die Vereinbarung dieses Namens geschlossen wurde*, stand Rußland vor dem Kriege mit Japan. Seine ganze Tätigkeit war auf den Fernen Osten gerichtet. Die Gefahr lag vor, daß das Feuer, welches die russische Orientpolitik traditionell bald unter der Asche glimmend, bald in kleineren oder größeren Flammen sichtbar auf der Balkanhalbinsel unterhält, erlöschen könne. Da nannte man dieses Feuer „Reformen" und bestellte Österreich-Ungarn als Wächter. Das Wiener Kabinett hat diesen Auftrag angenommen und während der Kriegsjahre die russischen Geschäfte gewissenhaft geführt. Das ist nicht eine retrospektive Kritik. Schon einige Wochen nach Mürzsteg habe ich das damalige Abkommen in derselben Weise charakterisiert. In Wirklichkeit ist eine generelle Balkanentente zwischen Österreich-Ungarn und Rußland überhaupt nicht möglich. Österreich-Ungarn will den Status quo, der seinen Interessen dienlich ist. Für Rußland dagegen bildet der Status quo nur eine Art dekorativer Phrase. Man läßt denselben in einem ersten Satze zu, um sich dann in irgend einer gewundenen Redaktion die Möglichkeit zu reservieren, den Status quo umzuwerfen. Dafür gibt es verschiedene Variationen. Meist wird von der Konsolidierung der Unabhängigkeit und der freien oder nationalen Entwicklung der Balkanstaaten gesprochen, obgleich diese keinerlei Gefahr ausgesetzt sind, sondern selbst die Gefahr für den Status quo bilden. Eine neue Stilprobe bildet der zweite Absatz der Vorschläge, welche das Petersburger Kabinett kürzlich in Wien gemacht hat. Danach sollte zwischen Rußland und Österreich-Ungarn „le maintien et la consolidation du nouvel ordre de choses", das heißt der türkischen Verfassung verabredet werden**, eine Klausel, die an sich einen Eingriff in die türkische Selbständigkeit enthält. Aber es wird noch als Begründung beigefügt, daß das neue türkische Regime „die Gleichheit aller Völker" zur Basis genommen habe. Die Verpflichtung auf das neue türkische Regime ist also nur eine bedingte, sie ist abhängig von der Gleichheit für alle Völker. Da es sich dabei vornehmlich um orthodoxe Völker handelt, hat natürlich das heilige Rußland zu entscheiden,

* Vgl. Bd. XVIII, Kap. CXVII und CXVIII.
** Vgl. dazu Kap. CCXV.

ob die Bedingung erfüllt ist oder nicht. Daß dieser Satz hier Mißstimmung, ja Entrüstung hervorgerufen hat, ist begreiflich. Dagegen ist mir unverständlich, warum Graf Aehrenthal diesen Vorschlag, der in seiner Tendenz an die türkenfeindlichsten Perioden der russischen Orientpolitik erinnert, nicht a priori als undiskutierbar zurückgewiesen hat. Auch die Regie in der ganzen Sache war seltsam. Es war doch ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, daß der hiesige russische Botschafter ohne Fühlung mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen sich zum türkischen Minister des Auswärtigen begibt und diesen von einer österreichisch-russischen Entente über die Balkanfrage unter Übergabe des angeblichen Wortlautes derselben amtlich in Kenntnis setzt — und dann wenige Tage später der österreichisch-ungarische Botschafter demselben Minister wiederum amtlich erklärt, daß eine solche Entente nicht abgeschlossen und nur die Wiederherstellung normaler Beziehungen verabredet worden sei. Natürlich haben die Türken nicht Herrn Tscharykow, sondern dem Markgrafen Pallavicini geglaubt. Und ein Versuch des Herrn Iswolsky, unseren Verbündeten und uns bei den Türken zu diskreditieren und zu kompromittieren, war wiederum mißlungen. —

Meine allzu langen Ausführungen resümiere ich dahin: Die unterirdische Arbeit, welche gegenwärtig von russischer Seite hier gegen Österreich-Ungarn und uns im Gange ist, entbehrt der ernsten Bedeutung. Irgend eine Gegenaktion zu inszenieren, wäre verfehlt. Wir würden unser Ansehen als „vornehme Macht" verlieren, wenn Mitglieder der Kaiserlichen Botschaft nach russischen Vorbildern den Jungtürken in die Redaktionslokale, die Versammlungsorte des Komitees und das Parlamentsfoyer nachliefen, um dort politische Stimmung für uns und gegen andere zu machen. Wenn wir jenes Treiben aus der Ferne betrachten und von Zeit zu Zeit von amtlicher Stelle ein aufklärendes Wort sprechen, so ist dies vollkommen genügend. Man darf nicht verkennen, daß die äußere Lage der Türkei eine schwierige geworden ist. Sie wird es in noch höherem Maße werden, wenn erst die russisch-englische Entente, die heute für Persien besteht, auf das türkische Reich herübergreift. Vollzieht sich die Entwickelung nach dieser Seite hin, so wird die Türkei in Erkenntnis der Gefahr nach meiner Überzeugung Rückhalt am Dreibunde suchen. Findet sie ihn nicht, so wird die Angst vor England sie in dessen Arme treiben[9]. Dann wäre es voraussichtlich mit unseren wirtschaftlichen Fortschritten im Orient zu Ende. Das Sprichwort sagt, daß „die Bäume nicht in den Himmel wachsen". Das wird auch hier zutreffen. Aber es ist nützlich, eine ungünstige Eventualität bis zur äußersten Grenze durchzudenken, um sich klar zu werden, wie ihr zu begegnen sei. Meines Erachtens wird bald der Moment eintreten, in welchem die Türkei einer Rückenstärkung bedarf. Als solche würde die Erklärung wirken, die wir jüngst bezüglich Kretas abgegeben haben, daß Verabredungen einzelner Mächte niemals das große internationale Vertragsrecht zu ändern vermögen, daß letzteres vielmehr nur durch Zustimmung aller Signatarmächte

modifiziert werden darf*. Das kann niemanden verletzen, wird aber von den Türken, wie ich mich anläßlich Kretas überzeugte, sehr gut verstanden. Mit dem Grundsatze, daß man wirtschaftliche und politische Fragen nicht vermengen dürfe, kommen wir hier nicht weiter. Wir können uns heutzutage im Orient wirtschaftlich nur dann entwickeln, wenn die Türken überzeugt sind, daß wir an der Existenz und der Selbstständigkeit ihres Landes ein politisches Interesse haben. Und ich glaube, vorsichtiger kann man dieses Interesse nicht bekunden, als durch die Erklärung, daß die internationalen Verträge gehalten werden müssen.

Als Rückenstärkung der Türkei würde es auch wirken, wenn wir mit unserem Widerstand gegen englisch-russische Anmaßungen in Persien siegreich bleiben. Dazu möchte ich mir als alter Wirtschaftspolitiker noch ein kurzes Wort gestatten. Die erwähnte persische Frage kann nicht ernst genug genommen werden. Gelingt es einzelnen Mächten oder Koalitionen von solchen, unter politischen Vorwänden die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Staaten für sich zu monopolisieren, so wird jener friedliche internationale Wettstreit, den wir „Weltpolitik" nennen, ein Ende nehmen und an seine Stelle ein friedensgefährdender Wettlauf nach politischem Einfluß treten, bei dem wir schon unserer geographischen Lage wegen voraussichtlich den kürzeren ziehen würden. Um das zu hindern, wäre ein „principiis obsta" am Platze. Zum Glücke gibt es gegen die moderne „entente à deux" mit ihren exklusiven Tendenzen zwei scharfe Waffen, zunächst den alten, aber noch jugendfrischen Rechtsatz, daß Vereinbarungen nur für die Kontrahenten Gesetz bilden, für Dritte aber jeder Wirkung entbehren; und dann das Prinzip der Offenen Tür und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen, das in einem fast die ganze Welt umziehenden Netz von Verträgen festgelegt ist.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das habe ich alles schon im Winter 08—09 gesagt!
[2] ?
[3] er hätte ihn ruhig laufen lassen sollen
[4] stimmt
[5] genau was Rooseveldt sagt.
[6] ?
[7] sehr gut
[8] aha!
[9] das halte ich für das Wahrscheinliche

Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

---

* Anscheinend denkt Freiherr von Marschall an die Erklärung, die er am 30. Januar 1910 Rifaat Pascha abgegeben hatte. Vgl. Kap. CCIX, Nr. 9688.

Nr. 9790

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 297 Wien, den 27. Juni 1910

Ganz vertraulich

Den Bericht des Freiherrn von Marschall vom 30. v. Mts.*, von dem mir Euere Exzellenz durch den hohen Erlaß Nr. 788 vom 15. Juni d. Js. eine weitere Abschrift hatten zukommen lassen, habe ich vor einigen Tagen dem Grafen Aehrenthal zu ganz vertraulicher Kenntnisnahme überlassen. Infolge der an dem Originale dortseits vorgenommenen Streichungen** erschien meiner Ansicht nach die Mitteilung des Berichts an den Minister durchaus unbedenklich. Graf Aehrenthal nahm das Schriftstück mit großem Interesse entgegen und lud mich für gestern zu sich nach dem „Stöckl" zum Frühstück ein, um dann ungestört den Bericht mit mir besprechen zu können.

Der Minister hat, wie er mir sagte, den Bericht wiederholt durchgelesen, und er hatte sich dazu eine ganze Reihe von Notizen gemacht, an deren Hand wir den Inhalt besprachen.

Zunächst dankte der Graf sehr warm für die Mitteilung dieses Schriftstückes, in dem, wie er sagte, von einem höheren Gesichtspunkte aus mit Klarheit und Folgerichtigkeit die Lage der Türkei und unsere Stellung zu ihr beleuchtet würden. Besonders rühmte der Minister die meisterhafte Darstellung, die Freiherr von Marschall darin von der veränderten Stellung Englands der Türkei gegenüber infolge der Okkupation Ägyptens gegeben habe.

Im großen und ganzen könne er sich mit den Ausführungen Baron Marschalls durchaus einverstanden erklären. Er freue sich speziell, auch darin dem Botschafter beipflichten zu können, daß die Versuche der russischen Politik, in Konstantinopel Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn zu säen, auf die Länge fehlschlagen müßten. Den Türken könne es nicht verborgen bleiben, daß Rußland und England, dem Gebot ihrer jetzt gemeinsamen Interessen im nahen Orient folgend, eine wirklich starke und lebenskräftige Türkei nicht wünschen können, daß sie also, wenn sie sich als Beschützer und wahre Freunde der Türken hinstellten, nur Komödie spielen. Diese Einsicht dürfte die türkischen Staatsmänner jedenfalls abhalten, sich definitiv auf die Seite der Russen oder Engländer zu schlagen, wenn wir auch mit Rücksicht darauf, daß der unmittelbare Druck dieser beiden Mächte am Bosporus stark empfunden werde, auf Schwankungen nach der andern Seite uns gefaßt machen müßten.

---

* Siehe Nr. 9789.

** Bei der Mitteilung nach Wien waren alle Äußerungen Marschalls, die dort nicht angenehm berühren mußten, ausgemerzt worden.

Wenn Baron Marschall allerdings die Erteilung der Konzession für die Sandschakbahn an Österreich-Ungarn als einen Ausfluß des Vertrauens des damaligen Sultans zu Österreich-Ungarn bezeichnet, so möchte er glauben, daß vielleicht mehr das Bestreben, Österreich-Ungarn mit Rußland zu entzweien, dabei der leitende Gedanke gewesen sei. Er selbst tue alles, was in seiner Macht stehe, um dem Mißtrauen der Türkei, besonders auch in der albanischen Frage, zu begegnen. Die österreichisch-ungarische Politik habe es unter seinen Vorgängern für ihre Aufgabe gehalten, dem Protektorat über die katholische Kirche in jenen Ländern eine möglichst extensive Auslegung zu geben. Darin habe er Wandel geschaffen und überallhin strikte Weisung erteilt, sich ausschließlich auf das rein kirchliche und religiöse Gebiet zu beschränken und jede Einmischung, soweit sie nur von weitem das politische Gebiet berühren würde, von der Hand zu weisen. „Sonst riskiere ich, daß mich die Herren Patres in ihre lokalen Händel hineinziehen und Österreich-Ungarn für ihre speziellen Zwecke vorspannen", fügte der Minister hinzu.

Was den Balkanbund anlangt, so hält ihn auch Graf Aehrenthal für eine Utopie. Die Gründe, aus denen Baron Marschall die Verwirklichung dieses Bundes für durchaus unwahrscheinlich hält, seien durchschlagend. Er, der Minister, neige auch der Ansicht zu, daß Rußland selbst nicht aufrichtig an die Möglichkeit des Zustandekommens dieses Bundes glaube, und daß es diesen Gedanken nur benütze, um zu temporisieren.

Der Satz, daß die Türkei sich im vorigen Jahrhundert nur durch die widerstreitenden Interessen der europäischen Großmächte — in erster Linie Rußlands und Englands — erhalten habe, sei unstreitig richtig. Es sei das mithin eine mehr negative Versicherung für den Bestand des türkischen Reiches gewesen. Jetzt, nachdem dieser Gegensatz wesentlich gemildert worden sei, befänden sich die Türkei und diejenigen Mächte, die deren ungeschwächten Fortbestand ehrlich wollten, einer völlig veränderten Lage gegenüber. Er glaube, es müsse an die Stelle der mehr negativen Versicherung eine positive treten. Das sei auch das, was Freiherr von Marschall meine, wenn er sage, die Türkei werde notwendig eine Rückenstärkung brauchen: eine Aufmunterung zu selbständiger Politik und Hand in Hand damit die dauernde Bemühung unsererseits, bei den Türken dahin zu wirken, daß sie von sich aus die Schädlichkeit der russisch-englischen Pläne und die Notwendigkeit der Anlehnung an uns einsehen. Er habe die Hoffnung, daß unsere Haltung in der Kretafrage bereits in diesem Sinne gewirkt habe, und er halte es für besonders wichtig, die Türken darauf hinzuweisen, daß die persische Frage und deren Behandlung und Entwicklung auch für die Türkei von entscheidender Wichtigkeit sei. Führe die gemeinsame Aktion Rußlands und Englands in Persien zum gewollten Ziele, so würden die beiden Mächte das gleiche Rezept der Türkei gegenüber anwenden und auch diese unter ihre Vormundschaft zwingen.

Als geeignetes Mittel, um der Türkei die notwendige Rückenstärkung

zukommen zu lassen, erscheine ihm vor allem, daß wir streng über die Wahrung der Souveränitätsrechte des Sultans wachen, wie wir es in der Kretafrage bereits tun. Mit diesem Mittel müßten wir weiter operieren, und, sobald Souveränitätsrechte der Türkei in Frage gestellt würden, mit Nachdruck dafür eintreten. Wir brauchten deshalb zurzeit nicht aus dem Rahmen herauszutreten, den Freiherr von Marschall für unser Verhalten der Türkei gegenüber vorgezeichnet habe. Wir hätten aber innerhalb dieses Rahmens noch Mittel, den Türken unter die Arme zu greifen. So zum Beispiel in der Frage der Zollerhöhung und der Handelsverträge. Deutschland und Österreich-Ungarn seien in diesen beiden Fragen der Türkei zwar bereits in weitestem Maße entgegengekommen. Es würde sich jetzt vielleicht empfehlen, besonders durch die Presse diese Themata behandeln zu lassen und wiederholt und konsequent darauf hinzuweisen, wer eigentlich als die wahren Freunde der Türkei sich erwiesen habe, und von wem die Schwierigkeiten ausgingen, die der Realisation dieser wichtigen Fragen entgegenwirkten, die für die finanzielle und damit für die allgemeine Erstarkung des türkischen Reiches von entscheidender Bedeutung seien. Man könnte auch daran denken, den anderen Kabinetten anzudeuten, daß es wohl Zeit sei, ihrem oft beteuerten Wohlwollen gegenüber der Türkei nunmehr auch praktischen Ausdruck zu geben. Graf Aehrenthal wiederholte, daß er der Tätigkeit unserer Presse in bezug auf die Behandlung der Türkei besondere Bedeutung beimesse, und er sagte, er habe bereits angefangen, sein Augenmerk auf diesen Punkt zu lenken.

Wenn Freiherr von Marschall betone, daß die Situation für den Abschluß einer Vereinbarung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei noch nicht reif sei, so könne er dieser Ansicht nur beipflichten, die ja von dem Botschafter eingehend und zutreffend motiviert worden sei. Die Zeit dafür würde seines Erachtens erst dann gekommen sein, wenn die politische Situation in ein akutes Stadium treten sollte. Dann müsse die Türkei optieren, und dann könnte man, vielleicht auf dem Wege über Rumänien, das man unter der Garantie einer Deckung durch die Zentralmächte zum Abschluß eines Bündnisses mit der Türkei veranlassen würde, die Türkei definitiv auf unsere Seite festlegen.

Daß es sich empfehle, wenn zwischen Wien und Petersburg Verhandlungen über ein Balkanübereinkommen in Zukunft nicht mehr stattfänden, sei auch seine Ansicht. Nach der Installierung des neuen Regimes in Konstantinopel und der Vollziehung der Annexion Bosniens und der Herzegowina liege auch keinerlei Substrat für eine solche Entente mehr vor.

Wir müssen, meinte Graf Aehrenthal zum Schlusse, in Zukunft uns bei unserer Stellungnahme der Türkei gegenüber von dem auch von Baron Marschall empfohlenen Satze leiten lassen, daß eine wirtschaftliche Entwicklung für uns nur dann möglich ist, wenn die Türken überzeugt sind, daß wir an der Existenz und der Selbständigkeit ihres Landes ein politisches Interesse haben. Mit dem Prinzip der Offenen Tür und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen werden wir dabei nicht

auskommen; das haben die Vorgänge in Marokko, Persien und der Mandschurei gezeigt. Wirksamer schon wird die Betonung des Grundsatzes sein, daß Vereinbarungen nur für die Kontrahenten Gesetz bilden, für Dritte aber nicht bindend sind. Dauernde Einwirkung auf die öffentliche Meinung in unserm Sinne durch die Presse, Stärkung und nötigenfalls Eintreten für die Souveräntitätsrechte des Sultans und der Türkei und Unterstützung in Zoll- und Handelsfragen werden geeignete Mittel sein, um der Türkei die nötige Rückenstärkung zukommen zu lassen. Feste Abmachungen mit der Türkei können erst dann geschlossen werden, wenn etwa einmal die politische Situation einen akuten Charakter annehmen sollte.

von Tschirschky

Nr. 9791

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 251 Therapia, den 31. Juli 1910

Nachdem in türkisch-politischen Kreisen große Freundschaft für Deutschland in der Hoffnung markiert worden war, wir würden in der Kretaangelegenheit ein entscheidendes Wort zugunsten der Türkei sprechen, ist infolge unserer ablehnenden Haltung* durchaus keine Ernüchterung eingetreten, wie man vielleicht hätte erwarten können. Zwar fragt der bekannte Abgeordnete Jsmael Hakki Babanzadé, warum denn Deutschland immer noch schweige, aber aus seinen Auslassungen sowie aus denjenigen anderer Politiker spricht eine germanophile Stimmung. Man hätte gar zu gern eine Begegnung zwischen Herrn Staatssekretär von Kiderlen-Wächter, dem Grafen Aehrenthal und Hakki Pascha gesehen. Die sich an diesen Gedanken anknüpfende Preßkampagne nahm stark genug für den Dreibund Partei, um den „Temps" in Harnisch zu bringen. Die Wandlung der allgemeinen Sympathien in Konstantinopel kann allerdings den Franzosen, noch weniger aber den Engländern passen. Übrigens geht die Mehrheit der Presse nicht über freundliche Wendungen für Deutschland und Österreich-Ungarn hinaus; sie hält sich in einer neutralen, offenbar vom Ministerium gebilligten Linie und wünscht, daß die Türkei sich noch lange Zeit von allen politischen Kombinationen fernhalte. Rückhaltlos für den Anschluß an den Dreibund spricht sich der „Ikdam" aus. In der Überzeugung, daß der türkische Staat sich durch eine streng neutrale Haltung überhaupt keine Freunde in Europa machen werde, hält er die baldige Entscheidung zwischen Dreibund und Zweibund für geboten. Dem ersteren gibt er den Vorzug,

* Vgl. dazu Kap. CCIX.

weil er dank seiner politischen Machtstellung den größten Einfluß auf das europäische Gleichgewicht ausübe; Frankreich und England scheinen ihm nur wirtschaftliche Vorteile zu bieten, auf welche die Türkei angesichts der sich von innen heraus entwickelnden Hülfskräfte weniger Wert zu legen brauche.

Daß die Türkei sich besonders auch mit Österreich-Ungarn gut stellen müsse, findet sich verschiedentlich in der Presse, unter anderen im „Sabah", ausgedrückt. Der Doppelmonarchie scheint die plötzliche Liebe sogar etwas zu weit zu gehen. Denn, wie ich vertraulich höre, war davon die Rede, daß der Chef des Generalstabes Izzet Pascha, welcher sich demnächst nach Deutschland begibt, ebenfalls an den österreichischen Manövern teilnehmen sollte. Nun ist von Wien aus der Botschaft bedeutet worden, sie sollte eher gegen als für die Reise Izzets tätig sein; denn wenn dieser sowohl in Deutschland als in Österreich-Ungarn Manövergast sei, so bedeute dies im heutigen Augenblick geradezu eine Demonstration, die besser vermieden werde. Ich kann diesen Schritt des Grafen Aehrenthal nur mit Freuden begrüßen. Da die Zeit für eine definitive Stellungnahme der Türkei noch nicht reif ist, so ist es gewiß geschickt, nicht übertriebene Hoffnungen bei den Türken zu erwecken und das Mißtrauen der Ententemächte nicht allzu sehr zu reizen. Diese Zurückhaltung wird uns nicht hindern, uns die freundschaftlichen Gefühle der Türken nach Möglichkeit zu erhalten. Die Marienbader Begegnung* hat auch ohne die Anwesenheit des Großwesirs hier einen guten Eindruck hervorgerufen. Die gleichzeitig in deutschen und österreichischen Blättern erschienenen türkenfreundlichen Bemerkungen haben hier gefallen, und es wurde mit einer gewissen Genugtuung festgestellt, daß Herr von Kiderlen-Wächter der Türkei ein freundschaftliches Interesse entgegenbringe. In diesem Sinne sprachen sich sowohl Hakki Pascha als Rifaat Pascha mir gegenüber aus.

Die Ankunft der von Deutschland gelieferten Torpedobootzerstörer sowie der Abschluß der Verhandlungen über die beiden Kriegsschiffe der Brandenburgklasse**, welcher von den türkischen Zeitungen bereits bekannt gegeben wird, trägt überdies zur Besserung der Stimmung bei. Zieht man noch die zunehmende Mißstimmung Bulgariens wegen der Vorgänge in Mazedonien in Betracht, so wird Herr Iswolsky einsehen müssen, daß man in diesem Augenblick von dem gegen den sogenannten Pangermanismus gerichteten Balkanbund recht weit entfernt ist.

Miquel

---

* Am 27. Juli hatte in Marienbad eine Zusammenkunft Graf Aehrenthals mit Staatssekretär von Kiderlen stattgefunden.

** Vgl. dazu Anhang B.

Nr. 9792

Der Geschäftsträger in Wien Graf von Oberndorff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 344
Vertraulich

Wien, den 25. August 1910

Bei meinem gestrigen Besuche lenkte Graf Aehrenthal das Gespräch auf seine Zusammenkunft mit Hakki Pascha*, die ihn in hohem Maße befriedigt habe. Die Aufzeichnung, die er Euerer Exzellenz durch den Grafen Szögyényi zu übermitteln beabsichtige, sei in Arbeit, und er hoffe, sie in den nächsten Tagen absenden zu können.

Daß die österreichisch-türkischen Beziehungen infolge der Besprechung etwa eine neue, konkrete Form angenommen hätten, schien aus den Andeutungen des Ministers nicht hervorzugehen, doch stand Graf Aehrenthal sichtlich unter dem Eindruck, die freundschaftliche Annäherung der Türkei um einen Schritt vorwärts gebracht zu haben.

In dieser zuversichtlichen Stimmung hatte er für die Verbrüderungsfeste, die König Ferdinand und Fürst Nikolaus in Cetinje in Szene setzten**, nur ein mitleidiges Lächeln. Die beiden Herren, so meinte er, seien einander wert. Die Hauptsache bleibe, daß ein Balkanbund unter Führung der Türkei nicht mehr in Frage kommen könne.

Von englischer Seite, so sagte mir Graf Aehrenthal ferner, werde jetzt geflissentlich die Behauptung verbreitet, er habe Hakki Pascha gegenüber in der mazedonischen Frage einen sehr scharfen Ton angeschlagen und mit der Intervention der Mächte gedroht. Diese Behauptung stelle die Wahrheit auf den Kopf. Er habe die Angelegenheit mit dem Großwesir in freundschaftlichster Weise besprochen und ihm als Freund der Türkei geraten, bei der Entwaffnung der Mazedonier auf die Vermeidung unnötiger Härten bedacht zu sein.

---

* Großwesir Hakki Pascha hatte am 15. und 16. August in Marienbad Unterredungen mit Graf Aehrenthal gehabt. Eine Aufzeichnung über diese Konversationen wurde von dem österreichischen Botschaftsrat Freiherrn von Flotow am 21. September in Berlin überreicht. Der Anschluß der Türkei an die Zentralmächte war danach in den Besprechungen nicht erörtert worden, sondern nur ein solcher an Rumänien; vgl. Kap. CCXI, Nr. 9776, S. 231, Fußnote **. Charakteristisch ist, daß Iswolsky schon Anfang August, als die ersten Gerüchte von einer bevorstehenden Zusammenkunft Hakki Paschas mit Graf Aehrenthal in Marienbad durch die Presse liefen, an den türkischen Botschafter Turkhan Pascha mit der Frage herantrat, ob es wahr sei, daß die Türkei die Absicht habe, dem Dreibunde offiziell beizutreten, und daß Hakki Pascha diesbezügliche Verhandlungen mit Aehrenthal in Marienbad führen werde. Iswolsky fügte die Drohung hinzu, wenn derartige Gerüchte auch nur teilweise wahr wären, so müßte das einen entscheidenden Einfluß auf die weiteren Beziehungen Rußlands zur Türkei ausüben. Telegramm Iswolskys an Graf Benckendorff vom 3. August 1910, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 300.

** König Ferdinand von Bulgarien hatte dem Fürsten von Montenegro am 22. August zur Feier seines 50jährigen Regierungsjubiläums einen Besuch abgestattet.

Unmittelbar zuvor hatte Graf Aehrenthal den rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu empfangen, der sich auf der Heimreise nach Bukarest kurz hier aufhielt. Wie Graf Aehrenthal bemerkte, habe sich dieser sehr befriedigt gezeigt von den Nachrichten über die Unterredung, die König Karl kürzlich mit Hakki Pascha gepflogen hat.

A. Oberndorff

Nr. 9793

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 363 Wien, den 12. September 1910

In den beiden hier beigefügten Artikeln* „Ein neuer Dreibund" und „Eine Militärkonvention zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei" weiß das „Neue Wiener Journal" zu erzählen, daß bei der Zusammenkunft des Grafen Aehrenthal mit Hakki Pascha** der Plan einer deutsch-österreichisch-türkischen Militärkonvention erwogen worden sei. Das Blatt ist dabei bemüht, das Deutsche Reich und Seine Majestät den Kaiser selbst als die treibenden Faktoren hinzustellen, durch die Österreich-Ungarn geschoben werde. „Der bevorstehende Besuch des Deutschen Kaisers in Wien"***, so heißt es unter anderem, „dürfte eine Aussprache zwischen den beiden Monarchen bringen, in der gewiß das Projekt einer Militärkonvention der beiden Reiche mit der Türkei einen breiten Raum einnehmen dürfte". In Wien, so behauptet das „Neue Wiener Journal", begegne das Projekt vorläufig noch Bedenken innerpolitischer Natur: Man fürchte, daß es in südslawischen Kreisen Widerspruch hervorrufen werde. Unter den gewohnten Ausfällen gegen die Politik des Grafen Aehrenthal erklärt sich das Blatt selbst für das angebliche Projekt — vorausgesetzt, daß sich dabei für Österreich-Ungarn zugleich Handelsvorteile erreichen ließen, wie sie die Türkei bisher den anderen mit ihr befreundeten Mächten gewährt habe.

Wie ich von journalistischer Seite erfahre, habe der Redakteur des „Neuen Wiener Journals", der den Artikel verfaßt hat, sich gerühmt, daß ihm die Information von einer besonders gut unterrichteten Stelle zugegangen sei.

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß diese Stelle in einer hiesigen uns wenig wohlwollenden Botschaft zu suchen ist.

von Tschirschky

---

* Hier nicht abgedruckt, da hinreichend charakterisiert.

** Vgl. Nr. 9792.

*** Vom 16.—17. September nahm Kaiser Wilhelm II. als Gast des Erzherzogs Friedrich an der Jagd in Bellye und Karapancsa teil; am 20. stattete er dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch in Schönbrunn ab.

Nr. 9794

Der Konsul in Saloniki Schwörbel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 131 Saloniki, den 14. September 1910

In der letzten Zeit ist in hiesigen Komitee- und Regierungskreisen ein ganz auffälliger Umschwung zugunsten Deutschlands zu bemerken. So hatte ich vor einigen Tagen Gelegenheit, anläßlich eines von dem hiesigen ottomanischen Flottenkomitee in Gemeinschaft mit dem Zentralkomitee „Union et Progrès" veranstalteten Flottenfestes mit Nasim Bey, dem Chef und einigen anderen wichtigen Mitgliedern des Zentralkomitees mehrere Stunden über die politische und wirtschaftliche Lage der Türkei zu sprechen.

Ich hatte dabei das Gefühl, daß man speziell im Zentralkomitee zurzeit eine warme Freundschaft für Deutschland hegt. Nasim Bey äußerte sich unter anderem begeistert über die Liebenswürdigkeit Seiner Majestät des Kaisers, der der Türkei durch den Verkauf der beiden Panzerschiffe* einen wertvollen Freundschaftsdienst erwiesen habe, den man ihm nicht so bald vergessen werde.

Auf die wirtschaftliche Beziehung Deutschlands zu der Türkei eingehend, erklärte er, daß Deutschland auf die Freundschaft der Türkei bauen könne. Speziell in der Bagdadfrage** werde man wohl bald eine Deutschland angenehme Lösung finden. England habe durch seine eigennützige Hintertreibungspolitik immer nur den wahren Interessen der Türkei entgegengearbeitet. Gottlob hätten sie dies jetzt eingesehen und würden sich in Zukunft darnach richten.

Diese Ansichten des Chefs des Zentralkomitees stimmen mit dem überein, was mir dieser Tage aus Üsküb berichtet wurde. Anläßlich seines Aufenthaltes daselbst erzählte der Finanzminister Dschawid Bey in einem vertrauten Zirkel, zu dem unter anderen der Wali von Kossowo*** und die Häupter der dortigen Komitees gehörten, er habe bei seiner Europareise von der englischen Politik in der Türkei einen sehr schlechten Eindruck gewonnen, sei aber umsomehr von der Liebenswürdigkeit der deutschen politischen Kreise und seiner Aufnahme in Berlin überrascht gewesen, die er sich so herzlich vorher gar nicht gedacht habe. Er betonte dann hinterher, daß die Türkei in Zukunft mehr mit Deutschland arbeiten müsse.

In den allerletzten Tagen ist im hiesigen Komitee eine sehr große Aufregung entstanden infolge des Tones der französischen Presse anläßlich der projektierten Anleihe. Man erklärt offen, daß man sich jetzt enger an Deutschland anschließen werde†.

* Vgl. Anhang B.

** Vgl. dazu Kap. CCXVI.

*** Mahsar Bey.

† Über die der Türkei im Herbst 1910 von einem Konsortium deutscher und österreichischer Banken bewilligte Anleihe vgl. Kap. CCXVI, Anhang. Ein Bericht des

Auch in Regierungskreisen ist ein Wandel in den Anschauungen zu konstatieren. Ich habe dafür in der letzten Zeit eine Reihe von Beweisen. Es ist zu hoffen, daß dies auch einen günstigen Einfluß auf die zurzeit im hiesigen Konsularbezirk schwebenden, deutsche Interessen berührenden Fragen ausüben wird.

Nasim Bey, mit dem ich anläßlich unserer letzten Unterredung über die mannigfachen Willkürlichkeiten sprach, denen deutsche Grundbesitzer im Inneren ausgesetzt seien, erklärte, er sehe die fremden Kolonisten als eine Wohltat für die Türkei an und werde im Verein mit dem Komitee sein möglichstes tun, um ihr Wohl zu fördern.

Eine Abschrift dieses Berichtes ist der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel gleichzeitig übersandt worden.

Dr. Schwörbel

Nr. 9795

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Karapancsa-Mohacs in Ungarn

Telegramm. Entzifferung

Hohenfinow, den 17. September 1910

Soeben habe ich eine Aufzeichnung des Freiherrn von Aehrenthal über seine Besprechung mit San Giuliano* erhalten. Danach ist letztere recht befriedigend verlaufen. Euere Majestät werden also, hoffe ich, in Wien eine freundliche Stimmung gegen den italienischen Bundesgenossen vorfinden[1]. Der aus Bulgarien gemeldeten Ministerkrisis** lege ich keine große Bedeutung bei. Es kommt nur darauf an, daß die Bulgaren ruhig bleiben. Dafür bürgt die türkische Armee, die körperliche und moralische Disposition König Ferdinands für den Frieden und die gegenwärtige

---

belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 9. November 1910 (Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger III, S. 209) bestätigt, wie sehr das bei dieser Gelegenheit von Deutschland im Gegensatz zu England und Frankreich betätigte Wohlwollen für die Türkei die Sympathien auch der jungtürkischen Kreise, die früher vorwiegend den Westmächten zugewandt waren, auf Deutschland lenkte: „On s'est aperçu du caractère véritable de la prétendue sympathie de l'Angleterre et de la France pour la Turquie et de l'inanité des soupçons que la presse anglaise surtout, avec autant d'adresse que de persévérance, s'est efforcée de susciter contre l'Allemagne. L'affaire de l'emprunt turc aurait suffi pour dessiller les yeux s'il en était encore besoin. Mettant à profit la détresse financière de la Turquie, la France s'est efforcée de la réduire à un état de dépendance politique et économique qui eut mis l'Empire ottoman à sa merci. La bourse de Londres s'y est prêtée en refusant d'entrer en pourparlers avec les délégués turcs."

* Italienischer Minister des Äußern. Die Begegnung hatte am 31. August in Salzburg stattgefunden. Die Aehrenthalsche Aufzeichnung siehe in Kap. CCXIII, Anhang, Nr. 9864.

** Am 14. September hatte das Ministerium Malinow seine Entlassung wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Könige über die Regelung der Streitfragen mit der Türkei gefordert; es verblieb jedoch im Amte.

Aktionsunfähigkeit Rußlands, das keine Unruhen im Orient brauchen kann. Interessant sind momentan auch die französisch-türkischen Anleiheverhandlungen*. Die Franzosen haben die allergrößte Lust, wieder Geld in Türkenpapieren anzulegen, aber ebenso wie bei der ungarischen Anleihe hat Iswolsky in Paris direkte Schritte tun lassen, damit die Franzosen kein Geld hergeben, das zu Rüstungen gegen Rußland verwandt werden könnte[2]. Während der Russe direkt an die französische Allianz appellierte, hat Cartwright, der soeben noch in München mit Iswolsky zusammensteckte, die Anleihe durch die Verdächtigung eines eben abgeschlossenen deutsch-österreichisch-türkischen Bündnisses[3] zu hintertreiben gesucht[4]. Auf ihn wird nämlich ein Artikel des „Neuen Wiener Journals" zurückgeführt, wonach eine Militärkonvention zwischen uns, Österreich und den Türken soeben auf Betreiben Euerer Majestät abgeschlossen worden sei**[5]. Es ist anzunehmen, daß die Franzosen nicht hierauf hereinfallen, daß ihr Geschäftssinn die Oberhand behalten und die armen Türken doch noch ihr Geld bekommen werden. Immerhin wird die jetzige Türkei noch recht ernst arbeiten müssen, ehe sie aus den finanziellen Schlingen der Franzosen sich befreien und damit auch ihr politisches Selbstbestimmungsrecht wieder erhält. Trotzdem hat Dschawid Bey mit seinem Kampf gegen die Ottomanische Bank einen ganz hübschen Anfang dazu gemacht. In Berlin ist Sir Ernest Cassel eingetroffen, er hat erzählt, daß eine Verständigung zwischen uns und England im vorigen Jahre daran gescheitert sei, daß wir als Vorbedingung den Austritt Englands[6] aus der Tripelentente[7] verlangt hätten. Auch eine ganz nette Verdrehung; er hat aber wohl nur das weiter erzählt, was ihm in England weißgemacht worden ist[8].

Soeben erhalte ich mit ehrerbietigstem Dank Euerer Majestät Randbemerkungen zu meinem alleruntertänigsten Telegramm vom 15. d. Mts.*** Euerer Majestät pflichte ich vollständig darin bei, daß es am besten ist, in Wien gar nicht über die Russen zu sprechen. Ich möchte aber weiter

---

* Näheres darüber in Kap. CCXVI, Anhang. Daß tatsächlich Iswolsky in Paris Schritte hatte tun lassen, um eine größere türkische Anleihe zu hintertreiben, ergibt sich aus seinem Telegramm an Nelidow vom 28. Juni 1910, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 297f.

** Vgl. Nr. 9793. Kaiser Wilhelm II. hörte jedoch in Wien, daß die Annahme einer Cartwrightschen Inspiration falsch sei; Wien selbst habe die Artikel aus Sorge vor Indiskretionen lanciert. Telegramm an Bethmann Hollweg Nr. 11 vom 22. September 1910.

*** Siehe dieses Telegramm, das im wesentlichen die deutsch-russischen Beziehungen betraf, in Kap. CCXV, Nr. 9943. Bethmann Hollweg hatte in diesem Telegramm dem Kaiser nahegelegt, bei seinem bevorstehenden Aufenthalt in Österreich sich über das deutsch-russische Verhältnis möglichst zurückhaltend zu äußern. Dazu hatte der Kaiser bemerkt: „Am besten ist es, man spricht gar nicht in Wien über die Russen, nur höchstens insoweit, als sie im Balkan putschen und den Österreichern und Türken unangenehm werden. Diese müssen militärisch zusammengebracht werden, dann sind die Österreicher den Russen gegenüber am besten festgelegt und anrüchig. Deswegen will ja auch Aehrenthal nicht an die Militärkonvention mit der Türkei heran."

glauben, daß auch die Frage einer österreichisch-türkischen Militärkonvention im gegenwärtigen Moment besser nicht zu erörtern ist, nachdem durch den eingangs gemeldeten Artikel des „Neuen Wiener Journals" eine gewisse, zunächst der Türkei schädliche Nervosität in Paris, London und Petersburg[9] entstanden ist, vor allem aber, weil Graf Aehrenthal, wie Euere Majestät mit vollem Recht hervorheben, wegen seines Verhältnisses zu Rußland nicht recht an die Sache heran will und jetzt um so weniger wird gedrängt werden wollen, wo Iswolskys Abgang in größere Nähe gerückt ist. Ich möchte den Charakter des Grafen Aehrenthal dahin einschätzen, daß, wenn wir jetzt auf die Konvention irgendwie drängen[10], sein Mißtrauen erregt und seine Aufmerksamkeit auf unser nicht befriedigendes Verhältnis zu Rußland hingelenkt wird, was nach Euerer Majestät Ansicht, der ich nur beipflichten kann, unbedingt vermieden werden muß. Gewiß wird Graf Aehrenthal bei seiner ganzen Politik auf Ungarn Rücksicht nehmen, dabei aber auch die Stimmung beachten müssen, die der Erzherzog Franz Ferdinand den Magyaren gegenüber hegt[11].

Nach gestern im „Matin" erschienenen Artikel* sucht man dort durch Nachricht von angeblicher Militärkonvention mit der Türkei besonders Italien mißtrauisch zu machen, das nicht beigezogen worden sei. Ehe daher dem Gedanken einer eventuellen Annäherung an die Türkei nähergetreten werden könnte, wäre[12] wohl jedenfalls Rom anzufühlen[13].

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] !

[3] wird hoffentlich noch dazu kommen

[4] also auf Iswolski's Vorschlag hin!

[5] too good to be true wären wir erst so weit! nur nicht dementiren! Man lasse die Ente ungeschoßen fliegen!

[6] gelogen!

[7] so ein Blödsinn!

[8] der seelige Onkel vorgeschnurrt hat

[9] die gönne ich den 3 Hallunken von Herzen, man lasse sie sich ruhig aufregen!

[10] daran denkt auch kein Mensch jetzt

[11] werden sich schon arrangiren!

[12] sehr bedenklich! es weiß die Welt was Dreie wissen!!

[13] unter gar keinen Umständen! Wir sind auch nie von Rom gefragt worden, wenn die mit Paris sich ohne uns verständigten! Oder bei anderen Staaten! wenn die unter einander was abmachten!

---

* Der Artikel des „Matin", der die Nachricht von dem Abschluß einer türkisch-rumänischen Militärkonvention als Tatsache hinstellte, wurde in der gesamten europäischen Presse eifrig besprochen. Der gerade in Paris weilende türkische Großwesier Hakki Pascha wurde, wie er gelegentlich seiner Rückreise am 27. September 1910 Graf Aehrenthal erzählte, dort mehrfach interpelliert, was es mit der Nachricht des „Matin" für eine Bewandtnis habe, worauf er, Hakki Pascha, sich in vieldeutige Redensarten hüllte. Nach einer Aufzeichnung Graf Aehrenthals über seine Unterredung mit Hakki Pascha, die am 15. Oktober in Berlin überreicht wurde, hätte sich dieser in Paris über die Beziehungen der Türkei zu Rumänien und Österreich-Ungarn folgendermaßen geäußert:

Nr. 9796

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85
Geheim

Wien, den 20. September 1910

Seine Majestät haben heute den Grafen Aehrenthal in halbstündiger Privataudienz zu empfangen geruht. Auf allerhöchsten Befehl beehre ich mich Euerer Exzellenz über den Verlauf dieser Audienz zu melden, daß Seine Majestät — im Einklang mit Euerer Exzellenz telegraphisch übermittelter Auffassung* — von Rußland überhaupt nicht gesprochen hat. Auch auf die Verhältnisse am Balkan und die österreichisch-türkischen Beziehungen sei die Rede nicht gekommen. Seine Majestät haben dagegen

---

„Gesprächsweise habe er seinen Mitrednern gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß ihm ein enges Verhältnis zu Rumänien in der Situation zu liegen scheine: ein förmliches Übereinkommen zwischen den beiden Staaten, wenn es auch vielleicht heute nicht bestünde, könne morgen zustande kommen. Die Türkei müsse mit der Eventualität eines gleichzeitigen Konflikts mit Griechenland und Bulgarien rechnen, und Frankreich könne es der Türkei gewiß nicht verwehren, wenn sie sich für diesen Fall nach Bundesgenossen umsehe. — Man habe ihn in Paris auch wiederholt recht eindringlich über die Beziehungen der Türkei zu Österreich-Ungarn inquiriert; er habe ganz offen erklärt, Österreich-Ungarn sei unter den Großmächten der nächste Nachbar der Türkei und könne ihr ebensoviel nützen als unter Umständen schaden; es sei daher nur natürlich, daß die Pforte darauf bedacht sei, das Verhältnis zur Monarchie zu einem möglichst freundschaftlichen zu gestalten." Es heißt dann weiter in der Aehrenthalschen Aufzeichnung: „Meinerseits sagte ich Hakki Pascha, ich freue mich zu hören, daß er die Lage im allgemeinen und die Beziehungen zu uns im besonderen so trefflich und durchaus ruhig beurteile. Der Lärm, den die Presse Frankreichs und anderer Länder über seine Marienbader Reise und die damit zusammenhängenden Gerüchte angeschlagen, sei ein Symptom dafür, daß die türkische Diplomatie auf dem richtigen Wege sei. Vielleicht wäre die öffentliche Meinung Frankreichs weniger rasch irritiert worden, wenn sich die türkischen Zeitungen nicht seit einiger Zeit einer etwas unpolitischen Offenheit befleißigt hätten. Hakki Pascha teilte vollkommen diese Ansicht über die Haltung der türkischen Presse; er meinte, sie sei sowohl bei der Besprechung der obenerwähnten Gerüchte als auch in der Anlehensfrage in ihren Angriffen gegen Frankreich viel zu weit gegangen .... — Die für uns freundschaftlichen Bemerkungen, die Hakki Pascha im Laufe des Gesprächs wiederholt fallen ließ, habe ich, wie schon eine andere Stelle erwähnt, entsprechend quittiert; man wisse in Konstantinopel, daß Österreich-Ungarn aufrichtig die Erstarkung des ottomanischen Reiches wünsche und darin die beste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan erblicke. — Als die Rede auf die Nachrichten von der türkisch-rumänischen Konvention kam, bemerkte ich, es sei im Interesse des Friedens ganz erwünscht, daß in dieser Hinsicht eine gewisse Unsicherheit an manchen Stellen noch fortbestehe. Eben im Interesse des Friedens können wir auch ein freundschaftliches Verhältnis Rumäniens zur Türkei nur begrüßen und hätten uns jederzeit in Bukarest in diesem Sinne vernehmen lassen, sowie wir auch in Sofia immer zu einem korrekten und freundschaftlichen Verhalten zur Türkei geraten haben."

* Vgl. Nr. 9795.

unser Verhältnis zu England berührt und dem Minister gesagt, wir suchten ohne jedes Empressement mit England nach und nach wieder zu besseren Beziehungen zu gelangen. Graf Aehrenthal hat auf diese Äußerung Seiner Majestät entgegnet, daß dies auch die von Österreich-Ungarn befolgte Politik sei. Der Minister hat aber dabei seinem Mißtrauen gegenüber Sir F. Cartwright unzweideutig Ausdruck gegeben, dessen Zusammentreffen mit Iswolsky in München ihm ganz besonders „im Magen zu liegen schiene".

Ich darf dem noch gehorsamst hinzufügen, daß mir Seine Majestät in einer längeren Unterhaltung, die ich in der Eisenbahn mit allerhöchstdemselben haben durfte, seine Ansicht wegen des Abschlusses einer Konvention mit den Türken dahin entwickelte, daß natürlich von einem Drängen gegenüber Österreich-Ungarn in dieser Frage jetzt keine Rede sein könne. Mit einer asiatischen Macht, wie die Türkei eine sei, und bei den doch noch lange nicht geklärten Verhältnissen in Konstantinopel müsse man gewiß vorsichtig sein. Eine Stärkung der Türkei und Aufrechterhaltung und Entwicklung der Freundschaft mit ihr bliebe unser Ziel. Ich habe Seine Majestät in dieser Auffassung der Lage bestärkt. pp.*

Tschirschky

Nr. 9797

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 23. September 1910

Der italienische Geschäftsträger** hat mir heute ein Telegramm des Marquis Giuliano vorgelesen, in welchem dieser anfragt, ob unsererseits Bedenken dagegen beständen, daß er angesichts der in Italien eingetretenen, auf französische Verhetzungen zurückzuführenden Aufregung in der „Agencia Stefani" die Nachricht von einer österreichisch-ungarisch-deutsch-türkischen Militärkonvention sowie von einer unter Deutschlands und Österreich-Ungarns Auspizien geschlossenen türkisch-rumänischen Konvention dementiere.

Ich habe dem Geschäftsträger erwidert, wir hätten mit der Türkei keine Konvention abgeschlossen; auch wüßten wir nichts von einer rumänisch-türkischen Abmachung.

Privatim für den Marquis San Giuliano bemerkte ich noch, daß, wenn wir von Bukarest etwas erfahren hätten, wir unseren Bundesgenossen

---

* Der Schluß des Telegramms betrifft Äußerungen des Kaisers über die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands.

** Orsini Baroni.

eine vertrauliche Mitteilung hätten zugehen lassen. Da wir aber bei türkisch-rumänischen Abmachungen die Hand nicht im Spiel gehabt hätten, hätten wir keinen Anlaß gehabt, die Nachricht zu bestätigen oder zu dementieren. Ich lasse übrigens den italienischen Minister darauf aufmerksam machen, daß die Nachricht von der angeblichen türkisch-rumänischen Abmachung schon vor einiger Zeit zuerst in einem russischen Blatt gestanden habe und in den „Matin" erst übernommen worden sei, als sie von der europäischen Presse nach dem russischen Blatt nicht wiedergegeben worden sei*.

Kiderlen

---

* Die Nachricht von dem angeblich erfolgten Anschluß der Türkei an die Zentralmächte bzw. an Rumänien tauchte auch später noch wiederholt auf, ohne daß ihr irgend etwas Tatsächliches zugrunde gelegen hätte. Erst im Zusammenhang mit dem italienisch-türkischen Kriege und seiner Rückwirkung auf den Dreibund trat man hier und da in Österreich dem Gedanken näher, Italien im Dreibundverhältnis durch die Türkei zu ersetzen. Umgekehrt setzten im Jahre 1911 von russischer Seite Bemühungen ein, die Türkei zu näherem Anschluß an die Tripelentente zu bewegen. Vgl. dazu v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 302ff.

Anhang

Die Reorganisation der Türkischen Wehrmacht und Deutschland

A. Die Mission des Generalobersten Freiherrn von der Goltz

Nr. 9798

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 236 Pera, den 15. Mai 1909

Der Großwesir, der mich gestern besuchte, sagte mir, der Ministerrat habe einstimmig beschlossen, durch Vermittlung der Botschaft in Berlin Seine Majestät den Kaiser zu bitten, den Generaloberst Freiherrn von der Goltz zunächst je vier Monate jährlich behufs Reorganisation der türkischen Armee zu beurlauben.

Vom politischen Standpunkt aus kann ich die Genehmigung dieser Bitte nur warm befürworten.

Marschall

Nr. 9799

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 17. Mai 1909

Eine gänzliche Ablehnung der türkischen Bitte um Überlassung des Generalobersten Freiherrn von der Goltz kann nicht in Frage kommen, da sie die Pforte aufs tiefste verstimmen und direkt in die Arme anderer Mächte treiben würde[1].

Ebensowenig dürfte aber eine sofortige Entsendung des Generalobersten nach der Türkei unbedenklich sein, da die Verhältnisse dort zu wenig geklärt sind und de facto in Konstantinopel Militärdiktatur herrscht. Freiherr von der Goltz würde bei seiner großen Popularität zweifellos nicht nur als militärischer, sondern auch als politischer Berater von seinen militärischen Freunden herangezogen werden. Deutschland würde daher für die Politik der Pforte verantwortlich gemacht werden.

Es empfiehlt sich daher, mit der Entsendung des Generalobersten tunlichst so lange zu temporisieren, bis die Militärdiktatur ihr Ende erreicht hat[2].

Freiherr von der Goltz dürfte ausdrücklich zur Pflicht zu machen sein, sich politischer Betätigung gänzlich zu enthalten[3]. Auch dürfte der

Annahme des Konstantinopeler Postens eine Zurdispositionstellung des Generalobersten vorauszugehen haben, da Freiherr von der Goltz als aktiver preußischer Offizier wohl nicht in türkische Dienste eintreten könnte. Schließlich dürfte seine jedesmalige Anwesenheit in Konstantinopel tunlichst die Dauer eines Monats nicht zu überschreiten haben[4].

Hiernach dürfte dem türkischen Botschafter, sobald er die Angelegenheit amtlich zur Sprache bringt, eine freundlich[5] entgegenkommende allerhöchste Antwort zu erteilen, Freiherr von der Goltz aber zu veranlassen sein, Osman Nisami gegenüber persönliche Gründe geltend zu machen, die eine sofortige Übersiedlung nach Konstantinopel unmöglich machen.

Stemrich

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf einer Abschrift:
Seine Majestät sind einverstanden. B. 18/5. 09

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow auf der Abschrift:
[1] Sehr richtig
[2] aber ohne die Türken zu froissieren oder mißtrauisch zu machen!
[3] cum grano salis! Er darf sich nicht bloßstellen, soll uns aber die Türken militärisch, politisch und wirtschaftlich heben, gewinnen und an uns ketten
[4] cela dépend, je nach Bedürfnis
[5] sehr freundlich!

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow auf der Abschrift:
Für Seine Majestät schienen mir alle diese Bedenken gar nicht (oder kaum) zu bestehen. Jedenfalls dürfen die Türken nicht kopfscheu gemacht werden!

Nr. 9800

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 30. Mai 1909

Im Hinblick darauf, daß Euere Kaiserliche und Königliche Majestät morgen den türkischen Botschafter Osman Nisami Pascha zu empfangen die Gnade haben werden, wage ich zu den beiden politischen Fragen, an deren Regelung der Botschafter gegenwärtig besonders interessiert ist, nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Die türkische Regierung ist nunmehr offiziell mit der Bitte an uns herangetreten*, von der Gnade Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät dem Generalobersten Freiherrn von der Goltz die Erlaubnis zum Übertritt in den türkischen Heeresdienst zu erwirken. Auf Euerer Majestät mir früher erteilten Befehl hatte ich mich schon vor einiger Zeit

* Es war durch eine von Osman Nisami Pascha am 29. Mai überreichte Note der türkischen Regierung geschehen.

mit Generaloberst von der Goltz ins Benehmen gesetzt und ihn um Mitteilung seiner Stellungnahme zu dieser Frage gebeten. Freiherr von der Goltz hat mir erklärt: Er sehe die Aufgabe in der Türkei als eine sehr schwierige an. Die Hauptschwierigkeit liege darin, daß die verschiedenen leitenden Militärs untereinander nicht einig seien. Er glaube nicht, daß er, wenn er jetzt in türkische Dienste definitiv einträte, die erforderliche Autorität hätte. Das setze ihn den Türken gegenüber in große Abhängigkeit. Wohl aber würde er volle Autorität besitzen, wenn er als Königlich Preußischer Generaloberst nach Konstantinopel komme[1] und den Türken seinen Rat erteile, wie er dies ja schon im vorigen Jahr* getan habe. Freiherr von der Goltz hat im Zusammenhang mit diesen Ausführungen den Wunsch ausgesprochen, es möchte ihm zunächst im Juli etwa vier Wochen Urlaub erteilt werden und dann im Laufe des Herbstes oder Winters weitere drei bis vier Monate. Während dieser Zeit hofft Freiherr von der Goltz sich voll informieren und genügend wirken zu können. Im darauf folgenden Jahre ließe sich dieses Verfahren, falls es sich — wie der General bestimmt glaubt — erproben sollte, wiederholen. Jedenfalls vertritt er die Auffassung, daß sein definitiver Eintritt in den türkischen Heeresdienst späterer Entscheidung vorbehalten bleiben solle[2].

Das vorgeschlagene Verfahren würde nach der Meinung des Freiherrn von der Goltz allen türkischen Bedürfnissen genügen und sich den Türken gegenüber auch damit begründen lassen, daß er im vorigen Jahre bei den Anträgen Seiner Majestät des Sultans sich ebenso verhalten habe. Der General erblickt in diesem Vorgehen für sich und uns den Vorteil, daß er, wenn die Verhältnisse ihm eine ersprießliche Tätigkeit unmöglich machen sollten, sich jederzeit zurückziehen könne. Auch dem Auslande gegenüber sehe die Sache harmloser aus. Überdies sei etwaigen Einwendungen von dort her leichter die Möglichkeit des Rückzugs gegeben, wenn er seine Besuche nach Belieben zu verkürzen, zu sistieren oder ganz aufzugeben in der Lage sei[1].

Ich kann den beachtenswerten Erwägungen des Freiherrn von der Goltz meinerseits nur in vollem Umfange beipflichten. Namentlich dürfte es meines ehrfurchtsvollsten Erachtens der gegenwärtigen politischen Lage in der Türkei entsprechen, wenn zunächst nur ein die Dauer einiger Wochen nicht übersteigender Zeitraum für die Beurlaubung des Generals gewählt würde, und wenn Euere Kaiserliche und Königliche Majestät Allergnädigst geruhen wollten, bei einer Besprechung mit dem türkischen Botschafter eine etwaige Allerhöchste Zusage auf die von ihm vorgetragene Bitte zunächst auf einen kurzen Zeitraum zu beschränken[1]. pp.**

Bülow

---

* Bereits im Sommer 1908 hatte Freiherr von der Goltz eine Zeitlang in der Türkei geweilt, einen dienstlichen Charakter hatte jedoch die Reise nicht gehabt. Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8827, Fußnote ***.

** Der Schluß des Immediatberichts bezieht sich auf die Kretafrage. Vgl. Kap. CCVIII, Nr. 9636, Fußnote **.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 30/V 09 W.
Wegen Goltz an Milit[är]-Cab[inett] mittheilen
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] einversta[n]d[e]n

Nr. 9801

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 8. Juli 1909

Generaloberst Freiherr von der Goltz teilt mit, daß er am 10. d. Mts. nach Konstantinopel zu reisen beabsichtige* und sich dort vier Wochen lang aufhalten wolle. Es handle sich lediglich um eine Besuchs- und Informationsreise, zu der er das Einverständnis Seiner Majestät erhalten habe. Sollten die Verhältnisse zwischen der Türkei und Griechenland sich zuspitzen**, so werde er unverzüglich nach Deutschland zurückkehren, er glaube indes nicht an eine akute Kriegsgefahr. Jedenfalls habe er bisher seine Freunde in der Türkei stets zur Ruhe und Aufrechterhaltung des Friedens ermahnt, und werde er in diesem Sinne auch persönlich in Konstantinopel weiter wirken.

Da man in Konstantinopel bereits bestimmt mit der bevorstehenden Ankunft des Generalobersten rechnet, würde die plötzliche Aufgabe der Reise dort zweifellos bitter empfunden werden. Es dürfte andererseits kein zwingender Grund vorliegen, den Generalobersten zurückzuhalten. Die Kretafrage wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zum Kriege führen, die neueste Erklärung der Schutzmächte scheint günstig zu wirken, die Nachrichten, namentlich aus Griechenland, lauten beruhigend. Sollten wider Erwarten Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Griechenland ausbrechen, so würde Freiherr von der Goltz natürlich unverzüglich telegraphisch zurückzubeordern sein.

Rücksichten auf griechische Empfindlichkeiten dürften uns von der Entsendung des Freiherrn von der Goltz nicht abhalten können, da auf der anderen Seite die ungleich wichtigeren Rücksichten auf die Türkei in Frage stehen. Eventuelle griechische Bedenken werden sich übrigens wohl durch den Hinweis darauf zerstreuen lassen, daß der Generaloberst nur eine Urlaubsreise macht, keineswegs in türkische Dienste tritt, bei etwaiger Zuspitzung der Lage unverzüglich Konstantinopel verlassen werde und inzwischen dort nur zum Frieden und zur Verständigung mit Griechenland

---

* Freiherr von der Goltz traf tatsächlich am 12. Juli in Konstantinopel ein. Am 6. August kehrte er zunächst nach Deutschland zurück.
** Vgl. dazu Kap. CCIX.

raten werde. Der Legationssekretär von Riepenhausen, der morgen nach Athen zurückreist, ist in entsprechendem Sinne orientiert worden.

Etwaigen englischen Hetzereien würde die Spitze durch Hinweis darauf abgebrochen werden können, daß England der Türkei bereits einen Admiral* für die Flotte zur Verfügung gestellt hat.

Unter diesen Umständen dürften der Reise des Generalobersten Bedenken nicht entgegenzusetzen sein.

v. Schoen

Nr. 9802

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 208 Therapia, den 16. Juli 1909

Mit allergrößter Herzlichkeit von türkischer Seite empfangen, durch Leitartikel der führenden türkischen Zeitungen auf das wärmste begrüßt und auf Schritt und Tritt von seinen früheren Schülern, die die meisten wichtigen Posten einnehmen, mit Dankbarkeit und Bewunderung begleitet, hat der Herr Generaloberst Freiherr von der Goltz schon am Tage seiner Ankunft die militärische Tätigkeit aufgenommen. Seine Exzellenz ist zurzeit mit der Ausarbeitung eines neuen Kadergesetzes beschäftigt**.

Nebenher, zeitweise in den Vordergrund des Interesses tretend, nehmen seine Aufmerksamkeit die Förderung der Disziplin unter den Offizieren und die Aufnahme des fast berüchtigten „Gradrevisionsgesetzes" seitens derjenigen Offiziere, die infolge desselben um einen oder mehrere Dienstgrade zurückgesetzt werden und daher zum Teil auch den Titel Pascha verlieren, in Anspruch.

Unter diesem Gesetze, das in der Kammer schon angenommen wurde, aber noch der Beurteilung durch den Senat ausgesetzt ist, werden auch manche Generale und Stabsoffiziere, die ohne jede Protektion schnell avanciert sind, leiden müssen. Ich erwähnte schon früher gehorsamst, daß es für die Beurteilung des Geistes im türkischen Offizierkorps außerordentlich bezeichnend sein wird, wie sie sich zu dieser Selbstüberwindung stellen werden.

---

* Admiral Gamble Pascha. Vgl. über ihn Anhang B.

** Vgl. auch die Aufzeichnung der Vortragenden Räte Zimmermann und Griesinger vom 17. Juli 1909 in Kap. CCXVI Nr. 9964. Es heißt dort über die Mission Freiherrn von der Goltz': „Freiherr von der Goltz war zunächst nur mit einem einmonatlichen Urlaub informandi causa nach Konstantinopel gegangen, um nach Prüfung der dortigen Verhältnisse ein Urteil über Dauer, Art und Umfang seiner künftigen Mitwirkung bei der geplanten Reorganisation zu gewinnen. Da der Generaloberst von dieser Prüfung durchaus befriedigt zurückkehrte und sich einen ersprießlichen Erfolg von seiner ferneren Tätigkeit versprechen zu können glaubte, so ist ihm ein längerer Urlaub bewilligt worden, den er jetzt militärisch in der Türkei ausnutzt."

Voraussichtlich werden die militärischen Kommissionen von Kammer und Senat zu gemeinschaftlicher Beratung zusammentreten und möglicherweise sogar sich Kammer und Senat als Nationalversammlung konstituieren, um die Wichtigkeit der Angelegenheit zu dokumentieren. Jedenfalls ist ein solcher Antrag von berufener Seite gestellt worden.

Daß die Ausführung dieses in der Weltgeschichte vielleicht einzig dastehenden Entsagungsgesetzes mit dem Eintreffen des Herrn Generalobersten zusammenfällt, bietet jedenfalls den Vorteil, daß Seine Exzellenz hier später keine Enttäuschungen erleben wird, wenn er — trotz der jetzigen Meinungsverschiedenheiten im Offizierkorps — bei seinem jetzigen Aufenthalt in der Türkei zu der Überzeugung kommt, die Reorganisation der türkischen Armee mit Aussicht auf Erfolg übernehmen zu können.

Gelingt es ihm, dem Offizierkorps erfolgreich über die jetzige Krise hinwegzuhelfen und es zu geistiger Beschäftigung mit militärischen — statt politischen — Dingen anzuregen, namentlich durch ein großes Kriegsspiel und einen solchen Übungsritt, so muß die Türkei Seiner Exzellenz schon für die geschenkten vier Wochen äußerst dankbar sein.

Sollte der Herr Generaloberst aber zu der Ansicht gelangen, daß begründete Aussicht auf Erfolg nicht vorhanden ist, so würde das meine gehorsamste Ansicht, daß ohne denselben eine wirkliche Reorganisation der Armee kaum möglich erscheint, nur bekräftigen.

Bei einem gestern von Mahmed Muchtar* Seiner Exzellenz gegebenen offiziellen Diner, an dem die türkische Generalität und einige deutsche Offiziere teilnahmen, wurden äußerst herzliche Reden, die Deutschen und Türken sehr gefallen mußten, gewechselt. Daß die Verehrung der türkischen Offiziere für ihren Goltz-Pascha keine Grenzen kennt, bewies dieses Diner von neuem.

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9803

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 245 Konstantinopel, den 25. Januar 1910

Die Mission des Herrn Generaloberst Freiherrn von der Goltz, die sich auf drei Monate — von Mitte Oktober bis Mitte Januar — erstreckte, ist vom Anfang bis zum Ende ein voller Erfolg gewesen und hat die ganz

* Vor dem Staatsstreich Kommandeur des ersten türkischen Armeekorps, danach Generalgouverneur von Aidin.

ungewöhnlich große Verehrung der türkischen Offiziere für ihren alten Lehrmeister zweckmäßigerweise wieder sehr aufgefrischt.

Die körperlichen und geistigen Anstrengungen, wie sie in diesem Ausnahmefalle an Seine Exzellenz gestellt wurden, kann man auch dem kräftigsten und frischesten General nicht zweimal bieten. In diesem Falle galt es allerdings nicht nur zu reorganisieren, sondern auch zu konsolidieren. Erster Anspruch erfolgte vom Kriegsministerium, der zweite von Mahmud Schewket Pascha.

Jetzt sind beide Posten in einer Person vereinigt*, wodurch sich von selbst das Aufhören des Hin- und Hergezerrtwerdens für zukünftige Fälle ergibt.

Unter der Voraussetzung des Einverständnisses Seiner Majestät des Kaisers und Königs sowie erneuter dringender Vorstellungen von türkischer Seite, Konsolidierung der hiesigen Verhältnisse und noch strikterer Enthaltsamkeit der Offiziere von Politik würde Seine Exzellenz bereit sein, gelegentlich zu besonderen Zwecken — nicht mehr so allgemein wie jetzt — hierher zu kommen.

Was die Türken ganz bestimmt von dem Herrn Generaloberst erwarten, ist, daß er ihnen ein Armeemanöver, möglichst gleich nach den nächsten deutschen Kaisermanövern, leitet, bei welchem Truppen des I. Korps (Konstantinopel), verstärkt durch eine kleinasiatische Division, gegen drei Divisionen des II. (Adrianopeler) Korps zwischen diesen beiden Städten kämpfen sollen, ferner eine richtige große Generalstabsreise und Neuorganisation des Großen Generalstabes.

Gehen diese drei Sachen nicht von Seiner Exzellenz aus, so werden die Türken noch nicht sobald das Selbstvertrauen finden, sich daran zu machen.

Die jetzige Tätigkeit des Herrn Generalobersten bestand aus zwei scharf getrennten Gebieten:

1) der Truppe, und namentlich den Offizieren und Führern Zutrauen zu sich selbst einzuflößen, den Sinn für militärische Autorität und Disziplin zu heben, sowie die Offiziere von jeder Teilnahme an Politik — äußerer wie innerer — zu entwöhnen;

2) aus grundlegenden Reorganisationen.

Zu 1) sind vor allem die für hiesige Verhältnisse großen Manöver bei Adrianopel Anfang November, die Garnisonübungen bei Saloniki, Monastir, Seres und Üsküb, viele kleinere Übungen und Schießen und schließlich die Schlußmanöver bei Konstantinopel am 12. und 13. d. Mts. zu erwähnen.

So wurde den Offizieren der drei wichtigsten Armeekorps — der europäischen — der Herr Generaloberst gezeigt, den sehr viele Offiziere, namentlich die vierzehn jüngsten Jahrgänge, nur aus seinen Leistungen für die Türkei und seinen Werken kennen, und ihnen ad oculos demonstriert,

---

* Mahmud Schewket Pascha war seit Januar 1910 Kriegsminister.

daß das neue Regime mehr Vorteil als das alte von ihrem berühmten Marschall Goltz Pascha zieht. pp.

Der Umstand, daß jetzt Mahmud Schewket Pascha Kriegsminister ist, ist für die Reorganisation der Armee so günstig wie irgend möglich. Die Befürchtung des Herrn Generalobersten, daß nach seiner Rückkehr nach Deutschland vieles wieder einschlafen wird, wird dadurch etwas abgeschwächt. Auch sorgt dafür bis zu einem gewissen Grade die ungeklärte politische Lage, am meisten aber doch das Gefühl, daß man sich vor Goltz Pascha unendlich schämen müßte, wenn bei einer eventuellen Rückkehr keine Fortschritte festzustellen wären.

Die vielen Ehrungen der letzten Tage, die dankbaren Ansprachen, die riesige Beteiligung bei der Abreise und viele private Äußerungen mir gegenüber haben von neuem bewiesen, daß der Herr Generaloberst das vollste Vertrauen der militärischen Kreise besitzt, und daß er einen unter den jetzigen Verhältnissen besonders wertvollen Faktor für die guten Beziehungen zwischen dem deutschen und dem türkischen Reiche darstellt.

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Anhang:

B. Der Ankauf Deutscher Kriegsschiffe seitens der Türkei

Nr. 9804

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 240 Konstantinopel, den 6. Januar 1910

Die Propaganda für die türkische Flotte verdient jetzt immerhin Beachtung, wenngleich sie wohl noch primitiv organisiert ist. Jedenfalls ist sie jetzt ernster zu nehmen als im ersten Freiheitsrausche, wo die eingekommenen Beträge zum Teil für Zwecke des Komitees verausgabt, zum Teil unterschlagen wurden.

Es hat sich ein nationaler Flottenverein gegründet, der mit den früheren Beträgen zusammen drei Millionen Mark im Februar der Regierung abliefern zu können hofft.

Einzelne Provinzen hoffen, die Mittel für ganze Schiffe zusammen zu bekommen. Drama, Smyrna und Mekka, wo die „Pilger zu den heiligen Stätten" über 600000 Mark gegeben haben, sind am meisten in den Vordergrund getreten. Sogar indische Moslems haben Geld angeboten.

Die Marineoffiziere wollen sich zwei Monatsgehälter abziehen lassen und hoffen, daß diesem Beispiele alle Offiziere der Landarmee und schließlich alle Beamten folgen werden.

Da man derartig über das Ziel schießt, muß man alle diese Nachrichten um so vorsichtiger aufnehmen. Übrigens wird auch in einzelnen Moscheen Flottenpropaganda gemacht, aber ohne Order von oben, wie mir die betreffenden Ismans selbst sagen.

Die hiesigen englischen Marinereformer stecken mit hinter dieser Angelegenheit und hoffen, daß die gesammelten Beträge ebenso wie das Flottenextraordinarium nach England wandern werden.

Über diesen Punkt scheint neulich eine deutliche Aussprache zwischen dem Stellvertreter Gambles, gleichfalls Engländer, und hohen türkischen Marineoffizieren stattgefunden zu haben, weil die Türken auf eine öffentliche Ausschreibung der zu kaufenden Schiffe drängen*, während der

* Die türkische Regierung reflektierte auch auf den Ankauf deutscher Kriegsschiffe. Schon am 18. Dezember 1909 hatte Major von Strempel im Militärbericht Nr. 235 gemeldet, daß der türkische Botschafter in Berlin Osman Nisami Pascha die Instruktion erhalten habe, sich zu erkundigen, ob auf deutschen Werften im Bau befindliche Panzerschiffe von 13000 Tonnen und Torpedoboote von 350 Tonnen der Türkei überlassen

Engländer den Standpunkt vertritt, die Sache sei zwischen Gamble und einem Minister des bisherigen Kabinetts schon geregelt, was lebhaft an die englische Lynchauffassung* erinnert. Auch gefällt den Türken das Gerücht nicht, daß England die Zuteilung eines türkischen Admirals zur Botschaft in London wünsche, der die englischen Schiffslieferungen überwachen solle.

Anfangs dieser Woche ist ein türkischer Admiral mit einigen Offizieren zur Besichtigung englischer Werften abgereist. Diese Reise wird mit der Besichtigung eines brasilianischen (oder argentinischen?) Panzers in Zusammenhang gebracht. pp.**

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9805

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 246 Konstantinopel, den 30. Januar 1910

Entgegen dem Widerstande des englischen Marinereformers Gamble Pascha ist der Vizeadmiral Halil Pascha zum Marineminister ernannt worden.

Das Seeoffizierkorps ist mit dieser Wahl einverstanden, zumal es hofft, daß der neue Minister den unter seinem schwachen Vorgänger*** zu groß gewordenen englischen Einfluß dauernd in den richtigen Grenzen halten wird.

Als ich vorgestern dem Herrn Minister meinen ersten Besuch machte, sprach er dann auch gleich über diesen Punkt und sagte, jetzt stünde

---

werden könnten. Der Grund für den Wunsch der türkischen Regierungs- und Marinekreise, so rasch wie möglich in den Besitz eines modernen Kriegsschiffs zu gelangen, lag, wie Major von Strempel in einem weiteren Bericht vom 23. Dezember (Nr. 237) ausführte, in dem Ankauf eines italienischen Kriegsschiffs durch Griechenland, wodurch dieses bei einer kriegerischen Verwicklung, die infolge der Kretaangelegenheit im Bereich naher Möglichkeit lag, die maritime Überlegenheit gewinnen mußte. Für Deutschland lag, wie Major von Strempel in seinem Bericht vom 23. Dezember ausführte, die Frage des Ankaufs eines Kriegsschiffs durch die Türkei gar nicht so einfach: „Den großen Vorteilen, der deutschen Industrie einen so großen Auftrag zu sichern und auf diese Weise in der türkischen Marine festen Fuß zu fassen, stehen auch erhebliche Bedenken gegenüber, namentlich in bezug auf ganz große und neue Kriegsschiffe. Die Türken würden sie nicht handhaben können, und die englischen Offiziere würden auf die bequemste Art die Neuerungen an Kriegsschiffen deutscher Herkunft studieren können. Abgesehen davon wird Gamble Pascha, wenn er rechtzeitig Kenntnis von dem beabsichtigten Kaufe eines großen Kriegsschiffes in Deutschland erhält, seinen Einfluß dagegen geltend machen, gleichgültig, ob es sich um ein neues oder älteres Schiff handelt."

* Vgl. dazu Kap. CCXVI.

** Der Schluß des Berichts betrifft „Verschiedenes" und ist ohne politisches Interesse.

*** Hikmet Pascha.

er sich gut, es sei aber nötig gewesen, ihn erst einmal in sein Ressort zurückzuweisen. — Die in unserem Gespräche an die deutsche Adresse gerichteten Freundlichkeiten mögen ernst gemeint sein. Die Zukunft wird es lehren. Zum Teil sollen sie wohl die Chance, daß die Türken in Deutschland ein bald fertigzustellendes Schiff finden, erhöhen. Vorläufig hofft der Herr Minister ebenso wie zahlreiche Offiziere der See- und Landmacht, daß ihnen dies glückt.

Eine der ersten Handlungen des neuen Ministers war die Rückberufung der vor kurzem nach Italien-England geschickten Kommission* und Entsendung einer neugebildeten nach Deutschland, um Werften zu besuchen.

Halil Pascha sprach viel davon, daß er die Ehre gehabt hatte, Seine Majestät den Kaiser und König im Namen des früheren Sultans vor Haiffa und auf Korfu zu begrüßen, und daß er aus Überzeugung pro German sei.

Großes praktisches Können von dem neuen Minister zu erwarten, wäre ungerechtfertigt, da bekanntlich die türkische Flotte seit einem Menschenalter kaum die See gesehen hat. Dagegen hat Halil Pascha vor etwa 20 Jahren in der englischen Marine vier Jahre lang Dienst getan und beherrscht diese Sprache gut. Später war er mehrere Jahre lang zur Ansaldo-Werft kommandiert. Es gibt Stimmen, welche behaupten, daß er in jener Zeit bestechlich gewesen wäre; andere schwören auf die Reinheit seines Charakters. Sehr schlimm kann es mit seiner Bestechlichkeit nicht gewesen sein, denn sonst wäre er nicht hier, sondern auf einer der Inseln in der Verbannung.

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9806

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Pera, den 3. Februar 1910

Demission Admirals Gamble Pascha wird jetzt offiziell bestätigt. Sie ist mit Gesundheitsrücksichten begründet, entspringt jedoch in Wirklichkeit Differenzen mit dem neuen Marineminister. Während vorher Gamble der eigentliche Herr der Marine war, vertritt Halil Pascha Standpunkt, daß er der maßgebende Mann sei und Gamble nur die Rolle eines Instrukteurs zufalle. Auch hat sich Halil dem Verlangen Gambles, daß alle neuen Kriegsschiffe von England bezogen und daß 20 weitere englische Marineoffiziere engagiert würden, widersetzt.

Marschall

* Vgl. Nr. 9804.

Nr. 9807

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 253 Konstantinopel, den 10. Februar 1910

Der Ministerrat hat beschlossen, einen neuen englischen Admiral zu engagieren.

In dieser Angelegenheit hat der Herr Marineminister einem meiner nächsten türkischen Bekannten erzählt, der englische Herr Botschafter habe ihn aufgesucht und wegen der Berufung eines neuen englischen Marinereformers sondiert. Da vor anderthalb Jahren vorwiegend (ausschließlich!!) politische Gründe die Wahl auf einen englischen Reformer lenkten, würde man jetzt, — nach allgemeiner Ansicht — um England nicht unnötig zu verletzen, sicher einen englischen Nachfolger für Admiral Gamble erbitten. Der Marineminister sei in Voraussicht dieses denn auch gleich auf den Vorschlag eingegangen. Der Herr Botschafter empfahl dem Minister, daß man sich in diesem Falle — unter Ausschließung der Vermittlung des hiesigen englischen Vertreters an der Dette publique Sir Adam Block, welcher eigentlich für die nicht ganz glückliche Wahl Gambles verantwortlich sei — lediglich an den offiziellen Dienstweg halten möchte. Auf diese Weise würde man eine ganz andere Kraft erhalten, als Gamble es sei.

Admiral Gamble dementiert in einem Briefe an die türkische Zeitung „Yeni Tanin" die übertriebenen Gerüchte über seine schlechte Gesundheit und über Differenzen mit dem jetzigen Marineminister und erwähnt besonders, daß er den hiesigen Posten ungern aufgibt.

Tatsächlich geht er, wie er mir dieser Tage selbst sagte, sehr gern nach England zurück, denn er hat eingesehen, daß seine Autorität hier nach einigen Monaten sehr gelitten hatte.

Dieser Tatsache nachgehend, konnte ich einwandfrei feststellen, daß die von türkischer Seite angestellten heimlichen Ermittlungen ergeben hatten, daß Gamble vor seinem Herkommen in eine kriegsgerichtliche Affäre verwickelt gewesen sei, die nach Ansicht verschiedener englischer Admirale sein weiteres Verbleiben in der englischen Flotte nicht zugelassen hätte.

Das neue türkische Regime beschäftigt sich ebenso wie das alte viel mit „Nachschnüffeln", nur daß jetzt vor allen Dingen an die hiesigen Ausländer ein sehr scharfer Maßstab gelegt wird.

Zur Zeit des Sultans Abdul Hamid nahm dieser die ausländischen Reformer an, und damit Schluß. Ob sie etwas leisteten oder nicht, war Nebensache. Daher füllte auch jeder mittelmäßige Offizier den Reformerposten für die vorgeschriebene Zeit von Jahren erfolgreich (?) aus.

Die Stellung der ausländischen Reformer ist jetzt zwar eine dankbarere, aber eine unendlich viel schwerere als früher.

Ob der neue Engländer, wenn es zum Engagement kommt, sich hier länger als Gamble halten wird, wird weniger von seinen hiesigen Leistungen abhängen als von dem Ausfall der Recherchen über seine bisherige Laufbahn und sein Ansehen in der englischen Marine*.

Die Schnelligkeit, mit der der Rücktritt Gamble Paschas vor sich gegangen, hat in türkischen Kreisen ziemliches Erstaunen hervorgerufen. Seine Anhänger werfen dem englischen Herrn Botschafter vor, daß er zu wenig für die Hebung der Stellung der englischen Marinereformer getan habe, ohne die es bei der jetzigen nationalistischen — im Grunde recht fremdenfeindlichen — Tendenz der jungen Türkei den fremden Reformern sehr erschwert ist, sich zu halten, zumal die Presse anderer Nationalität aus Neid das ihrige dazu beiträgt, ihnen das Leben schwer zu machen.

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9808

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 29. März 1910

Ich habe dem türkischen Botschafter gesagt, Seine Majestät der Kaiser lege großes Gewicht darauf, daß die deutsche Industrie bei den türkischen Schiffsbestellungen bedacht werde.

Nisami erklärte, er habe leider vor einiger Zeit nach längeren Verhandlungen mit Admiral von Tirpitz über den Erwerb eines deutschen Kreuzers seiner Regierung melden müssen, daß die Abgabe eines deutschen Kreuzers ganz unmöglich sei. Erst daraufhin habe die türkische Regierung sich nach anderen Seiten gewandt. Als ich hierauf erwiderte, die Situation habe sich für uns inzwischen geändert, die innerpolitischen Erwägungen, die seinerzeit gegen Abgabe eines Kreuzers gesprochen, seien nunmehr gegenstandslos geworden, wir würden heute in der Lage sein, den Kreuzer „Blücher" abzugeben, bemerkte Nisami, er werde dies seiner Regierung berichten. Von Wichtigkeit sei es aber zunächst zu wissen, ob der Kreuzer zugleich mit seiner Artillerie abgegeben werden könne.

v. Schoen

---

* Als Nachfolger Gamble Paschas wurde der englische Admiral H. P. Williams berufen.

Nr. 9809

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Pera, den 1. April 1910

Geheim

Mahmud Schewket hat Kaiserlichem Militärattaché mitgeteilt, daß in dem gestrigen Ministerrat erregte Besprechung stattgefunden habe, weil Telegramm Osman Nisamis eingegangen sei, wonach deutsche Regierung der Türkei ein fertiges Kriegsschiff anbietet. Nach energischem Eintreten des Kriegsministers hierfür und ebenso heftigem Widerspruch Marineministers beschloß Ministerrat, Vorschlag anzunehmen, wenn der billigstmögliche Preis gefordert werde und keine Bedingungen wegen weiterer Schiffsbestellungen gestellt würden.

Mahmud Schewket sieht mit mir lebhaftes Interesse des Deutschen Reichs darin, daß diese Verhandlungen über S. M. S. „Blücher" zustandekommen, da das erste neue Kriegsschiff hier bedeutenden Eindruck hervorrufen werde, und zwar um so mehr, als die Torpedos der Schichauwerke erst verspätet eintreffen und wegen Konventionalstrafe noch Schwierigkeiten machen.

Baldige Entscheidung und tunlichstes Eingehen auf türkische Wünsche angesichts starker englischer Pression und der ausgesprochenen Neigung Marineministers, sein Programm lediglich mit englischer Beihilfe durchzuführen, überaus wünschenswert.

Bitte Generaloberst Freiherrn von der Goltz von vorstehendem Kenntnis zu geben.

Miquel

Nr. 9810

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen**

Eigenhändig. Unsigniert

Berlin, den 1. April 1910

Seine Majestät empfing heute Hilmi Pascha** in Begleitung des türkischen Botschafters und sagte den Herren unter anderem (nach vorheriger Beratung mit Admiral von Tirpitz, Admiral von Müller*** und

* Der Inhalt der Aufzeichnung wurde dem Kaiser mittels Immediatberichts vom 1. April vorgelegt; auch wurde er nach Konstantinopel (Telegramm Nr. 38 vom 1. April) mitgeteilt.

** Ehemaliger türkischer Großwesir, Vorgänger Hakki Paschas.

*** Chef des Marinekabinetts.

mir), wenn er sich entschlösse, den Wünschen der Türkei nach Abgabe eines fertigen Kreuzers entgegenzukommen, so müsse dabei in Betracht gezogen werden, daß die Hergabe eines modernen Schiffes wie des Kreuzers „Blücher" für uns ein großes Opfer bedeute. Einmal würden wir damit eine Reihe neuer Schiffseinrichtungen preisgeben, die wir bis jetzt streng geheim gehalten hätten, wie dies jede Marine tue. Es sei daher unerwünscht, daß das Schiff in die Hände englischer Offiziere gelange, die die Kenntnis der neuen Einrichtungen sogleich in England verwerten könnten. Außerdem sei der Mechanismus so kompliziert, daß zu seiner Handhabung deutsche Offiziere und Leute unentbehrlich wären.

Dazu kämen noch nicht geringe parlamentarische Schwierigkeiten.

Unter diesen Umständen würde man sich hier zur Abgabe des Schiffes nur unter der Voraussetzung entschließen können, daß die Türkei die Versicherung abgibt und Vorkehrungen trifft, daß sie sich auch in Dingen der Marine in ähnlicher Weise auf Deutschland stützt, wie dies bezüglich der türkischen Armee der Fall.

Seine Majestät habe der Türkei bereits viele Beweise seiner Freundschaft gegeben und hoffe, sie auch weiter geben zu können.

Nr. 9811

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 263 Konstantinopel, den 1. April 1910
Vertraulich

Der „mit Vorsicht zu genießende" türkische Herr Marineminister arbeitet seit Monaten im geheimen mit den Vertretern von Armstrong einen Flottenplan aus, demzufolge die für die nächsten zehn Jahre bewilligten Mittel — im ganzen 93 Millionen Mark — ganz nach England gehen sollen[1]. Hierbei handelt es sich namentlich um zwei Linienschiffe und einen Panzerkreuzer.

Trotzdem erklärt der Herr Marineminister mir, daß nach Fertigstellung der Pläne eine beschränkte öffentliche Ausschreibung stattfinden wird, so daß auch deutschen Werften die Teilnahme an dem Wettbewerb offen steht. Auch dem Herrn Großwesir gegenüber stellt der Minister den Stand der Vorarbeiten in dieser Art und Weise vor, so daß der Großwesir bona fide erklärt, der Wettbewerb würde stattfinden[2].

Leuten, denen ich volles Vertrauen schenken darf, und an deren Spitze der Herr Kriegsminister rangiert, verdanke ich aber Mitteilungen, daß die Bedingungen, Spezifikationen und Lastenhefte derartig ausgeklügelt sind, daß ein fremder Wettbewerb nichts mehr als eine Farce ist[3].

Der Herr Kriegsminister ist der Ansicht, daß, wenn man über S. M. S. „Blücher" nicht handelseinig wird, sich sobald nicht wieder eine Gelegenheit für die deutsche Schiffsbauindustrie finden wird, sich den hiesigen Markt zu erschließen. Er sagte mir heute früh in seiner Privatwohnung ganz vertraulich, daß man in hiesigen Marinekreisen wegen der Schichau-Torpedoboote eher verstimmt als zufrieden sei. Man hätte hier gehofft, daß die Konventionalstrafe nicht auf den Kaufpreis aufgeschlagen werden würde, und daß die Schiffe, wenigstens ohne Kanonen, schneller als es tatsächlich möglich ist, hierher gelangen würden. Ich setzte Seiner Exzellenz die Gründe auseinander, wofür er auch Verständnis zeigte. Er empfahl dann nochmals dringend, bezüglich des Preises von S. M. S. „Blücher" möglichst entgegenkommend zu sein. Er bat mich ferner ausdrücklich, von ihm selbst aus nach Berlin zu übermitteln, daß er im Ministerrate einen schweren Stand gehabt habe, bevor es ihm glückte, den Beschluß zu erwirken, daß der deutsche Kreuzer gekauft werden soll. Der Marineminister habe gar nicht zustimmen wollen und geäußert, so würde ihm sein ganzes Programm zerstört. Mahmud Schewket Pascha meinte, der Marineminister hoffe bestimmt, daß die Verhandlungen an irgend einer deutschen Bedingung oder am Kaufpreise scheitern würden. Der Marineminister setzte vor allem durch, daß, wenn die deutsche Regierung etwa die Bedingung stellen sollte, daß die beiden geplanten Linienschiffe auf deutschen Werften gebaut werden müßten, dies von selbst den Ministerratsbeschluß, den Kreuzer zu kaufen, umstieße. Der Kriegsminister meinte, außerdem sei Eile not, da sonst die Stimmung im Ministerrate vielleicht umschlagen könnte.

Mahmud Schewket Pascha bat mich ferner noch zu übermitteln, daß, wenn der Kauf unter den jetzigen Umständen nicht zustande käme, dies für ihn eine persönliche Niederlage bedeuten würde. Auch politisch verspricht Seine Exzellenz sich viel davon, wenn das erste große Kriegsschiff der neuen Türkei von Deutschland kommt.

von Strempel
Major und Militärattaché

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das darf unter keinen Umständen geschehen
[2] !
[3] wie damals in Spanien*
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich habe meine Stellung und Auffassung zu dieser Frage Osman Nizami gegenüber genau präzisirt, und hat er diese vollkommen anerkannt

* Für den Bau eines neuen spanischen Geschwaders war im Jahre 1908 ein allgemeiner Wettbewerb ausgeschrieben worden. Da aber durch ein Kompromiß zwischen der englischen und spanischen Regierung ausgemacht war, daß dieser Auftrag an die englische Industrie gehen sollte, so wurde allgemein angenommen, daß die englische Firma Vickers bei der Ausarbeitung des Bedingungsheftes direkt beteiligt gewesen wäre, wodurch eine erfolgreiche Bewerbung anderer ausländischer Firmen von vornherein ausgeschlossen geblieben sei.

Nr. 9812

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Reinschrift

Berlin, den 9. April 1910

Der Herr Reichskanzler ließ mich gestern rufen und zeigte mir den von Seiner Majestät zurückgelangten Bericht des Militärattachés in Konstantinopel, betreffend den Verkauf S. M. S. „Blücher", auf dem sich allerhöchste Randbemerkungen des Inhalts fanden, es dürfe nicht zugelassen werden, daß die Türkei ihre ganzen Flottenbestellungen in England mache*. Der Herr Reichskanzler führte aus, wenn man einmal die innerpolitischen Bedenken, die dem Verkaufe eines fertigen Schiffes an die Türkei entgegengestanden hätten, überwunden habe, so müsse der Verkauf auch in loyaler Weise geschehen, das heißt, es dürfe für das Schiff nicht wesentlich mehr als der Selbstkostenpreis gefordert und es dürften bei dem Verkaufe nicht Bedingungen gestellt werden, die für die Türkei zu belastend wären. Namentlich sollte der Türkei nicht auferlegt werden, daß sie künftighin ihren ganzen Marinebedarf bei uns bestelle. Dazu sei sie nicht in der Lage, und es genüge vollkommen, wenn man die Bedingung stelle, die Türkei solle sich mit ihren Marinebestellungen nicht gänzlich in die Arme von England werfen, sondern uns einen Teil derselben vorbehalten. Wolle man nicht auf diese Weise vorgehen, so wäre es besser gewesen, der Türkei den Verkauf des Schiffes überhaupt nicht anzubieten.

Der Herr Reichskanzler beauftragte mich, in diesem Sinne mit dem Vertreter von Exzellenz von Tirpitz zu sprechen.

Vizeadmiral von Capelle, den ich darauf aufsuchte, erwiderte auf meine dem vorstehenden entsprechenden Ausführungen folgendes:

Die innerpolitischen Bedenken, welche dem Verkauf eines fertigen Schiffes entgegenständen, würden nur unter der Bedingung beseitigt, daß die Türkei für die „Blücher" einen Kaufpreis bezahle, der die Marineverwaltung in den Stand setze, dafür ein modernes größeres Schiff bauen zu lassen, ohne einen Pfennig vom Reichstage in Anspruch zu nehmen. Ferner bestehe das große Bedenken, daß mit dem Verkauf der „Blücher" Einrichtungen zur Kenntnis der Türkei kämen, welche von der Marine bisher streng geheim gehalten worden wären. Mit Rücksicht hierauf sei nach den Beratungen mit Exzellenz von Schoen, von Tirpitz und von Müller von Seiner Majestät bestimmt worden, daß der Verkauf nur dann stattfinden solle, wenn die Türken sich zur absoluten Geheimhaltung dieser Einrichtungen verpflichteten und zugleich versprächen, bezüglich der türkischen Flotte ein ähnliches Verhältnis herzustellen, wie es zurzeit bei der türkischen Armee bestände**. Dadurch werde die Möglichkeit gegeben, daß das Schiff unter Führung eines deutschen Offiziers

* Vgl. Nr. 9811.
** Vgl. Nr. 9810.

bleibe und dadurch in der Tat das Geheimnis bezüglich seiner Einrichtung gewahrt würde. Zur Durchsetzung dieser Bedingung sei bei Gelegenheit der Beratungen noch die Möglichkeit gewesen, weil die Türken damals den englischen Admiral Gamble aus ihren Diensten entlassen hätten. Inzwischen hätten die Türken an Stelle von Gamble Admiral Williams negagiert; damit sei seiner — Capelles — Ansicht nach die Erfüllung der Bedingung unmöglich geworden und die Realisierung des Verkaufes ausgeschlossen. Selbstverständlich würde überdies, wenn man nach dem Wunsche des Herrn Reichskanzlers verfahren wollte, neuer Immediatvortrag bei Seiner Majestät erforderlich.

Von vorstehendem habe ich dem Herrn Reichskanzler heute Mitteilung gemacht, der darauf auch seinerseits die Ansicht äußerte, daß zu seinem großen Bedauern unter diesen Umständen an ein Zustandekommen des mit der „Blücher" beabsichtigten Geschäftes nicht mehr zu denken sei.

Den von Herrn von Strempel erstatteten Bericht habe ich Herrn Capelle zurückgelassen, der ihn ebenso wie den von mir übergebenen Privatbrief des Vertreters der Firma Krupp sofort Exzellenz von Tirpitz zur Kenntnisnahme zusenden wird.

Der Herr Reichskanzler bemerkte, es werde sich empfehlen, den Strempelschen Bericht tunlichst bald zurückzufordern und Seiner Majestät darüber Bericht zu erstatten, daß der Verkauf der „Blücher" voraussichtlich unmöglich sein werde, und daß damit die Handhabe, die Türkei an ausschließlichen Marinebestellungen in England zu hindern, uns aus der Hand geglitten sei.

Vizeadmiral von Capelle zeigte mir ein Schriftstück mit Randbemerkungen Seiner Majestät, welches, wie mir schien, der diesseitige Immediatbericht vom 1. April zu A 4144* war. Jedenfalls fanden sich auf dem Schriftstücke Randbemerkungen Seiner Majestät, die mir unbekannt waren. Es dürfte sich empfehlen, durch mündliche Anfrage bei Vizeadmiral Capelle festzustellen, ob dies richtig ist, und eventuell die Rücksendung des Immediatberichts anzuregen.

Stemrich

Nr. 9813

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 258
Ganz vertraulich

Wien, den 28. Mai 1910

Im Laufe eines längeren ganz vertraulichen Gesprächs, das ich heute mit Reschid Pascha** hatte, der soeben von einem mehrwöchentlichen

* Vgl. Nr. 9810 nebst Fußnote *.
** Türkischer Botschafter in Wien.

Aufenthalt in Konstantinopel hierher zurückgekehrt ist, ließ er bei der Schilderung der dort gewonnenen Eindrücke die Bemerkung fallen, daß die Entwicklung der türkischen Landmacht ja gute Fortschritte gemacht habe, daß aber die Stellung der Türkei im ganzen eine viel stärkere sein würde, wenn die türkische Flotte nur wenigstens über eine oder zwei Gefechtseinheiten mehr verfügen könnte. Die bestehende Flotte sei im ganzen relativ nicht schlecht, besonders die Armierung gut, und die Schießübungen hätten wirklich erfreuliche Resultate geliefert. Der Marineminister sei sein langjähriger intimer Freund, mit dem er über die Flottenverhältnisse eingehend Rücksprache gehalten habe. Der Minister wäre bereit, um die sehr fühlbare Lücke im gegenwärtigen Bestande der Schiffszahl auszufüllen, Schiffe anzukaufen. Reschid Pascha richtete im Anschluß hieran die Frage an mich, ob nicht in Deutschland ein oder zwei Schiffe sich auf einer der Werften im Bau befänden, die eventuell von der Türkei käuflich erworben werden könnten. Die Blättermeldung von der erfolgten Bestellung von Schiffen in England bezeichnete er als unzutreffend. Auf meine Erwiderung, daß mir darüber, ob auf deutschen Werften im Bau befindliche größere Kriegsschiffe zum Ankaufe disponibel wären, nichts bekannt sei, bat er mich ausdrücklich, hierüber unter der Hand Erkundigungen einzuziehen. Er könne sich natürlich formell heute nicht dafür verbürgen, daß die ottomanische Regierung den Plan des Schiffsankaufs sanktionieren werde; er kenne aber die Intentionen des Marineministers genau und wisse bestimmt, daß dieser nur die Gelegenheit suche, ein bis zwei größere Schiffe — der Botschafter sprach von großen Kreuzern oder Panzerschiffen zwischen 16 und 20000 Tonnen — anzukaufen.

von Tschirschky

Nr. 9814

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 743 Berlin, den 4. Juni 1910
Vertraulich

Nach vertraulich eingezogenen Erkundigungen sind die zurzeit auf deutschen Werften im Bau begriffenen größeren Kriegsschiffe zu meinem lebhaften Bedauern für den Verkauf an fremde Mächte nicht disponibel. Wenn sich die Türkei indes zu Neubestellungen von Kriegsschiffen in Deutschland entschließen wollte, würden sich die in Frage kommenden Werften gern angelegen sein lassen, den Wünschen der Hohen Pforte nach allen Richtungen, namentlich auch hinsichtlich Beschleunigung der Lieferung, tunlichst Rechnung zu tragen.

Euerer Exzellenz darf ich anheimstellen, Reschid Pascha in entsprechendem Sinne verständigen zu wollen, falls er auf die Angelegenheit zurückkommen sollte.

v. Schoen

Nr. 9815

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2
Vertraulich

Pera, den 6. Juni 1910

Großwesir hat mir heute folgendes im strengsten Vertrauen gesagt: Umlaufende Gerüchte über die Gründe, welche die Entlassung Marineministers Halil Paschas* herbeiführten, seien falsch. Er, der Großwesir selbst, habe die Entlassung bewirkt. Halil Pascha sei nämlich im Begriff gestanden, mit Armstrong und anderen englischen Häusern einen Vertrag über Lieferung von zwei Panzerschiffen à 16500 Tonnen und einem Panzerkreuzer von 12000 Tonnen . . . .** Diese Bestellung im Werte von über 5 Millionen Pfund übersteigt Finanzkraft der Türkei und die für die Marine ausgeworfenen Mittel. Als Hakki Pascha diese Bestellung inhibierte, hat Marineminister demissioniert.

Zu diesem Vorgehen hat den Großwesir zum Teil Hoffnung bestimmt, daß aus dem Ankauf des „Blücher" doch noch etwas werden könne. Der Ankauf dieses Schiffes würde gerade in der gegenwärtigen schwierigen äußeren Lage der Türkei einen tiefen Eindruck auf das türkische Volk machen. Die englandfreundliche Stimmung, die in zwei Jahren entstanden, sei infolge des Vorgehens Englands auf den verschiedenen Gebieten im Verschwinden begriffen, und immer mehr komme auch bei den Jungtürken Überzeugung zur Geltung, daß Deutschland wahre Freundschaft für die Türkei betätige. Diese Überzeugung werde neue Nahrung erhalten, wenn in diesem Augenblick türkische Wehrmacht durch ein bisher deutsches Schiff verstärkt werde.

Auch in der Kretafrage*** werde der Ankauf des „Blücher" günstig wirken. Die Pforte sehe ein, daß sie sich vorerst in eine dilatorische Behandlung der Frage durch die vier Mächte fügen und mit der Erhaltung des Status quo unter Zulassung der muhamedanischen Abgeordneten begnügen müsse. Erst wenn kretensische Abgeordnete nachkommen†, sei der Krieg unvermeidlich. Die im Augenblick in der Türkei bestehende geradezu gefährliche Erregung werde sich einigermaßen beruhigen, wenn die Türkei alsbald in den Besitz eines modernen Panzerschiffs gelangt,

---

* Sein Nachfolger wurde Salih Pascha.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Vgl. dazu Kap. CCIX.
† sic! Vermutlich falsche Zifferngruppe für „nach Athen kommen".

welchem Griechenland nichts Gleichwertiges entgegenstellen könne. Auch auf die Griechen würde die Tatsache einen moralischen Eindruck ausüben[1]. Hakki Pascha bat mich dringend, in diesem Sinne die Angelegenheit in Berlin wieder anzuregen.

Im Tone starker Verstimmung sagte mir Großwesir, Lowther habe ihm gestern vorgeworfen, die Erregung wegen Kreta sei von der Regierung künstlich angefacht worden, er habe diese Behauptung als völlig grundlos zurückgewiesen.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nicht zu unserem Vortheil! und bedenklich, da Griechenland von England gestützt wird das zu Gunsten Griechenlands gegen die Türkei front gemacht hat. Gegen die in großer Gefahr schwebende mir blutsverwandte griechische Dynastie, wäre es auch nicht verwandtschaftlich ihre Feinde zu stärken. Da sie ja mit der Hoffnung auf die Vereinigung Kretas mit Griechenland steht und fällt! Jetzt rüstet Griechenland! Vielleicht freilich mit Englischem Gelde: Würde ich jetzt die Türkei mit Schiffen so ostensibel stärken, daß sie im Falle eines Griechischen Confliktes, die letzteren mit Hülfe eines Deutschen Kriegsschiffes, ad hoc verkauft, schlägt; dann haben wir es wiederum nicht nur mit Griechenland sondern auch mit England zu thun, das mit der Mittelmeerflotte eingreifen würde. Wir haben bisher grundsätzlich abgelehnt, uns in die Cretafrage hineinziehen zu lassen. Der „Blücher" Verkauf an die Türkei würde jetzt uns direkt als Partheinahme in diesem Streit zu Gunsten der Türken ausgelegt werden, und die ganze Griechische Welt, die im Morgenlande immerhin zu beachten ist, gegen uns einnehmen, ebenso wie England es übelnehmen würde. Ich bin daher gegen den Verkauf.

Wilhelm I. R.

Nr. 9816

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Therapia, den 9. Juni 1910

Der Großwesir brachte heute nochmals das Gespräch auf den Ankauf des „Blücher". Er sagte, die Türkei lege den allergrößten Wert auf den möglichst baldigen Abschluß der Verhandlungen, denn Griechenland werde binnen kurzem von Italien den „Aweroff" erhalten und sich durch diesen Erfolg vielleicht zu unbesonnenen Schritten hinreißen lassen, die Griechen seien ganz unberechenbar. Die Lage ändere sich aber vollkommen, wenn die Türkei über den „Blücher" verfügen könne. Angesichts der schlechten Lage der türkischen Finanzen hoffe er, man werde sich zu Verkauf unter günstigen Bedingungen, wenn möglich zum Selbstkostenpreis entschließen; politisch würde damit für Deutschland ein bedeutender Erfolg gesichert sein. Denn die Türkei wisse den Wert eines solchen Dienstes in diesem Augenblick hoch zu schätzen.

Ich hatte den Eindruck, daß der Großwesir zur türkischen Flotte in ihrem heutigen Zustand kein großes Vertrauen hat, und daß er ferner den Krieg gern vermeiden will. Zum Schlusse meinte er, die Griechen würden wohl begreifen, daß die Entscheidung in letzter Linie nicht auf dem Wasser, sondern in Thessalien liege.

Miquel

Nr. 9817

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 292 Konstantinopel, den 9. Juni 1910
Vertraulich

Der Herr Chef des türkischen Generalstabes brachte mir gegenüber dieser Tage vertraulich das Gespräch auf den Ankauf eines großen, fertigen Kriegsschiffes in Deutschland. Ich sagte ihm, daß von deutscher Seite in dieser Angelegenheit das größte Entgegenkommen gezeigt sei, daß aber finanzparlamentarische Schwierigkeiten vorlägen, die mir diese Transaktion als wenig wahrscheinlich erscheinen ließen.

Daraufhin zog Izzet Pascha das „Taschenbuch der Kriegsflotten 1910" aus der Tasche und sagte mir, wenn die Frage des Schiffskaufes in Deutschland noch einmal von zuständiger türkischer Seite angeregt würde, solle ich von seiner Privatmeinung Gebrauch machen und der Erwägung anheimstellen, ob nicht ein oder zwei gebrauchte Panzerschiffe, die nach der Jahrhundertwende von Stapel gelaufen sind, zu normalen Preisen zu erwerben seien.

Er sehe die Lage Kretas wegen viel pessimistischer an als die Minister und glaube, daß der Frieden in diesem Jahre nur erhalten werden könne, wenn die Türkei schnell in den Besitz wenigstens eines starken Schiffes käme, da die Griechen wohl nicht würden umhin können, einen coup de tête zu machen, sobald der in Italien gebaute Kreuzer in ihren Besitz gelangt sein wird. Er glaube nicht, daß die griechische Regierung der Volksstimmung dann werde Einhalt gebieten können.

Daß Izzet Pascha der Ankunft des Kreuzers in Griechenland mit ganz besonderer Besorgnis um die Erhaltung des Friedens entgegensieht, hat er mir auch bei anderen Gelegenheiten, wo von Ankauf eines Schiffes in Deutschland gar nicht die Rede war, angedeutet. Diese Auffassung teilen auch die Generalstabsoffiziere im allgemeinen (Militärbericht 285 vom 23. 5. d. Js.).

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9818

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Therapia, den 21. Juni 1910

Rifaat Pascha bat mich heute, ihn aufzusuchen, und kam auf den Ankauf eines deutschen Kriegsschiffes zurück. Er sagte, wenn Seiner Majestät Schiff „Blücher" nicht mehr verfügbar sei, so ließ sich wohl ein anderes modernes Schiff finden, welches der Türkei abgetreten werden könne. Es würde ihr damit ein großer Dienst geleistet werden, da sie sich noch immer auf die Möglichkeit eines Krieges mit Griechenland gefaßt machen müsse. Das beste Mittel, die überreizten Griechen zurückzuhalten, sei der Erwerb eines Kriegsschiffs, welches die von Griechenland auf den „Aweroff" gesetzten Hoffnungen herabstimmen werde. Rifaat Pascha legte seinen Wunsch mit großem Nachdruck dar; ich habe ihm zugesagt, Euerer Exzellenz davon Kenntnis zu geben.

Miquel

Nr. 9819

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von Griesinger

Reinschrift

Berlin, den 23. Juni 1910

Nach dem beiliegenden Telegramm des Kaiserlichen Geschäftsträgers vom 21. d. Mts. Nr. 125* kommt die Türkei auf den Wunsch zurück, von unserer Marine ein Kriegsschiff zu erwerben. Die Beharrlichkeit, mit der die türkische Regierung diesen Wunsch uns gegenüber vorbringt, läßt das tiefe und dringende Bedürfnis erkennen, das bei ihr auf dem Gebiete der Kräftigung ihrer Wehrmacht zur See besteht. Daß sie sich zu diesem Zweck bis jetzt immer an uns gewendet hat, ist ein Beweis ihres Vertrauens in unsere Leistungsfähigkeit und unsere Freundschaft. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie, wenn sie an England mit derselben Bitte heranträte, der Erfüllung ihres Wunsches sicher sein könnte. Um so weniger kann uns England verübeln, wenn wir der Türkei in dieser Richtung Entgegenkommen zeigen. Denn wir würden ja gerade dadurch, daß wir eines unserer Kriegsschiffe an die Türkei verkaufen, dartun, daß wir den Ausbau unserer Marine keineswegs beschleunigen wollen, sondern sogar durch die Abgabe eines Schiffes an eine fremde Macht

---

* Siehe Nr. 9818.

geneigt sind, die Reibungsfläche in unseren Beziehungen zu England zu vermindern. Verhalten wir uns dem türkischen Wunsche gegenüber auf die Dauer ablehnend, so besteht die Gefahr, daß die Türken wieder auf ihren ursprünglichen Gedanken zurückkommen und ihre Marinebestellungen ausschließlich in England machen, was wir doch seinerzeit auf ausdrücklichen Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs im April d. Js.* inhibiert haben. Außerdem würden wir dadurch einer Annäherung der Türkei an England Vorschub leisten, die insbesondere durch die jüngste Haltung Englands in der Kretafrage und das dadurch neu entfachte Mißtrauen der Türkei gegen England wiederum in die Ferne gerückt erscheint. Wenn wir die Türkei solcherweise den Engländern in die Arme treiben, kämen wir aber von den Zielen ab, die Seine Majestät der Kaiser und König allerhöchstselbst unserer Politik gegenüber der Türkei gesteckt hat: der Heranziehung der Türken an uns und Österreich-Ungarn. Dazu kommt, daß, wie aus der St. Petersburger Berichterstattung bekannt ist, die Russen mit Rücksicht auf ihre schwache Befestigung im Schwarzen Meer ein Erstarken der türkischen Seemacht mit scheelen Augen betrachten. Wir würden also durch Verstärkung der türkischen Seemacht einen weiteren Keil in die Beziehungen Rußlands zur Türkei treiben.

Wenn endlich gegen die Berücksichtigung des türkischen Wunsches eingewendet wird, wir verstärkten dadurch die türkische Wehrmacht in einem Kriege gegen Griechenland, so ist dieser Einwand durch den Hinweis auf die Ereignisse im letzten türkisch-griechischen Kriege von 1897 zu entkräften. Auch heute wird wie damals die Entscheidung zu Lande und ein Aufrollen des griechischen Heeres durch die Türken sich so rasch vollziehen, daß ein Eingreifen der Marine kaum erforderlich würde — und an diesem Ergebnis wird ein Schiff mehr oder weniger auf türkischer Seite nichts ändern.

Seine Majestät der Kaiser und König hat wiederholt dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß wir zusammen mit Österreich-Ungarn die Türkei weniger durch diplomatische Verhandlungen als durch praktische Beweise auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete an uns heranziehen sollten. Einen solchen praktischen Beweis zu geben, bietet sich jetzt die Gelegenheit: Sie besteht in dem wohlwollenden Eingehen auf den türkischen Wunsch. Aus diesen Gründen kann nur aufs dringendste empfohlen werden, daß die Kaiserliche Marine in eine erneute Prüfung dieser für unsere politischen Interessen so ungemein wichtigen Frage eintritt und, wenn irgend möglich, der türkische Wunsch erfüllt wird.

von Griesinger

---

* Vgl. Nr. 9811.

Nr. 9820

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Kiel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 33 Kiel, den 26. Juni 1910

Wir sind außerstande, der Türkei einen Kreuzer aus den Beständen der Marine abzulassen. Wohl aber sind wir damit einverstanden, daß die Türkei einen der noch nicht von Stapel gelaufenen großen Kreuzer von einer deutschen Werft in ähnlicher Weise erwirbt, wie bei den Torpedobooten geschehen ist. Ein solcher Kreuzer wird nach Admiral von Tirpitz' Angaben „im Laufe des nächsten Jahres fertig"*. Die Marineverwaltung würde auch dafür sorgen, daß die Türkei bezüglich des Preises von der Werft in räsonnabler Weise behandelt wird. Allerdings müßte sich die Türkei schnell zum Kauf entschließen, damit wir bald den Ersatz in Auftrag geben können und keinen zu großen Zeitnachteil erleiden.

Admiral von Tirpitz wird an Osman Nisami, der hier ist, entsprechende Mitteilungen machen.

Osman Nisami sagte mir, daß das Geld für den Schiffskauf nicht vom Staat, sondern vom türkischen Flottenverein aufgebracht würde.

Vorstehendes auf mündlichen Vortrag bei Seiner Majestät.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9821

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 308
Vertraulich Therapia, den 3. Juli 1910

Seit etwa sechs Wochen habe ich es vermieden, mit dem türkischen Herrn Kriegsminister zusammenzutreffen, weil er das Gespräch doch immer auf ein totes Gleis brachte, nämlich auf ein in Deutschland zu kaufendes fertiges Kriegsschiff, und der deutsche und türkische Standpunkt in dieser Angelegenheit soweit auseinandergehen, daß ich an die Möglichkeit einer Einigung nicht zu denken wage.

Notgedrungen mußte ich aber gestern in Angelegenheit des Königlich Preußischen Intendanturrats Michael, der auf einer Dienstreise in Albanien an Typhus erkrankte und vor einigen Tagen hier starb, den Herrn Kriegsminister sehen. Er veranlaßte mich, etwas zu warten, da er in einer wichtigen Angelegenheit mit mir allein zu sprechen wünsche. Mahmud Schewket Pascha führte folgendes aus:

* Es handelte sich dabei um den Kreuzer „Moltke", dessen Abgabe jedoch nachher nicht für angängig erklärt wurde. Vgl. Nr. 9824.

„Ich freue mich, Sie vor Abschluß des mit den Engländern in diesen Tagen zu unterzeichnenden Schiffskontrakts zu sehen. Ich habe erfahren, wie großen Wert man in Berlin darauf legt, daß bei der Bestellung großer Kriegsschiffe Deutschland nicht unberücksichtigt bleibt.

Andererseits wissen Sie, daß die Bildung aller unserer Marineoffiziere in starker Anlehnung an alles Englische vor sich geht. Die englische Sprache ist obligatorisch. Fast alle unsere Seeoffiziere haben, wenigstens soweit sie in dieser Angelegenheit ihres Alters wegen in Betracht kommen können, ihre Studien zu einer Zeit gemacht, wo bei uns jedenfalls nur vom englischen Schiffsbau, bestimmt nicht vom deutschen gesprochen wurde. Und jetzt an der Spitze ein englischer Admiral mit guten englischen Hilfsoffizieren!

Als ich Ihnen zum ersten Male von dem Wunsche, ein großes, modernes, fertiges Kriegsschiff in Deutschland zu kaufen, sprach, wußte ich, einen wie schweren Stand ich hatte, denn schon damals war Voreingenommenheit gegen die deutsche Kriegsschiffsindustrie bemerkbar. Außerdem traten einige meiner Kollegen im Ministerrate sehr für England ein.

Nicht vier Wochen bin ich in Albanien gewesen, und doch habe ich bei meiner Rückkehr bemerkt, wieviel Boden diese Propaganda in dieser kurzen Spanne Zeit gewonnen hat. Wer dafür sorgt, können wir beide uns denken. Die plumpsten Behauptungen wurden ausgestreut, zum Beispiel, die neuesten deutschen Schiffe gingen 700 mm tiefer im Wasser als geplant; die Torpedobootzerstörer, speziell von Schichau, hätten im Interesse größerer Schnelligkeit zu kantige Formen pp. —

Wenn Deutschland jetzt nicht zugreift, so wird der deutsche Schiffsbau auf zehn Jahre von unserem Markte verdrängt. Auf zehn Jahre sage ich Ihnen, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß die Engländer uns kein erstklassiges Material liefern wollen, um uns an dem Aufbau einer leistungsfähigen Flotte zu verhindern. Auf ein Menschenalter geht Ihnen der Markt verloren, wenn die Engländer aber wirklich gutes Material liefern.

Ich möchte gern diejenigen Leute, welche Propaganda gegen die deutschen Schiffe machen, Lügen strafen. Ich versichere Sie aber, die einzige, allereinzigste Möglichkeit ist, daß uns Deutschland ein fertiges Schiff verkauft, und zwar mit bescheidenem Aufschlage. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht. Ich hoffe, von deutscher Seite wird man mich niemals dafür verantwortlich machen, daß wir den ungewöhnlich günstigen Moment, wo gerade Salih Pascha Marineminister ist, ungenützt haben vorüber gehen lassen.

Ich weiß nicht recht, ist man sich in Deutschland darüber klar, daß es sich um Erschließen bzw. Verschließen eines hoffentlich großen Marktes handelt. Um Ihnen zu beweisen, wieviel mir daran gelegen ist, ein fertiges Schiff zu bekommen, will ich Ihnen sagen, daß seit einiger Zeit auf meinen persönlichen Befehl ein Marineoffizier alle deutschen Werften besucht, um ein Schiff zu finden. Bekommt er dort nichts, so soll er meinetwegen ein österreichisches Schiff zu kaufen suchen. Ich er-

warte tagtäglich Bescheid von ihm. Zwei Gründe veranlassen mich ganz besonders, so zäh an meinem Gedanken festzuhalten: Erstens ein persönlicher, weil ich meinem ersten Mißerfolge vorbeugen möchte, zweitens: mehr als von irgend jemand anders erwartet das Vaterland von mir die Erhaltung des Friedens. Für den Frieden kann ich aber nur garantieren, wenn die Türken gleichzeitig mit den Griechen ein ebenbürtiges Schiff bekommen.

Die bewilligten 5 Millionen Pfund müssen nach England gehen, wenn es sich um Bestellung von Schiffen handelt. Nur der Ankauf eines fertigen Schiffes würde jetzt noch eine Abweichung davon ermöglichen.

Wenn Deutschland sich mit 10% Aufschlag begnügt, so könnte Ihre Regierung jetzt — zu Zeiten des bisherigen Marineministers nicht — die Bedingung stellen, daß von der nächsten Bewilligung von Geldern ein Teil nach Deutschland gehen muß.

Ich bitte Sie, diese meine Auffassung auf alle Fälle nach Deutschland zu melden, selbst wenn die Zeit nicht mehr reicht, daß Ihr Bericht, bevor es zu spät ist, an zuständiger Stelle gelesen wird. Denn wenn der Kontrakt mit den Engländern unterzeichnet ist, ist vorläufig bis auf weiteres kein Geld mehr vorhanden. Mein Unterstaatssekretär* hatte mir Ihren Besuch in der Angelegenheit Michael in Aussicht gestellt. Daher habe ich mit dem Marineminister vereinbart, durch irgend einen Vorwand oder Einwand die Kontraktunterzeichnung noch auf acht bis zehn Tage hinzuziehen. Viel Zeit ist also nicht mehr vorhanden."

Resümiere ich Mahmud Schewket Paschas Unterhaltung kurz, so hat er in den deutschen Schiffsbau größeres Zutrauen wie in den englischen und sieht die Lage folgendermaßen an:

„Im Sommer 1910 tritt eine weitere Großmacht in den Bereich der großen Flottenrüstungen ein.

Im Sommer 1910 fällt die Entscheidung, welches Land einige Hundert Millionen dafür einkassieren wird.

Noch zehn Tage hält Deutschland die Entscheidung in seiner Hand, dann wenigstens 10 Jahre lang England."

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9822

Der Gesandte in Athen Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Athen, den 8. Juli 1910

Naby Bey** sagte mir heute zum zweiten Male, daß die Zögerung Deutschlands, der Türkei ein dem „Aweroff" gleichwertiges Kriegsschiff

* Ali Risa Bey.
** Türkischer Gesandter in Athen.

zu verkaufen, das Bedauern seiner Regierung errege, die schon durch unsere dem englischen Standpunkt sich nähernde Ablehnung der Kretakonferenz beunruhigt sei. Nach seiner Kenntnis der türkischen Stimmungen werde im gegenwärtigen Moment Entgegenkommen Deutschlands in der Kreuzerfrage unauslöschlichen Eindruck auf seine Landsleute machen und die Türkei fester denn je an Deutschland ketten. Die Sache habe hohe politische Bedeutung.

Ich habe türkischem Gesandten erwidert, daß mir der Verminderung unseres Flottenbestandes um ein großes modernes Schiff erhebliche Bedenken entgegenzustehen schienen.

Wangenheim

Nr. 9823

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Athen Freiherrn von Wangenheim

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 572 Berlin, den 9. Juli 1910

Auf Telegramm Nr. 106* zu eventueller Verwertung gegenüber Naby Bey.

Ein bereits in die Marine eingestelltes Kriegsschiff können wir zu unserem Bedauern wegen etatsrechtlicher Schwierigkeiten nicht abtreten. Dagegen sind wir gern bereit, der Pforte größtes Entgegenkommen zu erweisen in der Frage des Erwerbs eines noch im Bau begriffenen großen Kreuzers. Diesbezügliche Verhandlungen schweben zurzeit zwischen uns, der Kaiserlichen Marine und den beteiligten Werften. Der hiesige türkische Botschafter wird darüber auf dem laufenden erhalten. Ein befriedigender Abschluß der Angelegenheit steht zu erwarten.

Unverständlich erscheint die Kritik des Gesandten an unserer Haltung in der Kretafrage. Wir stehen auf dem Standpunkte, der Türkei ein sehr freundschaftliches Entgegenkommen zu erweisen durch unsere Erklärung, daß wir jedem Arrangement zwischen der Pforte und den Schutzmächten, das die Souveränität des Sultans über die Insel unangetastet läßt und die Türkei befriedigt, von vornherein unsere Zustimmung in Aussicht stellen.

v. Schoen

* Siehe Nr. 9822.

Nr. 9824

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 87 Berlin, den 16. Juli 1910

Kreuzer „Moltke" nicht vor Mitte 1911 fertig und für Marine unentbehrlich. Dagegen sofortige Abgabe von zwei kriegsbrauchbaren Schiffen der Brandenburg-Klasse möglich. Preis je zehn Millionen und Überführungskosten. Nisami Pascha meldet Details dorthin. Zahlungsmodus: kleine Anzahlung sofort, Hauptwert 1. April 1911.

v. Schoen

Nr. 9825

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 Therapia, den 20. Juli 1910

Antwort auf Telegramm Nr.87*.

Großwesir ist für den Ankauf der zwei Kriegsschiffe der Brandenburg-Klasse sehr eingenommen, wenngleich diese nicht ganz seinem Wunsche entsprächen; die Hauptsache bleibe, daß Griechenland jede Neigung zum Kriege benommen werde**.

Miquel

Nr. 9826

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 258 Therapia, den 10. August 1910

Die Mißgunst der anderen Großmächte gegen die wirtschaftliche und politische Stellung Deutschlands in der Türkei ist gelegentlich des Ankaufs der beiden Kriegsschiffe „Weißenburg" und „Kurfürst Friedrich Wil-

* Siehe Nr. 9824.

** Tatsächlich wurde der Ankauf der beiden jüngsten Schiffe der Brandenburg-Klasse nämlich von „Kurfürst Friedrich Wilhelm" und „Weißenburg" perfekt. Der Kaufvertrag wurde am 5. August unterzeichnet. Die beiden Schiffe erhielten bei der Einstellung in den Dienst der türkischen Marine die Namen „Haïredin Barbarossa" und „Torgud Reïss".

helm" wieder stark zum Ausdruck gekommen. Daß der englische Herr Botschafter in privatem Kreise einige bittere Bemerkungen über diesen deutschen Erfolg auf dem Marinegebiet fallen ließ, ist verständlich. Höchst ungeschickt war aber die von der hiesigen englischen und französischen Presse eingeleitete Kampagne gegen die Schiffe der Brandenburg-Klasse. Diese Zeitungen haben den Bogen überspannt und sich dadurch die höhnischen Bemerkungen des „Tanin" zugezogen, wonach England froh sein müsse, wenn die deutsche Flotte durch die Kauflust der Türkei geschwächt werde. Die „Turquie", der „Stamboul", der „Levant Herald" wetteiferten in gehässigen Ausfällen über das Alter der Schiffe, ihre angebliche Langsamkeit, die Skrupellosigkeit des deutschen Handels und unsere ganze Stellung im Orient. Am weitesten ging die „Dépêche Ottomane" mit der Behauptung, der plötzliche Rückgang der Einnahmen des türkischen Flottenvereins sei auf das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die beiden veralteten deutschen Kriegsschiffe zurückzuführen.

Die englischen und französischen Organe haben sich mit ihren Verleumdungen umsonst Mühe gegeben. Auf die leitenden Persönlichkeiten haben sie nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Diese haben mir vielmehr ihre Zufriedenheit mit dem neuen Erwerb ausgesprochen. Ihre Auffassung findet sich auch in der türkischen Presse wieder. Sie schreibt, die Hauptsache, nämlich die sofortige Beschaffung von Äquivalenten für den von Griechenland erworbenen „Aweroff", sei erreicht. Beide Schiffe besäßen einen ausreichenden Gefechtswert. Man denke sogar daran, noch andere Kriegsschiffe von Deutschland zu kaufen[1], welches übrigens seine Dienste in keiner Weise aufgedrängt habe. Der englische und deutsche Maßstab gelte nicht für die Türkei oder Griechenland; für hiesige Verhältnisse genügten „Weißenburg" und „Kurfürst Friedrich Wilhelm" vollkommen.

Miquel

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gerne!

Nr. 9827

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 269 Therapia, den 23. August 1910

Die Vermehrung der türkischen Flotte hält dauernd das allgemeine Interesse wach. Der Marineattaché der hiesigen russischen Botschaft* richtete vertraulich an mich die Frage, ob Deutschland noch die beiden

---

* Schtscheglow.

übrigen Schiffe der Brandenburg-Klasse oder zwei Kriegsschiffe der Kaiser-Klasse der Türkei verkaufen werde. Als ich ihm entgegnete, daß mir von einem solchen Plan nichts bekannt sei, und daß ich diese Vermutung für durchaus unwahrscheinlich halte, meinte er, er käme nur darauf zu sprechen, weil von französischer Seite der Hohen Pforte wiederholt solche Absichten zugeschoben worden seien. Hierauf habe ihn seine Botschaft besonders aufmerksam gemacht, da es sich um eine für Rußland sehr wichtige Angelegenheit handele.

Dieselben Besorgnisse Rußlands treten in viel deutlicherer Weise in einem Artikel des „Moniteur Oriental" vom 22. d. Mts. zutage. Von der Überzeugung ausgehend, daß noch andere deutsche Kriegsschiffe in türkischen Besitz überführt werden, gibt das Blatt eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Verhältnisse im Schwarzen Meer und kommt zu dem Ergebnis, daß Deutschland zweimal Rußland genötigt habe, seine Schwarzmeerflotte zu verstärken: Zunächst durch die Haltung des Fürsten von Bismarck auf dem Berliner Kongreß und sodann durch die Rückenstärkung der Türkei im gegenwärtigen Augenblick. So friedlich Rußland auch gesinnt sei, müsse es doch eingedenk der Vergangenheit und der allgemeinen Bewaffnung Europas den Vorgängen in Konstantinopel die größte Aufmerksamkeit schenken, nachdem dort die Intervention Deutschlands die Lage zu seinen Ungunsten verändert habe.

Es konnte nicht ausbleiben, daß der mit Rußland in enger Verbindung stehende „Tanin" einige beruhigende Erklärungen zu diesem Thema abgab. Der Chefredakteur Hussein Dschahid entschuldigt in gewisser Weise die Türkei wegen der Verstärkung ihrer Flotte und versichert Rußland der freundschaftlichsten Gefühle. Gleichzeitig macht er einige Vorschläge, um für die Zukunft jede Mißhelligkeit im Schwarzen Meer zu vermeiden:

1) Rußland soll alle Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meer nach der Ostsee verlegen;

2) Das Schwarze Meer soll für neutral erklärt und von den türkischen Kriegsschiffen nicht mehr besucht werden.

An Selbstbewußtsein fehlt es Hussein Dschahid jedenfalls nicht. Rußland wird sich durch dieses Anerbieten kaum geschmeichelt fühlen und nicht daran denken, seine Stellung im nahen Orient in so eklatanter Weise zu schmälern.

Miquel

Nr. 9828

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 30. August 1910

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, alleruntertänigst zu melden, daß der türkische Botschafter, wie er mir soeben mitgeteilt hat, ein persönliches Telegramm von Seiner Majestät dem Sultan erhalten hat, worin höchstderselbe zum Ausdruck bringt, wie sehr er durch die Initiative, welche Euere Majestät bei der Angelegenheit des Schiffsverkaufs zu bezeigen geruht haben, bewegt sei, und worin er ihm befiehlt, Euerer Majestät die Gefühle aufrichtigster Dankbarkeit zu übermitteln.

Die Schiffe seien in vorzüglichem Zustand vor Konstantinopel eingetroffen. Auch von der türkischen Regierung ist Osman Nisami beauftragt, dem Dank derselben für die Überlassung der beiden Schiffe Ausdruck zu geben.

Euerer Majestät wage ich alleruntertänigst anheimzustellen, mich huldreichst ermächtigen zu wollen, Seiner Majestät dem Sultan auf diplomatischem Wege ein Wort Allerhöchstdero Befriedigung über den glücklichen Verlauf der Angelegenheit aussprechen zu lassen.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstückes:
Ja 31/VIII 10 W.

Nr. 9829

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179 Therapia, den 1. September 1910

Seine Majestät der Sultan bat mich bei dem gestern zu Ehren der deutschen Marineoffiziere veranstalteten Essen in Dolma Bagdsche, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige seinen und der ganzen ottomanischen Nation tiefgefühlten Dank für die Überlassung der beiden Kriegsschiffe zu übermitteln. Die Türkei werde den hochherzigen Dienst nicht vergessen, welchen Deutschland ihr in diesem kritischen Augenblick geleistet habe.

Ich erwiderte, man hege in Deutschland die aufrichtigste Hoffnung, daß die Kriegsschiffe der Türkei die erwarteten Dienste leisten möchten, und bat Seine Majestät, den Ausdruck ehrfurchtsvollen Dankes für den unseren Offizieren bereiteten glänzenden Empfang entgegennehmen zu wollen.

Miquel

Nr. 9830

Bericht des Militärattachés in Konstantinopel Majors von Strempel

Abschrift

Nr. 347 Konstantinopel, den 17. Dezember 1910

Vertraulich

Der türkische Marineminister* sagte mir vor kurzem, es sei ihm gemeldet worden, daß das ehemalige Linienschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm" jetzt nur noch acht bis höchstens zehn Knoten in der Stunde leisten könne. Die Zylinder seien zum Teil so ausgeleiert und die Kondensorröhren so geschwächt, daß ein genügender Druck, um 12 bis 14 Knoten zu leisten, nicht erzielt werden könnte. Ich wies darauf hin, daß beide Linienschiffe in tadellosem Zustande aus dem Verbande unserer Flotte ausgeschieden und ebenso übergeben und übernommen worden seien. Auch hätten sie bei den Probefahrten die volle Geschwindigkeit geleistet. Ich bat den Herrn Minister, sich persönlich davon zu überzeugen, daß beide Schiffe in der Tat vollkommen einwandfrei seien.

Heute bat mich nun Seine Exzellenz, ihn an Bord des „Haïredin Barbarossa" zu begleiten, da wir auf diese Weise gemeinschaftlich den wahren Sachverhalt feststellen könnten.

Was die beiden Zylinder anbetrifft, so arbeitete gerade in jedem ein Mann mit Schmirgelpapier, um viele, durch den langen Gebrauch entstandene Längsrillen, die aber nur Bruchteile von Millimetern tief sind, zu entfernen. Ich vertrat die Ansicht, daß diesem Umstande keinerlei Bedeutung zukäme, führte die Herren zu den nötigenfalls einzustellenden Reserveringen und drang mit meiner Ansicht auch durch.

Betreffs der Röhren war man gerade damit beschäftigt, eine vertikale Blechwand zu entfernen, um die Kondensorröhren herausnehmen zu können. Sichtbar waren sie nicht, als wir an Bord waren. Der Minister hat aber schon 8000 neue Röhren in Deutschland bestellt.

Bei dieser Gelegenheit konnte ich der Unterhaltung mehrfach eine solche Wendung geben, daß der Marineminister mit anhörte, wie der Kommandant und der Chefingenieur erklärten, daß alles übrige in bestem Zustande sei, was für eventuelle spätere Angriffe von Wert sein dürfte.

(Der Angriff im Senat vor einigen Wochen war lediglich aus persönlichen Gründen erfolgt.)

Soweit ich es beurteilen kann, wurde auf dem Schiffe alles sauber gehalten. Wäre Mahmed Muchtar zur Zeit des Verkaufes der Schiffe schon Minister gewesen, so hätte er sicher um einige deutsche Mechaniker usw. gebeten. Der Vorgänger hatte aber keine Initiative.

---

* Seit Anfang November 1910 Mahmed Muchtar Pascha.

Der Minister hat mir mehrfach gesagt, daß er die englischen Reformer als übles Vermächtnis des Großwesirs Kiamil Pascha empfinde. Er denke sie aber spätestens mit Kontraktschluß „los zu werden", den Admiral, dessen Kontrakt etwas länger dauere, vielleicht schon vor Ablauf desselben. Vorläufig denke er sich dies so: „Erst wird der Admiral von der Höhe des Befehlshabers auf die Stufe eines Advisers heruntertreten. Freundliche Worte würden dabei behilflich sein. Die Schreibstube für ihn sei aber schon ausgesucht. Damit habe er ihn dann vom Panzer „Messudije" herunter, wo ein fremder Admiral ganz überflüssig sei. In einem Jahre liefe der Kontrakt der fünf jüngeren Engländer ab. Diesen würde er nicht erneuern. Damit stünde der Admiral dann ganz in der Luft. (Doppelt richtig, denn die anderen englischen Offiziere sind nicht einzeln von der türkischen Regierung engagiert, sondern „für den Stab eines von der Türkei zu engagierenden englischen Admirals bestimmt".)

Dann würde der Moment gekommen sein, um deutsche Reformer zu erbitten." —

Von einem Admiral spricht der Oberst Mahmed Muchtar nicht, zumal er weiß, daß das Seeoffizierkorps einen fremden Admiral, welcher Nationalität auch immer, ungern sehen würde. Namentlich mit dem jetzigen Chauvinismus verträgt sich das Hervortreten eines einzelnen hochstehenden Ausländers nicht. Dann wird gleich von Bevormundung, wie sie früher üblich war, gesprochen. Ich muß aber anerkennen, daß man stille fremde Mitarbeit sehr schätzt!

Schon als Admiral Gamble durch Williams ersetzt wurde, hätte man am liebsten seinen ersten Offizier zu seinem Nachfolger gemacht. Aus politischen Rücksichten wurde schließlich doch ein Admiral genommen, der — ganz gegen jede Tradition — darauf verzichten mußte, in der türkischen Marine einen höheren Rang als in der englischen zu bekleiden.

Es ist bekannt, daß man in der Landarmee ebenso denkt. Außer Seiner Exzellenz dem Herrn Generaloberst Freiherrn von der Goltz würde man jeden anderen fremden General, namentlich wenn er höheren Rang als der eigene Kriegsminister hätte, als unerwünscht empfinden.

Das Gefühl der Offiziere in diesem Punkte mag sich mit der Zeit wieder ändern. Einen fremden Admiral würde man zurzeit aber nur dann für erträglich finden, wenn er in der Öffentlichkeit vollständigst zurückträte, und wenn er gewissermaßen durch das türkische Seeoffizierkorps lanciert werden würde. Zur Ausübung solcher Propaganda herrscht vorläufig noch manche Neigung. —

Bezüglich der Zeitungsnachrichten, daß jetzt wieder englische Offiziere und Ingenieure hierher bezw. türkische zur englischen Flotte und zu englischen Werften gehen würden oder kürzlich gegangen seien, sagte der Herr Minister mir, daß diese Nachrichten falsch seien und ganz verstummen würden.

Abgesehen von den 13 Offizieren in England, die gleichfalls eine Erbschaft von Kiamil Pascha seien, wären weitere Kommandierungen

nicht erfolgt. Wie die Herren übrigens verwendet würden, sei ihm nicht bekannt.

Würde das neue Marinebudget genehmigt, so hätte er Lust, die Seeoffiziere pp. zu gleichen Teilen nach Deutschland und nach England zu schicken, wenn Seine Majestät der Kaiser und König bezw. die englische Regierung die Aufnahme in die Kriegsmarine genehmigten.

Die nach diesem Plane zwei Jahre in England Gewesenen wolle er dann auf sechs Monate nach Deutschland schicken, und umgekehrt. Das wäre auf den ersten Blick ein neuer Gedanke, nicht ganz gewöhnlich. Daß Deutschland oder England irgendeinen Argwohn diesen Seeoffizieren entgegenbringen würde, glaube er nicht. Auf ganz neue Schiffe würde man die Türken so wie so nicht nehmen. Das sei auch gar nicht nötig.

Er sei überzeugt, daß dieses Austauschverfahren alle türkischen Marineoffiziere von der Überlegenheit des deutschen Dienstbetriebs, Materials usw. überzeugen würde. Dadurch könnte man in der Marine eine deutschfreundliche Stimmung erzeugen, während bisher fast alles auf Grund der englischen Erziehung nach England neigte. Etwas besser sei das natürlich schon geworden.

Er überlege sich zurzeit, ob es nicht empfehlenswert wäre, einige der besten Zöglinge der hiesigen Marineschule auf das entsprechende deutsche Institut zu schicken.

Über die nächste Zukunft der türkischen Flotte sprach sich Mahmed Muchtar folgendermaßen aus:

„Eine größere Übungsfahrt lasse ich vor dem Frühjahr nicht ausführen. Erst muß alles gründlich repariert sein. Dann will ich jetzt gleich ein größeres Seekriegsspiel veranstalten, welches dem Ernstfalle möglichst Rechnung trägt. Auf Grund der dabei zu machenden Erfahrungen werden die Schiffe dann in Verbänden zusammengefaßt werden. In einem Monat sollen die Geschütze zu den Schichau-Torpedozerstörern eintreffen, in zwei Monaten die Kondensorröhren für „Haïredin Barbarossa", in drei Monaten der vor drei Jahren in Italien bestellte Kreuzer (Typ „Medjidije").

In fünfzehn Monaten, hoffe ich, werden die jetzt öffentlich auszuschreibenden Neubauten für zwei kleine Kreuzer, vier Torpedozerstörer, acht Hochseetorpedoboote und ein Unterseeboot fertiggestellt sein.

Im Frühjahr 1911 wird die türkische Flotte also in einem brauchbaren Zustande sein,

im Frühjahr 1912 den nächstliegenden Aufgaben gewachsen sein."

(gez.) von Strempel
Major und Militärattaché

Nr. 9831

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 4 Pera, den 9. Januar 1911
Vertraulich

Nachdem der Großwesir und Rifaat Pascha mir in den letzten Tagen bereits den Wunsch der türkischen Marine ausgesprochen hatten, ein neues deutsches Unterseeboot zu besitzen, hat mich heute der Marineminister Mahmed Muchtar aufgesucht und mir folgendes gesagt:

Vor kurzem seien auf der Germaniawerft in Kiel drei Unterseeboote für die Kaiserliche Marine erbaut worden, die nach Urteil der Sachkenner das Vollendetste darstellen, was bisher auf diesem Gebiete konstruiert worden sei. Die türkische Marine habe nun den dringenden Wunsch, eines dieser Boote zu kaufen. Ein von dem Botschafter Osman Nisami in dieser Richtung unternommener Versuch habe jedoch einen Erfolg nicht gehabt. Die Gründe, welche das Reichsmarineamt zu dieser Haltung bestimmt, seien an sich wohl begreiflich. Man wisse in Berlin, daß in der türkischen Marine englische Offiziere tätig seien, und fürchte, daß durch diese die Konstruktion der Boote in den Einzelheiten bekannt werden könnte. Dem gegenüber verpflichte er sich, alle Garantien für die Geheimhaltung anderen Nationen gegenüber zu geben. Er wolle einen deutschen Offizier, zwei Unteroffiziere und eventuell einen Ingenieur speziell für dieses Boot engagieren und ein strenges Verbot dahin erlassen, daß kein fremder Offizier und überhaupt niemand, der auf dem Boote nicht amtlich beschäftigt sei, an Bord desselben zugelassen werde. Dieses Verbot solle in einer Form erfolgen, daß dasselbe bei einem Wechsel in der Person des Marineministers fortdauernd in Geltung bleibe. Der alsbaldige Ankauf eines Unterseebootes sei für die Türkei auch darum eine dringende Notwendigkeit geworden, weil die Griechen in den letzten Tagen ein solches Boot von der französischen Regierung gekauft und damit die griechische Marine eine neue Waffe erhalten hätte, welcher die Türkei bisher nichts entgegenstellen könne. Das sei ein auch politisch nicht wünschenswerter Zustand.

Vertraulich fügte Mahmed Muchtar hinzu: er verfolge bei dem Ankauf des Unterseeboots und der Engagierung von Deutschen für dessen Betrieb noch einen weiteren Zweck, nämlich allmählich die englischen Offiziere zu entfernen und durch deutsche zu ersetzen. Die Herbeiziehung englischer Marinereformer sei ein „Unfug“ gewesen, der Kiamil Pascha zur Last falle. Die Ersetzung dieser Reformer durch deutsche Offiziere werde wesentlich unauffälliger sich gestalten, wenn beim Ablauf der Kontrakte der Engländer bereits ein „Kern“ von deutschen Offizieren und Unteroffizieren in türkischen Diensten sich befinde.

Mahmed Muchtar bat mich dringend, seine Bitte, die er zugleich im Namen aller Minister stellte, bei Seiner Majestät dem Kaiser zu befürworten. Die Erfüllung derselben würde ein neuer großer Dienst Seiner Majestät des Kaisers sein, welchen Deutschland der Türkei erweise.

Marschall

Nr. 9832

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 14. Januar 1911

Ich habe Seiner Majestät den Bericht Marschalls vom 9. d. Mts. Nr. 4* vorgetragen. Seine Majestät sind mit dem Verkauf des Unterseeboots unter den von der Türkei angebotenen Garantien für Geheimhaltung im Prinzip einverstanden, aber Türkei soll dabei in geeigneter Weise nahegelegt werden, daß dieser neue große Freundschaftsdienst, den wir ihr erwiesen, uns zu der Erwartung berechtige, daß sie bei ihren weiteren Schiffsbauten die deutsche Industrie bedenken werde. Weitere Gegenbedingungen sind nicht zu stellen.

Seine Majestät hielt den Gedanken Mahmed Muchtars für glücklich, nach Engagierung der Deutschen für die Bedienung des Unterseeboots allmählich die englischen Offiziere zu entfernen und durch deutsche zu ersetzen.

Seine Majestät besprach darauf die Angelegenheit in meiner Gegenwart auch mit dem Admiral von Tirpitz, der der Entscheidung Seiner Majestät in allen Punkten beipflichtete. — Die Formulierung der Garantien für die Geheimhaltung wird zweckmäßig in Fühlung mit dem Reichsmarineamt zu erfolgen haben.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9833

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 Pera, den 17. Januar 1911

Rifaat Pascha und Mahmed Muchtar Bey, denen ich die befohlene Mitteilung gemacht habe, baten mich, Seiner Majestät dem Kaiser sowie der Kaiserlichen Regierung den wärmsten Dank für das in dieser wichtigen Frage erwiesene Entgegenkommen zu übermitteln. Mit der direkten

---

* Siehe Nr. 9831.

Behandlung der Frage der Geheimhaltung durch das Reichsmarineamt und den türkischen Botschafter sind beide Minister einverstanden*. Was die Schiffsbestellungen betrifft, so sagt mir Mahmed Muchtar, wenn ein Dreadnought gebaut werde, so müsse dies auf Grund von früheren bestimmten Zusagen in England geschehen**. Dagegen werde er dahin wirken, daß die Geschütze desselben bei Krupp bestellt würden. Außerdem werde die Marine zwölf Torpedobootzerstörer in Deutschland bestellen.

Marschall

---

* Über die weitere Entwicklung der Angelegenheit ist aus den Akten des Auswärtigen Amts nichts zu entnehmen. Der Ankauf des Unterseeboots seitens der Türkei ist vor dem Kriege nicht mehr zustande gekommen, anscheinend infolge des türkisch-italienischen und der folgenden Balkankriege. Auch sonst haben mit Ausnahme von vier Torpedobootzerstörern, die schon im Sommer 1910 von Deutschland erworben waren, keine größeren Schiffskäufe seitens der Türkei mehr stattgefunden.

** Tatsächlich wurde im August 1911 ein Dreadnought von 23430 Tonnen in England (bei Vickers in Barrow) bestellt.

Kapitel CCXIII

Österreich-Ungarisch—Italienisches Balkanabkommen vom 30. November / 15. Dezember 1909

Nr. 9834

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 207
Ganz vertraulich

Wien, den 13. Juni 1909

Baron Aehrenthal zog, als ich ihn gestern besuchte, mit etwas sarkastischem Lächeln ein Telegramm des Grafen Lützow* aus Rom aus seiner Mappe hervor und sagte, er wolle mir ganz vertraulich Kenntnis geben von der neuesten Idee, mit der Herr Tittoni an ihn herangetreten sei. Der italienische Minister habe ihm vorgeschlagen, eine Abmachung zwischen Italien und Österreich-Ungarn dahin zu treffen, daß keiner dieser beiden Staaten ohne Wissen des andern mit einem Dritten ein Abkommen bezüglich des Balkans solle abschließen dürfen. Ein solches Abkommen würde die guten Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn wesentlich fördern und zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens beitragen.

Baron Aehrenthal meinte, Herr Tittoni müsse ihn für sehr naiv halten, wenn er glaube, daß er auf diesen Leim hereinfallen werde. Nachdem Italien im Laufe der jüngsten Annexionskampagne alles versucht habe, um unter Umgehung Österreich-Ungarns direkt mit Rußland zu einem Balkanabkommen zu gelangen**, und Herr Tittoni die Unverfrorenheit gehabt habe, öffentlich von einem solchen direkten italienisch-russischen Abkommen in einer Weise zu sprechen, daß jeder glauben mußte, es sei tatsächlich — und zwar gegen Österreich — bereits zustande gekommen***, wolle er jetzt — nachdem er selbst nicht reüssiert habe — auch Österreich für alle Zukunft die Möglichkeit abschneiden, zu einer direkten Verständigung mit Rußland in den Balkanfragen zu gelangen. Außerdem stelle Herr Tittoni mit diesem Vorschlage Italien als Balkanmacht in eine Reihe mit Österreich-Ungarn und Rußland, was er, Baron Aehrenthal, keinesfalls zugeben könne. Er werde also dem italieni-

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Rom.

** Vgl. dazu Kap. CCXIV. Nr. 9877.

*** In seiner Kammerrede vom 4. Dezember 1908 hatte Tittoni unter anderem gesagt: „Die Annäherung zwischen Italien und Rußland, der Herr Iswolsky und ich unsere Arbeit widmeten, ist heute vollendete Tatsache und wird nicht ohne wichtige Folgen für die Zukunft bleiben". Italien, der Dreibund und die Balkanfrage. Eine Auswahl Reden von T. Tittoni, S. 278.

schen Minister in höflichem Tone antworten lassen, daß er nach Lage der Dinge keinen Anlaß zu einem solchen Abkommen erblicken könne. Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien hätten in dem bestehenden Allianzvertrage ihre feste Grundlage, und das gegenseitige Vertrauen würde einer anderweiten besonderen Stärkung gewiß nicht bedürfen, solange die gegenseitigen Beziehungen nicht nur durch den Buchstaben, sondern auch durch den Geist dieses Bündnisses beherrscht würden.

Der Minister bemerkte dann schließlich noch, er werde, getreu seiner von Anfang an befolgten Politik, fortfahren, den italienischen Bundesgenossen freundlich und zuvorkommend zu behandeln, um ihn „bei der Stange zu halten". Das beweise er auch neuerdings wieder dadurch, daß er trotz der Taktlosigkeit, die in der Einladung Österreich-Ungarns zu der Feier anläßlich des Jubiläums der Errichtung des geeinigten Königreiches liege, seinem Kaiser um des lieben Friedens willen geraten habe, die römische Ausstellung offiziell zu beschicken. Es sei gewiß das gute Recht der Italiener, ihre nationalen Feste zu feiern; aber sie hätten dazu nicht die ganze Welt einzuladen gebraucht. Wenn zum Beispiel Deutschland seinerzeit die 50jährige Wiederkehr der Errichtung des Reiches zu feiern beabsichtigen sollte, so würde es diesen nationalen Gedenktag voraussichtlich im Rahmen eines nationalen Festes feiern, aber schwerlich die ganze Welt, und besonders Frankreich, dazu einladen. Herr Tittoni sei ein echter Italiener: sowie er seine Lage etwas gebessert und er sich selbst wieder fester fühle, schwelle ihm gleich wieder der Kamm.

von Tschirschky

Nr. 9835

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 96 Rom, den 15. Juni 1909

Streng vertraulich

Der Herzog von Avarna* ist für einige Tage in Rom, und Herr Tittoni hatte mich gestern abend zu sich gebeten, um mir vertrauliche Mitteilungen über die leitenden Gedanken einer Instruktion zu machen, welche er dem Botschafter zur Einleitung von Verhandlungen mit Baron Aehrenthal über die Balkanfrage mitzugeben beabsichtigt.

Der Gedankengang Herrn Tittonis ist folgender: Artikel VII des Dreibundvertrages verpflichte Österreich und Italien, sich gegenseitig über ihre Absichten im Balkan zu unterrichten. Das Mürzsteger Abkommen sei mit dem Geiste des Vertrages nicht vereinbar gewesen. Soweit er es aus den hiesigen Akten feststellen könne, sei Italien damals von dem Wiener Kabinett keine vorherige Verständigung zugegangen, die

* Italienischer Botschafter in Wien.

Bitte Prinettis, an dem Abkommen beteiligt zu werden, sei abgeschlagen worden. Herr Tittoni leugnet selbst nicht, daß es unter der Ära Zanardelli-Prinetti für Österreich vielleicht schwer gewesen wäre, mit Italien zu verhandeln. Wie dem auch sei, ein zweites Mürzsteg würde für Italien das Ende des Dreibundes bedeuten, „et quant à moi, je quitterais la Consulta dans les 24 heures parce que je n'y aurais plus rien à faire."

Er, der Minister, habe den Gedanken einer gemeinsamen Vereinbarung über die Balkanfragen zwischen Italien, Österreich und Rußland schon im vorigen Herbst gehabt und ihn auch Baron Aehrenthal und Herrn Iswolsky gegenüber geäußert*. Letzterer schiene der Sache nicht abgeneigt gewesen, Baron Aehrenthal habe geantwortet — es war kurz vor der bosnischen Annexion —, der Moment dazu erschiene nicht geeignet. Alle weiteren Verhandlungen seien dann durch die Annexion und die darauf folgende Krisis auch von selbst abgebrochen worden. Aber grade letztere habe nur zu sehr die Gefahren, die aus den Balkanfragen für das österreichisch-italienische Bündnis entstehen könnten, an den Tag gelegt. Natürlich sei es das Interesse wie aller anderen Mächte so auch Italiens, die Türkei so lange als möglich zu erhalten. Aber die Entwickelung der Dinge daselbst, die untoward events nicht ausschlösse, ließe es auch besonders wünschenswert erscheinen, sich über gewisse Fragen einig zu werden.

Die Hauptpunkte, die er Baron Aehrenthal für eine Verständigung vorschlagen wolle, seien diese: 1. dürfe Italien ohne Österreich und dieses ohne Italien nichts unternehmen oder mit andern vereinbaren. 2. müsse, nachdem Österreich auf seine Vorrechte im Sandschak verzichtet habe, auch ein eventuelles österreichisches Vorgehen — bewaffnetes Einschreiten etc. — auf diesem Territorium als unter Artikel VII des Bündnisvertrages fallend anerkannt werden, das heißt nur nach vorheriger Verständigung mit Italien erfolgen können.

Sei man erst über diese prinzipiellen Punkte einig, so würden sich auch weitere Detailfragen leichter regeln lassen.

Es erscheint dem Minister wünschenswert, auch mit Rußland zu einer gemeinsamen Verständigung — einem accord à trois — zu gelangen. Jetzt freilich wäre der Moment dazu wohl noch nicht gekommen. Die Erregung in Rußland über die bosnische Annexion müßte sich erst noch etwas legen. Da aber der Besuch des Zaren in Italien für den Herbst angekündigt worden, hofft Herr Tittoni vielleicht dann die Gelegenheit wahrnehmen zu können, um die russischen Staatslenker über diese Frage zu sondieren.

Der Minister will mit dem Herzog Avarna vor dessen baldiger Abreise nach Wien die Instruktion schriftlich fixieren und beabsicht gt, eine Abschrift derselben Herrn Pansa** zugehen zu lassen, um sie zu Euerer Durchlaucht vertraulichen Kenntnis zu bringen.

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIII, Nr. 8942 und 8944.

** Italienischer Botschafter in Berlin.

Ich vermute, daß Herr Tittoni Euere Durchlaucht bitten lassen wird, behufs Sicherung des Bündnisses seine Absichten in Wien freundschaftlich zu unterstützen. Eine etwaige prinzipiell ablehnende Haltung Baron Aehrenthals den Wünschen Herrn Tittonis gegenüber würde meines gehorsamsten Dafürhaltens letzteren sehr deroutieren und womöglich in ein ganz konträres Fahrwasser werfen.

Jagow

Nr. 9836

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Flotow

Nr. 1039 — Berlin, den 19. Juni 1909
Ganz geheim — [abgegangen am 20. Juni]

Mit Bezug auf den gefälligen Bericht Nr. 207 vom 13. d. Mts.*, den ich mit Interesse gelesen habe, lasse ich Ew. Exzellenz anliegend Abschrift eines Berichtes des Kaiserlichen Botschafters in Rom vom 15. d. Mts. über eine italienisch-österreichisch-russische Vereinbarung in Balkanfragen** mit der Bitte zugehen, den Inhalt zur Kenntnis des Barons Aehrenthal zu bringen und folgendes hinzuzufügen:

Die am Schlusse des Berichtes aus Rom in Aussicht gestellte italienische Eröffnung sei hier noch nicht gemacht worden, wir seien daher noch nicht in die Lage gekommen, dazu Stellung zu nehmen. An sich verstände ich ganz wohl den Standpunkt, den Baron Aehrenthal der italienischen Anregung gegenüber eingenommen habe. Bei dem aufrichtigen Interesse, das wir an der Machtstellung Österreich-Ungarns wie an dem persönlichen Erfolge des Herrn Ministers nähmen, glaubte ich jedoch dem letzteren nicht verschweigen zu dürfen, daß es nach Nachrichten, die uns aus geheimer, aber ganz unanfechtbarer Pariser Quelle zugingen, sicher sei, daß weniger Italien in St. Petersburg, als vielmehr Rußland in Rom ein russisch-italienisches Sonderabkommen über den Balkan betreibe. Allerdings würden die Verhandlungen in Rom bisher dadurch gehemmt, daß Fürst Dolgoruki*** alt und müde und Baron Korff† kein ausreichender Ersatz für solche Verhandlungen sei. Nachrichten, die wir aus St. Petersburg erhielten, bestätigten diese Pariser Meldung. Unter solchen Umständen stellte ich doch zur Erwägung, ob es nicht besser sei, die Vorschläge des Herrn Tittoni nicht a limine abzuweisen, da es nicht ausgeschlossen wäre, daß der italienische Minister ein Abkommen mit Österreich wünsche, um sich in Italien und namentlich gegenüber dem Drängen des Königs und der Königin von Italien zu einem Arrangement mit Rußland darauf berufen zu können.

* Siehe Nr. 9834.
** Siehe Nr. 9835.
*** Russischer Botschafter in Rom.
† Botschaftsrat bei der russischen Botschaft in Rom.

Die letzten Berichte des Grafen Pourtalès vor der Begegnung der beiden Kaiser* deuteten darauf hin, daß die Animosität in Rußland gegen die Zentralmächte noch recht lebhaft wäre, und daß auch die konservativen Kreise, die den Einfluß auf die Regierung mehr und mehr zurückgewönnen, wieder stark mit panslawistischen und panorthodoxen Ideen kokettierten. Ich überließe es natürlich ganz dem Baron Aehrenthal, wie er sich entscheiden wolle, hätte ihm aber nur die vorstehenden streng vertraulichen Anhaltspunkte geben wollen, damit er jedenfalls in der Lage sei, die Angelegenheit nach allen Richtungen zu prüfen.

Bülow

Nr. 9837

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 211 Wien, den 24. Juni 1909

Ganz geheim

Unter Bezug auf Erlaß Nr. 1039 vom 19. Juni**.

Auftrag ausgeführt. Freiherr von Aehrenthal läßt Euerer Durchlaucht angelegentlichst danken für Mitteilungen, die für ihn von großem Werte seien, um so mehr als Herzog von Avarna Angelegenheit hier bisher noch nicht zur Sprache gebracht habe.

Der Minister pflichtet Euerer Durchlaucht darin durchaus bei, daß es nach Lage der Verhältnisse unklug sein würde, Herrn Tittonis Eröffnungen a limine abzuweisen. Er werde dies keinenfalls tun, sondern die Sache möglichst dilatorisch behandeln. Der zweite Punkt des Tittonischen Vorschlags — nach Verzicht Österreichs auf den Sandschak müsse ein Vorgehen der Monarchie auf diesem Territorium als unter Artikel VII des Bündnisvertrags fallend angesehen werden — biete zudem günstige Gelegenheit, in Pourparlers einzutreten, denn er erkenne dessen Berechtigung durchaus an. Freilich stelle sich diese Proposition kaum als geeignet für eine besondere Abmachung dar, sie sei vielmehr nur ein Kommentar zu dem angeführten Artikel des Bündnisvertrags.

Was den ersten Punkt des Tittonischen Vorschlags anlange, so glaubte Freiherr von Aehrenthal, daß ein Eingehen darauf nicht angezeigt sein wird, und betonte auch heute, daß seiner Ansicht nach angesichts des Dreibundsvertrages und der bestehenden Abmachung mit Italien über Albanien das Substrat für eine besondere Abmachung über den Balkan fehle. Er verstehe die Besorgnisse des italienischen Ministers nicht recht. Eine erneute Auflage des Mürzsteger Programms sei ausgeschlossen, da

* Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCVI, Nr. 9547 und 9834.
** Siehe Nr. 9836.

eine Einwirkung der Mächte auf die Verwaltung türkischen Gebiets bis auf weiteres außerhalb der praktischen Möglichkeit liege. Er habe außerdem Herrn Tittoni wiederholt ausdrücklich erklärt, daß Österreich-Ungarn eine Politik des Status quo und der Nichtintervention am Balkan führen werde; diese Erklärung in Verbindung mit den Bestimmungen und dem Geist des Bündnisvertrages, deren strikte Einhaltung seitens Österreichs Herr Tittoni zu bezweifeln keinen Anlaß habe, müßten Herrn Tittoni ausreichend erscheinen, um sich vor Überraschungen von hier aus gedeckt zu fühlen.

Wenn übrigens Herr Tittoni behaupte, der Gedanke einer entente à trois vor der Annexion sei von ihm, Freiherrn von Aehrenthal, abgelehnt worden, so entspreche dies nicht den Tatsachen. Nachdem Herr Iswolsky seine Zustimmung zur Annexion gegeben, habe er, Freiherr von Aehrenthal, im Gegenteil den russischen Minister ausdrücklich ermächtigt, Herrn Tittoni bei seiner demnächstigen Begegnung mit ihm davon zu sprechen. Die Sache sei nur deshalb nicht zustande gekommen, weil Herr Iswolsky dann in Paris und London seine Haltung plötzlich geändert habe.

Daß Rußland in Rom den Abschluß eines russisch-italienischen Sonderabkommens über den Balkan betreibe, halte er, Freiherr von Aehrenthal, gewiß nicht für unwahrscheinlich. Er traue dem italienischen Minister zwar manches zu, daß er aber im Widerspruch mit dem Bündnisvertrag direkt gegen Österreich Verpflichtungen eingehen werde, das wolle er doch bis zum Gegenbeweis für ausgeschlossen halten. Um der Sache auf den Grund zu kommen, beabsichtige er deshalb bei dieser Gelegenheit den Herzog von Avarna zu fragen, was denn die von Herrn Tittoni seinerzeit in der Kammer erwähnte Entente mit Rußland* enthalte. Er sei wohl berechtigt zu dieser Frage, einmal aus dem Geist des Bündnisvertrages heraus und auch aus dem Grunde, weil der Mürzsteger Vertrag — den Herr Tittoni eben für nicht vereinbar mit diesem Geist halte — nicht geheim, sondern ganz öffentlich abgeschlossen worden sei.

Rußlands Absicht bei seinem Anerbieten in Rom laufe wohl darauf hinaus, sich für den Fall von Umwälzungen in der Türkei einen Partner gegen Österreich zu sichern. Gehe man in Rom hierauf ernstlich ein, so würde das eine Lösung des Bündnisvertrages und Bündnisverhältnisses bedeuten; denn eine Abmachung Italiens mit Rußland über die gegenseitige Stellungnahme im Falle von Umwälzungen am Balkan im Rahmen dieses Bündnisses sei nicht denkbar.

Der Minister resümierte sich schließlich dahin, daß er in freundlicher Form auf den Vorschlag Herrn Tittonis eingehen, ihn möglichst dilatorisch behandeln und bezüglich des Punkts zwei bereitwilligstes Entgegenkommen zeigen werde.

von Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 9834, Fußnote ***.

Nr. 9838

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 220 Wien, den 1. Juli 1909

Baron Aehrenthal brachte mir gegenüber heute das Gespräch wieder auf die jüngste italienische Anregung wegen Abschlusses einer Abmachung über den Balkan und gab mir den Entwurf des Berichts zu lesen, den der Herzog von Avarna nach seiner Unterredung mit ihm an Herrn Tittoni zu senden beabsichtigt, der ihm vom italienischen Botschafter zur Verfügung gestellt und zur Prüfung überlassen worden war. Der Bericht deckt sich in allen wesentlichen Punkten mit dem, was ich über die Stellungnahme des Ministers zu den Vorschlägen des Herrn Tittoni Euerer Durchlaucht zu berichten die Ehre gehabt habe. Er enthält die rückhaltslose Zustimmung Baron Aehrenthals zu dem Punkte betreffend den Sandschak und führt weiter die von mir gemeldeten Argumente an, aus denen dem Minister eine besondere Abmachung bezüglich des anderen Punktes nicht erforderlich erscheint. In höflicher Form wird auch bemerkt, daß es der Minister mit Dank erkennen würde, Näheres über die von Herrn Tittoni seinerzeit in der Kammer erwähnte Entente zwischen Italien und Rußland* bezüglich des Balkans zu erfahren.

Nach inzwischen erfolgter erneuter Prüfung der Angelegenheit glaubt jetzt Baron Aehrenthal die Möglichkeit gefunden zu haben, doch auch über den zweiten obenerwähnten Punkt zu einer positiven Abmachung mit Herrn Tittoni gelangen zu können, und zwar in einer Form, die auch Italien in erwünschter Weise bindet. Er wird deshalb den Herzog von Avarna ersuchen, in seinen Bericht noch folgenden Vorschlag einzufügen:

Für den Fall, daß der Status quo am Balkan ernstlich bedroht wäre, verpflichten sich die beiden Staaten, wie dies schon in Desio 1907** besprochen worden sei, zu einer Politik der Nichtintervention. Sie erklären es deshalb als mit dem Geiste des Bündnisvertrages nicht vereinbar, Abmachungen mit einer dritten Macht zu schließen, die dieser Politik strikter Nichtintervention widersprechen und sich auf das türkische Reich beziehen.

Die letzten Worte vorstehenden Satzes lauten in Baron Aehrenthals Entwurf: et qui ont rapport à l'Empire Ottoman. In der ursprünglichen Fassung, die vom Referenten dem Minister vorgelegt wurde, lauteten sie: et qui ont rapport aux Balkans. Der Minister hat die erstere Fassung hineinkorrigiert, weil, wie er mir sagte, er damit klar zum Ausdruck bringen wolle, daß auch die Stadt Konstantinopel mit inbegriffen sei und er mit dieser Fassung der Abmachung eine erweiterte Geltung, zum Beispiel auch für Afrika verschaffe. Auf die Frage des Ministers, was ich zu

* Vgl. Nr. 9834 Fußnote ***.

** Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7693 nebst Fußnote.

dieser Korrektur meine, habe ich mich dahin ausgesprochen, daß die Fassung aux Balkans mir besser scheine als die Fassung à l'Empire Ottoman. Daß auch die Stadt Konstantinopel mit unter den Begriff aux Balkans falle, sei wohl zweifellos[1]. Das ganze Abkommen stelle sich als ein speziell für den Balkan bestimmtes dar, und ich sei der Ansicht, daß der Ausdruck aux Balkans mehr in den Rahmen eines solchen Abkommens passe wie der weitere à l'Empire Ottoman, ganz abgesehen davon, daß, wie ich glaube, Österreich-Ungarn kein Interesse daran habe, Italien in seinen afrikanischen Aspirationen hemmend in den Weg zu treten.

Baron Aehrenthal will die Sache noch mit seinem Referenten besprechen und wird uns über den weiteren Gang der Verhandlungen dauernd auf dem laufenden erhalten.

von Tschirschky

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
Dann müßte es besser heißen: péninsule balkanique.

Nr. 9839

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 107 Rom, den 2. Juli 1909
Ganz geheim

Bei dem heutigen Diplomatenempfang übergab mir Herr Tittoni die Instruktion an den Duca d'Avarna, betreffend eine Vereinbarung in Balkanfragen, mit dem Anheimgeben, von dem ziemlich umfangreichen Schriftstück zu Hause Kenntnis zu nehmen und ihm dasselbe dann zurückzusenden. Der Minister fügte hinzu, daß eine Abschrift der Instruktion vor zwei Tagen an den Botschafter Pansa behufs Mitteilung an Euere Durchlaucht abgesandt worden sei.

Er habe, so sagte Herr Tittoni weiter, ein Telegramm vom Duca d'Avarna erhalten, wonach Baron Aehrenthal dem einen seiner Wünsche — Anerkennung der Geltung des Artikels VII des Dreibundsvertrages auch für den Sandschak — ohne weiteres zugestimmt, hinsichtlich des anderen Punktes — der Vereinbarung über Balkanfragen — aber gewisse Reserven gemacht und sich eine Antwort vorbehalten habe. Ein ausführlicher Bericht des Wiener Botschafters stehe in den nächsten Tagen noch zu erwarten.

Ich erwiderte dem Minister, daß es mir verständlich wäre, wenn Baron Aehrenthal sich die Frage überlegen wolle, die Angelegenheit schiene bei der jetzigen politischen Konstellation ja auch keine besondere Eile zu haben. Herr Tittoni pflichtete dem bei; andererseits aber, meinte

er, wäre es gerade jetzt leichter, über die Frage zu verhandeln, wo die bestehende Spannung zwischen Österreich und Rußland eine Vereinbarung zwischen diesen Mächten fürs erste unwahrscheinlich mache, als zu anderen Zeiten, wo eine solche Vereinbarung eventuell vor der Türe stände. Der Minister betonte nochmals, wie wichtig für ihn und seine Dreibundspolitik die Sicherheit wäre, daß Italien sich nicht eines Tages wieder einem „zweiten Mürzsteg" gegenüber befinden könne. Wenn eine diesbezügliche Vereinbarung mit Österreich natürlich auch geheim bleiben müsse, so würde ihr Vorhandensein ihm doch die Möglichkeit geben, allen Widersachern des Dreibundes und speziell des österreichischen Bündnisses mit gutem Gewissen zu erklären, daß Italien keinerlei Überraschungen seitens Österreichs zu befürchten habe.

Daß die Redaktion des Schriftstückes, welches die Desiderata des Ministers mit dreieinhalb Seiten Rekriminationen einleitet, nicht gerade glücklich ist, wird denjenigen weniger wundernehmen, der die Ungelenkigkeit Tittonis in diplomatischen Formen zu beobachten Gelegenheit gehabt hat. Der frühere Präfekt ist ungleich gewandter auf dem Gebiet der inneren Politik und als Parlamentarier als wie in der Handhabung diplomatischer Mittel und Gebräuche. Auch die Darlegung seiner Wünsche, die nur die Möglichkeit eines österreichisch-russischen Abkommens behandelt, ohne die von Italien zu gewährende Reziprozität zu erwähnen, läßt an Präzision zu wünschen übrig. Der Vergleich zwischen den deutsch-österreichischen und italienisch-österreichischen Beziehungen hinkt vollends. Ein Gemisch einseitig naiver Auffassung und formaler Ungeschicklichkeit. Aber es ist nicht meine Aufgabe, den Schriftsatz des Ministers zu kritisieren, und man muß dem Takt des Duca d'Avarna vertrauen, daß er dasselbe dem österreichischen Minister nicht wörtlich vorgelesen hat, eine Gefahr, die freilich nicht ganz ausgeschlossen erscheint, da mir die Tätigkeit des peinlich genauen Botschafters hier öfters als die eines „Phonographen" bezeichnet wurde.

Nach der Auffassung Herrn Tittonis hat das Mürzsteger Abkommen nicht dem Geist des Artikels VII des Dreibundvertrages entsprochen, und ich glaube, daß er die Stimmung in seinem Lande darin völlig richtig beurteilt, daß ein weiteres Abkommen zwischen Österreich und Rußland über den Balkan unter Ausschluß Italiens hier das Ende des Dreibundes bedeuten würde. Es ist auch zu fürchten, daß Herr Tittoni — wie wohl jeder seiner eventuellen Nachfolger — im Falle einer österreichischen Ablehnung sich versucht und durch den Mürzsteger Vorgang quasi berechtigt fühlen würde, sich auf einseitige Verhandlungen mit Rußland einzulassen, falls die Möglichkeit sich hierzu bietet. Erörterungen über die sachliche oder formelle Berechtigung der Tittonischen Auffassung, wie sie Baron Aehrenthal Herrn von Tschirschky gegenüber gemacht hat, können an dieser Tatsache nichts ändern, mit welcher Österreich zu rechnen haben wird. Ob die Bindung der österreichischen Bewegungsfreiheit auf dem Balkan Italien gegenüber mit höheren Interessen der

Donaumonarchie sich vereinbaren läßt, bezw. ob die Sicherung des Bündnisses diesen Preis lohnt, ist nicht Sache meiner Beurteilung. Ich halte es nur für meine Pflicht, auf die Wirkungen aufmerksam zu machen, welche meiner Ansicht nach eine Ablehnung der italienischen Wünsche auf den Dreibund und speziell die österreichisch-italienischen Beziehungen haben kann. Seit der Aufteilung der nordafrikanischen Küste unter andere Mächte, und seitdem die Erkenntnis des geringen Wertes des tripolitanischen Reststückes hier allgemeiner geworden ist, hat das italienische Expansionsbedürfnis sein Interesse immer mehr dem gegenüberliegenden Balkan zugewendet. Es mag mehr Gefühls- als Verstandslogik sein, wenn man von der Ausbreitung des benachbarten Österreichs einen gefährlicheren Druck befürchtet als von einem Vordringen der panslawistischen Welt bis zur Adria und zum Mittelmeer. Zuerst zeigte sich diese Richtung der italienischen Wünsche in den Aspirationen auf Albanien. Seit dem Viscontischen Vertrage* haben sich diese Velleitäten so ziemlich gelegt. Sollte es nicht möglich sein, durch eine weitere Vereinbarung auch der italienischen Unruhe bezüglich der übrigen Balkangebiete einen neuen Zügel anzulegen?

Aus dem Bericht des Kaiserlichen Herrn Botschafters in Wien vom 24. Juni**, welchen Euere Durchlaucht die Güte hatten mir mitzuteilen, ersehe ich, daß sich ein Mißverständnis eingeschlichen hat, das in einer Unvollständigkeit meiner Berichterstattung seinen Grund zu haben scheint, und das ich daher aufklären möchte. Baron Aehrenthal spricht von einer „den Tatsachen nicht entsprechenden" Behauptung Herrn Tittonis, daß „der Gedanke einer entente à trois vor der Annexion von ihm, Aehrenthal, abgelehnt worden sei". In dieser Weise hat sich Herr Tittoni mir gegenüber nicht ausgedrückt. Als der Minister bei unserer ersten Unterredung von seinem Wunsche nach einer österreichisch-russisch-italienischen Abmachung sprach, äußerte er, daß er sowohl bei Herrn Iswolsky als seitens des österreichischen Ministers Verständnis für seine Gedanken gefunden zu haben glaube. Da ich jedoch nicht ganz frei von einem gewissen Mißtrauen gegen die Mitteilungen Herrn Tittonis war, suchte ich diesen Punkt noch näher aufzuklären und frug im weiteren Verlauf des Gesprächs nochmals direkt, ob er seinerzeit die Zustimmung der beiden Minister — besonders auch des Baron Aehrenthal — zu seinem Plane gehabt habe. Herr Tittoni antwortete darauf, Herr Iswolsky sei ihm in Desio*** sehr bereit erschienen, und er, Tittoni, habe sich darauf (kurz vor oder nach der Annexion?) nochmals mit Baron Aehrenthal in Verbindung gesetzt†, aber von diesem die Antwort erhalten, daß der Moment nicht geeignet erscheine. Ich hatte in meinem Bericht nur diese letzte Äußerung Herrn Tittonis erwähnt.

Jagow

---

* Vgl. Bd. XVIII, Kap. CXXII, Nr. 5719.
** Siehe Nr. 9837.
*** Vgl. Bd. XXVI, Kap. CXCIII, Nr. 8935, S. 43, Fußnote ** und Nr. 8941 Fußnote ***.
† Vgl. Bd. XXVI, Kap. CXCIII, Nr. 8944.

Nr. 9840

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Geheim Berlin, den 28. Juli 1909

Der italienische Botschafter hat mir gestern mündlich von den zwischen Rom und Wien schwebenden Verhandlungen über eine Balkanabmachung Kenntnis gegeben, die uns aus den Berichten aus Wien und Rom bekannt sind.

Ich habe für die Eröffnungen gedankt und unsere Sympathien für die Grundgedanken einer derartigen Abmachung ausgesprochen.

Herr Pansa fügte noch vertraulich hinzu, Fürst Bülow, mit dem er vor kurzem die Sache besprochen, habe die Ansicht geäußert, daß bei dem Wunsche Herrn Tittonis nach einer Balkanverständigung mit Österreich-Ungarn wohl russische Einflüsse mitbestimmend seien. Er, Pansa, könne nunmehr auf das bestimmteste versichern, daß dies nicht der Fall sei, daß auch zwischen Italien und Rußland keine besondere Balkanabmachung bestehe und die in den letzten Jahren bemerkbar gewordene Annäherung zwischen Italien und Rußland keinen anderen Untergrund habe als den Wunsch, den schon so lange ausstehenden Gegenbesuch des Zaren beim König von Italien zu ermöglichen.

v. Schoen

Nr. 9841

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 28. Juli 1909

Der Botschafter Pansa entwickelte mir heute die Vorschläge, welche Herr Tittoni an Baron von Aehrenthal wegen eines Balkanabkommens gemacht habe, in derselben Weise, wie er es gestern dem Staatssekretär Freiherrn von Schoen gegenüber* getan hat. Neu war die vorsichtige Andeutung, daß Italien unsern Beitritt zu einem solchen Abkommen in engerer oder loserer Form gern sehen würde. Ich habe mich hierzu nicht geäußert, sondern mich darauf beschränkt, unsere Sympathie mit den Grundzügen der Tittonischen Vorschläge zu bekunden. Über den Wunsch de donner de bons conseils au Baron Aehrenthal bin ich mit Stillschweigen hinweggegangen. Übrigens erkannte es Herr Pansa als berechtigt an, daß Baron Aehrenthal sich den zweiten Vorschlag genau überlegen wolle, da er immerhin un engagement sérieux enthalte. End-

* Vgl. Nr. 9840.

lich bestätigte er auch mir, daß italienisch-russische Abmachungen nicht getroffen seien.

In seiner Kritik über die Politik Aehrenthals bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina war der Botschafter sehr lebhaft.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9842

Note

Unsignierte Ausfertigung
Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich
am 4. August 1909 übergeben

Geheim Berlin, den 3. August 1909

Bei der Beurteilung der Vorschläge des römischen Kabinettes ist Baron Aehrenthal von den folgenden zwei Gesichtspunkten ausgegangen:

Die ganze Orientierung der österreichisch-ungarischen Politik sowie die europäische Konstellation überhaupt ließen es als wünschenswert erscheinen, die Beziehungen der Monarchie zu dem italienischen Verbündeten, die nach einer Periode der Abkühlung wohl im Zusammenhange mit der glücklichen Überwindung der Annexionskrise wieder dem Allianzgedanken entsprechender geworden waren, durch ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Desiderien Herrn Tittonis neuerlich zu festigen. Andererseits mußte es aber vermieden werden, die Monarchie durch zu weit und zu sehr ins Detail gehende Abmachungen mit dem italienischen Kabinett in ihrer Aktionsfreiheit auf dem Balkan und dritten Mächten gegenüber — soweit Balkanfragen in Betracht kommen — allzusehr zu hemmen.

Daher hat Baron Aehrenthal zu dem Herrn italienischen Botschafter in Wien sich dahin ausgesprochen, daß, was den ersten Punkt seiner Ausführungen, die Eventualität einer Wiederbesetzung des Sandschaks von Nowipasar durch die Monarchie, anbelange, das K. und K. Kabinett vollkommen die Anschauungen Herrn Tittonis teile und sie in den Bestimmungen des Allianzvertrages begründet finde. Baron Aehrenthal nehme also keinen Anstand anzuerkennen, daß im Sinne des Artikels VII des Dreibundvertrages Italien das Recht zustehe, Kompensationen zu verlangen, falls die Monarchie sich durch den Gang der Ereignisse gezwungen sähe, ganz oder teilweise den Sandschak von Nowipasar oder irgend einen anderen Teil des türkischen Staatsgebietes zu okkupieren.

Hinsichtlich des zweiten Punktes der italienischen Vorschläge hat sich der K. und K. Minister reservierter geäußert, indem er darauf hinwies, daß die Bestimmungen des Artikels VII des Dreibundvertrages wohl als ausreichend zu betrachten seien, und daß andererseits trotz der gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten in der Türkei tiefgehende Umwälzungen wohl in nächster Zukunft nicht zu befürchten wären. Sollte aber der

Status quo auf dem Balkan einmal als bedroht erscheinen, so hielte Baron Aehrenthal an seiner im Jahre 1907 in Desio* geäußerten Ansicht fest, daß auch in diesem Falle für Österreich-Ungarn wie für Italien das Prinzip der Nichteinmischung maßgebend zu sein hätte. Von diesem Gedanken ausgehend, fände er es übrigens im Geiste des Allianzvertrages gelegen, wenn das Wiener und das römische Kabinett die Verpflichtung übernähmen, beziehungsweise aufrecht erhalten, sich gegenseitig jeden Vorschlag einer dritten Macht mitzuteilen, welcher dem Prinzipe der Nichtintervention widersprechen und auf eine Änderung des Status quo auf dem Balkan oder in den türkischen Gebieten am Adriatischen und am Ägäischen Meere abzielen würde.

Speziell im zweiten Teile seiner Erwiderung an Herzog von Avarna war der K. und K. Minister bemüht, weitergehende Engagements als jene, welche der Artikel VII des Dreibundvertrages auferlegt, nicht einzugehen und besonders den im italienischen Vorschlag enthaltenen direkten Hinweis auf Rußland zu vermeiden. Durch die gewählte Textierung glaubt Baron Aehrenthal die Anregung Tittonis auf das Terrain der Reziprozität zurückgeführt und auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade die Gewähr erlangt zu haben, daß Italien nicht hinter dem Rücken Österreich-Ungarns ein Sonderabkommen in Balkanfragen mit England oder Frankreich abschließt.

Baron Aehrenthal, der bereits durch Herrn von Tschirschky die Kaiserlich Deutsche Regierung im großen und ganzen im laufenden über seine Besprechungen mit Rom gehalten hat, gibt sich der Zuversicht hin, daß seine entgegenkommende und dem Wortlaute des Dreibundvertrages konforme Stellungnahme in Berlin volles Verständnis finden werde.

Nr. 9843

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 5. August 1909

Baron Aehrenthal hat uns vor ein fait accompli gestellt, da er seine Antwort an Italien bereits erteilt hat. Unter diesen Umständen würden wir durch eine nachträgliche abfällige Kritik seiner Antwort wohl kaum etwas anderes als eine Verstimmung in Wien erreichen. Es dürfte indes auch kein Anlaß vorliegen, Baron Aehrenthal unsere Zustimmung zu seiner Antwort an Herrn Tittoni zu versagen, da diese Antwort dem Standpunkte Rechnung trägt, den wir Baron Aehrenthal durch Herrn von Tschirschky haben entwickeln lassen. Baron Aehrenthal hat anfänglich wenig Neigung gezeigt, auf die Tittonischen Vorschläge überhaupt einzugehen. Wir haben ihm daher geraten, die Vorschläge nicht a limine

* Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7693 nebst Fußnote.

abzuweisen, da es nicht ausgeschlossen erscheine, daß der italienische Minister ein Abkommen mit Österreich wünsche, um sich in Italien und namentlich gegenüber dem Drängen des Königs und der Königin von Italien zu einem Arrangement mit Rußland darauf berufen zu können. Wir haben ihm aber gleichzeitig ausdrücklich erklärt, daß wir es natürlich ganz ihm überließen, wie er sich entscheiden wolle. Für unsere Stellungnahme ist die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß Italien möglichst gehindert werden müsse, hinter dem Rücken der Dreibundgenossen mit dritten Mächten Abreden über den Balkan zu treffen, die unserer Status-quo-Politik widersprächen. Diesem Gesichtspunkte trägt Baron Aehrenthals Antwort Rechnung. Der österreichische Minister eignet sich in der Sandschakfrage völlig Tittonis Standpunkt an. Hinsichtlich des Balkans bekennt er sich von neuem zur Aufrechterhaltung des Status quo und zur Nichtintervention selbst für den Fall, daß der Status quo einmal bedroht erscheinen sollte. Ob der letzte Passus in dieser allgemeinen Fassung glücklich redigiert ist, kann fraglich erscheinen. Wir haben wie Österreich-Ungarn an der Aufrechterhaltung des Status quo ein dringendes Interesse. Sollte eine dritte Macht daran rütteln, so würde ein gänzliches Desinteressement für uns kaum, für Österreich-Ungarn als Nachbarstaat aber wohl keinesfalls möglich sein. Verständlich erscheint aber die von Baron Aehrenthal gewählte Fassung mit Rücksicht auf Italien. Während Österreich-Ungarn öffentlich auf die Expansionsgelüste au delà de Mitrowitza verzichtet hat und es mit diesem Verzicht zurzeit wenigstens völlig ehrlich meint, lebt Italien andauernd in der illusorischen Hoffnung, das Adriatische Meer zu einem italienischen mare clausum zu machen und zu diesem Zwecke seine albanischen Aspirationen zu verwirklichen. Es ist daher begreiflich, wenn Baron Aehrenthal durch Wiederholung seines bereits im Jahre 1907 in Desio bekundeten Standpunkts diesen Aspirationen möglichst die Spitze abzubrechen und Italien zum Stillhalten zu verpflichten sucht. Zu diesem Zwecke muß Italien vor allem verhindert werden, hinter unserem Rücken mit irgendeiner Ententemacht Vereinbarungen über Balkanfragen zu treffen, die eine Änderung des Status quo herbeiführen könnten. Dieser Zweck wird erreicht, wenn die beiden Mächte sich dem Aehrenthalschen Vorschlage entsprechend ausdrücklich verpflichten, sich gegenseitig den Vorschlag einer dritten Macht mitzuteilen, welcher dem Prinzipe der Nichtintervention widersprechen und auf eine Änderung des Status quo auf dem Balkan oder in den türkischen Gebieten am Adriatischen und am Ägäischen Meere abzielen würde. Eine solche Vereinbarung würde lediglich eine authentische Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages darstellen.

Unter diesen Umständen dürften wir der vorliegenden Mitteilung Baron Aehrenthals unbedenklich zustimmen können.

v. Schoen

Nr. 9844

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 6. August 1909

Ich habe dem österreichisch-ungarischen Botschafter für die geheime Mitteilung über die zwischen Wien und Rom schwebenden Verhandlungen gedankt und gebeten, Baron Aehrenthal unseren verbindlichsten Dank dafür zu übermitteln, daß er uns auf dem laufenden hält.

Es freue uns, aus den Mitteilungen zu entnehmen, daß Baron Aehrenthal den italienischen Wünschen entgegenzukommen sich entschlossen hat. Mit dem Grundgedanken der Aehrenthalschen Vorschläge seien wir ganz einverstanden, namentlich mit der Erwägung, daß Engagements, die über den Artikel VII des Dreibundvertrages hinausgehen, zu vermeiden sind. Glücklich erscheine uns der ganz im Geiste des Dreibundes liegende Gedanke, daß beide Kabinette ausdrücklich die Verpflichtung übernehmen, sich gegenseitig jeden Vorschlag einer dritten Macht mitzuteilen, welcher dem Prinzip der Nichtintervention widersprechen und auf eine Änderung des Status quo abzielen würde. Es erscheine uns aber zugleich erwägenswert, ob es sich, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, nicht auch empfehle, die Bestimmung des Dreibundsvertrages „à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions" durch die neue Abmachung aufrecht zu erhalten.

Wir würden es mit Dank erkennen, auch weiterhin über den Fortgang der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten zu werden.

Ich habe dem Botschafter auch gesagt, daß auch der italienische Botschafter hier kürzlich mündliche Mitteilungen über die schwebenden Verhandlungen gemacht und dabei auf das bestimmteste versichert habe, daß italienisch-russische Balkanabmachungen nicht bestehen.

v. Schoen

Randvermerk Stemrichs:

Der österreichisch-ungarische Botschafter, der heute auf die hier fragliche Angelegenheit zurückkam, sagte mir, er habe den Eindruck, Exzellenz von Schoen sei der Meinung, es seien oder sollten noch schriftliche Abmachungen bezw. ein Notenaustausch zwischen Österreich-Ungarn und Italien stattfinden — eine Ansicht, die vielleicht durch den in dem Memorandum gebrauchten Ausdruck „Textierung" hervorgerufen worden sei. Tatsächlich sei dies nicht der Fall. Es habe nur ein mündlicher Meinungsaustausch stattgefunden, womit die Angelegenheit erledigt sei.

Stemrich 7/8.

Nr. 9845

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 330 Wien, den 18. Oktober 1909

Ganz vertraulich

Graf Aehrenthal ließ mich heute zu sich bitten, um mir die neuste Phase in den österreichisch-italienischen Verhandlungen wegen eines Abkommens betreffend den Balkan mitzuteilen. Der Minister übergab mir zunächst die hier unter A* gehorsamst angeschlossene Abschrift des letzten von Herrn Tittoni an den Herzog von Avarna gerichteten Privatbriefs. Wie bereits anderweit gemeldet, äußert Herr Tittoni darin den Wunsch, das in Aussicht genommene Abkommen zu erweitern und neben den beiden schon beiderseits angenommenen Punkten noch die Bestimmung aufzunehmen, „que les deux parties contractantes s'engagent à ne pas conclure des accords avec la Russie sans l'intervention de l'autre".

In den letzten Tagen hat nun Herr Tittoni dem Grafen Aehrenthal den Entwurf einer dieses gewünschte Engagement enthaltenden präzisen Formel durch den Herzog von Avarna zustellen lassen, die hier unter B** gleichfalls gehorsamst beigefügt ist. Graf Aehrenthal ist bereit, diese Formel zu akzeptieren. Er wird in seiner Antwort, die er heute dem Herzog von Avarna geben wird, nur eine einzige kleine Änderung vorschlagen, nämlich für die Worte „soit admise à y prendre part" die Worte „y participe" zu setzen. Die italienische Fassung könnte, wie Graf Aehrenthal bemerkte, auch die Auslegung zulassen, daß die beiden kontrahierenden Staaten das Recht hätten, ein Abkommen mit Rußland zunächst selbständig abzuschließen und dann nachträglich dem anderen Teil den Beitritt anzubieten. Wenn Graf Aehrenthal auch nicht glaubt, daß Herr Tittoni — wie auch aus dessen Briefe zu entnehmen — etwa absichtlich diese Zweideutigkeit habe hineinbringen wollen, so halte er es doch für alle Fälle besser, eine ganz klare Fassung zu wählen.

Des weiteren teilte mir Graf Aehrenthal mit, der Herzog von Avarna habe bei Übergabe der Formel im Auftrage seines Ministers die ausdrückliche Erklärung hinzugefügt, Italien habe keinerlei Abkommen mit Rußland über den Balkan, weder ein schriftliches noch ein mündliches. Der Minister will sich mit dieser mündlichen Erklärung zufrieden geben, von der Ansicht ausgehend, daß, wenn Herr Tittoni ihn hintergehen wolle, er dies auch schriftlich tun würde. Jedenfalls wird er aber dem italienischen Botschafter gegenüber ausdrücklich und formell von der betreffenden Erklärung Akt nehmen.

* Siehe Anlage A.
** Siehe Anlage B.

Große Bedeutung mißt Graf Aehrenthal dem von Herrn Tittoni vorgeschlagenen zweiten Teile der auf Anlage B aufgezeichneten Formel bei, derzufolge die Abmachung devrait avoir la même durée que celle du traité de la triple alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la triple alliance. Einerseits werde damit das Interesse Italiens an einer Erneuerung des Dreibundes wesentlich erhöht, und andererseits enthalte schon das in Aussicht genommene Abkommen alles das, was im Interesse des Dreibundes über dessen Balkanpolitik bei eventueller Erneuerung des Dreibundes etwa zu stipulieren sein würde, nämlich das Prinzip der Erhaltung des Status quo und dasjenige der Nichtintervention für den Fall von Konflikten in jenen Gegenden. Besonders wertvoll erschien dem Minister dieser letztere Punkt, der Italien verhindert, selbständig und eigenmächtig einzugreifen bei kriegerischen Verwickelungen auf dem Balkan.

Graf Aehrenthal bat mich, vorstehendes ganz vertraulich zu Euerer Exzellenz Kenntnis zu bringen mit dem Hinzufügen, daß er seinem italienischen Kollegen vorschlagen werde, — analog dem Vorgange bei dem österreichisch-italienischen Abkommen über Albanien — das vorliegende Abkommen nach dessen Abschlusse — den sich Graf Aehrenthal in Form eines Notenwechsels denkt — formell dem deutschen Bundesgenossen zu notifizieren.

von Tschirschky

Anlage A

Je me réjouis avant tout de constater que le Comte d'Aehrenthal, en admettant le bien fondé des considérations que je vous avais communiquées et dont vous vous étiez fait l'interprète auprès de lui, a reconnu à l'Italie le droit de demander des compensations dans le cas où la Monarchie austro-hongroise serait amenée, par la force des évènements, à occuper en tout ou en partie le Sandjak de Novi-Bazar ou n'importe quelle autre région de l'Empire Ottoman.

Quant au second point que je vous avais signalé, le Comte d'Aehrenthal consentirait à ce que les Cabinets de Rome et de Vienne prissent l'engagement de se communiquer réciproquement toute proposition qui leur serait faite par une tierce Puissance en opposition au principe de la non-intervention ou visant une modification du statu quo dans la péninsule balkanique et dans les côtes et les îles ottomanes de l'Adriatique et de la Mer Egée.

Il ne me semble pas opportun de limiter d'une telle manière le terrain de l'entente à conclure. Je voudrais parvenir non pas à une entente pour des cas spéciaux mais à une entente complète en prévision de toutes les éventualités qui pourraient se produire dans l'Orient Européen. Je crois, par conséquent, devoir insister sur la proposition que j'avais formulée dans ma lettre du 14 Juin dernier: et c'est sur cette base que je serais prêt et très heureux de prendre un engagement réciproque avec l'Autriche-

Hongrie. L'entente qu'il s'agirait de négocier resterait, à mon avis, toujours défectueuse et imparfaite si elle ne devait pas comprendre l'engagement, de la part de chacune des deux Puissances contractantes, à ne pas conclure des accords avec la Russie sans l'intervention de l'autre.

Je sais qu'à ce propos le Comte d'Aehrenthal a objecté qu'un accord entre l'Autriche-Hongrie et la Russie n'est plus, à l'heure actuelle, au nombre des prévisions possibles. J'admets que, dans les circonstances présentes, cette objection est fondée. Mais les intérêts permanents de la Monarchie et de la Russie et leur situation réciproque vis-à-vis de la péninsule balkanique, sont tout de même de nature à les amener d'un jour à l'autre (l'historie des temps récents est là pour nous le prouver) à conclure, si non des accords précis comme ceux de 1897 et de Mürzsteg, au moins une entente sommaire.

Anlage B

Les deux Cabinets s'engagent à ne pas stipuler un accord quelconque avec une tierce puissance concernant les questions balkaniques sans que l'autre puissance soit admise à y prendre part (y participe) sur un pied d'égalité absolue et à se communiquer en outre toute proposition qui lui serait faite par une tierce puissance allant à l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balkans ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la Mer Egée.

L'engagement que l'Italie et l'Autriche-Hongrie assumeraient mutuellement, si elles acceptaient la formule ci-dessus indiquée, devrait avoir la même durée que celle du traité de la triple alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la triple alliance.

Nr. 9846

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 150 Rom, den 18. Oktober 1909
Geheim

Nachdem ich gestern die Besuchsfrage* mit Herrn Tittoni verhandelt hatte, wurde er — wie meistens, wenn ihn ein schlechtes Gewissen drückt — ziemlich redselig. Er besprach die allgemeine politische Lage, die ihm

* Gemeint ist der Besuch des von Iswolsky begleiteten Zaren in Racconigi (24. Oktober) Vgl. dazu Kap. CCXIV.

gesichert und ruheversprechend erschien, und ging auch auf den Balkan über, wo Italiens Interesse vor allem die Erhaltung des Status quo erheische. Von der gleichen Absicht schiene ihm jetzt auch die österreichische Politik geleitet, die Hervorhebung dieses Moments in Euerer Exzellenz Wiener Communiqué* war dem Minister besonders erfreulich. Ebenso glaubt er an das Ruhebedürfnis Rußlands. Bei Berührung des von ihm geplanten Balkanabkommens mit Österreich, über welches er jetzt weiter verhandeln will oder schon verhandelt (?), frug mich der Minister spontan, ob die Angelegenheit in Wien zwischen Euerer Exzellenz und dem Grafen Aehrenthal zur Sprache gekommen sei. Auf die direkte Frage des Ministers glaubte ich nicht leugnen zu sollen und sagte etwas unbestimmt: je crois oui, jedenfalls wisse ich aber, daß Euere Exzellenz ebenso wie Hochderen Herr Amtsvorgänger der Frage volles Interesse entgegenbringen. Ohne näher orientiert zu sein, sollte ich doch meinen, daß man auch in Wien nicht ungünstig disponiert sein würde. Ich habe um so mehr geglaubt, den Minister darin bestärken zu sollen, auf dem betretenen Wege weiter zu schreiten, als die Entrevue mit Herrn Iswolsky bevorsteht und es mir wünschenswert erschien, die gebotene Gelegenheit zu benutzen, Herrn Tittoni gegen etwaige russische Lockrufe festzumachen. Derselbe hat, wie mir berichtet war, erzählt, es hätte eines starken Druckes Iswolskys bedurft, um den Zarenbesuch durchzusetzen. Es ist wohl nicht unwahrscheinlich, daß der russische Minister dieses hier hat verlauten lassen, um sich entweder selbst eine gute Aufnahme als Botschafter zu sichern oder wenigstens im allgemeinen das Terrain für eine Rache am Grafen Aehrenthal zu präparieren. Zu meinen obigen, übrigens nur sehr vage und vorsichtig getanen Äußerungen wurde ich auch dadurch bewogen, daß Herr Tittoni im Laufe des Gespräches bemerkt hatte, es sei eine hier viel verbreitete Auffassung, daß nach den Ereignissen des vorigen Winters Italien der russischen Rückendeckung gegen eventuelle weitere Überraschungen Österreichs bedürfe. Er, Tittoni, glaube nicht an letztere, er habe aber doch nicht verfehlt, in seinen Instruktionen an den Duca d'Avarna auf dieses Axiom der öffentlichen Meinung Italiens aufmerksam zu machen.

Da Graf Lützow noch auf Urlaub ist, nehme ich an, daß die Verhandlungen, wenn solche schon wieder aufgenommen sind, lediglich in Wien geführt werden.

Jagow

---

* Am 21. September hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg in Wien seinen Antrittsbesuch abgestattet. In seinen Unterredungen mit Kaiser Franz Joseph und Graf Aehrenthal war wiederholt von diesen betont worden, daß Österreich auf dem Balkan ohne jede Expansionsbestrebungen eine Politik der Ruhe mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des Status quo führen wolle. Telegramm Bethmann Hollwegs an Kaiser Wilhelm II., d. d. München, 22. September 1909. Auch in einem über die Unterredungen des Reichskanzlers mit dem österreichischen Minister ausgegebenen Communiqué vom 21. September war festgestellt worden, daß Deutschland und Österreich bestrebt seien, den Status quo im nahen Orient aufrecht zu erhalten.

Nr. 9847

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Nr. 1543 Berlin, den 21. Oktober 1909
[abgegangen am 22. Oktober]

Von Ew. pp. gefälligem Bericht vom 18. d. Mts. Nr. 330* über die neueste Phase der österreichisch-italienischen Verhandlungen habe ich mit ganz besonderem Interesse Kenntnis genommen. Ich halte die von Herrn Tittoni vorgeschlagene Formel in Verbindung mit der Modifizierung des Grafen Aehrenthal für eine sehr glückliche und bitte Sie, letzterem meinen und der Kaiserlichen Regierung verbindlichsten Dank für seine vertrauensvollen Mitteilungen auszusprechen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9848

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 336 Wien, den 23. Oktober 1909
Ganz vertraulich

Der italienische Botschafter Herzog von Avarna, der mich schon bisher pari passu mit Graf Aehrenthal in bezug auf die italienisch-österreichischen Verhandlungen über den Balkan auf dem laufenden gehalten hat, teilt mir heute mit, daß Herr Tittoni die vom Grafen Aehrenthal vorgeschlagene Änderung — y participe — angenommen habe. Dem Austausch der Noten steht nunmehr nichts im Wege, und Graf Lützow, der in den nächsten Tagen auf seinen Posten zurückkehre, werde beauftragt werden, die hiesige Note in Rom zu übergeben.

von Tschirschky

Schlußbemerkung Freiherrn von Schoens:

Der österreich-ungarische Geschäftsträger** hat mir heute im Auftrage des Grafen Aehrenthal mündliche Mitteilungen gemacht, die sich inhaltlich genau mit dem Bericht Herrn von Tschirschkys vom 18. d. Mts. Nr. 330* decken.

25/10 v. Schoen

* Siehe Nr. 9845.

** Freiherr von Flotow.

Nr. 9849

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 28. Oktober 1909

Graf Aehrenthal hat im Juni dieses Jahres dem Fürsten von Bülow die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß Herr Tittoni eine neue Vereinbarung mit Österreich-Ungarn in Balkanangelegenheiten wünsche. Aus den Ausführungen Graf Aehrenthals ging hervor, daß es sich dabei im wesentlichen um eine authentische Interpretation gewisser Bestimmungen des Dreibundvertrags handele. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß es auch in unserem Interesse gelegen sei, italienischen Wünschen in dieser Richtung nachzukommen und dadurch ein Abdrängen Italiens nach russischer Seite zu erschweren, hat Fürst Bülow bei dem Grafen Aehrenthal ein Eingehen auf Herrn Tittonis Vorschläge warm befürwortet. Die Hauptpunkte, die Herr Tittoni dem Grafen Aehrenthal bezeichnet hat, sind die beiden folgenden:

1. Italien dürfe ohne Österreich-Ungarn und dieses ohne Italien im Balkan nichts unternehmen oder mit anderen vereinbaren.

2. Nach dem Verzicht Österreich-Ungarns auf seine Vorrechte im Sandschak Nowipasar könne entsprechend dem Artikel VII des Dreibundvertrags ein eventuelles österreichisch-ungarisches Vorgehen — bewaffnetes Einschreiten usw. — auf diesem Territorium nur nach vorheriger Verständigung mit Italien erfolgen.

Die Verhandlungen über diese Punkte haben nunmehr greifbare Gestalt angenommen. Dabei hat Graf Aehrenthal die Berechtigung des zweiten Punktes voll anerkannt, ihn aber für die Aufnahme in eine besondere Abmachung aus dem Grunde als ungeeignet bezeichnet, weil er nur einen Kommentar zu dem angeführten Artikel des Bündnisvertrages darstelle. Punkt 1 soll nachstehende Formulierung erhalten:

„Les deux cabinets s'engagent à ne pas stipuler un accord quelconque avec une tierce puissance concernant les questions balkaniques sans que l'autre puissance y participe sur un pied d'égalité absolue et à se communiquer en outre toute proposition qui lui serait faite par une tierce puissance allant à l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balkans ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la Mer Egée."

Der Abschluß dieser Vereinbarung soll in die Form des Notenwechsels gekleidet werden. Graf Aehrenthal beabsichtigt, Herrn Tittoni vorzuschlagen, daß das Abkommen alsbald nach seinem Abschluß uns formell notifiziert werden soll.

Die Bedeutung und der Wert des Abkommens liegen meines alleruntertänigsten Dafürhaltens einerseits in dem darin kundgegebenen Be-

streben der beiden Kontrahenten, intime und herzliche Beziehungen mit einander zu unterhalten, andererseits aber namentlich darin, daß Italien dadurch verhindert wird, eintretendenfalls bei kriegerischen Verwicklungen im Balkan selbständig und eigenmächtig einzugreifen. Aus diesem Grunde können auch wir die Vereinbarung nur begrüßen.

von Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 29/X 09 W.

Nr. 9850

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 164
Geheim

Rom, den 31. Oktober 1909

Als Herr Tittoni mir gestern die Ergebnisse seiner Unterredung mit Herrn Iswolsky* dahin präzisierte, daß nach den Versicherungen des letzteren Rußland im Balkan nichts anderes erstrebte als die Erhaltung des Status quo und die Unabhängigkeit und friedliche Entwicklung der Balkanstaaten, — ein Programm, das Italien und, wie er bestimmt annehmen zu können glaube, auch Österreich sich völlig zu eigen machten — leuchtete wieder der alte Wunsch durch, mit der Zeit zu einem entsprechenden Übereinkommen zwischen den drei Mächten zu gelangen. Momentan freilich scheine hierfür die russische Animosität gegen das Wiener Kabinett, speziell die persönliche Ranküne Iswolskys gegen den Grafen Aehrenthal, noch zu heftig zu sein.

Herr Tittoni sagte mir sodann, daß er mit dem Grafen Aehrenthal sowohl über den Inhalt wie die Formulierung des gewünschten Balkanabkommens inzwischen völlig einig geworden sei. Dasselbe würde in Berlin notifiziert werden, ebenso wie er Abschrift einer Note, die er jetzt an den Duca d'Avarna zu richten im Begriffe stehe, Herrn Pansa zur Mitteilung an Euere Exzellenz zu senden beabsichtige. Der Minister erkannte die vermittelnden Dienste, die Euere Exzellenz ebenso wie Hochderen Herr Amtsvorgänger in dieser Sache Italien geleistet haben, dankbar an. Auch von anderer Seite höre ich, daß Herr Tittoni sich voller Anerkennung über die Bemühungen Euerer Exzellenz für den Dreibund, beziehungsweise die Besserung des Verhältnisses zwischen Österreich und Italien geäußert hat.

Auf meine Frage, ob er Herrn Iswolsky eine Mitteilung von den Verhandlungen zwischen Rom und Wien gemacht habe, verneinte Herr

* Über Iswolskys Zusammenkunft mit Tittoni anläßlich der Monarchenbegegnung in Racconigi vgl. Kap. CCXIV.

Tittoni dies auf das bestimmteste. Er betrachte dieselben als eine Frage des Dreibunds, es handle sich dabei eigentlich um nichts weiter als eine Präzisierung desselben, und bei einer Erneuerung des Bündnisses würde man die vereinbarte Formel nur dem Vertrage einzufügen haben.

Der Minister war sichtlich gehoben und erleichtert durch das glückliche Ergebnis seiner Bemühungen in Wien. Aus dem allerdings erst nach meiner gestrigen Unterredung in meine Hände gelangten Berichte aus Wien vom 18. d. Mts.*, den Euere Exzellenz mir mitzuteilen die Geneigtheit hatten, konnte ich die Bestätigung der obigen Mitteilungen Herrn Tittonis und das Zustandekommen der Übereinkunft entnehmen. Als ich das letzte Mal — am 17. d. Mts. — Gelegenheit hatte, mit dem Minister über die Frage zu sprechen, schien er der Annahme seiner Vorschläge durch den Grafen Aehrenthal noch keineswegs sicher zu sein. Daß letztere noch vor dem russischen Besuch erfolgt ist, halte ich für besonders günstig. Ob Herr Iswolsky mit positiven Lockungen an Italien herangetreten ist, konnte ich zwar nicht feststellen, an Heftigkeit gegen den Grafen Aehrenthal scheint seine Sprache jedenfalls nichts zu wünschen übrig gelassen zu haben. Und das Gefühl des Erfolges, den Herr Tittoni soeben in Wien eingeheimst hat, dürfte seine Widerstandskraft gegen etwaige russische Verführungskünste auf alle Fälle gestärkt haben.

Die öffentliche Meinung und Presse Italiens wird sich so bald allerdings nicht ausreden lassen, daß Racconigi eine notwendige Rückversicherung gegen Österreich gewesen ist. Die Angst vor Österreich ist in vielen Köpfen fast pathologisch, ein namhafter Politiker und früherer Minister sagte mir noch kürzlich: L'Allemagne doit nous défendre contre l'Autriche!

Jagow

Nr. 9851

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 179 Rom, den 26. November 1909
Geheim

Graf Lützow hat mir vor einigen Tagen streng vertraulich erzählt**, Graf Aehrenthal wünschte vor definitivem Abschluß des italienisch-österreichischen Balkanabkommens schriftlich festzulegen, daß die Kabinette von Wien und Rom bisher, abgesehen von Albanien, noch nicht über den Fall der Änderung des Status quo verhandelt hätten; Herr Tittoni sollte von dieser Feststellung Kenntnis nehmen. Da italienischerseits eine Äußerung über erfolgte Kenntnisnahme nicht ein-

* Siehe Nr. 9845.
** Vgl. auch Kap. CCXIV, Nr. 9889.

gegangen sei, habe, wie mir der Botschafter jetzt sagt, Graf Aehrenthal Herrn Tittoni urgieren lassen. Letzterer hat dem Grafen Lützow nun anstandslos erwidert, gewiß, er habe von der Mitteilung des Grafen Aehrenthal Kenntnis genommen. Weitere Auseinandersetzungen über die Frage sind nicht erfolgt. Doch hat Herr Tittoni sich mit der Erklärung, die Graf Aehrenthal in den Delegationen abzugeben beabsichtigt, daß in Racconigi nichts gegen Österreichs Interessen Verstoßendes vereinbart sei, völlig einverstanden erklärt.

Im strengsten Vertrauen erzählt mir der Botschafter ferner folgenden, für die hiesige Politik charakteristischen Zug: Bei Besprechung des Abkommens habe Herr Tittoni geäußert, dasselbe enthalte ja im Grunde nichts Neues, es könne aber wichtig bei Erneuerung des Dreibundes werden, weil man dann mit gutem Gewissen sagen könne, der Text des Vertrages habe eine Abänderung erfahren; worin diese bestehe, brauche ja niemand zu wissen. Man wird sich erinnern, wie sehr es Herrn Prinetti bei der letzten Dreibunderneuerung um eine Abänderung des Vertragsinstrumentes zu tun war. Er wünschte seinerzeit Herrn Barrère eine beruhigende Erklärung zu geben. Wenn damals die Furcht vor dem französischen Groll das movens war, so dürfte dieser Gesichtspunkt heute mehr in den Hintergrund getreten sein. Herr Tittoni schreckt seit der vorigen Winterkampagne immer vor dem Gespenst der Angriffe zurück, die ihn in Presse und Kammer bedrohen könnten. Er möchte daher der öffentlichen Meinung den Köder einer Zusicherung hinwerfen können, daß der Vertrag eine reformatio in melius für Italien erfahren habe. Qui trompe-ton ici? Die hiesige auswärtige Politik wird unter der Führung parlamentarischer Minister ganz wesentlich von Rücksichten der inneren Politik beeinflußt, und die Enkel Machiavells, die heute die Geschicke Italiens leiten, sind auf Advokatenkniffe heruntergekommen.

Immerhin ist es von Interesse, mit welcher Bestimmtheit man in der Konsulta schon jetzt mit der Erneuerung des Bündnisses rechnet.

Jagow

Nr. 9852

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 382 Wien, den 1. Dezember 1909
Geheim

Wie mir Graf Aehrenthal sagt, ist er jetzt endlich mit Herrn Tittoni wegen des Balkanabkommens ins reine gekommen. Am nächsten Sonnabend sollen die betreffenden Noten ausgetauscht werden. Die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens werden sich dann gemeinsam im Aus-

wärtigen Amt in Berlin einfinden und der Kaiserlichen Regierung Abschrift der Noten überreichen*.

Was die Kontroverse wegen der für den Fall der Störung des Status quo am Balkan einzuschlagenden Politik anlangt, so ist sie in der Weise erledigt worden, daß Graf Aehrenthal den Grafen Lützow zu Herrn Tittoni geschickt hat mit der Weisung, ihn direkt zu fragen, ob er gegen seine, Aehrenthals, in dem bekannten, von ihm aufgesetzten Schriftstück fixierte Auffassung etwas einzuwenden hätte. Daraufhin hat Herr Tittoni erwidert, daß er von dem Inhalt sans aucune réserve Akt nehme. Damit erachtet Graf Aehrenthal den Zwischenfall für erledigt.

Graf Aehrenthal bemerkte heute neuerdings, daß er dem Abkommen besonders deswegen Wert beilege, weil damit Italien die Erneuerung des Dreibundes wesentlich erleichtert werde. Herr Tittoni, der jedenfalls dieser Erneuerung sehr sympathisch gegenüberstehe, habe auch schon die Redensart fallen lassen, man könne dann sagen, der Dreibund sei „ergänzt" worden, und damit würden sich die Italiener zufrieden geben. Im Zusammenhang hiermit erwähnte Graf Aehrenthal, daß seinerzeit bei der letzten Erneuerung des Dreibundes sowohl Fürst Bülow als Graf Goluchowski den Standpunkt vertreten und durchgesetzt hätten, daß die Erneuerung ohne jede Änderung zu erfolgen hätte, weil ein Moment der Beunruhigung entstehen müsse, wenn es hieße, der Dreibund sei abgeändert worden, ohne daß über die Art dieser Abänderung etwas verlautet. Graf Aehrenthal hält also den obigen Ausspruch Tittonis für nicht ganz unbedenklich, er glaubt aber für jetzt die Sache nicht relevieren zu sollen, da sie durchaus nicht aktuell ist und Herr Tittoni im Hinblick auf den ganz geheimen Charakter der Balkanabmachung jetzt nicht in der Lage ist, einseitig irgendwelche Andeutungen in der angegebenen Richtung nach außen hin zu machen. Der Minister hofft, hierin dem Einverständnisse Euerer Exzellenz zu begegnen[1].

von Tschirschky

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[1] Ja.

Nr. 9853

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 384
Geheim

Wien, den 3. Dezember 1909

Herr Tittoni hat den Herzog von Avarna heute telegraphisch wissen lassen, daß er infolge des Rücktrittes des Kabinetts** nicht in der Lage sei,

---

* Siehe Nr. 9856.
** Der Rücktritt des Kabinetts Giolitti, das durch ein Kabinett Sonnino mit Graf Guicciardini als Außenminister ersetzt wurde, war am 2. Dezember erfolgt.

den Notenaustausch über das Balkanabkommen mit Österreich zu vollziehen. Doch sei er der Überzeugung, daß sein Nachfolger das bisher in der Sache Geschehene billigen werde.

Mein italienischer Kollege verhehlte mir gegenüber im vertraulichen Gespräche nicht, daß er die Handlungsweise Herrn Tittonis einigermaßen sonderbar finde. In unbegreiflicher Weise hätte der Minister die Absendung des Kuriers verzögert, der die betreffende Note hierher bringen sollte. Endlich gestern habe dieser Rom verlassen, um morgen früh hier einzutreffen. Es erscheine kaum glaublich, daß Herr Tittoni — wenn auch der Sturz des Kabinetts überraschend gekommen sein möge — gestern oder vorgestern noch ganz ohne Ahnung von den kommenden Ereignissen gewesen sein sollte. Ob Herr Giolitti überhaupt etwas von den Verhandlungen mit Österreich gewußt hat, die nun so kurz vor ihrem Abschlusse jedenfalls eine sehr fatale Unterbrechung erleiden müssen, wisse er nicht.

Der Herzog von Avarna glaubt nicht, daß Herr Tittoni im nächsten Ministerium, das wahrscheinlich unter dem Präsidium Sonninos zustande kommen dürfte, wird auf seinem Posten verbleiben können. Er hofft, daß Sonnino selbst neben dem Präsidium das Auswärtige übernehmen wird. Darin würde die beste Garantie für die Weiterführung der Geschäfte im Geiste des Dreibundes liegen, der in Herrn Sonnino einen überzeugten Anhänger habe. Ob sich der Genannte werde als Premierminister lange halten können, sei eine andere Frage. pp.*

von Tschirschky

Nr. 9854

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 191 Rom, den 15. Dezember 1909
Geheim [abgegangen am 18. Dezember]

Graf Guicciardini äußerte sich sehr erfreut über das österreichisch-italienische Balkanabkommen, dessen fertigen Entwurf er bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe. Es entspräche ganz seinen wie Baron Sonninos Ansichten und enthielte alles, was man wünschen könne. Auch Seine Majestät der König sei sehr befriedigt davon. Die Ermächtigung zur Vollziehung des Notenaustausches sei bereits an den Duca d'Avarna abgegangen. Auch darüber, daß von Berlin aus das Gelingen der Verhandlungen wesentlich gefördert worden ist, war der Minister informiert.

* Den Schluß des Tschirschkyschen Berichts bildet die Wiedergabe rein persönlicher Bemerkungen des Herzogs von Avarna über die neuen Männer Italiens.

Euere Exzellenz hatten die Güte, mir einen Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Wien* zugehen zu lassen, wonach der dortige italienische Botschafter verwundert gewesen zu sein scheint, daß Herr Tittoni Bedenken getragen habe, nach dem Ausbruch der Ministerkrisis das Abkommen noch zu vollziehen. Nach hiesiger Auffassung wäre es für einen demissionierenden Minister, der nur „zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten" sein Amt weiterführt, ganz unmöglich gewesen, während dieses Übergangsstadiums ein Abkommen von solcher politischen Tragweite zu vollziehen. Auch Graf Lützow hat die Bedenken Herrn Tittonis als ganz selbstverständlich angesehen. Die Krisis ist aber tatsächlich überraschend über letzteren gekommen. Noch wenige — ein oder zwei Tage vorher sagte er mir, daß es in der Kammer vorderhand ruhig aussähe. Die Schlacht wurde, wie ich auch in meiner Berichterstattung ausgeführt habe, später erwartet, die Abstimmung, die die Demission des Kabinetts herbeiführte, war eine Überraschung. Herr Tittoni wäre, glaube ich, nur zu froh gewesen, seinen Namen noch unter das Abkommen setzen zu können, an dessen Zustandekommen ihm ungemein viel lag, und das er als einen besonderen Erfolg seiner Politik betrachtete. pp.**

Jagow

Nr. 9855

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213
Geheim

Wien, den 20. Dezember 1909

Heute nachmittag hat hier der Austausch der Noten betreffend das österreichisch-italienische Balkanabkommen stattgefunden. Graf Guicciardini hat seine Freude und Genugtuung dem Grafen von Aehrenthal gegenüber aussprechen lassen, daß es ihm vergönnt sei, diese Abmachung mit ihm zu treffen, die jede Trübung des Bundesverhältnisses zwischen Italien und Österreich-Ungarn für die Zukunft aus dem Wege räumt.

Die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens in Berlin werden Weisung erhalten anzufragen, ob es Euerer Exzellenz genehm wäre, sie am 22. Dezember behufs Mitteilung des Abkommens*** zu empfangen[1].

---

* Siehe Nr. 9853.

** Die beiden Schlußsätze des Berichts sind im Hinblick auf ihren rein persönlichen Charakter fortgelassen.

*** Siehe das Abkommen, das in die Form gleichlautender brieflicher Weisungen der beiderseitigen Außenminister an die respektiven Vertreter in Rom und Wien gekleidet war, in dem folgenden Schriftstück.

Der Herzog von Avarna reist morgen in Urlaub nach Rom. Graf von Aehrenthal hofft, daß dieser ausgezeichnete und zuverlässige Vertreter Italiens hier erhalten bleibt.

Tschirschky

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:

[1] Pansa und Szögyenyi haben sich bei mir für morgen angemeldet.

Nr. 9856

*Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal an den österreich-ungarischen Botschafter in Rom Grafen Lützow**

Unsignierte Abschrift

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich am 22. Dezember 1909 übergeben

No 3599
Secret

Vienne, le 30 novembre 1909

Dans les pourparlers que j'ai eus ces derniers temps avec le Duc Avarna en vue de préciser et de compléter l'article VII du traité de la Triple-Alliance, nous sommes d'abord tombés d'accord que, l'Autriche-Hongrie ayant renoncé aux droits que le Traité de Berlin lui avait conférés par rapport au Sandjak de Novibazar, les dispositions de l'article précité de la Triple-Alliance s'appliquent au Sandjak aussi bien qu'aux autres parties de l'empire ottoman. Si donc par suite de l'impossibilité du maintien du statu quo dans les Balcans l'Autriche-Hongrie était amenée par la force des évènements à procéder à une occupation temporaire ou permanente du Sandjak de Novibazar, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable avec l'Italie, basé sur le principe d'une compensation.

Fidèles à l'esprit qui a inspiré le traité de la Triple-Alliance et en vue de fixer d'une manière précise et d'un commun accord le procédé que les deux Cabinets alliés comptent adopter dans certaines éventualités, nous sommes convenus, en outre, le Duc Avarna et moi, de ce qui suit:

Chacun des deux cabinets s'engage à ne pas contracter un accord quelconque avec une tierce puissance concernant les questions balcaniques sans que l'autre cabinet y participe sur un pied d'égalité absolue; de même, les deux cabinets s'engagent à se communiquer toute proposition qui serait faite à l'un ou à l'autre par une tierce puissance, allant à

---

* Bereits veröffentlicht bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914 I, 99f. Eine entsprechende Weisung des italienischen Ministers des Auswärtigen Grafen Guicciardini an den Botschafter in Wien erging unter dem 15. Dezember; sie wurde gleichfalls am 22. Dezember in Berlin mitgeteilt.

l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balcans ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la Mer Egée.

Il va sans dire que l'article VII du traité de la Triple-Alliance, que les dispositions qui précèdent ne font que préciser et compléter, reste intégralement en vigueur.

Quant à la durée de l'engagement que les deux cabinets assument en vertu de ce qui précède, il est entendu qu'elle doit coincider avec celle du traité de la Triple-Alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la Triple-Alliance.

Conformément aux dispositions analogues de ce traité les deux cabinets se promettent mutuellement le secret sur l'engagement qu'ils viennent de prendre; seul le cabinet de Berlin, à titre d'allié, en sera informé sans délai par les deux gouvernements.

Afin d'établir exactement ce qui a été convenu dans les pourparlers que j'ai eus avec le cabinet royal par l'entremise du Duc Avarna, je vous engage, Monsieur l'Ambassadeur, à communiquer cette dépêche à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères et à lui en laisser copie.

Nr. 9857

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 197 Rom, den 28. Dezember 1909
Geheim

Als ich heute dem Ministerpräsidenten einen Besuch abstattete, übermittelte ich ihm den Ausdruck der Genugtuung der Kaiserlichen Regierung über die dreibundfreundlichen Worte seiner Programmrede*, zu dem Euere Exzellenz mich ermächtigt hatten. Baron Sonnino erwiderte, aus vertraulichen Gesprächen während der Zeit, wo er keine offizielle Stellung eingenommen, seien mir seine politischen Ansichten hinreichend bekannt, so daß er mir jetzt keine neuen Versicherungen seiner Dreibundstreue zu geben brauche. Seit jeher habe er zu den überzeugtesten Anhängern der Allianz gehört. Sein Wunsch sei nur immer gewesen, das Bündnis noch zu vertiefen und weiter auszubauen. Er sei daher auch erfreut über das kürzlich mit Österreich abgeschlossene Abkommen. Dasselbe sei zwar etwas vage im Ausdruck, aber er gäbe zu, daß es sehr schwer sein würde, für gewisse Eventualitäten präzisere Abmachungen zu treffen.

---

* In seiner Programmrede vom 18. Dezember hatte Sonnino dem Dreibunde besonders freundliche Worte gewidmet. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 530f.

Ich stimmte dem bei und führte an, wie schon die anläßlich der Besprechungen von Racconigi* von Herrn Tittoni gebrauchten Worte: Entwickelung der Balkanstaaten „auf nationaler Grundlage" geeignet gewesen seien, in Wien gerechte Bedenken zu erregen. Baron Sonnino gab das vollständig zu und sagte, unter allen Umständen habe Italien das größte Interesse an der Erhaltung des Status quo im Balkan. Doch ging aus den Worten des Ministers hervor, daß er persönlich nicht recht an den Bestand der Dinge in der Türkei zu glauben vermag. Er ist jedenfalls überzeugt, daß der Dreibund und ein Zusammengehen mit Österreich die sicherste Gewähr für die Politik Italiens im allgemeinen sowohl wie auch in Balkanfragen darstellt.

Jagow

* Vgl. dazu Kap. CCXIV.

Anhang:

Deutschland und das Österreichisch-Italienische Verhältnis 1910–1911

Nr. 9858

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 192 Rom, den 15. Dezember 1909
Vertraulich

Der neue Minister des Auswärtigen*, der heute seinen ersten Diplomatenempfang abhielt, begann seine Unterredung mit mir mit der Versicherung, daß es das ernste Bestreben der Regierung, der er angehöre, sein werde, die Beziehungen Italiens zu den anderen Dreibundmächten immer fester und vertrauensvoller zu gestalten. Graf Guicciardini fügte hinzu, daß er diese Erklärung auch namens des Ministerpräsidenten abzugeben habe. Er sowohl wie Baron Sonnino seien schon vor ihrem Eintritt in das parlamentarisch-politische Leben journalistisch für den Dreibund eingetreten, dessen überzeugte Anhänger sie seitdem geblieben seien.

Eine kleine Wolke — aber auch die einzige — liege wohl über den österreichisch-italienischen Beziehungen. Aber er werde alles tun, um sie möglichst verschwinden zu lassen. Der Minister sieht den Hauptgrund der Verstimmung in der Universitätsfrage. Er wußte, daß Graf Aehrenthal für eine italienische Hochschule in Triest eingetreten, leider aber mit seiner Ansicht nicht durchgedrungen sei. Eine österreichische Konzession im höheren Unterrichtswesen würde von der allergrößten Bedeutung sein. Die ablehnende Haltung Wiens auf diesem Gebiete gäbe weiten italienischen Kreisen immer wieder den Glauben, daß die Italiener in Österreich schlechter behandelt würden wie anderswo. Wenn im Kanton Tessin zum Beispiel die italienische Sprache und Schule je eingeschränkt werden sollte, so würde sofort auch gegen die Schweiz der Irredentismus erwachen. Als in Malta die Engländer Maßregeln gegen die italienische Sprache einzuführen versucht hätten, wäre sofort eine Bewegung durch ganz Italien gegangen. Einen eigentlichen „Panitalianismus" gäbe es nicht, das Wort existiere nicht einmal. Wenn Österreich, welches den seiner Krone angehörigen Ländern immer die beste Verwaltung hätte angedeihen lassen, sich aber leider überall durch kleine Schikanen meist polizei-

* Graf Guicciardini.

licher Art unbeliebt mache (hier spricht der Norditaliener aus dem Grafen), eine Universität in Triest bewillige, so wäre damit dem Irredentismus in Italien das Lebenslicht ausgeblasen. Es ist das eine Ansicht, der ich nicht unbedingt beitreten möchte, die hier aber fast allgemein verbreitet ist. Ich konnte, als der Minister von „Manifestationen" der Italiener sprach, nicht umhin zu erwidern, daß diese mir manchmal zu Provokationen zu werden schienen, so wäre zum Beispiel die vor zwei Tagen erfolgte Auslassung des Sindaco von Rom über den Besuch in Racconigi, über die ich an anderer Stelle berichtet habe*, doch eine recht anfechtbare Leistung gewesen. Graf Guicciardini mißbilligte diese aufs schärfste und nannte sie politique de café.

Dem Grafen Lützow hat, wie dieser mir sagte, der Minister ebenfalls die bündigsten Versicherungen seiner Dreibundtreue und seines Bestrebens, die Beziehungen zu Wien noch herzlicher zu gestalten, abgegeben und auch den Duca d'Avarna zu gleichen Erklärungen ermächtigt.

Im weiteren Verlauf unserer Unterredung sagte der Minister, er habe im allgemeinen eine günstige Lage der europäischen Politik vorgefunden. Auch im Orient schiene vorderhand alles ruhig. Die kretische Frage** ließe sich hoffentlich noch weiter hinausschieben, die griechischen Wahlen würden voraussichtlich erst im Oktober stattfinden, damit sei Zeit gewonnen. Die Zurückziehung der Truppen von der Insel sei ein großer Fehler gewesen, ihm sei nicht ganz klar, von welcher der Schutzmächte eigentlich die Anregung dazu ausgegangen sei. An das Zustandekommen einer Balkankonföderation*** will der Minister nicht glauben. Es zeigten sich zwar Annäherungsversuche zwischen Bulgarien und Serbien. König Ferdinand sei ein unternehmender Herr. Der Beitritt der Türkei aber scheine von vornherein ausgeschlossen, Griechenland werde auch nicht teilnehmen, Montenegro habe andere Sorgen. Bei den Beziehungen der Balkanvölker untereinander erscheine ihm der Plan einer Konföderation schimärisch.

Der Minister frug mich zuletzt, wie es mit der Absicht Euerer Exzellenz, nach Rom zu kommen, stände. Er hielte eine persönliche Bekanntschaft und Aussprache der leitenden Staatsmänner für sehr wertvoll. Er selbst würde gern Euere Exzellenz aufsuchen, könnte aber natürlich jetzt nicht fort. Ich setzte dem Grafen auseinander, daß es schon seit

* Nach einem Berichte Jagows Nr. 190 vom 14. Dezember 1909 hatte der Bürgermeister von Rom Nathan seine Teilnahme an dem Galadiner anläßlich des Zarenbesuchs in Racconigi, die in der sozialistischen Presse Anstoß fand, in der letzten Kommunalratssitzung mit Äußerungen, die gegen Österreich gemünzt waren, zu rechtfertigen gesucht. Unter anderem sagte er: „Wenn sich von einem Moment zum anderen unvorhergesehene Ereignisse zutragen können, wenn wir uns gebunden und gefesselt in einer Lage befinden, die uns bedrängt und voller möglicher Gefahren ist, wenn wir dann in einer Freundesstimme Schutz und Sicherheit finden, dann wäre es unpatriotisch, eine Parteifrage einer nationalen voranzustellen."

** Vgl. dazu Kap. CCIX.

*** Vgl. dazu Kap. CCX.

September — und in direktem Anschluß an den Wiener Besuch — Euerer Exzellenz Absicht gewesen sei, Seiner Majestät dem Könige Ihre Aufwartung zu machen, daß der Besuch aber von hier aus zweimal verschoben sei, so daß er vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen nicht mehr hätte zur Ausführung gelangen können. Da der Reichstag heute noch versammelt sei, das Weihnachtsfest aber vor der Tür stehe, so werde der Besuch wohl bis Ostern vertagt werden müssen. Der Minister sah die Gründe völlig ein, bedauerte aber, daß Euerer Exzellenz Kommen sich noch so lange hinausziehen werde. Er zeigte mir ein von Berlin datiertes, aber, wie er selbst meinte, wohl in Italien fabriziertes Telegramm des Bologneser „Avenire d'Italia", wonach Euere Exzellenz die Reise mit Rücksicht auf die Ministerkrise verschoben hätten und erst zusehen wollten, welche Politik das neue Ministerium machen werde. Ich erwiderte, daß an der Dreibundfreundlichkeit eines schon von früher bekannten Kabinetts Sonnino-Guicciardini in Berlin niemand zweifeln werde, und daß Euere Exzellenz lediglich durch die parlamentarischen Arbeiten verhindert seien, früher durch Ihren Besuch Seiner Majestät dem Könige Ihre Huldigung zu erweisen. Ich habe geglaubt, auf die Aufwartung bei dem Monarchen das Hauptgewicht legen zu sollen.

Jagow

Nr. 9859

*Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Unsigniertes Konzept

Berlin, den 5. April 1910

Am Tage meiner Ankunft in Rom** hatte das Ministerium Sonnino seine Demission eingereicht. Seine Majestät der König, der mich am Tage darauf in einstündiger Audienz empfing, sprach eingehend über die parlamentarischen Gründe, welche die Krisis veranlaßt hatten, betonte jedoch

---

* Die Aufzeichnung wurde am 6. April mittels Zirkularerlaß den deutschen Missionen sowie den preußischen Gesandtschaften mitgeteilt.

** Vom 21. März bis 1. April hatte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg in Rom geweilt. Sein Aufenthalt fiel in die Zeit einer italienischen Kabinettskrise: 21. März Rücktritt des Ministeriums Sonnino wegen der Angriffe auf das Gesetz über die Subvention der Handelsmarine; 30. März Konstituierung des neuen Kabinetts Luzzati mit Marquis di San Giuliano als Außenminister. Am 24. März telegraphierte Bethmann Hollweg dem Kaiser über die ersten Tage des Besuchs:

„Auf allen Seiten wird hier mein mit Genehmigung Euerer Majestät ausgeführter Besuch als ein Ausdruck bundesfreundlicher Gesinnung Euerer Majestät gegen Italien aufgefaßt. Der König sah in der Tatsache, daß die ministeriellen Schwierigkeiten in Italien mich an der Reise nicht zurückgehalten hatten, den Beweis, daß die Höflichkeit seiner Person gelte. Die überaus freundliche Begrüßung in der italienischen Presse ist, wie ich höre, auf direkte Einflußnahme der Konsulta zurückzuführen. Seine

dabei wiederholt und mit großer Bestimmtheit, daß, wie auch das neue Ministerium zusammengesetzt sein werde, die auswärtige Politik Italiens keine Änderung erfahren würde. Diese Politik sei konstant und werde sich in denselben Linien wie bisher fortbewegen. Italien habe unter dem Dreibunde und unter den freundschaftlichen Beziehungen, die es mit allen Großmächten unterhalte, seine wirtschaftliche und politische Entwicklung in günstigster Weise fördern können und werde deshalb die eingeschlagenen Bahnen nicht verlassen. Das Verhältnis seines Landes zu Österreich-Ungarn sei ein gutes und habe sich im Laufe der letzten Zeit noch günstiger gestaltet, als dies früher vielleicht der Fall gewesen sei. Kleine Differenzen, die hier und da einmal vorkämen, würden von der übelwollenden Presse gern aufgebauscht, hätten aber keine wirkliche Bedeutung und seien stets durch beiderseitiges Entgegenkommen beglichen worden. Die gegenwärtige Lage der Dinge auf dem Balkan flöße zum Glück keine Besorgnisse ein. Die Aufrechterhaltung des Status quo sei, wie sich gezeigt habe, der einmütige Wunsch aller Großmächte. Auf die vielleicht etwas unruhigen Pläne des Königs Ferdinand scheine dessen Besuch in St. Petersburg* kalmierend gewirkt zu haben. Sollte die Entwickelung der Dinge in Griechenland zu Differenzen mit der Türkei führen, so glaube und hoffe er bestimmt, daß die Frage eine auf beide Länder beschränkte bleibe.

Ganz im ähnlichen Sinne, namentlich rücksichtlich der Konstanz der italienischen auswärtigen Politik äußerten sich sowohl Baron Sonnino wie Graf Guicciardini in den wiederholten Unterredungen, die ich mit diesen Staatsmännern hatte. Graf Guicciardini betonte insonderheit, daß sich die Beziehungen zu Österreich-Ungarn dauernd gebessert hätten. Ohne

---

Majestät der König hat mich Dienstag vormittag im Quirinal empfangen. Seine Majestät war sichtlich erfreut über die Grüße, welche mir Euere Majestät aufzutragen geruht hatten, und läßt sie herzlich erwidern. Das sehr lebhaft und mit großer Offenheit geführte Gespräch bewegte sich zunächst um die hiesige innerpolitische Krisis, die am Tage meiner Ankunft zur Demission des Kabinetts geführt hatte. Weniger die Schiffahrtssubventionen als parteipolitisch-persönliche Aspirationen haben das Ministerium gegen den [Willen] von Giolitti gestürzt, der noch nicht wieder ans Ruder will. Wenn dieser, wie wahrscheinlich, ablehnt, wird das neue Kabinett wohl nur ein Provisorium darstellen. Der König, und ebenso Baron Sonnino und Graf Guicciardini, sprachen mir mit großer Bestimmtheit die Versicherung aus, daß die auswärtige Politik Italiens unter allen Umständen unverändert die bisherigen durch den Dreibund vorgezeichneten Bahnen verfolgen werde. Der König gedachte des Bündnisses mit uns mit besonderer Wärme und erkannte mit großer Genugtuung an, daß die von Graf Lützow immer sehr verständnisvoll gepflogenen Beziehungen zu Österreich durchaus vertrauensvolle seien. Die intrigierende Vielgeschäftigkeit von Monsieur Barrère fällt dem König ersichtlich auf die Nerven. Seine Majestät sprach eingehend über die ökonomische Entwicklung Italiens, beklagte, daß die Fortschritte im Süden noch langsame seien, und verweilte mit besonderem Nachdruck bei dem Gedanken, daß die nationale Einheit und damit zugleich die politische Stabilisierung des Landes vor allem durch die allgemeine Dienstpflicht gefördert werde. — Am Schluß der Audienz, die eine volle Stunde währte, verlieh mir Seine Majestät unter sehr gnädigen Worten den Annunziaten Orden."

* 23. Februar bis 3. März 1910. Vgl. Kap. CCX, Nr. 9748, S. 183, Fußnote *.

auf die Frage der Erneuerung des Dreibundes einzugehen*, streifte er die Schwierigkeiten, welche sich für Italien aus dem Artikel VII des Dreibundvertrages insofern ergäben, als darin die Kompensationsfrage nur allgemein zur Erörterung gelangt und nicht genügend präzisiert sei. Der reale Gang der Dinge könne sich schneller vollziehen als die Vereinbarung über Kompensationen. Ich verwies demgegenüber darauf, daß es doch wohl kaum möglich sei, im voraus Kompensationen für Aktionen festzusetzen, die nach Maß und Umfang ganz unbestimmt seien, was der Graf mir zugab. Im übrigen sei, wie ich hinzufügte, die Aufrechterhaltung des Status quo seitens Österreich-Ungarns durch dessen wiederholte bestimmte Erklärungen so gesichert, daß man sich über Eventualitäten wie die angedeuteten wohl nicht zu beunruhigen brauche. Auch das Abkommen, das er (Guicciardini) mit Graf Aehrenthal getroffen habe**, könne in dieser Beziehung nur beruhigend wirken.

Auf das Verhältnis Italiens zu Rußland, insonderheit auf die Begegnung von Racconigi***, ging Guicciardini so wenig wie Sonnino oder der König ein. Der Beginn einer Verständigung zwischen Graf Aehrenthal und Herrn Iswolsky wurde von allen sympathisch begrüßt, doch konnten es weder Guicciardini noch Sonnino unterlassen, einige leichte kritische Bemerkungen an die Form zu knüpfen, in die Herr Iswolsky sein Communiqué habe kleiden zu müssen geglaubt†. Der Herzog von Avarna hatte mündlich von der Verstimmung berichtet, in die Graf Aehrenthal durch jenes Communiqué versetzt worden war.

Über die Lebensfähigkeit des in der Bildung begriffenen neuen Ministeriums äußerten sich beide Staatsmänner begreiflicherweise sehr zurückhaltend. Beide sind nach den Eindrücken, die ich von ihnen empfangen habe, zu ernste Politiker, um nicht die etwas frivole Art, in der sie gestürzt worden sind, schmerzlich zu empfinden und deshalb auch dem neuen Ministerium kein allzugünstiges Prognostikon zu stellen. Der Mann der Vergangenheit nicht nur, sondern auch der Zukunft ist, wie ich aus allen meinen Gesprächen mit italienischen Politikern herausgehört habe, zweifellos Herr Giolitti, der jedoch, obwohl der König anscheinend stark auf ihn einzuwirken versucht hat, gegenwärtig die Regierung noch nicht übernehmen wollte.

In Florenz hat mich der inzwischen zum Minister des Auswärtigen ernannte Marquis di San Giuliano besucht. Er habe, so sagte er mir, das Ministerium nur sehr ungern und nur auf den ausdrücklichen Wunsch seines Königs übernommen, da er wegen seiner Gesundheit — er leidet

---

* Der am 28. Juni 1902 auf sechs Jahre erneuerte und infolge Nichtkündigung im Jahre 1907 sich automatisch um weitere sechs Jahre verlängernde Dreibundvertrag lief erst um die Mitte 1914 ab. Jedoch setzten auch diesmal die ersten Fühler wegen einer vorzeitigen Verlängerung weit früher ein. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL.

** Vgl. darüber Kap. CCXIII.

*** Vgl. darüber Kap. CCXIV.

† Vgl. Kap. CCXV, Nr. 9932ff.

sehr stark an der Gicht — sich noch nach größerer Ruhe gesehnt und gern seinen Posten in Paris länger bekleidet haben würde. Er würde, wie er überzeugt sei, seinem Lande gerade in Paris noch gute Dienste haben leisten können, da Italien wegen Tripolis, Tunis, Abessinien usw. mannigfache politische Berührungspunkte mit Frankreich habe, die, dies ließ der Minister deutlich durchblicken, einer besonders vorsichtigen Pflege bedürften, wenn Italien keinen Schaden erleiden solle. Wie mir der König und Guicciardini bereits gesagt hätten, sei die italienische auswärtige Politik in ihren Grundzügen von Personenwechsel unabhängig, doch klang diese Versicherung aus dem Munde San Giulianos um eine Nuance weniger bestimmt. Er sagte: „qu'il n'y aura pas de changements sérieux." Daß der Dreibund ein festes Verhältnis sei, dem Italien treu bleibe, bedürfe keiner Versicherung. Unzweifelhaft sei er in den letzten Jahren in Italien populärer geworden, weil auch die Bevölkerung in ihrer großen Masse erkannt habe, daß er nicht nur in seinen Zielen, sondern auch in seinen tatsächlichen Wirkungen den Frieden bedeute. Dazu komme ein Zweites. Die gemäßigten politischen Parteien seien aus praktischer Überlegung von jeher dreibundfreundlich gewesen. In dieselbe Stimmung wüchsen jetzt aber mehr und mehr auch der Radikalismus und der Sozialismus hinein, insonderheit wolle der Sozialismus von dem dem Dreibunde feindlichen Irredentismus nichts wissen. Um ihre Herrschaft über die Massen fest zu begründen, müßten die Sozialisten wie in anderen Ländern ihre Gefolgschaft mit Idealen erfüllen. Da nun der Irredentismus seinen Anhängern gleichfalls Ideale, aber auf chauvinistischer Grundlage biete, stelle er sich dem Sozialismus als ein Konkurrent in dem Kampf um die Gunst der großen Massen dar, dem Widerstand geleistet werden müsse. So sei es gekommen, daß auch die radikalen Parteien immer mehr für den Dreibund gewonnen würden. Übrigens sei die Annahme falsch, daß man in Italien allgemein Antipathien gegen Österreich-Ungarn hege. Solche Stimmungen seien lediglich auf die nördlichen Provinzen beschränkt, in denen noch die Traditionen der Geschichte lebten, seien aber auch dort bei der jüngeren Generation langsam im Verblassen begriffen. Auch er habe mit Befriedigung beobachtet, daß das offizielle Verhältnis zu Österreich-Ungarn ein gutes sei. Sein ganzes Bestreben werde sein, es dauernd noch zu verbessern. Viel werde gewonnen sein, wenn die unteren österreichischen Behörden der Grenzländer auch in den äußeren Formen der Verwaltung usw. denjenigen Geist des Entgegenkommens walten ließen, von denen zweifellos die österreichische Zentralregierung erfüllt sei. Die Aufrechterhaltung des Status quo im Balkan sei eine Lebensfrage Italiens. Jedes Rütteln an ihm würde im ganzen Lande eine Erregung hervorrufen, der keine Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, standhalten könne. Der Minister ließ dabei durchblicken, daß er wegen einer neuerlichen aktiven Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan für spätere Zeiten nicht ganz unbesorgt sei, wobei er andeutete, daß Österreich-Ungarn einmal Aspirationen auf Serbien erheben könne. Ich habe diesem seinem

Gedankengange selbstverständlich Widerspruch entgegengesetzt. Die Frage der Kompensationen aus Artikel VII des Dreibundvertrages streifte San Giuliano in derselben Weise wie Giucciardini. Im übrigen entwickelte auch er für die nähere Zukunft optimistische Anschauungen bezüglich der weiteren Entwickelung der Verhältnisse auf dem Balkan, indem er die nichtmilitärischen Charaktereigenschaften des Königs Ferdinand hervorhob. Darüber, daß er neben dem Dreibunde die freundschaftlichen Beziehungen Italiens insonderheit zu Frankreich und Rußland als ein Fundament seiner auswärtigen Politik betrachten werde, äußerte er sich in bestimmterer Weise als Guicciardini.

Über die Lebensfähigkeit des neuen Kabinetts schien auch er nicht ohne Zweifel zu sein. Ganz spontan ließ er dabei wiederholt die Bemerkung fallen, daß die beiden in das Kabinett eingetretenen radikalen, beinahe sozialistischen Mitglieder* keinen Schaden anrichten würden, wobei der Wunsch ersichtlich der Vater des Gedankens war.

Nr. 9860

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 179 Wien, den 8. April 1910
Geheim

Ich habe dem Grafen Aehrenthal, der gestern aus Abbazia hierher zurückgekehrt ist, streng vertraulich von dem Inhalte der Aufzeichnung über Euerer Exzellenz Besprechungen mit den leitenden italienischen Staatsmännern** Kenntnis gegeben. Der Minister läßt Euerer Exzellenz für diese interessante Mitteilung seinen verbindlichsten Dank sagen.

Über das Ergebnis Euerer Exzellenz Aufenthalts in Italien äußerte sich Graf Aehrenthal dahin, daß seinen Nachrichten aus Rom zufolge Euere Exzellenz mit dem Verlaufe des Besuchs in vollem Maße zufrieden sein müßten. Übereinstimmend höre er, daß Euerer Exzellenz Persönlichkeit und die gewinnende, ruhige und sachliche Art, mit der Euere Exzellenz die Gespräche mit den italienischen Politikern geführt hätten, allseitig den günstigsten Eindruck gemacht und eine Atmosphäre wohltuenden Vertrauens geschaffen hätten.

Was die in Euerer Exzellenz Aufzeichnung niedergelegten politischen Äußerungen des neuen Ministers des Auswärtigen anlangt, so meinte Graf Aehrenthal lächelnd, die Italiener schienen nach wie vor dem Grundsatz zu huldigen, daß es gut sei, zwei Eisen im Feuer zu haben. Wenn der Marquis San Giuliano neben dem Dreibunde als „Fundament seiner

* Unterrichtsminister Credaro und Arbeitsminister Sacchi.
** Siehe Nr. 9859.

Politik" Pflege freundschaftlicher Beziehungen insonderheit mit Frankreich und Rußland bezeichne, so deute das darauf hin, daß er im Grunde seines Herzens wohl nicht definitiv für den Dreibund optiert haben könne. „Solange die Zeiten friedlich und ruhig sind," sagte der Minister, „ruhen ja unsere gegenseitigen Abmachungen, und es kostet Italien nichts, sich für den Dreibund zu erklären. Wie die Dinge liegen, besteht aber recht wenig Aussicht dafür, daß Italien auch seine Zugehörigkeit zum Dreibunde durch Taten dokumentieren wird, sobald einmal am politischen Horizonte Schwierigkeiten auftauchen sollten, bei denen es definitiv Farbe zu bekennen hätte." Graf Aehrenthal verwies dabei auf die Tatsache, daß sowohl Graf Guicciardini als Marquis San Giuliano es nicht über sich hätten bringen können, die Kompensationsfrage für den Fall von Verwickelungen am Balkan nicht zu berühren, und bezeichnete dies als „recht symptomatisch". Im übrigen müsse man bis zum Beweise des Gegenteils den amtlichen, korrekten Versicherungen des Marquis San Giuliano Glauben schenken und seine Handlungen abwarten.

Ich darf hier einschalten, daß, wie mir der Herzog von Avarna mitteilt, Graf Aehrenthal sich in diesem letzteren Sinne auch dem italienischen Botschafter gegenüber ausgesprochen hat. Er hat geäußert: „En tous les cas je lui — dem Marquis San Giuliano — donne crédit".

Daß sowohl Baron Sonnino als Graf Guicciardini die Art und Weise kritisiert haben, mit der Herr Iswolsky bei Publikation seines Communiqués vorgegangen sei, freute den Minister zu hören, um so mehr als seinen Nachrichten zufolge auch Sir Edward Grey und Sir Charles Hardinge ebenso wie Herr Pichon die Handlungsweise des russischen Ministers nicht gebilligt hätten.

Graf Aehrenthal bestätigte mir schließlich die mir bereits vom Herzog von Avarna gewordene Mitteilung, daß der genannte Botschafter ihm einen Brief des Marquis San Giuliano überbracht habe. Dieses Schreiben sei aber recht formlos und in seinem Inhalt ziemlich „vage", wenn auch durchaus freundlich und korrekt gehalten. Er werde es in gleichem Sinne beantworten. Er müsse bekennen, daß der Brief, den er seinerzeit vom Grafen Guicciardini erhalten habe nach dessen Ernennung zum Minister des Auswärtigen, viel eingehender und freundschaftlicher abgefaßt gewesen sei. Im Gegensatz zu diesem Schreiben des Marquis San Giuliano hätten allerdings die mündlichen Erklärungen, die ihm der Herzog von Avarna im Auftrage des Herrn Luzzati und des italienischen Auswärtigen Ministers überbracht hätte, wesentlich wärmer und entgegenkommender geklungen.

von Tschirschky

Nr. 9861

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 730 Berlin, den 1. Juni 1910

Der Marquis di San Giuliano* hat in den politischen Unterhaltungen, die er hier geführt hat, von Dreibundfragen nicht gesprochen. Die ganze Art, in der er sich gab, und die mit jedem Tage seines Aufenthaltes wärmer wurde, ließ jedoch nicht daran zweifeln, daß er im Dreibund einen notwendigen Bestandteil italienischer Politik erblickt. Wie in Florenz** so betonte er auch hier, daß er sich die Pflege eines guten Verhältnisses zu Österreich-Ungarn zur besonderen Aufgabe gesetzt habe. Mit großer Dankbarkeit gedachte er wiederholt der Loyalität und Freundschaftlichkeit, mit der Österreich den letzten Zwischenfall an der Grenze am Chiese geordnet habe***. Wenngleich er derartigen kleinen Vorkommnissen an sich gar kein Gewicht beilege, so sei ihm doch die Haltung, die Österreich bei dieser Gelegenheit beobachtet habe, von größtem Wert. Zu dem neuen Botschafter in Rom† habe er vollstes Vertrauen, und er sei gewiß, auch Herr von Mérey werde sich bei längerem Aufenthalt davon überzeugen, daß unliebsame Preßäußerungen, Demonstrationen unerwachsener Menschen und Ähnliches in Wirklichkeit bedeutungslos und nichts als fumée de paille seien.

Bei unserer letzten Unterredung und ersichtlich nach einigem Zögern kam der Marquis dann damit heraus, daß er im Gegensatz hierzu allerdings die Universitätsfrage für einen wunden Punkt halte, der das Verhältnis zu Österreich stark beeinträchtige. Er begegne in seinem Lande immer wieder der Auffassung, daß es mit den Grundsätzen, nach denen Österreich die Nationalitätenfrage bei sich geregelt habe, schwer in Einklang zu bringen sei, wenn den österreichischen Untertanen italienischer Abstammung italienische Universitätsbildung vorenthalten werde. Diese Gefühle seien in Italien so stark verbreitet, daß er in der Kammer unliebsame Zwischenrufe gewärtigen müsse, wenn er, was er an sich gern täte, bei der bevorstehenden Besprechung der auswärtigen Politik besonders warme Töne gegenüber Österreich anschlüge. Doch habe er nicht die

---

* Der italienische Außenminister Marquis di San Giuliano hatte vom 27. Mai bis 1. Juni in Berlin seinen Antrittsbesuch abgestattet.

** Vgl. Nr. 9859.

*** An dem Grenzfluß Chiese war auf österreichischer Seite ein Damm errichtet worden, durch den sich die italienischen Bauern geschädigt fühlten, und von dem behauptet wurde, daß er auf italienisches Terrain übergriffe. Da die Italiener die Fortführung der Arbeit durch Gewalt zu hindern suchten, requirierten die Österreicher zu ihrem Schutz Gendarmerie. Auf Eingreifen höherer Instanzen wurde aber die Ruhe schnell wieder hergestellt, und die Österreicher stellten bis zur endgültigen Erledigung der strittigen Frage die Arbeit ein.

† S. K. Mérey von Kapos-Mére.

Absicht, die Universitätsfrage offiziell mit Mérey oder mit Graf Aehrenthal bei der mit diesem geplanten Zusammenkunft zu erörtern. Ich habe dem Minister geraten, sich über die Angelegenheit mit Graf Aehrenthal, wenn er es auch nicht offiziell wolle, so doch von Mensch zu Mensch auszusprechen, da es mir bei dem freundschaftlichen Bundesverhältnis zwischen den beiden Reichen geratener scheine, auch in dieser beiderseits gewiß sehr schwierigen Frage Offenheit walten zu lassen, anstatt schweigend verstimmenden Gefühlen Raum zu geben[1]. Der Marquis, der übrigens geflissentlich alles vermied, was danach aussehen könnte, als ob er unsere Intervention anrufen wolle, schien diesen Gedanken berechtigt zu finden. Im übrigen legte er auf die Zusammenkunft mit Graf Aehrenthal noch im Laufe dieses Sommers größten Wert.

Die Kretafrage* präokkupierte ihn lebhaft. Nach seiner Ansicht sollten sich die Schutzmächte jetzt darauf beschränken, die Zulassung der Muselmanen zum Parlament durchzusetzen und die Vereidigung der Beamten auf den König der Hellenen auszuschließen. Ein anscheinend von Pichon und Sir Edward Grey neuerdings angeregter Gedanke[2], auf das System des haut commisariat zurückzukommen, mißfiel ihm, da sich keine geeignete Persönlichkeit finden lassen würde.

Allen diesen Ausführungen habe ich nur ein rezeptives Interesse entgegengebracht; übrigens hat er einen Versuch, uns hineinzuziehen, nicht gemacht.

Die Persönlichkeit Seiner Majestät des Kaisers, der dem italienischen Minister eine halbstündige Audienz gewährt hat und ihm sehr gnädig gegenübergetreten ist, hat ihn stark impressioniert.

Das Gerücht, daß er der Überbringer einer Einladung Seiner Majestät zu der feierlichen Einweihung des Viktor-Emanuel-Denkmals sein würde, hat sich nicht bestätigt. Dagegen hat er sich vergewissert, daß wir bereit sein werden, an einer von Luzzati im nächsten Jahr geplanten Konferenz in Rom für internationale Regelung von Arbeiter- und Auswandererfragen teilzunehmen. So skeptisch man den positiven Nutzen derartiger Konferenzen auch beurteilen kann, so haben wir aus naheliegenden Gründen doch keine ablehnende Stellung einnehmen können.

Der Marquis ist heute morgen, ersichtlich sehr befriedigt von seinem hiesigen Aufenthalt, nach Rom zurückgekehrt.

Ew. pp. ersuche ich, dem Grafen Aehrenthal vertraulich von vorstehendem Kenntnis zu geben.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Gut

[2] von Iswolski soufflirt. Russland hat ja auch damals den Prinzen Georg durchgesetzt!

---

* Vgl. darüber Kap. CCIX.

Nr. 9862

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 88
Vertraulich

Rom, den 30. Juni 1910

Soweit bis jetzt feststeht, wird Marquis di San Giuliano, wie er mir sagte, seinen Besuch in Ischl am 1. September abstatten. Er bat mich aber, diese Mitteilung als streng vertraulich zu betrachten, da die Sache — er wußte selbst nicht warum — österreichischerseits noch als großes Geheimnis behandelt würde.

Hieran anknüpfend sagte ich dem Minister, daß Euere Exzellenz aus Ihren Nachrichten aus Wien den Eindruck gewonnen hätten, daß die Universitätsfrage dort als ein sehr heikles Thema angesehen würde. Euere Exzellenz glaubten daher im Gegensatz zu Ihrer in Berlin vertretenen Auffassung dem Marquis anheimgeben zu sollen, diese Frage bei seinem Ersehen mit dem Grafen Aehrenthal lieber gar nicht zu berühren, da es letzterem kaum erwünscht und voraussichtlich überhaupt nicht möglich sein würde, sich darüber zu äußern. Der Minister, der sich dankbar für diesen Wink zeigte, erwiderte mir, er hoffe, daß bis zu seinem Besuch die Entscheidung über die Universität schon gefallen sein würde. Im übrigen sei er auch seinerseits auf Grund der ihm aus Wien zugegangenen Meldungen zu der Ansicht gelangt, daß es besser sein würde, falls das Gespräch mit dem Grafen Aehrenthal nicht von selbst auf diese Frage käme, sie seinerseits nicht anzuschneiden. Er habe schon dem Duca d'Avarna in diesem Sinne geschrieben. Nachdem die Italiener in Österreich mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden zu sein schienen, läge für ihn ja auch kein Grund mehr vor, die Frage noch zu erörtern.

Der Minister äußerte zum Schluß mit einer gewissen Betonung, daß die Beziehungen Italiens zu Österreich momentan vorzüglich wären. Nach dieser Erklärung, über die ich nur meine Freude aussprechen konnte, lag für mich kein Anlaß vor, auf die Lamentationen Herrn Luzzatis über das österreichisch-italienische Verhältnis zurückzukommen, von welchen mir der Minister bei der letzten Unterredung Mitteilung gemacht hatte*.

Jagow

---

* Nach einem Berichte Jagows vom 3. Juni 1910 (Nr. 78) hätte der Ministerpräsident Luzzati sich gegenüber Marquis di San Giuliano sehr pessimistisch über die österreichisch-italienischen Beziehungen geäußert.

Nr. 9863

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 113 Rom, den 29. August 1910

Streng vertraulich

Marquis di San Giuliano hat vor einigen Tagen meinem österreichisch-ungarischen Kollegen* gegenüber einige Gedanken über die österreichisch-italienischen Beziehungen entwickelt, worüber mir dieser einige ganz vertrauliche Mitteilungen gemacht hat.

Die Beziehungen wären, so hat der Minister ausgeführt, zweifellos nicht so, wie sie sein sollten. Infolge von Ereignissen, Mißverständnissen und Zwischenfällen aller Art habe eine gegenseitige Empfindlichkeit und Gereiztheit Platz gegriffen, die unter Bundesgenossen nicht zulässig und dem Bundesverhältnis höchst unzuträglich sei. Für Italien bedeute aber bei der heutigen politischen Konstellation das Bündnis eine absolute Notwendigkeit[1], und seine Politik müsse auf die Aufrechterhaltung desselben gerichtet sein. Es habe daher auch das größte Interesse an einer möglichst freundlichen Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen. Hierin müsse also Wandel geschaffen werden, und sein, des Ministers, ernstes Bestreben ginge dahin, mit allen Kräften auf eine solche Besserung hinzuwirken.

Wenn auch glücklicherweise die Beziehungen der beiden Regierungen zu einander freundschaftliche seien und kein Grund zu gegenseitigem Mißtrauen vorliege, so sei doch die öffentliche Meinung, besonders in Italien, in einem Zustand der Erregung, der eine Gefahr in sich berge. Für den Kampf gegen diese bedenkliche Erscheinung schwebten ihm nun drei Mittel vor:

Erstens müsse man alles daran setzen, damit die zahllosen kleinen Zwischenfälle auf den verschiedensten Gebieten, wie Grenzverletzungen, Spionagegeschichten, irredentistische Ungezogenheiten etc. in Zukunft aus der Welt geschafft würden. Bezüglich der Grenzschwierigkeiten hoffe er viel von der demnächst zusammentretenden gemischten Kommission.

Zweitens müsse auf die Presse eingewirkt werden, damit sie sich vor Aufbauschungen hüte, die kleinen Zwistigkeiten möglichst mit Stillschweigen übergehe und dadurch allmählich einen beruhigenden Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübe.

Drittens sei es sein großer Wunsch, daß, wenn nun doch einmal gewisse Zwischenfälle unvermeidlich seien, die beiden Regierungen dieselben fortan weniger ernst nehmen, ja womöglich die Augen dazu schließen sollten.

---

* Baron Ambrózy.

Auf die Frage Baron Ambrózys, ob denn nicht selbst bei allem guten Willen doch die irredentistische Bewegung eine stete Gefahr für eine vollkommene Beruhigung der öffentlichen Meinung bilden werde, meinte der Marquis, man müsse diese Bewegung nicht überschätzen, deren Einflußsphäre doch nur eine sehr geringe sei, und die von keiner maßgebenden Persönlichkeit ernst genommen werde. Keine Regierung werde irredentistische Pläne verfolgen, denn selbst wenn Italien in den Besitz des Trento käme, so würde dieser Gewinn mit der damit verknüpften militärischen Schwächung Österreichs zu teuer erkauft sein.

Diese Bemerkung läßt darauf schließen, wie wichtig dem Minister, wohl im Hinblick auf ein eventuelles Vordringen Rußlands im Balkan, ein militärisch starkes Österreich-Ungarn erscheint.

Welche Aufnahme der Marquis mit seinen Ideen bei dem Grafen Aehrenthal finden wird, bleibt abzuwarten. Baron Ambrózy bezweifelt, daß dieser auf den Gedanken der völligen Ignorierung von Zwischenfällen eingehen wird, da er bisher in der Behandlung derselben immer sehr peinlich und scharf vorgegangen sei.

W. Prz. Stolberg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.
[1] Ja

Nr. 9864

Aufzeichnung des österreich-ungarischen Ministers des Äußern Grafen von Aehrenthal

Undatierte und unsignierte Abschrift
Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich am 16. September 1910 übergeben

Marquis di San Giuliano* ist eine geistreiche Persönlichkeit, ein Mann von großen Gesichtspunkten, welche er mit echt sizilianischer Lebhaftigkeit und Wärme vorbringt. Eine langjährige politische Erfahrung hat ihn gelehrt, mit den realen Verhältnissen zu rechnen; er ist ein kluger Kopf, der heute, wo er die höchste Spitze erklommen hat, die Situation akzeptiert, wie sie ist, ohne Rücksicht darauf, daß er früher politische Ideen vertreten hat, welche sich mit seinen heutigen Anschauungen schwerlich in Einklang bringen ließen. Auch scheint er eine gute Dosis von Ehrgeiz zu besitzen, sodaß man schon aus diesem Grunde mit seinem Bestreben rechnen kann, sich möglichst lange an der Macht zu erhalten.

Angesichts dieser Veranlagung hat sich unsere Aussprache über die großen Linien der österreichisch-ungarischen und der italienischen Politik

---

* Marquis di San Giuliano hatte Graf Aehrenthal am 31. August in Salzburg aufgesucht und war am 1. September in Ischl von Kaiser Franz Joseph empfangen worden.

in glatter Weise abgewickelt. Der italienische Minister betonte mit Emphase sein Festhalten an der Politik des Dreibundes, ohne jedoch im geringsten die Frage der Erneuerung desselben zu streifen. Auch nahm er keinen Anstand, als seine von vielen seiner Landsleute geteilte Überzeugung auszusprechen, daß es im Interesse Italiens gelegen sei, eine starke österreichisch-ungarische Monarchie zum Nachbar zu haben. Es sei dies für Italien viel vorteilhafter, als wenn eine rein slawische Gruppierung am Balkan Platz griffe, welche ihre Rückwirkung auch auf die Italien benachbarten Provinzen der Monarchie ausüben würde. Gewissermaßen als Illustration des eben Gesagten erzählte mir Marquis di San Giuliano im Vertrauen, daß König Viktor Emanuel gar keine Freude über die Erhebung Montenegros zum Königreiche empfunden habe*. Der König habe für seinen Schwiegervater wie für die ganze montenegrinische Königsfamilie sehr wenig übrig, sodaß er die Beziehungen zu Cetinje bloß aus Rücksicht für seine königliche Gemahlin, welcher er in heißer Liebe zugetan sei, pflege, soweit es eben unbedingt nötig sei. Freundschaftlichere Gesinnungen hege Seine Majestät für König Peter von Serbien, von welchem der König überzeugt sei, daß er dem scheußlichen, an König Alexander und Königin Draga verübten Verbrechen völlig ferne gestanden sei.

Serbien betreffend scheint der italienische Minister die Situation nicht ganz unbefangen zu beurteilen, indem er als Axiom aufstellte, daß die öffentliche Meinung jenes Landes die Überzeugung hege, Österreich-Ungarn wolle dasselbe von seinen Verbindungen mit dem Westen abschneiden und dadurch wirtschaftlich botmäßig machen. Dies war jedoch nur eine flüchtig hingeworfene Bemerkung, und als das Gespräch sich gleich darauf der Frage der Donau-Adria-Bahn zuwendete, entwickelte mein Mitredner durchaus realpolitische Ansichten. Marquis di San Giuliano leitete die Erörterung dieses Gegenstandes mit der Frage ein, ob ich mich zu dem in Rede stehenden Projekte heute noch so verhalte, wie ich es vor drei Jahren Herrn Tittoni gegenüber geäußert hätte, und ob wir daran dächten, die Sandschakbahn, deren wirtschaftliche Bedeutung übrigens nur eine geringe sein dürfte, zu verwirklichen? Ich erwiderte, daß ich auch heute der Ansicht sei, der rasche und rationelle Ausbau des Eisenbahnnetzes sei für jedes Land, vor allem aber für die Türkei von größtem Vorteil. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, würde ich demnach jede Eisenbahnverbindung, welche die Türkei vom Standpunkte ihrer Interessen als entsprechend betrachtet, nur mit Sympathie begrüßen. Was speziell die Sandschakbahn betreffe, hätten wir diese vor drei Jahren aus dem Grunde aufs Tapet gebracht, weil wir gerade damals unsere bosnischen Linien unter Aufwendung großer Geldmittel bis an die türkische und serbische

* Am 29. August hatte der Fürst von Montenegro den Königstitel angenommen, nachdem am 22. August zur Feier seines fünfzigjährigen Regierungsjubiläums das italienische Königspaar, der König von Bulgarien, die Kronprinzen von Serbien und Griechenland und noch mehrere andere Fürstlichkeiten in Cetinje zusammengekommen waren.

Grenze ausgebaut hatten und diese nicht als Sackbahn endigen lassen wollten. An eine rasche Durchführung der ausländischen Anschlußstrecken hätten wir jedoch nie geglaubt. Die unerwartet schnelle Erteilung des Iradees für das Trassenstudium der Sandschakbahn sei nur eine Folge des Lärms gewesen, den die russische und die ihr sekundierende englische Presse geschlagen habe, wodurch diese Angelegenheit über Gebühr aufgebauscht und zu einer cause célèbre gemacht wurde. Seither seien die bezüglichen Vorstudien beendigt, die Türkei sei jedoch weder mit Vorschlägen bezüglich einer eventuellen unsererseits zu leistenden finanziellen Unterstützung noch in betreff der in Betracht kommenden technischen Fragen an uns herangetreten. Andererseits hätten auch wir nicht die Absicht, auf eine Beschleunigung der Angelegenheit zu dringen, da wir von den wohlwollendsten Gesinnungen für die Türkei erfüllt seien und ihr in Anbetracht ihrer zahlreichen Mühen und Sorgen Zeit zur Überlegung gönnen wollen, um darüber schlüssig zu werden, welche Bahnbauten vom Standpunkte ihrer Interessen zunächst in Angriff zu nehmen seien. Mit der Zeit jedoch würde es nach meiner Ansicht jedenfalls zum Ausbau der türkischen Anschlußstrecke an das bosnische Eisenbahnnetz kommen.

Marquis di San Giuliano nahm meine Mitteilungen mit Befriedigung entgegen und bemerkte, daß er auch an eine rasche Realisierbarkeit der Donau-Adria-Bahn nicht glaube. Hierbei ließ mein Mitredner, welcher die albanesischen Provinzen aus eigener Anschauung sehr genau kennt, eine spöttische Bemerkung über den Zukunftshafen San Giovanni di Medua fallen, welcher heute aus einigen ärmlichen Fischerhütten und einem türkischen Blockhause bestehe. Der italienische Minister gibt sich jedoch der Hoffnung hin, daß die eigenen Interessen der Türkei letztere zum Ausbau einer Verbindung Konstantinopels etwa über Monastir mit der adriatischen Küste veranlassen werden, wobei ihm natürlich der Gedanke der Ausnützung einer solchen Linie für den Verkehr mit dem gegenüberliegenden Italien vorschwebt.

Von den Kretaangelegenheiten* schien Marquis di San Giuliano insofern präokkupiert, als er keinen Ausweg aus dem von den vier Schutzmächten angerichteten Imbroglio sieht. Er bedauert auf das lebhafteste, daß die italienische Regierung nicht einen günstigen Anlaß wahrgenommen hat, um sich der von uns und Deutschland eingenommenen reservierten Haltung anzuschließen.

Die türkisch-griechischen Verwicklungen sowie die türkisch-bulgarischen Differenzen beurteilt der italienische Minister ausschließlich vom Standpunkte der Chancen für die Erhaltung des Friedens. Ich unterließ nicht, dem Marquis meine Überzeugung auszusprechen, daß alle Regierungen, welche den Frieden im nahen Orient ernstlich wollen, auch die entsprechenden Mittel zur Verwirklichung ihrer Absichten wählen müßten. Diese bestünden in einer tunlichsten Unterstützung des neuen

* Vgl. darüber Kap. CCIX.

Regimes in der Türkei, denn nur in dem Falle, als das von den Jungtürken unternommene Experiment von Erfolg begleitet sei, könne man auf eine relative Ruhe am Balkan rechnen. Zu diesem Behufe müßten wir vor allem darauf bedacht sein, die Autorität der türkischen Regierung zu schonen, und in betreff der gewiß nicht einwandfreien türkischen Verwaltung in den Provinzen ein oder beide Augen zudrücken. Auch hielte ich es für nützlich, die Balkanstaaten — und zwar kämen diesfalls im gegenwärtigen Augenblicke besonders Bulgarien und Griechenland in Betracht — daran zu gewöhnen, ihre Differenzen mit der Türkei selbst auszutragen, statt wegen jeden Zwischenfalles stets an das Forum einzelner oder aller Großmächte zu appellieren. Marquis di San Giuliano erhob keine Einwendungen gegenüber meinen Ausführungen; ich hatte vielmehr den Eindruck, daß er denselben beipflichte. Es fiel mir jedoch auf, daß der Herr italienische Minister, wiewohl sich öfters Anlässe ergaben, um über Rußland und die russische Politik zu sprechen, nie die Gelegenheit hierzu ergriff. Das gesamte Verhalten San Giulianos veranlaßt mich, diese Reserve dahin zu deuten, daß er die von Herrn Tittoni im Vorjahre befolgte Politik des Kokettierens mit Rußland nicht für ganz einwandfrei und mit dem Allianzverhältnis im Einklang stehend hält und es daher vorzog, dieses heikle Thema nicht zu berühren.

Recht freimütig sprach sich Marquis di San Giuliano über das Verhältnis Italiens zu Frankreich aus. Er teilte mir im Vertrauen mit, daß Herr Luzzati demnächst mit Herrn Pichon in der Schweiz zusammentreffen werde, vornehmlich zu dem Zwecke, um die arg verfahrene Affäre des Ankaufs des Palazzo Farnese seitens der französischen Regierung in Ordnung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit machte der Marquis einige kritische Bemerkungen über seinen Ministerpräsidenten, der neben einer großen Begabung und geradezu unglaublichem Wissen an einer lächerlichen Eitelkeit und Empfindlichkeit leide. Luzzati sei ein ebenso überzeugter Anhänger des Dreibundes wie er, da jedoch die französische Presse ihn mit Weihrauch einzuhüllen pflege, sei er in den Ruf eines Freundes der Annäherung an Frankreich geraten. Der italienische Minister führte weiter aus, daß Italien ein natürliches Interesse habe, mit Frankreich in guten Beziehungen zu stehen, wenn schon aus keinem anderen Grunde, wegen der italienischen Kolonien in Tunis. Infolge Ablaufes des bisherigen Vertrages seien diese sehr zahlreichen italienischen Kolonien dem französischen Belieben vollkommen ausgeliefert. Es beständen zwar heute noch italienische Schulen und sonstige Anstalten in Tunis, doch hänge deren Fortbestehen ausschließlich von dem Wohlwollen der französischen Regierung ab, und von Zeit zu Zeit akzentuiere sich die Tendenz der französischen Verwaltung, die weit über 150000 Seelen zählende italienische Kolonie in diesem orientalischen Lande französieren zu wollen. Eine weitere Bemerkung des italienischen Ministers über die französische Marokkopolitik und die großen Verlegenheiten, welchen Frankreich dortselbst noch entgegengehe, gestattet den Schluß, daß Marquis di San Giuliano sich vielleicht

im Geiste auch mit Eventualitäten beschäftigt, welche eine Schwächung der Position Frankreichs in Nordafrika zur Voraussetzung haben.

Unendlich mitteilsam zeigte sich der italienische Minister über England, König Eduard und die Zustände im Inselreiche, was angesichts des Umstandes, daß der Marquis vier Jahre Botschafter in London war, wo er dank seiner Persönlichkeit eine gewisse Rolle spielte, vollkommen begreiflich ist. Gleich nach der Audienz bei Seiner K. und K. Apostolischen Majestät sagte mir San Giuliano im Vertrauen, daß er bisher König Eduard für die hervorragendste Erscheinung unter den Monarchen unserer Zeit gehalten habe. Seitdem ihm jedoch das Glück beschieden gewesen sei, von Seiner Majestät dem Kaiser und König empfangen zu werden, bestehe für ihn kein Zweifel mehr, daß unser allergnädigster Herr die weitaus bedeutendere und imponierendere Persönlichkeit sei. Schon in der Wahl des Gesprächsstoffes, in dem sicheren Gefühle für das bedeutsamste Moment in jeder Frage und in der Präzision der Formulierungen manifestiere sich die große Erfahrung und abgeklärte Weisheit des Monarchen.

Der italienische Minister glaubt nicht, daß England, wie es von mancher Seite behauptet werde, dem Verfall entgegengeht, denn das englische Volk sei in seinen wesentlichen Bestandteilen noch viel zu gesund und energisch. Er ist der Ansicht, daß die englische auswärtige Politik nach den jüngst gemachten Erfahrungen — und speziell solange deren Leitung in den Händen Greys verbleibt — eine reserviertere sein werde.

Die im Laufe des nahezu viertägigen Beisammenseins mit Marquis di San Giuliano gewonnenen Eindrücke bestätigen mir unzweifelhaft das schon früher wahrnehmbare Bestreben der italienischen Politik, sich enger an die beiden verbündeten Mächte zu halten. Es ist dies offenbar ein Resultat des vorigjährigen festen Zusammenhaltens der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte und der seither unter den Teilnehmern an der Entente konstatierten Uneinigkeit.

Wie nicht anders zu erwarten, war ein großer Teil unserer Aussprache den sich in letzter Zeit leider stark häufenden Grenzzwischenfällen und Kundgebungen der Irredenta gewidmet. Die Grenzzwischenfälle betreffend hat der italienische Minister ausführliche und präzise Vorschläge gemacht, welche geeignet scheinen, eine Eindämmung dieser mißlichen Affären herbeizuführen. Was die Stellungnahme der italienischen Regierung zur Irredenta anbelangt, hat Marquis di San Giuliano bereits die Absicht dokumentiert — im Gegensatz zu den früheren italienischen Ministern —, diesem bedenklichen Treiben entgegenzutreten. Er hat mir auch angekündigt, daß er entschlossen sei, in dieser Richtung fortzufahren. Der Minister hofft, daß es ihm gelingen werde, dank dem Einflusse, welchen er im Parlamente besitze, auf die öffentliche Meinung in den nördlichen Provinzen Italiens — denn im Süden gäbe es keinen Irredentismus — aufklärend und beruhigend einzuwirken. Marquis di San Giuliano meint jedoch, nur dann diesem Ziele näher kommen zu können, wenn wir es unsererseits vermeiden, ihn vor der Zeit abzunützen,

indem wir kleinere Zwischenfälle allzu häufig relevieren und ihn zwingen, das mit deren Beilegung verbundene Odium auf sich zu nehmen. Der Minister richtete denn auch die Bitte an mich, die Intervention der italienischen Regierung nur in solchen Fällen in Anspruch zu nehmen, wo ein weiteres Gewährenlassen unsererseits ganz unmöglich sei. Er werde gleichfalls sich enthalten, aus geringfügigen Ursachen Reklamationen zu erheben. Ich habe meinem Mitredner versichert, daß ich nur aus zwingenden Gründen mit Reklamationen vorgehe, und hob insbesondere hervor, daß bei der gegenwärtig in Italien herrschenden Stimmung, falls wir den Dingen ihren Lauf ließen, die im nächsten Jahre zu veranstaltende Ausstellung* leicht Gelegenheit zu Kundgebungen bieten könnte, welche auf unsere Besucher den peinlichsten Eindruck hervorbringen müßten. Ich empfing überhaupt den Eindruck, daß Marquis di San Giuliano die Bedeutung des Irredentismus unterschätzt, vielleicht aus dem Grunde, weil er vier Jahre in England gelebt hat und auch als Sizilianer die Stimmung in den oberitalienischen Bevölkerungskreisen weniger genau kennt. Der Minister macht sich keine Illusionen darüber, daß für das in den letzten Dezennien neuerlich wahrnehmbare Überhandnehmen des Irredentismus die Herren Prinetti und Zanardelli verantwortlich seien, welche keine Vorstellung von äußerer Politik hatten, und welchen der zu jener Zeit eben erst zur Regierung gelangte König Viktor Emanuel gänzliche Aktionsfreiheit gelassen hatte. Der König habe jedoch gegenwärtig das vollste Verständnis für die damals begangenen Fehler und Unterlassungen.

Auch die Besuchsfrage brachte Marquis di San Giuliano spontan zur Sprache und anerkannte, daß dieselbe durch die Vorgänge des Jahres 1881, wo der Besuch König Humberts in Wien angekündigt und dort angenommen wurde, für heute und die nächste Zukunft unlösbar geworden ist. Er halte jedoch den Standpunkt für gänzlich verfehlt, daß dem König von Italien nur in Rom ein Besuch abgestattet werden könne. Dieser sei an jedem Ort, an welchem der Herrscher sich eben befinde, entgegenzunehmen.

Der Minister sprach mit großer Begeisterung von der Begabung und den Herrschertugenden seines Königs und gab seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß aus den eben angeführten Gründen eine Begegnung Seiner Majestät mit unserem allergnädigsten Herrn nicht stattfinden könne, da eine solche Begegnung gewiß dazu beitragen würde, die auf beiden Seiten vorhandenen Voreingenommenheiten zu zerstreuen. Im Hinblick auf den neuerdings kundgegebenen Entschluß, die Beziehungen der beiden alliierten Mächte intimer zu gestalten, kamen Marquis di San Giuliano und ich überein, diese Richtung durch die Wiederholung unserer Begegnung zu markieren. Wir würden demnach im künftigen Jahre, falls wir noch im Amte wären, abermals zusammenkommen, um hierdurch den Wunsch

---

* Gemeint ist die Fünfzigjahrfeier des italienischen Königreichs (27. März), die zu verschiedenen Ausstellungen, vor allem zu einer internationalen Industrieausstellung in Turin (29. April), Veranlassung gab.

beider Monarchen nach Pflege des bestehenden Allianzverhältnisses auch in formeller Hinsicht kundzutun und durch unseren persönlichen Kontakt auf die Beseitigung lokaler Zwischenfälle und die Milderung nationaler Voreingenommenheiten hinzuwirken.

Nr. 9865

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen von Aehrenthal

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Berlin, den 19. September 1910

Für die freundliche Mitteilung der interessanten Aufzeichnung über Ihre Zusammenkunft mit dem Marquis di San Giuliano* spreche ich Euerer Exzellenz meinen herzlichsten Dank aus. Ich brauche nicht zu versichern, daß ich mich über den günstigen Verlauf Ihrer Begegnung mit dem italienischen Minister aufrichtig gefreut habe, und sage Ihnen zu dem bedeutsamen Ergebnis ihrer Besprechungen meinen besten Glückwunsch.

Wir können hier nur wünschen, daß Schwierigkeiten, die etwa nach Lage der Dinge gelegentlich zwischen unseren beiden Verbündeten auftauchen sollten, stets durch eine so offene und vertrauensvolle Aussprache beseitigt werden, wie sie jetzt in Salzburg und Ischl stattfand. Das wird wesentlich zur Befestigung des Bündnisses beitragen, das sich zum Segen aller Beteiligten solange bewährt hat. Besonders erfreulich erscheint mir die Aussicht, daß nach Ihrer Unterredung mit Marquis di San Giuliano weder die kaum ganz zu vermeidenden Grenzzwischenfälle noch die orientalischen Probleme, insbesondere die albanische Frage, einen ernsten Differenzpunkt zwischen unseren Verbündeten bilden werden.

Morgen trifft mein allergnädigster Herr bei Ihrem verehrungswürdigen Kaiser und König ein. Die Zusammenkunft der Monarchen bringt in glücklichster Weise die herzlichen Beziehungen zum Ausdruck, die zwischen den verbündeten Mächten bestehen, und deren stete Pflege und Förderung, wie ich weiß, Ihnen in gleichem Maße wie mir am Herzen liegt.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 9864.

Nr. 9866

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 136
Streng vertraulich — Rom, den 5. Oktober 1910

Die Tage der Ministerbegegnung in Turin* scheinen, äußerlich wenigstens, gut und harmonisch verlaufen zu sein und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern noch enger gestaltet zu haben. Marquis di San Giuliano hatte es sich nicht nehmen lassen, außer seinem Kabinettschef auch die beiden ersten Beamten der Konsulta, den Unterstaatssekretär Principe di Scalea und den Generalsekretär Bollati nach Turin zu zitieren, und auch sonst hat es nicht an Aufmerksamkeiten und Ehrungen für den Grafen Aehrenthal gefehlt, die ihren Gipfel in seiner Dekorierung mit dem Annunziaten Orden fanden.

Ob nun die beiden jüngsten Ministerbegegnungen eine Ära dauernder Besserung in den italienisch-österreichischen Beziehungen einzuleiten imstande waren, will mir jedoch zweifelhaft erscheinen. Wenigstens äußerte sich Marquis di San Giuliano heute mir gegenüber in ernstem Ton über diesen Punkt.

Er sehe besorgter in die Zukunft als noch vor kurzer Zeit. Die öffentliche Meinung in Italien sei eher aufgebrachter gegen Österreich als früher; das zeige sich in den Angriffen, denen die italienische Regierung in der Presse wegen der Verleihung des Annunziaten Ordens an den Grafen Aehrenthal ausgesetzt sei; auch habe man bereits Parlamentsinterpellationen wegen dieser Dekorierung angemeldet. Der Grund für die Erregung sei einfach der, daß seitens Österreich-Ungarns nichts geschehe, um den berechtigten Wünschen der Italiener entgegenzukommen. Die Regierung befinde sich daher in einer äußerst peinlichen Lage, und wenn nach Wiederzusammentritt der Kammer im November er, der Minister, das Budget des Äußern zu vertreten haben werde, so stehe ihm, wie die Dinge jetzt lägen, nicht die geringste Kleinigkeit zu Gebote, die er auf die Kreditseite seiner Politik Österreich-Ungarn gegenüber setzen könne. Er habe dies dem Grafen Aehrenthal jetzt selbst gesagt und ihn gebeten, ihm doch durch eine wenn auch noch so geringe Konzession die Vertretung einer österreichfreundlichen Politik im Parlament zu erleichtern. Dies sei aber bisher noch nicht geschehen. Graf Aehrenthal selbst habe ja gewiß den besten Willen, daran sei nicht zu zweifeln, aber man müsse eben in Wien auch mit gewissen Erzherzögen und einer starken

* Am 29. September hatte in Turin eine neue Zusammenkunft Graf Aehrenthals mit Marquis di San Giuliano stattgefunden.

Militärpartei rechnen, gegen die der Minister vielleicht nicht erfolgreich anzukämpfen in der Lage sei. Durch diesen Mangel an Entgegenkommen würden aber seine unablässigen und ernsten Bemühungen, die italienisch-österreichischen Beziehungen freundschaftlicher zu gestalten, vollkommen unfruchtbar gemacht (stérilisés).

Der Minister erzählte mir darauf einen Fall, in dem seitens Österreich-Ungarns wirklich übertriebene Schwierigkeiten gemacht würden. Es handle sich dabei um einen italienischen Deputierten Foscari, der in Österreich-Ungarn Güter besitze, sich aber in früheren Jahren der Spionage verdächtig gemacht habe und deshalb nicht mehr über die Grenze kommen dürfe. Foscari als Abgeordneter aus irredentistischer Gegend könne der Regierung die größten Ungelegenheiten bereiten, und es liege Herrn Luzzati ganz besonders an der freundschaftlichen Beilegung dieses Falles. Er, der Minister, habe daher den Grafen Aehrenthal gebeten, ihm und dem Ministerpräsidenten den Gefallen zu tun und den genannten Deputierten, der im übrigen ein „polichinello" sei und von keinem Menschen als Spion ernst genommen werden könne, über die Grenze zu lassen. Aber auch hier habe er nichts erreicht.

Marquis di San Giuliano ist also enttäuscht aus Turin zurückgekehrt. Er hatte offenbar gehofft, daß ihm Graf Aehrenthal etwas Positives, etwa die definitive Regelung der Grenzschwierigkeiten oder dergleichen mitbringen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Es ist daher begreiflich, daß sich der Minister in einer etwas gedrückten Stimmung befindet. Daß ihn dabei auch der Gedanke an persönlichen Erfolg und seinen Ministerposten bewegt, ist nur zu menschlich. Aber auch für den Staatsmann, der, nachdem er einmal den Dreibund als die für Italien richtige und notwendige Politik erkannt hat, sich folgerichtig die Pflege guter Beziehungen zum verbündeten Österreich-Ungarn mit Ernst angelegen sein läßt, ist es entmutigend zu sehen, daß seine Bemühungen mehr oder weniger erfolglos sind.

Marquis di San Giuliano hat sich bisher als zuverlässiger Dreibundmann bewährt. Für Deutschland kann es daher auch nur wünschenswert sein, wenn er möglichst fest im Sattel sitzt. Die Opposition rührt sich überall, gerade auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, und wie lange der Minister wirklich ernsthaften Angriffen standzuhalten in der Lage sein würde, vermag niemand zu sagen. Von diesem Gesichtspunkt aus könnten auch wir ein Interesse daran haben, wenn die österreichisch-ungarische Regierung ihm durch Entgegenkommen seine Stellung etwas erleichtern wollte.

W. Prz. Stolberg

Nr. 9867

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 140 Rom, den 14. Oktober 1910

Wenn Marquis di San Giuliano seinerzeit die Hoffnung aussprach, daß es gelingen möchte, die öffentliche Meinung Italiens dazu zu bringen, sich weniger mit den österreichisch-italienischen Grenzzwischenfällen zu beschäftigen, so hat er sich wohl in dieser Hoffnung getäuscht. Kaum ist jemals in der italienischen Presse von diesen Zwischenfällen soviel die Rede gewesen als grade jetzt nach den Ministerzusammenkünften von Salzburg und Turin.

Den breitesten Raum nimmt dabei die Frage des Cima dodici ein, in der es sich um eine Bergkuppe in den Trientiner Alpen handelt, wo, wie an so vielen anderen Stellen, die Grenze unklar ist. Die österreichischen Grenztruppen betrachten den Punkt als zu Österreich, die italienischen als zu Italien gehörig, und die von den Italienern aufgepflanzte italienische Flagge wurde von den Österreichern entfernt.

Die Verhandlungen über die Streitfrage sind noch im Gange und werden, wie mir mein österreichisch-ungarischer Kollege sagt, ausschließlich in Wien geführt.

Marquis di San Giuliano äußerte sich neulich mir gegenüber sehr besorgt über den Zwischenfall und befürchtete von ihm eine neuerliche Verbitterung der Stimmung gegen Österreich-Ungarn.

Heute bringt nun der „Popolo Romano" unter der zu offiziösen Mitteilungen benutzten Rubrik „Ministero Esteri" eine Notiz, die den Zwischenfall als auf einem Mißverständnis beruhend bezeichnet und dann also fortfährt: „Man hielt den Errichtungspunkt des Kreuzes, auf welchem man ohne jeden auch nur entferntesten Gedanken an eine politische Demonstration die Trikolore hißte, für italienisches Gebiet, auch weil er sich als solches aus den Vorgängen politischer Geographie ergibt.

Wahr ist, daß, als man nach dem Vertrage von Cormons (1866) die Absteckung der Grenze, welche von der einen wie von der anderen Seite ein bißchen leichthin gemacht wurde, vornahm, jener Punkt — es handelt sich um nichts anderes als einige Meter — als österreichisches Gebiet betrachtet wurde.

Nachdem unsere Regierung die Prüfung der Frage wieder hat aufnehmen lassen, um den Sachverhalt gut klarzustellen, sind alle diese Polemiken auf schleierhafter Grundlage absolut überflüssig."

W. Prz. Stolberg

Nr. 9868

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 27. Oktober 1910

Ich habe Herrn von Kiderlen-Wächter gelegentlich seiner jüngsten Anwesenheit in Wien* ersucht, Euer Exzellenz für das gefällige Schreiben vom 19. September d. Js.** meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, da ich infolge meiner italienischen Reise und der mit den Delegationen verbundenen Arbeiten nicht dazu gekommen war, dasselbe persönlich zu beantworten. Desgleichen wird der Herr Staatssekretär Euer Exzellenz auch über die Eindrücke Bericht erstattet haben, die ich aus Racconigi*** und Turin mitgebracht habe.

Sie haben mich entschieden in der Auffassung bestärkt, daß König Viktor Emanuel und seine Regierung eine stärkere Betonung des Allianzverhältnisses wünschen, und ich darf diesen erfreulichen Umstand wohl als eines der Ergebnisse der politischen Ereignisse des Vorjahres betrachten.

König Viktor Emanuel hat deutlich das Bestreben an den Tag gelegt, möglichst freundlich zu sein, und hat auch die von ihm bisher beobachtete Reserve gegenüber Seiner Majestät, meinem allergnädigsten Herrn, aufgegeben, indem er allerhöchstdessen Person wiederholt in der Konversation erwähnte. Auf politische Themata ist er bereitwillig eingegangen und bemerkte unter anderem sehr zutreffend, daß die Zustände in der Türkei sich wesentlich geändert hätten, und daß die frühere Interventionspolitik jetzt dort nicht mehr am Platze sei, wie man dies in London und Paris noch zu glauben scheine.

Er betonte das Friedensbedürfnis Italiens und bemerkte, daß auch die Balkanfürsten, die er in Cetinje zu treffen Gelegenheit gehabt habe,† sich in demselben Sinne ausgesprochen hätten.

Meine Unterredungen mit Marquis di San Giuliano über die Fragen der großen Politik haben sich in ganz glatter Weise abgewickelt. Ich habe mit ihm auch die in Verhandlung stehende Aktion zur Vermeidung von Zwischenfällen an der Grenze besprochen und erwarte nunmehr nur noch eine zustimmende Antwort des Reichskriegsministeriums, um die Angelegenheit finalisieren zu können.

Es handelt sich hierbei vornehmlich nur darum, daß die beiderseitigen

---

* Staatssekretär von Kiderlen hatte am 10. Oktober auf der Rückreise von Bukarest, wo er sein Abberufungsschreiben überreichte, dem Grafen Aehrenthal in Wien einen Besuch gemacht.

** Siehe Nr. 9865.

*** In Racconigi war Graf Aehrenthal gelegentlich seiner Reise nach Turin am 29. September von König Viktor Emanuel empfangen worden.

† Vgl. Nr. 9864, S. 364, Fußnote*.

Grenzorgane — speziell aber die italienischen — sich im Nachbarverkehre eines Verhaltens und eines Tones befleißen, wie er bei den bestehenden bundesfreundlichen Beziehungen eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Daß die Intervention der beiden Minister des Äußern notwendig geworden ist, um hier Ordnung zu schaffen, ist ein Symptom der in Italien systematisch gegen uns betriebenen und von unverantwortlichen Elementen geschürten Verhetzung, welche bei uns Gegenmaßregeln erforderlich gemacht hat.

Ich tue zwar mein möglichstes, um unsere Behörden zu einer konzilianten Behandlung von Grenzvorfällen zu veranlassen, meine Bemühungen werden aber nur dann Erfolg haben, wenn ich darauf hinweisen kann, daß auch die italienische Regierung den ernstlichen Willen und die Macht hat, bei ihren Organen eine gleiche Haltung durchzusetzen.

Wie Herr von Kiderlen-Wächter Euer Exzellenz gesagt haben wird, habe ich das Gefühl, daß Marquis di San Giuliano von guten Absichten beseelt ist; er scheint mir aber die gegen uns in Oberitalien vorherrschende feindselige Richtung zu unterschätzen. Ein Beispiel für die letztere ist der italienischerseits plötzlich erhobene Anspruch auf den Besitz der Cima dodici*, die nach dem klaren Wortlaute der Grenzprotokolle österreichisches Territorium ist. Wenn ich also, gestützt auf unser gutes Recht, in dieser Frage nicht zu transigieren vermöchte, so glaube ich doch durch meine Ausführungen in den Delegationen, die in Italien eine sehr gute Aufnahme gefunden haben, Marquis San Giuliano einen wesentlichen und seiner Stellung im Parlamente sehr ersprießlichen Dienst erwiesen zu haben und darf nun wohl erwarten, daß er es auch seinerseits an Entgegenkommen uns gegenüber nicht fehlen lassen wird.

Euer Exzellenz werden es gewiß richtig gefunden haben, daß ich in meinem Exposé** Deutschland und Italien hinsichtlich ihres Verhältnisses zu uns in eine Linie gestellt habe. Ich wollte damit in unserem gemeinsamen, auf die Erhaltung des Dreibundes gerichteten Interesse den stets so regen amour propre der italienischen Staatsmänner entsprechend in Rechnung ziehen.

Über Albanien wurde weder in Racconigi noch in Turin gesprochen.

Ich kann aber nicht leugnen, daß mich die Lage in Nordalbanien stark präokkupiert. Durch die drakonischen Maßregeln der türkischen Behörden wurden mehrere tausend katholische Albanesen veranlaßt, nach Montenegro überzutreten. König Nikolaus hat mich fragen lassen, wie er sich dieser Einwanderung gegenüber verhalten solle, worauf ich ihm antworten ließ, ich sähe keine andere Möglichkeit, als die Angelegenheit in freundschaftlichen Verhandlungen mit der türkischen Regierung in Ordnung zu bringen.

---

* Vgl. Nr. 9867.

** Am 13. Oktober hatte Graf Aehrenthal in den Delegationen eine große Rede gehalten, in der er die völlige Übereinstimmung seiner Anschauungen mit denen der Staatsmänner der beiden anderen Dreibundmächte konstatierte.

Mittlerweile läßt letztere in ihrer intransigenten Haltung nicht nach und droht, die Häuser der Ausgewanderten niederbrennen zu lassen.

Ich habe in Konstantinopel nachdrücklich gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß wenn man dort meine uneigennützigen und im eigenen Interesse der Türkei erteilten freundschaftlichen Ratschläge so wenig berücksichtige, wir in unserem Glauben an die Lebensfähigkeit des jungtürkischen Regimes irre werden könnten. Bei unseren vertrauensvollen Beziehungen zur Türkei will ich noch immer auf eine Wirkung meiner Ratschläge hoffen.

Zum Kapitel Türkei möchte ich noch bemerken, daß ich das Scheitern der Anlehensverhandlungen mit Paris* eher bedauert habe, allerdings aber die Ansicht des Kaiserlichen Auswärtigen Amtes teile, daß Deutschland und Österreich-Ungarn unter den gegebenen Verhältnissen gewiß gut daran tun, der Türkei in ihrer Verlegenheit wenigstens für den Augenblick beizuspringen; dies war übrigens schon in meiner letzten Unterredung mit Herrn von Kiderlen unser beider gemeinsamer Standpunkt.

Ich war sehr glücklich, jüngst Zeuge der Begegnung Seiner Majestät Kaiser Wilhelms mit meinem allergnädigsten Herrn zu sein** und bei diesem Anlasse Seine Majestät ehrfurchtsvoll begrüßen zu dürfen. Der Besuch in Wien hat, wie Euer Exzellenz mit Recht hervorheben, nicht nur die Bande persönlicher Freundschaft zwischen den zwei Monarchen und höchstihren Dynastien neuerdings zum Ausdruck gebracht, sondern auch die intimen politischen, zwischen beiden Reichen bestehenden Beziehungen in wirkungsvoller Weise betont. Wir können also auf dieses Ergebnis, welches unseren Bestrebungen zugute kommen wird, mit voller Befriedigung blicken.

Aehrenthal

Nr. 9869

Der Marineattaché in Rom Fregattenkapitän Fuchs an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 267 Rom, den 7. November 1910

Die beiden Bundesgenossen an der Adria haben wieder schwere Tage hinter sich, denn die recht beträchtlichen Heeres- und Marineforderungen, mit denen man in Österreich-Ungarn an die eben zusammengetretenen

---

* Vgl. dazu Kap. CCXVI, Anhang.
** 20. September. Vgl. dazu Kap. CCXII, Nr. 9793, Fußnote ***.

Delegationen herangetreten ist*, haben eine äußerst heftige Polemik und dementsprechende Verschärfung der schon immer bestehenden Gegensätze hervorgerufen.

Den Leitern der österreichisch-ungarischen äußeren Politik war es eben kaum gelungen, die in letzter Zeit offensichtlich auf ein friedliches Zusammengehen hinarbeitende italienische Regierung von der Aufrichtigkeit ihres Freundschaftsverhältnisses zu überzeugen, da brach über den Erklärungen, welche der Reichskriegsminister** und Marinekommandant*** bezüglich ihrer Nachtragsforderungen für die letzten Jahre abgaben, mit einem Male der Sturm auf der ganzen Linie los.

Daß Österreich „mit einem Kriege nach mehreren Fronten rechnen und unter Übergang zur Dreadnoughteinheit den Stand seiner Kriegsflotte auf den der sechziger Jahre bringen müsse", dies sind für italienische Chauvinistenohren zu harte Schläge. Gewiß hatte man hier das Einsetzen einer neuen Bewegung seit der Annexion wohl bemerkt — die dazu noch auf Borg erfolgte Beschleunigung der Neubauten zeigten dies zur Genüge —, jetzt ist aber zum ersten Male an verantwortlicher Stelle in unumwundener Weise die Forderung zum Ausdruck gebracht worden, sich — auch nach der Front des Alliierten — militärisch energischer zu sichern, und zwar ohne Rücksicht auf die beinahe unmittelbar vorhergegangenen freundschaftlichen Erklärungen des Ministerpräsidenten. Dabei fand man hiermit noch den beinahe ungeteilten Beifall der nach längerer Pause wieder zusammengetretenen Volksvertretung der beiden Reichshälften. Deutlicher konnte die eigentliche Stimmung im Lande gewiß nicht wiedergegeben werden.

Man hat es hier mit einer eigenartigen Erscheinung zu tun, indem sich die Leiter der militärischen Ressorts in einen gewissen Widerspruch zu ihrem Präsidium gesetzt haben. Konnten aber der Kriegs- und Marineminister, die doch der Nation gegenüber die Verantwortung für die Landesverteidigung tragen, anders handeln? Gewiß nicht. Auf Grund der seit einem Jahrzehnt nun gewonnenen rein sachlichen Erkenntnis mußte es einmal — und die Gelegenheit hierzu war eine besonders günstige — offen ausgesprochen werden, daß mit einer Gefahr von der Westgrenze militärisch absolut gerechnet und die entsprechende Vorkehrung zur „Sicherung" unbedingt getroffen werden muß, zumal man sich auf den anderen Fronten seit der Annexion nicht mehr so frei fühlt.

Man kennt in den militärischen Zentralbehörden in Wien nur zu

---

* Für das Heeresbudget waren ebenso wie für das Marinebudget außerordentliche Kredite beansprucht, die für ersteres in der Höhe von 180 Millionen, für letzteres in der Höhe von 54 Millionen bewilligt wurden. Generalstabschef Conrad von Hötzendorff hatte in einer Denkschrift vom 21. April 1910 nicht weniger als 500 Millionen für die Landmacht und 300 für die Seemacht verlangt. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit II, 44f.

** General d. I. Freiherr von Schönaich.

*** Admiral Graf Montecuccoli.

genau den Offensivgeist, den das Offizierkorps der italienischen Armee und Marine gewissermaßen als Selbstzweck gegen Österreich wach erhält und trotz der dankenswerten gegenteiligen Bemühungen der gegenwärtigen Regierung immer wieder periodisch in die Bevölkerung hineinträgt, sofern diese bei ihrer überlieferten Voreingenommenheit gegen den ehemaligen „Unterdrücker" eines solchen Impulses noch bedarf. Logik und Vernunft weichen hierbei völlig der hier endemischen Sentimentalität und Leidenschaftlichkeit. Eine verständige Regierung wird ein so unsinniges Treiben nie gutheißen, sie kann deshalb auch das Bestehen einer Gefahr nie amtlich zugeben. Um so schneller ist dann das halbwegs beruhigend und dilatorisch wirkende Wort von deren „latentem Zustande" geprägt. In diesem demokratischen Lande liegt aber die letzte Entscheidung immer bei dem wankelmütigen und so leicht entzündlichen Volke bezw. dessen Vertretern im gesetzgebenden Körper. Es vermag ein Ministerium über Nacht hinwegzufegen. Und bedenkt man, daß es jetzt — im Gegensatz zu früher — jede Forderung für jene schon systematisch gewordenen Rüstungen, durch die das militärische Verhältnis zu Österreichs Ungunsten verschoben wird, bereitwilligst bewilligt hat, so verläßt man mit der Mahnung, „auf der Hut zu sein", gewiß nicht den Boden der reinen Objektivität. Dies heißt aber ins Militärische übersetzt nichts anderes, als daß man sich nach der Westgrenze hin sichert, indem man den bisherigen Vorsprung vor der italienischen Armee aufrecht erhält und zur See ein solches Stärkeverhältnis der beiden Flotten anstrebt, daß die Verteidigung der Eigenküste unbedingt sichergestellt ist.

Hierin liegt aber gerade der strittige Punkt, der das italienische Blut so sehr in Wallung versetzt: mit der Überlegenheit des österreichisch-ungarischen Landheeres, die man durch ein Engagement auf einer zweiten Front einigermaßen ausgleichen zu können hofft, hat man sich allmählich schon abgefunden, dagegen fehlt für das Erstehen einer etwa gleichnamigen Seemacht in der Adria jegliches Verständnis. Man stützt sich vielmehr auf die durch „heilige Tradition" verbrieften Rechte auf die Alleinherrschaft im angestammten „mare nostrum" und besinnt sich plötzlich der beinahe ausschließlich maritimen Bestimmung und des hieraus resultierenden Übergewichts über die Mittelmeermächte, die dem Lande durch die geographischen Verhältnisse und Bedingungen gegeben seien. Gewiß, Österreich gegenüber hat man dieses in früheren Zeiten, als man noch gegen Frankreich rüstete, durch das Stärkeverhältnis von 2 zu 1 leicht aufrecht erhalten können. Man konnte es sich sogar über ein Jahrzehnt hindurch gestatten, die Landesverteidigung ganz zu vernachlässigen. Jetzt aber, wo man sich kaum vom militärischen Tiefstand erhoben hat, soll man sich durch das Vorgehen einer dazu noch verbündeten Macht in der Erhaltung dieses Standards, den man im übrigen bereits auf 1,5 zu 1 herabgesetzt hat, behindern lassen. Das ist um so empörender, als die Kosten des einzelnen Bauobjekts bereits ins Ungemessene gestiegen sind und man sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, das englisch-

deutsche Dreadnoughtbauduell im kleinen mitzumachen, das heißt also für je vier österreichisch-ungarische je sechs italienische Dreadnoughts.

Die Empörung über diese Zumutung von österreichischer Seite, die man aber in Wirklichkeit nur seinen eigenen unsinnigen Hetzereien zu verdanken hat, hat nun ein ungestümes Rüstungsfieber ausgelöst. Man will also den Konkurrenzkampf bis aufs Äußerste durchkämpfen.

Dieser Auffassung entsprechen auch die jüngsten Maßnahmen des italienischen Kriegs-* und Marineministers**, die in dem eben abgehaltenen Ministerrate recht erhebliche Mehrforderungen für das nächste Rechnungsjahr angekündigt haben. Die der Marine erstrecken sich auf die Ersatzbauten für die „Sicilia"-Klasse und einige veraltete kleine Kreuzer sowie auf die Integrität des Neubaufonds — Kapitel 75 —, aus dem bis jetzt einem Sondergesetz zufolge alle bei anderen Titeln gemachten Überschreitungen bestritten werden müssen.

Was nun die durch die ganzen Vorgänge entfachte Polemik anbelangt, so ist zunächst zu bemerken, daß wieder auf beiden Seiten das gesamte Hetzprogramm mit seinen vielen Abstufungen von Übertreibungen und Verdrehungen abgerollt worden ist. Eine vielleicht unnötige Verschärfung ist durch das rücksichtslose und bramarbasierende Vorgehen des Präsidenten des österreichischen Flottenvereins Vizeadmiral a. D. Chiari, hineingetragen worden. Wie ich gehört habe, hat der Ministerpräsident Graf Aehrenthal dem vorzubeugen versucht, indem er den Marinekommandanten ersuchte, den Admiral zur Mäßigung zu veranlassen. Dieser hielt sich aber zu einer Einwirkung nicht befugt, da es sich um einen verabschiedeten Offizier handelt, und lehnte jegliche Verantwortlichkeit für ihn ab.

Der Admiral sieht sich unter anderem verpflichtet, zu den sehr vorsichtigen Angaben des Marinekommandanten über das künftige Bauprogramm die nötigen Erläuterungen zu geben. So verkündet er die Absicht, den Flottenbestand auf 16 erstklassige Schlachtschiffe zu erhöhen und außer den bereits begonnenen beiden Dreadnoughts noch acht weitere demnächst in Bau zu geben, damit für die veralteten sechs Schiffe der „Monarch-" und „Habsburg"-Klasse Ersatz geschaffen würde. Dies ist sicher der fromme Wunsch eines jeden österreichischen Seeoffiziers, seine Erfüllung wird aber noch eine schöne Zeit in Anspruch nehmen, da man die höchste Baugeschwindigkeit an zuständiger Stelle auf vier Schiffe innerhalb fünf Jahre schätzt. Wollte der Admiral aber hiermit nur die italienischen Chauvinisten etwas einschüchtern, die zur Aufrechterhaltung ihres Standard sofort mit 15 Dreadnoughts zu antworten hätten, so ist ihm dies sicher gelungen, denn neben der Empörung macht sich unter diesen — zum ersten Male — ein gewisses Gefühl der Ängstlichkeit oder Befangenheit bemerkbar. So hatte man es sehr eilig, die österreichische Behauptung zu widerlegen,

---

* General Spingardi.

** Konteradmiral Leonardi Cattolica.

daß man außer den bereits begonnenen vier Dreadnoughts noch verschiedene andere im Projekt fertig habe und demnächst in Angriff nehmen werde. Man griff sogar zu der Unwahrheit, daß bei den ersteren erneut unliebsame Störungen und Unterbrechungen eingetreten seien. (Nach meiner persönlichen Beobachtung sind diese Neubauten in Genua sowohl wie in Spezia gerade in letzter Zeit sehr schnell fortgeschritten). Der italienische General Fadda glaubt ferner Österreich auf die Gefahr hinweisen zu müssen, die ihm in einem Kriege mit Italien aus der politischen Unsicherheit seiner meist italienisch sprechenden Schiffsbesatzungen erwächst. (1866 haben tatsächlich 15 Unteroffiziere und 270 Mannschaften venezianischer und lombardischer Herkunft von dem ihnen erteilten Austrittsrecht Gebrauch gemacht). Er warnt deshalb vor weiteren Rüstungen und dem aus diesen unvermeidlich resultierenden Kriege. Auch in dem Verhalten dem Dreibund gegenüber macht sich dies bemerkbar: während man diesem im vergangenen Sommer noch offen Hohn sprach, erkennt man seine Existenz gegenwärtig aus kommerziellen und wirtschaftlichen Rücksichten an. Es ist aber charakteristisch für den neuen Status quo, daß man sich nur in dieser Richtung gebunden fühlt und in allen übrigen, besonders bezüglich der Rüstungen und Vorbereitung zum Kriege, das Recht der absoluten Freiheit beansprucht. Denn „militärisch stark zu sein", wie es in der österreichischen Thronrede hieß, bleibt vor allem für Italien das Leitmotiv. Auch der offiziöse „Popolo Romano" glaubt nur an ein harmonisches Verhältnis unter den Verbündeten, wenn jeder den anderen in seinem Hause machen läßt, was ihm beliebt!

Als ein weiteres neues Moment hat sich in die Polemik der Abrüstungsgedanke eingeschlichen. Dieser hatte seinen Ursprung in den Bestrebungen des Wiener Komitees für österreichisch-italienische Annäherung und wurde jetzt von den beiderseitigen Sozialisten mit Wärme aufgegriffen. So wurde er zunächst in Österreich in Form eines Antrages, der auf Abschluß eines Abkommens über die Einschränkung der Rüstungen lautete, den Delegationen vorgelegt, die ihn aber mit aller Entschiedenheit von sich wiesen. Ein gleicher Vorstoß ist — nach den neuesten Veröffentlichungen — in Italien zu erwarten. Hier gewinnt aber die Bewegung insofern mehr Beachtung, als sich der Sozialist und Abgeordnete von Rom Bissolati an ihre Spitze gestellt hat. Dies würde an sich nicht viel zu bedeuten haben, wenn nicht Bissolati, der in diesen Tagen seinen Rücktritt als Herausgeber des „Avanti" angezeigt hat, bereits anfinge, seinen politischen Einfluß zu vergrößern, denn er hat zurzeit starke Fühlung mit dem Ministerium Luzzati genommen, in welchem, wie man sagt, demnächst ein Posten für ihn frei werden wird. Es liegen ja auch die Zeiten nicht allzuweit zurück, in denen die italienische Regierung ihre Überschüsse statt für die Landesverteidigung in nicht immer vertretbarer Weise für das allgemeine Volkswohl verwendet oder besser gesagt vergeudet hat.

Nach meinen persönlichen Beobachtungen möchte ich aber an die Lebensfähigkeit eines formulierten Rüstungseinschränkungsgedankens

nicht glauben. Dafür sind der Haß und die Erbitterung gegen das liebe Austria diesseits der Adria zu groß und der Einfluß der beiderseitigen Regierungen hierauf zu gering. Trifft aber Österreich nun die unvermeidlichen defensiven Gegenmaßregeln, so wird hinter diesen, ebenso wie in England hinter den deutschen, die gefährlichste Aggressivpolitik gewittert und der „circulus vitiosus", der die modernen Völker der finanziellen Verblutung entgegenführt, ist geschaffen.

(gez.) Fuchs

Nr. 9870

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 457 Wien, den 9. November 1910

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fand am 6. d. Mts. eine von klerikaler und christlich-sozialer Seite einberufene, zahlreich besuchte Versammlung statt, in der gegen die bekannten Auslassungen des Bürgermeisters von Rom Nathan gelegentlich der vierzigjährigen Gedenkfeier des Einzuges der Italiener in die Ewige Stadt* Protest erhoben wurde. Unter den Anwesenden befanden sich eine große Anzahl hoher kirchlicher Würdenträger, wie der greise Fürsterzbischof von Wien Dr. Gruscha, der Kardinal-Fürsterzbischof Freiherr von Skrbenský von Prag, der Erzbischof-Koadjutor von Wien Dr. Nagl, der Fürsterzbischof Dr. Bauer von Olmütz und andere, sowie auch die der christlich-sozialen Partei angehörenden früheren Minister Dr. Geßmann und Dr. Ebenhoch.

Als Hauptredner fungierte der Erste Vizebürgermeister von Wien Dr. Porzer, der in heftigen Worten Verwahrung einlegte gegen die „schwere Beschuldigung", die der Bürgermeister in Rom gegen den obersten Hirten der katholischen Kirche erhoben habe. Dr. Porzer bezeichnete die Einnahme Roms als „einen Schandfleck der modernen Geschichte", als eine Schande nicht nur für die, die sie vollführt, sondern auch für die, die sie geduldet haben. Der Heilige Vater habe gegen die Rede Nathans einen feierlichen Protest den Regierungen übermittelt. „Was ist", so fragt der Redner unter stürmischer Zustimmung der Versammelten, „mit diesem Protest geschehen? Ich frage hiermit öffentlich unseren Minister des Äußern. Ich frage hiermit die Mitglieder unserer Delegation: warum hat sich niemand nach dem Schicksal dieses Protestes erkundigt und seine Erledigung im Sinne der Forderungen der Katholiken urgiert?" Die Frage

* Bei der Feier der Besetzung Roms im Jahre 1870 (20. September 1910) hatte der Bürgermeister von Rom eine Festrede gehalten, die infolge der Hineinziehung religiöser Fragen einen Protest des Vatikans zur Folge hatte und in der ganzen katholischen Welt große Entrüstung hervorrief.

der Unabhängigkeit und Unfehlbarkeit des Papstes müsse, so meint der Redner, international behandelt werden, sie dürfe nicht nur eine römische bleiben, „denn die italienische Regierung hat sich unfähig gezeigt, die Ordnung in ihrem Staatswesen aufrecht zu erhalten".

Nach der Rede des Dr. Porzer wurde eine Resolution angenommen, in der der schärfste Protest gegen die Rede des Bürgermeisters Nathan ausgesprochen wurde.

Während die Protestkundgebung und speziell die Rede des Dr. Porzer in der klerikalen und christlich-sozialen Presse freudigst begrüßt und als eine „herrliche Manifestation katholischen Geistes" gefeiert wird, hat sie in den liberalen und sozialdemokratischen Blättern, speziell in der „Neuen Freien Presse" heftigen Widerspruch und scharfe Proteste ausgelöst. Es wird darauf hingewiesen, daß es nicht angängig sei, daß der Vizebürgermeister der Reichshauptstadt in Gegenwart der höchsten Kirchenfürsten und mächtiger Parteiführer eine derartige Sprache gegen eine verbündete Macht führe.

Um die Regierung zur Stellungnahme in der Angelegenheit zu veranlassen, hat der sozialdemokratische Abgeordnete Seitz und Genossen in der Delegation die in der Anlage gehorsamst beigefügte Interpellation* an den Minister des Äußern eingebracht. In derselben wird erklärt, daß die beleidigenden Äußerungen des Dr. Porzer gegen das befreundete Italien schon deshalb eine ernste Zurückweisung erforderten, weil sich in Italien nicht ohne Grund der Verdacht regen könnte, daß die für die österreichische Politik verantwortlichen Kreise diese Angriffe vielleicht selbst hervorgerufen haben, sie aber jedenfalls im Innern billigen. Denn an jener Versammlung hätten auch zwei gewesene österreichische Minister teilgenommen, zwei Führer einer Partei, mit der sowohl die österreichische Regierung als das K. und K. Ministerium des Äußern die intimsten Beziehungen unterhalte, sodaß sich im Auslande die Überzeugung festsetzen könnte, daß diese Angriffe auf die völkerrechtliche Unabhängigkeit Italiens die inneren Überzeugungen der maßgebenden Kreise in Österreich-Ungarn widerspiegeln.

Graf Aehrenthal hat die Interpellation gestern mit der hier gleichfalls gehorsamst beigefügten Erklärung* beantwortet. Der Minister weist darin zunächst auf den völkerrechtlichen Grundsatz hin, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines auswärtigen Staates unstatthaft ist, und erklärt, daß Österreich-Ungarn an diesem Grundsatz unverbrüchlich festhalten und ihn natürlich auch dem seit 1881 eng verbündeten Italien gegenüber beobachten werde. Dr. Porzer sei, so sagt der Minister weiter, ebenso wie der Bürgermeister Nathan, kein staatlicher Beamter; mit ihren Reden engagierten beide daher nur ihre Person, nicht aber die Regierungen Österreichs bezw. Italiens. Im übrigen bemerkt Graf Aehrenthal, daß die Angriffe des Herrn Nathan gegen den Heiligen

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

Vater allenthalben eine große Bewegung hervorgerufen hätten, und daß diese Bewegung und das Bedauern speziell in Italien groß und intensiv gewesen wäre.

Eine scharfe Verurteilung erfuhr die Rede des Dr. Porzer in der gestrigen Delegationssitzung auch durch den Vertreter der Verfassungspartei Dr. von Grabmayr, der erklärte, daß derartige „Taktlosigkeiten" nicht scharf genug zurückgewiesen werden könnten.

von Tschirschky

Nr. 9871

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen von Aehrenthal

Privatbrief. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Berlin, den 14. November 1910

Euerer Exzellenz habe ich meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 27. Oktober* bereits durch Herrn von Flotow übermitteln lassen; ich wiederhole ihn hiermit von Herzen.

Ich habe mich sehr gefreut, von Ihnen direkt zu hören, was mir Herr von Kiderlen in Ihrem Namen bereits übermittelt hatte, daß Sie von den Unterredungen mit Marquis di San Giuliano befriedigt sind. Wenn immerhin noch, wie Euere Exzellenz andeuten, in den Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien Schwierigkeiten zu überwinden bleiben, so liegt dies an der Entwicklung der Vergangenheit. Ich bin aber überzeugt, daß es Euerer Exzellenz und dem Marquis di San Giuliano, von dessen guten Intentionen auch ich mich zu überzeugen Gelegenheit hatte, gelingen wird, auch die noch bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Dies wird um so leichter zu erreichen sein, je mehr auf beiden Seiten die staatsmännische Auffassung der die auswärtige Politik leitenden Minister auch bei den oft die Lokalfragen überschätzenden inneren Behörden zur Geltung kommt.

Ich teile die Ansicht Euerer Exzellenz, daß das Zustandekommen einer türkischen Anleihe in Paris ohne politische Bedingungen als Folge des Eingreifens unserer beiderseitigen Finanzinstitute wohl das erstrebenswerteste Ziel war; nachdem sich das nicht hat ermöglichen lassen, glaube ich, daß wir auch mit der jetzigen Lösung** sehr zufrieden sein können; sie wird meines Erachtens von günstigen politischen Folgen begleitet sein. Daß Euere Exzellenz trotzdem die Vorgänge in Albanien nicht ohne Besorgnis ansehen, begreife ich. Die Schwierigkeit, in dieser Beziehung in Konstantinopel einzuwirken, liegt besonders darin, daß die Zeiten der Interventionspolitik definitiv vorüber sind und die neue Türkei gegen alles, was

* Siehe Nr. 9868.

** Vgl. dazu Kap. CCXVI, Anhang.

wie ein Eingriff in ihre innern Angelegenheiten aussieht, besonders empfindlich ist. Die Hauptsache für uns bleibt, daß die gegenwärtige türkische Regierung, als die zurzeit einzig mögliche, sich in den verschiedenen Provinzen Achtung zu verschaffen und die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten weiß. Wenn dabei da und dort etwas drastische Mittel angewandt werden, so liegt das in des Landes Brauch, und wir werden es mit in den Kauf nehmen müssen.

Euerer Exzellenz sage ich noch besonderen Dank für die Mitteilung Ihres Gedankenaustausches mit dem Londoner Kabinett*; durch Herrn von Flotow wird Ihnen inzwischen außer meinem Dank noch mein volles Einverständnis mit Ihrer Antwort an den englischen Minister übermittelt worden sein. Ich kann mich nur darüber freuen, daß Euere Exzellenz in höflicher, aber bestimmter Form dem Versuch des englischen Kabinetts entgegengetreten sind, die Verantwortlichkeit für Vorgänge im Orient zu verschieben.

Über den Verlauf des Potsdamer Zarenbesuchs** habe ich in großen Umrissen Euerer Exzellenz bereits durch Herrn von Flotow Nachricht zugehen lassen, und inzwischen ist auch Herr von Tschirschky über diesen Verlauf unterrichtet und zu entsprechenden Mitteilungen an Euere Exzellenz ermächtigt worden. Ich will aber doch nicht unterlassen, zu Euerer Exzellenz persönlicher Kenntnis die einzelnen Phasen des Besuchs hier noch einmal zu rekapitulieren.

Der persönliche Verkehr der beiden hohen Herrn war ein sehr freundschaftlicher und durchaus ungezwungener. Ich habe den bestimmten Eindruck gewonnen, — und er ist mir von beiden Seiten bestätigt worden — daß beide Souveräne von ihrem Zusammensein und ihren gegenseitigen Aussprachen — sowohl hier wie nachher in Wolfsgarten — durchaus befriedigt gewesen sind.

Herr Sasonow hat hier einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen, den Eindruck eines ruhigen, ernsten und verständigen Politikers, mit dem eine offene Aussprache stets möglich sein wird.

Herr Sasonow ist infolge der immer wiederkehrenden Ausstreuungen aus Paris und noch mehr aus London offenbar von zwei Besorgnissen beseelt gewesen; einmal fürchtete er ganz entschieden eine expansive Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan und unsere Unterstützung einer solchen Politik, sodann glaubte er, daß wir die Türkei zu einer

* Am 8. November hatte der österreich-ungarische Geschäftsträger in Berlin Freiherr von Flotow, einem ihm am 31. Oktober erteilten Auftrag folgend, dem Staatssekretär von Kiderlen vertraulich Mitteilung von einem Aide-mémoire Sir E. Greys zur Kretafrage und der darauf mündlich erteilten Antwort gemacht. In dem vom 28. September datierten englischen Memoire war der Versuch gemacht, eine spezielle Verantwortlichkeit des englischen Kabinetts für die Zuspitzung des griechisch-türkischen Verhältnisses durch die Kretafrage abzulehnen und diese Verantwortlichkeit der Gesamtheit der Kabinette einschließlich der nicht an der Kretafrage unmittelbar interessierten (d. h. Österreich-Ungarn und Deutschland) zuzuweisen. Dem hatte Graf Aehrenthal nachdrücklich widersprochen.

** 4.—5. November. Vgl. dazu Kap. CCXVIII.

aggressiven Politik sowohl im Balkan wie ganz besonders nach der persischen Seite hin aufhetzen, und daß wir bestrebt seien, ihr die dazu nötigen Mittel zu liefern. Es war nicht schwer, beide Besorgnisse zu zerstreuen, und dadurch bekamen unsere Besprechungen von Anfang an einen besonders vertrauensvollen Charakter.

Bezüglich der Politik Euerer Exzellenz konnte ich Herrn Sasonow auf das bestimmteste versichern, daß ich die auf Grund wiederholter präziser Äußerungen Euerer Exzellenz basierte Überzeugung habe, daß Österreich-Ungarn an keinerlei expansive Politik im Balkan denke. Desgleichen hätten wir uns niemals verpflichtet und seien auch niemals von Ihrer Seite darum angegangen worden, expansive Pläne Österreich-Ungarns im Balkan zu unterstützen. Diese Versicherungen machten auf Herrn Sasonow einen so erleichternden Eindruck, daß er mir spontan die Zusage machte, daß Rußland bei allem Bestreben, sich mit England zu verständigen, sich niemals mit ihm in gegen Deutschland gerichtete feindliche Kombinationen einlassen werde. Euere Exzellenz darf ich bitten, diesen letzteren Punkt ganz sekret zu behandeln. Ich habe Ihnen daher auch durch Flotow nichts darüber sagen lassen.

Wir fanden uns dann in dem Gedanken zusammen, daß sowohl Rußland wie wir mit unsern Verbündeten auf die Erhaltung des Status quo im Orient hinarbeiten müßten. Zu dessen Erhaltung und zur Vermeidung von Friedensstörungen gehöre neben einer friedlichen inneren Entwicklung der Balkanstaaten vor allem die Schaffung und Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei, stark genug, die Ordnung im Innern und an den Grenzen aufrecht zu erhalten. Sollte sich der Status quo wider Erwarten nicht aufrecht erhalten lassen, so wäre es Aufgabe der Mächte, den entstehenden Konflikt zu lokalisieren und sich über weitere Maßnahmen zu verständigen.

Wir haben uns bei der Gelegenheit auch über Persien* ausgesprochen. Wir haben gewisse besondere Interessen Rußlands in Nordpersien anerkannt, uns dafür aber die freie Wahrnehmung unserer Handelsinteressen zusichern lassen. Insbesondere will Rußland unserm Bagdadbahnunternehmen und der damit zusammenhängenden Anschlußstrecke nach Chanikin an der persischen Grenze keine Schwierigkeiten bereiten, auch seinerseits für einen Anschluß unseres Einfalltores nach Persien bei Chanikin an Teheran Sorge tragen. Bei den Besprechungen mit Herrn Sasonow lege ich den größten Wert auf die Tatsache, daß wieder ein Anfang zu vertrauensvoller Aussprache mit Rußland gemacht ist, der auch seine Rückwirkung auf die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland haben wird, die übrigens Herr Sasonow wiederholt mit Befriedigung als korrekt bezeichnet hat. Ich glaube von dieser Entrevue eine wesentliche Erleichterung der Politik unserer beiden Reiche erwarten zu dürfen.

v. Bethmann Hollweg

---

* Vgl. dazu Kap. CCXIX.

Nr. 9872

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 462 Wien, den 13. November 1910
Ganz vertraulich

Zwischen Rom und Wien ziehen, nachdem eben erst die Angelegenheit der Cima dodici erledigt ist*, schon wieder Wolken auf. Der Herzog von Avarna hat vom Marquis di San Giuliano folgende Instruktion erhalten:

Die Antwort des Grafen Aehrenthal, die er auf die Interpellation wegen der Rede des Vizebürgermeisters Dr. Porzer** erteilt hat, habe in der italienischen Presse eine sehr wenig günstige Aufnahme gefunden. Man finde allgemein, daß der Minister besser getan hätte, sich nur auf die Erklärung zu beschränken, daß er jede Einmischung in innere Angelegenheiten eines fremden Staates für unstatthaft halte. Statt dessen habe Graf Aehrenthal es aber für gut befunden, eine Kritik der Worte des römischen Bürgermeisters anzuschließen, ohne zugleich die Rede des Herrn Porzer zu tadeln. Eine derartige einseitige Stellungnahme des Ministers vertrage sich nicht mit der Würde Italiens, um so weniger, als man österreichischerseits sich nicht enthalte, jede irredentistische Äußerung und Manifestation in Italien zum Gegenstande von Reklamationen zu machen. Die irredentistischen Manifestationen in Italien seien aber viel harmloserer Natur wie das Auftreten Porzers, der direkt die Souveränität des Königreiches und dessen Bestand angegriffen habe. Er, San Giuliano, werde nach diesem Vorgange zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage sein, so wie er es bisher gewollt habe, gegen den Irredentismus aufzutreten, denn er würde mit Recht von der Öffentlichkeit beschuldigt werden können, gegen das eigene Land strenger vorzugehen als dem Ausland gegenüber.

Er bitte deshalb den Herzog von Avarna, dies dem Grafen Aehrenthal mitzuteilen. Über die Art und Weise wie diese Mitteilung zu machen sein werde, könne er dem Herzog keine Instruktion geben, da er das Milieu in Wien zu wenig kenne. Doch betone er, daß der Botschafter sich stets vor Augen halten müsse, daß er einerseits die Würde Italiens zu wahren habe, andererseits aber darauf bedacht sein müsse, nichts zu tun, was die innigen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Rom und Wien mindern könne.

Der Herzog von Avarna verhehlte mir in ganz vertraulichem Gespräche nicht, daß er diesen Schritt seines Ministers für höchst bedauerlich

---

* Durch ein von der „Agenzia Stefani" am 7. November veröffentlichtes amtliches Communiqué war die Angelegenheit im österreichischen Sinne erledigt worden.
** Vgl. darüber Nr. 9870.

und bei dem Charakter des Grafen Aehrenthal auch nicht für unbedenklich halte. Die Instruktion des Marquis San Giuliano könne vielleicht eine wirksame Phrase in einer Parlamentsrede abgeben, aber sie verlange etwas Unmögliches. Wenn er sich noch so viel Mühe geben werde, suaviter in modo zu sein, so bliebe doch die Materie dieser Rekrimination und das Terrain, auf der sich die ganze Aktion abspielt, so heikel, daß er keine Möglichkeit sehe, wie gleichzeitig eine Minderung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden Ministern und in der Folge zwischen Rom und Wien vermieden werden könnte. Nach seiner langjährigen Kenntnis der hiesigen Auffassung sei es ganz ausgeschlossen, daß Graf Aehrenthal das Argument gelten lassen werde, daß die irredentistischen Manifestationen harmloser seien als die Rede des Wiener klerikalen Vizebürgermeisters. Dieser habe ja auch weniger als Österreicher, sondern als Vertreter des international verbreiteten Ultramontanismus gesprochen.

Er habe diesen seinen ernsten Bedenken gegen die Aktion pflichtgemäß seinem Minister gegenüber Ausdruck verliehen, habe aber leider nur wenig Hoffnung, daß dieser sich überzeugen lasse. Denn Marquis San Giuliano handle bedauerlicherweise nur nach Impulsen, die er von außen erhalte, ohne jedes eigene Judizium und ohne jeden Plan. Der Minister habe jedenfalls keine glückliche Hand; er habe auch aus der Angelegenheit der Cima dodici, wo er einen ruhmlosen Rückzug habe antreten müssen, nichts gelernt.

Der Herzog von Avarna machte es mir wiederholt zur Pflicht, diese seine ganz vertraulichen Mitteilungen und Herzensergüsse nur für mich zu behalten. Er habe aber das Bedürfnis, sich mir gegenüber vertrauensvoll auszusprechen. Seit den langen Jahren, in denen er sein Land hier vertrete, habe er nicht so unausgesetzt Schwierigkeiten gehabt wie seit dem Amtsantritte des Marquis di San Giuliano.

Ich darf Euere Exzellenz gehorsamst bitten, vorstehendes dem Wunsche des mir stets offen und freundschaftlich begegnenden Herzogs entsprechend hochgeneigtest als strikt vertraulich behandeln zu wollen.

von Tschirschky

Nr. 9873

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 160 Rom, den 28. November 1910
Streng vertraulich

Euere Exzellenz hatten die Geneigtheit, mir vertrauliche Kenntnis von dem Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Wien zu geben, in welchem letzterer die Klagen des Duca d'Avarna über die ihm aus Rom zu-

gehenden Aufträge wiedergibt*. Dieselben bilden einen neuen Beweis dafür, daß der Thermometerstand der Beziehungen zwischen den Kabinetten von Rom und Wien trotz aller Ministerbesuche und offiziellen Erklärungen noch kein allzu hoher ist. Denn andererseits ist man auch hier durch die aus Wien kommenden Beschwerden und Vorhaltungen häufig irritiert.

Wie der österreichische Botschaftsrat dem Prinzen Stolberg in diesem Sommer streng vertraulich erzählt hat, war der K. K. Botschaft die Weisung geworden, jede auch noch so kleine Kundgebung des Irredentismus, die zur Kenntnis der Botschaft käme, zum Gegenstand der Beschwerde bei der italienischen Regierung zu machen. Wegen jeder „Streichholzschachtel, jeder Postkarte", die eine irredentistische Anspielung enthielte, wegen jeden Artikels auch des belanglosesten Provinzblättchens seien nun in der Konsulta Vorstellungen erhoben worden. Herr von Ambrózy schien selbst dieses systematische Aufgreifen und Aufbauschen jeder Lappalie nicht sehr glücklich zu finden. Nach Salzburg sei dann insofern eine Milderung eingetreten, als die Botschaft angewiesen sei, nicht mehr wegen jeder Sache ex officio vorzugehen, sondern die Weisung aus Wien zu erwarten, bezw. dahin zu berichten. Immerhin glaube ich, daß die Zahl der Beschwerden auch dann noch eine ziemlich große geblieben ist. Herr von Mérey sagte mir selbst gelegentlich, daß, während man sich früher in Wien ziemlich nachsichtig gezeigt habe, Graf Aehrenthal jetzt sehr „scharf" sei. Graf Lützow galt bekanntlich am Ballplatz nicht als energisch genug. Herr von Mérey mag seine Aufgabe mitunter dahin auffassen, daß er die Italiener mit Skorpionen züchtigen soll. Marquis di San Giuliano hat mir öfters vertraulich geklagt, Herr von Mérey kenne Italien noch zu wenig. Letzterer hat, wie sehr er seinen Vorgänger auch an Klugheit, Geschäftskenntnis und Gründlichkeit übertreffen mag, nicht dessen Leichtigkeit der Formen. Graf Lützow war mehr Weltmann, Herr von Mérey ist der K. K. Ministerialbeamte, bei dem, selbst im Gespräch mit mir, namentlich anfangs, oft das Feuer heiliger Entrüstung über die hiesigen Zustände zum Ausdruck kam. Herr von Mérey wird daher kaum die Wiener Pillen dem hiesigen Minister versüßt haben. In neuerer Zeit habe ich allerdings den Eindruck, als ob der Botschafter den italienischen Verhältnissen mehr Rechnung trüge.

So wenig ich den irredentistischen Unfug oder die italienische Nachsicht gegen diesen entschuldigen möchte, glaube ich doch, daß man besser täte, über manche Lappalie ein Auge zu schließen, um sein Pulver für gröbere Verstöße trocken zu halten. Die parlamentarische Regierung im demokratischen Italien ist nicht stark genug, um alle Kundgebungen der alteingewurzelten antiösterreichischen Gefühle in den Grenzprovinzen völlig zu unterdrücken. Will die Regierung nicht die Genesis des Staates selbst verleugnen, so muß sie ferner auch — wie jetzt im Fall Nathan-Porzer — auf die antiklerikalen Elemente des Landes Rücksicht nehmen.

* Siehe Nr. 9872.

Die fortgesetzten amtlichen Beschwerden und Verärgerungen schaffen eine Atmosphäre des Mißverstehens und der Gereiztheit, und ich könnte mir wohl denken, daß bei mancher Instruktion an den Duca d'Avarna der Wunsch mitspricht, auch von hier aus gelegentlich einen Gegenhieb gegen die Wiener Reklamationen zu führen.

Daß die hiesige öffentliche Meinung in den Erklärungen des Grafen Aehrenthal über die Rede Porzers einen Tadel gegen den letzteren vermißt hat, hatte ich bereits die Ehre, Euerer Exzellenz zu melden. Auch Marquis di San Giuliano gab mir gegenüber dieser Ansicht Ausdruck. Ich habe dem nicht beigestimmt, sondern dem Minister erwidert, daß er meiner Ansicht nach mit den Wiener Erklärungen sehr zufrieden sein könnte. Er müsse eben bedenken, daß die Rede Nathans viele Millionen gläubiger Katholiken in der ganzen Welt verletzt habe. Auch habe ich gelegentlich darauf hingedeutet, daß es nur im Interesse des Dreibunds liege, daß die Wiener Politik sich auf das deutsche Element in Österreich stütze. Die Slawen wären für Italien viel gefährlicher. Auch die christlich-soziale Partei stelle einen Teil des Deutschtums dar. Graf Aehrenthal müsse auch mit diesen rechnen. Marquis di San Giuliano ist klug genug, dies einzusehen. Auch Herr Luzzati, solange man mit ihm spricht, verschließt sich der Erkenntnis nicht, aber bei ihm dominiert die Angst oft die Einsicht. Er sieht überall, von außen und innen, für sich und sein Land Gefahren und übertreibt diese. So bedrängt er auch stets den Minister des Äußern, und dieser kann sich dem Drängen des Konseilpräsidenten nicht ganz entziehen. Wenn Marquis di San Giuliano bei der Beratung seines Budgets, die in den nächsten Tagen vor der Kammer stattfindet, gut abschneidet, so wird dieser Erfolg ihm jedenfalls auch dem Ministerpräsidenten gegenüber den Rücken stärken.

Jagow

Nr. 9874

*Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 159 Rom, den 13. Januar 1911

Über die letzten Phasen der italienisch-österreichischen Beziehungen habe ich verschiedentlich zu berichten die Ehre gehabt.

Aus dem Ausgange des diplomatischen Duells zwischen den europäischen Mächtegruppen, welches durch die bosnische Annexion hervorgerufen wurde, hat auch Italien seine Lehren gezogen. Es wäre überflüssig, jetzt Vermutungen darüber anzustellen, welche Haltung Italien angenommen haben würde, wenn es damals zu einem Kampf zwischen den Entente-

* Mit seinem Berichte reichte Botschafter von Jagow den Marinebericht Nr. 3 vom 5. Januar: „Italienisches Stimmungsbild nach der Rede des Ministers des Äußern" ein, der aber nicht zu den Akten des Auswärtigen Amtes gelangt ist. Infolgedessen werden auch einige auf ihn hinweisende, sachlich irrelevante Bemerkungen nicht berücksichtigt.

mächten und den österreichisch-deutschen Bundesgenossen gekommen wäre. Dadurch, daß erstere das Schwert nicht zu ziehen wagten, ist es nicht nur den ernsteren Politikern, sondern auch der breiteren Masse hierselbst klar geworden, daß Italiens Interesse es erheischt, auch ferner der starken Dreibundgruppe anzugehören. Wenn die damaligen Vorgänge auch kaum die Liebe der Italiener für Österreich erhöht haben, so haben sie ihnen doch Respekt vor denselben eingeflößt, und letzterer ist in der Politik oft wirksamer als Liebe. Der greise Staatsmann Visconti Venosta sagte mir einmal, Italien befände sich mit Österreich in dem merkwürdigen Verhältnis, daß der normalste Zustand zwischen zwei Völkern, der der Indifferenz, zwischen ihnen nicht möglich sei, sie könnten nur Alliierte oder Feinde sein. Auch die öffentliche Meinung hierselbst hat eingesehen, daß der Bündniszustand der vorteilhaftere ist. Die Regierung hat sich diese Lage zunutze gemacht und seitdem die Dreibundfreundlichkeit auch vor dem Lande noch stärker betont. Auch die letzte Rede des Marquis di San Giuliano* war ein Ausdruck dieser Tendenz.

Die Rede muß als ein Mißerfolg bezeichnet werden. Dies hat auch der Minister sich nicht verhehlt. Rücktrittsgedanken sind ihm jedoch nur von gegnerischer Seite untergeschoben worden, welche das Kabinett Luzzati coûte que coûte stürzen möchte. Der Marquis hält auch selbst eine Ministerkrisis in nächster Zeit für unabwendbar, er hofft aber im stillen, wie ich von einem seiner Vertrautesten weiß, selbst sein Portefeuille behalten zu können**. Sein Mißerfolg in der Kammer war in erster Linie ein oratorischer, er hatte es nicht verstanden, die richtige Note anzuschlagen, und durch einen etwas persiflierenden und belehrenden Ton die Eitelkeit der Herren Volksvertreter verletzt. An dem sachlichen Inhalt der Rede hatte, wie mir von Gegnern und Freunden des Ministeriums übereinstimmend versichert wurde, eigentlich niemand etwas einzuwenden.

Es ist richtig, daß die österreichfreundliche Politik durch gewisse Zwischenfälle gerade in letzter Zeit — polizeiliche Schikanierung der Italiener in Österreich, Grazer Prozeß*** etc., sowie durch die immer wieder aufgeschobene Universitätsfrage — der hiesigen Regierung nicht erleichtert wird, und daß durch solche Vorgänge der Bodensatz irredentistischer Gesinnung immer von neuem aufgerührt und dem hiesigen Publikum wieder die Augen über die Kluft geöffnet werden, welche zwischen den beiden Nachbarreichen befestigt ist.

Eine gewisse Gefahr liegt, wie ich nicht verkenne, in der Stimmung in Flotte und Heer. Es erscheint mir aber natürlich, daß die Waffe, die stets

* In seiner Kammerrede vom 2. Dezember hatte Marquis di San Giuliano die freundschaftlichen Äußerungen der Aehrenthalschen Delegationsrede vom 13. Oktober herzlichst erwidert, ohne indes mit diesen Ausführungen viel Anklang zu finden.
** Tatsächlich kam es am 18. März zum Rücktritt des Ministeriums Luzzati. In dem neuen Ministerium Giolitti behielt Marquis di San Giuliano das Außenministerium.
*** Im Dezember 1910 hatte in Graz ein Hochverratsprozeß gegen 13 Triestiner Irredentisten stattgefunden, bei dem sämtliche Angeklagte von den Geschworenen freigesprochen waren.

zum Kampf bereit sein muß, auch mit der Möglichkeit des Krieges rechnet und diesen sogar bis zu einem gewissen Grade herbeiwünscht. Soldaten, die nur für Frieden schwärmen, sind ein Unding. Nachdem die Wahrscheinlichkeit eines Kampfes mit dem westlichen Nachbarn nach Glättung der Reibungspunkte ziemlich verschwunden ist, ist es natürlich, daß alle kriegslustigen Augen sich wieder mehr gegen den alten Gegner im Osten richten, mit dem man schon öfters die Waffe gekreuzt hat. Übrigens dürfte die Stimmung in der österreichischen Armee und Marine die gleiche, wenn nicht eine noch schärfere sein. Und das ist auch hier leider nur zu sehr bekannt. Eine fernere Gefahr liegt wohl in dem gegenseitigen Wettstreit der Rüstungen, der zwischen Österreich und Italien ausgebrochen ist, und der — wie im gleichen Falle zwischen uns und England[1] — die Gemüter beschäftigt und zu erhitzen droht.

Das Land aber will keinen Krieg, teils aus allgemeiner, sehr tiefgehender Friedensliebe, teils in dem richtigen Gefühl, dem Gegner nicht gewachsen zu sein. Denn auch darüber hat die bosnische Krise die Italiener belehrt, daß sie in einem Kampfe mit Österreich weder auf die Hilfe Rußlands noch Frankreichs rechnen können, nachdem diese in eigener Sache vorgezogen haben, den kriegerischen Konflikt zu vermeiden. Vor allem aber ist Seine Majestät der König, dessen Einwirkung auf die auswärtige Politik stärker ist, als es nach außen den Anschein hat, ein immer überzeugterer Anhänger des Dreibundes geworden[2]. Als ich bei der letzten Ministerkrisis den abdankenden Konseilpräsidenten Baron Sonnino vertraulich nach seiner Ansicht über die Haltung befragte, die Marquis di San Giuliano einnehmen würde, sagte er mir: „Er wird die Politik machen, die Seine Majestät der König befiehlt, und dieser steht jetzt ganz treu zum Dreibund, das kann ich Ihnen versichern." Und der hohe Herr sagte mir damals selbst, wir könnten volles Vertrauen zu dem neuen Minister des Äußern haben. Die bisherige Haltung des Marquis di San Giuliano hat diese Versicherungen bestätigt, und ich glaube mich zu der Annahme berechtigt, daß die von ihm eingeschlagene Richtungslinie nur die Intentionen seines königlichen Herrn zum Ausdruck bringt. Solange aber Monarch und Regierung von der Notwendigkeit des Dreibunds und damit implicite eines guten Verhältnisses zu Österreich überzeugt sind, möchte ich bei dem an sich durchaus unkriegerischen Charakter des italienischen Volks die Gefahr einer kriegerischen Stimmung in Armee und Marine nicht zu hoch anschlagen. Ausbrüche letzterer, wie die unüberlegten Äußerungen des Generals Asinari*, haben eine prompte Ahndung erfahren.

Jagow

---

* Der Kommandierende General des III. Armeekorps Asinari hatte am 11. November, dem Geburtstage des italienischen Königs, in Brescia anläßlich einer Fahnenweihe eine irredentistische Rede gehalten; er wurde auf Beschluß des Ministeriums sofort verabschiedet.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn! Wir rüsten nicht um die Wette! Das sollte ein deutscher Botschafter nach gerade wissen! Man sende ihm ein Exemplar des Flottengesetzes!

[2] als früher! wo er ihn haßte!

Nr. 9875

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 33 Rom, den 17. Februar 1911

Die endliche Lösung der italienischen Universitätsfrage* in Österreich hat hier einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Einen längeren anerkennenden Artikel brachte, soweit ich es verfolgen konnte, allerdings nur die „Tribuna".

Ziemlich gleichzeitig mit diesem für die italienisch-österreichischen Beziehungen erfreulichen Ereignis traf hier die Nachricht aus Wien ein, daß Seine Majestät Kaiser Franz Joseph eine Militärmission, bestehend aus einem General und einem Stabsoffizier, zu dem im Mai hier stattfindenden internationalen Concours hippique senden werde. Dies wird namentlich in Regierungskreisen als ein ganz besonderes Entgegenkommen des österreichischen Alliierten sehr dankbar empfunden; Marquis San Giuliano hat meinem österreichischen Kollegen einen offiziellen Besuch abgestattet, um den Dank der hiesigen Regierung für die beiden Freundschaftsbeweise zum Ausdruck zu bringen. Der Minister sagte mir, man könne es nicht hoch genug schätzen, daß der Kaiser Franz Joseph eine Vertretung seiner Armee bei dem zu den Jubiläumsfesten gehörigen Concours angeordnet habe, denn wenn das Datum dieser Feste auch keineswegs direkt an die Kämpfe mit Österreich anknüpfte, so ließe sich die Einigung Italiens eben doch nicht ganz von der Erinnerung an die Vertreibung der Österreicher denken**.

Daß die Bäume der italienischen Liebe zu Österreich darum in den Himmel wachsen, ist allerdings noch lange nicht zu erwarten. Kleine Freundlichkeiten werden bald vergessen, die großen Trennungsmomente bleiben bestehen. Aber die versöhnlichen Wiener Maßnahmen sind immerhin geeignet, die Spannung zu mildern und zeitweilig freundlichere Beziehungen herzustellen.

Jagow

---

* Am 9. Februar war im österreichischen Abgeordnetenhaus ein Kompromißantrag angenommen worden, wonach eine italienische Rechtsfakultät provisorisch in Wien und spätestens in vier Jahren in einem Orte innerhalb des italienischen Wohngebiets errichtet werden sollte.

** sic!

Nr. 9876

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 79 Rom, den 30. Mai 1911

Euere Exzellenz hatten die Geneigtheit, mir Mitteilung von einer vertraulichen Äußerung des italienischen Botschafters in London* zu machen, nach welcher, wenn der österreichische Hof seine Teilnahme an der italienischen Jubiläumsfeier nicht dokumentiere, Italien im Herbst ein „Kriegsbudget gegen Österreich" votieren werde; die Stimmung in Italien sei jetzt schon sehr erregt.

Ich vermag die Auffassung des Marquis Imperiali nicht zu teilen. Nach allen meinen Wahrnehmungen kann ich nur sagen, daß die schon von den Vorgängern des Marquis San Giuliano inaugurierte und von ihm fortgesetzte Versöhnungspolitik nicht vergeblich gewesen ist, und daß das Verhältnis zu Österreich sich seit etwa zwei Jahren entschieden gebessert hat. Die Regierung hat verschiedentlich gezeigt, daß sie die Auswüchse des Irredentismus nicht billigt und, soweit es in ihrer Macht steht, auch nicht dulden will; die Schreier haben sich das gemerkt. Daß die Gefühle der Italiener zu ihrem östlichen Nachbar sich nun in Liebe verwandelt hätten, will ich damit nicht behaupten. Aber während es früher, namentlich während der unseligen Ära Zanardelli-Prinetti, in gewissen politischen Kreisen zur Tagesordnung gehörte, seinen Patriotismus durch die Manifestation antiösterreichischer Gefühle zu dokumentieren, sind diese Kreise — die übrigens auch nur eine Minorität darstellen — jetzt bedeutend stiller geworden. Früher war hier vielfach und selbst bei ernsteren Politikern die Meinung verbreitet, daß die Donaumonarchie, durch innere Kämpfe zerrissen, nach außen nicht sehr aktionsfähig sei. Man glaubte sich diesem Nachbar gegenüber ungestraft etwas herausnehmen zu dürfen und ihn selbst im Ernstfalle nicht allzusehr fürchten zu brauchen. Der Ausgang der bosnischen Krise hat auch hier segensreich gewirkt. Den Italienern ist es klar geworden, daß Österreich doch eine Macht ist, mit der man besser tut, sich gut zu stehen. Zudem hat hier allmählich die Erkenntnis gedämmert, daß im Konfliktsfall auf französische Hülfe wenig zu hoffen sein dürfte, daß Frankreich allmählich mehr und mehr als aktiver Faktor aus der auswärtigen Politik ausscheidet, und daß die Bedeutung der „Schwesternation" für Italien wesentlich auf finanziellem und handelspolitischem Gebiet zu suchen ist. Rußland hat sich hier nie besonderer Sympathien erfreut; wenn man vielleicht einmal hoffte, es gegen Österreich ausspielen zu können, so hat man jetzt hinreichend erkannt, daß darauf wenig zu rechnen ist, und daß das Zarenreich vorerst noch längerer Ruhe bedarf. Der Italiener ist kein Gefühlspolitiker. Mit dem Erblassen des französisch-russischen Sterns ist der Wert des Dreibundes, vor allem

* Marchese Imperiali.

auch der Respekt vor Österreich gestiegen. Respekt ist in der Politik oft wirksamer als Liebe[1].

Hat nun diese höhere Einschätzung der österreichischen Macht in den Italienern den Vorsatz gestärkt, den Nachbar vorsichtiger zu behandeln und mit ihm, soweit dies möglich ist, zu einem wirklich normalen und freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen, so hat sie doch gleichzeitig auch die Einsicht verbreitet, daß nur derjenige ruhig in die Zukunft schauen kann, der für alle Eventualitäten gerüstet ist, ja daß auch nur derjenige als Bundesgenosse mitzählen und mitreden kann, der ein eigenes Gewicht in die Wagschale der Machtverteilung zu werfen vermag. Die Reibungsflächen zwischen Österreich und Italien sind aber zu vielseitig, die Tendenzen der beiden Länder zu verschieden, als daß man sich hier in den Traum eines ewigdauernden Freundschaftsidylls zu wiegen vermöchte. Mit Besorgnis hat man gesehen, daß Österreich seine Grenze neu befestigt und seine Grenzgarnisonen verstärkt hat, daß in der Adria eine starke Flotte entsteht. Man zählt wohl auf die sichere Friedensliebe des greisen Kaisers Franz Joseph, aber man sieht mit einigem Unbehagen dem unvermeidlich näherrückenden Moment eines Thronwechsels entgegen, denn der Erbe der Kaiserkrone gilt hier allgemein als antiitalienisch und stark klerikal. Auch kommt der Ablauf des Dreibunds näher. Ich zweifle nicht, daß man hier bestimmt die Erneuerung desselben erhofft. Aber es ist nur kluge Vorsicht, wenn man für diesen Moment auch vorbereitet sein will. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit des Volkes und alle ernst denkenden Politiker, vor allem auch Seine Majestät der König, aufrichtig den Frieden mit Österreich wünschen; aber, sollte er sich aller Bemühungen zum Trotz nicht erhalten lassen, so will man nicht wehrlos dastehen. Es ist ganz auffällig, mit welcher Bereitwilligkeit jetzt auch vom Parlament alle Rüstungskredite bewilligt werden. Bei der kürzlich stattgehabten Abstimmung über die letzte 50 Millionenforderung des Kriegsministers ergab der Namensaufruf nur wenige sozialistische Stimmen dagegen. Auch weitere Forderungen werden bereitwillige Aufnahme im Parlament finden. Daß eine größere Armeeforderung, „ein Kriegsbudget", wie Marquis Imperiali sich ausdrückt, für den Herbst zu erwarten steht, ist mir nicht bekannt. Möglich und sogar anzunehmen aber ist es, daß die Heeresverwaltung die jetzige Stimmung benutzt, um noch weitere für die Verteidigung des Landes erforderliche Geldbewilligungen von der Kammer zu verlangen.

Die Begründung dafür wird in den obigen allgemeinen Erwägungen zu finden sein. Die Frage aber, ob „der Wiener Hof hier noch seine Teilnahme an den Jubiläumsfeiern dokumentiert", ist meines unmaßgeblichen Erachtens ziemlich belanglos und steht bei dem momentanen Verhältnis zu Österreich überhaupt nur in zweiter Linie. Man hat von Anfang an mit dem Besuch eines Mitgliedes des Kaiserhauses — der greise Monarch scheidet selbstverständlich aus — in diesem Jahre nicht gerechnet. Ich habe dies selbst konstatieren können, als ich auftragsgemäß im Laufe des

Winters dem Marquis San Giuliano zu verstehen gab, daß ein Besuch Seiner Majestät des Kaisers nicht zu erwarten sei. Ich habe dabei auch das Argument angezogen, daß bei der ablehnenden Haltung des österreichischen Hofes in der Besuchsfrage eine Teilnahme unseres allergnädigsten Herrn an den römischen Festen das Fernbleiben des anderen Bundesgenossen noch fühlbarer machen und für Wien unliebsame Kommentare nach sich ziehen, alte Beschwerden aufwärmen könnte. Der Minister sah das vollständig ein. Er hat Seiner Majestät dem König darüber Vortrag gehalten, und das Resultat war, wie er mir mitteilte, der Beschluß, von allen Einladungen fremder Staatsoberhäupter Abstand zu nehmen.

Nachdem nun doch von verschiedenen Höfen und Regierungen fürstliche Vertreter und Abgesandte als Gratulanten hier erschienen sind, will ich nicht behaupten, daß das Fehlen eines Besuches aus Wien nicht schmerzlich empfunden wäre. Aber gesagt ist mir von zuständiger Seite nie etwas darüber, und selbst in der Presse ist die Frage bisher noch nicht releviert worden. Man hat sich mit der Tatsache bon gré mal gré abgefunden. Die Besuchsfrage ist früher verfahren worden. Wenn jetzt ein Abgesandter des Wiener Hofes nach Rom käme, so müßte, um auf die Imagination des Volkes zu wirken und alte Wunden zu heilen, es schon, wenn nicht der Souverän selbst, so doch der Thronfolger sein, und hieran ist wohl kaum zu denken. Solange Kaiser Franz Joseph lebt, scheidet die Besuchsfrage überhaupt mehr oder weniger aus, erst nach einem Thronwechsel dürfte sie wieder akuter werden.

Momentan hat man es hier aber dankbar vermerkt, daß ein Glückwunschtelegramm des Kaisers Franz Joseph zum 27. März* eintraf, daß ein österreichischer General zum Concours hippique entsandt wurde**, ungarische Abgeordnete hier waren, deutsch-österreichische noch in Aussicht stehen, Wiener und Pester Männergesangvereine und der niederösterreichische Gewerbeverein hier erschienen. Sie alle sind mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt worden.

Weht gelegentlich wieder einmal ein stärkerer antiösterreichischer Wind, was wohl kaum ganz ausbleiben wird, so halte ich es allerdings für möglich, daß die Presse dann mit anderen Beschwerden auch die Abstinenz des Wiener Hofes während des Jubiläumsjahres hervorheben wird. Zur Begründung eventueller Heeresforderungen in diesem Herbst aber wird, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse die ganze Lage verändern, dieses Argument nicht verwertet werden. Bei der jetzt stattgehabten Beratung des Armeebudgets verbat sich Herr Giolitti ausdrücklich die Erörterung von Fragen auswärtiger Politik. Als einen Beweis für den auch in maßgebenden Armeekreisen bestehenden Wunsch besserer Beziehungen zu Österreich möchte ich auch eine Äußerung des Generalstabschefs Pollio

* Tag des 50jährigen Bestehens des italienischen Königtums.
** Vgl. Nr. 9875.

anführen, der mir vor zwei Tagen, auf einen General weisend, sagte, dieser sei für die Arbeiten der gemischten Kommission bestimmt, welche die Regelung der österreichisch-italienischen Grenze durchführen solle. Er, Pollio, habe immer darauf gedrängt und freue sich, daß es nun endlich zu dieser Arbeit kommen werde, die er für sehr wichtig zur Vermeidung endloser Streitigkeiten und Zwischenfälle mit Österreich halte.

In den ernsten Bemühungen beider Regierungen — auch der Wiener —, derartige Streitfragen aus der Welt zu schaffen und Zwischenfälle zu vermeiden bezw. schnell zu regeln, auch in der baldigen endgültigen Erledigung der Universitätsfrage sehe ich augenblicklich wichtigere Momente für die Herstellung und das Fortbestehen eines guten Verhältnisses als in der Lösung der Besuchsfrage, welche für die Lebzeiten Kaiser Franz Josephs kaum mehr aktuell ist.

Jagow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig!

Kapitel CCXIV

Die Russisch-Italienische Entente Racconigi

Nr. 9877

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 160 Rom, den 8. Dezember 1908

Am politischen Himmel taucht eine neue Entente auf, die russisch-italienische. Wie zu den notwendigsten Requisiten der neueren Politik Monarchen- und Ministerbegegnungen zu gehören schienen, so möchte sich jetzt wohl jeder nicht mitteleuropäische Staat den Luxus einer Entente gönnen, angeblich um der Sache des Friedens zu dienen, tatsächlich um besonders liebe Nachbarn und Freunde noch weiter zu isolieren.

Der neuen italo-russischen Entente, richtiger wäre zu sagen Annäherung, möchte ich nicht ohne weiteres eine deutschlandfeindliche Tendenz unterlegen, immerhin scheint sie eine gewisse Spitze gegen Österreich-Ungarn zu richten. Wie mir Graf Lützow vor einigen Tagen sagte, und wie ich als richtig bestätigen muß, verspüre er nur zu deutlich den Niederschlag einer besonders feindlichen Stimmung gegen seine Regierung, wie anderwärts so auch hier in der Diplomatie, Presse, Gesellschaft und öffentlichen Meinung. Dazu geselle sich eine sehr erhebliche Minderung des Ansehens von Deutschland, eine Minderung, die namentlich seit Algeciras sich immer stärker akzentuiere. Bisher wäre man nur uns mit Mißtrauen begegnet, nach dem bosnischen Schachzuge aber würden auch dem Wiener Kabinett die schwärzesten Pläne untergelegt. Von Logik sei bei diesen Anklagen natürlich keine Rede. Der Heuchelei, die eine Aufgabe wesentlicher balkanischer Rechte zu einer Machtausdehnung stempele, und der unermüdlichen Arbeit der englischen und sonstigen Hetzpresse wäre eine Hypnotisierung der Massen gelungen und der öffentlichen Meinung Gesamteuropas, mit der man immerhin rechnen müsse.

Diesem Nährboden erwuchsen denn auch die jetzt beendeten Kammerdebatten*, in deren Folge das offizielle Italien allmählich wohl noch aus-

* Vom 1. bis 4. Dezember 1908 hatten in der italienischen Kammer ausgedehnte Debatten über die auswärtige Politik stattgefunden, in deren Verlauf der frühere Ministerpräsident Fortis heftige Angriffe gegen Österreich-Ungarns Balkanpolitik richtete. Auch Tittoni ließ in einer großen Rede vom 4. Dezember eine kritische Haltung in der bosnischen Annexionsfrage erkennen. Stark setzte er sich für die von dem russischen Minister Iswolsky betriebenen Konferenzgedanken ein. Laut pries Tittoni die Annäherung zwischen Italien und Rußland, der er wie Iswolsky ihre Arbeit widmeten, und die bereits eine vollendete Tatsache sei. Vgl. Kap. CCXIII, Nr. 9834, Fußnote ***.

gesprochener von Österreich-Ungarn abrücken wird. Dies mag den hiesigen Staatsleuten um so gefahrloser erscheinen, als Österreich im Augenblick nicht an Vergeltung oder Abrechnung denken kann. Es wird daher hier immer stärker der Konferenzgedanke betont, und sind wir vielleicht nicht mehr weit von dem Zeitpunkt entfernt, wo auch Italien ähnlich wie gegenwärtig Rußland die Abhaltung der Konferenz direkt fordern wird. Herr Giolitti kleidete mir gegenüber vorgestern diese Idee zwar noch in eine sehr höfliche Wunschform. Herr Tittoni, der bisher immer nur mit Österreichs wahrem Interesse für das Zustandekommen eines seine Untaten verwischenden respektive sanktionierenden Areopags argumentierte, unterstreicht jetzt mehr die Mißstimmung seiner Landsleute, welche sich zusehends dreibundfeindlicher und ungeduldiger gebärdeten. Wenn der Minister körperlich und seelisch gestärkt aus Porto d'Anzio Ende der Woche zurückkehrt, kann Österreich immerhin auch hier auf Überraschungen gefaßt sein. Tittoni ist in seiner Stellung zwar fürs erste gesichert worden, aber doch nur unter sehr schweren Bedingungen. Er durfte gegen das Pronunziamiento des Herrn Fortis und den diesem vom Ministerpräsidenten selbst gewährten Händedruck nicht protestieren, und doch hat gerade Fortis eigentlich die ganze bisherige Politik Tittonis, deren Angelpunkt das gute Verhältnis zu Österreich-Ungarn gewesen, in feierlichster Weise desavouiert.

Herr Tittoni ist aber klug genug um einzusehen, daß das Italia farà da se nur eine schöne Phrase ist, daß die schwächste der Großmächte, zumal in heutigen Zeiten, unmöglich allein auf sich stehen, und daß endlich trotz allem und allem doch noch eine Einigung zwischen Petersburg und Wien zustandekommen kann. Daher wird er, solange er am Ruder ist, den Faden mit Österreich gewiß nicht abschneiden und als Seiltänzer weiter bestrebt sein, den äußeren Schein des Dreibundes zu erhalten. Daneben aber wird er, selbst auf die Gefahr hin, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, nach anderen Stützen und Freunden suchen:

In der ersten Regierungszeit des jetzigen Königs war man in Quirinal und Konsulta voller Sympathien für Rußland. Die Nichterwiderung des Petersburger Besuchs und der japanisch-russische Krieg schufen in dieser Beziehung Wandel. Die italienische Nation inklusive Hof stellte sich auf Seite Japans, wie auch in der auf den Frieden folgenden revolutionären Epoche die Gefühle der Italiener nicht mit der russischen Regierung gingen. Der mit der Nachfolge des wenig geschickten Nelidow betraute Herr Murawiew fand also keine angenehme Atmosphäre hier vor. Immerhin gelang es, allerdings erst nach Überwindung von vielen Schwierigkeiten, einen Handelsvertrag zu aktivieren. Als Abschlagszahlung für den noch ausstehenden Zarenbesuch erschien ein russisches Geschwader in Neapel*. Admiral und Offiziere wurden dort und hier festlich bewirtet, fanden aber

* 19./20. Januar 1908.

als an starke Spirituosen gewöhnte Moskowiter an den wenig trinkfesten Italienern kein rechtes Gefallen.

Trotz dieser freundlicheren Symptome bestand indes die innerliche Entfremdung zwischen beiden Regierungen unverkennbar weiter, bis des Baron Aehrenthal Vorgehen in der Sandschakbahn eine Interessengemeinschaft schuf. Ich behaupte nicht, daß das vom Mürzsteger Programm sich lossagende Rußland von langer Hand darauf hinarbeitete, bezüglich des Balkans Österreich durch Italien zu substituieren. Auf italienischer Seite dagegen bestand schon lange vor dem Bruch zwischen beiden Paziszenten der Wunsch, sich als dritter dem Arrangement hinzuzugesellen. Auch war Herr Tittoni nach Salzburg* mit einer Ausarbeitung gekommen betreffs dieses Beitritts respektive einer Wiederaussöhnung der beiden Mächte durch seine Vermittelung, welche er nichtsahnend dem Baron Aehrenthal dort auch wirklich vorgelegt hat. Minister Tittoni glaubte zu diesem Vorgehen respektive zu dieser Vermittlerrolle sich um so befähigter, als er betreffs der Donau-Adria-Bahn im Frühjahr schon mit Rußland in Pourparlers getreten war. Die Bahnverhandlungen gaben zugleich Gelegenheit, über weitere Probleme einen Gedankenaustausch einzuleiten. Der früher oft monatelang in der Konsulta nicht gesehene Herr Murawiew wurde dort ein häufiger und wohlgelittener Besucher. Auch bezüglich Kretas war eine größere Intimität bemerkbar. Italien will den neugewonnenen griechischen Freunden gern gefällig sein, während in Petersburg bekanntlich der Hof durch die Verwandtschaft oft gräkophil beeinflußt wird.

Bei den Donau-Adria-Bahn-Konferenzen scheint indes Rußland schon wegen Geldmangel zunächst sehr zurückhaltend gewesen zu sein. Es folgte nunmehr als weitere von Wien gebotene Überraschung die sogenannte Souveränitätsausdehnung auf Bosnien. A tempo trafen sich die beiden auswärtigen Minister Iswolsky und Tittoni in Desio**. Sie mögen dort wohl zunächst sich gegenseitig ihr Leid geklagt haben, wie sie von dem bösen österreichisch-ungarischen Staatsmann hinters Licht geführt wurden. „Solamen miseris socios habuisse malorum." Ob man über Klagen und Unmutsäußerungen hinausgegangen und irgend etwas mündlich oder gar schriftlich vereinbart hat, entzieht sich natürlich noch der Beurteilung. Doch glaube ich nicht, daß man über allgemeine Redensarten herausgekommen ist. Die offiziöse Presse wußte zwar von ernstem Gedankenaustausch und vollständiger Übereinstimmung zu reden, indeß sind dies ja bei den Ministerentrevuen übliche Phrasen, von denen wenig zu halten ist. Negativ aber hat sicher eine Übereinstimmung bestanden gemeinsamen Verdrusses über Baron Aehrenthal.

Inzwischen entwickelten sich die Folgen der Annexion Bosniens. Die Freundschaft zwischen Italienern einer-, Montenegrinern und Serben andererseits und die Aussöhnung beider serbischer Kleinstaaten unter sich

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIII, Nr. 8927, S, 27, Fußnote ***.
** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIII, Nr. 8935, S. 43, Fußnote **.

schlug eine neue Brücke zu Rußland. Die Freunde unserer Freunde sind unsere Freunde. Wenn auch das offizielle Italien sich der südslawischen Anmaßung gegenüber bisher durchaus korrekt verhielt, so trat doch der größere Teil der italienischen Presse warm für beide Raubstaaten ein. Namentlich berührte sympathisch italienische Herzen der immer wieder gezogene Vergleich zwischen Piemont und Serbien, welches ähnlich wie seinerzeit das kleine Königreich Karl Alberts und Viktors gegen den österreichischen Tyrannen als Vorfechter der Gesamtnationalität tapfer angehe. Herr Murawiew, der die Prätentionen Serbiens und Montenegros früher sehr von oben herab behandelte, schlägt jetzt einen ernsteren Ton an und meint, Österreich müsse in irgend einer Weise beide entschädigen. Herr Tittoni sagt das zwar nicht offen, immerhin arbeitet er im stillen auch für Kompensationen und die Erbauung der Donau-Adria-Bahn. Bezüglich letzterer haben bekanntlich auch neuerdings italienisch-russische Verhandlungen stattgefunden, von deren Fortgang in der Konsulta sehr optimistisch gesprochen wird. Das über diese verschiedenen Punkte zwischen hier und Petersburg herrschende Einverständnis mag wohl Herrn Tittoni genügend erschienen sein, um von einer Entente mit Rußland zu reden. Auch scheint der Minister gewisse Versprechungen bezüglich eines im kommenden Jahr zu erwartenden Kaiserbesuchs erhalten zu haben, wenigstens wurden sowohl von italienischer wie von russischer Seite hierüber nicht mißzuverstehende Andeutungen gemacht. Da ferner Herr Tittoni dem murrenden Parlament und der ausgesprochen antiösterreichisch gesinnten Nation als Dreibundsgenosse doch nicht direkt die Abwendung Italiens von der österreichischen Allianz notifizieren konnte, mag ihm wohl der Gedanke aufgestiegen sein, eine Abschlagszahlung zu leisten. Er tat dies, indem er zwei Fliegen erschlug und zugleich als Frucht seiner weisen Politik die Entente mit Rußland pries. Da die zwischen Wien und Petersburg momentan herrschende Spannung und die allslawische Bewegung hier vielleicht noch über ihre wahre Bedeutung eingeschätzt wird, wurde der Minister verstanden und von vielen innerlich belobt.

Soweit ich informiert bin und auch aus den Äußerungen meines russischen Kollegen bisher heraushörte, besteht indes auf russischer Seite eine sehr geringe Meinung über die Bedeutung und die Machtmittel Italiens. Von gleich zu gleich wird daher das Petersburger Kabinett mit dem hiesigen wohl nicht so leicht paktieren. Wenn es indes der Wiener Regierung nicht bald gelingt, die Fäden zu entwirren, wird dieselbe damit rechnen müssen, daß sich Rußland und Italien wirklich über eine Österreich entgegengesetzte Balkanpolitik verständigen. Wie populär sich im gegenwärtigen Augenblick das römische Kabinett durch ein offenkundiges Abrücken von Österreich machen könnte, braucht nach den Vorgängen der beiden letzten Wochen nicht dargelegt zu werden.

Monts

Nr. 9878

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 400 Paris, den 24. Oktober 1909

Nunmehr beschäftigt sich die ganze französische Presse sehr eingehend mit der Monarchenbegegnung in Racconigi und gibt ihrer lebhaften Befriedigung darüber Ausdruck. Einmütig wird als besonderes charakteristisches Merkmal hervorgehoben, daß der Zar ostentativ österreichisches Gebiet vermieden habe*, und daraus gefolgert, daß der Reise eine vorwiegend antiösterreichische Tendenz innewohne.

Wie schon oft, wird in der durch die Entrevue bekundeten russisch-italienischen Annäherung eine Schwächung des Dreibundes erblickt. Wenngleich man nicht annehmen könne, daß Italien den Dreibund kündigen werde, so werde doch Italiens Stellung nunmehr eine unabhängigere sein.

Der „Temps" begrüßt die Reise als ein Symptom, daß Rußland seine europäische Rolle wieder vollständig aufgenommen habe. Seiner österreichfreundlichen Tendenz gibt der „Temps" auch diesmal Ausdruck, indem er die Hoffnung ausspricht, daß trotzdem die Grundlage für eine Besserung der österreichisch-russischen Beziehungen gefunden werden wird.

Im Gegensatz dazu betont das „Journal des Débats" die gegen Österreich gerichtete Bedeutung der Zusammenkunft und beschuldigt die Wiener Diplomatie von neuem ehrgeiziger Balkanpläne.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris" deutet an, daß in Racconigi das Hauptthema der Besprechungen ein Einvernehmen zur Aufrechterhaltung des Status quo im Balkan bilden dürfte.

In anderen Blättern wird betont, daß sowohl Italien wie Rußland aus der Begegnung von Racconigi beträchtliche Vorteile ziehen werden. Italien werde nicht mehr genötigt sein, bei Erneuerung des Dreibundes unter das kaudinische Joch seiner Alliierten zu gehen. Rußland werde eine Stärkung seines Prestiges erreichen, deren es so dringend bedürfe, um sich von seinen Niederlagen zu erholen.

Der konservative „Gaulois" meint, daß die beiden Souveräne eine Verständigung gegen die zunehmende revolutionär-anarchistische Gefahr anstreben dürften.

---

* Zu seinem Besuch in Racconigi (24. Oktober), auf dem er von Iswolsky begleitet war, war der Zar, um nicht österreich-ungarisches Gebiet berühren zu müssen, durch Deutschland und Frankreich gereist. Iswolsky hat die antiösterreichische Tendenz der Reiseroute ausdrücklich in einem Briefe an Graf Osten-Sacken (siehe Nr. 9888, Anlage) zugegeben.

Die Tatsache, daß der Zar den Wunsch hegt, Herrn Pichon* zu empfangen, wird vom „Figaro" als eine besondere Freundlichkeit für Frankreich bezeichnet.

Radolin

Nr. 9879

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 376 St. Petersburg, den 25. Oktober 1909

Immer wieder benutzt die „Nowoje Wremja" die Monarchenzusammenkunft von Racconigi zu Angriffen gegen den Dreibund. In ihrem heutigen Leitartikel erklärt sie, daß die vermehrten Rüstungen Italiens nicht den Zweck hätten, die Bedeutung des Dreibundes zu erhöhen, sondern Italien die Möglichkeit zu geben, bei der bevorstehenden Neugruppierung der Mächte sich die freie Entschließung über seine Bündnisbeziehungen zu sichern.

Alle Versuche der deutschen Presse, Italien von der Eingehung neuer Kombinationen zurückzuhalten, seien erfolglos gewesen. Selbst von dem italienischen sozialdemokratischen Blatte „Avanti" werde die wichtige Bedeutung der Entrevue in Racconigi im Sinne einer vorzubereitenden Loslösung Italiens vom Dreibunde anerkannt.

In Wien mache man bonne mine à mauvais jeu, indem man die Entrevue als einen bloßen Akt der Höflichkeit hinstelle**; man schweige jedoch sorgsam darüber, daß gleichzeitig eine bedeutungsvolle Anwesenheit hoher japanischer Offiziere in Wien stattfinde.

„Das Prinzip der politischen Versicherung und Rückversicherung — schließt das Blatt —, das Fürst Bismarck in weitem Maße angewendet hat, um Deutschland auf seine jetzige hohe Stellung zu erheben, wird jetzt auch von anderen in Anwendung gebracht. Der Dreibund muß durch dieselbe Waffe zugrunde gehen, die ihn geschaffen hat."

Gf. v. Mirbach

---

* Der Minister des Äußeren Pichon gab dem Zaren auf der Rückfahrt von Racconigi, die über französisches Gebiet führte, das Geleit und hatte bei dieser Gelegenheit auch mit Iswolsky eine längere Besprechung.

** Vgl. dazu den Bericht des russischen Botschafters in Wien Fürst Urussow an Iswolsky vom 27. Oktober 1909, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a a. O., S. 451.

Nr. 9880

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 159 Rom, den 25. Oktober 1909

Die Reihe der Besuche, die König Viktor Emanuel seit Beginn seiner Regierung an europäische Staatsoberhäupter abgestattet hat, eröffnete im Sommer 1902 eine Reise nach St. Petersburg. Zwar hatte der junge Souverän beabsichtigt, noch vorher in Berlin seine Aufwartung zu machen, doch ließ sich der Termin nicht mit den Sommerdispositionen Seiner Majestät des Kaisers vereinigen, sodaß der Berliner Besuch schließlich nach dem Petersburger stattfand und letzterer tatsächlich der allererste war. Er fand unter den Auspizien eines Ministeriums statt, in welchem der irredentistische Herr Zanardelli das Präsidium und der frankophile Herr Prinetti das Portefeuille des Äußern innehatten. Dem Könige selbst wurden vielfach — ob mit Recht oder Unrecht — starke Antipathien gegen Österreich zugeschrieben, auch mag wohl dem jungen Herrscher Italiens der Wunsch, neue Bahnen zu wandeln, nicht ganz fremd gewesen sein. Im Laufe der Zeit dürfte aber der König manche frühere Auffassungen modifiziert, manche ursprüngliche Illusionen abgestreift haben. Hatte man hier jedoch wirklich Vorteile von einer Annäherung an Rußland erwartet, der Erfolg blieb zunächst aus, sogar die Erwiderung des Besuchs ließ auf sich warten. Zwar war derselbe im Sommer 1903 in Aussicht gestellt worden, aber im letzten Moment erfolgte eine Absage, die hier eine tiefgehende Verstimmung erregte; das Barometer der russisch-italienischen Freundschaft sank auf das Minimum. Der russische Botschafter Nelidow tauschte den hiesigen Posten alsbald mit dem Pariser um, König Viktor Emanuel, der ihm nicht ganz ohne Grund einen Hauptteil der Schuld an dem Ausbleiben des Zaren beimaß, war kaum zu bewegen, ihn noch in Abschiedsaudienz zu empfangen.

Beinahe gleichzeitig wurde Italien durch das Mürzsteger Abkommen überrascht, welches ein Zusammengehen Rußlands mit Österreich unter Ausschluß Italiens im Balkan darstellte. Auch der Wunsch Italiens auf nachträglichen Beitritt wurde abgeschlagen. Von denen, welchen der Text des Dreibunds hier bekannt war, wurde das Mürzsteger Abkommen, wohl nicht ganz mit Unrecht, als eine Verletzung des Artikels VII des Vertrages aufgefaßt, und die öffentliche Meinung empfand bitter die Ausschließung von einem Gebiete, auf welches die hiesigen Wünsche nach politischer oder wenigstens kommerzieller Betätigung seit geraumer Zeit gerichtet waren, und auf welches man gewisse nachbarliche und historische Anrechte zu haben glaubte.

Rußland wurde in den japanischen Krieg verwickelt, der seine Aktionsfähigkeit für die europäische, beziehungsweise Balkanpolitik verminderte,

wenn nicht ausschloß. Die Zurückdrängung Rußlands auf der asiatischen Seite mußte es dann naturgemäß erscheinen lassen, daß das Zarenreich den alten Zielen seiner historischen Politik im europäischen Orient wieder mehr Interesse zuwenden würde.

Das Projekt der Sandschakbahn und die Revaler Vereinbarungen über Mazedonien brachten einen Riß in die russisch-österreichische Balkangemeinschaft. Die Annexion Bosniens führte den Bruch herbei. Wie letztere auch auf die Beziehungen Italiens zur Donaumonarchie nachträglich einwirkte, wie sie den alten Haß gegen Österreich hier neu aufflammen ließ, ist bekannt. Die Furcht, daß die Expansionslust Österreichs vom andern Ufer der Adria her erdrückend für Italien werden möchte, bildet ein nicht wegzudisputierendes Axiom der hiesigen öffentlichen Meinung. In diesen Befürchtungen begegnete man sich mit den russischen Interessen. Daß eine weitere Machtzunahme Rußlands im Balkan, eine Einigung der slawischen Welt daselbst unter russischem Einfluß weit gefährlicher und drückender für Italien werden müßte, übersieht der italienische Politiker vor der ihm näher liegenden Furcht vor Expansionsbestrebungen des österreichischen Nachbarn.

Inzwischen war der sehr kluge Herr Murawiew hier Vertreter Rußlands geworden. Vorsichtig und allmählich hatte er die Besserung der russisch-italienischen Beziehungen in die Hand genommen. Die oben geschilderten Umstände waren ihm bei seiner Aufgabe behilflich. Er bahnte die endliche Erwiderung des italienischen Besuchs durch einen Flottenbesuch in Neapel an. Der Tod unterbrach seine Arbeit*, und wenn sein Nachfolger Fürst Dolgoruki**, durch Alter und Gicht behindert, hier wohl kaum aus der Passivität herausgetreten ist, so scheint Herr Iswolsky in Petersburg die Fäden weitergesponnen zu haben. Der russische Besuch ist sehr zur Freude der italienischen Staatsmänner, die die frühere Absage als eine Italien zugefügte Demütigung empfanden, endlich zustande gekommen.

Vor dem Ausbruch der bosnischen Krise hatte Herr Tittoni eine russisch-österreichische Vereinbarung über Balkanfragen ins Auge gefaßt und durch Besprechungen mit Graf Aehrenthal und Herrn Iswolsky in die

---

* Der Tod Murawiews war am 14. Dezember 1908 erfolgt.

** Fürst Dolgoruki war von 1879 bis 1884 russischer Militärbevollmächtigter in Berlin gewesen und wäre gern an Graf Osten-Sackens Stelle als Botschafter nach Berlin gegangen, pflegte auch gegenüber dem deutschen Militärbevollmächtigten am Zarenhofe von Hintze seine Deutschfreundlichkeit stets zu betonen. Doch traute ihm Hintze keineswegs über den Weg. In einem Immediatberichte Hintzes vom 2. Februar 1909 hieß es über Fürst Dolgoruki anläßlich dessen Ernennung zum Botschafter in Rom: „Von einer Seite, die nach Stellung und Interessiertheit es wissen kann, erfahre ich, daß Iswolsky dem neuen Botschafter als Aufgabe gestellt hat: Loslösung Italiens vom Dreibund. — Dolgoruki wird diese Aufgabe mit allem Eifer und der ihm eigenen Geschicklichkeit aufnehmen. Seine Sympathien für Deutschland werden ihn nicht hindern zu tun, was ihm frommt. In meinen Unterhaltungen mit ihm fühle ich deutlich den Frontwechsel; mit halben Worten vor die Frage gestellt, wehrt er sich nur matt. — Diese Person ist mit ihrer Ernennung für Deutschland verloren."

Wege zu leiten gesucht. Wenn er behauptet, daß die Verhandlungen mit Rußland seit dem russisch-österreichischen Bruch nicht fortgesetzt worden sind, so mag ihm hierin Glauben zu schenken sein. Aber sollte Herr Iswolsky sie ganz aus dem Auge verloren haben? Sollte er, um an seinem Gegner Aehrenthal Rache zu nehmen, nicht darauf bedacht sein, Italien in seine Netze zu locken und ihm goldene Brücken durch den Balkan zu bauen? Ob Herr Tittoni genügend staatsmännischen Blick hat, die Gefahren der russischen Präponderanz im Balkan zu überblicken, möchte ich nicht entscheiden. Er mag die Illusion seiner Landsleute teilen, daß Italien trotz und neben einer slawischen Übermacht in den Ländern jenseits der Adria noch eine Stellung zu erringen und zu behaupten vermöchte. Die öffentliche Meinung des Landes würde aus blinder Furcht vor Österreich einem Engagement mit Rußland zustimmen. Aber wenn auch der Mürzsteger Vorgang als entschuldigendes Simile gelten könnte, eine Illoyalität Tittonis Österreich und dem Dreibund gegenüber ist a priori doch nicht anzunehmen. Über den intimeren Inhalt der Unterredungen von Racconigi wird wohl zunächst aus den Mauern des Schlosses und dem vielfachen Truppenkordon nichts in die Öffentlichkeit dringen. Die Trinksprüche, zwar sehr herzlich in der Form, besagen in politischer Hinsicht nicht viel, die Worte „communauté de vues et d'intérêts", „sympathies toujours croissantes", „coopération au rapprochement entre l'Italie et la Russie et à l'oeuvre de la paix générale" gehen nicht über das Maß allgemeiner, bei solchen Gelegenheiten üblicher Phrasen hinaus. Die „Agenzia Stefani" hat das beigefügte Communiqué* gebracht. Wenn die Minister gemeinsame Ziele erblicken in der „Konsolidierung des politischen Status quo in der Türkei und der Unabhängigkeit und der normalen und friedlichen Entwicklungen der Balkanstaaten", so sind hiergegen an sich auch noch keine Einwendungen zu erheben. Immerhin wird darin zugegeben, daß die Balkanfragen besprochen worden sind, und der Korrespondent der „Tribuna" gibt noch die Erläuterung, daß unter anderm die innere Lage in Serbien, Albanien und Griechenland Gegenstand des Gedankenaustausches gebildet hat. Sollte nicht Herr Iswolsky seinem Kollegen Tittoni klarzumachen versucht haben, daß an allem Ungemach auf dem Balkan nur die Politik seines Feindes Aehrenthal die Schuld trägt?

Der Dreibund läuft noch etliche Jahre. Abgesehen von dem Nutzen, den er bisher dem europäischen Staatensystem und dem Weltfrieden gebracht hat, und der vielleicht auch für die Zukunft die Fortdauer des

---

* Es hieß in dem Communiqué u. a.: „Die Unterredungen zwischen den Ministern Tittoni und Iswolsky haben natürlich die verschiedenen politischen Tagesfragen und besonders die Balkanfrage zum Gegenstande gehabt. Es wurde festgestellt, daß Italien und Rußland das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Erhaltung des politischen Status quo in der Türkei sowie die Unabhängigkeit und die normale friedliche Entwickelung der Balkanstaaten." Tatsächlich war in dem in Racconigi abgeschlossenen „accord russo-italien" (vgl. Nr. 9885, Fußnote) nur die Rede von dem „développement des États Balkaniques", nicht aber von einem friedlichen développement.

Bündnisses noch wünschenswert erscheinen lassen kann, ist es auch für das Prestige unserer Politik erforderlich, daß diese alte Basis derselben keinen vorzeitigen Riß erleide. Die Entscheidung hierüber liegt heute nicht zum wenigsten in der Gestaltung des österreichisch-italienischen Verhältnisses und darin, ob es Wien versteht, Italien mit seinen Balkanbeklemmungen und trotz etwaiger russischer Lockungen „bei der Stange zu halten".

Jagow

Nr. 9881

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 160 Rom, den 27. Oktober 1909

Die Volksstimmung in Italien, welche vor dem Zarenbesuch diesem im allgemeinen ziemlich kühl, teils sogar feindlich, teils auch ängstlich entgegensah, hat sich während der Tage von Racconigi allmählich erwärmt. Der Umstand, daß die Ruhe nirgends gestört wurde, die herzliche Tonart der Trinksprüche, die Communiqués und sonstige offiziöse Stimmungsmache in der Presse haben dazu ebenso mitgewirkt wie das Gefühl befriedigter Eigenliebe darüber, daß der Beherrscher Rußlands den Weg und Umweg von Tausenden von Meilen nicht gescheut hat, um Italien seinen Besuch abzustatten.

Man ist hier durchaus friedlich gestimmt und bei ruhiger Überlegung — wenn auch nie eingestanden — sich auch wohl einigermaßen bewußt, daß Italien eigentlich nur eine Friedensgroßmacht darstellt, deren materielle Schwäche bei ernsten Konflikten bald hervortreten würde. Man wiegt sich in dem Gedanken, daß Italien in dem System „seiner Allianzen und Freundschaften" eine Assiette gefunden hat, die ihm erlaubt, ruhige Tage zu leben und, als par inter pares von den anderen Mächten anerkannt, im europäischen Konzert auch ein Wort mitzureden; selbstgefällig versteigt man sich sogar mitunter zu der Vorstellung, daß man in der europäischen Konstellation die Rolle des „Vermittlers" oder des „Züngleins an der Wage" zu spielen berufen sei. Eine gebrechliche Stelle nur hat dieses schöne System des Phäakentums: den unter der Asche des Bündnisses fortglimmenden Antagonismus mit Österreich und die Furcht vor dessen Expansionsbestrebungen im Orient. Vor einem Angriff der Donaumonarchie fühlt man sich durch den Allianzvertrag leidlich gesichert, unter dessen Decke man sich sogar hin und wieder den Luxus des Irredentismus gestatten zu können meint; aber daß derselbe nicht auch einen sicheren Riegel vor die österreichische Ausbreitung in den Gebieten jenseits der Adria vorschiebt, glaubt man aus der bosnischen Annexion erkannt zu haben. Ein Vordringen Österreichs im Balkan aber muß — auch das hat die bosnische

Krise von neuem gezeigt — auf die Gegnerschaft Rußlands stoßen; dessen Widerstand könnte Hilfe und Schutz gegen die Italien dort vermeintlich bedrohenden Gefahren gewähren. Man hat sich so oft das Gespenst des zu den Ufern der Adria und des Ägäischen Meeres vordrängenden Germanentums ausgemalt und möchte hiergegen den Schutz des Slawentums anrufen, unbekümmert, daß dies den Teufel mit Beelzebub austreiben hieße.

Der Zarenbesuch hat — so argumentiert man weiter — die Annäherung der beiden Länder Rußland und Italien, die wenigstens in der Abwehr Österreichs ein gemeinsames Interesse im Orient haben, hergestellt. Von diesem Gesichtspunkte aus wird das Ereignis von der öffentlichen Meinung als ein Erfolg begrüßt, der die Kette der diplomatischen Versicherungen und Rückversicherungen vervollständigt, der, verblümt gesprochen, eine „Ergänzung der Tripelallianz" bildet oder, offener ausgedrückt, Italien gegen Österreichs Übergriffe im Orient decken soll. Zu der Auffassung, daß der Besuch eine Spitze gegen Österreich berge, hat auch die russische Reiseroute nicht unwesentlich beigetragen.

Die offiziös inspirierte Presse dagegen fährt fort zu betonen, daß der Dreibund durch die Ergebnisse von Racconigi keine Beeinträchtigung erfahren und die letzten Tage nichts Neues gebracht haben als höchstens eine Freundschaft mehr unter den Völkern Europas, einen weiteren Kitt des allgemeinen Friedens.

Jagow

Nr. 9882

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 342 Wien, den 28. Oktober 1909
Vertraulich

Mein Gewährsmann macht mir Mitteilung von einem Briefe des Staatsrats Kulakowsky aus Petersburg, in dem dieser eine interessante Unterredung wiedergibt, die er mit Herrn Sasonow* gehabt hat. Die Ausführungen des Herrn Sasonow, besonders soweit sie die russisch-italienischen Beziehungen betreffen, erscheinen mir sehr beachtenswert.

Der Brief lautet nach der Angabe meines Gewährsmannes, wie folgt:

„Wir haben in Livadia bei den Auseinandersetzungen mit der daselbst zur Begrüßung des Zaren eingetroffenen türkischen Mission** außerordentlich wertvolle Akkorde zustande gebracht, und wir haben die vollste Berechtigung, mit den erzielten Resultaten im höchsten Grade zufrieden

* Gehilfe des russischen Außenministers.
** Am 6. Oktober 1909 war eine türkische Sondergesandtschaft unter Führung des Außenministers Rifaat Pascha in Jalta eingetroffen. Sie wurde am 7. Oktober in Livadia vom Zaren in Audienz empfangen.

zu sein. Wir waren in der angenehmen Lage, vollkommene Übereinstimmung auf der ganzen Linie unserer gegenseitigen Interessentangente zu konstatieren. Rifaat hat sich als ein aufrichtiger Freund Rußlands bewährt, und Tscharykow* hat mit ihm in sehr geschickter Weise das Terrain vorbereitet, auf dem wir uns dann in Livadia zusammengefunden haben.

Daß die Dardanellenfrage nicht den Gegenstand unseres Ehrgeizes bildet, wie dies jeder diplomatische Schuljunge in Europa aus seinem Fibelbuche lernt, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Diese fable convenue der ganzen europäischen Diplomatie existiert für uns in Wirklichkeit gar nicht**. Was unseren Interessen am besten entspricht, das ist, uns von Seite der Türkei eines wahrhaften und aufrichtigen bon voisinage versichert halten zu dürfen, und dies ist es, was wir jetzt erreicht zu haben glauben. Haben wir einmal in der Türkei einen wahrhaften und aufrichtigen guten Nachbar, dann wird unsere Schwarzemeerflotte, wenn der Moment kommen sollte, wo sie zum Schutze der russischen Interessen auslaufen muß, die Dardanellen gewiß offen finden. In dieser Beziehung können wir ganz ruhig sein und sind wir auch tatsächlich vollkommen ohne Sorge.

In gleicher Weise ist es eine fable convenue der europäischen Diplomatie, daß der englisch-deutsche Wettbewerb am Bosporus unsere Interessen stört und tangiert. Dieser Wettbewerb geht uns gar nichts an, und es ist für uns nur ein Gebot der Klugheit, ihn um keinen Preis durch irgendein ungeschicktes Eingreifen zu stören. Es ist ein sehr einfaches Rechenexempel, daß es nur in unserem eigenen Interesse liegt, wenn diese zwei kolossalen internationalen Machtfaktoren sich wechselseitig konkurrenzieren, und daß unser Einfluß nur um desto schwerer ins Gewicht fällt, je mehr diese Konkurrenz sich verschärft.

Was die Zarenreise nach Italien betrifft, so will ich zu Ihnen als einem Freund und Konpatrioten, in dem weder der Fuchs eines Diplomaten noch der Teufel eines Journalisten steckt, ganz offen und ohne alle diplomatischen Verkleidungen sprechen. In der Diplomatie darf ich eine solche Sprache nicht führen, ohne mich an meinem Amt und an meiner Stellung zu versündigen. Ich sage Ihnen somit ganz aufrichtig und der Wahrheit gemäß, daß wir alle, die wir vermöge unserer Stellung in der Regierung oder bei Hofe ein Wort in dieser Sache mitzureden hatten, einmütig und ohne jede Ausnahme gegen diese Reise waren und so entschieden, wie wir nur konnten, von derselben abrieten. Wir, die wir hier zu Hause daran gewöhnt sind, den Zaren auf jedem Schritte, den er macht, mit einem zehnfachen Wall von Soldaten und Polizisten zu umgeben, schraken vor der

---

* Russischer Botschafter in Konstantinopel.

** Damit ist zusammenzuhalten, daß sich Iswolsky soeben in Racconigi ausdrücklich des italienischen Wohlwollens für „les intérêts russes dans la question des Détroits" vergewissert hatte. Vgl. auch die Äußerung Graf Osten-Sackens zu Freiherrn von Schoen vom 7. November, „daß das Hineinragen des islamitischen Osmanenreichs in das christliche Europa eine unerträgliche Anomalie sei", vgl. Nr. 9888.

furchtbaren Verantwortung zurück, ihn so ohne jeden Schutz eine so weite Reise in die Fremde machen zu lassen. Aber der Zar selbst bestand darauf, die Reise zu machen, und es schien uns, als würde er sich darnach sehnen, den Kerker dieser ewigen Schutzmaßregeln wenigstens für einige Tage zu verlassen, um sich frei wie jeder andere Mensch in Gottes schöner Natur zu bewegen. Und dazu kommt noch, was eigentlich das wichtigste Moment bei dieser Reise ist und ihr einen ganz besonderen Stempel aufprägt — daß sie nämlich auf Wunsch, ja sogar auf das Drängen Englands und Frankreichs angetreten wurde. Der Zar ist somit nach Italien nicht so sehr als das Staatsoberhaupt Rußlands als vielmehr als der Vertreter und Wortführer der Tripelentente gegangen. Wir wollen dabei weder den Dreibund sprengen noch Italien aus demselben herausreißen — wir begnügen uns mit dem Erfolge, im Schoße des Dreibundes einen verläßlichen Freund zu besitzen. Vermöge unserer Politik des Friedens und des Status quo können wir weder ein weiteres Vordringen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel noch einen weiteren Machtzuwachs Deutschlands wünschen. In dieser Beziehung gibt es zwischen den Interessen der in der Tripelentente vereinigten Mächte und den Interessen Italiens sehr vielfache und wichtige Berührungspunkte, worüber eine Aussprache zwischen den beiden Herrschern und den beiderseitigen Leitern der auswärtigen Politik von großem Nutzen sein wird.

Aber außer diesen mannigfaltigen Interessenidentitäten zwischen der Tripelentente und Italien gibt es noch spezielle Interessenidentitäten zwischen Rußland und Italien, welche aus der voisinité dieser beiden Staaten zu Österreich-Ungarn erwachsen, und daß sie sich somit in allen Fragen militärischer Verteidigung und Sicherstellung als natürliche Bundesgenossen und als wechselseitige einander ergänzende Supplementärkräfte zu betrachten haben.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist jeder Soldat, den Italien an die österreichische Grenze stellt oder von dort wegschiebt, für uns von derselben Wichtigkeit wie jeder russische Soldat, den wir an der österreichischen Grenze vorrücken oder wegrücken lassen. Ja der italienische Soldat, der unserer Front gegenüber den Österreichern im Rücken steht, hat für uns nach allen Regeln der Strategie einen doppelten und sogar dreifachen Wert.

Es ist selbstverständlich, daß auch hierüber Aussprachen erfolgen werden, welche allerdings ein besonderes Kapitel bilden und der genaueren Präzisierung durch die berufenen militärischen Instanzen vorbehalten werden dürften, was indessen nicht lange auf sich warten lassen wird.

Der papistische Zug, der durch die ganze österreichische Politik geht, und der auch in seiner Balkanpolitik ganz deutlich zum Ausdrucke kommt, dieser ganz eigenartige und spezifische Zug, der insbesondere in dem österreichischen Thronfolger seine unverkennbare Quelle zu haben scheint, bildet ein außerordentlich starkes Kompelle für Italien ebenso wie für Rußland zu einer gegenseitigen Annäherung und zu einer Verständigung

über eine eventuelle gemeinsame Abwehr. Denn er bedroht zu gleicher Zeit sowohl die Staatsgrundlage Italiens, welche auf seinem nationalen Unitätsgedanken aufgebaut ist, als auch die Staatsgrundlage Rußlands, welche auf dem Gedanken des orthodoxen Zarates fußt. Diese gemeinsame Gefahr ist umso ernster, als sie mit jedem Tage wächst und uns immer näher kommt, je mehr wir uns dem Momente nähern, wo der österreichische Thronfolger das Zepter seiner Vorfahren auch faktisch in seine Hand nimmt.

Doch ist dies momentan nur Zukunftsmusik, nur Vorsichtskalkül und Eventualitätenpolitik, und sind derzeit unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn so freundschaftlich, daß unser Generalstab völlig sorglos ein Regiment nach dem anderen und eine Division nach der anderen aus unserer Aufstellung gegen Österreich-Ungarn zurückzieht. Und der Zar persönlich ist ein so aufrichtiger Bewunderer des Kaisers Franz Joseph, daß er sich schon wiederholt im intimen Kreise seiner engsten Umgebung geäußert hat, der mannhafte Heldenmut, mit welchem Kaiser Franz Joseph den inneren Schwierigkeiten standhält, sei ihm ein nachahmenswertes Vorbild und flöße ihm den Mut ein, in gleicher Weise den inneren Schwierigkeiten die Stirne zu bieten, denn wenn der österreichische Herrscher trotz seines hochbetagten Alters so tapfer bei dem ausharrt, was er als seine Herrscherpflicht erachtet, wie dürfte er, der um so viel jünger ist, vor dieser Pflicht zurückweichen, ohne sich vor sich selber schämen zu müssen!

Bei dieser Gesinnung des Zaren kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß derselbe die Gelegenheit zu einer Begegnung mit dem Kaiser Franz Joseph gerne ergreifen würde, wenn sich eine solche ohne große Schwierigkeiten darbieten würde, und wer weiß, ob dies nicht früher, als man glaubt, auch wirklich arrangiert werden wird."

von Tschirschky

Nr. 9883

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 379 St. Petersburg, den 29. Oktober 1909
Geheim

Irgendwelche wertvollere Aufschlüsse zur Entrevue von Racconigi sind hier aus naheliegenden Gründen nicht leicht erhältlich: die große Mehrzahl der Augenzeugen ist im Gefolge Seiner Majestät des Kaisers direkt nach der Krim zurückgekehrt, und Herrn Iswolsky, welcher seit gestern erst wieder die Geschäfte führt, hatte ich noch nicht Gelegenheit zu sehen.

Inzwischen ist wenigstens ein Detail zu meiner Kenntnis gelangt, welches die Annahme zuläßt, daß der Minister anscheinend bemüht ist, die übertriebenen Schlußfolgerungen, welche die hiesige Presse vielfach an die Begegnung knüpft, nach Möglichkeit zu korrigieren.

Herr Sawinsky, der Direktor der Ministerialkanzlei, welcher sich auf der italienischen Reise in der Begleitung Herrn Iswolskys befand, hat, wie ich aus guter Quelle höre, an Herrn Pilenko von der „Nowoje Wremja" einen Brief gerichtet, worin er für die Behandlung des Themas Racconigi nicht uninteressante Direktiven gibt. Herr Sawinsky — alias Herr Iswolsky selbst — legt der „Nowoje Wremja" darin nahe, beim russischen Publikum doch nicht den Eindruck hervorzurufen und zu vertiefen, als würden nunmehr Rußland und Italien urplötzlich ihre gesamte auswärtige Politik auf neue Fundamente gründen.

Andererseits bedarf es nicht erst der Erwähnung, daß Herr Iswolsky sicherlich eine scharf antiösterreichische oder jedenfalls anti-Aehrenthalsche Stimmung nach Racconigi mitgebracht hat. Selbstverständlich hat er auch Herrn Tittoni seine geradezu stereotyp gewordenen Anklagen gegen Graf Aehrenthal wiederholt. Er wird dabei auch gewiß nicht unterlassen haben, sein „stärkstes" Argument auszuspielen: daß nämlich seiner Überzeugung nach die Annexion Bosniens nur die Einleitung zu einer großzügigen Expansionspolitik Österreich-Ungarns auf dem Balkan überhaupt darstelle.

Die Frage wird die sein, inwieweit Herr Iswolsky mit diesen Querelen und Zukunftsbildern auf Herrn Tittoni Eindruck gemacht hat, und den sichersten Anhaltspunkt für ihre Beantwortung dürfte die weitere Entwicklung der österreichisch-italienischen Balkanverhandlungen bieten, über welche Euere Exzellenz mich zu orientieren die Geneigtheit hatten.

Mein österreichisch-ungarischer Kollege* hat übrigens dieser Tage einen Brief des Grafen Berchtold erhalten, worin dem Gedanken Ausdruck gegeben ist, daß die Entrevue von Racconigi die österreichisch-italienischen Pourparlers nicht gefährden würde.

Gf. v. Mirbach

Nr. 9884

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 161 Rom, den 30. Oktober 1909

Als ich heute nachmittag den aus Racconigi zurückgekehrten Minister des Äußern aufsuchte, fand ich ihn sehr befriedigt von dem Verlauf der russischen Kaisertage. Bei aller Genugtuung, die man hier über die endliche Erwiderung des Besuchs empfunden hat, verhehlte der Minister

* Botschaftsrat Szilassy von Szilas und Pilas.

doch nicht, daß der Regierung ein Stein vom Herzen gefallen sei, als der Zar die Grenze wieder passiert habe, ohne daß eine Störung irgendwelcher Art vorgefallen sei.

Wenn man hier anfangs etwas besorgt gewesen wäre, der Anblick des enormen Aufgebots von Militär und Polizeimannschaften könnte den Zaren vielleicht peinlich berühren[1], so sei das durchaus nicht der Fall gewesen. Der hohe Gast habe, offensichtlich erfreut und beruhigt über die getroffenen Schutzmaßregeln, Seiner Majestät dem Könige dafür seinen Dank ausgesprochen.

Charakter und Ergebnis der Entrevue seien durch das offiziöse Communiqué klargelegt worden. Sowohl in Italien als wie in Deutschland und Österreich habe die verständige Presse das Ereignis auch durchaus richtig kommentiert; gegen falsche Auslegungen und Unterschiebungen von gegnerischer Seite ließe sich nichts machen.

In den stattgehabten Unterredungen habe Herr Iswolsky versichert, daß Rußland keine Expansion im Orient beabsichtige, sondern nur die Erhaltung des Status quo und die unabhängige Entwickelung der Balkanstaaten wünsche. Er, Tittoni, habe dem russischen Minister darauf erwidern können, daß auch Italien keine anderen Ziele im Auge habe und nicht die geringste territoriale Erwerbung im Balkan anstrebe. Ebenso sei es seine Überzeugung, daß auch in Wien nur die gleichen Intentionen beständen. Gegen Österreich oder vielmehr den Grafen Aehrenthal scheint allerdings die persönliche Ranküne Herrn Iswolskys auch in Racconigi stark hervorgetreten zu sein, vielleicht so stark, daß er damit eher das Gegenteil des Gewünschten erreicht hat. Herr Tittoni äußerte, wenn Iswolsky von Aehrenthal spricht, so verliert er absolut „son calme". Schließlich, meinte der Minister, könne doch ein persönlicher Antagonismus nicht so starke Wirkungen ausüben, daß Mächte, die sachlich dieselben Ziele verfolgten, nicht früher oder später auch formell zu einer Verständigung gelangten. Die Zeit würde notwendigerweise die persönlichen Bitterkeitsgefühle abstumpfen und die daraus entspringenden Gegensätze ausgleichen.

Herr Tittoni sagte mir ferner, er habe die Genugtuung gehabt, daß Graf Aehrenthal ihm seine Zustimmung zu dem Inhalt des Communiqués über den Besuch habe aussprechen lassen. Dabei berührte der Minister auch die österreichisch-italienischen Beziehungen. Man müsse freilich damit rechnen, daß es in Italien eine unverbesserliche antiösterreichische Partei gebe, die Irredentisten; mit diesen sei nichts zu machen[2]. Sie seien aber keineswegs ausschlaggebend, die große Mehrheit des Volkes und der Politiker hege nur Mißtrauen gegen Österreich aus Furcht vor dessen vermeintlicher Expansion im Orient und dem schweren Druck, der sich auf die andere Küste der Adria legen könne. Hierüber wolle man in Italien beruhigt sein, und er werde demnächst durch eine Rede vor dem Parlament suchen, in dieser Richtung klärend auf die öffentliche Meinung zu wirken[3].

Es dürfte aber wohl noch mehr als einer Rede Herrn Tittonis bedürfen, um hier die alteingewurzelten Antipathien und Befürchtungen vor dem östlichen Nachbar auszurotten, die seit Jahresfrist wieder reichlich neue Nahrung erhalten haben[4].

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Er sieht ja nichts anderes zu Hause!

[2] !?

[3] !

[4] richtig

Nr. 9885

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 351 Wien, den 30. Oktober 1909

Ganz geheim

Weder Graf Aehrenthal noch der Herzog von Avarna haben bisher eingehende Nachricht über die Entrevue von Racconigi erhalten. Das einzige, was der italienische Botschafter bisher dem Grafen Aehrenthal hierüber mitgeteilt hat, ist ein kurzes Telegramm, datiert vom Tage nach der Ankunft des russischen Kaisers. Dieses Telegramm hat aber genügt, um eine ziemlich tiefgehende Verstimmung bei dem Grafen zu verursachen und seinem Mißtrauen gegenüber Herrn Tittoni und Italien neue Nahrung zu geben.

Herr Tittoni läßt durch dieses Telegramm — von dem mich der Herzog von Avarna Einsicht nehmen ließ — dem Grafen Aehrenthal sagen, die Bedeutung der Besprechungen mit Herrn Iswolsky liege in der Tatsache, daß sie sich in betreff des Balkans über folgende zwei Punkte geeinigt hätten: erstens Aufrechterhaltung des Status quo[1], zweitens, für den Fall, daß der Status quo nicht zu halten sein würde, „les deux états favoriseront le développement des états balkaniques suivant le principe de la nationalité"*. Graf Aehrenthal bemerkte hierzu, die beiden hätten

---

* Der Text des in Racconigi abgeschlossenen „Accord Russo-Italien" lautete:

„1. La Russie et l'Italie doivent s'employer en première ligne, au maintien du statu quo dans la Péninsule des Balkans.

2. Pour toute éventualité qui pourrait se produire dans les Balkans, elles doivent appuyer l'application du principe de nationalité, par le développement des Etats Balkaniques, à l'exclusion de toute domination étrangère.

3. Elles doivent s'opposer par une action commune, à tout agissement en sens contraire aux fins ci-dessus; par ‚action commune' on doit entendre une action diplomatique, toute action d'ordre différent devant naturellement demeurer réservée à une entente ultérieure.

4. Si la Russie et l'Italie voulaient stipuler pour l'Orient Européen des accords

also abgemacht, das Fell der Türken einfach unter die Balkanstaaten zu verteilen.[2] Er wolle nun dieser Mitteilung des Herrn Tittoni keine allzu große praktische Bedeutung beimessen, aber es sei doch ein sonderbares Vorgehen des italienischen Ministers, daß in dem Augenblick, wo er mit Österreich-Ungarn sich dahin einigen wolle, im Falle der Änderung des Status quo das Prinzip der Nichtintervention zu befolgen*, dieser gleichzeitig mit dem russischen Minister über die Art und Weise einer Intervention[3] für den gleichen Fall eine Einigung treffe. Er werde, wie gesagt, zunächst Herrn Tittoni nicht um Aufklärung bitten, jedoch zur Wahrung seines Standpunktes dem italienischen Botschafter schriftlich folgende Erklärungen machen:

Er betrachte die Verhandlungen in Racconigi lediglich als „un échange de vues", nachdem der Abschluß des in Vorbereitung befindlichen Abkommens zwischen Österreich-Ungarn und Italien von der Voraussetzung ausgehe, daß Italien keinerlei Vereinbarung mit Rußland habe, weder schriftlich noch mündlich. Er konstatiere weiter, daß in betreff der von Österreich-Ungarn und Italien für den Fall der Nichtaufrechterhaltung des Status quo einzuhaltenden Politik in letzter Zeit keinerlei Vereinbarung getroffen worden sei, mit Ausnahme der in dem Abkommen über Albanien enthaltenen Bestimmungen. Er wolle weiter schon jetzt bemerken, daß er gegenüber der Öffentlichkeit und bei Beantwortung etwaiger Fragen in den Delegationen erklären werde, in Racconigi sei nichts verhandelt worden, was mit dem Dreibunde im Widerspruch stände oder gegen die österreichisch-ungarischen Interessen gerichtet wäre[4].

Dieses Schriftstück, von dem mir Graf Aehrenthal auf meine Bitte Abschrift gegeben hat, die ich hier gehorsamst beizufügen mir erlaube**, hat Graf Aehrenthal tatsächlich dem Herzog von Avarna übergeben mit dem Bemerken, es sei ausschließlich für ihn, den Botschafter, bestimmt; es habe den Zweck, ihm volle Klarheit über seinen, des Grafen Aehrenthal, Standpunkt zu verschaffen. Mir gegenüber hat Graf Aehrenthal hinzugefügt: Reagiert Herr Tittoni auf diese Feststellung meines Standpunktes nicht, so bin ich für die Zukunft gedeckt, und ich habe der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie es meine Pflicht ist, die volle Freiheit des Handelns für den Fall des Eingreifens anderer Mächte[5] bei Unruhen am Balkan gewahrt.

Der Herzog von Avarna besprach heute die ganze Sache eingehend mit mir, bat mich aber ausdrücklich, seine Äußerungen als nur mir persönlich gemacht betrachten zu wollen. Dem Botschafter ist es nicht

---

nouveaux avec une tierce puissance, en dehors de ceux qui existent actuellement, chacune d'elles ne le ferait qu'avec la participation de l'autre.

5. L'Italie et la Russie s'engagent à considérer avec bienveillance, l'une les intérêts russes dans la question des Détroits, l'autre les intérêts italiens en Tripolitaine et Cyrénaïque." Un Livre Noir I, 357 s.

* Vgl. Kap. CCXIII, Nr. 9845.

** Siehe Anlage.

entgangen, daß seine Mitteilung über den Inhalt der Unterredung in Racconigi an Graf Aehrenthal des letzteren Mißtrauen erregt hat. Er gestand mir, daß er das in gewissem Sinne begreife. Herr Tittoni sei Herrn Iswolsky gegenüber entschieden weiter gegangen, als in dem beabsichtigten Abkommen mit Österreich vorgesehen sei. Die „friedliche Entwickelung der Balkanstaaten" sei ja allerdings ein von Österreich, Italien und Rußland längst anerkannter Programmpunkt. Dieser Passus figuriere ja auch in dem offiziellen Communiqué aus Racconigi und habe nirgends Anstoß erregt. Wenn aber Herr Tittoni für den Fall, daß der Status quo nicht aufrecht zu erhalten sein werde, die Entwickelung der Balkanstaaten nach dem Nationalitätenprinzip ins Auge fasse, so sei das allerdings ganz etwas anderes und bedeute ein direktes Eingreifen[6] der beiden Staaten bei etwa ausbrechenden Unruhen am Balkan im Gegensatz zu dem bisher als maßgebend bezeichneten Prinzip der Nichtintervention. Der Herzog von Avarna bemerkte weiter mit Recht, daß der Gedankenaustausch zwischen Herrn Tittoni und Herrn Iswolsky nicht nur über die österreichisch-italienischen Verabredungen hinausgehe, sondern mit ihnen auch noch in einem anderen Punkte in Widerspruch stehe. In Absatz 1 der österreichisch-italienischen Abmachungen werde stipuliert, daß, falls Österreich par la force des choses dazu geführt werden sollte, den Sandschak oder ein anderes Stück türkischen Gebietes zu besetzen, Italien das Recht auf Kompensationen haben solle*. Es werde damit deutlich gesagt, daß Italien gegen eine Besetzung türkischen Gebiets durch Österreich prinzipiell nichts einzuwenden habe, sich vielmehr für diesen Fall das gleiche Recht vorbehält. Diese Abmachung widerspreche demnach direkt dem zwischen Herrn Tittoni und Herrn Iswolsky festgelegten Prinzip, daß das türkische Gebiet gegebenenfalls unter die Balkanstaaten verteilt werden solle. Hinsichtlich des Sandschaks sei die Sache noch drastischer. Wenn die Verteilung seinerzeit nach dem Prinzip der Nationalität erfolgen solle, so müßte der Sandschak, der von Serbien als serbisches Territorium dauernd reklamiert wird, auch Serbien zufallen oder zwischen Serbien und Montenegro verteilt werden. Es liege auf der Hand, daß der oben zitierte erste Absatz in die österreichisch-italienische Abmachung gerade deshalb aufgenommen worden sei, weil man auch italienischerseits eine solche Lösung der Sandschakfrage als mit den vitalen Interessen Österreichs für unvereinbar hielt.

Der Herzog von Avarna wird nun das ihm vom Grafen Aehrenthal übergebene Schriftstück — da es ausdrücklich nur für ihn bestimmt ist — Herrn Tittoni nicht einsenden, seinem Minister aber dessen Inhalt mit einem eingehenden Kommentar von sich aus mitteilen**. Der Bot-

---

* Vgl. dazu Kap. CCXIII.

** Durch Bericht Nr. 356 vom 6. November meldete Tschirschky, daß sich der Herzog von Avarna doch entschlossen habe, das Schriftstück an Herrn Tittoni einzusenden.

schafter meinte noch, er hätte es vorgezogen, wenn Graf Aehrenthal statt dieser mehr indirekten Kritik gegen das Vorgehen des Herrn Tittoni durch die Feststellung seines eigenen Standpunktes von Herrn Tittoni einfach Aufklärung verlangt hätte. Ich möchte aber glauben, daß Graf Aehrenthal von seinem Standpunkt aus richtig gehandelt hat. Einem offiziellen Ersuchen um Aufklärung gegenüber hätte sich Herr Tittoni leicht durch einige Phrasen herausreden können[7]; dadurch aber, daß Graf Aehrenthal dem italienischen Botschafter gegenüber schriftlich seinen Standpunkt in der Sache fixiert hat, ist er in der Lage, sich, falls italienischerseits nichts dagegen eingewendet werden sollte, jederzeit darauf zu berufen und eventuell am letzten Ende durch Publikation die italienische Regierung in die Enge zu treiben[7].

Graf Aehrenthal meinte am Schlusse unseres Gesprächs in etwas elegischem Tone, seine Stellung bei diesen Verhandlungen mit Herrn Tittoni sei keine leichte. Einerseits wolle er den Faden nicht abreißen und gebe sich alle erdenkliche Mühe, dem italienischen Minister auf den gewundenen Pfaden seiner, wie es ihm scheinen wolle, recht komplizierten Politik zu folgen, auf der anderen Seite habe er aber das Gefühl, daß er unausgesetzt mit Unaufrichtigkeit auf der anderen Seite zu rechnen habe[8]. Er werde aber in der Geduld nicht nachlassen.

Ich brauche schließlich nicht ausdrücklich zu betonen, daß ich mich bei allen Besprechungen mit Graf Aehrenthal und dem Herzog von Avarna über den vorliegenden Gegenstand ausschließlich zuhörend verhalte und jeden Ratschlag oder jede Stellungnahme nach der einen oder der anderen Seite hin vermeide. Beide Herren empfinden aber sichtlich das Bedürfnis, sich über ihre Sorgen einem Dritten gegenüber auszusprechen, und so wenden sie sich vertrauensvoll an mich[9]. Im Interesse unserer Stellung im Dreibunde ist dies meines gehorsamsten Erachtens nur zu begrüßen[7].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Quatsch pour la Gallerie! Der arme status quo! was der sich schon hat gefallen lassen müßen! Hallali der Türkei!
[2] oui madame!
[3] echt jesuitisch und ganz echt Italienisch
[4] gut
[5] vor allem Rußlands wobei für uns der casus foederis mitspielt.
[6] zum Schaden der Türkei
[7] ja
[8] ja das habe ich schon seit Jahren!
[9] gut daß wir das sind.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut Tschirschky!

Anlage

le 27 octobre 1909

En remerciant le Duc Avarna de sa communication au sujet de l'entrevue de Racconigi, le Comte Aehrenthal dit à l'Ambassadeur que ses communications précédentes autorisaient le Cabinet de Vienne à envisager le résultat des entretiens de Monsieur Tittoni avec Monsieur Iswolsky comme un échange de vues. Le point de départ de notre nouvel accord à conclure qui vise à une rédaction plus précise de l'article VII de la triple-alliance était l'assurance que l'Italie n'avait avec la Russie aucun engagement ni écrit ni verbal. Le Comte Aehrenthal se plaît donc à constater que l'échange des vues à Racconigi n'a pas changé cet état de choses.

En ce qui concerne l'identité de vues de Monsieur Tittoni et de Monsieur Iswolsky sur les éventualités qui se présenteraient après l'impossibilité de maintenir le statu quo dans la Turquie européenne il importe d'établir qu'entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie aucun engagement se rapportant à ces éventualités n'a été discuté ces derniers temps. La seule stipulation qui ait trait au cas où le maintien du statu quo deviendrait impossible — éventualité qu'il faut espérer lointaine — est celle consignée dans les notes échangées en 1897 au sujet du désintéressement réciproque par rapport à l'Albanie.

Vis-à-vis de l'opinion publique et en réponse à des questions qui pourront être posées aux prochaines délégations, le Comte Aehrenthal se bornera à constater que l'échange de vues de Racconigi n'a pas porté sur des questions qui seraient contraires aux engagements de l'Italie ou qui seraient nuisibles aux intérêts de l'Autriche-Hongrie.

Nr. 9886

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Griesinger

Berlin, den 3. November 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hatte ich die Ehre, über eine Vereinbarung ehrfurchtsvoll zu berichten*, welche die italienische Regierung mit der österreichisch-ungarischen über die Aufrechterhaltung des Status quo im Balkan abzuschließen im Begriffe steht. Ehe diese Vereinbarung zum formellen Abschluß gelangt war, hat der Besuch Seiner Majestät des Zaren bei dem König von Italien in Racconigi stattgefunden, und ist bei dieser Gelegenheit ein Gedankenaustausch

* Siehe Kapitel CCXIII, Nr. 9849.

zwischen den Herren Iswolsky und Tittoni über die zukünftige Haltung Rußlands und Italiens im Balkan erfolgt. Wie Euere Kaiserliche und Königliche Majestät aus dem alleruntertänigst angeschlossenen Berichte Euerer Majestät Botschafters in Wien vom 30. v. Mts.* allergnädigst entnehmen wollen, stehen die Verhandlungen, die Herr Tittoni mit dem Grafen Aehrenthal führt, zu denen, die er mit Herrn Iswolsky gepflogen hat, in einem kaum überbrückbaren Gegensatz. Während Herr Tittoni für das beiderseitige Verhalten Italiens und Österreich-Ungarns im Balkan das Prinzip der Nichtintervention im Fall kriegerischer Verwickelungen daselbst vorgeschlagen hat, sucht er sich mit Herrn Iswolsky dahin zu verständigen, daß im gedachten Fall Italien und Rußland die Entwickelung der Balkanstaaten nach dem Nationalitätsprinzip begünstigen, das heißt, die Türkei den Balkanstaaten opfern wollen.

Wenn wir auch im gegenwärtigen Augenblick zu diesen Verhandlungen von unserem Standpunkt als Dreibundmacht Stellung zu nehmen keinen Grund haben, so sind sie doch ein neuer Beweis dafür, wie wenig Verlaß auf die komplizierte Politik des remüanten Herrn Tittoni ist. Die von dem Grafen Aehrenthal eingeleitete Behandlung der Angelegenheit scheint mir sehr zweckmäßig, und es ist zu hoffen, daß es ihm damit gelingen wird, ohne Brüskierung Herrn Tittoni zu einer klareren Stellungnahme zu veranlassen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9887

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 389 St. Petersburg, den 4. November 1909
Ganz vertraulich

Bei meinem gestrigen Besuch bei Herrn Iswolsky fiel mir auf, daß der Minister mit einer gewissen Absichtlichkeit, gelegentlich sogar unter Auftragung etwas starker Farben die gegenwärtig ausgezeichneten deutsch-russischen Beziehungen, deren Pflege er sich besonders angelegen sein lassen wolle[1], immer wieder in den Vordergrund schob.

In diesem Zusammenhang rekapitulierte er mit lebhafter Befriedigung seine erste Unterredung mit Euerer Exzellenz** und erwähnte mit besonderer Genugtuung, daß bei der Durchreise seines kaiserlichen Herrn durch Deutschland, die in musterhafter Ordnung, Sicherheit und Pünktlichkeit vor sich gegangen sei, auch wieder ein Briefwechsel mit Seiner Majestät dem Kaiser und Könige stattgefunden habe.

* Siehe Nr. 9885.
** 14. September 1909. Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCVI, Nr. 9568.

„Et maintenant un de vos amis[2] est aussi le nôtre"; gewiß könne mit Bezug auf die Entrevue von Racconigi von einem rapprochement zwischen Rußland und Italien gesprochen werden, aber nur von einem rapprochement im Rahmen der bestehenden, historisch gewordenen Allianzensysteme. Italien vom Dreibunde loslösen zu wollen, setzte Herr Iswolsky hinzu, wäre in seinen Augen nicht nur ein Fehler, sondern geradezu eine Gefahr. Die beiden Grundprinzipien der Besprechungen von Racconigi: Erhaltung des Weltfriedens[3]* und des Status quo auf dem Balkan habe sich ja auch Deutschland zu eigen gemacht.

Als ich einschaltete, daß er Österreich-Ungarn auf Grund mehrfacher von berufenster Seite abgegebener Erklärungen hier miteinschließen könne, stellte er dies nicht in Abrede. Seine etwas gewundene Zustimmung ließ aber doch wieder sein grenzenloses, wohl kaum noch zu entwurzelndes Mißtrauen gegen Graf Aehrenthal erkennen.

Damit war denn der Minister wieder einmal in seinem eigentlichen Element, bei seinen Philippiken gegen den Grafen Aehrenthal, angelangt. Als er auch die österreichische Presse in zu verallgemeinerndem Ton kritisierte und ich demgegenüber verschiedene maßgebende Wiener Preßstimmen zitierte, welche sich zu dem Thema Racconigi durchaus sachlich geäußert hätten, meinte Herr Iswolsky, dies möge wohl für einzelne Artikel, die zu Anfang „pour la forme" geschrieben worden seien, zutreffen. Jetzt aber habe Graf Aehrenthal die ganze Preßmeute wieder gegen ihn losgelassen.

Kurz, die Beziehungen Rußlands zu Österreich-Ungarn seien das einzige Moment, welches ihm leider das europäische Gesamtbild trübe. Dabei geschehe von Wien[4] aus nicht das geringste, um die im Vorjahre entstandene Spannung allmählich zu mindern, und er frage sich vergeblich[5], wie und wann „des rapports à peu près convenables" wieder herzustellen sein werden.

Herr Iswolsky ist sich natürlich darüber ganz klar, daß er selbst die Gelegenheit der ersten, wenn auch nur oberflächlichen Wiederannäherung hat ungenützt vorübergehen lassen[6]. Sonst würde er mir nicht immer wieder mit reichem Aufwand an Worten wiederholt haben, daß er sowohl bezüglich der Reise selbst als auch hinsichtlich des Reisewegs seitens des Hofes vor vollendete Tatsachen[7] gestellt worden sei[7]**. Der

---

* Von der Erhaltung des Weltfriedens war in dem „accord russo-italien" nicht die Rede.

** Der Auffassung, daß eine solche Brüskierung des österreichischen Hofes hätte vermieden werden müssen, hat sogar König Eduard VII. von England Ausdruck gegeben. Am 27. Januar sagte er zu Graf Metternich: „Seine Majestät der Kaiser von Rußland habe einen Fehler begangen, als er das österreichische Gebiet auf seiner Reise nach Italien vermieden habe. Darin habe eine Kränkung des ehrwürdigen Kaisers Franz Joseph gelegen. Wenn die Minister sich zankten, so sollten die Monarchen darüber nicht in Mitleidenschaft gezogen werden." Bericht Graf Metternichs Nr. 82 vom 30. Januar 1910. Auch der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl

Gedanke, österreichisch-ungarisches Gebiet zu berühren, ist seiner Darstellung nach a priori daran gescheitert, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolaus sich durch die Methoden von Graf Aehrenthals Balkanpolitik noch andauernd tief und empfindlich verletzt fühle[7].

Gf. v. Mirbach

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Vielleicht hat er in rebus Flottenbauverständigung mit England Lunte gerochen? oder escomptirt die Reise Franz Ferdinands hierher* oder er hat eine Schweinerei mit Tittoni hinter unserm Rücken gemacht! und hat böses Gewissen

[2] ach der rührende Mann

[3] damit hat weder Russland noch Italien direkt zu thun!

[4] er hat sie ja abgebrochen!

[5] wenn er keine Antwort weiß, geht es auch nicht

[6] ja

[7] !

Nr. 9888

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 9. November 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich in der Anlage** Abschrift eines Briefes des russischen Ministers des Äußern Iswolsky an den hiesigen russischen Botschafter ehrfurchtsvoll vor. Der Brief beschäftigt sich mit den Unterredungen, die Herr Iswolsky mit Herrn Tittoni in Racconigi gehabt hat. Graf Osten-Sacken, der noch immer ans Zimmer gefesselt ist, hat dem Staatssekretär Freiherrn von Schoen den Brief vorgelesen*** und schließlich anheimgestellt, den Inhalt zur Kenntnis Euerer Majestät zu bringen. Bei der Besprechung mit dem russischen Botschafter hat der Herr Staatssekretär den Grafen gefragt, ob er

---

hebt in seinem Bericht vom 26. Oktober 1909 (Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger III, 183) den dem österreichischen Hofe durch die Racconigi-Reise des Zaren angetanenen Affront und die antiösterreichische Tendenz des dort geschlossenen Abkommens hervor: „L'énorme détour dont le Tsar s'est imposé la fatigue pour se rendre de Livadia à Racconigi montre assez clairement qu'il s'agissait d'une démonstration anti-autrichienne, et l'entrevue de M. Iswolsky avec un journaliste français de même que le ton des journaux italiens font voir que l'entente s'est établie, dans le but de s'opposer à de nouveaux empiètements de l'Autriche-Hongrie dans la péninsule des Balkans où la Russie, battue en Extrême-Orient, veut exercer de nouveau son rôle de protectrice des petits états chrétiens et sur laquelle l'Italie a des convoitises qu'elle n'a pas toujours pris la peine de cacher."

* Am 11. November traf der Erzherzog Thronfolger mit seiner Gemahlin zum Besuch des Kaiserpaares in Berlin ein. Vgl. auch Kap. CCXII, Nr. 9783 und Kap. CCXV, Nr. 9893.

** Siehe Anlage.

*** Es war am 7. November geschehen. Aufzeichnung Freiherrn von Schoens vom 7. November.

ihm über die Bedeutung der Worte „développement normal et pacifique des Etats Balkaniques" näheren Aufschluß geben könne, ob damit etwa die Entwickelung der Balkanstaaten auf dem Boden des Nationalitätsprinzips gemeint sei[1]? Der Botschafter, durch diese Frage sichtlich in Verlegenheit[2] gesetzt, erwiderte, die Verbindung mit dem Ausdruck „consolidation du statu quo politique actuel de la Turquie" schließe jede aggressive Tendenz aus; es sei aber kein Geheimnis, daß Rußland den Zusammenschluß der Balkanstaaten fördern wolle[3]; auch dürfe man sich nicht verhehlen, daß das Hineinragen des islamitischen Osmanenreichs in das christliche Europa eine unerträgliche Anomalie sei[4]. Freiherr von Schoen hat dem Botschafter in seiner Entgegnung hierauf unseren Standpunkt dahin präzisiert, daß wir zunächst nur in einer innerlich erstarkenden Türkei[5] eine einigermaßen sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Balkan erblicken könnten.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Natürlich! gut gesagt!

[2] aha?

[3] Balkanbund! gegen Österreich

[4] das ist ja so deutlich wie wir es nur wünschen konnten

[5] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Rußland geht an die Formirung eines Balkanbundes behufs Liquidation der Türkei — Dardanellen p. p.* — und Einengung von Österreich, gegen welches die „Slavischen Brüder" vereint werden sollen. Österreich muß sich Rumänien und die Türkei — event[uel]l durch Bündnißartige - oder Kriegsverabredungen festmachen. Sollte der Engl[ische] Mesopot[amische] Vorstoß vielleicht der Beginn der Liquidation bedeuten, von dem London gehört hat? Wie stellt [sich] Paris mit seinen 5 Milliarden in der Türkei dazu?

Anlage

*Der russische Minister des Äußern Iswolsky an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken***

Abschrift

St. Pétersbourg, le 22 Octobre/4 Novembre 1909

L'entrevue de Sa Majesté l'Empereur, notre Auguste Maître, avec Sa Majesté le Roi d'Italie à Racconigi a donné lieu à divers commen-

---

* Das wird bestätigt durch die Instruktionen, die Iswolsky den russischen Vertretern in Sofia, Belgrad und Cetinje am 4. November anläßlich der Monarchenbegegnung von Racconigi gab (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 456f.). Da heißt es u. a.: „Wir begrüßen mit der größten Befriedigung jeden Beweis einer Annäherung zwischen den Balkanstaaten. Die Zusammenkunft in Racconigi ist diesen Bestrebungen unbedingt günstig und wird zur weiteren Entwicklung des Grundprinzipes unserer Politik im nahen Osten beitragen. Dies Prinzip kann kurz ausgedrückt werden: ‚Der Balkan für die Balkanstaaten.'"

** Bereits in deutscher Übersetzung veröffentlicht bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 454 ff.

taires dont quelques-uns tendent à en dénaturer le caractère et à éveiller des soupçons à l'endroit de notre politique. Je crois donc utile de vous fournir au sujet de cet événement quelques éclaircissements dont vous pourrez faire usage dans vos entretiens avec M. de Bethmann Hollweg et le Baron de Schoen.

Il est notoire que le voyage de Sa Majesté l'Empereur a eu pour but de rendre la visite faite par le Roi d'Italie à Péterhof en 1902. Il est néanmoins évident que l'entrevue de Racconigi n'a pas été seulement une rencontre de pure étiquette et qu'elle emprunte aux circonstances de l'heure actuelle une réelle importance politique. Cette importance ressort clairement des toasts échangés entre les deux souverains et de la note officieuse communiquée, d'un commun accord, par M. Tittoni et par moi à la presse. L'Empereur de Russie et le Roi d'Italie ont affirmé non seulement leur amitié personnelle, mais encore la parfaite identité de vues et d'intérêts qui existe entre leurs gouvernements. Le communiqué complète et précise cette pensée en constatant que dans le domaine des questions Balkaniques la Russie et l'Italie poursuivent le même but, c'est à dire la consolidation du statu quo politique actuel en Turquie, ainsi que l'indépendance et le développement normal et pacifique* des Etats Balkaniques[1].

Les organes sérieux et modérés de la presse européenne n'ont pas hésité à reconnaître que, défini de cette façon, le rapprochement russo-italien ne peut inquiéter personne[2] et doit être considéré comme un gage de plus du maintien de la paix. Malheureusement d'autres feuilles, moins équilibrées, ont voulu découvrir dans ce rapprochement une pointe dirigée soit contre l'Autriche-Hongrie, soit contre la triple alliance dans son ensemble[3].

Une pareille interprétation doit être réfutée avec la plus grande énergie[4].

La conception d'une communauté de vues et d'intérêts entre la Russie et l'Italie en ce qui concerne les questions balkaniques ne date pas d'aujourd'hui; elle a été formulée par M. Tittoni et par moi-même, il y a bientôt deux ans, dans des discours politiques, et l'idée n'est jamais venue à personne de dénoncer cette conception comme étant incompatible avec les obligations contractées tant par la Russie que par l'Italie envers leurs alliés[5]. En effet, tant la Russie que l'Italie ne pourraient se trouver en contradiction avec une tierce puissance que dans un seul cas-celui où elles se trouveraient en présence d'ambitions contraires aux deux points sur lesquels elles déclarent être d'accord: maintien du statu quo en Turquie, indépendance et développement normal et pacifique des Etats Balkaniques[6]. Or, ces deux points forment une partie essentielle du programme qui est commun à toutes les puissances et auquel,

* In dem „accord russo-italien" war, worauf erneut (vgl. auch Nr. 9880, S. 407, Fußnote *) hingewiesen werden muß, lediglich das „développement des Etats Balkaniques", keineswegs ein „développement normal et pacifique" vorgesehen.

nous n'en doutons pas un instant, l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie sont tout aussi prêtes que nous ou que l'Italie à assurer un puissant et loyal concours[7].

En contestant que notre rapprochement avec l'Italie puisse avoir une pointe contre l'Allemagne ou l'Autriche-Hongrie, je n'exprime d'ailleurs pas encore complètement la pensée du Cabinet Impérial: je n'hésite pas à aller plus loin et à dire qu'à nos yeux toute tentative de renverser le système des alliances sur lequel repose depuis si longtemps la paix de l'Europe serait une grave menace pour cette paix[3]. C'est là une conviction que j'ai eu l'occasion d'exprimer à M. de Bethmann Hollweg et au Baron de Schoen, et je ne saurais assez insister sur ce point. Mais nous avons aussi la conviction profonde que le système en question ne doit pas nous empêcher de maintenir avec les puissances de la triple alliance les rapports les plus amicaux. C'est avec la plus vive satisfaction que nous constatons combien la double entrevue de cet été entre Sa Majesté l'Empereur, notre Auguste Maître, et l'Empereur Guillaume* a contribué à dissiper tout malentendu entre nous et l'Allemagne[8]. Il ne dépend pas, hélas, de nous pouvoir en dire autant de nos rapports avec l'Autriche-Hongrie, car ce n'est pas nous qui avons porté atteinte à ces rapports[9]. Si aujourd'hui nous saisissons l'occasion qui se présente de nous rapprocher de l'Italie, il nous semble que la cause de la paix et de la bonne harmonie générale ne peut qu'y gagner[10] et nous comptons fermement que tel sera aussi l'avis du Cabinet de Berlin.

J'ajoute encore deux mots. On a beaucoup épilogué sur l'itinéraire choisi par Sa Majesté l'Empereur. Je ne puis vous cacher que Sa Majesté a tenu en effet à ne pas toucher le sol austro-hongrois. Vous ne vous en étonnerez pas si je vous dis que jusqu'ici le Cabinet de Vienne n'a absolument rien fait pour atténuer l'effet des procédés dont il a usé envers la Russie au cours de la dernière crise et qui ont, comme vous le savez, justement froissé notre Auguste Maître[5].

(signé) Iswolsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das zweite ist das Gegentheil vom Ersten
[2] ganz im Gegentheil!
[3] oui!
[4] nicht gelungen
[5] !
[6] ceci tuera cela!
[7] non!
[8] !?
[9] !!
[10] en evitant Vienne!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Jesuit! Die Worte sind dazu da die Gedanken zu verbergen!

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCVI.

Nr. 9889

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 175 Rom, den 19. November 1909
Geheim

Graf Lützow sagte mir heute, er wäre 14 Tage in Wien zurückgehalten worden, weil Graf Aehrenthal ihm die mit Italien auszutauschende Note über die Präzisierung des Artikels VII des Dreibundvertrages mitzugeben gedacht hätte*. Jetzt sei er schon 14 Tage wieder hier, und noch immer sei man mit der Fassung des Abkommens nicht ganz im reinen. Graf Aehrenthal sei sehr pointilleux und doktore manchmal an einem Ausdruck herum, dessen Feinheit, wie der Botschafter lachend hinzufügte, Herrn Tittoni gewiß oft entginge. Doch könne, da man substantiell einig sei, es mit Fertigstellung der Note sich jetzt nur noch um Tage handeln.

Augenblicklich, sagte mir Graf Lützow im strengsten Vertrauen, wäre es dem Grafen Aehrenthal darum zu tun festzustellen, daß zwischen Österreich und Italien die Eventualität der Änderung des Status quo im Balkan außer in dem albanischen Abkommen noch nicht verhandelt sei, während in Racconigi dieser Fall vielleicht zur Sprache gekommen wäre. Als ich die Frage hinwarf, ob der Botschafter etwa meine, daß mit der „indépendance et développement normal et pacifique des Etats Balkaniques" (wie das offizielle Communiqué sich ausdrückt)** auch die Veränderung des Status quo vorgesehen sei, führte Graf Lützow etwa folgendes aus: „Wenn zwei Staatsmänner lange über die Balkanfragen hin und hersprechen, ist eigentlich kaum anzunehmen, daß die Möglichkeit einer Änderung des Status quo nicht auch berührt werden sollte. Man mag über Iswolsky denken, wie man will, gerissen ist er jedenfalls und auch diplomatisch bewanderter und sprachlich gewandter als Herr Tittoni. Daß er manche Möglichkeiten berührt hat, Ausdrücke hat einfließen lassen, über deren Tragweite sein italienischer Kollege sich nicht völlig Rechenschaft abgelegt hat, auf die er vielleicht nicht einmal näher eingegangen ist, ist schon nicht unwahrscheinlich. Daß Herr Tittoni Engagements eingegangen ist, die gegen Österreichs Interessen oder Italiens Verpflichtungen Wien gegenüber verstoßen, glaube ich nicht." Auch Graf Aehrenthal sei letzterer Ansicht und wolle in den Delegationen demnächst eine Erklärung etwa des Inhalts abgeben, daß die Unterredungen von Racconigi keine Spitze gegen Österreich-Ungarn enthalten hätten. In Konstantinopel, wo man anfangs über die „indépendance et

* Vgl. auch Kap. CCXIII, Nr. 9851.
** Vgl. Nr. 9880, S. 407, Fußnote.

développement" etc. etwas beunruhigt gewesen wäre[1], habe man von Wien aus ebenfalls beruhigend einzuwirken gesucht[2].

Ich bin geneigt, der Ansicht des Grafen Lützow im ganzen recht zu geben. Wenn zum Beispiel über eine Unterredung zweier Staatsmänner von jedem einzeln eine Aufzeichnung gemacht wird, so werden wohl häufig die Niederschriften nicht in allen Punkten ganz gleiche Eindrücke wiedergeben; jeder bringt seine leitenden Gedanken, oft auch seine Hintergedanken schärfer zum Ausdruck. Daß Rußland weittragende Pläne im Balkan nie völlig aus dem Auge verlieren kann — eventuell eine Konföderation der slawischen Staaten, deren natürlicher Protektor der Zar wäre, eventuell auch das Erbe von Konstantinopel[3]* — liegt in seiner historischen Politik. Graf Berchtold sagte mir zwar neulich, er sei der Überzeugung, daß es momentan Herrn Iswolsky ganz ernst damit wäre, im Balkan Ruhe zu halten, weil Rußland eben noch auf Jahre hinaus[4] nicht aktionsfähig wäre. Doch das schließt eine Vorbereitung der Zukunft nicht aus. Italiens Interesse ist es aber, am gegenüberliegenden Gestade der Adria keine Übermacht entstehen zu lassen, weder eine österreichische noch eine russische; der Druck würde für das schwache Königreich mit seiner schlechtbewehrten Ostküste zu stark werden. Daher muß ein italienischer Staatsmann immer sein Augenmerk darauf richten, den Status quo in jenen Gebieten so lange als möglich zu erhalten. Die Wahrung des Status quo ist auch in dem Communiqué von Racconigi in den Vordergrund gestellt[5], und ich glaube, daß Herr Tittoni mit diesem Resultat zufrieden gewesen ist, wie er denn auch immer wiederholt, daß Rußland, Österreich und Italien ja eigentlich völlig einig[6] über die Balkanfragen seien. Hinsichtlich der weiteren Entwickelung, mag er denken, wird jeder kommende Tag, vielleicht auch jeder kommende Minister seine eigene Sorge haben. Und ebenso mag er sich sagen, daß die Erstarkung und der Ausbau der bestehenden Staatengebilde schließlich die für Italien nützlichste Lösung sein werde, durch die auch die Interessen der Donaumonarchie[7] nicht geschädigt würden.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ganz mit Recht!
[2] warum?!
[3] ja
[4] 5 etwa
[5] nur als Deckblatt für die Balkanbundcigarre, die aus türkischem Taback gedreht wird
[6] ?!
[7] ?! für Wien ist eine starke Türkei Lebensbedingung! Diese kann nur erhalten werden, wenn der „Ausbau" der Balkanstaaten unterbleibt. Der würde nur mit Russ[ischer] Hülfe auf Kosten von der Türkei erfolgen

---

* Tatsächlich hatte sich Iswolsky in dem „accord russo-italien" das italienische „Wohlwollen" in der Meerengenfrage gesichert.

Nr. 9890

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 409 St. Petersburg, den 25. November 1909

Bei der ersten Unterredung, die ich mit Herrn Iswolsky nach meiner Rückkehr hatte, suchte mich dieser in eingehender Darlegung davon zu überzeugen, daß der Besuch in Racconigi schon vor seiner Rückkehr von Urlaub beschlossene Sache gewesen sei, daß er für den gewählten Reiseweg keine Verantwortung[1] trage, ja sogar seine Bedenken dagegen geltend gemacht habe[2], und daß der Besuch sowie der Gedankenaustausch mit Herrn Tittoni keine österreichfeindliche, geschweige denn eine dreibundfeindliche Spitze getragen habe[3].

Der Eifer, welchen der Minister bei diesen Darlegungen entwickelte, war zu groß, als daß er nicht die Erinnerung an das bekannte Sprichwort „qui s'excuse, s'accuse" erwecken mußte.

Ich verhielt mich den Eröffnungen des Herrn Iswolsky gegenüber lediglich zuhörend und bemerkte nur, als der Minister erwähnte, der Besuch habe keine feindliche Spitze gegen uns gehabt, ich könnte ihn versichern, daß in den maßgebenden deutschen Kreisen sich niemand durch den Besuch beunruhigt gefühlt habe[4]. Eine solche Beunruhigung habe um so weniger eintreten können, als wir begründeten Anlaß zu der Annahme hätten, daß Italien sich auf irgendwelche gegen den Dreibund gerichteten Abmachungen nicht einlassen werde. Das politische Programm, welches Rußland und Italien dem veröffentlichten Communiqué gemäß zu befolgen übereingekommen seien, decke sich vollkommen mit den Zielen der deutschen und österreichischen Politik, welche bekanntlich ebenfalls nichts anderes wünsche als Aufrechterhaltung und Befestigung des Status quo in der Türkei sowie normale Entwickelung der Balkanstaaten. Natürlich, fügte ich hinzu, könnten wir nur annehmen, daß die „normale Entwickelung" der gedachten Staaten innerhalb[4] ihrer gegenwärtigen territorialen Grenzen gedacht sei. Der Minister fiel hier mit Eifer ein: „Ganz gewiß, es heißt ja auch in dem Communiqué*: développement normal et pacifique."

„Warum — fuhr Herr Iswolsky dann fort — wird nun in der deutschen Presse fortgesetzt die Reise nach Racconigi in einer so gehässigen Weise besprochen?" Ich bat den Minister zu bedenken, daß die öffentliche Meinung sich ihr Urteil nach den dem Publikum sichtbaren äußeren Momenten bilde. Man könne sich unmöglich darüber wundern, daß die äußeren Umstände, unter denen die Reise in Szene gesetzt, sowie die

* Aber nicht in dem „accord russo-italien"!

Art, wie sie in der Presse aller Länder und nicht zum mindesten in der russischen Presse ausgelegt worden sei, in Deutschland vielfach den Glauben erweckt haben, als sei mit derselben ein gegen Österreich-Ungarn und indirekt gegen Deutschland gerichteter Schachzug beabsichtigt gewesen[5].

Herr Iswolsky erging sich hierauf in Beteuerungen, daß ihm der Gedanke, etwas gegen den Dreibund zu unternehmen, gänzlich fern liege, er vielmehr überzeugt sei, daß der Dreibund für die Erhaltung des europäischen Friedens vom höchsten Wert sei[2].

Der Minister kam dabei immer wieder darauf zurück, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolaus sich, ohne daß von ihm, dem Minister, in dieser Richtung irgendwelcher Einfluß ausgeübt worden wäre[6], zu der Reise entschlossen habe, und daß der Kaiser, höchstwelcher persönlich durch das Vorgehen des Grafen Aehrenthal auf das tiefste gekränkt sei[7], selbst mit der größten Entschiedenheit auf der Umgehung österreichischen Gebietes bestanden habe.

Ich brachte dann noch einmal die Rede auf das Programm von Racconigi, indem ich darauf hinwies, daß, wie aus diesem Programm hervorgehe, tatsächlich eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Petersburger und dem Wiener Kabinett nicht bestehe, und daß dies eine Rückkehr zu freundlicheren Beziehungen zwischen beiden Kabinetten[5] erhoffen lasse. Herr Iswolsky reagierte auf diese Bemerkung nicht weiter[8], sondern ergriff nur die Gelegenheit, um seinem Groll gegen den österreichisch-ungarischen Minister in der bekannten Weise Luft zu machen.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Lügner!
[2] !
[3] wir kennen jetzt den Inhalt, durch das von Russland gebilligte Vorgehen Englands in der Tigris-Schiffahrtsfrage!*
[4] gut
[5] ja
[6] falsch!
[7] ! cousu de fil blanc!
[8] aha!

Nr. 9891

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 14. Dezember 1909

Der italienische Botschafter, der mich heute besuchte, um mir im Auftrage seiner Regierung mitzuteilen, daß das neue italienische Kabinett**

---

* Vgl. dazu Kap. CCXVI.
** Am 10. Dezember war an die Stelle des Kabinetts Giolitti das Kabinett Sonnino mit Graf Guicciardini als Außenminister getreten.

es sich zur Aufgabe machen werde, die Beziehungen Italiens zu seinen beiden Verbündeten Deutschland und Österreich-Ungarn immer enger zu gestalten, kam bei dieser Gelegenheit auch auf Racconigi und den Meinungsaustausch zu sprechen, der im Anschluß hieran zwischen Herrn Tittoni und Graf Aehrenthal über die Entwickelung der Balkanstaaten „auf nationaler Grundlage" stattgefunden hat.

Herr Pansa bemerkte hierzu:

Die weitere Entwickelung der „Balkanfrage" hänge in erster Linie davon ab, ob die europäische Türkei in ihrem Bestande intakt bleiben werde oder nicht. Treffe das erstere zu, und das sei der lebhafte Wunsch auch Italiens, dann könne das allgemeine Streben nur dahin gerichtet sein, daß sich auch die übrigen Balkanstaaten innerhalb ihrer gegenwärtigen Grenzen wirtschaftlich und kulturell günstig fortentwickelten. Werde aber durch irgend welche Umstände der Bestand der europäischen Türkei in Frage gestellt, werde also an dem Status quo gerührt, — und auch eine solche Eventualität müsse man, wenngleich sie gegenwärtig unwahrscheinlich sei, ins Auge fassen, — dann beabsichtige Italien, am Prinzip des Desinteressement auch fernerhin festzuhalten, und werde sich nicht einmischen. Logische Folge solcher Nichteinmischung werde sein, daß an der durch einen gänzlichen oder teilweisen Zerfall der europäischen Türkei notwendig werdenden anderweiten Ordnung der Verhältnisse auf dem Balkan nicht fremde Mächte, sondern lediglich die vorhandenen anderen Balkanstaaten (Serbien, Bulgarien usw.) beteiligt würden. Für die Art und Weise, wie diese Staaten in die bis dahin von der Türkei eingenommenen Stellen einzurücken haben würden, könne aber nur ein Prinzip aufgestellt werden, und das sei das Nationalitätenprinzip.

Über diese beiden Eventualitäten, also

in erster Linie: Aufrechterhaltung des Status quo,

in zweiter: Nichteinmischung und Beschränkung der Neuordnung auf die Balkanstaaten nach dem Nationalitätsprinzip, falls der Status quo nicht aufrechterhalten werden könne,

habe sich Italien und Rußland in Racconigi verständigt.

Über die in dritter Linie mögliche Eventualität habe Tittoni mit Iswolsky nicht gesprochen. Diese dritte Eventualität würde eintreten, wenn Österreich, falls der Status quo nicht aufrechterhalten werden könne, seinerseits mit Okkupationen vorgehe. Diese Eventualität sei durch Artikel VII des Dreibundvertrages in einer Weise gedeckt, die die Interessen Italiens in genügender Weise berücksichtige. Schon aus diesem Grunde sei sie, abgesehen von dem geheimen Charakter des Dreibundvertrages, von Tittoni in Racconigi nicht behandelt worden*.

* Das ist doch nicht richtig. Artikel 2 des „accord russo-italien" verpflichtete beide Mächte „l'application du principe de nationalité à l'exclusion de toute domination étrangère" zu unterstützen: also war nunmehr Italien darauf festgelegt, sich einem

Er, der Botschafter, habe sich seinerzeit von Herrn Tittoni ausdrücklich bestätigen lassen, daß die vorstehende Darstellung den Tatsachen entspreche. Er legte Wert darauf, dem Grafen Guicciardini schreiben zu können, daß er mir die Angelegenheit in diesem Sinne auseinandergesetzt, und daß ich ihm darauf erklärt hätte, man könne für den Standpunkt Italiens Verständnis haben.

Damit habe ich mich einverstanden erklärt.

v. Bethmann Hollweg

Vorschreiten Österreichs mittels Okkupationen im Verein mit Rußland zu widersetzen, wenn auch nach Artikel 3 zunächst nur mittels diplomatischer Aktion. Vgl. dazu auch die Instruktionen Iswolskys an die russischen Vertreter in Sofia, Belgrad und Cetinie vom 4. November 1909 bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 456f.